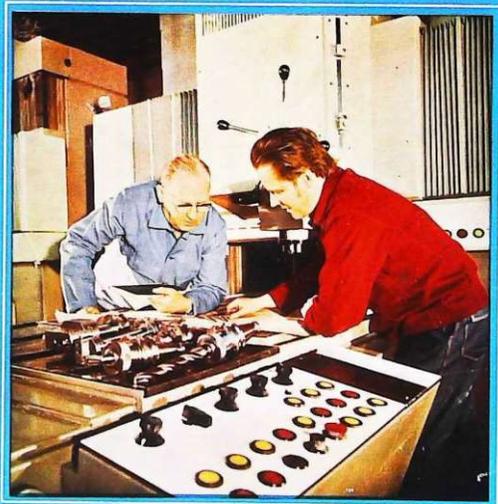


A3
A4

Geschichte des VEB Mikromat



Dresden

Verlag Tribüne Berlin



Günter Reichert

GESCHICHTE DES VEB MIKROMAT DRESDEN

Herausgegeben von der Betriebsparteiorganisation der SED
und von der Betriebsleitung

Vorwort

In Vorbereitung des 15. Jahrestages der Gründung des VEB Mikromat Dresden am 2. Januar 1974 faßte die Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED den Beschluß, die Geschichte des Betriebes zu schreiben. Hauptanliegen dieses Buches ist es, zu zeigen, daß die Gestalter der Geschichte die arbeitenden Menschen sind, deren körperliche und geistige Anlagen sich erst mit der Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung voll ausbilden und entwickeln können.

Im ersten Teil des Buches soll gezeigt werden, daß die von den Kapitalisten ausgebeuteten und unterdrückten Arbeiter der Vorgängerbetriebe des heutigen VEB Mikromat von aller Welt geschätzte Produkte schufen. Während sie für ihre soziale und politische Befreiung kämpften, wurden sie sich ihrer Kraft immer mehr bewußt. Es soll zum Ausdruck kommen, daß die Kapitalisten nur am Profit interessiert waren, daß sie sich auf Kosten der Arbeiter bereicherten und vor allem die Kriegsvorbereitungen und die Kriege als Mittel zur Vergrößerung ihres Profits ansahen.

Während der Zeit des Faschismus wandten sich in den kapitalistischen Vorgängerbetrieben die bewußtesten Arbeiter unter Führung der Kommunisten aktiv gegen Faschismus und Krieg. Drei von ihnen, die Mitglieder der KPD Georg Schilling, Alwin Höntzsch und Paul Linde, gaben in diesem Kampf für die Freiheit und das Glück des Volkes ihr Leben. Ihnen sei hiermit

ein bleibendes Denkmal in den Herzen des gesamten Betriebskollektivs gesetzt. Mit ihrem mutigen Kampf schufen sie mit die Grundlage dafür, daß nach der Zerschlagung des Faschismus im engen freundschaftlichen Bündnis mit der Sowjetunion eine neue, die sozialistische Gesellschaftsordnung errichtet werden konnte.

Im zweiten Teil des Buches wird geschildert, wie die Arbeiter des VEB Mikromat unter Führung der Betriebsparteiorganisation der SED hervorragende Initiativen und Taten für den sozialistischen Staat vollbringen und sich immer mehr sozialistische Persönlichkeiten entwickeln. Die Geschichte des Betriebes nach 1945 ist somit Ausdruck des sich in der gesamten DDR vollziehenden Prozesses der wachsenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei. Sie ist gleichzeitig eine Kampfansage gegen alle bürgerlichen und imperialistischen Auffassungen, daß der Sozialismus die Initiative der Menschen einenge. Wie alle Werktätigen der DDR beweisen auch die Angehörigen des VEB Mikromat Dresden tagtäglich aufs neue, daß nur unter sozialistischen Produktionsverhältnissen, auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die volle Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit garantiert ist.

Der Betrieb hat sich in historischer kurzer Zeit, zusammengewachsen aus verschiedenen Kollektiven, zu einer wichtigen Wirtschaftseinheit des Volkseigenen Werkzeugmaschinenkombinats

„Fritz Heckert“ entwickelt. In diesen Jahren bildeten sich viele hervorragende Arbeiterpersönlichkeiten und sozialistische Kollektive heraus. Partei- und Staatsführung würdigten anlässlich der Ergebnisse im sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des VIII. Parteitages der SED und des 22. Jahrestages der Gründung der DDR diese Leistungen des gesamten Betriebskollektivs mit der Verleihung des Ehrenbanners des ZK der SED und des Ordens „Banner der Arbeit“.

Das zur Verfügung stehende Material aus der Geschichte des Betriebes ermöglichte keine lückenlose Darstellung. Die Erforschung der Betriebsgeschichte war insofern erschwert, als viel Archivmaterial infolge des zweiten Weltkrieges vernichtet worden war und vorhandenes Archivmaterial zum größten Teil noch unerschlossen vorlag. Auch das Archivgut nach 1945 war zum großen Teil ungeordnet aufbewahrt. Viele persönliche Aussprachen mit Partei- und Arbeiterveteranen des Betriebes bzw. mit solchen, die bis 1945 in einem der kapitalistischen Vorgängerbetriebe tätig waren, brachten wertvolle Ergänzungen und Hinweise zu dem vorliegenden Material.

Unser Dank gilt vor allem jenen Genossen, die uns Material über die antifaschistische Tätigkeit der von den Nazis ermordeten Kommunisten zur Verfügung stellten. Damit ergaben sich auch für die weitere Erforschung des antifaschistischen Widerstandskampfes in Dresden und seiner näheren Umgebung neue Aspekte.

Dank gebührt auch den Mitgliedern der von der Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED beauftragten Kommission zur Erarbeitung



Sekretär der
Betriebsparteiorganisation
der SED

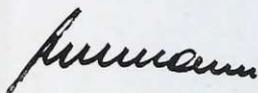
der Betriebsgeschichte, die dem Verfasser und Leiter dieser Kommission wichtige Anregungen und Hinweise gaben und selbst bei der Erfassung wichtiger Materialien aktiv mithalfen. Es sind dies die Genossen:

Annelies Richter	Klaus Jander
Wolfgang Kühn	Norbert Anders
Heinz Löwe	Alfred Pelzer
Sigurd Weinmann	Helmut Lenk
Hans Henke	Arno Schimang
Christel Göllnitz	Renate Müller.
Günter Kaden	

Herzlichen Dank sagen wir der Genossin Ursula Krzyzanowski, Mitarbeiterin im Verlag Tribüne, die während der Ausarbeitung der Betriebsgeschichte immer wieder wertvolle Hinweise und Unterstützung gab.

Die vorliegende Betriebsgeschichte soll vor allem mithelfen, den Beschluß des Politbüros der SED über „Die weiteren Aufgaben der Agitation und Propaganda bei der Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED“ zu verwirklichen, indem sie durch die Verstärkung der Geschichtspropaganda, insbesondere der Geschichte der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, bei der Erziehung zum sozialistischen Patriotismus und proletarischen Internationalismus beiträgt.

Möge diese Betriebsgeschichte dazu beitragen, daß wir, indem wir aus der Vergangenheit lernen, die Aufgaben der Zukunft, die Aufgaben beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft noch besser als bisher meistern werden.



Betriebsdirektor

1869 bis 1900

Moritz Hille – Nutznießer der sich entwickelnden kapitalistischen Produktionsweise

Die Entwicklung der 1869 durch Moritz Hille gegründeten Werkstatt zum kapitalistischen Unternehmen und zum Monopolbetrieb bis zum 8. Mai 1945 ist nicht nur ein Kapitel Geschichte des Werkzeugmaschinenbaus, sie ist ein Kapitel kapitalistischer Ausbeutung, vor allem aber ein Teil des siegreichen Kampfes der deutschen Arbeiterklasse. Es ist eine Zeit, die von der großen schöpferischen Kraft der Werkzeugmaschinenbauer Zeugnis ablegt, die mit ihrem Fleiß, ihrem Können und mit ihren Leistungen wesentlich zur weiteren Industrialisierung beigetragen haben. Es ist aber vor allem eine Zeit, die von den revolutionären, opferreichen Kämpfen der deutschen Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei gegen die Herrschaft der Kapitalisten gekennzeichnet ist.

Wenn es auch ein Zufall ist, daß der Hille-Betrieb im gleichen Jahr entstand wie die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands, 1869, so ist es jedoch durchaus kein Zufall, daß sich sowohl in der weiteren Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung als auch in der Entwicklung des Hille-Betriebes immer mehr die Worte von Karl Marx bestätigten: „Die Waffen, womit die Bourgeoisie den Feudalismus zu Boden geschlagen hat, richten sich jetzt gegen die Bourgeoisie selbst. Aber die Bourgeoisie hat nicht nur die Waffen geschmiedet, die ihr den Tod bringen,

sie hat auch die Männer gezeugt, die diese Waffen führen werden – die modernen Arbeiter, die Proletarier.“ [1]

Die von den westeuropäischen Ländern übergreifende industrielle Revolution beschleunigte auch in Deutschland die Entwicklung der Produktivkräfte gewaltig, obwohl sich die aus dem Feudalismus übernommene territoriale Zersplitterung auf diese Entwicklung negativ auswirkte. Neue Maschinen und technische Einrichtungen entstanden, die auf der einen Seite die Profite der Unternehmer riesig anwachsen und auf der anderen Seite neue Formen und Methoden der Ausbeutung der Arbeiter in den kapitalistischen Betrieben entstehen ließen. So verlangte zum Beispiel die Textilindustrie Zähl- und Rechenwerke für ihre Maschinen, um im Interesse des Profits die Leistungen der Arbeiter noch mehr unter Kontrolle nehmen zu können. [2]

In Dresden gründete der Mechaniker Moritz Hille 1869 eine Werkstatt, die sich mit der Herstellung mathematischer und physikalischer Instrumente und Apparate beschäftigte. [3] Moritz Hille, über dessen Kapitalquellen nichts ermittelt werden konnte, legte mit dieser Werkstatt den Grundstein für ein späteres großes kapitalistisches Unternehmen.

Die Gründung und die Entwicklung des Hille-Betriebes sind typisch für „die Entwicklungsgeschichte des größten Teiles der Werkzeugmaschinenfabriken, besonders in Deutschland in dem sächsischen Industriegebiet, die sich aus den

kleinsten Werkstätten entwickeln. Der Meister, der in der Werkstatt irgendeiner Maschinenbauanstalt seine Erfahrungen in der Herstellung von Werkzeugmaschinen in langen Jahren gesammelt hatte, machte sich selbständig und übernahm die Herstellung von Werkzeugmaschinen für einen kleinen Kreis bestimmter Abnehmer.“ [4]

Triebkraft des Handelns von Moritz Hille war, wie sich später immer deutlicher zeigte, einzig und allein das Streben nach persönlichem Reichtum, nach Erhöhung seines Profits durch weitere Ausbeutung und Unterdrückung der bei ihm beschäftigten Arbeiter.

Zu dieser Zeit hatten die Unternehmer jedoch schon mit dem Kampfwillen der Arbeiter zu rechnen. Besonders während des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 kam das zum Ausdruck.

Die Dresdner Parteiorganisation bekannte sich zu den Pariser Kommunisten, den „Himmelsstürmern von Paris“ – wie Karl Marx sie nannte –, und wandte sich gegen die Weiterführung des Krieges gegen Frankreich. Die Dresdner Sozialdemokraten unterstützten das vom Parteiausschuß erlassene Manifest „An alle deutschen Arbeiter“, in dem ein sofortiger ehrenvoller Frieden mit der französischen Republik und im Zusammenhang damit die Demokratisierung der deutschen Verhältnisse gefordert wurden.

Am 14. September 1870 schrieb der sächsische Kriegsminister an die Regierung: „Auch in Dresden hat ... in einer Versammlung eine Anzahl der hiesigen Parteiangehörigen nicht allein zu diesem Manifest sich bekannt, sondern sie beabsichtigen auch, demnächst im gleichen Sinn eine öffentliche Volksversammlung abzuhalten.“ [5]

Inwieweit die Hille-Arbeiter, die entsprechend den Organisationsprinzipien der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in den Wohngebieten organisiert waren, sich auch an diesen politischen Kämpfen beteiligten, konnte nicht ermittelt werden.

Der Kampf der Arbeiter gegen den Krieg und für die Pariser Kommune war eine wichtige Schule der jungen Partei und der gesamten Arbeiterklasse.

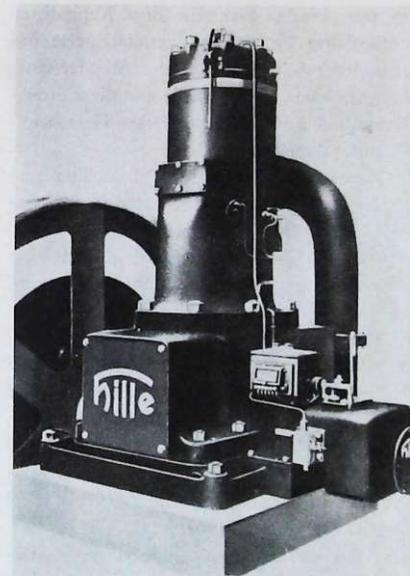
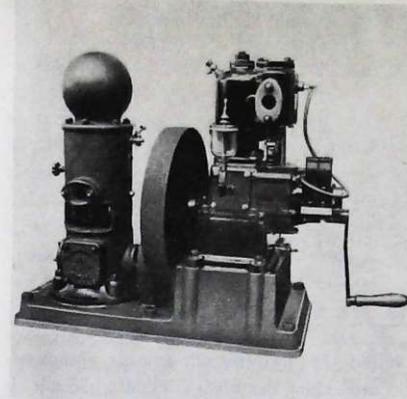
Im Jahre 1871 war die Einigung Deutschlands unter preußischer Hegemonie erfolgt. Die Entstehung des deutschen Nationalstaates hatte sowohl positive als auch negative Seiten. Aus politischen und ökonomischen Gründen war die Einigung Deutschlands dringend notwendig geworden. Für die vollständige Entfaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und den Abschluß der industriellen Revolution mußte sich ein nationaler Markt herausbilden, der ohne Einigung Deutschlands nicht möglich war. Nach der Reichseinigung konnte sich Deutschland zu einer kapitalistischen Großmacht entwickeln.

Negativ wirkte sich aus, daß die Reichsgründung von oben unter Führung Preußens erfolgt war. Der auf undemokratische Art geschaffene Nationalstaat wurde von den reaktionärsten und aggressivsten Klassen, den Junkern und der Bourgeoisie, geprägt und beherrscht. Karl Marx schrieb: Dieser Staat war „nichts anderes als ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter und zugleich schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus“ [6].

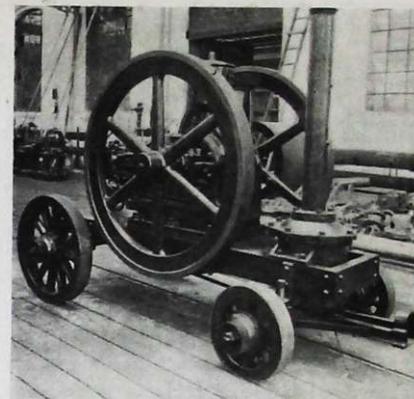
Die deutsche Bourgeoisie nutzte den militärischen Sieg über Napoleon III. aus. Frankreich mußte 5 Milliarden Goldfranken zahlen und Elsaß-Lothringen mit den riesigen Kohle- und Erzvorkommen abtreten, das dem Deutschen Reich einverleibt wurde.

Der sich in Deutschland vollziehende stürmische industrielle Aufschwung unterstützte auch die Pläne Moritz Hilles. Ihm kam vor allem der Vorteil zugute, daß die deutsche Bourgeoisie beim Aufbau ihrer Wirtschaft die neuesten Erkenntnisse aus Wissenschaft und Technik der „alten“ kapitalistischen Staaten England und Frankreich nutzen konnte. So wurden neben anderen, modernen Herstellungsverfahren zum Beispiel Gasmotoren in die deutsche Industrie eingeführt. [7]

Für Moritz Hille war das die Zeit, da er endlich den bereits bei der Gründung gefaßten Gedanken [8] verwirklichen und 1885 mit der Produktion von Gasmotoren beginnen konnte. Die Werkstatt des Mechanikers Moritz Hille entwickelte sich durch kapitalistische Ausbeutung



Erzeugnisse der AG Dresdner Gasmotorenfabrik, vorm. Moritz Hille



und Unterdrückung der Arbeiter zum kapitalistischen Unternehmen, der Gasmotorenfabrik Moritz Hille.

Mit der sich in Deutschland vollziehenden industriellen Entwicklung wuchs und erstarkte jedoch auch die deutsche Arbeiterklasse, der es jetzt möglich war, ihre Kräfte im nationalen Maßstab zu entfalten.

Der Kampf der Arbeiter am Ende des 19. Jahrhunderts zur Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen

Aufgrund des beschleunigten Industrialisierungsprozesses wuchs die Arbeiterklasse nicht nur zahlenmäßig, sondern die Zusammensetzung des Proletariats veränderte sich. Damit verstärkte sich seine Kampfbereitschaft wesentlich. So stieg zum Beispiel allein in der Metallindustrie und im Maschinenbau die Zahl der Beschäftigten von 1875 bis 1895 von 0,3 auf 1,3 Millionen. [9] Immer mehr prägte der moderne Industriearbeiter das Gesicht des Proletariats.

Mit der Entwicklung der Großbetriebe entstanden günstigere natürliche Organisationszentren der Arbeiterklasse. [10] (Siehe Seite 10.) Durch den beginnenden Prozeß der Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals entwickelten sich jetzt immer mehr Aktiengesellschaften und Großbetriebe. Im Jahre 1872 entstanden zum Beispiel in Preußen fast

	Anzahl der Betriebe		Anzahl der Beschäftigten	
	1882	1895	1882	1895
Betriebe mit 1 bis 5 Arbeitern	2 882 768	2 934 723	4 335 822	4 770 669
Betriebe mit 6 bis 50 Arbeitern	112 715	191 301	1 391 720	2 454 333
Betriebe mit 51 bis 1000 Arbeitern	9 847	18 701	1 400 087	2 595 536
Betriebe mit mehr als 1000 Arbeitern	127	252	213 160	448 731

doppelt soviel Aktiengesellschaften wie in den Jahren 1801 bis 1870. [11]

Bis 1870 waren im Bereich des Bezirks der Handelskammer Dresden 14 und von 1871 bis 1873 19 Aktiengesellschaften gegründet worden. Von 1873 bis 1900 entstanden 148 Aktiengesellschaften. [12]

In der Metallverarbeitung und im Maschinen-, Instrumente- und Apparatebau wurden 22 Aktiengesellschaften in den Jahren von 1850 bis 1870 und 63 Aktiengesellschaften in den Jahren 1871 bis 1880 geschaffen. [13]

Der mit Hilfe des französischen „Milliardengens“ erreichte industrielle Aufschwung, besonders in den ersten Jahren des neuen Deutschen Reiches, den sogenannten Gründerjahren, vollzog sich mit allem Hoch und Nieder der kapitalistischen Konjunkturentwicklung. Aber auf die „Gründerjahre“ folgte im Herbst 1873 der „Gründerkrach“, die ökonomische Krise.

Auch Moritz Hille verwandelte 1892 seinen bis dahin selbständigen kapitalistischen Betrieb in eine Aktiengesellschaft, „AG Dresdner Gasmotorenfabrik, vorm. Moritz Hille“. Damit war die Grundlage dafür geschaffen, daß der Profit der Hille AG weiter ansteigen konnte.

Betrag 1893 der Umsatz des Werkes 903 833, 63 Mark und wurde ein Reingewinn von 142 020, 74 Mark erzielt, so stieg der Umsatz bis 1900 bereits auf 1 458 286, 22 Mark. Während das Aktienkapital 1893 noch 795 000 Mark betrug und bis 1900 nicht anstieg, stieg die Dividende von 5 Prozent in den Jahren 1892 bis 1893 auf 10 Prozent in den Jahren 1899 und 1900. [14]

Die nach 1871 einsetzende schnelle, sprunghafte Entwicklung der Produktivkräfte, die mit einer verstärkten Ausbeutung des Volkes verbunden war, brachte einerseits dem Kapitalisten märchenhafte Profite und verschlechterte auf der anderen Seite die Lage der Arbeiter zusehends. Es kam zu einer Welle mächtiger Streikämpfe und zahlreicher politischer Demonstrationen der Arbeiterklasse.

Im Oktober und November 1871 streikten zum Beispiel in Chemnitz, dem heutigen Karl-Marx-Stadt, etwa 8 000 Maschinenbauer. Sie forderten den Zehn-Stunden-Arbeitstag und eine Lohnerhöhung von 25 Prozent für Überstunden. [15]

Die Krise von 1873 und ihre Auswirkungen beeinflussten die Arbeits- und Lebensbedingungen der deutschen Arbeiterklasse. In den Berliner Betrieben sank die Zahl der Beschäftigten von rund 57 000 im Jahre 1876 auf etwa 29 000 im Jahre 1878. Der durchschnittliche Bruttolohn sank in der Industrie von 1875 bis 1879 um etwa 15 Prozent. [16]

Das Ansteigen der Stimmen, die bei den Reichstagswahlen für die Sozialdemokratie abgegeben wurden, war Ausdruck dafür, daß sich der Einfluß der Sozialdemokratie auf die Arbeiter verstärkt hatte und der Kampfwille der Arbeiter gestiegen war. Während 41 461 Stimmen im März 1871 für die Sozialdemokratie abgegeben wurden, waren es 171 351 im Januar 1874 und 493 447 im Januar 1877. [17]

Ein solches Ergebnis rief den verstärkten Kampf der herrschenden junkerlichen und großbourgeois Klasse hervor. Nach vielen ergebnislosen

Versuchen gelang es Bismarck 1878, das Verbot aller Organisationen der Partei und aller Gewerkschaften, sofern sie sozialistische Ziele verfolgten, durchzusetzen.

Trotz Sozialistengesetz und der damit gegen die Arbeiterklasse angewandten Machtmittel des reaktionären Staates wuchs die deutsche Sozialdemokratie weiter und konnte ihren Einfluß unter den Massen unaufhaltsam vergrößern. Im Februar 1890 wurden 1 427 298 Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben. Das waren 19,7 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Die Sozialdemokratie hatte sich zu einer Massenpartei entwickelt. [18] Das war auch gleichzeitig das Ende der Ära Bismarcks.

Die Politik der verstärkten Ausbeutung, die

durch die herrschende Klasse betrieben wurde, periodisch auftretende Wirtschaftskrisen und ihre Folgen wirkten sich verheerend auf die Lage der Arbeiterklasse aus. Die Politik der verstärkten Ausbeutung wurde auch in der Hille AG praktiziert. Die tägliche Arbeitszeit betrug in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts im Durchschnitt 11 Stunden, aber auch eine 12- und 13stündige Arbeitszeit war keine Ausnahme. Spätes Erscheinen am Arbeitsplatz, „aufsässiges“ Benehmen gegenüber Vorgesetzten hatten eine Geldstrafe zur Folge, die die Kapitalisten „einfachheitshalber“ gleich vom Lohn abzogen. Wer sich in dieser Zeit „erlaubte“, krank zu sein, konnte in den meisten Fällen gleich mit seiner Entlassung rechnen. [19]



Gebäude der AG Dresdner Gasmotorenfabrik, vorm. Moritz Hille

Die Hille AG in der Zeit des Übergangs zum Imperialismus

Um die Jahrhundertwende vollzog sich in Deutschland der Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus, zum Imperialismus. Auch die Hille AG war um die Jahrhundertwende auf dem Weg zum Monopolbetrieb.

Der mit der stürmischen Entwicklung verbundene Anstieg des Energiebedarfs der Wirtschaft verlangte eine verstärkte Produktion von Antriebsaggregaten. Im Jahre 1907 beschäftigten nur 548 der insgesamt über zwei Millionen industrieller Betriebe fast ein Zehntel (1,27 Millionen) aller Arbeiter in Deutschland, und allein diese Betriebe verfügten über fast die Hälfte aller Dampf- und Elektrizitätskraft. [20]

Die Produktionsleistung der Hille AG betrug damals etwa 600 Motoren in den verschiedensten Stärken und Typen. Verkaufslager in den größten Städten Deutschlands sowie 80 Vertreter im In- und Ausland sorgten für einen reibungslosen Absatz der Produktion. Die Leistungen der Arbeiter und der Intelligenz waren beachtlich. Die Qualität der Erzeugnisse besaß, was sowohl die Konstruktion als auch die Ausführung in der Fertigung betraf, eine bemerkenswerte Höhe. 1895 konnte die Hille AG mit ihren Erzeugnissen, gestützt auf den hohen Leistungsstand ihrer Maschinenbauer und Ingenieure, auf der Industrieausstellung in Moskau unter 23

Konkurrenzfirmen den ersten Platz erzielen. [21] Die Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs in Deutschland wurde durch die Weltwirtschaftskrise von 1900 bis 1903 unterbrochen. Auf Kosten der Existenz zahlreicher mittlerer und kleinerer Betriebe wurden der Konzentrationsprozeß und die Monopolbildung beschleunigt. [22]

Die Hille AG hatte sich Anfang des 20. Jahrhunderts nicht zuletzt mit Unterstützung der Commerz- und Privatbank Dresden zu einem stabilen und leistungsfähigen Unternehmen entwickelt. Mit den Mitteln der Ausbeutung, Unterdrückung und des Zwangs wurde das Letzte aus den Arbeitern herausgeholt. 1903 betrug die ausgezahlte Dividende, trotz Weltwirtschaftskrise, 8 Prozent. Sie stieg 1904 auf 10 Prozent und 1905 für einen längeren Zeitraum auf 11 Prozent an. Allein im Jahre 1905 stieg das Aktienkapital von 1 100 000 Mark auf 2 Millionen Mark an. Während die wenigen Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder zusätzlich zu ihren Dividenden als Aktienbesitzer einen jährlichen Gewinnanteil (Tantieme) von 12 891 Mark erhielten, bekamen alle 300 beschäftigten Arbeiter zusammen im Jahre 1903 für Unterstützungen 500 Mark, das sind je Arbeiter 1,66 Mark, ausgezahlt. [23]

In der Hille AG wurden die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise vor allem auf die Arbeiter abgewälzt, während die Kapitalisten ihr Schäfchen ins Trockene brachten.



Die ehemalige Lederwalkmühle im Triebischtal bei Meißen

Die von den Arbeitern des Jacobi-Werkes errichtete Südhalle des Dresdner Hauptbahnhofs

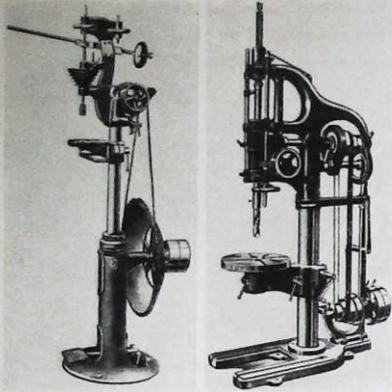
Konzentration und Zentralisation in den Jahren 1892 bis 1907 in der Metallverarbeitung

Anzahl der Betriebe	1882	1907
Kleinbetriebe		
1 bis 5 Beschäftigte	156 898	133 611
Mittelbetriebe		
6 bis 50 Beschäftigte	6 636	16 282
Großbetriebe		
51 und mehr Beschäftigte	701	2 832
Anzahl der Beschäftigten		
	1882	1907
Kleinbetriebe		
1 bis 5 Beschäftigte	288 663	272 187
Mittelbetriebe		
6 bis 50 Beschäftigte	85 875	224 810
Großbetriebe		
51 und mehr Beschäftigte	85 175	440 023 [24]

Unter den Bedingungen des Wirkens des Grundgesetzes der kapitalistischen Produktionsweise, beim Übergang zum Monopolbetrieb, mußte die Hille AG nicht nur die kapitalistische Ausbeutung weiter verschärfen, sondern auch nach neuen Möglichkeiten ihrer Vergrößerung suchen.

Die Konzentration der Produktion und die Zentralisation des Kapitals und die Hille AG

Bereits 1908 wurde von den Hille-Aktionären der erste Schlag geführt. Getroffen wurde der Besitz des Alfred Kuehnscherf jun., Inhaber eines Betriebes für Fahrstuhlbau und einer Eisengießerei. Dieser Betrieb, der den kapitalistischen Konkurrenzkampf nicht mehr bestand, wurde billig der Hille AG einverleibt. Damit wurde von den Hille-Kapitalisten eine Entwicklung eingeleitet, die in den nächsten Jahren zur weiteren Vergrößerung des Betriebes und vor allem zur Erhöhung ihres Kapitals und zur Steigerung des Profits führen sollte.



Die Anfänge des Bohrmaschinenbaus in der Hille-Werke AG

Die Gießerei der Hille-Werke AG in Meißen



Dem ersten Schritt folgte wenig später bereits der zweite. 1909 wurde das Jacobi-Werk Meißen billig aufgekauft.

Dieser Betrieb, eine der ältesten Maschinenfabriken in Sachsen, war im Jahre 1834 von den Ingenieuren Franz und Karl Jacobi im Triebischtal bei Meißen gegründet worden. Am 18. August 1834 hatten sie für eine Kaufsumme von 1 000 Talern eine Lederwalkmühle von der Stadt Meißen käuflich erworben. Dieser Kauf kam trotz des Widerstands der in der Stadt Meißen beschäftigten Weiß- und Sä-mischgerber zustande. Diese befürchteten, daß durch die Errichtung eines Industriebetriebes für sie weitere finanzielle und wirtschaftliche Schwierigkeiten entstehen könnten. Da jedoch der Stadtmagistrat in der Errichtung einer Eisengußfabrik für sich selbst einen überaus großen Vorteil sah, kam trotz der Proteste der Handwerker der Verkauf der Lederwalkmühle und damit die Errichtung eines Industriebetriebes zustande, in dem immerhin 60 bis 70 Arbeiter beschäftigt wurden.

Nach einem Bericht des Stadtrates von Meißen vom 20. Oktober 1835 bestand der Betrieb damals aus dem Gebäude der ehemaligen Walkmühle, dem daranstoßenden neu errichteten Hüttengebäude mit eingebautem Kupolofen sowie einer Schmiede-, Schlosser- und Tischlerwerkstatt, dem überdachten Brennofen zum Trocknen der Lehmformen und einem Holz-lagerschuppen.

Zur Erweiterung der Produktion und zur Erhöhung des Profits war der Betrieb 1872, in der Zeit der Gründerjahre, in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und für rund 300 000 Taler an das Konsortium Otto Harlan und Gen. verkauft worden. Als „Meißner Eisengießerei und Maschinenfabrik, vormals F. L. und E. Jacobi“ bekannt, trug der Betrieb ab 1898 den Namen „Jacobi-Werk Meißen“.

Um die Jahrhundertwende hatte dieser Betrieb schon ein beachtliches Produktionsprogramm. Es umfaßte die Herstellung von Eisenkonstruktionen, wie Brücken- und Fabrikbauten, Hallen, Dächer usw., den Bau von Dampfkesseln, Dampfmaschinen und Transmissionen, die Einrichtung von Ziegeleien, keramischen Fabriken

und Hartzerkleinerungsanlagen. In den Jahren 1900/1901 wurde eine elektrische Zentrale für die Licht- und Kraftlieferung gebaut und die Leistung des Brückenbaus und der Kesselschmiede durch die Errichtung einer pneumatischen Nietenanlage erhöht. [25]

Im Jahre 1900 bauten die Arbeiter der Jacobi AG die Südhalle des Dresdner Hauptbahnhofs. Bereits ein Jahr später erzielte der Betrieb den beachtlichen Umsatz von 1 842 280 Mark.

Durch die Führung eines äußerst kostspieligen Prozesses mit einem Kaiserlichen Ziegelei- und Kaolinwerk war das Jacobi-Werk finanziell stark belastet und stand kurz vor der Pleite. Der Kauf dieses Werkes war für die Hille AG unter diesen Umständen natürlich besonders günstig. Als dann nach Abschluß des Kaufvertrages die Entscheidung im jahrelang geführten Prozeß zugunsten des Jacobiwerkes ausfiel, hatten die Aktionäre der Hille AG doppelten Gewinn: Sie hatten sich einen Betrieb weit unter seinem tatsächlichen Wert einverleibt und erhielten noch zusätzlich einen Betrag aus den Prozeßkosten und die Streitsumme zurückerstattet. [26]

Im Herbst 1909, im selben Jahr, in dem das Jacobiwerk von der Hille AG geschluckt wurde, begann in Deutschland eine Rüstungskonjunktur, die die Macht der deutschen Monopol- und Finanzkapitalisten verstärkte. [27] Die Kapitalisten der Hille AG witterten sofort ein für sie profitables Geschäft. Sie suchten nach Möglichkeiten, um entsprechend ihren bisherigen Produktionserfahrungen eine solche Produktion zu übernehmen, mit der sie ohne größere Investitionen und Umstellungen ihre Profite erheblich steigern konnten. Und bereits 1910 war es soweit. Die Hille AG übernahm die seit 1879 bestehende und weltbekannte Dresdner Bohrmaschinenfabrik AG, vormals Bernhard Fischer & Winsch, im Werte von 600 000 Mark. Das war die Grundlage für eine gründliche Produktionsbereinigung im Interesse der Steigerung des Profits. Mit der Ausrichtung der Produktion auf den Werkzeugmaschinenbau konnte die Hille AG unmittelbar ins Rüstungsgeschäft einsteigen. Es war also kein Zufall, daß das Bohrmaschinenprogramm fortan zur Hauptproduktion ausge-

baut wurde. Diese Produktionsumstellung ging voll zu Lasten der Produktion des ehemaligen Jacobi-Werkes, denn bereits 1911 wurde die Abteilung Spezialbohrmaschinen nach Meißen verlegt, wo eine große Montagehalle zur Verfügung stand. 1913 wurde eine Gruppenbohrmaschine, die auf diesem Gebiet führend in der Welt wurde, für die Autoindustrie entwickelt. Es war eine für den Autobau völlig neue Maschine, die zur damaligen Zeit selbst in den größten Autofabriken Amerikas noch nicht vorhanden war. [28]

Das Geschäft der Umstellung auf Werkzeugmaschinen lohnte sich. Die Hille AG vergrößerte sich in dieser Richtung weiter. 1930 wurden die Schüttoff AG, Chemnitz (jetzt Karl-Marx-Stadt), die weltbekannte Gewindefräsmaschinen und Hinterdrehmaschinen herstellte, und 1932 die Firma Auerbach & Co., die Revolverdrehmaschinen produzierte, aufgekauft.

Die Konzentration der Produktion und des Kapitals in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts hatte sich auch für die Kapitalisten der Hille AG ausgezahlt. Nicht nur das Aktienkapital, das 795 000 Mark im Jahre 1893 betrug, stieg bis 1913 auf 3 600 000 Mark an; die Dividende von 5 Prozent Anfang der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts erhöhte sich auf 11 Prozent im Jahre 1912 und erreichte 1917 einen Stand von 14 Prozent. [29]

Die Lage der Arbeiterklasse um die Jahrhundertwende – ihr Kampf um soziale Verbesserungen und gegen den drohenden imperialistischen Krieg

Der Arbeiterklasse war es gelungen, der Bourgeoisie in starken ökonomischen Kämpfen Lohnerhöhungen abzurufen. Die Steuern und Preise stiegen jedoch schneller als die Löhne der Arbeiter. Auch die Mietpreise, vor allem in den Großstädten, waren sehr hoch, die Arbeiter mußten etwa 25 Prozent ihres Lohnes dafür bezahlen.

Die meisten Arbeiter mußten wöchentlich etwa 60 Stunden arbeiten. Urlaub bekamen sie nicht.

Die Zahl der Unfälle stieg durch die Intensivierung der Ausbeutung in den Betrieben. Ein großer Teil der 63 491 Dreher und Maschinenarbeiter, die in 3 563 Betrieben beschäftigt waren, hatte eine tägliche Arbeitszeit von 10 bis 11 Stunden und mehr zu leisten. Nach ärztlichen Erhebungen mußte sich jeder zweite Metallarbeiter infolge einer Augenverletzung in ärztliche Behandlung begeben. Vor allem die Dreher und Schleifer hatten unter den Maschinenarbeitern die geringste durchschnittliche Lebenserwartung, und zwar von 40,4 bzw. 41,5 Jahren. Am verbreitetsten waren Lungenkrankheiten, vor allem die Lungenschwindsucht. [30] Aufgrund ihres konsequenten Auftretens für die Verbesserung der Lage der Arbeiter, für den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung nahm der Einfluß der Sozialdemokraten zu; im Juni 1903 stimmten bei der Reichstagswahl 31,7 Prozent der Wähler für die sozialdemokratischen Kandidaten. [31]

Nicht unerheblichen Einfluß auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Dresden hatte der 1903 in Dresden tagende Parteitag der SPD. Zu Tausenden drängten sich die Arbeiter am 13. September 1903 vor dem „Trianon“, der traditionellen Kampfstätte der deutschen Arbeiterbewegung, am damaligen Schützenplatz, wo vom 13. bis 20. September 1903 der Parteitag der SPD stattfand.

Das Jahr 1903 war gekennzeichnet von einer immer offener zutage tretenden Verschärfung der Klassengegensätze, hervorgerufen durch den Übergang zum Imperialismus. In erbitterten Klassenkämpfen wehrte sich das Proletariat gegen die zunehmende Ausbeutung. Die bedeutendste Klassenschlacht jener Zeit schlugen die Arbeiter mit dem Streik der Crimmitschauer Textilarbeiter. Auch in Dresden kämpften die Arbeiter gegen die Willkür der Kapitalisten. Die Bauarbeiter und Zimmerer hatten im Mai 1903 einen Angriff der Unternehmer auf die Lebenslage der Arbeiter zurückzuschlagen. Die Unternehmer hatten eine Aussperrung beschlossen und wollten damit den Stundenlohn auf 30 bis 35 Pfennig drücken und gleichzeitig die Gewerkschaften liquidieren.

Der Parteitag der SPD von 1903 in Dresden,

der sich eindeutig hinter Bebel stellte, orientierte die Partei auf den Kampf gegen Militarismus, imperialistische Kolonial- und Weltmachtpolitik, gegen Ausbeutung und Unterdrückung in jeder Gestalt und für die Erweiterung der politischen Rechte der Arbeiterklasse.

Der Parteitag verurteilte damit auch die in der Partei mit dem Auftreten Bernsteins sichtbar gewordenen Bestrebungen, die Klassengegensätze zu vertuschen, sich den bürgerlichen Parteien unterzuordnen und die im Kampf bewährte Linie der Partei zu revidieren. [32]

Unter dem Eindruck der Revolution von 1905 in Rußland nahmen die Massenkämpfe der deutschen Arbeiterklasse zu, und es entwickelten sich die ökonomischen Kämpfe immer mehr zu politischen Kämpfen der Arbeiterklasse. Der Kampf richtete sich dabei vor allem gegen das reaktionäre Drei-Klassen-Wahlrecht und gegen die zunehmende Kriegsgefahr, wie das Genosse Robert Richter aus seinen Erinnerungen berichtete. Genosse Robert Richter, 1892 geboren und seit 1913 Arbeiter der Hille AG, nach 1945 noch viele Jahre im Meßraum beschäftigt, schilderte, wie er bereits als Kind durch Aushilfe beim Bäcker und Fleischer zum kärglichen Verdienst des Vaters und der Mutter dazuverdienen mußte. Bereit 1908 wurde er Mitglied des Arbeiterjugendverbandes und 1910 Mitglied der Arbeiterpartei. Sein politischer Kampf begann mit dem Austragen der Zeitung „Die junge Garde“. Diese süddeutsche Jugendzeitung aus Mannheim, in der Karl Liebknecht viele Beiträge veröffentlichte, spielte in Dresden eine wichtige Rolle zur Gewinnung der Arbeiterjugend. [33] Der Wunsch Robert Richters, Optiker zu werden, konnte nicht in Erfüllung gehen, weil dafür von den Eltern noch Lehrgeld bezahlt werden mußte, was jedoch aufgrund ihres geringen Verdienstes nicht möglich war. Von 1906 bis 1909 erlernte er deshalb in der Maschinenfabrik Wuttig den Beruf eines Maschinenschlossers. Obwohl politische Betätigung während der Lehre strengstens verboten war, wurde er während seiner Lehrzeit Mitglied des Arbeiterjugendverbandes Löbtau. Er hatte erkannt, daß nur durch den politischen Kampf, unter Führung einer starken Partei, die

Lebenslage der Arbeiter verbessert werden kann. Nach seiner Lehrzeit erhielt er einen Stundenverdienst von 28 Pfennig.

Robert Richter erzählte, daß die Arbeiter nicht nur Forderungen nach Lohnerhöhung stellten, sondern zusehends erkannten, daß ihre ökonomischen Forderungen nur dann voll im Interesse der Arbeiter zu erfüllen waren, wenn sie sich gleichzeitig für eine Veränderung der Machtverhältnisse einsetzten. Das kam damals in ihrem Kampf gegen das Drei-Klassen-Wahlrecht zum Ausdruck.

Unter dem Einfluß der Revolution in Rußland kam es innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung zu heftigen Auseinandersetzungen über die Anwendung des politischen Massenstreiks. In der deutschen Arbeiterbewegung begannen sich drei Strömungen abzuzeichnen – die Revisionisten, die Zentristen und die Linken.

Die deutschen Linken, die vor allem von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin vertreten wurden, traten konsequent für die ökonomischen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse und der Volksmassen ein. Als einzig wirksames Mittel zum Kampf gegen Militarismus und Krieg sahen sie den politischen Massenstreik an. Nur die Linken konnten der Arbeiterklasse in dieser Zeit eine klare Orientierung für ihren Kampf geben. Eine der wenigen Zeitungen, die den Linken als Sprachrohr diente, war die „Dresdner Sächsische Arbeiterzeitung“. Damit bestand in Dresden eine wichtige Voraussetzung dafür, daß hier neben Preußen und Hamburg die Massenkämpfe immer mehr politischen Charakter annehmen konnten.

Wie überall in Deutschland war auch in Dresden im Jahre 1905 die Zahl der Streikenden angestiegen. So streikten die Arbeiter der Elbkiesbagger, die Gärtner, Bäcker, Maler, Lackierer, Anstreicher, Bauarbeiter, Glasmacher, die Zigarettensarbeiterinnen und die Schleifer von Seidel & Naumann. Insgesamt standen in Dresden weit über 10 000 Arbeiter im Streik-kampf. [34]

Infolge der verstärkten Aufrüstung stiegen die Rüstungsausgaben gewaltig. Allein im Jahre 1908 wurde die Hälfte aller Staatseinnahmen

für die Finanzierung der Aufrüstung ausgegeben. Die Arbeiter, deren Lebenslage sich durch diese Politik verschlechterte, wandten sich in zahlreichen Streikkämpfen gegen die verstärkte Aufrüstung durch die imperialistischen Kräfte.

An den Streikkämpfen der Dresdner Arbeiter im Jahre 1906 beteiligten sich auch die Hille-Arbeiter. Auch sie bekamen zu spüren, wie sich die Politik der Aufrüstung durch die herrschende Klasse auf die Lebenslage der Arbeiter auswirkt. In der Hille AG verdiente zum Beispiel ein Facharbeiter etwa 28 bis 55 Pfennig je Stunde. Genosse Fritz Heidrich schilderte die Lage seiner Familie. Die aus vier Mitgliedern bestehende Familie verfügte über etwa 29 Mark je Woche. Zu dem Verdienst des Vaters waren schon die Einkünfte der Mutter, die sie mit Waschen und der Ausführung eines Hausmanns-postens verdiente, hinzugerechnet.

Aus dem Wirtschaftsbuch der Familie Heidrich im Jahre 1911:

Ausgaben der Familie	je Woche
1. Miete für eine 3-Zimmer-Wohnung (im Monat 30 Mark)	7,50 Mark
2. Gas- und Stromrechnung (im Durchschnitt 6 Mark im Monat)	1,50 Mark
3. Versteuerung des Jahresverdienstes von 1460 Mark mit 8½ Prozent	2,20 Mark
4. Brot (je Tag 1 Brot dritter Sorte zu 0,48 Mark)	3,36 Mark
5. 1 kg Butter und sonstige Fettigkeiten	1,44 Mark
6. 1 kg Brotbelag	1,60 Mark
7. 8 Eier	0,88 Mark
8. Gemüse, Kartoffeln, Gewürze	1,00 Mark
9. Nahrungsmittel	1,55 Mark
10. Rücklagen für Kleidung und Reparaturen	8,00 Mark
	<u>29,03 Mark</u>

Genosse Heidrich stellte aus dem Wirtschafts- buch der Mutter einige Einträge zur Verfügung, aus denen hervorgeht, wie die Familie mit diesem geringen Einkommen auszukommen versuchte.

In dieser Rechnung sind die Ausgaben für Krankenscheine, für Medikamente, für Einkäufe zu Feiertagen und Familienfestlichkeiten usw. noch nicht enthalten. Um wenigstens zu Weihnachten ein paar Stollen backen zu können, mußte sich eine Arbeiterfamilie buchstäblich Groschen für Groschen vom Munde absparen. So kam man auf die Idee, eine eigene „Stollensteuer“ einzuführen. [35]

Unter ebenso schlechten Bedingungen wie die Familie Heidrich lebten auch die anderen Arbeiterfamilien der Hille AG. Um ihre hoffnungslose Lage etwas zu verbessern, forderten sie eine Lohnerhöhung von 5 bis 6 Pfennig je Stunde. Da die Verhandlungen des Metallarbeiterverbandes mit dem Unternehmerverband und der Werkleitung im Jahre 1908 erfolglos zu bleiben schienen, forderten die Gewerkschafter von ihrem Verband, ihre Forderungen mit Hilfe des Streiks durchzusetzen. Vergeblich versuchten reformistische Gewerkschaftsführer, diesen Streik zu verhindern. Die geschlossene Haltung der Hille-Arbeiter erzwang von der Gewerkschaftsführung die Auslösung des Streiks. Eine bereits beim Streik 1906 gewonnene Erfahrung, daß der Erfolg des Kampfes weitgehend von der Einheit und Geschlossenheit, von der Disziplin und Organisiertheit der Arbeiter abhängt, wurde von Anfang an genutzt, so daß während des Streikkampfes die Organisiertheit und Disziplin der Hille-Arbeiter vorbildlich war. Streikposten hatten alle Eingänge der Hille AG besetzt und verhinderten, daß Streikbrecher, die der unternehmerhörigen Hirsch-Dunkerschen Splittergewerkschaft angehörten, ihr verräterisches Vorhaben ausführen konnten. Nur wenigen gelang es, unterstützt von den Direktoren, die sie durch das Verwaltungsgebäude ins Werk brachten, sich als Streikbrecher zu betätigen. Zu ihnen gehörte der damalige Kolonnenführer Barthel.

Acht Wochen dauerte der Streik; der Brotkorb mußte in vielen Arbeiterfamilien noch höher gehängt werden, da die Streikunterstützung den

Verdienstausfall nicht aufhob. Da sie sich ihrer gerechten Sache bewußt waren, hielten die Hille-Arbeiter jedoch durch. Den Unternehmern wurde ein Teilzugeständnis abgerungen. Nach acht Wochen Streik akzeptierten sie eine Lohnerhöhung von 3½ Pfennig je Stunde.

Obwohl der Kampfeswille der Arbeiter ungebrochen war, ging die Gewerkschaftsführung auf diesen Kompromiß ein und brach den Streik ab. Dieser Streik hatte jedoch die Kampfesgeschlossenheit der Hille-Arbeiter weiter erhöht. Das spürte auch die Betriebsleitung sofort wieder, als sie sich durch Maßregelungen, das heißt durch Aussperrung einiger Gewerkschaftsfunktionäre, an diesem Streikerfolg der Arbeiter rächen wollte. Sofort legten die Hille-Arbeiter ihre Arbeit nieder, und erst nach drei Tagen, als die ausgesperrten Kollegen ihre Arbeit wieder aufnehmen konnten, wurde dieser Streik mit einem weiteren Sieg über die Hille-Aktionäre abgeschlossen. [36]

Trotz der Streikerfolge war das Los der Arbeiterklasse jedoch nicht besser geworden. Besonders die Lehrlinge waren der Willkür der einzelnen Unternehmer ausgeliefert, wie zum Beispiel in der Hille AG. [37] Die Arbeitszeit des Lehrlings um die Jahrhundertwende begann morgens um 6 Uhr und endete abends um 7 Uhr. Sonnabends ging es ausnahmsweise „nur“ bis 4 Uhr nachmittags. Damit war es aber noch nicht getan. Der Lehrling mußte sich noch das theoretische Wissen holen, und zwar nur so viel, wie es die Unternehmer zur Handhabung der Maschinen und Werkzeuge für nützlich und zur Steigerung ihres Profits für förderlich hielten. Drei- bis viermal in der Woche von 20 bis 22 Uhr und sonntags vormittags besuchten die Lehrlinge die Gewerkschule. Dafür mußten die Eltern 35 bis 40 Mark Schulgeld je Halbjahr aufbringen. Hatte der Lehrling einen weiten Arbeitsweg, so konnte er erst gegen 23 Uhr zu Hause sein. Nicht wenige der Lehrlinge mußten aber bereits früh um ¼4 Uhr wieder aufstehen und für einen Bäckermeister Brötchen austragen. Die Mutter erhielt dafür einige Groschen für die wöchentliche Brotrechnung gutgeschrieben. Die Lehrlinge durften sich auch nicht am Streik der Erwachsenen beteiligen.

Aber trotz des Verbots der Kapitalisten, wonach sich die Lehrlinge nicht politisch organisieren durften, trug vor allem die politische Aktivität der fortschrittlichen Kräfte der Sozialdemokratie dazu bei, daß sich in Dresden in den Jahren 1906 bis 1908 erste Jugendgruppen bildeten. [38]

Genosse Robert Richter erinnerte sich noch daran, wie am 24. Mai 1908 der „Jugendbildungsverein der Dresdner Arbeiterschaft“ gegründet wurde und er selbst der Jugendgruppe in Löbtau beitrug, die von Max Pinkert und Reinhold Liebischer geleitet wurde. Die Veranstaltungen in der Jugendgruppe, so sagte er, haben wesentlich zur Erhöhung des Bildungsstandes unter der Arbeiterjugend beigetragen. In einigen Betrieben hatten die Arbeiter erreicht, daß den Lehrlingen eine, wenn auch geringe, Vergütung bezahlt werden mußte. Im Lehrvertrag des damaligen Dreherlehrlings Rudi Jacob aus dem Jahre 1911 ist im Paragraphen 5 zu lesen: „Um den genannten Lehrling in seinem Streben zu ermuntern und zu freiwilligem Fleiß anzuspornen, soll derselbe eine sich nach seinen Leistungen richtende Vergütung erhalten, welche

im 1. Lehrjahr drei Pfennig pro Stunde,

im 2. Lehrjahr vier Pfennig pro Stunde und

im 3. Lehrjahr fünf Pfennig pro Stunde

betragen soll, aber auch ganz einbehalten werden kann, falls der genannte Lehrling zur Unzufriedenheit Anlaß gibt.“ [39]

Bevor es jedoch überhaupt zum Abschluß eines Lehrvertrages mit der Hille AG kam, mußten die Eltern (noch im Jahre 1922) 400 Mark Lehrgeld bezahlen. Das war natürlich für die damaligen Verhältnisse einer Arbeiterfamilie sehr viel Geld. Es wurde auf jeden Fall, auch wenn die Lehre nicht beendet werden konnte, vom Betrieb einbehalten, wie uns Genosse Gorogranz, von 1922 bis 1925 Lehrling in der Hille AG, erzählte.

„Jeder kann sich vorstellen, daß wir uns deshalb so verhalten mußten, damit der Betrieb keinerlei Anstoß nehmen konnte, um die Lehre vorzeitig zu beenden.“ [40] Aber das war durchaus kein Grund für den Lehrling Gorogranz, sich als klassenbewußter Arbeiterjunge nicht politisch zu betätigen. Bereits 1922 wurde er Mitglied der

Sozialistischen Arbeiterjugend und 1927 Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands.

Seit der Jahrhundertwende war der Monopolisierungsprozeß weiter vorangeschritten und die ökonomische und politische Macht des deutschen Imperialismus angestiegen. In der Hille AG war das Aktienkapital bis zum Jahre 1913 auf 3 600 000 Mark angewachsen. Die Tantiemen für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrates erhöhten sich seit 1903 von 12 891 Mark auf 48 283 Mark jährlich. [41]

Dem von den deutschen Imperialisten fieberhaft betriebenen Kurs der Aufrüstung schlossen sich auch die Hille-Aktionäre bedingungslos an; witterten sie doch besonders durch die im März 1913 vorgelegte Heeresvorlage, die innerhalb von zwei Jahren eine Verstärkung allein des Landheeres um 136 000 Mann vorsah, [42] ein für sie profitables Geschäft. Die Produktion wurde auf den Krieg ausgerichtet. Neben der Herstellung von Spezialmaschinen für andere Rüstungsbetriebe wurde die Produktion von Granatzündern und Granatkörpern sowie von Heeresfahrzeugen (Pack- und Munitionswagen, Geschützlafetten, Feldküchen u. a.), besonders im Meißner Betrieb, aufgenommen: Bereits 1914 lag durch die Aufnahme der Rüstungsproduktion der Umsatz um 300 000 Mark höher als 1913. [43]

Die deutsche und internationale Arbeiterbewegung stand der Vorbereitung eines imperialistischen Krieges jedoch nicht tatenlos gegenüber.

Besonders als in den Jahren 1912 und 1913 die beiden Balkankriege den Weltfrieden in Gefahr brachten, mußte sich der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie auf Druck der Massen mit einem Appell an die Arbeiterklasse wenden, in dem sie aufgefordert wurde, sich den Imperialisten entgegenzustellen. Das Internationale Sozialistische Büro berief den Außerordentlichen Sozialistenkongreß für den 24. und 25. Oktober 1912 nach Basel ein. Dieser Kongreß war die Widerspiegelung des Friedenswillens der internationalen Arbeiterklasse. Besonders die Arbeiterklasse Deutschlands, Englands und Frankreichs erhielt auf Beschluß des Kongresses eine wichtige Aufgabe, nämlich aktiv ge-



Vorbereitung auf den ersten imperialistischen Weltkrieg – die Herstellung von Packwagen im Betrieb Meißen der Hille-Werke AG

Produktion von Heeresfahrzeugen im Betrieb Meißen der Hille-Werke AG während des ersten imperialistischen Weltkrieges

nug, diese von ihnen betriebene Ausbeutung als eine besondere, im Interesse dieser Arbeiterinnen selbst liegende Entscheidung zu verherrlichen. Das zeigt zum Beispiel anschaulich eine aus Dokumenten der Hille-Werke AG entnommene Formulierung: „Auch die Frauen wenden sich immer mehr und mehr den Berufen in der metallverarbeitenden Industrie zu, weshalb sich die Hille-Werke entschlossen, sie nicht nur in den Büros zu beschäftigen, sondern sie auch für die betriebliche Arbeit zu gewinnen.“ [48] In dieser Darstellung wird einfach die historische Wahrheit verdreht. Viele Arbeiterfrauen, deren Männer zum Militär mußten, waren gezwungen, in die Kriegsindustrie zu gehen, um für sich und ihre Kinder den Lebensunterhalt zu

gen die Gefahr eines Weltkrieges zu kämpfen. [44]

Trotz der Beschlüsse von Basel hielten sich in der deutschen Sozialdemokratie nur die Linken an diese Festlegungen. Sie allein zeigten der Arbeiterklasse und dem ganzen deutschen Volk, wer die wirklichen Feinde Deutschlands sind und wie man sie bekämpfen muß. Karl Liebknecht erklärte zum Beispiel am 26. April 1913 im Reichstag: „... im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens, im Interesse der Förderung der Bestrebungen, die verhindern sollen, daß um eine solche wahnwitzige Prestigepolitik Europa in einen Krieg gebracht werde, ist es erforderlich, vor aller Welt einmal wieder mit Fingern auf jene Kapitalliquen zu weisen, deren Interesse und deren Nahrung der Völkerunfriede, der Völkerzwist, der Krieg ist; ist es erforderlich, den Völkern zuzurufen: Das Vaterland ist in Gefahr! Es ist aber nicht in Gefahr vor dem äußeren Feinde, sondern vor jenen gefährlichen inneren Feinden, vor allem vor der internationalen Rüstungsindustrie.“ [45]

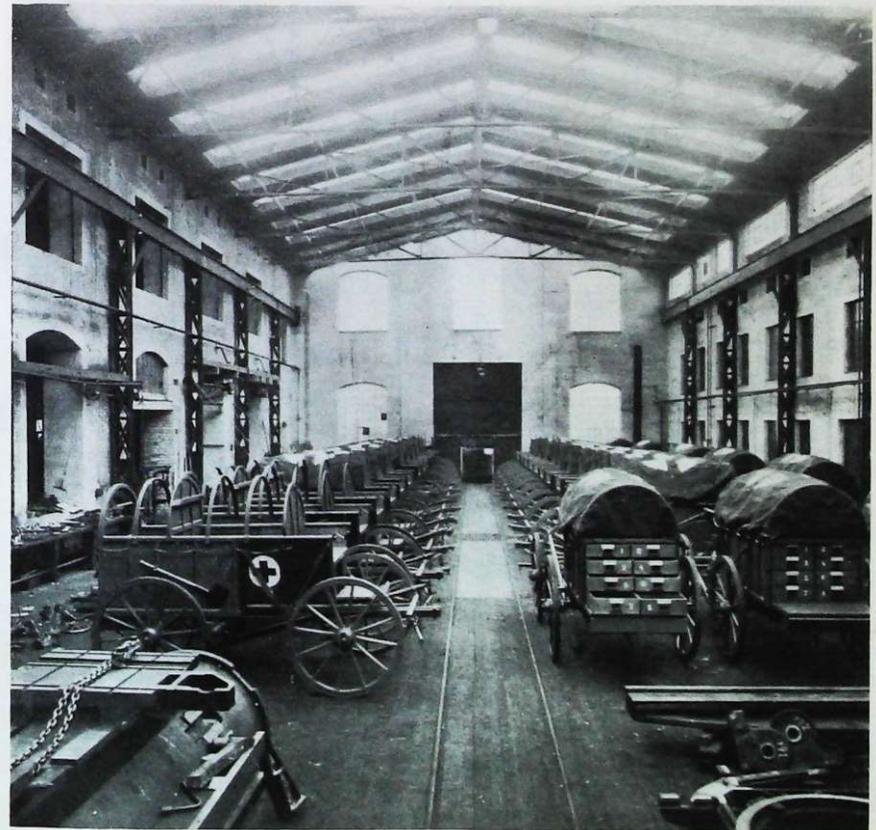
Der erste Weltkrieg und die Jahre danach

Während des ersten Weltkrieges, der mit der Kriegserklärung des imperialistischen Deutschlands an Rußland am 1. August 1914 begann, ließen die revolutionären Kräfte der deutschen

Arbeiterklasse unter Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg nichts unversucht, um vom ersten Kriegstag an die Massen für den Friedenskampf, zur Beendigung des Völkermordens, zu gewinnen. Besonders unter der Arbeiterjugend fand die Antikriegspropaganda der deutschen Linken Widerhall. Im gesamten Land entstanden Zentren der Antikriegsarbeit der Jugend. Auch in Dresden entwickelte sich eine oppositionelle Jugendbewegung. An ihrer Spitze standen zum Beispiel Wella Henker und Erich Lewinsohn, die konsequent den Kampf gegen den imperialistischen Krieg führten. [46]

Je länger der Krieg dauerte, um so mehr Opfer wurden den Werktätigen auferlegt. Der Blitzkrieg war gescheitert. Die von den rechten Gewerkschaftsführern im Zeichen des Burgfriedens befürwortete staatliche Aufhebung der Arbeitsschutzbestimmungen und Arbeitszeitbegrenzungen nutzten die Unternehmer hemmungslos aus. Der Arbeitstag wurde bis zur Grenze der physischen Leistungsfähigkeit ausgedehnt. Für viele Arbeiter dauerte der Arbeitstag 12 Stunden. Die Nachtarbeit und die Arbeit an Sonn- und Feiertagen wurde zur Regel. Die Frauen und Mädchen, die die Arbeitsplätze der Männer einnehmen mußten, erhielten etwa nur die Hälfte des Lohnes, den die Männer bekamen. [47]

Auch die Hille-Aktionäre nutzten die Lage der Frauen und Mädchen im Interesse ihres Profits reichlich aus und waren noch dazu schamlos ge-



verdienen. 1916 waren allein in der Metallindustrie bereits 265 300 Frauen, gegenüber 63 570 vor dem Kriege, beschäftigt. Dazu kam, daß der Lohn der Frauen im Durchschnitt um 30 bis 50 Prozent niedriger als der der Männer lag. [49] Während viele Arbeiterfamilien der Hille AG bereits um ihre toten Väter, Männer, Söhne und Brüder trauerten und manche Mütter nicht wußten, wie sie ihre Kinder satt bekommen sollten, stiegen die Gewinne der Hille-Aktionäre mit der Fortdauer des Krieges weiter an. Betrug der Reingewinn 1915 schon 114 143

Kriegsproduktion der Hille-Werke AG im Betrieb Meißen während des ersten imperialistischen Weltkrieges



Mark, so stieg er im Jahre 1916 auf 685 844 Mark. Im Jahre 1917 kletterte die Dividende auf eine noch nie erreichte Höhe von 14 Prozent an und hielt diese bis zum Jahre 1920. [50] Noch im letzten Kriegsjahr wurde im Interesse der Kriegsproduktion und zur Erhöhung des Profits der Bau von Lastkraftwagen für Heereszwecke aufgenommen.

Nach mehr als vierjährigem Völkermorden war der erste Versuch des deutschen Imperialismus, die Weltherrschaft zu erobern, schmachlich gescheitert. Während 6,5 Millionen deutsche Menschen Leben und Gesundheit durch den Krieg verloren, wurden die Kriegsgewinne der Monopole und Banken auf rund 50 Milliarden Mark geschätzt.

Die deutschen Imperialisten und Militaristen, die deutsche Großbourgeoisie, hatten sich als schlimmste Feinde der deutschen Nation erwiesen und ihren Führungsanspruch endgültig verloren.

Im Herbst 1918 war in Deutschland immer mehr die herannahende Revolution zu spüren. Durch den vierjährigen imperialistischen und für das deutsche Volk opferreichen Krieg hatten sich die Widersprüche des Imperialismus in Deutschland scharf zugespitzt. Die unterdrückten Massen waren in keiner Weise mehr gewillt, unter diesen Verhältnissen der ständigen Verschärfung der Not und des Elends weiterzuleben.

Das Beispiel für den erfolgreichen Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung hatten die Arbeiter und Bauern Rußlands gegeben. Mit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution hörte das kapitalistische System auf, die einzige herrschende Produktionsweise zu sein.

Am 3. November 1918 begann in Deutschland die Revolution mit dem bewaffneten Aufstand der Matrosen in Kiel. Auf den Schiffen und in den Kasernen wurden die ersten Matrosen- und Soldatenräte gewählt, und bereits am 4. November konnten sich die Räte auf 20 000 bewaffnete Matrosen und Soldaten stützen.

Die aus den deutschen Linken hervorgegangene Spartakusgruppe und die revolutionären Obleute riefen am 8. November die Arbeiter in Berlin zum Generalstreik und zum bewaffneten Aufstand auf. Bereits am 9. November folgten 100 000 diesem Aufruf und legten die Arbeit nieder.

In Dresden begann die revolutionäre Erhebung am 8. November 1918. Auf dem Altmarkt sammelten sich große Menschenmengen an, und ein gewaltiger Demonstrationszug zog nach Dresden-Neustadt, öffnete gewaltsam die Tore des Festungsgefängnisses auf der Königsbrücker Straße (heute Otto-Buchwitz-Straße) und befreite die politischen Gefangenen. Die Arbeiter der größten Betriebe legten die Arbeit nieder, so auch ein großer Teil der Belegschaft der Hille-Werke.

Die Revolution hatte in kurzer Zeit ganz Deutschland erfaßt. Angesichts des entschlossenen Handelns der Massen unternahm vor al-

lem die zentrale Leitung der SPD und der Gewerkschaften alles, um die Revolution zu beenden, um eine sozialistische Umgestaltung in Deutschland zu verhindern. Unter dem Einfluß der demagogischen und verräterischen Politik der rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften und gegen den Willen der Arbeiter gab der Reichsrätekongreß im Dezember 1918 die Macht aus den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte und sprach damit sein eigenes Todesurteil.

Das Ziel der konterrevolutionären Kräfte bestand nach dem Reichsrätekongreß darin, noch vor den Wahlen zur Nationalversammlung mit militärischen Mitteln die Revolution endgültig niederzuschlagen und durch eine bürgerkriegsähnliche Atmosphäre, durch Mord und weißen Terror Bedingungen für „freie“ und „demokratische“ Wahlen im Interesse der imperialistischen Bourgeoisie zu schaffen. Immer wieder versuchte die Reaktion durch Provokationen die Arbeiterklasse in blutige Zwischenfälle zu verwickeln.

Die Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn, der dem linken Flügel der USPD angehörte, sollte dazu beitragen, die Arbeiterklasse zu frühzeitigen Kämpfen herauszulocken. Das gehörte genauso zum Konzept der Reaktion wie der im September 1918 in Dresden angezettelte blutige Zwischenfall. Ausgerechnet nach Abschluß einer von den Internationalen Kommunisten einberufenen Versammlung wurden Krawalle und Schießereien inszeniert, die mit Toten und Verwundeten endeten.

Am 10. Januar 1918 fand im Zirkusgebäude in Dresden eine von der KPD mit dem Roten Soldatenbund organisierte Versammlung statt, auf der sich die Redner entschieden gegen die Provokation gegenüber der KPD wandten. Mehrere tausend Arbeiter und revolutionäre Soldaten formierten sich nach dieser Versammlung zu einem Protestmarsch. Ziel dieser Demonstration war das Zeitungsgebäude der „Dresdner Volkszeitung“, die Zeitung der rechten SPD-Führung. Der Protest richtete sich dagegen, daß in dieser Druckerei Flugblätter, in denen die Soldaten aufgefordert wurden, bei jeder Gelegenheit die Kommunisten niederzuschlagen, gedruckt und

in den Dresdner Kasernen verteilt worden waren. Obwohl dieser Demonstrationszug unbewaffnet war, wurde er von Armeeeinheiten, die vorsorglich seit Tagen das Gebäude der „Dresdner Volkszeitung“ besetzt hatten, beschossen, wobei es auch hier Tote und Verwundete gab. [51]

Mit der blutigen Niederschlagung der im Januar 1919 provozierten bewaffneten Kämpfe der Arbeiter durch die Konterrevolution hatte die Bourgeoisie ihr Ziel erreicht und die Voraussetzung für das Zustandekommen einer reaktionären Nationalversammlung geschaffen.

Während der Novemberrevolution hatte sich das Fehlen einer revolutionären Partei negativ ausgewirkt. Eines der wichtigsten Ergebnisse der Novemberrevolution in Deutschland war deshalb die Gründung der KPD. Am 29. Dezember 1918 wurde die Reichskonferenz des Spartakusbundes in Berlin eröffnet, und bereits am 30. Dezember konstituierte sich der Spartakusbund als selbständige politische Partei unter dem Namen Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund). [52]

Zu den Delegierten des Gründungsparteitages und damit zu den Mitbegründern der KPD gehörte auch der revolutionäre Führer der deutschen Arbeiterbewegung, Fritz Heckert, dessen Namen heute das Werkzeugmaschinenkombinat trägt, zu dem auch der VEB Mikromat Dresden gehört. Mit der Gründung der KPD war ein Wendepunkt, nicht nur in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, sondern in der Geschichte ganz Deutschlands eingetreten.

Zwar war 1918 der Kaiser gegangen, aber die Generäle und Monopole blieben. Da die Macht der Kapitalisten ungebrochen war, versuchten sie um so mehr, die Auswirkungen des Krieges auf die Arbeiterklasse, auf das arbeitende Volk, abzuwälzen.

Trotz Abschreibung von 45 400 Mark für Einrichtungen, die bisher der Rüstungsproduktion dienten und nun nicht mehr verwertbar waren, erzielte die Hille AG noch einen Reingewinn von 506 000 Mark. In dieser Zeit erfolgte auch die Neufestlegung der Firmenbezeichnung in „Hille-Werke Aktiengesellschaft Dresden“ [53].

An der Lage der Arbeiterklasse in der Gesell-

Ausschnitt aus der Produktion von Kraftfahrzeugen der Hille-Werke AG

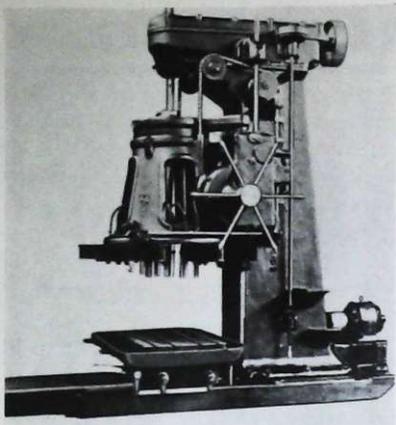
schaft hatte sich mit der Novemberrevolution nichts Grundlegendes geändert. Die in der Novemberrevolution errungenen Rechte, wie zum Beispiel der Achtstundentag, boten aber günstigere Ausgangspositionen für weitere Auseinandersetzungen mit dem deutschen Monopolkapital. Da die Machtpositionen ungebrochen blieben, versuchte die herrschende Klasse ständig, erstens die Errungenschaften der Novemberrevolution rückgängig zu machen und zweitens die Auswirkungen des Krieges auf das arbeitende Volk abzuwälzen. 1919 waren mehr als eine Million Arbeiter arbeitslos. [54]

Mit machtvollen Streikaktionen versuchten die Arbeiter, ihre Rechte durchzusetzen, aber mit brutaler Gewalt schickte der sozialdemokratische Reichswehrminister Noske seine Truppen gegen die Arbeiter vor und ließ zur Niederschlagung des Generalstreiks im März 1919 etwa 1 200 revolutionäre Arbeiter und Soldaten vielmehr hinmorden. Unter dem Einfluß opportunistischer Gewerkschafter in der Hille-Werke AG beteiligten sich die Arbeiter des Werkes nicht an diesem machtvollen Streikkampf der Arbeiterklasse.

Da mit der Beendigung des Krieges die staatlichen Rüstungsaufträge weggefallen waren, mußte die Hille-Werke AG ihre Produktion auf den zivilen Bedarf umstellen. Die Kriegswirtschaft mit ihrem gewaltigen Rüstungsbedarf hatte eine künstliche Aufblähung der Werkzeugmaschinenproduktion mit sich gebracht, da die Erzeugung von Kriegsmaterial vor allem Maschinen für die Metallverarbeitung erforderte. Besonders nachdem die Produktion von Lastkraftwagen für das Heer auf den zivilen Bedarf umgestellt worden war, sank der Umsatz erheblich. Die Folge davon war, daß sich der Personalbestand stark verringerte. Die entstandenen Verluste wurden durch verstärkte Rationalisierungsmaßnahmen ausgeglichen. Um die Produktion der Lastkraftwagen, Möbelwagen, Omnibusse, Kipper usw. rentabler zu gestalten, ging man dazu über, die Antriebe und die Fahrstelle serienmäßig herzustellen, nur jeweils der

<h1 style="margin: 0;">HILLE-WERKE A.-G.</h1> <p style="margin: 0;">DRESDEN-A. 24 Abt. Lastkraftwagen CHEMNITZER STR. 22</p> <p style="margin: 0; font-size: small;">TELEGRAMM-ADRESSE: MASCHINENFABRIK HILLE FERNSPRECHER-NR. 44021</p>	
	<p>Haupt- erzeugnisse unserer Abteilung Dresdner Bohr- maschinen- fabrik vorm. Bernh. Fischer & Witsch: Radial-, Skalen- und Ständerbohr- maschinen, ein- und mehr- spindlige Wand-, Gelenk- u. Reihenbohr- maschinen, Bohr- u. Dreh- futter, Spilzen- schleif- apparat, Schraubstöße usw.</p>
<p>Lastkraftwagen</p> 	<p>für alle Zwecke</p> 
	<p>Abteilung Dresdner Gas- motorenfabrik vorm. Moritz Hille: Diesel-, Nieder- druck-Bohr-, Benzin-, Ben- zol-, Leuchtgas- und Sauggas- Motoren mit An- lagen von 16 PS. an.</p>
	<p>Abteilung Drehbankbau: Präzisions- Schnell-Dreh- bänke.</p> 





Gelenkspindelbohrmaschine –
aus dem Produktionsprogramm der Hille-Werke AG
nach dem ersten imperialistischen Weltkrieg

Aufbau wurde entsprechend den Wünschen der Kunden noch in Einzelfertigung vorgenommen. Der Mitte 1919 in Deutschland einsetzende langsame Aufschwung der Produktion hielt auch 1920 an, obwohl immer noch erheblich weniger produziert wurde als vor dem Krieg. Die Kapitalisten versuchten verstärkt, die Auswirkungen des Krieges auf die Bürger abzuwälzen, so daß die Lebenshaltungskosten 1920 doppelt so schnell stiegen wie die Löhne. Die bereits einsetzende inflationistische Entwicklung begann sich zunehmend auf die Arbeiter und die anderen Werktätigen auszuwirken, da Geldeinkommen und Geldvermögen ständig an Wert verloren, aber die Sachwerte der Unternehmer erhalten blieben. [55]

Mit der sich entwickelnden Industrie, besonders der Autoindustrie, stieg der Bedarf an hochwertigen Werkzeugmaschinen. Deshalb nahm die Hille-Werke AG immer stärker den Bau von Bohrmaschinen und hochwertigen Spezialmaschinen in ihr Produktionsprogramm auf. In einer Druckschrift für Geschäftsfreunde wird gesagt: „Der ständig steigende Bedarf an hochwertigen Bohrmaschinen führte zu einer starken Bevorzugung dieses Teils der Produktion. Als sich die deutsche Industrie, besonders die Auto-

mobilindustrie, auf Serienfertigung und Fließarbeit umzustellen suchte, konnten wir nach dem Krieg führend und richtunggebend im Bau hochwertiger Spezialmaschinen mit größter Eigengenauigkeit, die den Anforderungen des Großserienbaus gerecht werden, hervortreten.“ [56]

Die Hille-Aktionäre gehörten zu denjenigen Kapitalisten, die nicht nur Nutznießer der Produktion für den Krieg waren, sondern die es verstanden, sich rechtzeitig den neuen Erfordernissen der kapitalistischen Nachkriegswirtschaft anzupassen, indem sie verstärkt rationalisierten und die Produktion auf den zivilen Bedarf umstellten.

Im März 1920 versuchten reaktionäre Kräfte mit dem Kapp-Putsch, die Errungenschaften der Novemberrevolution zu beseitigen, die Arbeiterklasse völlig niederschlagen und eine offene Militärdiktatur zu errichten. Mit einem Generalstreik antwortete die Arbeiterklasse auf den Angriff der Putschisten.

Wie Genosse Robert Richter berichtete, beteiligten sich auch die Arbeiter der Hille-Werke AG geschlossen an diesem gewaltigen Streik gegen die Putschisten. Sie trugen mit dazu bei, daß die Kraft der einheitlich handelnden und kämpfenden Arbeiterklasse den Sieg davontrug.

Dieser Kampf der Arbeiterklasse gegen die Konterrevolution und zum Schutz der bürgerlich-demokratischen Republik forderte in Dresden zahlreiche Opfer.

Bereits am 13. März 1920 war in Dresden angesichts der drohenden Militärdiktatur eine breite Kampffront der Arbeiter, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, entstanden. Am Montag, dem 15. März 1920, strömten Zehntausende von Arbeitern aus den Randgebieten Dresdens, in denen die großen Betriebe lagen, in die Innenstadt. Am 16. März 1920 schrieb dazu die Dresdner Volkszeitung: „Der gestrige Generalstreik in Dresden bedeutete die erste vollständige Arbeitsruhe, die die werktätigen Massen über die sächsische Hauptstadt verhängten.“ [57] Um den Kapp-Anhängern in Dresden ein wichtiges Kampfmittel, die Nachrichtenzentrale, das Dresdner Telegrafnamt am Postplatz, zu entreißen, besetzten im Verlauf des Montagvormit-

tags Arbeiter, die teilweise bewaffnet waren, das Telegrafnamt. Das war für die in Dresden stationierten Einheiten der Reichswehr Anlaß, mit ausdrücklichem Wissen und Willen des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten von Sachsen am Nachmittag des 15. März 1920, gedeckt durch Panzerautos, von der Königsbrücker Straße (der heutigen Otto-Buchwitz-Straße) über den Theaterplatz und den Zwinger gegen die auf dem Postplatz versammelten Arbeiter zu marschieren. Obwohl die Truppen der Reichswehr von den auf dem Postplatz versammelten Arbeitern nicht beschossen wurden, da diese in keiner Weise auf einen bewaffneten Kampf vorbereitet waren, wurde am späten Nachmittag von auf dem Postplatz aufgefahrenen Panzerautos aus wahllos das MG-Feuer auf die Versammelten eröffnet. Dieses von der Reaktion vorsätzlich provozierte Blutbad hatte zur Folge, daß 59 Tote und über 200 Verwundete auf dem Pflaster des Postplatzes liegen blieben.

Trotz blutigen Terrors wurde jedoch dank des einheitlichen Handelns der Arbeiterklasse im ganzen Reich der Kapp-Putsch zerschlagen. Der deutschen Arbeiterklasse war es 1920 noch nicht möglich, die Schwäche der Reaktion auszunutzen, vor allem deshalb, weil die opportunistische Politik der Führung der SPD auf die Erhaltung der Macht des deutschen Monopolkapitals gerichtet war. Dennoch gehören die Klassenkämpfe im März 1920 zu den größten Ruhmes-taten der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Die Erfahrungen des Kampfes in Dresden haben wesentlich dazu beigetragen, daß sich das politische Bewußtsein der Massen entwickelte. In den Märzkämpfen wuchs auch die Autorität der jungen KPD, was darin zum Ausdruck kam, daß die Mitgliederzahl in Ostsachsen von etwa 400 Mitgliedern im Jahre 1919 auf 4500 im Sommer 1921 anstieg. [58]

Im Jahre 1923 hatten die Massenkämpfe der deutschen Arbeiter in der Periode der revolutionären Nachkriegskrise ihren Höhepunkt erreicht. Die französischen Imperialisten hatten, von den deutschen Monopolherren provoziert, das Ruhrgebiet militärisch besetzt. Die Wirtschaftskrise in Deutschland wurde verschärft. Im Jahre 1923

betrug die deutsche Industrieproduktion nur noch 47 Prozent von der des Jahres 1913. [59] Mit zahlreichen Entlassungen und Kurzarbeiten wurde versucht, abermals den Arbeitern die Lasten aufzubürden. [60] Streiks und Demonstrationen waren die Reaktion der Arbeiter. Durch Devisenspekulationen des deutschen Finanz- und Monopolkapitals wurde 1923 die Inflation auf ihren Höhepunkt getrieben, wie sich das zum Beispiel im Verhältnis einer Goldmark zur Mark im Jahre 1923 ausdrückte.

Eine Goldmark entsprach

im Januar	4 300 Mark
im Mai	11 400 Mark
im Juni	26 200 Mark
im Juli	84 200 Mark
im August	1 100 600 Mark. [61]

Mit der weiteren Geldentwertung kletterten die Preise gewaltig in die Höhe. Die durchschnittlichen Preise betrugen 1923 in Dresden für

	Januar	Februar
1 Stück Kernseife	220 Mark	1000 Mark
1 Paar Damenstrümpfe	575 Mark	1950 Mark
1 Paar Herrensocken	450 Mark	1500 Mark
1 Straßenbahnfahrt	150 Mark	250 Mark

	Januar	März
1 kg Margarine	2460 Mark	6000 Mark

	Februar	Oktober
1 kg Zucker	880 Mark	1,8 bis 2,05 Milliarden Mark

1 Liter Vollmilch	284 Mark	196 Millionen Mark
1 Postkarte im Ortsverkehr	20 Mark	1 Million Mark
1 Postkarte im Fernverkehr	50 Mark	2 Millionen Mark
1 Brief im Ortsverkehr	40 Mark	2 Millionen Mark
1 Brief im Fernverkehr	100 Mark	5 Millionen Mark

Die von der Statistik in Sachsen erfaßten Lebenshaltungskosten einer aus fünf Mitgliedern bestehenden Familie stiegen zum Beispiel von April bis Mai 1923 um 24,7 Prozent. [62]

Die Löhne blieben jedoch weit hinter dieser Entwicklung der Preise zurück, und oft reichten sie nicht einmal aus, um das Notwendigste kaufen zu können.

Der Genosse Ernst Seifert, nach 1945 als Meister im Betrieb tätig, schilderte seine Eindrücke aus dieser Zeit wie folgt: „Durch die Inflation hatte das Geld immer weniger Wert. Anstelle der vom Unternehmer gezahlten wertlosen Millionen- und Milliarden-Geld-Scheine bekamen wir durch den Metallarbeiterverband für unsere schwere Arbeit wenigstens alle zwei Tage ein Brot und einen Würfel Margarine. Einmal fiel die Lohnzahlung vollkommen aus. Die Verärgerung unter uns war so stark, daß ungefähr 150 von uns aus Protest gegen diese Maßnahme von der Zwickauer nach der Chemnitzer Straße marschierten, wo der damalige Vorsitzende des Aufsichtsrates der Hille-Werke AG, Kommerzienrat Minkwitz, wohnte. Von ihm verlangten wir eine sofortige Lohnzahlung für unsere geleistete Arbeit. Minkwitz erklärte uns scheinheilig, daß er auch kein Geld habe, und so wurden wir wieder einmal mehr betrogen.“ [63]

Das größte Ausmaß der Inflation wurde im Herbst 1923 erreicht, indem sich das Verhältnis einer Goldmark zur Mark wie folgt entwickelte:

Eine Goldmark entsprach	
im September	23,5 Millionen Mark
im Oktober	6 Milliarden Mark
im November	522 Milliarden Mark
im Dezember	1 Billion Mark. [64]

Infolge der durch die Inflation hervorgerufenen Verelendung großer Kreise der Arbeiterklasse war in Deutschland in Herbst 1923 eine revolutionäre Situation entstanden. Trotz der heroischen Kämpfe der deutschen Arbeiter erlitten sie eine Niederlage, vor allem deshalb, weil die rechten Führer der SPD eine konterrevolutionäre Politik betrieben. Die Militärdiktatur des Generals von Seeckt wurde errichtet und die KPD verboten.

Mit der Niederschlagung der Arbeiterklasse war

eine grundlegende Voraussetzung dafür geschaffen worden, daß eine relative Stabilisierung des Kapitalismus einsetzen und der deutsche Imperialismus und Militarismus erstarken konnte.

Die erste umfassende kapitalistische Rationalisierung in der Hille-Werke AG

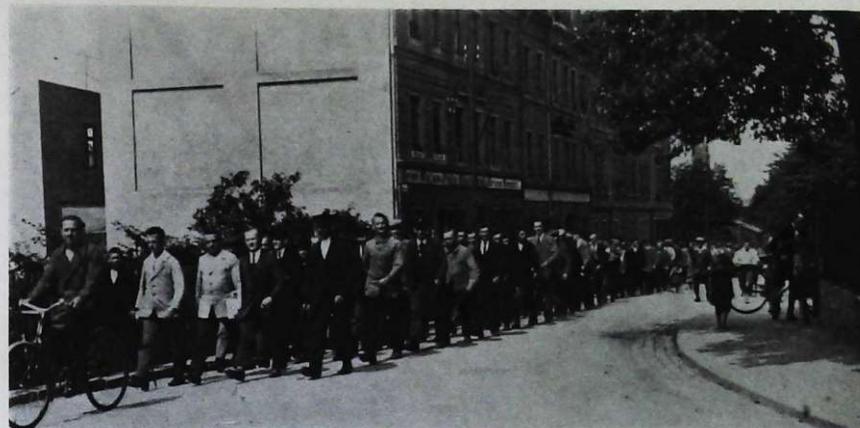
In Deutschland wurde die relative Stabilisierung des Kapitalismus mit Hilfe ausländischer Anleihen, vor allem aus den USA, erreicht. Von 1924 bis 1929 erhielt Deutschland 10 bis 15 Milliarden Mark in langfristigen und 6 Milliarden Mark in kurzfristigen Krediten, 70 Prozent davon kamen aus den USA. [65]

Die ausländischen Anleihen wurden von den deutschen Kapitalisten für eine umfangreiche Rationalisierung in den Betrieben benutzt. Auch die Hille-Aktionäre begannen im größeren Umfang zu rationalisieren. [66]

Grundlage für die 1924 einsetzenden psychologisch-technischen Untersuchungen zur Rationalisierung der Arbeitsvorgänge war das auf dem Vorbild der Ausbeutung der amerikanischen Arbeiter basierende REFA-System. [67]

Bereits um die Jahrhundertwende entwickelte der Amerikaner Taylor ein System der verstärkten Ausbeutung der Arbeiter, um durch die Erhöhung der Arbeitsintensität einen maximalen Profit für die Unternehmer zu erzielen. Der 1924 in Deutschland gegründete Reichsausschuß für Arbeitszeitermittlung und später der Reichsausschuß für Arbeitsstudium (REFA) sorgte mit dafür, daß diese Form der Ausbeutung auch umfassend in der deutschen Industrie zur Anwendung kam. Die mit Hilfe von Zeit- und Arbeitsstudien ermittelten Vorgaben für die Arbeiter ermöglichten es nur durch höchste Intensität und meist auf Kosten der Gesundheit, einen etwas höheren Lohn zu erreichen.

Ohne zu zögern setzten die Hille-Aktionäre bei einem ihnen nicht genehmen Ansteigen des Lohnes der Arbeiter die Akkordschere ein. Damit diese „feinere“ und „elegantere“, aber um so wirkungsvollere Methode der Ausbeutung der Arbeiter in der Hille-Werke AG auch den nötigen



In den Streikämpfen von 1925 kam es auf Initiative der Mitglieder der KPD im Betrieb Meißner der Hille-Werke AG immer wieder zur Aktionseinheit. Demonstration der Hille-Arbeiter mit Genossen der KPD und SPD

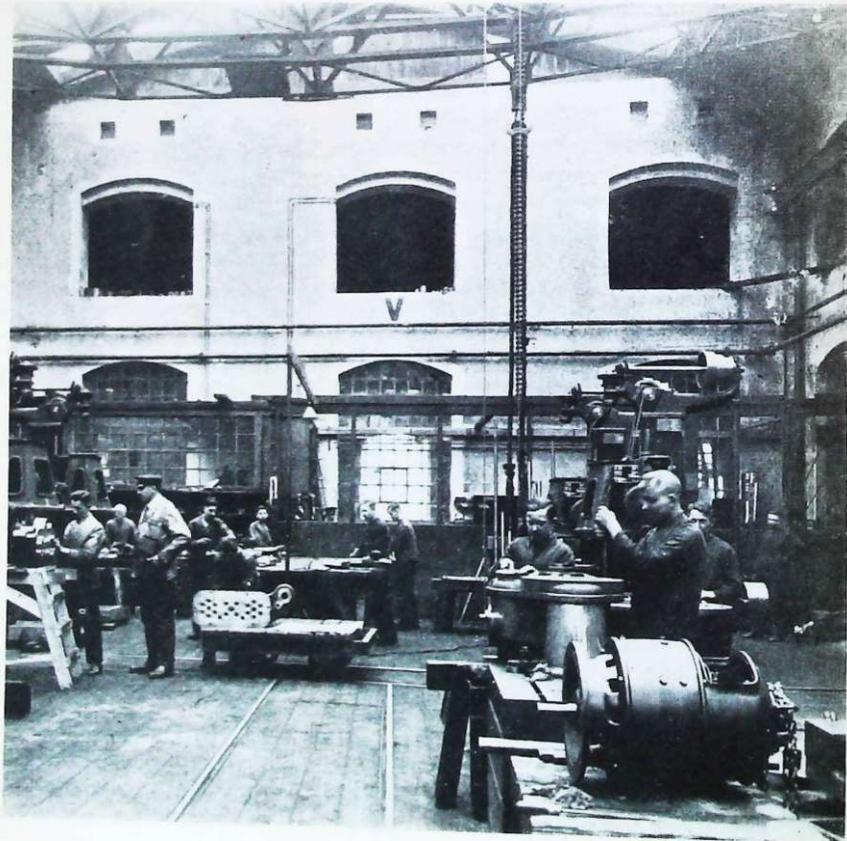
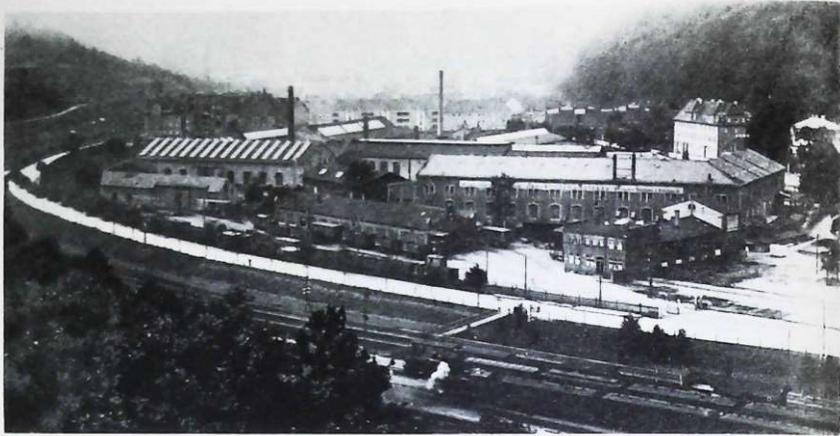
Erfolg hatte, war es nötig, daß der Meister auf Seiten der Aktionäre stand. Um ihn als willfähiges Werkzeug gegen seine Klassengenossen einzusetzen und den Profit der Aktionäre mit sichern zu helfen, erhielten die Meister 14 Tage Ferien und ein 13. Monatsgehalt [68], der Urlaub eines Arbeiters der Hille-Werke AG lag zwischen zwei und sechs Tagen.

Die Lasten der relativen Stabilisierung des Kapitalismus hatten die Arbeiter zu tragen. Das zeigt sich auch darin, daß die Reallöhne der Arbeiter und die tatsächlichen Einkommen der Angestellten im Januar 1924 lediglich zwei Drittel des Vorkriegsstandards entsprachen. [69] Der wirtschaftliche Aufschwung wurde in den Jahren 1925 und 1926 durch eine Zwischenkrise unterbrochen. Genosse Gorogranz berichtete, wie er, nachdem er 1925 ausgelernet hatte, bereits das erstmal auf die Straße geworfen wurde. In der Hille-Werke AG entließ man vor allem die Nichtverheirateten und politisch Organisierten. Über 10 Prozent der Belegschaft der Hille-Werke AG wurden arbeitslos, und ein großer Teil mußte zur Kurzarbeit übergehen.

Die sich damit verschlechternden Lebensbedingungen der Arbeiter führten im Betrieb zur Streikbewegung. In mehreren Streiks kämpften die Hille-Arbeiter um die Wiedereinstellung ihrer entlassenen Arbeitskameraden und um weitere Lohnerhöhungen. Genosse Gorogranz berichtete, wie es in dieser Zeit zum Beispiel im Meißner Betriebsteil, besonders durch das Wirken der fünf Mitglieder der KPD, verstärkt zur Aktionseinheit der Arbeiterklasse kam. Er berichtete weiter, daß diese Streiks immer mehr politischen Charakter annahmen. Das wurde besonders deutlich, als im Betrieb ein ehemaliges Mitglied der Reichswehrbrigade Ehrhard eingestellt wurde. „Durch das Verdienst der im Meißner Betrieb beschäftigten fünf KPD-Mitglieder, die immer wieder versuchten, in den Kämpfen die Aktionseinheit der Arbeiterklasse herzustellen, legten nach Bekanntwerden der Einstellung eines ehemaligen Mitgliedes der berüchtigten Brigade Ehrhard alle Arbeiter mit einem Schlag die Arbeit nieder. Dieses machtvolle und einheitliche Auftreten erzwang dessen unverzügliche Entlassung.“ [70]

In den Jahren 1927 und 1928 gingen die Hille-Aktionäre dazu über, die verschiedenen Werkstätten in einem geschlossenen Betrieb zu konzentrieren.

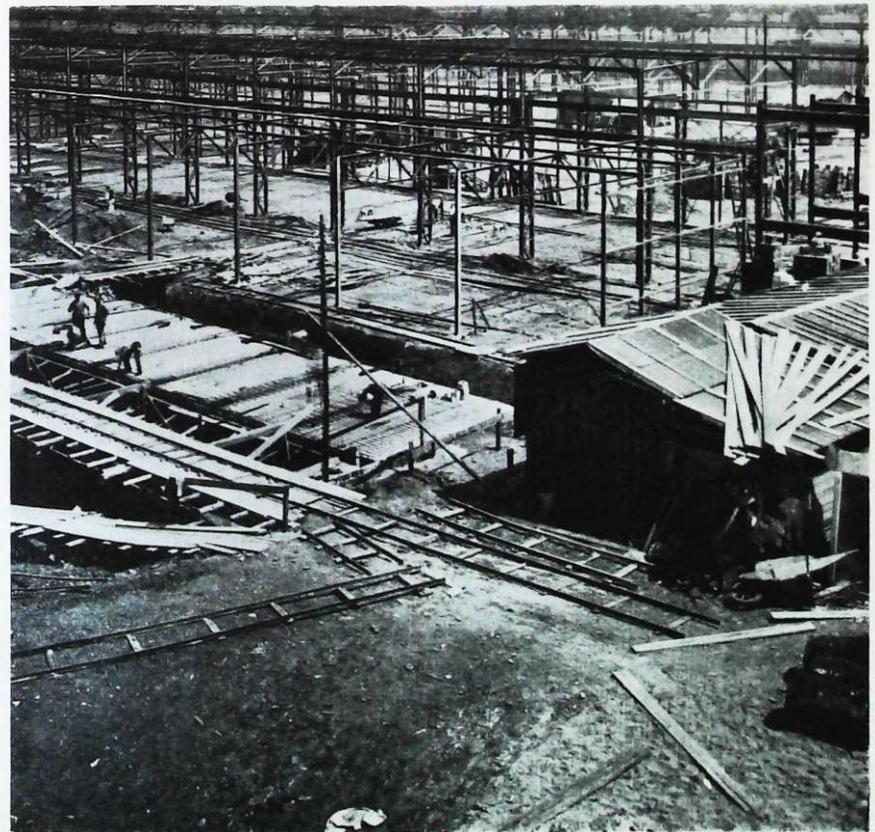
Errichtet wurde dieses moderne Werk an der Otto-Mohr-Straße in Dresden-Reick auf einem Gelände von über 40 000 m², das die Stadt ge-



Betriebsteil Meißen der Hille-Werke AG,
das frühere Jacobi-Werk

Bohrmaschinenmontage im Werk Meißen
der Hille-Werke AG

Aufbau des neuen Werkes der Hille-Werke AG
in Dresden-Reick



gen langfristige Stundung des Kaufpreises zur Verfügung stellte. [71]

Die Konzentration der Produktion ermöglichte es, moderne Maschinen einzusetzen, die Arbeitsorganisation zu verbessern und eine Sortimentsbereinigung vorzunehmen. Letztlich dienten diese Maßnahmen dazu, die Arbeiter stärker auszubeuten und damit höhere Profite zu erreichen. Viele Hille-Arbeiter, denen es nicht möglich war, einen täglichen Arbeitsweg von Meißen nach Dresden-Reick auf sich zu nehmen, mußten sich einen anderen Arbeitsplatz suchen.

Mit dem Einzug in das neue Werk gab man die bisherigen Werkteile der ehemaligen Gasmotorenfabrik von Hille, das ehemalige Jacobi-Werk und den ehemaligen Bohrmaschinenbetrieb Fischer & Wünsch auf und verkaufte sie. Im Zuge der Rationalisierung und des Umzugs in den neuen Betrieb wurde der bisher noch im Werk Meißen vorgenommene Autobau eingestellt. [72] Im neuen Werk hatten sich zwar infolge der modernen Arbeitsplätze und neuen Hallen die Arbeitsbedingungen verbessert, aber gleichzeitig wurden Maßnahmen zur stärkeren Ausbeutung der Arbeiter eingeleitet.

Genosse Alfred Grable, nach 1945 Meister im VEB Feinstmaschinenbau, sagte, daß jeder Kollege eine Kontrollmarke bekam, um sich in einer anderen Abteilung auszuweisen. Wenn er sich unberechtigterweise in einer anderen Abteilung aufhielt, mußte er mit einer Strafe von 5 Mark rechnen. [73]

Die Rationalisierung hatte den Hille-Aktionären nicht nur die Möglichkeit zur Steigerung der Produktion – bereits 1927 betrug der Umsatz wieder 6 Millionen Mark [74] – und ihres Profits gegeben, sie verstärkte auch ihre ökonomische Macht.

Daß die Rationalisierung der Industrie und der anhaltende Zufluß ausländischen Kapitals eine rasche Erhöhung der deutschen Industrieproduktion zur Folge hatte, bekräftigt die Entwicklung der Hille-Werke AG.

Der gesamte Maschinenbau gewann seine Vorkriegsstellung zurück. Der Werkzeugmaschinenbau konzentrierte sich vor allem auf Sachsen und Mitteldeutschland. 1929 war hier über ein Drittel dieses Produktionszweiges konzentriert.

Produktionszentren der deutschen Werkzeugmaschinenindustrie 1929:

Sachsen und Mitteldeutschland	34 Prozent
Rheinland und Westfalen	23 Prozent
Süd- und Südwestdeutschland	23 Prozent
Berlin und Brandenburg	14 Prozent
Niederdeutschland	6 Prozent [75]

Die Hille-Werke AG am Ende der Periode der relativen Stabilisierung und die „Russenaufträge“

In den Jahren 1927 und 1928 verstärkte die herrschende Klasse in Deutschland die Kriegsvorbereitung.

Die Aufrüstung brachte den für die Rüstung arbeitenden Betrieben neue Aufträge und vergrößerte die Profite der Kapitalisten. Die Lage der Arbeiter verschlechterte sich. Sie mußten Lohnkürzungen und die Verlängerung des Arbeitstages auf sich nehmen. In Lohn- und Arbeitskämpfen setzten sie sich dagegen zur Wehr. Vom 3. April bis 12. Mai 1928 streikten die sächsischen Metallarbeiter. [76] Genosse Gerhard Pfeiffer, heute als Brigadier im Betrieb tätig, sagte dazu, daß sich auch die Hille-Arbeiter an diesem Streik beteiligten und eine Lohnerhöhung von 12 Pfennig je Stunde forderten. Trotz des einheitlichen und ungebrochenen Handelns der Arbeiter wurde von der Leitung des Metallarbeiterverbandes nach einem Schiedsspruch der Streik abgebrochen, so daß auch der Streik der Hille-Arbeiter nur eine Lohnerhöhung von 2 Pfennig je Stunde brachte. Gegenüber der verstärkten Aufrüstung, insbesondere gegenüber dem Panzerkreuzerbau, verhielten sich die Arbeiter der Hille-Werke AG auch nicht tatenlos. Sie nahmen an Versammlungen und Demonstrationen teil. Genosse Gorogranz berichtete, wie die Genossen der Betriebszelle der KPD im Meißner Betrieb den Arbeitern immer wieder die Hintergründe der Zusammenarbeit zwischen der Reichswehr und den Monopolen, zwischen der geheimen Aufrüstung und der gesetzwidrigen Verstärkung des Heeres erklärten. Er selbst, der sich gemeinsam mit den Genossen der Be-

triebszelle der KPD dafür einsetzte, daß viele Arbeiter, vor allem Jugendliche, für den Kampf gegen den Panzerkreuzerbau gewonnen wurden, wurde zu dieser Zeit, am 15. August 1928, Mitglied der KPD.

Im Herbst 1929 erschütterte das kapitalistische Weltsystem eine Weltwirtschaftskrise, die von den USA ausging. In Deutschland wirkte sich die Weltwirtschaftskrise aufgrund der engen Verbindung zum amerikanischen Finanzkapital besonders schwer aus. Die reaktionärsten Kreise des deutschen Finanzkapitals sahen den Ausweg aus der Krise in der Errichtung der faschistischen Diktatur und in der Vorbereitung eines Aggressionskrieges, vor allem gegen die Sowjetunion.

Der wirtschaftliche Aufschwung der jungen Sowjetunion hatte die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus deutlich gemacht.

Mit dem Abschluß des Rapallo-Vertrages 1922 in Genua zwischen Deutschland und der Sowjetunion war eine Vereinbarung getroffen worden, auf deren Grundlage sich das große Absatzgebiet der Sowjetunion für die deutsche Industrie auftat. Auch die Hille-Werke AG nahm bereits ab 1925 Exportlieferungen in die Sowjetunion vor. Der sich bis 1931 ständig entwickelnde Export der Hille-Werke AG in die Sowjetunion erklärt auch, warum die Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929 noch nicht für die Arbeiter der Hille-Werke AG spürbar wurde. In den Jahren der größten Arbeitslosigkeit und des Massenelends waren es vor allem die sogenannten Russenaufträge, die etwa 300 000 bis 450 000 Arbeitern, Angestellten und deren Familien ständig Lohn und Brot sicherten. [77] Das machte sich besonders in der Werkzeugmaschinenindustrie bemerkbar.

Für die Kapitalisten waren natürlich die sogenannten Russenaufträge nicht etwa Ausdruck ihrer Sorge um den Arbeitsplatz der Arbeiter, sondern sie blieben in allererster Linie für sie Quelle für den Profit. In ihrem Bemühen, die Auswirkungen der Krise auf die Arbeiter abzuwälzen, indem sie versuchten, vor allem bei Wiedereinstellungen von Entlassenen den Lohn erheblich herabzusetzen, hatten sie die aus der Luft gegriffene antisowjetische Formulierung zur

Hand: „Die Russen haben die Preise gedrückt.“ [78]

Während der Zeit der Weltwirtschaftskrise erreichte der deutsch-sowjetische Handel im Jahre 1931 seine größte Ausdehnung, konnte aber insgesamt die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die deutschen Arbeiter nicht aufheben. Vor allem in Sachsen hatte die Weltwirtschaftskrise die größten Ausmaße auf die Lage der Arbeiterklasse. Auf 1000 Einwohner entfielen nach dem Stand vom Herbst 1930 an Erwerbslosen

im Reichsdurchschnitt	47,9
in Ostpreußen	15,8
in Südwestdeutschland	32,4
in Brandenburg	61,9
in Sachsen	84,7.

Im November 1930 kamen im „Krisenzentrum Sachsen“ im Durchschnitt 18 Arbeitsuchende auf eine freie Arbeitsstelle. [79]

Mit der aufkommenden faschistischen Gefahr in Deutschland nahmen die Kräfte zu, die immer stärker gegen den Handel mit der Sowjetunion eintraten. Obwohl es im Frühjahr 1932 noch einmal zu einem neuen Aufschwung im Handel mit der Sowjetunion kam, konnte er jedoch die Verschlechterung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses in keiner Weise mehr ausgleichen. Am 17. April 1932 schrieb „Die Rote Fahne“: „Obwohl heute die Krise der deutschen Wirtschaft ohne die Milliarden sowjetischer Aufträge noch katastrophaler wäre, häufen sich die sowjetfeindlichen Maßnahmen der deutschen Bourgeoisie.“ Der Machtantritt Hitlers brachte dann auch vor allem im Handel der sächsischen Industrie mit der Sowjetunion einen rapiden Rückgang mit sich. [80]

Aber auch das faschistische Deutschland konnte bis zum heimtückischen Überfall auf die Sowjetunion den Export von Werkzeugmaschinen in die Sowjetunion nicht völlig einstellen. So bestätigten sich erneut die Worte Lenins, die er bereits 1921 sagte: „Es gibt eine größere Kraft als den Wunsch, den Willen und den Beschluß beliebiger feindlicher Regierungen oder Klassen; diese Kraft sind die allgemeinen Verhältnisse zur

der Weltwirtschaft, die sie zwingen, mit uns Beziehungen aufzunehmen.“ [81]

Auch während der Zeit des Faschismus betrug der Export in die Sowjetunion einen beachtlichen Anteil des Gesamtumsatzes der Hille-Werke AG.

Jahr	Gesamtumsatz in Mark	SU-Aufträge in Mark	Prozent vom Gesamtumsatz
1933	1 764 000	325 521	19
1936	6 800 000	944 000	14 [82]

Ende 1940 beliefen sich die vorliegenden Aufträge aus der Sowjetunion auf 3 760 000 Mark. Gemessen am Umsatz des Jahres 1940 von 13 820 000 Mark, waren das sogar 27 Prozent. Die Hille-Werke AG lieferte noch bis wenige Tage vor dem heimtückischen Überfall des Hitlerfaschismus auf das erste sozialistische Land an die Sowjetunion, und zwar am 3. Juni 1941 sieben Revolverdrehmaschinen DE 25 und am 5. Juni 1941 sechs Revolverdrehmaschinen DE 25. [83]

Die klassenbewußten Arbeiter, voran die Mitglieder der KPD, sahen jedoch in den Lieferungen an die Sowjetunion nicht nur eine Möglichkeit der Erhaltung des Arbeitsplatzes. Sie betrachteten es als Ausdruck des proletarischen Internationalismus, dafür zu sorgen, daß diese Maschinen in einer einwandfreien Qualität ausgeliefert wurden. Genosse Gorogranz erinnerte sich daran, wie er sich darüber des öfteren mit dem damals bei den Roten Bergsteigern organisierten Hans Kleber unterhielt. Sie gewannen andere Arbeiter dafür, besonders hohe Anforderungen an die Qualität der Maschinen zu stellen, die an die Sowjetunion geliefert werden sollten. Die Lieferungen der Hille-Werke AG an die Sowjetunion konnten jedoch nicht verhindern, daß sich die Weltwirtschaftskrise auf den Betrieb auswirkte. Bereits 1930 war der Umsatz der Hille-Werke AG auf 3,7 Millionen Mark zurückgegangen, voll wurde das Werk jedoch erst 1931 von der Krise erfaßt. [84]

Die Betriebsleitung kündigte allen Belegschaftsangehörigen. Nach „sorgfältiger“ Überprüfung erhielt nur ein geringer Teil der Beschäftigten

einen neuen Arbeitsvertrag, der „versuchshalber“ auf vier Wochen befristet war. Die Belegschaftsstärke betrug danach nur noch ein Zehntel ihres Normalstandes. 1932 sank der Umsatz auf etwa 2 Millionen Mark ab. Er erreichte 1933 nur noch eine Höhe von 1 650 000 Mark. [85] Auch die Hille-Arbeiter bekamen zu spüren, daß es mit der erkämpften geringen Verbesserung des Lebensstandards der vorangegangenen Jahre jetzt zu Ende war und sich ihre Lage rapide verschlechterte.

Fast 90 Prozent der Hille-Arbeiter waren entlassen worden und mußten mit ihren Familien von der Arbeitslosenunterstützung leben, die nach Angaben von heute noch im Betrieb Beschäftigten „zum Leben zuwenig und zum Sterben zuviel“ war.

Als in den späteren Jahren des konjunkturellen Aufschwungs die Hille-Arbeiter wieder eingestellt wurden, mußten sie mit wesentlich niedrigeren Löhnen vorliebnehmen.

Das durchschnittliche Wochenlohn in den Jahren von 1929 bis 1930 von 42,20 Mark auf 36,95 Mark. Das waren mehr als 22 Prozent weniger als das amtlich errechnete Existenzminimum. [86]

Für die Hille-Aktionäre aber war die Krise erneut Anlaß, sich nicht nur auf Kosten ihrer Arbeiter, sondern auch auf Kosten kleinerer Kapitalisten gesundzustoßen. Während der Krisenjahre 1930 und 1932 riß so die Hille-Werke AG die Betriebe Schüttoff AG in Chemnitz und Auerbach & Co. in Radebeul an sich.

Der Ankauf dieser beiden Werkzeugmaschinenfabriken ermöglichte es, ein neues Fertigungsprogramm festzulegen. Zu den bis dahin produzierten Bohrmaschinen kamen 1930 Gewindefräsmaschinen und Hinterdrehmaschinen, die bisher in der Schüttoff AG hergestellt wurden, und 1932 Revolverdrehmaschinen, die zum Fertigungsprogramm der Firma Auerbach & Co. gehörten. 1932 nahm man die Produktion von Lehrenbohrmaschinen auf, für die die Lizenz von der Firma Hauser, Schweiz, erworben worden war. [87]

In der Zeit der Weltwirtschaftskrise versuchte auch der Besitzer der Firma Elbe-Werk Hermann

Elbe-Werke Hermann Haelbig

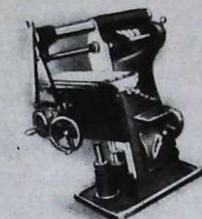
Werkzeugmaschinen-Fabriken

Dresden

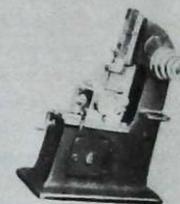
Meissen/Sa.



Mein Fabrikationsprogramm:



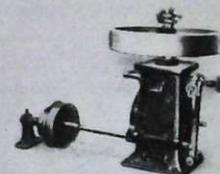
Horizontal-Fräsmaschine



Zahnradstiasmaschine



Bügelaltsäge „Arco“



Universal-Meinutzziehmaschine



Wellen-Richtpresse



Band Schleifmaschine Greiffix

Vertikale Gewindeschneidmaschine

Gewinde Fräsmaschine



Skalierungsapparat



Fabrik Dresden



Universal-Zahimaschine



Fabrik Meissen



Fabrikationsprogramm 1919

Produktionsprogramm der Elbe-Werke im Jahre 1919

Haelbig, einer der Vorgängerbetriebe des heutigen VEB Mikromat Dresden, dem drohenden Konkurs zu entgehen. Einige der Maßnahmen, die ergriffen wurden, waren die Entlassung von Arbeitern und Angestellten, der Verkauf von Grundstücken und die Aufnahme von Kraftfahrzeugreparaturen. Wie bei der Hille-Werke AG trugen die Lieferungen an die Sowjetunion wesentlich dazu bei, daß der Betrieb bestehen blieb und viele Arbeiter ihren Arbeitsplatz behielten. Die Geschichte der Maschinenfabrik Elbe-Werk Hermann Haelbig können wir bis in die Jahre vor dem ersten Weltkrieg zurückverfolgen.

Am 20. Februar 1914 wurde der Betrieb unter dem oben angeführten Namen in das Handelsregister Dresden eingetragen. Das Fabrikationsprogramm umfaßte damals die Herstellung von Keilnutzenziehmaschinen, Vertikalen Gewindefräsmaschinen und Drehmaschinen. Der erste Weltkrieg wurde für diesen Kapitalisten zum großen Geschäft. Um die Munitionsfabriken mit Werkzeugmaschinen auszurüsten, wurden in das Fabrikationsprogramm Gewindefräsmaschinen und Kupferringeinwalzapparate aufgenommen.

Mit der Erhöhung der Produktion stieg auch der Bedarf an Gußteilen. Zur besseren Sicherstellung der Gußlieferungen übernahm Hermann Haelbig 1915 ein größeres Grundstück mit einer Eisengießerei und Maschinenfabrik. In diesem Meißner Betrieb wurde gleichzeitig die Produktion einer Zahnradstoßmaschine für Innen- und Außenverzahnung aufgenommen. Neben diesem Betrieb in Meißen bestand noch eine Maschinenhandlung in Dresden in der Wiener Straße.

Während des ersten Weltkrieges verdiente der Unternehmer Hermann Haelbig an der Not und dem Elend der Arbeiter. Die Produktionsumstellung nach dem Krieg brachte ihm weitere Vorteile. Um die Produktion weiter erhöhen zu können, wurde am 21. Januar 1921 mit der Eintragung in das Handelsregister der Betrieb in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Das Aktienkapital betrug 2 600 000 Mark. Ergebnislos bemühte man sich, das in der Zwickauer Straße gemietete Grundstück käuflich zu erwerben, um den Betrieb dort erweitern zu können. Da dieser Kauf nicht zustande kam, entschloß man sich

zum Bau einer neuen Fabrik in Dresden-Reick. Ende 1920 wurde mit der Produktion in den neuen Gebäuden begonnen, und es wurde, ähnlich wie in der Hille-Werke AG, mit der Aufnahme der Produktion im Reicker Betrieb auch die Produktion im Betriebsteil Meissen eingestellt. Die Elbe-Werke AG hatte Anfang der zwanziger Jahre ein noch recht umfangreiches und verschiedenartiges Produktionsortiment. Produziert wurden zum Beispiel Vertikale Keilnutzenziehmaschinen, automatische Zahnradstoßmaschinen, Vertikale Innengewindefräsmaschinen, Horizontal- und Handhebelfräsmaschinen, Hochleistungsbügelkaltsägen, Bandschleifmaschinen, Gewindebohrköpfe, Fräserhinterdreapparate, Drehhornpressen, Teil- und Spitzenapparate, Maschinenparallelschraubstöcke, Zähl- und Wägemaschinen und Flachstrickmaschinen.

Im Jahre 1921 streikten die Arbeiter der Elbe-Werke AG fast vier Wochen für die Erhöhung ihres Lohnes. [88] Im selben Jahr wurde an die Aktionäre eine Dividende in Höhe von 10 Prozent gezahlt. [89] Daß der Profit im Vordergrund stand und für die Arbeiter nur das Allernötigste ausgegeben wurde, ist auch dem Protokoll einer Aufsichtsratsitzung aus dem Jahre 1922 zu entnehmen. Daraus geht hervor, daß die für das projektierte Nebengebäude (Strickmaschinenproduktion) vorgesehene Zentralheizung „wegen der hohen Anschaffungs- und laufenden Beheizungskosten“ nicht bewilligt wurde und dafür eiserne Öfen aufgestellt wurden. [90] In den folgenden Jahren erreichte der Gewinn nicht die von den Aktionären erwartete Höhe – 1927 konnten „nur“ 7 Prozent Dividende gezahlt werden. Deshalb stand im Jahre 1926 zur Debatte, die gesamte Fabrik stillzulegen und die Arbeiter zu entlassen. Die Gebäude sollten an den Staat zur Unterbringung von Werkstätten für die sächsische Landespolizei zu einem Mietsatz von 40 000 Mark jährlich vermietet werden. [91]

Aber durch die 1927 einsetzende Rüstung stieg der Umsatz der Elbe-Werke AG wieder an. Gegenüber dem Jahre 1926 verdoppelte sich der Umsatz. Das war allerdings auch mit darauf zurückzuführen, daß sich der Betrieb entsprechend

Nicht für Kommissions- und Konsignationslieferungen verwenden!

Nur zu verwenden, sofern eine Durchschrift bei der Zollabfertigung im Ausland vorzulegen ist.

Imm. 4/13789-94
Verj. Nr. 120.111.10302
Komm. 064/111
Gren. Durchschr.
182340
(verbleibt dem Anmeldenden)

Vordruck I

Kontroll-Nr. 116 182340
182340

Exportvaluta-Erklärung (EVE I)

gemäß Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Devisenbewirtschaftung

(Dieser Abschnitt verbleibt dem Anmeldenden)

1. a) Name (Firma) und genaue Anschrift des Ausführers d. h. desjenigen, dem durch die Ausfuhr gegebenenfalls eine Förderung gegen einen Ausländer erwächst. (§ 12 der D.V.o.)	(Firmastempel) Hille-Werke, Aktiengesellschaft Dresden-A. 38, Otto-Mohr-Str. 18
b) Absender der Ware: [Nur auszufüllen, wenn mit Ziffer 1. a) nicht übereinstimmend!]	
2. Bestimmungsland, in das die Ware nach Kenntnis des Ausführers zuletzt gelangt:	U. d. S. S. R.
3. Gattung der Ware: (genaue Bezeichnung)	6 Revolverdrehbänke Nr. 25 und Zubehör
4. Menge der Ware, z. B. Maße: Stückzahl: Gesamtwicht:	7 Kisten Brutto: 6806 kg Netto: 5659 kg
5. Rechnungsbetrag: (in der berechneten Währung) [Falls die Ware nicht verkauft worden ist, ist der Wert der Ware sowie der Zweck der Ausfuhr (z. B. Musteranwendung oder dgl.) anzugeben.]	Währung: RM Betrag: 35820.35
6. a) Vertragliches Zahlungsziel:*) b) Falls das Zahlungsziel nicht nach Monat und Jahr vertraglich festliegt, ist hier auch der Monat anzugeben, der sich aus dem unter a) eingetragenen Wortlaut der Zahlungsbedingung, als voranschätzlicher Zahlungsmonat ergibt.	30 Tage nach Eingang des Abgestammten Duplikatfrachtbriefes bei Ihnen in Moskau
7. In welcher Form ist die Zahlung vereinbart? (Scheck, Wechsel, Überweisung usw.)	Überweisung

Wir versichere(n), daß die vorstehenden Angaben den Tatsachen entsprechen und mit den bei uns vorgenommenen Buchungen übereinstimmen. Uns ist bekannt, daß falsche Erklärungen nach § 42, § 43 ff. des Gesetzes über die Devisenbewirtschaftung vom 4. 2. 1935 strafbar sind.

An die Dresden, den 5. Juni 1941

Reichsbank

in Dresden

rechts-gültige
Unterschrift:
(Firmastempel
verwenden!)

**HILLE-WERKE
AKTIENGESELLSCHAFT**

H. H. H. H.

*) Es ist unzulässig, hier lediglich „unbestimmt“ einzusetzen. Falls kein festes Zahlungsziel vereinbart wurde, ist hier der Grund dafür und unter 1) der Monat anzugeben, in dem die Zahlung vermutlich geleistet wird. Überschreitet das angegebene Zahlungsziel die handelsüblichen Zahlungsfristen, so muß die Überschreitung durch Beifügung entsprechender Unterlagen belegt werden.
**) Alle Zahlungseingänge, auch Rücksendungen und sonstige Arten des Forderungs-Ausgleichs, müssen aus jeweils binnen 10 Tagen zum 10. 20. und 30. Tag nach Monats- mit Monats- Ende der Forderung (Vordr. 134) gemeldet werden, und zwar auch dann, wenn sie von der Deutschen Verrechnungs-kasse oder einer anderen Stelle durch Vermittlung der Reichsbank eingehen.

Zur gefl. Beachtung!

Änderungen zu obiger Erklärung sind der Reichsbank unter Angabe der Kontonummer schriftlich nicht unter Verwendung eines neuen Vordrucks I der Exportvaluta-Erklärung, anzuzeigen

Vordr. Nr. 134 V
12.34

Letzte Exportlieferung der Hille-Werke AG an die Sowjetunion vor dem heimtückischen Überfall der Faschisten

dem einsetzenden Trend jetzt mehr auf die Produktion von Werkzeugmaschinen spezialisierte. Die Produktion von Strickmaschinen wurde eingestellt, und die Fertigung von Nutenbearbeitungs- und Räummaschinen erhielt den Vorrang. Diese Entwicklung hielt jedoch nicht lange an. Mit der 1929 einsetzenden Weltwirtschaftskrise drohte dem Betrieb der Konkurs. 1930 wurde für die Arbeiter der Elbe-Werke AG die Kurzarbeit eingeführt, und in den Jahren 1931 und 1932 wurden zahlreiche Beschäftigte entlassen.

Mit den schon genannten Maßnahmen, vor allem mit den Lieferungen an die Sowjetunion, konnte der drohende Konkurs verhindert werden. Im Jahre 1927 wurden für insgesamt 30 800 Mark Waren in die UdSSR geliefert. Das waren 6,5 Prozent des Gesamtumsatzes. Die Lieferungen stiegen im Jahre 1931 auf 184 000 Mark an, das waren 57 Prozent des Gesamtumsatzes des Jahres 1931. Auch die Elbe-Werke AG bekam bis kurz vor dem heimtückischen Überfall der Faschisten auf die Sowjetunion sowjetische Produktionsaufträge. Im Mai 1941 wurden die letzten Schleifmaschinen für die Sowjetunion fertiggestellt und ausgeliefert. [92]

Der Kampf zur Verbinderung der faschistischen Gefahr

Mit dem Ende der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus stieg die Welle der revolutionären Massenkämpfe an, und in vielen Ländern nahm der Einfluß der kommunistischen Parteien zu. In Deutschland erhielt beispielsweise die KPD bei den Reichstagswahlen 1932 über 5 Millionen Stimmen. [93]

Der reaktionärste Teil des deutschen Finanzkapitals versuchte, den Widerstand der Werktätigen zu brechen, indem er sich auf die Nazipartei stützte. Diese Partei entsprach den Interessen des deutschen Finanzkapitals am meisten, weil sie sich darauf orientierte, die Arbeiterbewegung niederzuschlagen und große Kreise des deutschen Volkes für die faschistische Diktatur zu gewinnen.

Auch in der Hille-Werke AG machte sich der

Einfluß der Nazis bemerkbar. Genosse Ernst Seifert erzählte, daß im Betrieb Hieb- und Stichwaffen und andere Mordinstrumente angefertigt wurden.

„Es war im November 1932. Kollege Zschabran, Mitglied der SPD, berichtete mir während der Arbeitszeit, daß zwei junge Kollegen in der Schmiede Bleikugeln gießen, die als Totschläger dienen sollten. Wir nahmen das Blei und die vorhandenen Kugeln an uns und übergaben diese beiden Burschen dem damaligen Betriebsleiter Stülpner, der uns versprach, entsprechende Strafmaßnahmen einzuleiten. Erst später stellten wir fest, daß auch die Betriebsleitung nazistisch verseucht war, denn es blieb beim Versprechen.“ [94]

Der Kampf der fortschrittlichen Arbeiter gegen den Faschismus wurde in allen damaligen kapitalistischen Vorgängerbetrieben vor allem von den Mitgliedern der Betriebszellen der KPD geführt. Es waren unter anderem solche Genossen wie Conrad Fengler, Rudolf Gorogranz, Georg Griesler und Georg Schilling, die sich unablässig für die Schaffung der Aktionseinheit einsetzten, um die drohende faschistische Gefahr mit abwehren zu helfen.

Obwohl die KPD bei der Neuwahl des Reichspräsidenten am 13. März 1932 warnte: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“, riefen die Führer der SPD zur Wahl für Hindenburg auf. Sie meinten, daß er den Machtantritt Hitlers nicht zulassen werde. Diese Fehleinschätzung hatte verhängnisvolle Folgen für die deutsche Arbeiterklasse. In vielen Aktionen kämpfte auch in Dresden die KPD gegen die drohende faschistische Gefahr. Höhepunkt in den Wochen des Kampfes um die antifaschistische Aktion wurde so zum Beispiel der Generalappell am 26. Juni 1932, der etwa 8 000 Antifaschisten in einem Aufmarsch vereinte.

Besonders erfolgreich setzten sich die Arbeiter in Dresden-Löbtau gegen die Faschisten zur Wehr. Aber hier wie in anderen Orten war stets die Polizei zur Stelle, wenn den Faschisten eine Niederlage drohte.

Ein bedeutender Höhepunkt des antifaschistischen Massenkampfes der KPD in Dresden war



Bau der Querhalle in den Elbe-Werken (heute Produktionshalle des Musterbaus)

die Kundgebung am 19. Juli 1932 auf der Radrennbahn in Dresden-Reick, nicht weit von der Hille-Werke AG entfernt. Vor etwa 8000 Werktätigen sprach der Vorsitzende der KPD Ernst Thälmann gegen die faschistische Gefahr, für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse.

Durch ihr konsequentes Auftreten gegen den Faschismus und für die Erhaltung der Demokratie wuchs der Einfluß der KPD. Bei den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 errangen die Kommunisten den bisher höchsten Stimmenanteil. In Sachsen stimmten 550 425 Wähler für die KPD, das waren 17,4 Prozent. Der Reichstagsdurchschnitt lag bei 14,6 Prozent. Bei

den Reichstagswahlen vom 6. November 1932 erreichte die KPD in Sachsen einen Stimmenanteil von 19,6 Prozent. Diese Entwicklung ließ erkennen, daß die KPD in Sachsen mit der antifaschistischen Aktion immer mehr Werktätige für ihre Politik gewinnen konnte. [95]

Die damals bereits drei Jahre anhaltende Wirtschaftskrise verschlechterte die Lage der Arbeiter weiter. Die Industrieproduktion in Deutschland war im Jahre 1932 etwa 40 Prozent niedriger als 1929. Fast jeder zweite Arbeiter war arbeitslos. Während es 1930 schon 3 075 580 Arbeitslose gab, stieg ihre Zahl bis 1932 auf 5 602 711 an. [96]

Wie die Genossen Arno Schimang, Rudolf Gorogranz, Kurt Hose und Erich Arnold berichteten, waren auch viele Arbeiter der Hille-Werke AG und der Elbe-Werke AG arbeitslos bzw. zur Kurzarbeit gezwungen.

Am 14. Juni 1932 erließ die von Hindenburg eingesetzte Papen-Regierung eine Notverordnung, die zum Beispiel bestimmte, daß die Arbeitslosenunterstützung statt 26 nur noch 6 Wochen gezahlt wurde und die Unterstützungssätze um 23 Prozent gesenkt wurden. Diese und ähnliche Maßnahmen, Lohnabbau, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit senkten das tatsächliche durchschnittliche Lebensniveau der Arbeiterklasse auf



Auswirkung der Wirtschaftskrise auf die Arbeiter

etwa die Hälfte des Existenzminimums. [97] In dieser Situation war es die Kommunistische Partei, die für die Verhinderung des Faschismus kämpfte und zur Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse aufrief. Dafür setzten sich auch die zwölf Genossen der Betriebszelle der KPD in der Hille-Werke AG ein. Vor allem der Schlosser Conrad Fengler, Mitglied der KPD, versuchte immer wieder, die Arbeiter zum aktiven Handeln zu bewegen. Daß ihm auf Gewerkschaftsversammlungen des öfteren das Wort entzogen wurde, macht deutlich, wie sich auch in der Hille-Werke AG die verräterische Politik der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer bemerkbar machte. Obwohl die Belegschaft der Hille-Werke AG fast hundertprozentig gewerkschaftlich organisiert war, ging von der Belegschaft kein entscheidender Widerstand gegen die drohende faschistische Gefahr aus. [98] In der Elbe-Werke AG waren es solche Genossen der KPD wie der Schaber Alwin Höntzsch.

im Betrieb Großmann der Maschinenschlosser Georg Schilling und viele andere, die immer wieder versuchten, ihre Arbeitskameraden gegen die drohende Gefahr zu mobilisieren. In Anbetracht der immer größer werdenden Gefahr des Machtantritts der Hitler-Partei kam es, wie in vielen anderen Städten, auch in Dresden zu einer machtvollen Demonstration, die von der KPD als Antwort auf den SA-Aufmarsch am 22. Januar 1933 vor dem Karl-Liebknecht-Haus in Berlin organisiert worden war. Eine im Anschluß an die Demonstration vom Kampfbund gegen den Faschismus einberufene Versammlung von 800 kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern im Dresdner Keglerheim wurde von der Polizei überfallen. Neun Tote und elf Schwerverletzte waren als Opfer zu beklagen. Obwohl in Dresden im Anschluß daran alle Versammlungen unter freiem Himmel verboten wurden, nahmen an der Beisetzung der Opfer 30 000 Menschen teil. [99]

1933 bis 1945

Der Faschismus ergreift die Macht

Mit dem Machtantritt Hitlers am 30. Januar 1933 begann für das deutsche Volk die schreckliche Zeit der faschistischen Diktatur und des Terrors gegen alle fortschrittlichen Kräfte. Die KPD rief sofort zum Generalstreik gegen die faschistische Diktatur auf. Der Vorschlag des Zentralkomitees der KPD an den Parteivorstand der SPD, gemeinsam zum Generalstreik aufzurufen, wurde abgelehnt. Die Kommunisten und die kampfbereiten Sozialdemokraten waren nicht in der Lage, den Widerstand der rechten sozialdemokratischen Führer zu überwinden und den Generalstreik auszulösen.

Mit der Errichtung der faschistischen Diktatur begann der Terror gegen alle fortschrittlichen Kräfte, besonders gegen die Kommunisten. Überfälle der Polizei auf die Büros der KPD-Bezirkszeitungen fanden statt, in einigen Ländern wurden Demonstrationsverbote für die KPD erlassen, schließlich wurde die KPD in die Illegalität gedrängt.

Der 1. Mai, der Kampftag der internationalen Arbeiterklasse, wurde von Hitler zum „Tag der Nationalen Arbeit“ erklärt. In Berlin beteiligten sich jedoch zum Beispiel nur 30 Prozent der Werktätigen an den faschistischen Maifeiern. In einigen Großstädten, zum Beispiel auch in Dresden, gelang es der illegalen KPD, Gegendemonstrationen zu organisieren. [100]

In der Hille-Werke AG war der Einfluß der re-

formistischen Gewerkschaftsführer sehr stark. Mit illusionären Vorstellungen über das Hineinwachsen in den Sozialismus ohne Eroberung der politischen Macht schwächten bzw. lähmten sie einerseits die Kampfkraft der Arbeiterklasse gegen den Faschismus und unterstützten andererseits die von den Hille-Aktionären hervorgebrachte und geförderte Politik der Entstehung einer „Hille-Ideologie“ unter der Belegschaft. Diese Ideologie hatte das Ziel, die Werktätigen dieses Betriebes immer enger an das kapitalistische Unternehmen zu binden.

Die Hille-Aktionäre bemühten sich besonders darum, bestimmte Teile der Arbeiterschaft des Betriebes durch materielle Vorteile und Besserstellungen zu korrumpieren. Die Pflege der „Firmen-tradition“ diente ebenfalls dazu, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu verschütten.

Die Entwicklung einer den Arbeiterinteressen widersprechenden „Hille-Ideologie“ wurde auch durch die Herausgabe von „Kleinaktien“, 100-Mark-Aktien, unterstützt, womit die Hille-Aktionäre in den zwanziger Jahren begannen. Indem die Arbeiter und Angestellten solche Kleinaktien der Hille-Werke AG erwarben, sollten sie in die Illusion versetzt werden, Mitbesitzer des Werkes zu sein. Das hatte vielfach zur Folge, daß diese Arbeiter ihr Klassenbewußtsein verloren. In Wirklichkeit hatten sie nicht im geringsten die Möglichkeit, über das Geschick des Betriebes und seiner Arbeiter mitzubestimmen. [101]

Friedr. Bergmann
Bonn, Reuterstrasse 237

Nr. 21
Bonn, 7. Mai 1938

Titel.

Hille-Werke Aktiengesellschaft,
Dresden

Ich bin seit Jahren im Besitz von ein paar Aktien Ihrer Gesellschaft und zwar von je 100 RM. Aktien Nr 1441, 1442, 1443, 1444. Bei der Einlösung der Gewinnanteile für 1937 wurde mir auf der Deutschen Bank, Bonn, bei Vorzeigung der Gewinnanteilscheine Nr 16 mitgeteilt, dass ich versäumt habe, eine neue Aktie zu beziehen oder das Bezugsrecht zu vorankufen. Dies war für mich eine schmerzliche Überraschung. Denn ich bin Sozialrentner und besitze nur noch obige paar Aktien von einem grösseren Bestand, den ich in den Inflationsjahren restlos verloren habe. Da ich sonst keine Bankbeziehungen mehr habe, habe ich schon vor Jahren den Kleinen Rest selbst in Verwahr genommen. Durch die Tatsache, dass ich infolge von Netzhautablösung zu dreiviertel erblindet bin, zudem schwer herzkrank bin und mich in 70. Lebensjahre befinde, kann ich 'meinen Beruf' sehr ausüben; mehrere Herzanfälle haben mich verhindert, das Bezugsrecht auszuüben. Deshalb ergeht die höfliche Bitte an Sie, mir in Berücksichtigung meiner Verhältnisse die Gelegenheit zu geben, dass ich auf meine Aktien eine neue Aktie zu 100 RM. noch nachträglich beziehen kann.

Ich hoffe, dass Sie meiner Bitte entsprechen werden, wofür ich Ihnen im Voraus meinen verbindlichsten Dank ausspreche.

Heil Hitler!

Friedr. Bergmann

Commerz- und Privat-Bank
Aktiengesellschaft

Kapital 80 Millionen RM
Reserven 10 Millionen RM

Filiale Dresden

RECHENK- und KONTOKorrenten
Postbank-Konto Dresden Nr. 88
Telegraphische Anweisung: 444854110
Fernspr. Nr. 3429, 3518 u. 3838

Konkurrenz-Abteilung

In die

Direktion der Hille-Werke
Aktiengesellschaft
Dresden.

Betrifft: Ihre Kapitalserhöhung, 1937.

Abgesehen davon, dass keine Bezugsstücke mehr vorhanden sind, sehen wir von hier aus keine Möglichkeit, den Genannten in irgendeiner Weise zu entschädigen. Eine andere Frage wäre, ob Sie Ihrem Aktionär auf Grund seiner geschilderten Verhältnisse eine gewisse Vergütung gewähren wollen. Das Bezugsrecht ist damals mit ca. 10 % gehandelt worden, so dass also für die in seinem Besitz befindlichen vier Aktien zu RM 100 ein Gegenwert für das entgangene Bezugsrecht von ca. RM 40.-- in Frage kommen würde.

Die „Rechte“
eines
Kleinaktionärs

Wie man mit solchen Kleinaktionären verfuhr, das zeigt das Beispiel des Friedrich Bergmann aus Bonn: Durch die Inflation verarmt, alt und krank, verlor er durch eine Kapitalerhöhung von 1937 – indem er versäumte, neue Aktien zu erwerben – auch noch die vier letzten ihm verbliebenen Aktien der Hille-Werke AG. Weder die Hille-Aktionäre noch die Commerz- und Privatbank Dresden, die Bank der Hille-Aktionäre, sahen eine „Möglichkeit, den Genannten in irgendeiner Weise zu entschädigen“ [102].

Der Erwerb von Kleinaktien sollte die Arbeiter über die Gefahr des Faschismus hinwegtäuschen und ihre Kampfkraft lähmen. So mancher Arbeiter der Hille-Werke AG, beeinflusst von der Demagogie der rechten Gewerkschaftsführer, sah auch nach dem Machtantritt Hitlers noch nicht die wirkliche Gefahr, und so mancher glaubte Hitlers Worten, als dieser am 1. Mai 1933 lautstark verkündete: „Ehret die Arbeit und achtet den Arbeiter.“ [103] Aber noch während Hitler diese Worte sprach, wurden alle Vorbereitungen getroffen, um bereits am folgenden Tag die Gewerkschaften zu zerschlagen.

Die Klassenorganisation der Arbeiterklasse, ihre Gewerkschaften, ersetzten die Faschisten durch die am 10. Mai 1933 gegründete Deutsche Arbeitsfront (DAF), die nach dem Führerprinzip aufgebaut war. Die Werktätigen waren gezwungen, dieser Organisation beizutreten.

Von Beginn an vertraten die Faschisten die Interessen der reaktionärsten Gruppen des deutschen Monopolkapitals. Viele Arbeitgeberverbände gaben ihre Treueerklärungen an Hitler ab. Nicht nur in der Hille-Werke AG, sondern auch in den anderen kapitalistischen Vorgängerbetrieben des VEB Mikromat, zum Beispiel im Betrieb Großmann und in der Elbe-Werke AG, verbanden sich die Kapitalisten mit den Faschisten, um so ihre Profite auf Kosten der Arbeiter vergrößern zu können.

Ihr Treuebekenntnis zum faschistischen Staat und zu dessen Zielen legte die Betriebsführung der Hille-Werke AG zum Beispiel in der am 21. September 1934 erlassenen und von Behrend, Zenzen und Böhme unterschriebenen Betriebsordnung sehr eindeutig dar: „Betriebsführung und Gefolgschaft der Hille-Werke AG bil-

den eine Betriebsgemeinschaft mit dem Ziel, für die Belange des Werkes und damit zum Nutzen von Volk und Staat ihre besten Kräfte einzusetzen.“ [104] Wie sehr man darauf bedacht war, alle der faschistischen Betriebsführung un-
bequemen Belegschaftsangehörigen aus dem Betrieb entfernen zu können, kommt in der Festlegung zum Ausdruck: „... gemeinschaftsfeindliches Verhalten (darunter wurde in jedem Fall gegen den Faschismus gerichtetes Verhalten verstanden – der Verfasser) innerhalb oder außerhalb des Betriebes bedeutet den Ausschluss aus ihm.“ [105]

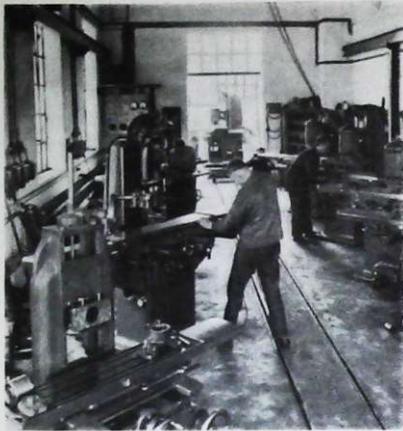
Diese Betriebsordnung legte auch fest, daß durch die Betriebsführung bei Verstößen gegen die Betriebsordnung neben der Entlassung und anderen Strafen auch Geldbußen bis zu einem vollen Tagesverdienst ausgesprochen werden konnten. [106]

Der Arbeiterklasse wurde weisgemacht, daß die faschistische Politik den Interessen der Nation diene und die Arbeitslosigkeit beseitige. Jedoch hatte der Rückgang der Arbeitslosigkeit seit 1933 von 4 804 428 auf 429 401 Arbeitslose im Jahre 1938 nichts mit der Herrschaft der Faschisten zu tun. Als Hitler an die Macht kam, war der Tiefpunkt der Krise schon vorüber. [107]

In Vorbereitung auf einen neuen imperialistischen Krieg

Nachdem die Faschisten die Macht übernommen hatten, setzte eine verstärkte Aufrüstung ein. Große Konzernbetriebe erhielten zu diesem Zweck neue maschinelle Ausrüstungen, und neue Rüstungswerke wurden gebaut. Da der Bedarf an Werkzeugmaschinen stieg, waren die Hille-Werke AG, der Betrieb Großmann und die Elbe-Werke AG unmittelbare Nutznießer der Kriegsvorbereitung.

Die deutsche Werkzeugmaschinenindustrie hatte bereits 1936 ihr Produktionsvolumen im Vergleich zum Jahre 1929 mehr als verdoppelt. Die Zahl der Arbeitskräfte erhöhte sich im Verhältnis zu 1933 auf mehr als das Dreifache, nämlich von 26 000 auf 81 000. Der Umsatz stieg im



Einschleif- und Prüfraum
in der Elbe-Werke AG

Montagehalle des Bohrmaschinenbaus
in der Hille-Werke AG



gleichen Zeitraum von 126 Millionen Mark auf 598 Millionen Mark, also auf das Viereinhalbfache. [108] Die ständigen Auftragseingänge in den Betrieben des Werkzeugmaschinenbaus führten zur Verlängerung der Arbeitszeit. Sie stieg bis 1939 auf 51 Stunden je Woche. Durch diese Arbeitszeitverlängerung und die Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitsintensivität erhöhte sich zum Beispiel die Leistung in der Eisen- und Stahlindustrie je Arbeiter um 44 Prozent. [109]

Wie aus nachfolgender Übersicht erkennbar ist, stiegen vor allem im Werkzeugmaschinenbau die Auftragseingänge aus dem Inland.

Auftragseingang der deutschen Werkzeugmaschinenindustrie 1933 bis 1938:

Jahr	Gesamt- eingang	davon Inland	davon Ausland
1933	100	56,9 Prozent	43,1 Prozent
1934	282,5	85,1 Prozent	14,9 Prozent
1936	976,3	80,0 Prozent	20,0 Prozent
1937	1119,8	73,7 Prozent	26,3 Prozent
1938	1384,4	83,6 Prozent	16,4 Prozent

[110]

Für die Aktionäre der Hille-Werke AG brachte die aktive Unterstützung der faschistischen Rüstungspolitik eine märchenhafte Steigerung ihrer Profite. In welchem Umfang die Hille-Werke AG bereits 1937 an der Rüstung unmittelbar und mittelbar beteiligt war, geht annäherungsweise aus einem Schreiben vom 22. Januar 1937 an das Reichswirtschaftsministerium Berlin hervor, in dem es unter anderem heißt, „daß das Spezialbohrmaschinenprogramm, insbesondere im Rahmen des Vierjahresplanes, den Betrieb vor umfangreiche Sonderaufgaben stellt, die für die Flugzeugmotorenindustrie geleistet werden müssen.“ Hauptabnehmer waren dabei Junkers, Argus, Ardel, Heinkel, Daimler-Benz, BMW, Mitteldeutsche Motorenwerke, Niedersächsische Motorenwerke und andere, deren rationelle und insbesondere beschleunigte Fabrikation wesentlich von hochleistungsfähigen Spezialmaschinen

abhang. Aus diesem Schreiben ist weiter ersichtlich, daß die Gewindefräsmaschinen für die Geschößteile-, Flugzeugteile- und Flugzeugmotorenteilfabrikation benötigt wurden und daß die verschiedenen Typen von Revolverdrehmaschinen in großem Umfang auch Verwendung in der Zünderfabrikation sowie in der optischen und feinmechanischen Industrie, zum Beispiel bei den Firmen Zeiss Jena und Zeiss-Ikon, Verwendung fanden. Neben der Tatsache, daß die Hille-Werke AG unmittelbar an der Ausrüstung wichtiger Rüstungsbetriebe beteiligt war, geht aus diesem Schreiben weiter hervor, daß die Produktion durch „die geheime Fabrikation besonders wichtiger Heeresgeräte, deren weiterer Ausbau in Angriff genommen ist“ [111], erweitert werden sollte.

Die Genossen Robert Richter und Arno Schimang erinnerten sich daran, wie diese Abteilung streng abgeschirmt wurde und daß man damals bereits die Produktion von Rohlingen für Granaten aufnahm.

Die Aufträge der Rüstungsbetriebe bzw. die eigene Fertigung für die Rüstung ermöglichten es auch, daß sich das Aktienkapital allein in den Jahren von 1936 bis 1939 mehr als verdoppelte und der Reingewinn auf über 270 Prozent stieg.

Jahr	Aktienkapital	Reingewinn
1936	1 128 000 Mark	183 860 Mark
1937	1 800 000 Mark	323 588 Mark
1938	1 800 000 Mark	423 018 Mark
1939	2 400 000 Mark	501 826 Mark [112]

Die Dividenden stiegen ebenfalls von Jahr zu Jahr an und betrugen

1934	4 Prozent
1935	6 Prozent
1936	7 Prozent
1937	8 Prozent
1938	10 Prozent.

Das Gesamtkapital von 1 800 000 Mark war 1938 unter den Mitgliedern des Aufsichtsrates mit über 75 Prozent verteilt und betrug bei den Mitgliedern des Aufsichtsrates im einzelnen:

Name	Stimmanteil	Stimmrecht
Commerz- und Privatbank Dresden	767 300 Mark	7673 Stimmen
Geheimrat Dr. Ernst, Dresden	228 700 Mark	2287 Stimmen
Rittergutsbesitzer Schön, Radebeul	195 200 Mark	1952 Stimmen
Dresdner Bank	62 000 Mark	620 Stimmen
Fabrikdirektor Lehmann, Hirschfelde	50 000 Mark	500 Stimmen
Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt Leipzig	24 000 Mark	240 Stimmen
Deutsche Bank Berlin	12 400 Mark	124 Stimmen
Bankdirektor Dr. Erich Sondermann, Dresden	12 000 Mark	120 Stimmen
Sächsische Bank	8 000 Mark	80 Stimmen
Hugo Groth, Dresden	3 000 Mark	30 Stimmen
Berliner Handelsgesellschaft	2 000 Mark	20 Stimmen

[113]

Den restlichen Aktienanteil besaßen kleinere einfluß- und namenlose Geldgeber, und nur ein verschwindender Teil davon entfiel auf die Belegschaftsangehörigen der Hille-Werke AG in Form von 100-Mark-Aktien.

Aus der Aufstellung über die Verteilung des Aktienbesitzes geht hervor, welchen Einfluß die Banken auf die Industrie, besonders auf die Metallverarbeitung und auf den Maschinenbau, hatten. [114]

Die Tantiemen, die die Mitglieder des Aufsichtsrates zusätzlich zu den Dividenden erhielten, stiegen in den Jahren, in denen reaktionäre Kräfte den faschistischen Krieg vorbereiteten, ständig an:

Jahr	Tantiemen für den Aufsichtsrat
1936	13 319 Mark
1937	20 404 Mark
1938	34 837 Mark
1939	40 012 Mark [115]

In welchem Maße die Aktionäre der Elbe-Werke an der Aufrüstung verdienten, geht daraus hervor, daß der Betrieb, der noch 1932 einen Verlust von 6 482 Mark aufwies, bis 1936 den Gewinn ständig steigerte. Einschließlich der Rücklagen konnte er 1936 einen Gewinn von fast 209 840 Mark erzielen. [116]

Die 1937 in der kapitalistischen Welt ausgebrochene Wirtschaftskrise wirkte sich in Deutschland zunächst noch nicht aus. Das war eine Folge der Militarisierung der Wirtschaft und der Aufrüstung.

Während aufgrund der Aufrüstung die Profite der Kapitalisten stiegen, gab man für das deutsche Volk die Parole „Kanonen statt Butter“ heraus. Damit wollten die Faschisten erreichen, daß der Verbrauch der aus dem Ausland eingeführten Lebens- und Genußmittel zurückging. Mit dem 1936 verkündeten Vierjahresplan, der das Ziel hatte, die deutsche Wirtschaft kriegsfähig und die faschistische Wehrmacht für den Krieg einsatzbereit zu machen, wurde die zu Beginn der faschistischen Herrschaft geschaffene staatsmonopolistische Organisation weiter ausgebaut. [117]

Anfang 1938 bildete Göring beim Beauftragten für den Vierjahrplan einen Kriegswirtschaftsrat, dem namhafte Monopolvertreter angehörten. [118]

Auch im Vorstand der Hille-Werke AG kam diese Einheit zwischen Kapital und faschistischem Machtapparat zum Ausdruck. So war Vorsitzender des Vorstandes der profilierte Nazi, Kapitänleutnant Schmidt-Wulfen, kaufmännischer Leiter, Direktor Böhme, der von Hitler in den Reichswirtschaftsrat berufen war, und der technische Leiter Zenzen, dem später Dr. Eisele zugeordnet wurde. [119]

Für die Vorstandsmitglieder hatte sich die Verbindung zwischen Kapital und Faschismus aus-

gezahlt, wie das aus dem Ansteigen ihres Gewinnanteils ersichtlich ist.

Jahr	Tantiemen für den Vorstand
1936	32 431 Mark
1937	44 644 Mark
1938	55 537 Mark
1939	56 112 Mark [120]

Aber nicht nur Repräsentanten kapitalistischer Aktiengesellschaften verbanden sich unmittelbar mit dem faschistischen Staatsapparat bzw. waren um einflußreiche Posten innerhalb der Nazipartei bemüht. Auch die Besitzer kapitalistischer Familienbetriebe versuchten durch ihre aktive Zugehörigkeit zur faschistischen Partei, aus der Verbindung von faschistischer Macht und Kapital ihre Profite weiter zu erhöhen. Ganz in diesem Sinne ist das Verhalten des Nazis Großmann zu verstehen, der gemeinsam mit seinem Vater einen der Vorgängerbetriebe des VEB Mikromat Dresden, die Fabrik für Spezialmaschinen, Werkzeuge, Lehren und Vorrichtungen, besaß und leitete. H. Großmann jun. war ein Nazi übelster Sorte, der sich nur zu gern in Uniform zeigte und es sich nicht nehmen ließ, bei den faschistischen Aufmärschen zum 1. Mai uniformiert an der Spitze „seiner Gefolgschaft“ zu marschieren. Er war immer wieder bemüht, Treuebekennnisse zu „seinem Führer“ abzugeben. Als nazistischer „Musterbetrieb“ ausgezeichnet, prangten ein großes Hakenkreuz und faschistische Fahnen an der Fassade des Betriebes. Die von ihm eingeleiteten sozialen Maßnahmen sollten die Belegschaft zu gehorsamen Gefolgsleuten Hitlers machen. [121]

Dieser Betrieb war 1863 von Gottfried Hermann Großmann als kleiner Handwerksbetrieb gegründet worden. Mit zwei Gehilfen und zwei Lehrlingen stellte der Besitzer Haushaltsnämaschinen her. Die skrupellose Ausbeutung seiner Gehilfen, besonders der Lehrlinge, ermöglichte es ihm, fabrikmäßig zu produzieren und in größere Räume nach Dresden, Am See 40, zu übersiedeln.

1880 wurde aus einer bis dahin nur in kleineren Stückzahlen gebauten Kettelstichmaschine eine Strohhutnämaschine entwickelt, die, dank der Präzisionsarbeit der Arbeiter und der dadurch erreichten großen Genauigkeit, sehr bald sogar die amerikanische Konkurrenzmaschine erfolgreich aus dem Feld schlagen konnte.

Mit der Aufnahme dieser Produktion reichten die bisherigen Räume nicht mehr aus. Ein eigenes Grundstück wurde gekauft und der Betrieb nach der Waisenhausstraße 5 verlegt. Die Arbeitsbedingungen und die Methoden der Ausbeutung unterschieden sich in diesem Betrieb nicht von denen anderer kapitalistischer Industriebetriebe. Der Profit stieg und ermöglichte dem damaligen Inhaber Alexander Großmann um die Jahrhundertwende, ein neues Fabrikgebäude auf der Chemnitzer Straße (jetzt F.-C.-Weiskopf-Straße) errichten zu lassen. Die von den Arbeitern der Maschinenfabrik H. Großmann hergestellten Maschinen verschafften sich Weltruf und wurden von den bedeutendsten Strohhutfabriken der Welt gekauft, so daß zwei Drittel der Erzeugnisse in den Export gingen.

Mit der Entwicklung der Werkzeugmaschinenindustrie, vor allem nach dem ersten Weltkrieg, wurden Werkzeuge, Lehren und Spezialmaschinen ins Produktionsprogramm aufgenommen. Besonders in den Jahren des Faschismus stieg die Produktion und damit auch die Anzahl der Beschäftigten weiter an. Der Betrieb zählte 1940 bereits über 700 Beschäftigte. [122]

In einer in Bild und Text den Nazismus verherrlichenden Schrift für die Belegschaft 1940 hieß es: „Wenn sich die Maschinenfabrik H. Großmann, Dresden, aus kleinsten Anfängen zu einem namhaften Betrieb entwickeln konnte, so verdankt sie dieses Emporblühen . . . zum großen Teil auch den wirtschaftlichen, sozialen und menschlichen Voraussetzungen, die der nationalsozialistische Staat geschaffen hat.“ [123]

Was verstand nun H. Großmann unter „menschlichen Voraussetzungen“? Die heute in Königstein wohnende ehemalige Arbeiterin der Firma H. Großmann, Elisabeth Bähr, berichtete zum Beispiel, daß sie und ihre Freundin Liesel Petzold, weil sie an einer faschistischen Feier im Jahre 1938 nicht teilnahmen, von Großmann

regulär verhört wurden. Anschließend wurde ihnen die sofortige Kündigung ausgesprochen. Obwohl man sie vorher für eine Spezialmaschine angelehrt hatte und ständig neue Arbeitskräfte eingestellt wurden, gab die Betriebsleitung als Kündigungsgrund Mangel an Arbeit an. In Wahrheit nahm Großmann jedoch Anstoß an der politischen Vergangenheit der beiden Arbeiterinnen. Liesel Petzold war vor 1933 kommunistische Stadtverordnete in Freital gewesen und von Faschisten wegen illegaler Arbeit eingesperrt worden. Elisabeth Bähr hatte vor 1933 in dem von der KPD geführten Roten Frauen- und Mädchenbund und im Arbeitersport aktiv gearbeitet.

Immer wieder versuchte der Unternehmer Großmann mit seinem demagogischen, faschistischen Gerede, die Arbeiter zu höchsten Leistungen anzuspornen und sie im Sinne der faschistischen Führung für die Durchhaltepolitik reif zu machen. So schrieb er in der 1940 herausgegebenen Schrift für die Belegschaft unter anderem, daß vor allem die Schaffung von sozialen Einrichtungen und die Pflege der „Betriebsgemeinschaft“ dem „Gedanken der Zusammengehörigkeit von Betriebsführung und Gefolgschaft und ihrer engen Schicksalsgemeinschaft sichtbaren Ausdruck geben, dem Gedanken, daß es nichts Schöneres auf der Welt gibt als eine Arbeit, die wir nicht nur für uns selbst, sondern in einem höheren Sinne für unser Volk tun“ [124].

Um den ideologischen Einfluß auf die Werkstätigen zu verstärken, wurden Betriebszeiten geschaffen und diese voll in den Dienst der faschistischen Propaganda gestellt. In der Hille-Werke AG erschien 1938 die erste Nummer der „Werksmittelung“. In einem Artikel mit der Überschrift „Leistungssteigerung“, in dem die faschistische „Rassentheorie“ propagiert wurde, hieß es: „Der Mensch ist ein Ganzes! Er gehorcht in allen seinen Lebensbereichen immer den gleichen ewigen Gesetzen, die aus seinem Blut und aus seinen rassischen Erbanlagen kommen, und bestes fachliches Wissen und Können wird nur dann zur vollen Auswirkung kommen, wenn alle Kräfte der Seele und des Charakters in nationalsozialistischer Weltanschauung als treibende Kraft dahinterstehen.“ [125]

Nach dieser Theorie handelte man auch in der Hille-Werke AG. Im Jahre 1937 hatte man die Betriebsführung von dem „Nichtarier“, dem Juden Behrend, „gesäubert“. In einem Schreiben der Gauleitung Sachsen der NSDAP vom 30. August 1937 an den Parteigenossen Karl Best hieß es unter anderem: „Bei der im vergangenen Jahr stattgefundenen Besprechung, an der von der Hille-Werke AG Sie und Herr Ernst teilnahmen, wurde seitens der Vertreter des Gauwirtschaftsberaters in unmißverständlicher Weise zum Ausdruck gebracht, daß die Ausscheidung des Nichtariers Behrend notwendig erscheint.“ [126] Behrend wurde sofort aus dem Betrieb entlassen und nach Hamburg abgeschoben. Über sein weiteres Schicksal konnte nichts ermittelt werden.

Eine besondere Bedeutung in der ideologischen Kriegsvorbereitung hatte die Erziehung der Jugend im nazistischen Sinne. Sie zu willfährigen Werkzeugen des Faschismus zu verwandeln oblag der Hitlerjugend und wurde tatkräftig durch die betriebliche Lehrausbildung unterstützt. Nach 1933 wurde deshalb begonnen, sowohl in der Hille-Werke AG als auch im Betrieb Großmann, bei der Lehrausbildung halb-militärische Prinzipien einzuführen. Zur besseren Ausrüstung der Lehrlinge, um sie von „negativen“ Einflüssen fernzuhalten, wurde mit der „Richtlinie für die Einrichtung von Lehrwerkstätten der metallverarbeitenden Industrie vom 29. April 1937“ die Trennung der Lehrausbildung vom übrigen Betrieb „zur Erleichterung der erzieherischen Aufgaben“ vorgenommen. [127]

Ziel der faschistischen Betriebsführung bei der Lehrlingsausbildung war, wie 1938 der Ausbildungsleiter Gebauer sagte, daß „die charakterliche und weltanschauliche Erziehung auf eine soldatische Haltung eingestellt sein wird“ [128]. Das kommt auch in einem Artikel in der „Werksmittelung“ der Hille-Werke AG vom Juli 1939 zum Ausdruck, in dem es heißt, „daß es unter allen Umständen gelingen müsse, aus diesen jungen Menschen Idealisten für die Idee des Nationalsozialismus zu machen“ [129].

Kollege Artur Kunze erzählte, wie die Lehrlinge in der Hille-Werke AG behandelt wurden: „Der Betrieb beschäftigte in der Lehrwerkstatt unge-

fähr 280 Lehrlinge. Sie waren in verschiedenen Berufs- und Arbeitsgruppen zusammengefaßt. Die Arbeitszeit begann morgens mit einem Appell. Der älteste Lehrling ließ die anderen antreten. Daraufhin erstattete er dem Leiter der Lehrlingsabteilung, Herrn Gebauer, Meldung. Mit einem kräftigen ‚Heil Hitler‘ begrüßte Gebauer die Lehrlinge. Seine tägliche Morgenansprache verherrlichte stets den Faschismus und die Kriegspolitik. Zu Beginn jeder Arbeitswoche fand ein Appell auf dem Sportplatz statt. Unter den Klängen des Spielmannszuges hißte man die Hakenkreuzflagge. Am Wochenende wiederholte sich die gleiche Handlung beim Einholen der Fahne. Am Arbeitsplatz eines jeden Lehrlings befand sich eine Anzeigetafel, auf der einige Bereiche des Betriebes verzeichnet waren, wie z. B. Produktionsabteilungen, Werkzeugausgabe, Toilette u. a. Wenn ein Lehrling seinen Arbeitsplatz verließ, mußte er den Zeiger der Tafel an die Stelle rücken, wo er sich zur Zeit befand. Damit die Lehrlinge nicht zu lange dem Arbeitsplatz fernblieben, führten die Ausbilder Kontrollen der Toilettenanlagen durch. Die Lehrlinge waren verpflichtet, beim Gruß des Ausbildungsleiters und der Lehrausbilder die linke Hand an die Hosennaht zu legen und die rechte zum Hitlergruß zu erheben. Wer die Wichtigkeit dieses Grußes nicht erkannte, dem wurde die Erkenntnis auf sehr strenge Weise beigebracht.“ [130]

Der Weg, den die Faschisten den Lehrlingen zugeachtet hatten, war für viele recht kurz. Er führte nicht selten aus der Hitlerjugend über die Wehrmacht in den Tod. Vielen Millionen jungen Deutschen ging es so wie dem Lehrling Horst Hüttmann: „Am 1. April 1938 stand Horst Hüttmann in Reih’ und Glied und wurde als

Lehrling in unser Werk aufgenommen. Sein Können, seine Leistungen und sein persönlicher Einsatz kennzeichnen ihn nicht nur bei seiner Arbeit, sondern darüber hinaus als jungen Gefolgsmann des Führers. Schon vor Beendigung seiner Lehrzeit folgte er seinen Kameraden zu den Waffen. ... Am 29. Juli 1943 fand er als kaum 20jähriger an der Ostfront im opferbereiten Einsatz den Heldentod.“ [131] Für diese faschistische Erziehung der Lehrlinge, die viele bedenkenlos in einen sinnlosen Tod trieb, erhielt die Hille-Werke AG 1940 von der Deutschen Arbeitsfront das Abzeichen „Für vorbildliche Berufserziehung“. [132]

Der zweite Weltkrieg – das große Geschäft für die deutschen Monopole, Not und Elend für die Arbeiter

Am 1. September 1939 begann der vom faschistischen deutschen Imperialismus seit 1933 planmäßig vorbereitete zweite Weltkrieg. Die bittere Wahrheit, vor der die KPD schon 1933 mit den Worten warnte: „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“, hatte sich jetzt bestätigt. Mit diesem Krieg stiegen die Profite der deutschen Imperialisten noch weiter an.

In der Hille-Werke AG erhöhte sich der Reingewinn bis 1943 auf 153 Prozent gegenüber 1939, gegenüber 1936 auf 370 Prozent. Auch die Tantiemen für den Aufsichtsrat und für den Vorstand stiegen.

Bereits 1940 war das Aktienkapital auf 3 Millionen Mark erhöht worden. Das Kapital konzentrierte sich in den Händen von vier Hauptaktionären, die allein 76 Prozent des Aktienkapitals besaßen.

Jahr	Aktienkapital	Ausgewiesener Reingewinn	Tantiemen für den Aufsichtsrat	Tantiemen für den Vorstand
1939	2 400 000 Mark	501 826 Mark	40 012 Mark	56 112 Mark
1940	3 000 000 Mark	553 939 Mark	49 666 Mark	57 000 Mark
1941	5 000 000 Mark	628 516 Mark	48 711 Mark	61 226 Mark
1942	5 000 000 Mark	622 932 Mark	48 834 Mark	67 300 Mark
1943	5 000 000 Mark	675 438 Mark	60 020 Mark	85 182 Mark [133]

Commerz- und Privat- bank Dresden	1 493 000 Mark =	49,7 Prozent
Geheimrat Dr. Louis Ernst, Dresden	436 000 Mark =	14,5 Prozent
Dresdner Bank	195 000 Mark =	6,8 Prozent
Bankdirektor Sondermann, Dresden	150 000 Mark =	5,0 Prozent
	2 274 000 Mark =	76 Prozent

[134]

1938 umfaßte das Produktionsprogramm der Hille-Werke AG bei einer Belegschaftsstärke von 1 537 fünf verschiedene Maschinenarten, und zwar die Lehrenbohrmaschinen - Fabrikation Hille, Lizenz Hauser, die Bohrmaschinen, die Gewindefräsmaschinen, die Hinterdrehbänke und die Revolverdrehbänke mit insgesamt 30 Varianten. Dazu kam noch ein umfangreicher Vorrichtungs- und Werkzeugbau. [135] Die Hille-Werke AG bemühte sich, neben der ständigen Steigerung der Produktion im eigenen Werk ihren Umsatz und damit ihren Profit durch Auftragserteilung an andere Betriebe zu erhöhen. Bei einem Umsatz von 13 973 000 Mark im Jahre 1940 wurden für 8 310 000 Mark Aufträge von der Hille-Werke AG an andere Betriebe vergeben. Neben Honahlen und Werkzeugen wurden vor allem Revolverdrehmaschinen, Ständerbohrmaschinen, Bohrmaschinen und Gewindefräsmaschinen im wesentlichen von folgenden acht Betrieben für das Produktionsprogramm der Hille-Werke AG produziert:

- Firma Helfricht, Gera
- Firma Kornmann, Geising
- Firma Lieberknecht, Oberlungwitz
- Firma Sächsische Knopf- und Bürstenmaschinen-Werke, Zwickau
- Firma Sachs & Grimm, Triebes (Thüringen)
- Firma Sylbe & Ponndorf, Schmölln
- Firma Bürgel, Dresden-Radebeul
- Firma Rockstroh-Werke AG, Heidenau. [136]

Durch kriegswirtschaftliche Maßnahmen und entsprechende Rationalisierung erfolgte im Ver-

laufe des Krieges in der deutschen Wirtschaft eine Einengung des Produktionsprofils.

Das zeigte sich auch in der Hille-Werke AG. Ab 1943 wurden hauptsächlich Normalbohrmaschinen mit 50 mm, 65 mm und 80 mm Bohrleistung sowie Sondermaschinen produziert. Allein in den beiden letzten Kriegsjahren wurden für 15,2 Millionen Mark Sondermaschinen hergestellt. Die Erzeugnisse der Hille-Werke AG wurden überwiegend in der Rüstungsindustrie eingesetzt, zum Beispiel die Tieflochbohrmaschinen für das Bohren von Gewehrläufen, die Vierspindelbohrwerke für das Bohren von Zylinderblöcken und Getriebegehäusen für die Flugzeug- und Kraftfahrzeugindustrie sowie für die Panzerherstellungsbetriebe und andere Rüstungsbetriebe. [137]

Um noch mehr ins Rüstungsgeschäft einsteigen zu können, bemühte sich die Hille-Werke AG um weitere Kapitalerhöhungen und um Ausdehnung ihrer Produktion. Am 8. Dezember 1939 wurde der Hille-Werke AG vom Chef des Oberkommandos der Wehrmacht bestätigt, daß die Wehrmacht an der Leistungssteigerung des Werkes „zur schnelleren Belieferung der Rüstungsindustrie“ interessiert ist. [138] Auch vom Bevollmächtigten für die Maschinenproduktion in Berlin bekam der Betrieb die Auflage, „zur Sicherung des Maschinenbedarfs für die Aufrüstung“ die Produktion wesentlich zu steigern, da es sich „hierbei um Maschinen von hoher Präzision handelt, die geeignet sind, bei gleichzeitigem Einsparen von Facharbeitern die Leistung in der Rüstungsindustrie zu erhöhen“ [139].

In einem Schreiben des Oberkommandos des Heeres vom 12. Dezember 1939 wurde einer Produktionserweiterung ebenfalls zugestimmt. „Wunschgemäß teilen wir Ihnen mit, daß der Ausbau Ihrer Abteilung, die sich besonders mit der Herstellung von Feinstbearbeitungsmaschinen, insbesondere Lehrenbohrmaschinen, befaßt, sehr dringlich erscheint, zumal gerade die Lehrenbeschaffung wegen der ungenügenden Kapazität der Lehrenherzeuger große Schwierigkeiten bereitet. Eine Leistungssteigerung liegt daher sehr im Interesse des Oberkommandos der Wehrmacht.“ [140]

Des weiteren wurde die Hille-Werke AG durch die Wirtschaftsgruppe Maschinenbau Berlin mit einem Schreiben vom 3. Juli 1939 davon in Kenntnis gesetzt, daß der Betrieb „für staatspolitisch wichtig“ erklärt wurde; [141] er erhielt als OKW-Spezialbetrieb die Nummer 1710-251. [142]

Aufgrund seiner überaus hohen Bedeutung für die Kriegsproduktion erhielt die Hille-Werke AG, noch bevor am 6. Oktober 1941 das Aktienkapital auf 5 Millionen erhöht wurde, von der Deutschen Industriebank Berlin einen zinslosen Kredit in Höhe von 85 000 Mark. [143] Aus dem umfangreichen Schriftverkehr der Hille-Werke AG ist ersichtlich, welchen großen Anteil sie an der unmittelbaren Rüstungsproduktion hatte. So wurde immer wieder auf schnelle Auslieferung der Maschinen gedrängt, wie zum Beispiel an eine Firma Otto Bark in Dresden, [144] die besonders wichtige Aufträge für die Rüstung auszuführen hatte.

Mit ihrer aktiven Unterstützung des Faschismus und der unmittelbaren Beteiligung an der Kriegsproduktion sind die Hille-Aktionäre eindeutig an den Verbrechen des Hitlerfaschismus mitschuldig.

Diese Schuld liegt jedoch nicht nur in der Teilnahme an der Rüstungsproduktion, sondern die Hille-Aktionäre beteiligten sich auch an der Ausplünderung der vom Faschismus überfallenen Länder. In einem geheimen Schreiben der Hille-Werke AG an das Reichswirtschaftsministerium vom 4. Dezember 1939 wurde bestätigt, daß die Hille-Werke AG den Auftrag hatte, in polnischen Betrieben die Produktion von Maschinen der Hille-Werke AG aufzubauen. Wörtlich heißt es: „... auch diese Aufgaben sind bereits in Angriff genommen worden.“ [145]

Während die Hille-Aktionäre immer wieder in ihren Werksmitteilungen den Arbeitern „jedes Opfer“ für den Krieg abverlangten, [146] ließen sie sich jeden durch den faschistischen Krieg hervorgerufenen Verlust bei ihren Exportgeschäften zurückerstatten. So erhielten die Hille-Werke AG zum Beispiel über die Firma Alfred Teves, Frankfurt am Main, aufgrund einer Genehmigung der Devisenstelle Frankfurt am Main vom 20. April 1940 ihre Rechnungen für

Lieferungen an die englische Firma Automotive Products Company Ltd., London W 1, die vor Ausbruch des Krieges erfolgten, bezahlt. [147] In einem Schreiben der Deutschen Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft vom 3. März 1942 wurde der Hille-Werke AG mitgeteilt, daß sie für die in die UdSSR gelieferten Maschinen steuerfreie Vergütung erhält, da aufgrund des Überfalls auf die Sowjetunion die Bezahlung nicht mehr erfolgen könnte. [148]

Die Aktionäre der Elbe-Werke AG profitierten ebenfalls aus der Kriegsproduktion. Sie konnten sich nicht nur vor einem Konkurs retten, sondern auch ihren Betrieb weiter ausbauen. Schon zu Beginn der faschistischen Herrschaft hatten sie von dem durch die Wirtschaftskrise pleite gegangenen Berliner Betrieb Samson-Werke für eine Spottsumme die Produktion der Waagerechtfachschleifmaschine übernommen und in dieser Richtung die Produktion weiter erhöht.

Daß der Faschismus zum großen Geschäft für die Elbe-Werke AG wurde, davon zeugen auch die nach dem Machtantritt Hitlers und der damit einsetzenden Produktionserhöhung ausgeführten Erweiterungsbauten. Genosse Hans Henke, heute als Absatzleiter im Betrieb tätig, berichtete, daß zuerst die Holzbaracke neben dem Küchengebäude abgerissen wurde. An ihre Stelle trat ein massiver Verbindungsbau mit dem heute noch benutzten Speisesaal und dem darunterliegenden Heizungskeller. 1936 wurde das Verwaltungsgebäude an der Mügelnstraße errichtet. Das Hauptgebäude der Fabrik wurde um das Doppelte in Richtung Niedersedlitzer Straße erweitert, indem die noch heute benutzte Montagehalle angebaut wurde. Für die Räumwerkzeugproduktion wurde die Produktionshalle an der Niedersedlitzer Straße errichtet.

Auch die Elbe-Werke AG stellte nicht nur Maschinen für andere Rüstungsbetriebe her, sondern beteiligte sich unmittelbar an der Produktion von Waffen. Beispielsweise berichteten die noch heute im Betrieb tätigen Genossen, der Fräser Erich Arnold und der jetzt als Monteur arbeitende Kurt Hose, daß sie im Betrieb während des Krieges Teile für die Vierlingsflak produzierten. Daß das Rüstungsgeschäft für die Aktionäre der Elbe-Werke AG aufging, läßt sich

auch daran erkennen, daß der Gewinn des Betriebes von 1936 bis 1943 auf 470 Prozent anstieg. [149]

Die Elbe-Werke AG erhielt ebenfalls den durch den Überfall auf die Sowjetunion eingetretenen Verlust von der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft zurückerstattet. Im Bericht der Treuhand-Vereinigung AG über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 1942 ist nachzulesen, daß dem Betrieb 1942 genau 70 418,52 Mark für die durch die Sowjetunion nicht mehr bezahlten Lieferungen und 3 159,50 Mark für nicht ausgeführte „Russenaufträge“ erstattet wurden. [150]

Auch der Betrieb Großmann stellte sich in seiner Produktion immer mehr auf den Bedarf der Rüstungsindustrie ein. Neben der steigenden Produktion von Maschinen, wie Poliermaschinen, Nachdrehmaschinen, Spiralbohrerfräsautomaten und Mehrspindelbohrmaschinen, wurde der Lehrenbau entwickelt. Bereits 1935 ging ein großer Teil der im Betrieb gebauten Vorrichtungen und Lehren an die Rüstungsbetriebe, zum Beispiel eine große Anzahl von Matrizen für die Karabinergeschoßherstellung.

Während der Krieg den Profit der Kapitalisten weiter ansteigen ließ, sank der Lebensstandard der Werktätigen beträchtlich. Im April 1942 kam es zur ersten starken Kürzung der Lebensmittelration seit Beginn des Krieges. Erwachsene erhielten jetzt wöchentlich 2 000 Gramm Brot und Mehl, 300 Gramm Fleisch und 206 Gramm Fett. Das waren gegenüber 1939 wöchentlich 400 Gramm Brot und Mehl, 200 Gramm Fleisch und 64 Gramm Fett weniger. [151]

Die Arbeitszeit wurde weiter verlängert. Bereits 1942 betrug die durchschnittliche Arbeitszeit eines Arbeiters in der Hille-Werke AG 55 Stunden und die für Frauen und Jugendliche 52 $\frac{1}{2}$ Stunden. Wie die Genossen Robert Richter, Arno Schimang und Karl Kraft berichteten, wurde in der Hille-Werke AG ab 1940 die Arbeitszeit für viele Arbeiter auf täglich 12 Stunden erhöht.

Ebenso war es in der Elbe-Werke AG, wie die Genossen Kurt Hose und Erich Arnold erzählten.

Um bei den Werktätigen die Bereitschaft zu dieser extensiven Ausdehnung des Arbeitstages zu wecken, erhielten nur diejenigen, die diese Stundenzahl erreichten, eine sogenannte Langarbeiterlebensmittelkarte. Wenn gleichzeitig im Dreischicht-System gearbeitet wurde, waren das wöchentlich 150 Gramm Fleisch, 600 Gramm Brot und 20 Gramm Margarine zusätzlich. [152]

Die schlechten Lebensbedingungen der Arbeiter brachten natürlich einen Leistungsabfall mit sich, den die Hille-Aktionäre zum Beispiel dadurch zu verhindern suchten, daß sie einen Betriebsarzt, Dr. med. von Kirschbach, einstellten. [153] Seine erste Maßnahme war eine Tablettenaktion. Jeder Betriebsangehörige mußte drei Monate lang täglich Tabletten schlucken, um eine höhere Arbeitsintensität zu erreichen. [154]

Rücksichtslos und brutal ging der spätere Betriebsarzt Dr. med. Wendland vor. So hatte zum Beispiel in der Abteilung Schüttoff der Kollege Fuhrmann einen Betriebsunfall erlitten. Ihm war ein Kreuzschieber auf den Fuß gefallen. Sein Hausarzt und auch der Röntgenarzt ordneten Bettruhe an und schrieben ihn arbeitsunfähig. Herr Dr. Wendland, der als Betriebsarzt das letzte Wort zu sprechen hatte, hob die Arbeitsunfähigkeit mit der Bemerkung, man könne mit einer Infraktur des Fußes ruhig weiterarbeiten, auf. [155]

Zu den weiteren Maßnahmen, mit denen man dem Leistungsabfall der Arbeiter entgegenwirken wollte, gehörte die von der Betriebsleitung der Hille-Werke AG eingeleitete „Aktion Leistungssteigerung“. Es wurde eine Gruppe eingesetzt, die umfangreiche Untersuchungen und Vorschläge unterbreiten sollte. An dieser Aktion wirkten Quast, Gebauer, Geißler und andere mit. Ziel der Untersuchungen war es, eine Steigerung der Arbeitsintensität von 10 bis 20 Prozent zu erreichen. Es war Aufgabe dieser Gruppe, „jedes einzelne Gefolgschaftsmitglied daraufhin zu prüfen, wie weit sein persönlicher Einsatz noch gesteigert werden kann, jedes Gefolgschaftsmitglied muß Gegenstand einer individuellen Sonderaktion sein“ [156].

Sämtliche Beschäftigten einschließlich der Zwangsarbeiter wurden einer Wertung unterzogen, wobei für einen „Persönlichkeitswert“ bis zu

33 Punkten vergeben werden konnten. Aus dieser Aktion ergab sich auch, daß Arbeitskräfte, die der Betriebsführung nicht als nazistisch zuverlässig galten, und solche, die geringe Leistungen brachten, für die faschistische Wehrmacht als Kanonenfutter bereitgestellt wurden. So heißt es in einer Richtlinie: „... die Wertung erfolgt zu dem Zweck, um bei dem kommenden Personalausgleich (Freistellung für die faschistische Wehrmacht – der Verfasser) eine planmäßige Verteilung der Arbeitskräfte und Unterführer zu ermöglichen.“ [157]

Die Hille-Aktionäre sahen natürlich Gefahr für ihren eigenen Profit, wenn ihre besten Arbeitskräfte für die Front und für andere kriegswichtige Betriebe abgezogen wurden. Bereits am 26. Juni 1939 wandte sich deshalb der Betrieb an die Wirtschaftsgruppe Maschinenbau, um Dienstverpflichtungen aus dem eigenen Betrieb zu verhindern. Als Antwort erhielt der Betrieb am 3. Juli 1939 ein Schreiben, in dem unter anderem folgendes stand: „Auf Ihr Schreiben vom 26. Juni d. J. teilen wir Ihnen mit, daß das Reichsarbeitsministerium in der Zwischenzeit Ihren Betrieb für staatspolitisch wichtig erklärt hat und entsprechende Anweisungen an das zuständige Arbeitsamt ergangen sind. Das Arbeitsamt darf somit Dienstverpflichtungen in Ihrem Betrieb nicht mehr aussprechen. Wir hoffen, daß damit die Schwierigkeiten behoben sind.“ [158]

Das Los der Arbeiterfrauen unter der faschistischen Herrschaft war besonders hart. Während des Krieges erfolgte der Fraueneinsatz in solch kriegswichtigen Betrieben wie der Hille-Werke AG vorwiegend zwangsweise durch sogenannte Umsetzungen oder Zuweisungen. So wurde zum Beispiel von einer Christa Schubert berichtet, daß sie als Laborantin ihre alte Tätigkeit aufgeben mußte und zur Hille-Werke AG an eine Maschine dienstverpflichtet worden sei. Der Anteil der Frauen in der Hille-Werke AG stieg in den Jahren von 1937 bis 1944 auf über 630 Prozent an. [159]

Vom Wehrkreisbeauftragten des Reichsministers für Bewaffnung und Munition wurde der Hille-Werke AG die Notwendigkeit des verstärkten Einsatzes von Frauen zur Zwangsarbeit

in einem Schreiben vom 22. März 1941 mit solchen Worten mitgeteilt: „Nachdem der Führer das gesamte deutsche Volk, vornehmlich die Rüstungsindustrie und Munitionsfertigung, zum Endkampf und damit zu einem erhöhten Kräfteinsatz aufgerufen hat, steht die Zuweisung von Arbeitskräften durch erhöhten Fraueneinsatz derzeit im Vordergrund.“ [160]

Die Frauen verhielten sich beileibe nicht so, wie die Betriebsfrauenwalterin Charlotte Kall meinte: „... erfreulicherweise haben die meisten Kameradinnen begriffen, was es im totalen Krieg, der über Leben und Tod der Nation entscheidet, mit ihrem Einsatz und ihrem Arbeitswillen auf sich hat, und sind immer bereit, mit besten Kräften an ihrem Platz ganze Arbeit zu leisten. [161] Im gleichen Artikel wandte sie sich nämlich gegen jene, „die jede Gelegenheit benutzen, sich zu drücken und anderen ihre Arbeit überlassen“. Der damalige Ausbildungsleiter Gebauer wettete gegen die, „bei denen man nichts von Einsatzfreudigkeit und Pflichtbewußtsein bemerkt“ [162]. Daß Gebauer besondere Vorstellungen von Einsatzfreudigkeit hatte, ließ er dadurch erkennen, daß er von den in der Hille-Werke AG arbeitenden Frauen forderte, „daß sie vorwiegend im Stehen und in zwei Schichten arbeiten und auch körperliche Anstrengungen auf sich nehmen müssen“ [163].

Mit dem verstärkten Einsatz von Frauen in der Industrie erzielten die Unternehmer immer größere Profite. Dazu trug eine neue Tarifordnung für die Eisen-, Metall- und elektrotechnische Industrie bei, die am 30. April 1938 vom Reichstreuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Sachsen herausgegeben wurde. Im Paragraphen 1 wurden die Mindeststundenlöhne festgelegt. [164] Sie betragen zum Beispiel für die Ortsklasse I, zu der Dresden gehörte, für:

a. Spezialfacharbeiter	83 Pfennig
b. Facharbeiter (gelernte Arbeit)	
im Alter über 23 Jahre	72 Pfennig
im Alter von 22 bis 23 Jahren	65,5 Pfennig
im Alter von 20 bis 21 Jahren	52,0 Pfennig
im Alter von 19 bis 21 Jahren	52,0 Pfennig
im Alter von 17 bis 19 Jahren	48,0 Pfennig

c. ungelernete Arbeiter

im Alter über 23 Jahre	64,0 Pfennig
im Alter von 22 bis 23 Jahren	59,0 Pfennig
im Alter von 20 bis 21 Jahren	44,5 Pfennig
im Alter von 17 bis 19 Jahren	38,0 Pfennig

d. Hilfsarbeiter

im Alter über 23 Jahre	61,0 Pfennig
im Alter von 22 bis 23 Jahren	54,5 Pfennig
im Alter von 20 bis 21 Jahren	41,5 Pfennig
im Alter von 18 bis 19 Jahren	35,5 Pfennig
im Alter von 17 Jahren	29,0 Pfennig
im Alter von 16 Jahren	26,0 Pfennig
im Alter von 14 bis 15 Jahren	23,0 Pfennig

e. Arbeiterinnen

im Alter über 23 Jahre	42,0 Pfennig
im Alter von 22 bis 23 Jahren	39,5 Pfennig
im Alter von 20 bis 21 Jahren	32,5 Pfennig
im Alter von 18 bis 19 Jahren	30,5 Pfennig
im Alter von 17 Jahren	27,0 Pfennig
im Alter von 16 Jahren	24,5 Pfennig
im Alter von 14 bis 15 Jahren	20,5 Pfennig

Da der Frauenanteil in der Hille-Werke AG vor allem in der Zeit des Krieges erheblich anstieg und die Leistungen der Frauen denen der Männer in keiner Weise nachstanden, erzielten die Hille-Aktionäre, gesetzlich durch den faschistischen Staat sanktioniert, daraus zusätzlichen Gewinn.

Daß der Anteil der Frauen an der Gesamtbelegschaft ständig stieg, ist aus folgender Tabelle ersichtlich:

Jahr	Gesamtbelegschaft	davon Frauen
1937	1359	75 = 4,9 Prozent
1938	1413	90 = 6,4 Prozent
1939	1627	120 = 7,0 Prozent
1940	1669	210 = 11,0 Prozent
1941	1669	300 = 18,5 Prozent
1942	1584	350 = 25,0 Prozent
1943	1678	400 = 27,0 Prozent
1944	1719	478 = 31,0 Prozent [165]

Aber nicht nur mit Hilfe der Frauen wurde das Arbeitskräfteproblem gelöst, sondern auch Kriegsgefangene und zwangsweise verschleppte Bürger aus den besetzten Ländern mußten in Deutschland arbeiten.

Bis Ende Mai 1943 wurden 12,1 Millionen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene nach Deutschland verschleppt. Etwa die Hälfte von ihnen wurde zu Tode geschunden. [166]

Allein im Maschinenbau waren am 31. Mai 1943 von den 1 083 777 Beschäftigten 276 153 (das sind 26 Prozent) Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene. [167]

Auch die Hille-Werke AG und die Elbe-Werke AG nutzten diese Sklavenarbeit zur Erhöhung ihrer Profite aus, wie aus der folgenden Aufstellung hervorgeht.

Anteil der Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen an der Gesamtbelegschaft in der Hille-Werke AG:

Jahr	Gesamtbelegschaft	davon Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene
1937	1359	-
1938	1413	-
1939	1627	2 = 0,11 Prozent
1940	1669	9 = 0,6 Prozent
1941	1669	5 = 0,3 Prozent
1942	1584	78 = 4,9 Prozent
1943	1678	296 = 18,0 Prozent
1944	1719	460 = 27,0 Prozent [168]

Der für den Arbeitseinsatz in der Rüstungsindustrie verantwortliche Naziführer Sauckel schrieb: „Alle schon in Deutschland befindlichen Kriegsgefangenen, sowohl aus den West- wie den Ostgebieten, müssen, soweit dies noch nicht geschehen ist, ebenfalls restlos der deutschen Rüstungs- und Ernährungswirtschaft zugeführt, ihre Leistung muß auf den denkbar höchsten Stand gebracht werden. . . .

Alle diese Menschen müssen so ernährt, untergebracht und behandelt werden, daß sie bei denkbar sparsamstem Einsatz die größtmögliche Leistung vollbringen.“ [169]

Noch deutlicher drückte sich der millionenfache

Mörder Himmler in einer Rede vor SS-Generälen am 4. Oktober 1943 aus: „Wie es den Russen geht, wie es den Tschechen geht, ist mir total gleichgültig. . . . Ob die anderen Völker in Wohlstand leben oder ob sie verrecken vor Hunger, das interessiert mich nur soweit, als wir sie als Sklaven für unsere Kultur brauchen, anders interessiert mich das nicht. Ob beim Bau eines Panzergrabens zehntausend russische Weiber an Entkräftung umfallen oder nicht, interessiert mich nur insoweit, als der Panzergraben für Deutschland fertig wird.“ [170]

Auch die in der Hille-Werke AG tätigen Zwangsarbeiter wurden rücksichtslos ausgebeutet und den Schikanen der Faschisten ausgeliefert. Der Lagerführer Fischer zum Beispiel veranstaltete jeden Sonntagmorgen einen „Frühspport“ mit Männern, Frauen, Greisen und Kindern. Auf einer Kiste stehend, befahl er ihnen nach seiner Daumenbewegung „auf und nieder“. [171]

Der Arbeitseinsatzleiter Maschke veröffentlichte in einer Werksmittelteilungsverhaltensregeln gegenüber den französischen Kriegsgefangenen: „Mit der Errichtung eines eigenen Lagers zu Beginn des vergangenen Jahres arbeitet bei uns eine Anzahl französischer Kriegsgefangener, deren Zahl in kurzer Zeit rasch anstieg. . . . Ihre Arbeitsleistung ist nicht als Ergebnis einer Anwerbung oder Vereinbarung anzusehen. . . ., sondern ist als die Ausführung eines militärischen Befehls zu betrachten. Für ihr allgemeines Verhalten sind in erster Linie disziplinäre Vorschriften und alle Auswirkungen eines militärischen Gewaltverhältnisses maßgebend.“ [172]

Der größte Anteil der Zwangsarbeiter kam jedoch aus der Sowjetunion. Bereits Anfang 1943 mußten über 200 sowjetische Zwangsarbeiter für die Hille-Aktionäre und den „Endsieg“ der Faschisten schuften. Sie waren in einem auf dem Werkgelände errichteten Barackenlager notdürftig untergebracht. Während Maschke den Hille-Arbeitern heuchlerisch erklärte, daß diese Zwangsarbeiter „zum größten Teil freiwillig nach Großdeutschland kommen, um in der Kriegswirtschaft eingesetzt zu werden, und mit-helfen wollen, den Bolschewismus zu besiegen“ [173], war Gebauer wesentlich offener, in-

dem er forderte, daß „Härte hemmungslos jedem ausländischen Arbeiter gegenüber Anwendung finden“ [174] muß.

Nicht nur im Lager, sondern auch im Betrieb waren die Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen von besonders aktiven Nazis physischem Terror unterworfen. Bei dem geringsten Vergehen wurden sie von solchen Leuten wie Gebauer, dem Blutordenträger Weidlitsch und von den Angehörigen des Werkschutzes geschlagen, so daß sie oftmals Verletzungen davontrugen. [175] So schreibt zum Beispiel Genosse Gorogranz, der sehr enge Kontakte mit dem sowjetischen Zwangsarbeiter Wassil Sergejeff hatte, in einem Brief unter anderem: „Den Genossen Wassil Sergejeff sah ich zum ersten Male im Herbst 1941, als er mit weiteren 40 bis 50 Sowjetbürgern im Alter von 18 bis 23 Jahren – Frauen und Männern – in den Betrieb kam, wo ich als Bohrwerksdreher arbeitete. Die jungen Sowjetbürger mußten im Werkgelände in Baracken wohnen und durften in den ersten Jahren das Werkgelände nicht verlassen. Verpflegung und Kleidung waren sehr schlecht. Die Betriebsführer und faschistischen Amtswalter drohten uns Arbeitern mit schweren Strafen, wenn Kontakte mit den ‚Ostarbeitern‘ aufgenommen würden. Es wurde gefordert: volle, rücksichtslose Ausnutzung. Schon in den ersten Wochen protestierten einige der jungen Arbeiter gegen die sehr schlechte Verpflegung. Daraufhin demonstrierte der Arbeitsfrontführer und Faschist Weidlitsch auf dem Werkhof vor den sich dort aufhaltenden Arbeitern in der Mittagspause, wie mit den jungen Sowjetbürgern gesprochen werden sollte. ‚Was willst Du? Mehr zu essen? Das kannst Du bekommen!‘ Das sagte er, verprügelte einen der Gefangenen und trat ihn mit Füßen. Das war kein Einzelfall.“ [176]

Von diesem Lager der Hille-Werke AG führte der Weg mancher Zwangsarbeiter in das berüchtigte Lager nach Radeberg. So erging es zwei Sowjetbürgern, wie die ehemalige Betriebsangehörige Kubertzky berichtete. [177] Allein im Lager Radeberg wurden durch die entmenschten Faschisten 422 nach Deutschland verschleppte Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter ermordet. [178] 17 sowjetische Zwangsarbeiter wur-

den nach den Angaben des damaligen Betriebsangehörigen Artur Kunze nach dem Sonnenstein, einer Vernichtungstätte der SS, verschleppt und kehrten nie wieder zurück. [179] Noch in den letzten Kriegstagen wurden drei sowjetische Zwangsarbeiter aus der Hille-Werke AG der Gestapo zur Hinrichtung im Gefängnis Münchner Platz ausgeliefert. [180]

Mit welcher geringen Mengen an Lebensmitteln die Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen im Hille-Lager ihr Leben fristen mußten, zeigt die Aufstellung einer Zuteilungsperiode vom August 1944 (siehe unten).

Die „totale Mobilmachung“ verschlechterte auch die Lage der Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen. So forderte am 1. März 1944 der Gaubmann H. Peitsch von allen sächsischen Betriebsführern: „Die Behandlung der in Arbeit eingesetzten Kriegsgefangenen ist daher einzig und allein darauf abzustimmen, die Arbeitsleistung auf das höchstmögliche Maß zu bringen und sofort scharf einzugreifen, wenn die Kriegs-

gefangenen nachlässig, faul oder widerspenstig sind. ... Die Kriegsgefangenen dürfen keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß gegen sie rücksichtslos mit der Waffe eingeschritten wird, wenn sie etwa passiven Widerstand leisten oder gar meutern sollten.“ [181]

Trotz des Terrors der Faschisten fanden sich immer mehr Hille-Arbeiter, die sich für die Verbesserung der Lage ihrer Klassengenossen einsetzten. Das geschah, indem sie den ausländischen Arbeitern Lebensmittel zusteckten oder sie in ihre Wohnung mitnahmen. Damit stellten sie sich gegen die strikten Weisungen der Nazis. [182]

Genosse Gorogranz zum Beispiel nahm den zur Zwangsarbeit in die Hille-Werke AG verschleppten Sowjetbürger Wassil Sergejeff mit in seine Wohnung und unterrichtete ihn über den Kriegsverlauf.

Diese wenigen Beispiele zeigen, daß sich von den Drohungen der Faschisten nicht alle Arbeiter einschüchtern ließen und daß noch Keime

des proletarischen Internationalismus in der deutschen Arbeiterbewegung vorhanden waren. 1970 gelang es dem damaligen Kaderleiter, Genossen Schellhorn, nach jahrelangem Bemühen, Kontakt zu einer ehemaligen Zwangsarbeiterin aufzunehmen. Es handelt sich um Jakunina Maria Dmitriewna Demenko, die heute in Otradny in der Sowjetunion lebt und während des Krieges zur Zwangsarbeit für die Elbe-Werke AG nach Deutschland verschleppt und bei Kriegsende durch sowjetische Truppen befreit worden war. Sie besuchte 1970 das erstmalig die DDR und weilte auch in unserem Betrieb. In vielen freundlichen Gesprächen und Begegnungen lernte sie die heute im VEB Mikromat tief verwurzelte Freundschaft der Bürger der DDR zu den sowjetischen Menschen kennen. Tief bewegt erzählte sie, wie die Faschisten sie und viele ihrer Freundinnen und Freunde wie Vieh zusammengetrieben und zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt haben. Als Jakunina Maria Dmitriewna nach ihrem Besuch in Dresden in ihre Heimatstadt zurückgekehrt war, schrieb sie in ihrem Brief an neugewonnene Freunde unter anderem: „Ich bin noch immer unter dem Eindruck der Dresdener Erinnerungen. Die Tage des Aufenthaltes in Eurem sozialistischen Land, in einer Zeit des Friedens, haben mich sehr bewegt und werden in meiner Erinnerung bleiben. Überall war zu sehen, daß heute das Volk in der DDR die Macht besitzt und das Leben bei Euch ständig schöner wird. Das, was durch die Hände des Volkes geschaffen wurde, muß jedoch auch behütet und geschützt werden, und nur Freundschaft und Frieden zwischen unseren Völkern können dies bewirken.“ [183]

Aufgrund des Einsatzes der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter stiegen die Profite der Monopole gewaltig. Auch die Hille-Werke AG bereicherten sich dadurch, daß sie die zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppten Menschen erbarmungslos ausbeuteten. Das Aktienkapital der Hille-Werke AG hatte sich in den Jahren von 1936 bis 1943 auf das 3,5fache vergrößert, und der Reingewinn war um das 3,7fache gestiegen. [184] In der Elbe-Werke

AG stieg in dieser Zeit das Aktienkapital um das 3fache und der Gewinn auf das 4,7fache an. [185] Aus der Entwicklung des Umsatzes der deutschen Werkzeugmaschinenindustrie und der Elbe-Werke AG in den Jahren von 1933 bis 1944 ist eindeutig zu erkennen, wie die Kapitalisten an der faschistischen Aufrüstung und insbesondere am Krieg profitierten.

Umsatz der deutschen Werkzeugmaschinenindustrie und der Elbe-Werke AG 1933 bis 1944

Jahr	Werkzeugmaschinenindustrie insgesamt		Elbe-Werke AG in TM
	Stück	Wert in TM	
1933		126 000	267
1934		226 000	650
1935		359 000	1284
1936		476 000	2118
1937		598 000	
1938	182 649	615 106	
1939	199 361	694 549	
1940	199 490	793 134	
1941	197 950	857 790	4020
1942	165 969	821 326	3597
1943	140 084	789 654	3655
1944	110 377	654 228	[186]

Mit dem Sieg der sowjetischen Streitkräfte über die Hitlertruppen vor Moskau wurde die gesetzmäßige Niederlage des deutschen Militarismus und des deutschen Faschismus eingeleitet. Joseph Goebbels verkündete am 18. Februar 1943 im Berliner Sportpalast die „totale Mobilmachung“. Mit der „totalen Mobilmachung“ sollte das Letzte aus dem deutschen Volk herausgepreßt und jeder Widerstand erstickt werden. Für alle Männer im Alter von 16 bis 65 Jahren und für alle Frauen von 17 bis 45 Jahren wurde die Arbeitspflicht eingeführt. [187] Angesichts der drohenden Niederlage kam es am 25. Juli 1944 zu einer neuen „totalen Mobilmachung“. Alle Theater, Ausstellungen, Verlage usw. wurden geschlossen und ihre Mitarbeiter an die Front geschickt. Auch die Studenten und die Schüler höherer Klassen mußten in der Rüstungsindustrie arbeiten. Das wehrpflichtige Al-

4. Zuteilungsperiode

		Ostarbeiter		ital. Mil. Internierte				
Roggenmehl	täglich	318,3	gr	täglich	316	gr	- 2,3	gr
	Halbschwer wöchentl.	375	gr	Halbschwer wöchentl.	347	gr	- 28	gr
	Schwerarb. "	750	gr	Schwerarb. "	694	gr	- 56	gr
Birse oder Hülsenfruchtsuppen	täglich	21,4	gr					
Zucker		15,7	gr	täglich	25	gr	± 9,3	gr
Freibankfleisch		28,6	gr					
	Halbschwer wöchentl.	100	gr	Halbschwer wöchentl.	115	gr	± 7,1	gr
	Schwerarb. "	200	gr	Schwerarb. "	230	gr	± 15	gr
Margarine	täglich	18,6	gr	täglich	31	gr	± 12,4	gr
	Halbschwer wöchentl.	35	gr	Halbschwer wöchentl.	32	gr	- 3	gr
	Schwerarb. "	70	gr	Schwerarb. "	64	gr	+ 6	gr
Roggenschrot	täglich	40,7	gr					
Käse								
Sauermilchkäse				wöchentl.	15,6	gr		
Quark				"	23,5	gr		
Milchmittel				"	31	gr		
Teigwaren				täglich	12,5	gr		
Brotaufstrichmittel				"	9	gr		
Kaffee-Ersatz				"	25	gr		
				"	9	gr		

Lebensmittellationen der in der Hille-Werke AG beschäftigten Zwangsarbeiter

ter wurde von 17 1/2 auf 16 Jahre herabgesetzt. [188] Der Verfasser selbst wurde noch 1945, im Alter von 16 Jahren, zur faschistischen Wehrmacht eingezogen.

In der Hille-Werke AG sah es der am 1. September 1943 in den Vorstand eingetretene Dr.-Ing. Felix Eisele als eine seiner wichtigsten Aufgaben an, „mit allen Kräften um den Sieg zu kämpfen“, und zwar durch „die Förderung des Willens zur Mitarbeit bei möglichst vielen Arbeitskameraden“ [189].

Eine der von Eisele angewandten Methoden, diese Zielstellung des deutschen Monopolkapitals, die auch seine war, zu erreichen, bestand unter anderem darin, für die Krankbetreuung – besser gesagt für das Gesundkommandieren – einen Militärarzt, Dr. Schönherr, einzusetzen. [190]

Aber auch dieser Eisele konnte an der immer größer werdenden Kriegsmüdigkeit der Arbeiter in der Hille-Werke AG nichts mehr ändern. Dennoch ließ sich die Mehrheit der Belegschaftsangehörigen der Hille-Werke AG, des Betriebes H. Großmann und der Elbe-Werke AG bis zuletzt, trotz mutigen Kampfes einiger Widerstandskämpfer, für die faschistischen Ziele mißbrauchen. Die wichtigsten Ursachen dafür waren der nazistische Terror und der verderbliche Einfluß der faschistischen Ideologie auf breite Volksmassen. Die Hitlerfaschisten nutzten vor allem gegen Ende des Krieges die Lüge aus, daß mit der militärischen Niederlage Hitlerdeutschlands auch das deutsche Volk vernichtet werde.

Der Kampf der Mitglieder der KPD und aller fortschrittlichen Arbeiter gegen Faschismus und Krieg

Unter Führung der Genossen der KPD wurde seit Beginn der Hitlerherrschaft auf verschiedene Art und Weise der Widerstand gegen den Faschismus organisiert. In der Hille-Werke AG, in der Elbe-Werke AG, im Betrieb H. Großmann und in der Maschinenfabrik Fischer in Berggießhübel gab es mutige Mitglieder der KPD, die weitere Arbeiter um sich vereinten



Der von den Faschisten ermordete Kommunist Georg Schilling

und unter schweren Bedingungen den Kampf gegen den Faschismus und gegen den Krieg organisierten. Die Untersuchungen, die der von 1959 bis 1971 im Betrieb beschäftigte Kaderleiter, Genosse Gerhard Schellhorn, vornahm, ergaben zum Beispiel, daß im Betrieb H. Großmann eine antifaschistische Widerstandsgruppe existierte. Dieser Gruppe gehörten Georg Schilling, Gerhard Schwenke, Fritz Gärtner, Fritz Schicht, Fritz Hensel und Max Nobis an. Dabei wurde diese Gruppe, zum Teil unbewußt, unterstützt durch Ewald Füssel, Bruno Börner und Paul Müller. [191] Einer aus dieser Gruppe, Georg Schilling, Mitglied der KPD, gab in diesem Kampf sein Leben für die Befreiung des deutschen Volkes vom faschistischen Joch. Genosse Schilling, Sohn einer Dresdner Arbeiterfamilie, wurde am 13. August 1906 geboren.

Es wird gebeten, bei allen Eingaben das nachstehende Merkmal anzugeben.

Ausfertigung Nr.

V a SBeg. 1936/34 hr.1.

16 StA 2251/34

3

Haftbefehl*)

Der am 13. August 1906 in Dresden geborene Schlosser

Georg Martin Schilling

ist zur Untersuchungshaft zu bringen.

Er ist bringend verädigt.

- 1.) das Unternehmen gewaltsamer Änderung der Verfassung des Deutschen Reiches vorbereitet zu haben ;
 - 2.) eine aufgelöste und verbotene örtliche kommunistische Sportorganisation durch seine Betätigung weiter aufrechterhalten zu haben ;
- zu 1 : Verbrechen nach §§ 81,86 StGBs -
zu 2 : Vergehen nach de. StGBs. VO betr. weitere: Verbot marxistischer Verbände vom 28. 4. 1933 (SVHL Nr. 37) i. V. mit der Heizerordnung des RPr. vom 28. 2. 33 (RGL I. S. 83) - wendungs-
Fluchtverdacht vorliegt, da zu 1) ein Verbrechen den Gegenstand der Untersuchung bildet, zu 1) und 2) eine Bestrafung in erheblicher Höhe zu erwarten ist.

Gegen diesen Haftbefehl ist das Rechtsmittel der Beschwerde zulässig.

— ~~Staatliche Schutzorgane sind verpflichtet, die Befolgung dieses Haftbefehls~~

~~herauszuführen.~~

Zuzusenden :

Herrn Schilling,

Dresden-N. 34, den 7. Mai 1934.

Winkler Platz 3.

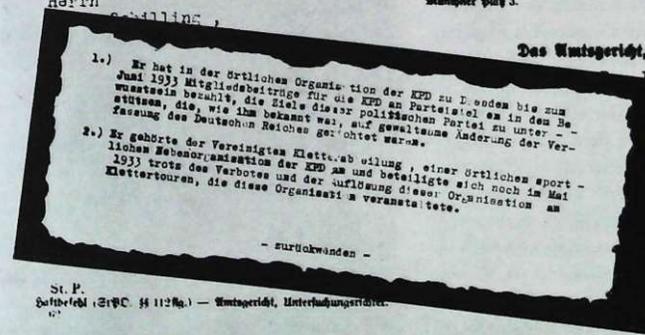
Das Amtsgericht, Abt. V.

Landgraf.

1. Mai 1934.

Poststelle bei

Abteilung V.



St. P. Haftbefehl (St. P. C. 44 112 Nr.) - Amtsgericht, Untersuchungsgericht.

B. VII. 20

Haftbefehl gegen Georg Schilling im Jahre 1934

Als gelernter Maschinenschlosser nahm er von frühester Jugend an am Kampf der Arbeiterklasse teil. Er entwickelte sich zu einem Kämpfer, der jederzeit bereit war, seine ganze Kraft und Persönlichkeit für die Interessen der Arbeiterklasse einzusetzen. Als Mitglied der Vereinigten Kletterabteilung der Naturfreunde setzte er sich für eine antifaschistische Politik im Arbeitersport ein. 1930 wurde er Mitglied der KPD, weil er im Kampf der KPD die einzige Möglichkeit sah, die drohende faschistische Gefahr zu beseitigen. Nach dem Machtantritt der Faschisten nahm er weiter am Kampf der illegal arbeitenden KPD teil. Immer wieder half er, neue Verbindungen zu knüpfen, wenn durch Verhaftungen Lücken in die Reihen der Kämpfer gerissen wurden. In dieser Zeit hatte er ständig Kontakt mit dem Genossen Erich Glaser und seinem Bruder Adi, die von Bodenbach (Dečín) in der Tschechoslowakei aus unter anderem den illegalen Transport antifaschistischer Literatur organisierten und ständig Verbindungswege für Kuriere zwischen Deutschland und dem Ausland aufrechterhielten.

1934 wurde Genosse Georg Schilling das erste Mal verhaftet. In dem Haftbefehl vom 7. Mai 1934 heißt es: „Er ist dringend verdächtig, erstens das Unternehmen gewaltsamer Änderung der Verfassung des Deutschen Reiches vorbereitet zu haben, zweitens eine aufgelöste und verbotene örtliche kommunistische Sportorganisation durch seine Betätigung weiter aufrecht erhalten zu haben. ... Er hat in der örtlichen Organisation der KPD zu Dresden bis zum Juni 1933 Mitgliedsbeiträge für die KPD an Parteistellen in dem Bewußtsein bezahlt, die Ziele dieser politischen Partei zu unterstützen, die, wie ihm bekannt war, auf gewaltsame Veränderung der Verfassung des Deutschen Reiches gerichtet waren. Er gehörte der Vereinigten Kletterabteilung, einer örtlichen sportlichen Nebenorganisation der KPD, an und beteiligte sich noch im Mai 1933, trotz Verbotes und der Auflösung dieser Organisation, an Klettertouren, die diese Organisation veranstaltete.“ [192] Obwohl er nicht aussagte und man ihm nichts nachweisen konnte, wurde er zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Nach seiner Entlassung aus der Haft

setzte er unermüdlich seinen Kampf gegen den Faschismus fort.

Nach dem heimtückischen Überfall der Faschisten auf die Sowjetunion wurde Genosse Georg Schilling das zweite Mal von der Gestapo verhaftet. Da er bei allen Verhören standhaft blieb, wurde er schwer mißhandelt. Danach mußte er in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Nachdem er einigermaßen vernunftfähig war, wurde er erneut zur Gestapo geschleppt und wiederum schwersten Mißhandlungen unterworfen, so daß er wieder in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Dabei gelang es seinen Angehörigen, ihn für kurze Zeit zu besuchen. Nach ihren Schilderungen war Genosse Schilling kaum wiederzuerkennen, so hatten ihn die Gestapo-

Geheime Staatspolizei

Geheimes Staatspolizeiamt

Berlin SW 11, den 21. 7. 1934

IV 0 2 - H.Nr. Sub 10118.

Schutzhaftbefehl

Nr. und Juname: Georg Martin Schilling,
 Geburtstag und -ort: 13. 8. 1906 in Dresden,
 Beruf: Maschinenschlosser,
 Familienstand: ledig,
 Staatsangehörigkeit: Deutsches Reich,
 Religion: gottgläubig,
 halbe (bei Nichtern anzugeben),
 Wohnort und Wohnung: Dresden-W 6, Radebeuler Str. 8 III b.d. Vater,
 mit in Schutzhaft genommen.

Stünde:

Er - ~~ist~~ - geführt nach dem Ergebnis der staatspolizeilichen Feststellungen nach
 sein - ~~ist~~ - Verhalten den Befehl und die Sicherheit des Landes und Staates, indem
 er - ~~ist~~ - dringend verdächtig ist, sich für die illegale
 KPD hochverräterisch zu betätigen.

ges. Heydrich

Boglaubigst

Polizei-Inspektor

Haftbefehl gegen Georg Schilling nach dem heimtückischen Überfall auf die Sowjetunion



Der von den Faschisten ermordete Kommunist Paul Linde



Der von den Faschisten ermordete Kommunist Alwin Höntzsch

schläger zugerichtet. Als er für kurze Zeit das Bewußtsein erlangte, waren die letzten Worte, die seine Angehörigen von ihm vernahmen, ein Fluch auf seine faschistischen Peiniger. Am 16. August 1941 wurde Genosse Georg Schilling durch Gifteinspritzung in einer Pflegeanstalt von den Faschisten ermordet. [193]

Einem Beschluß der Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED des VEB Mikromat Dresden entsprechend trägt die Betriebsberufsschule heute den Namen Georg Schilling. Ebenfalls von den Faschisten ermordet wurde Paul Linde, Mitglied der KPD. Von 1934 bis zu seiner Verhaftung durch die Gestapo war er in der Maschinenfabrik Paul Fischer in Berggießhübel, einem der Vorgängerbetriebe des VEB Mikromat Dresden, beschäftigt. Dieser Betrieb ging aus einem im Jahre 1830 gegründeten Eisenwerk, das 1872 von der „Sächsischen Gußstahlfabrik“ in Döhlen bei Dresden gekauft wurde, hervor. Im Jahre 1928 wurde er von P. H. Fischer erworben. Nach dem Machtantritt der Faschisten im Zuge der einsetzenden Aufrüstung und der damit verbundenen Entwicklung des Werkzeugmaschinenbaus wurden in diesem Betrieb Werkzeugmaschinen produziert. Der Betrieb nahm in kurzer Zeit einen großen Aufschwung, und 1942 waren in ihm 243 Arbeiter und Angestellte beschäftigt.

Paul Linde wurde am 24. Februar 1884 in Hamburg geboren. Im ersten Weltkrieg mußte er „für Kaiser und Vaterland“ in der Kriegsmarine seinen Dienst tun. Nach der Novemberrevolution 1918 wurde er Mitglied der KPD. 1934 nahm er seine Arbeit in der Maschinenfabrik Fischer auf. Immer wieder versuchte er, seine Arbeitskameraden vom wahren Charakter des Faschismus zu überzeugen. Wegen „Wehrkraftzersetzung und Führerbeleidigung“ wurde er verhaftet und zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Im berühmten Konzentrationslager Sachsenhausen wurde er am 20. Februar 1942 von den Faschisten ermordet. [194]

Ebenfalls von den Faschisten ermordet wurde Richard Alwin Höntzsch aus der Elbe-Werke AG. Genosse Kurt Hose kann sich noch genau daran erinnern, daß eines Tages, es war der 27. Januar 1939, der Betrieb plötzlich von der SA umstellt wurde und SA-Schergen wenig später Alwin Höntzsch mit brutaler Gewalt in Handschellen abführten. Was für ein Mensch, welch unerschrockener Kämpfer gegen den Faschismus und für ein besseres Leben Alwin Höntzsch war, darüber berichtete der heute in Heidenau lebende Arbeiterveteran Albert Graf, der bis kurz vor dessen Ermordung mit ihm im KZ Sachsenhausen zusammen war. [195] Albert Graf ist Vorsitzender der Geschichtskommission

der örtlichen Arbeiterbewegung und ehemaliges Mitglied in der Widerstandsgruppe von Alwin Höntzsch.

Tief bewegt erzählte Albert Graf über den Genossen Alwin Höntzsch: Alwin Höntzsch wurde am 12. Juni 1894 in Wilmsdorf, Kreis Dippoldiswalde, geboren. Sein Vater war Eisenbahner. Er erlernte den Beruf eines Maschinenschlossers. Bereits mit 18 Jahren wurde er Mitglied des Metallarbeiterverbandes. Im ersten Weltkrieg mußte er als Matrose bei der Marine seine Haut für den Profit der Imperialisten zu Markte tragen. Hier kam er mit Genossen der Spartakusgruppe zusammen und wurde Mitglied dieser Gruppe. Nach der Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) im April 1917 trat er ihr bei. 1918 in Kiel stationiert, nahm er aktiven Anteil bei der Organisierung und Durchführung des Kieler Matrosenaufstands, der am 3. November 1918 begann und die Novemberrevolution in Deutschland einleitete. Aufgrund seiner revolutionären Haltung und seines leidenschaftlichen Auftretens gegen den imperialistischen Krieg wurde er in den Soldatenrat gewählt. Zurückgekehrt nach Heidenau, nahm er aktiven Anteil am Aufbau der neu gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands. In der Ortsgruppe Heidenau wurde er Hauptkassierer und übte diese Funktion bis zu seiner ersten Verhaftung, acht Wochen nach der Machtergreifung Hitlers, aus. Bis 1923 arbeitete er im Elektromotorenwerk Heidenau, dem heutigen Reifenwerk, und nachdem das Elektromotorenwerk Konkurs gemacht hatte, nahm er seine Arbeit in der Firma Rockstroh, dem heutigen VEB Polygraph, auf. In der Firma Rockstroh bildete er die erste Betriebszelle der KPD in diesem Betrieb und leitete diese. Alwin Höntzsch vertrat die Interessen der Arbeiterklasse auch als Stadtverordneter in Heidenau von 1926 bis 1933. Für ihn war seine revolutionäre Tätigkeit stets verbunden mit der Freude am Schönen, besonders mit seinem Wirken im Volkschor Heidenau. Nach dem Machtantritt der Faschisten ging Alwin Höntzsch sofort in die Illegalität und konnte sich somit der ersten Verhaftungswelle der Faschisten entziehen. Bei einem Besuch in seiner

Wohnung nach acht Wochen illegalen Aufenthalts wurde er jedoch am 7. Mai 1933 von SA-Schlägern verhaftet und in das KZ Hohnstein gebracht. Nach qualvollen Monaten wurde er ein Jahr nach seiner Verhaftung am 7. Mai 1934 aus der Haft entlassen.

Ungebrochen, mit noch größerem Haß gegen die faschistischen Bestien, schloß er sich der in Heidenau wirkenden Widerstandsgruppe Gebauer - Schemmel an und wurde Leiter einer Vierer-Gruppe. Dieser Gruppe gehörten weiter die Genossen Albert Graf, dessen Bruder Herbert Graf und Walter Reißmann an. Aufgaben dieser Vierer-Gruppe waren unter anderem die weitere ideologische Arbeit unter den Arbeitern des Betriebes, um diesen immer wieder den wahren Charakter des Faschismus zu erklären, das Sammeln von Geld zur Unterstützung für die Familien inhaftierter oder sich in der Emigration befindlicher Genossen, das illegale Verteilen von antifaschistischen Flugblättern und Geldsammlungen während des Spanienkrieges für die in Spanien kämpfenden Genossen und deren Familien. Alwin Höntzsch, der aufgrund seines illegalen Aufenthalts nach der Machtergreifung durch die Faschisten und seiner Verhaftung von der Firma Rockstroh entlassen wurde, fand nach seiner Haftentlassung Arbeit in der Elbe-Werke AG.

Durch Verrat eines Mitglieds der Widerstandsgruppe Gebauer - Schemmel, die im Gebiet Dohna-Heidenau etwa 200 Widerstandskämpfer umfaßte, begann mit der Verhaftung des Genossen Gebauer, der später im Gefängnis ermordet wurde, am 27. September 1938 die Festnahme aller der Widerstandsgruppe angehörenden Mitglieder.

Alwin Höntzsch wurde am 27. Januar 1939 von seiner Arbeitsstelle weg verhaftet. Der heute in Dohna lebende Rentner Max Kühnel, der wenige Tage vor der Verhaftung des Genossen Alwin Höntzsch noch ein Gespräch mit ihm hatte, berichtete davon, daß Alwin Höntzsch immer wieder von der Notwendigkeit der Schaffung der Einheit der Arbeiterklasse sprach. Alwin Höntzsch war fest vom Sieg des Sozialismus überzeugt, so sagte Max Kühnel, sich auf sein letztes Gespräch mit ihm beziehend. [196]

5 Oks 203 / 39
21. 59 / 39

Ausfertigung

Be sch l u ß
des Präsidiums
des 2. Strafsenats des Oberlandesgerichts Dresden
vom 4. Oktober 1939
in der Strafsache
gegen
den Maschinenschlosser
Alwin Richard H ö n t z s c h
aus Heidenau
und 2 andere

Heftsaache!

wegen Vorbereitung des Hochverrats.
Gemäß § 5 Abs. 2 des Artikels IV des Gesetzes zur Änderung von Vorschriften des Strafrechts und des Strafverfahrens vom 24. April 1934 (RGBl. I S. 541) wird die Hauptverhandlung angesetzt und Termin hierzu auf
Donnerstag, den 26. Oktober 1939, vorm. 9 Uhr
bestimmt.
Die Untersuchungshaft der Angeklagten wird unter Ablehnung der von den Angeklagten Höntzsch und Reißmann gestellten Haftaufhebungsanträge mit Rücksicht des Generalstaatsanwalts bei dem Oberlandesgericht Dresden vom 28. August 1939 zur Last gelegten Verbrechens der Vorbereitung des Hochverrats dringlich verurteilt - sind - und somit schon kraft Gesetzes (vgl. § 112 Abs. 2 Nr. 1 StPO) als fluchtverdächtig zu gelten haben - haben.

Frankfurt.
Ausgefertigt am 6. Oktober 1939.
Der Urkundsbeauftragte
Zustustellen: der Geschäftsstelle bei dem Oberlandesgericht Dresden.
Herrn Albert Graf,
Lehrer,
in Dresden
in Untersuchungshaft.

Beschluß zur Hauptverhandlung der Faschisten gegen Alwin Höntzsch

Nach seiner Verhaftung kam Alwin Höntzsch in das Polizeipräsidium, in die „Mathilde“, und in das Gefängnis Münchner Platz. Er wurde, so berichtete Genosse Graf und belegte das mit Dokumenten, mit noch zwei weiteren am Leben gebliebenen Mitgliedern seiner Vierer-Gruppe der Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt. Gemeinsam mit ihnen wurden die Genossen Albert Graf und Walter Reißmann angeklagt und verurteilt. Das Urteil gegen Alwin Höntzsch lautete auf zwei Jahre und neun Monate Zuchthaus. Er kam in das Zuchthaus Waldheim. Von dort kam er in das Elbelager Mühlberg, wo er schwerste Arbeit verrichten mußte.

Nach der Verbüßung der Zuchthausstrafe wurde er von der Gestapo in der Gestapohölle in Dresden, Bismarckstraße, grausamen Verhören unterzogen. Ohne ein neues Gerichtsverfahren wurde er von dort in das KZ Sachsenhausen verschleppt. „Hier sahen wir uns nach Jahren der

Trennung zum erstenmal wieder“, erzählte tief bewegt Genosse Graf. „Unser Kampfgeist war jedoch ungebrochen, und beide schworen wir auszuhalten, um - sollten wir jemals wieder lebend aus dieser Hölle herauskommen - gemeinsam am Aufbau eines neuen Lebens, an der Schaffung der Einheit der Arbeiterklasse mitzuarbeiten.“

Alwin Höntzsch blieb auch in dieser furchtbaren Zeit ungebrochen. Da er als standhafter und unbeugsamer Kommunist im Lager bekannt war, versuchte nicht einmal die politische Abteilung der SS im KZ, von ihm eine Erklärung zu bekommen, in der er auf jede politische Tätigkeit verzichtet und den faschistischen Staat anerkennt, um damit auf eine Entlassung rechnen zu können. Besonders nach dem heimtückischen Überfall der Faschisten auf die Sowjetunion war Genosse Alwin Höntzsch fest davon überzeugt, daß der Faschismus von der Sowjetunion endgültig zerschlagen wird.

Im KZ Sachsenhausen begann die SS im Dezember 1944, Vorbereitungen für die Evakuierung und Vernichtung der Häftlinge zu treffen. Alle Kranken und Häftlinge, die längeren Marschen nicht gewachsen zu sein schienen, wurden ausgesondert. Alle übrigen 40 000 Häftlinge sollten zur Ostsee marschieren, auf Schiffe verladen und versenkt werden. Dieses verbrecherische Vorhaben wurde jedoch dank des rasches Vormarsches der sowjetischen Truppen vereitelt.

Alwin Höntzsch, dessen Beinleiden sich durch die jahrelange Haft wesentlich verschlimmert hatte, wurde mit anderen Kampfgefährten, die ebenfalls nicht „marschfähig“ waren, auf LKW's verladen und in das KZ Bergen-Belsen transportiert. In Bergen-Belsen wurde Alwin Höntzsch mit vielen anderen aufrechten und standhaften Kommunisten und Antifaschisten im Februar 1945 von den Faschisten vergast.

Drei unerschrockene Kämpfer gegen den Faschismus, für Frieden und Freiheit, drei Mitglieder der KPD aus den Vorgängerbetrieben des heutigen VEB Mikromat Dresden gaben im Kampf gegen den schlimmsten Feind der Arbeiterklasse und aller friedliebenden Menschen ihr Leben. Ihr Vermächtnis wird heute im gesamten Betrieb in Ehren gehalten.

Auch in der Hille-Werke AG kämpften unerschrocken mutige Antifaschisten, voran die Mitglieder der illegalen KPD, gegen den Faschismus. Vielfach stellten sie ihren Mut, ihre Entschlossenheit, Unbeugsamkeit und Treue zur Partei unter Beweis und blieben auch in den Händen der faschistischen Bestien unbeugsam. So wurde sofort nach der Machtergreifung durch Hitler „Die rote Fahne“ im Betrieb durch die Mitglieder der KPD in Umlauf gebracht.

Eine wichtige Aufgabe in ihrem Kampf war es, zuverlässigen Arbeitskameraden immer wieder die Wahrheit zu sagen und vor allem mit Beginn des Krieges die Unzufriedenheit unter den Arbeitern gegen den imperialistischen Krieg zu verstärken. Die Antifaschisten sahen zum Beispiel in der bewußten Erhöhung des Krankenstands und dem damit organisierten Ausfall von Produktion eine Methode des Kampfes gegen Krieg und Faschismus, wie Genosse Karl Kraft, der nach 1945 im Auftrag der Partei zum Aufbau der Dresdner Verkehrsbetriebe eingesetzt wurde, sagte. Von 1937 bis 1941 stieg in der Hille-Werke AG der Krankenstand um fast das Doppelte an. Die Betriebsleitung war deshalb gezwungen, besonders scharfe Maßnahmen dagegen einzuleiten. So heißt es unter anderem in einem besonderen Auftrag: „Wir müssen versuchen, jedem zweifelhaften Krankenfall auf den Grund zu kommen, und die erforderlichen Maßnahmen treffen. Besonders scharf muß der ein bis drei Tage währenden Unpäßlichkeit ohne ärztliche Behandlung nachgegangen werden, denn gerade diesen leichten, oft nur fingierten, Erkrankungen fällt der größte Teil der Ausfalltage zum Opfer.“ [197]

Genosse Gorogranz, der während des Faschismus im Auftrag der KPD ständig illegale Arbeit leistete und den die Partei der Arbeiterklasse nach 1945 in verschiedene verantwortliche Funktionen der Partei und des Staatsapparats einsetzte, berichtete uns darüber. Er sagte, daß es für ihn und andere oft nicht einfach war, sich für einige Zeit ohne ernsthafte Beschwerden krank schreiben zu lassen. Aber indem man sich auf einen zugigen Arbeitsplatz oder auf nicht sofort feststellbare Schmerzen berief, war das hin und wieder möglich.

Die Faschisten sahen im Ansteigen des Krankenstands, der sich in der Zeit von 1937 bis 1941 von 5,5 auf 10 Prozent erhöhte, nicht nur die Auswirkung der immer schlechteren Ernährung und des erhöhten Arbeitstempos. Der damalige Betriebsleiter Vogel stellte fest, daß „etliche pflichtvergessene Gefolgschaftsmitglieder zu periodischen Einlagen von Krankfeiertagen oder -wochen übergehen“. Er schlug deshalb der Betriebsleitung vor, diesen „Leuten die Tatsache beizubringen, daß wir uns seit zweieinhalb Jahren im Krieg um Sein oder Nichtsein befinden“ [198].

Er drohte den Arbeitern nicht nur, sondern setzte willfährige faschistische Ärzte ein. Zum anderen versuchten die Faschisten aber, das tatsächliche Ausmaß des Krankenstands wegen seiner demoralisierenden Wirkung zu verheimlichen. Das kommt unter anderem in einem Schreiben der Kreisleitung der DAF Dresden vom 7. Mai 1942 zum Ausdruck, worin nachdrücklich darauf hingewiesen wurde, daß aufgrund einer Anordnung von dem faschistischen Führer Ley untersagt war, statistische Erhebungen über den Krankenstand durchzuführen. Dies war nur mit einer besonderen Genehmigung gestattet. [199]

Eine weitere Methode im Kampf gegen den imperialistischen Krieg war die Leistungszurückhaltung bei vielen Arbeitern, um zu erreichen, daß dringend benötigte Maschinen für die Rüstung nicht so schnell fertiggestellt wurden. So bestätigte der Genosse Karl Kraft, daß eine Reihe von Arbeitern der Hille-Werke AG während des Krieges, darunter der Schaber Fröhlich, Mitglied der KPD, und der Arbeitsverteiler Böttger, auch andere zum Langsamarbeiten beeinflussten.

Auch Genosse Gorogranz schilderte, wie er und sein Ablöser an zwei Maschinen Ständer bohrten. Bewußt haben sie dabei die Normzeiten trotz ständiger Überprüfungen so hoch gehalten, daß die Bearbeitung wesentlich verzögert wurde. Vor allem, so sagte er, haben wir auch immer wieder versucht, viel Ausschuß herzustellen. So wurden zum Beispiel Kugellagersitze nur in solcher Qualität ausgeführt, daß sie die Kontrolle überstanden, aber bei längerem Betrieb

Ausfall eintreten mußte. Eine solche bewußte Verzögerung bzw. mangelhafte Arbeit leisteten auch das Mitglied der illegalen KPD, Wuschig, das später zu den 999ern (Strafbataillon der faschistischen Wehrmacht) eingezogen wurde, und der parteilose Kollege Feuber.

Auch in der Elbe-Werke AG führten die bewußtesten Arbeiter vielfach Sabotage an der kriegswichtigen Produktion durch. So berichteten die Genossen Hose und Arnold, wie sie und einige andere Zahnräder verkehrt eingebaut haben und daß auch oftmals Sand in fertige Maschinen gestreut wurde. Genosse Henke erinnerte sich daran, wie nach 1945 in einer Versammlung der Genosse Pfanne darüber berichtete, daß zum Beispiel Pflaumenkerne in die Hydraulik getan wurden, um die Funktionsfähigkeit der Maschinen wesentlich zu beeinträchtigen.

Da es ohnehin auf vielen Gebieten, wie zum Beispiel in der Bereitstellung von Werkzeugen und Hilfsmaterialien, mangelte, wurden Ausfallzeiten bewußt vergrößert, die Wegezeiten für Beschaffung von Material und anderen Dingen verlängert. Aus umfangreichem Schriftwechsel der Hille-Werke AG geht hervor, daß es immer wieder zu Schwierigkeiten bei der termingerechten Auslieferung, besonders für die Kriegsproduktion wichtiger Maschinen, kam. [200]

So wurde zum Beispiel der Firma Otto Bark in Dresden, die besonders wichtige Rüstungsaufträge zu erfüllen hatte, von der Hille-Werke AG bis Ende Mai 1941 die Lieferung einer Senkrecht-Schnellauf-Revolver-Drehmaschine und von vier Hochleistungsbohrmaschinen BN 16 zugesichert. Die Auslieferung war jedoch trotz im Juni erfolgter Mahnung des Kommandos des Rüstungsbetriebes Dresden erst im August und September möglich geworden. [201]

Die Betriebsleitung der Hille-Werke AG führte stärkere Kontrollmaßnahmen ein, um die volle Ausnutzung der Arbeitszeit zu erreichen, da, wie es in einer vertraulichen Weisung hieß, viele Arbeitsstunden für die produktive Arbeit gewonnen werden können, „die bisher durch nutzlose Unterhaltungen und Laufereien verloren gingen“. Durch das Einführen einer Öl- und Fettkarte sollte unter strengsten Kontrollmaßnahmen ebenfalls der Produktionsausfall vermieden wer-

den. In der genannten vertraulichen Weisung heißt es deshalb auch: „Um zu verhindern, daß durch zeitweiliges Fehlen von Fett, Öl usw. Störungen in den Betrieb kommen, muß der Verbrauch jedes einzelnen Mannes kontrolliert werden. Jedem produktiven Arbeiter ist eine Öl- und Fettkarte auszuhändigen. Die Karten werden jeden Monat vom Meister eingesammelt und nachgeprüft.“ [202]

Große Hilfe und Unterstützung bekamen die Antifaschisten und illegalen Widerstandsgruppen vor allem durch das Abhören ausländischer Sender. Trotz strikten Verbots durch die Nazis wurden die Meldungen der ausländischen Sender im Betrieb verbreitet und ließen, vor allem in den letzten Kriegsjahren, viele die wirkliche Lage erkennen. Genosse Rudi Stephan, Mitglied der illegalen KPD, erzählte, wie er zum Beispiel Sendungen des Moskauer Rundfunks abhörte und an zuverlässige Arbeitskameraden weiterverbreitete. Der Genosse Karl Kraft berichtete, wie sie mit Hilfe des Dolmetschers Kupertzky Informationen über die Lage an der Ostfront auch an die sowjetischen Zwangsarbeiter weitergaben. Genosse Stephan und Genosse Gorogranz erzählten, daß ihnen und anderen Antifaschisten vor allem die Sendungen aus der Sowjetunion in ihrem gefährvollen Kampf halfen. Die von Moskau ausgestrahlten Rundfunksendungen der Kommunistischen Partei Deutschlands gaben eine politisch klare Orientierung, oft Anweisungen für den organisierten Aufbau von Widerstandsgruppen und für Sabotage, vor allem aber auch objektive Nachrichten über die Kriegsergebnisse. Genosse Gorogranz schilderte, wie er zum Beispiel die Nachrichten des Senders Moskau, die Sendungen des vom Nationalkomitee Freies Deutschland geleiteten Senders „Freies Deutschland“ dem Zwangsarbeiter Wassil Sergejeff übermittelte und dabei von Iwan Awripenko unterstützt wurde. Unter großen Gefahren ermöglichte er es auch, daß Wassil Sergejeff bei ihm in der Wohnung die Sendungen des Moskauer Rundfunks direkt in russischer Sprache abhören konnte. Genosse Gorogranz schätzte die Bedeutung dieser Sendungen für den illegalen Kampf außerordentlich hoch ein.

Wie die Nazis brutal gegen jeden vorgingen, der

sich im Betrieb des Widerstands gegen den Faschismus verdächtig machte, wird an dem Beispiel der KPD-Mitglieder Arthur Laufer und Rudi Stephan, der SPD-Mitglieder Otto Scheinpflug und Rudi Richter und des parteilosen Kollegen Heinemann deutlich.

In die Hille-Werke AG 1935 zwangsverpflichtet, machte Genosse Laufer aus seiner Einstellung zum Faschismus keinen Hehl. Sein Auftreten im Betrieb wurde von den Faschisten zum Anlaß genommen, ihn am 29. Januar 1941 für wehrunwürdig zu erklären. Diese Tatsache nahm der damalige Direktor Böhme zum Anlaß, ihn zu entlassen und der Gestapo zu übergeben. Direktor Böhme äußerte sich am 10. März 1941: „Ich habe Ihnen nichts weiter zu sagen, als daß Sie mit sofortiger Wirkung entlassen sind. Sie haben in einem Wehrwirtschaftsbetrieb nichts mehr zu tun.“ [203] Im Polizeipräsidium wurden dem Genossen Laufer beim Verhör die Backenzähne eingeschlagen. Seine Schwester, von der Gestapo nach Auschwitz verschleppt, wurde, wie viele andere Kommunisten und Antifaschisten, in den Gaskammern umgebracht. [204]

Auch der Weg des Genossen Rudi Stephan, nach 1945 im Betrieb als Technologe tätig, zeigt, wie die Nazis jeden, der sich ihnen in den Weg stellte, mundtot zu machen versuchten. Am 30. Januar 1933 wurde Rudi Stephan als Mitglied der KPD von der Gestapo verhaftet und sechs Wochen lang mit vielen anderen seiner Leidensgenossen im Dresdner Volkshaus verhört und brutal geschlagen. Wegen illegaler Zugehörigkeit zum Roten Frontkämpferbund und zur „Roten Hilfe“ wurde er am 16. Februar 1934 bereits zum zweiten Mal verhaftet und in der berüchtigten „Mathilde“ fünf Monate in Untersuchungshaft gehalten. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis nahm Genosse Stephan seine Arbeit in der Hille-Werke AG als Schaber auf. Er wurde von dem Nazi Keithel bei der Gestapo angezeigt, weil er den faschistischen Gruß nicht erwiderte und sich gegen den Führer der Deutschen Arbeitsfront aussprach. Genosse Stephan äußerte sich über seine Vernehmung bei der Gestapo: „Man fragte mich nicht mehr, sondern erzwang die Antworten durch Schläge. Für sie war

ich nur noch ein ‚Kommunistenschwein‘, das eine menschliche Behandlung nicht wert war. Es stand nicht mehr der betriebliche Zwischenfall im Vordergrund, sondern die illegale Zugehörigkeit zur KPD und zum Roten Frontkämpferbund. Mit brutalen Vernehmungsmethoden versuchte die Gestapo, Namen und Verbindungen aus mir herauszupressen. Alle ihre Bemühungen, auch ihre Schläge, blieben ohne Erfolg. Ich wurde dem Sondergericht Freiberg überwiesen, das mich aufgrund des Heimtückegesetzes wegen Aufstellung unwahrer Behauptungen, die das Ansehen des nationalsozialistischen Staates schädigen, und wegen Nichtanwendung und Verächtlichmachung des ‚Deutschen Grußes‘ zu acht Monaten Gefängnis verurteilte.“ [205]

Rudolf Richter, nach 1945 im Betrieb als Hobler tätig, wurde im Juli 1933 aufgrund seiner illegalen Tätigkeit gegen den Faschismus verhaftet. Er kam zuerst, wie viele andere, in das Volkshaus in Dresden, dann in die „Mathilde“ und in das Gefängnis Münchner Platz. In einem Prozeß wurde er zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt und kam in das Zuchthaus Bautzen. Die Faschisten konnten ihn trotz brutaler Behandlung nicht dazu bringen, die Sache der Arbeiterklasse zu verraten. Nach 1945 war er einer der Aktivisten der ersten Stunde, baute im Elbe-Werk die Parteiorganisation mit auf und war in seinem Heimatort, in Dohna, Gemeindevertreter.

Auch der Genosse Otto Scheinpflug, nach 1945 lange Jahre als Operativtechnologe im VEB Feinstmaschinenbau tätig, stand als Mitglied der SPD an der Seite der Genossen der KPD und teilte mit ihnen ihren Kampf und ihre Leiden. Seit seiner Jugend war Otto Scheinpflug in der SPD organisiert und wurde 1933 beim Machtantritt Hitlers in „Schutzhaft“ genommen. Da er sich nach seiner Entlassung weiter an der illegalen Arbeit beteiligte, wurde er im November 1933 erneut verhaftet und wegen Hochverrats verurteilt. 1936 nahm Genosse Scheinpflug seine Arbeit in der Hille-Werke AG auf. Am Tag des Attentats auf Hitler, am 20. Juli 1944, wurde er wieder verhaftet. 18 Monate verbrachte der Genosse Scheinpflug während der Hitlerzeit hinter Kerkermauern. [206]

Auch der parteilose Kollege Heinemann, der während einer Rede von Hitler, die durch den Rundfunk übertragen wurde und zu der die Betriebsführung einen Gemeinschaftsempfang organisiert hatte, äußerte, „jetzt kriegen wir das Gequatsche auch noch bezahlt“ [207], wurde bereits eine Stunde später vom Arbeitsplatz weg von der Gestapo verhaftet.

Der Kampf aller antifaschistischen Widerstandskämpfer in der Hille-Werke AG, im Betrieb Großmann, im Betrieb Fischer und in der Elbe-Werke AG ist eine hervorragende Seite des Ruhmes der Arbeiter während der dunklen Zeit des Faschismus. Ihr Kampf sollte besonders der Jugend zeigen, daß der Faschismus und Imperialismus, gleich mit welchen grausamen Methoden er versucht, den Kampf der Völker zu unterdrücken, niemals in der Lage ist, den Widerstand der Arbeiter gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu brechen.

Im Kampf gegen den Hitlerfaschismus in Deutschland war es vor allem die KPD, die ihre Treue zum proletarischen Internationalismus, für die Interessen der Arbeiterklasse und der deutschen Nation mit den größten Opfern besiegelte. Von den rund 300 000 Mitgliedern der KPD im Jahre 1933 wurden während der Zeit des Faschismus etwa 150 000 verfolgt, eingekerkert oder in Konzentrationslager eingeliefert. Zehntausende wurden ermordet [208], unter ihnen die Genossen Georg Schilling, Paul Linde und Alwin Höntzsch.

Das Ende der faschistischen Barbarei

Der vom imperialistischen, faschistischen Deutschland angezettelte zweite Weltkrieg ging unter den Schlägen der Sowjetunion und der Völker der Antihitlerkoalition dem Ende entgegen. Dieser Krieg forderte von den Völkern der Welt ungeheure Opfer. 50 Millionen Tote waren zu beklagen, 35 Millionen waren kriegsversehrt. Die Sowjetunion, die den Hauptanteil am Sieg der Staaten der Antihitlerkoalition über den Block der faschistischen Länder leistete, verlor 20 Millionen Menschen. Das deutsche Volk verlor rund 6 Millionen Menschen, 8 Millionen

Menschen verschiedener Nationalität wurden von den Nazis in den Konzentrationslagern und Vernichtungsstätten ermordet. [209]

Von der Belegschaft der Hille-Werke AG verloren 75 Belegschaftsmitglieder allein in der Zeit von September 1941 bis Dezember 1944 in diesem sinnlosen, von den Faschisten angezettelten Krieg ihr Leben. Da diese Angaben aus den in den Hille-Werksmitteilungen veröffentlichten Todesanzeigen stammen, ist zu schlußfolgern, daß die Gesamtzahl der im Krieg Gefallenen wesentlich größer ist, da in dieser Zahl nicht die „vermißten“ Belegschaftsmitglieder mit enthalten sind, von denen viele auf den Schlachtfeldern des faschistischen Krieges ihr Leben einbüßten. Die Hille-Aktionäre und ihre Gehilfen im Vorstand und in der Betriebsleitung versuchten bis zum letzten Tag, ihr „großes Geschäft“ aufrechtzuerhalten. Fast jeder dritte Mann war unter Androhung von Strafe, Verlust der Arbeitsstelle oder Versetzung zur Front gezwungen, sich im Werklufschutz für die Erhaltung des Eigentums der Aktionäre einzusetzen. [210]

Zur „Hebung der Moral“ wurden vom Faschismus verblendete Betriebsangehörige dazu mißbraucht, sich mit Durchhalteparolen an die Belegschaft zu wenden und sie aufzufordern, ihr Letztes zu geben. So schrieb in der letzten Nummer der „Werksmitteilung“ der Kollege Heinz Berger in seinem Feldpostbrief unter anderem: „Die Kämpfe lassen uns kaum zur Ruhe kommen, heute jedoch muß ich mir einmal die Zeit nehmen. Wir Soldaten im Osten wissen genau, daß dem Iwan die Stunde bald schlagen wird, und er wird weichen müssen. Jetzt sind wir es, die zurückgehen, bald wird es anders sein...“ [211] Der barbarische Bombenangriff der Anglo-Amerikaner, für den Kriegsausgang völlig ohne Bedeutung, der am 13. Februar 1945 mit einem Inferno über Dresden hereinbrach, beschädigte auch Teile der Hille-Werke AG. Die Bomben zerstörten das Verwaltungs- und Konstruktionsgebäude, die Elektrowerkstatt, das Labor und einen Teil der Schleiferei. Vier Kollegen, davon eine sowjetische Zwangsarbeiterin, kamen bei diesem Angriff ums Leben. Insgesamt entstand ein Schaden von etwa 600 000 Mark. [212] Letzte Versuche wurden unternommen, um die

Rüstungsproduktion weiter zu steigern. Nachdem bereits 1943 die Fertigung von Ventiltteilen für Torpedos, Produktion für die Kriegsmarine, im Betrieb Johann-Friedrich Casparie, Tuchfabrik GmbH Großenhain, unter der Tarnbezeichnung „Teller-Werk Casparie“ aufgenommen worden war, [213] wurden weitere Möglichkeiten zur Verlagerung der Kriegsproduktion gesucht. Folgende Betriebe wurden dabei für die Vergrößerung der Rüstungsproduktion genutzt: Ziegelei H. Richter, Gostritz; Dampfziegelwerk Hans Pagel, Lockwitz; Spinnerei J. H. Rabe & Co., Löbau; Firma C. G. Rudolf, Neugersdorf; Firma Edwin Reiche & Becker, Dresden-Reick. [214] Als Ende 1944 die Bevölkerung nicht mehr mit Fisch versorgt werden konnte, kam auch dieser Umstand der Betriebsleitung der Hille-Werke AG zugute, und in der Fischverkaufsstelle „Nordsee“ wurde eine Montage für Serienteile eingerichtet. [215]

Die Produktion von Flugzeugteilen wurde ebenfalls in den letzten Monaten des Krieges aufgenommen. Dazu richtete man in der Druckerei Enderlein in Leuben, in der Ofenfabrik Coswig und in Meißen Fertigungsstätten ein. Durch den Einmarsch der Roten Armee in Dresden kam es jedoch nicht mehr zum Produktionsausstoß dieser Teile. [216]

Neben den Schwierigkeiten in der Produktion gab es auch Komplikationen in der Finanzierung. In einem Schreiben der Commerzbank Dresden vom 27. April 1945 an die Direktion der Hille-Werke AG heißt es unter anderem: „Durch kriegsbedingte Umstände, insbesondere Unterbrechung der Verbindung mit der Reichshauptstadt, ist die Reichsbank zur Zeit nicht in der Lage, die für die Befriedigung des Geldbedarfs erforderlichen Barmittel zur Verfügung zu stellen. . . . In dieser Lage können wir die Barauszahlungen nicht mehr in dem bisherigen Umfang aufrechterhalten. . . . Unter Umständen wird sich in dieser Lage nicht vermeiden lassen, daß die Gehälter und Löhne in Raten zur Auszahlung gebracht werden.“ [217]

In einem am selben Tag an die Commerzbank gerichteten Antwortschreiben, Aktenzeichen Dr. E./4, heißt es unter anderem: „Wir haben natürlich volles Verständnis für Ihre augenblicklichen

Schwierigkeiten. . . . Wir wären Ihnen also dankbar, wenn Sie für die nächsten Wochen eine Bargeldbeschaffung von RM 25 000 pro Woche für Lohngelder sicherstellen würden. Bezüglich der Höhe dieser Lohngelder weisen wir darauf hin, daß, trotzdem die Produktion nur noch in kleinstem Umfang weitergeht, der Lohnanfall annähernd gleich geblieben ist, da die bei den verschiedensten Schanzaktionen eingesetzten Gefolgschaftsmitglieder nach wie vor von uns entlohnt werden müssen. Im übrigen dürfte wohl damit zu rechnen sein, daß die Schwierigkeiten in der Verbindung mit der Reichsbank doch noch einige Zeit bestehen und dann früher oder später doch ein Ausweg durch Druck eines Notgeldes für den hiesigen Raum gesucht werden muß. In diesem Zusammenhang erlauben wir uns, darauf hinzuweisen, daß wir eine sehr leistungsfähige Hausdruckerei haben, die noch voll in Takt ist und erforderlichenfalls schnellstens für den Druck von Notgeld eingesetzt werden könnte.“ [218]

Dieser Brief zeigt, daß noch in den letzten Tagen des Krieges, da der Untergang des Faschismus unabwendbar war, die nazistische Führung der Hille-Werke AG nicht nur Arbeiter zum Bau von Verteidigungsanlagen abstellte, sondern auch mit solchen untauglichen Mitteln wie dem Druck von Notgeld versuchte, die Niederlage weiter hinauszuzögern.

Aber auch die faschistische Betriebsleitung der Hille-Werke AG konnte an der gesetzmäßigen Niederlage des Faschismus nichts ändern. Doch getreu ihren menschenfeindlichen Prinzipien, wollte sie durch Zerstörung der wichtigsten Maschinen und durch Sprengung der Werkhallen nichts in die Hände der Roten Armee kommen lassen. Vor Einmarsch der Roten Armee in Dresden sollte das Werk in die Luft gesprengt werden.

Die faschistische Betriebsführung stellte einen Zerstörtrupp zusammen, der bereits den Befehl hatte, durch Ausbau von wichtigen Teilen aus den Maschinen bzw. durch Sprengung die Maschinen und Anlagen des Betriebes unbrauchbar zu machen. Diesem Zerstörtrupp gehörten neben Mitgliedern der NSDAP auch solche Betriebsangehörige wie Robert Richter, Otto Schein-

pflug, Hans Kunze und Erich Peipe an. Da die letzteren nicht selbst ihren eigenen Arbeitsplatz unbrauchbar machen wollten, verzögerten sie trotz der damit verbundenen Gefahr die Vernichtung der Maschinen.

Es war aber vor allem der rasche Einmarsch der Roten Armee in Dresden, der diesen teuflischen

Plan der faschistischen Betriebsführung nicht mehr zur Ausführung kommen ließ. [219] Mit dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in Dresden endete auch für die Belegschaft der Hille-Werke AG, der Elbe-Werke AG und des Betriebes H. Großmann die finsterste Zeit der faschistischen Barbarei.

Nach der Befreiung

Nach der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus herrschte ein unvorstellbares Chaos in Deutschland. Der vom Hitlerfaschismus entfesselte zweite Weltkrieg hatte mit voller Wucht das deutsche Volk selbst getroffen.

In diesem Krieg, der von den Völkern der Welt etwa 50 Millionen Tote und 35 Millionen Kriegsversehrte gefordert hatte, ließen etwa 6 Millionen deutsche Menschen ihr Leben. 36.600 deutsche Antifaschisten, davon über die Hälfte Kommunisten, wurden in den Konzentrationslagern ermordet. Die materiellen Verluste betragen etwa 200 Milliarden Mark. [220]

Genosse Arno Schimang sagte über diese Zeit nach der Befreiung Dresdens durch die Sowjetarmee: „Als die sowjetische Armee Dresden von der faschistischen Bestie befreit hatte, war es uns, als würde die Zeit stillstehen, wir konnten es noch gar nicht fassen, daß dieser furchtbare Krieg zu Ende war. Niemand brauchte mehr angstvoll darauf zu warten, daß ihm die Nachricht vom Tode eines seiner nächsten Angehörigen überbracht wurde. Noch oft schreckten wir nachts aus dem Schlaf und lauschten, ob nicht doch Sirenen Tod und Verderben ankündigen. Schrecklich sah unsere schöne Heimatstadt Dresden aus. Der am 13. Februar 1945 durchgeführte sinnlose anglo-amerikanische Terrorangriff hatte die Stadt in ein unüberschaubares Trümmerfeld verwandelt. Noch immer lagen unzäh-



Blick auf Dresden vor dem 13. Februar 1945

lige Leichen unter den Trümmern begraben. Auch meine Wohnung war mit unserer ganzen Habe in Schutt und Asche versunken, und wir konnten nur unser nacktes Leben retten.

Angesichts dieser uns vom Faschismus hinterlassenen Trümmer wußten wir nicht, wie es weitergehen sollte. Die Ideologie des Faschismus und Imperialismus war nicht spurlos an uns vorübergegangen, und viele Menschen verharren in Depression und Hoffnungslosigkeit. Es gab in Dresden weder Wasser, Gas noch Strom, und keine Straßenbahn bewegte sich auf den Straßen. Es waren die Befehle der sowjetischen Militäradministration (SMAD), die uns halfen, ein neues Leben in Frieden wieder in Gang zu brin-

gen. Sahen wir am Anfang die Befehle der SMAD nur als Ausdruck der Gewalt des Siegers an, so wurde uns, je aktiver wir uns selbst in den Aufbau einreichten, immer bewußter, welche große Rolle die Befehle für die Interessen der Arbeiter und aller Menschen spielten.

Angeführt von den Aktivisten der ersten Stunde, den Kommunisten und vielen Sozialdemokraten, an ihrer Spitze solche Genossen wie Hermann Matern und Otto Buchwitz, begann unter tatkräftiger Hilfe der sowjetischen Genossen langsam wieder das Leben in Dresden zu pulsieren.“ Es waren, so wie im gesamten von der sowjetischen Armee befreiten Gebiet Deutschlands, auch in Dresden die sowjetischen Menschen im



Blick auf Dresden nach dem anglo-amerikanischen Bombenangriff vom 13. Februar 1945 im Jahre 1949



Blick auf Dresden im Jahre 1968

Schwerer Anfang – Baustelle Altmarkt
und Grunaer Straße



Soldatenrock, die der Bevölkerung halfen, das vom Faschismus hinterlassene Chaos und die Hoffnungslosigkeit zu überwinden. Bereits Anfang Mai 1945 hatte die sowjetische Heeresleitung eine Erklärung mit folgendem Inhalt erlassen: „Wohl haben wir die Hitlerarmee in schweren Kämpfen zertrümmert und Teile Deutschlands besetzt, doch lassen es unsere Moral wie auch unsere Traditionen nicht zu, Not und Leiden der friedlichen deutschen Bevölkerung gleichgültig mit anzusehen.“ [221]

In Dresden wie in vielen anderen Städten der damaligen sowjetischen Besatzungszone wurde diese Erklärung verwirklicht, indem die Bevölkerung aus Feldküchen und aus Beständen der sowjetischen Armee Lebensmittel erhielt. Allein in Berlin wurden in der Zeit vom 10. Mai bis 1. August 1945 von sowjetischen Behörden an die Bevölkerung geliefert: 58 771,2 t Mehl, 11 015,9 t Grütze, 8 199,6 t Fleisch, 2 116,2 t Fett, 97 589,6 t Kartoffeln, 3 527,2 t Salz, 5 221,3 t Zucker, 161,6 t Tee, 382,6 t Bohnenkaffee und 804,7 t Kaffee-Ersatz. [222]

Die ersten Befehle der SMAD erklärten nicht nur die NSDAP und all ihre Gliederungen als aufgelöst und unterbanden jegliche faschistischen Umtriebe, sondern sie waren vor allem auf den Neuaufbau gerichtet und darauf, das wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen und demokratischen Kräften überall Verantwortung zu übertragen. [223]

Bereits in der zweiten Hälfte des Monats Mai 1945 begannen Antifaschisten, an ihrer Spitze Kommunisten und Sozialdemokraten, denen bald viele Bürger Dresdens folgten, mit der Beseitigung der Trümmer und der Aufnahme der Produktion in den wichtigsten Betrieben.

Am 5. Juni 1945 konnten die Dresdner Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke täglich wieder 80 700 cbm Gas, 291 000 kWh Strom und 95 900 cbm Wasser liefern. Auch die Straßenbahn hatte ihren Betrieb auf einer Strecke von 121 km wiederaufgenommen und beförderte täglich 250 000 Fahrgäste. [224]

In allen vier kapitalistischen Vorläuferbetrieben des VEB Mikromat Dresden, der Hille-Werke AG, der Elbe-Werke AG, dem Betrieb H. Großmann und dem Betrieb P. H. Fischer, fanden

sich die meisten Beschäftigten an ihrem Arbeitsplatz ein, um die Produktion wiederaufzunehmen. Am 14. Mai 1945 hatten in der Hille-Werke AG 100 Belegschaftsangehörige ihre Arbeit wiederaufgenommen. Ihre Zahl erhöhte sich bis Anfang Juni auf 1 000. [225]

Nachdem mit dem Befehl Nr. 2 der SMAD vom 10. Juni 1945 die Bildung antifaschistisch-demokratischer Parteien und freier Gewerkschaften gestattet wurde, [226] wurden auch in den vier Vorläuferbetrieben Betriebsräte gebildet, und es wurde mit dem Aufbau der Gewerkschaftsorganisationen begonnen. Vorsitzender des Betriebsrates wurde in der Hille-Werke AG der Genosse Otto Scheinflug.

Wie sah es unmittelbar nach dem 8. Mai 1945 in den vier Vorläuferbetrieben aus?

Die Hille-Werke AG hatte nur unbedeutenden Schaden durch die anglo-amerikanischen Luftangriffe erlitten. Die Leitung des Betriebes hatte der 1943 in den Vorstand der Hille-Werke AG eingetretene Dr. Eisele. Nicht wieder im Betrieb erschienen allerdings diejenigen, deren Schuldkonto so groß war, daß sie sich noch vor dem Einrücken der sowjetischen Truppen in Dresden absetzten. Es gab auch Menschen, bei denen die jahrelange faschistische Propaganda, der Antikommunismus, wirkte und die als einzige Möglichkeit des Überlebens die Flucht nach dem Westen sahen.

In der Elbe-Werke AG hatte nach wenigen Tagen ebenfalls die Mehrzahl der Belegschaft die Arbeit wiederaufgenommen. Sie begannen mit den noch vorhandenen Materialien die Maschinen fertigzustellen. Der Betrieb wurde weiterhin vom Betriebsleiter R. Scheibe geleitet.

Der Betrieb H. Großmann wurde sofort nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in Dresden von diesen besetzt, da es auch für die sowjetischen Genossen kein Geheimnis war, welche Rolle der Nazi Großmann während der Zeit des Faschismus gespielt hatte. Großmann hatte sich bereits am 17. April 1945 mit seiner Familie nach Sosa im Erzgebirge in sein Zweigwerk verzogen, da ihm der Aufenthalt in Dresden zu unsicher geworden war.

Der von den bewußten Kollegen des Betriebes gewählte Betriebsrat, dessen Vorsitzender ein



Dresden – Altmarkt vor der Zerstörung

Arbeiter, der Kollege Ludwig, war, hatte alle Belegschaftsangehörigen aufgefordert, wieder im Betrieb zu erscheinen und die Arbeit aufzunehmen.

Genosse Helmut Opitz erinnerte sich noch daran, wie sich etwa 60 Arbeiter unmittelbar nach Pfingsten 1945 im Betrieb einfanden. Ihre erste Aufgabe bestand darin, die Straßen wieder befahrbar zu machen und die Bombentrichter zuzuschütten. Wenig später wurde mit dem Aufräumen des Betriebsgeländes begonnen. Beim Terrorangriff am 13. Februar 1945 war das Werk 2, Ecke Nürnberger und Zwickauer Straße, völlig zerstört, das Zweigwerk 3 auf der Bamberger Straße in den oberen Etagen völlig ausgebrannt, und auch das Hauptwerk auf der Chemnitzer Straße (jetzt F.-C.-Weißkopf-Straße) war in den oberen Stockwerken ausgebrannt. Bei einem weiteren Bombenangriff am 17. April 1945 wurde das Hauptwerk erneut getroffen und das gesamte Verwaltungsgebäude vernichtet. Ende Mai, Anfang Juni, so schilderte Genosse Helmut Opitz, erschien plötzlich wieder Großmann im Betrieb. Seine erste wesentliche Handlung bestand darin, der gesamten Belegschaft zu kündigen und nur etwa 20 Kollegen wieder einzustellen. Der Betriebsrat, sich seiner Kraft noch nicht bewußt, unternahm keine Anstrengungen, die Belegschaft gegen diese Willkür des Nazis Großmann zu schützen. Um sich bei den neu eingestellten Arbeitern lieb Kind zu

machen, führte Großmann nach deren Wiedereinstellung im Luftschuttkeller des Betriebes eine Versammlung durch, versprach, den Betrieb wiederaufzubauen und ihn in eine Kommanditengesellschaft umzuwandeln. „Mit welcher Unverfrorenheit Großmann vorging“, sagte Genosse Helmut Opitz, „das bewies auch, daß er sofort einige ihm hörige Leiter beauftragte, genau die entstandenen Kriegsschäden festzustellen, da er die Absicht hatte, eine entsprechende Entschädigung zu fordern.“ [227]

In der Folgezeit spürte jedoch Großmann immer mehr, daß die Zeit nicht mehr fern war, wo man von ihm Rechenschaft verlangte. Bei Nacht und Nebel ging er wenig später nach Holland und gründete mit seinem im Ausland angelegten Guthaben einen neuen Betrieb. Über den vorerst in Dresden verbliebenen Prokuristen Winkler versuchte er mit viel Versprechungen auch einige Arbeiter zu veranlassen, nach Holland zu gehen. Jedoch nur wenige ließen sich dazu verleiten.

Noch vor dem Ende des Krieges, vom 4. bis 11. Februar 1945, hatte in Jalta die Konferenz der Regierungschefs Großbritanniens, der UdSSR und der USA stattgefunden. Dabei war der Plan für die endgültige Niederwerfung des faschistischen Deutschlands festgelegt, und auf Vorschlag der UdSSR waren die grundsätzlichen



Dresden – Altmarkt mit Kulturpalast 1971

Bestimmungen über die Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands angenommen worden. Es wurde beschlossen, daß Deutschland den Schaden, den es anderen Ländern zugefügt hatte, wiedergutmachen sollte. Die berechtigten Ansprüche Frankreichs betragen 21,143 Milliarden Dollar, die Großbritanniens 6,383 Milliarden Dollar, die der USA 1,267 Milliarden Dollar und die der UdSSR 128 Milliarden Dollar.

Auf dieser Konferenz kam es zwischen den Delegationen der UdSSR und der USA zu der Vereinbarung, die Gesamthöhe der von Deutschland zu leistenden Reparationssumme nur auf 20 Milliarden Dollar festzulegen, wobei die UdSSR 50 Prozent erhalten sollte. [228]

Diese Reparationen sollten in Form von Demonstrationen, Beschlagnahme der Auslandsguthaben, Besatzungskosten, Entnahme aus laufender Produktion und Nutzung von deutschen Arbeitskräften geleistet werden. Dabei waren diese Reparationen vor allem darauf gerichtet, das deutsche Kriegspotential zu vernichten. [229] Da alle vier kapitalistischen Vorgängerbetriebe entscheidend zur Verstärkung der Kriegsproduktion beigetragen und sich deren Besitzer dabei bereichert hatten, sollten alle vier Betriebe von der Sowjetunion demontiert werden.

Am 28. Juni 1945 informierte Oberst Piankow von der sowjetischen Kommandantur in Dresden die Betriebsleitung der Hille-Werke AG, daß der Betrieb demontiert und nach Sterlitamak am Ural in die Werkzeugmaschinenfabrik „Lenin“ verlagert wird. [230] Auch in den anderen Betrieben begann die Demontage. Viele ursprünglich für die Demontage vorgesehene Betriebe wurden in sowjetische Aktiengesellschaften (SAG-Betriebe) umgewandelt. Bereits im Herbst 1946 ging ein Teil davon in Volkseigentum über. [231]

Von Seiten der sowjetischen Militärbehörden gab es Vorstellungen, die demontierten Betriebe wiederaufzubauen, wie ein Schreiben der Industrie- und Handelsbank Dresden vom 10. Januar 1946 an die Hille-Werke AG zeigt. Darin hieß es: „Die Wirtschaftskammer Sachsen hatte mit Rundschreiben vom 11. September 1945 mitgeteilt, daß von der sowjetischen militärischen Administration für das Bundesland Sachsen ein Wiederaufbau demontierter Betriebe gewünscht wird.“ [232] Am 23. November 1945 wurde der Betrieb von der Deutschen Zentralverwaltung der Industrie in der sowjetischen Besatzungszone aufgefordert, den Maschinenbedarf anzugeben und den Betrieb wiederaufzubauen. „Wir bitten Sie, uns anzugeben, welche Maschinen Sie benötigen – nach Art und Leistung geordnet –, um Ihren Betrieb wieder bis zu 30 Prozent der Normalkapazität einzurichten.“ [233]

Am 3. August 1945 wandten sich Mitglieder der damaligen Betriebsleitung der Hille-Werke AG und Mitglieder des Betriebsrates mit einem Schreiben an die Landesverwaltung Sachsen und unterbreiteten einen Vorschlag zur „Einreihung unseres Betriebes in die Reparaturgruppe der Reichsbahn“. Es waren bereits konkrete Pläne ausgearbeitet, um mit den bis dahin noch nicht demontierten Maschinen monatlich 60 Waggons im Betrieb zu reparieren. [234]

Es gab jedoch noch einen anderen Versuch zur Wiederaufnahme der Produktion. Der Oberingenieur Bruckhaus gründete mit etwa 20 Belegschaftsmitgliedern auf dem damals der Hille-Werke AG gehörenden Gelände, Altreick 24, die „Subtil-Apparate GmbH“. Der Demontage entzogene Ausrüstungen und aus dem Hille-Werk entwendetes Material und Werkzeug waren die materielle Basis dieses als „Auffangsbetrieb der Hille-Werke AG“ [235] bezeichneten privaten Unternehmens.

Vorgesehen war, daß dieser Betrieb die Instandsetzung von beschädigten Bearbeitungsmaschinen und den Bau von Landmaschinen und Lastwagenteilen übernehmen sollte. Mit der Aufnahme von weiteren 30 bis 40 in der Hille-Werke AG beschäftigten Arbeitern war für die Perspektive eine wesentliche Vergrößerung geplant. [236]

Der Befehl Nr. 124 der SMAD vom 30. Oktober 1945 verfügte die Beschlagnahme und provisorische Übernahme des Eigentums des deutschen Staates und der Naziaktivisten. [237] Auch das Vermögen der Hille-Werke AG und des Betriebes H. Großmann wurde auf der Grundlage des Befehls Nr. 124 enteignet [238] und ein großer Teil der materiellen Werte durch Demontage zur Wiedergutmachung für die Sowjetunion verwendet.

Die Demontage der vier Vorgängerbetriebe brachte es mit sich, daß nicht mehr alle Arbeitskräfte benötigt wurden. Ein Teil der Belegschaft nahm deshalb die Arbeit in einer Werkstatt für Eisenbahnwaggons auf, die auf dem Betriebsgelände der Hille-Werke AG eingerichtet worden war.

Nachdem die Demontage der Hille-Werke AG beendet war, richtete die SMA das sowjetische

Konstruktions- und technologische Büro (SKTB) ein, schuf damit die Grundlage für die Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft (SDAG) „Transmasch“ und den heutigen Betriebsteil Dresden-Süd des VEB Elektromat. Auch in der Elbe-Werke AG und in den Betrieben Großmann und Fischer war Anfang 1946 die Demontage abgeschlossen.

Neubeginn

Die KPD war die einzige Partei in Deutschland, die nach der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus auf die Frage nach der Zukunft Deutschlands eine klare Antwort geben konnte.

In dem Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945 zeigte sie allen friedliebenden Kräften den Weg zu einem Deutschland ohne Konzernherrschaft und Junker, in dem sich die Kräfte des Volkes frei entfalten können und das in fester Freundschaft mit der Sowjetunion und allen friedliebenden Völkern verbunden sein wird. [239]

Auch der Zentralausschuß der SPD erklärte in einem Aufruf vom 15. Juni 1945 die Entschlossenheit der Sozialdemokraten, für eine antifaschistisch-demokratische deutsche Republik einzutreten.

Am 19. Juni 1945 fand eine gemeinsame Beratung der Mitglieder des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD statt. In einem Aktionsprogramm wurde die Richtung des gemeinsamen Kampfes festgelegt.

Die Zusammenarbeit der KPD und SPD für einen antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau war auch entscheidende Voraussetzung dafür, daß die Gewerkschaftsbewegung die vorhandene Zersplitterung überwand und dem Grundsatz „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft“ folgte. Mit dieser Entwicklung waren in der sowjetischen Besatzungszone wichtige Grundlagen für die Verwirklichung der führenden Rolle der Arbeiterklasse in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung entstanden.

In Übereinstimmung mit den Forderungen der KPD vom 11. Juni 1945 übertrug die SMAD

den deutschen Antifaschisten die Aufgabe, demokratische Selbstverwaltungsorgane aufzubauen. Im Juli 1945 wurden von der SMAD die Landes- und Provinzialverwaltungen bestätigt. Mit dem Befehl Nr. 110 vom 22. Oktober 1945 erhielten sie das Recht, Gesetze und Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen.

In der Hille-Werke AG, in der Elbe-Werke AG und in den Betrieben H. Großmann und H. P. Fischer setzten die Belegschaften ihre Mitbestimmung immer mehr durch und forderten von den gewählten Betriebsräten eine aktive Einflußnahme auf die Leitung der Betriebe. Den Kampf um die weitere Erhöhung der Mitbestimmung der Arbeiter unterstützte die Betriebsrätekonferenz der Thüringer Arbeiter im September 1945, die die Aufgaben und Rechte der Betriebsräte formulierte. [240]

Die von der Landesverwaltung Sachsen erlassenen

Gesetze regelten erstmalig nach dem Kriege die Rechte der Betriebsräte und ermöglichten eine verstärkte Arbeiterkontrolle.

Ging es bisher darum, die Trümmer zu beseitigen und noch vorhandene Maschinen zu bergen, so kam es jetzt darauf an, die Produktion wieder in Gang zu bringen.

Am 5. Februar 1946 stellte Hans Kunze, damals als Oberingenieur in der Hille-Werke AG tätig, den Antrag auf Fortführung des Betriebes außerhalb des Geländes der Hille-Werke AG an die Industrie- und Handelskammer. Mit Schreiben vom 16. Februar 1946 kam die Antwort, daß dieser Antrag an die Landesverwaltung Sachsen weitergeleitet worden ist. [241]

Am 27. März 1946 wurde von der SMA die Genehmigung zur Wiederaufnahme der Werkzeugmaschinenproduktion gegeben. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„UdSSR
Verwaltung
der Sowjetischen Militäradministration
des Bundeslandes Sachsen

27. März 1946
Nr. 3053 – 13
Dresden

An den
Militärkommandanten
der Stadt Dresden
Oberst Spiridonow

Geben Sie der Fa. Hille-Werke GmbH in Dresden die Anweisung, die Produktion von Bohrmaschinen verschiedenen Kalibers wieder aufzunehmen. Bestätigen Sie den Produktionsplan für das II. Quartal 1946.

*Der Chef der Industrieabteilung
der Sowjetunion
Militäradministration für das
Land Sachsen (Wassiljew)“*

Durchschlag an die Verwaltung Sachsens
Durchschlag an Fa. Hille-Werke in Dresden [242]

Dieses Schreiben beseitigte die letzten Zweifel daran, daß es möglich wäre, einen leistungsfähigen Werkzeugmaschinenbau in Dresden aufzubauen. Es wurden Räume im Betrieb Zeiss-Ikon auf der Mügelnstraße 40 gemietet. Hans Kunze gewann weitere 13 Beschäftigte der Hille-Werke AG, denen bald weitere folgten, die unter seiner Leitung im September 1946 den Grundstein für den späteren VEB Feinstmaschinenbau legten und dabei wesentlichen Anteil an der Entwicklung des heute wichtigsten Produktionsprogramms der Lehrenbohrmaschinen hatten.

Genosse Arno Schimang, heute Mitglied der Betriebsparteileitung, Bezirkstagsabgeordneter und als Kontrolleur im Betrieb tätig, gehörte zu jenen, die unter schwierigen Bedingungen 1946 versuchten, die Produktion von Werkzeugmaschinen wieder in Gang zu bringen. Von diesem schweren Anfang berichtete Genosse Schimang: „Es waren 14 Mann, die, ausgerüstet nur mit wenigen Werkzeugen, im September 1946 unter Leitung von Hans Kunze ihre Arbeit in den Räumen auf der Mügelnstraße 40, im Gebäude von Zeiss-Ikon, aufnahmen. Zunächst wurde begonnen, die Fenster dicht zu machen, wobei wir dazu nicht in jedem Fall Glas zur Verfügung hatten, und die Stromversorgung zu sichern. Die Räume wurden gereinigt, und es wurden Möglichkeiten für die Unterbringung unserer Garderobe geschaffen. Da es keine Heizung gab, es aber bereits auf den Winter zugeht, entstanden aus Ziegelsteinen zwei Feuerstellen, die uns wenigstens etwas Wärme spendeten. Die Schornsteine wurden, wie damals auch in vielen Wohnungen, einfach zu den Fenstern hinausgeführt.“

Wir führten den Betrieb weiter unter der Bezeichnung Hille-Werke AG, obwohl bereits mit dem Volksentscheid vom 30. Juni 1946 auch unser Betrieb volkseigen geworden war. Von der Sächsischen Landesbank wurde ein Kredit aufgenommen, um die erforderlichen Löhne und die Materialbeschaffung zu finanzieren. [243] Anfangs war für alle der Lohn auf 0,85 Mark pro Stunde festgelegt worden, denn wir wußten, nur wenn es uns durch unsere eigene Kraft möglich sein wird, wieder Maschinen zu

produzieren, kann das Voraussetzung dafür sein, auch unser Einkommen und unsere Lebenslage zu verbessern.

Der erforderliche Maschinenpark, wie Werkbänke und Schraubstöcke und selbst Material, kam zu 90 Prozent aus durch Bombenangriffe zerstörten Gebäuden. [244]

So wußten wir zum Beispiel, daß in den letzten Kriegsjahren die Fischverkaufsstelle ‚Nordsee‘ auf der Webergasse in eine Produktionsstätte für die Hille-Werke AG umgewandelt worden war. Der Kollege Schlegel erhielt mit einigen anderen Kollegen den Auftrag, zu versuchen, ob man noch Schraubstöcke, Tischbohrmaschinen und anderes bergen konnte. Mit einer entsprechenden Genehmigung gingen diese Kollegen daran, aus den Trümmern Maschinen und Schraubstöcke zu bergen.

Diese Arbeit war äußerst gefährlich, da der anglo-amerikanische Bombenangriff die Webergasse in ein einziges Trümmerfeld verwandelt hatte. Die geborgenen Maschinen sahen auch dementsprechend aus; so waren zum Beispiel Alu-Antriebsscheiben in unbrauchbare Klumpen verwandelt. Aber dank unseres Willens, unter allen Umständen wieder an Maschinen zu arbeiten, konnte bereits wenige Wochen später mit den geborgenen Maschinen und Schraubstöcken gearbeitet werden.

Als erstes bestand unser Ziel darin, die Produktion der Hinterdrehrmaschine DH 2 aufzunehmen. Dazu brauchten wir aber noch eine größere Bohrmaschine und auch noch Drehmaschinen. So erhielten Kollegen die Aufgabe, aus zwei beschädigten Bohrmaschinen eine brauchbare herzustellen. Drei beschädigte Drehmaschinen wurden ebenfalls wiederhergestellt und eine davon gegen eine Radialbohrmaschine aus einem anderen Betrieb getauscht. [245]

Durch Rücklauf von Material für die Hinterdrehrmaschinen DH 2 von einem Betrieb, der während des Krieges diese Fertigung mit übernommen hatte – um welchen Betrieb es sich handelt, kann ich leider nicht mehr sagen –, wurde die Voraussetzung geschaffen, mit der Produktion dieser Maschinen zu beginnen. [246] Weitere Kollegen aus der alten Hille-Werke AG, so auch einige, die in der ‚Subtil-GmbH‘

gearbeitet hatten, kamen in unseren neuen Betrieb.

Daß sich aus diesen Anfängen ein heute in der Welt so bekannter Betrieb entwickelt hat, davon konnten wir allerdings damals noch nicht einmal träumen. Um so mehr erfüllt es uns mit Stolz und Freude, was die Werktätigen unseres Betriebes in über 25 Jahren angestrebter Arbeit unter Führung der Parteiorganisation der SED erreicht haben.“

Ende 1947 wurde an der Fertigstellung der ersten drei Hinterdrehrmaschinen DH 2 mit einer Spitzenhöhe von 220 mm und einer Spitzenweite von 600 mm gearbeitet. [247] Am 21. April 1948 verließ die erste Hinterdrehrmaschine den Betrieb. [248] Neben der Produktion von Hinterdrehrmaschinen wurde im Juli 1947 damit begonnen, auch wieder die Produktion von Lehrenbohrmaschinen vorzubereiten. [249] Nach der Demontage der Elbe-Werke AG gehörten die Genossen Erwin Wagner, heute Rentner, Kurt Hose, heute Auslandsmonteur, und Rolf Marschner, heute Technologe, zu den zehn Arbeitern, die ihren Betrieb wiederaufzubauen

begannen. Eine ausgebrannte Nutenziehmaschine und eine Drehmaschine wurden repariert und bildeten den Grundstock für den sich entwickelnden volkseigenen Betrieb Elbe-Werke. Auch in diesem Betrieb wurden durch den unermüdbaren Fleiß der Arbeiter alle Schwierigkeiten überwunden, und so konnte bald mit der Wiederaufnahme der Produktion von Flachsleifmaschinen begonnen werden. Am 27. November 1947 war es dann so weit, daß die erste Flachsleifmaschine an den VEB Zeiss-Ikon, den heutigen VEB Pentacon, ausgeliefert werden konnte.

Darüber, wie im Betrieb H. Großmann die Arbeiter unter Leitung eines Treuhänders begannen, die Produktion wiederaufzunehmen, berichtete Genosse Helmut Opitz: „Wir waren etwa 20 Mann, die darangingen, die Produktion wieder in Gang zu bringen. Das waren unter anderen die Genossen Willi Jehmlich, Arthur Lippold und der heute noch im Betrieb tätige Kollege Kurt Klunker.“

Die durch die Bombenangriffe beschädigten Maschinen wurden von uns aus den Zweigwer-

Landesverwaltung Sachsen
Wirtschaft und Arbeit
Abt. Maschinenbau 02

Dresden A 50, den 1946

Figura

Bezeichnung des Auftrags: Hille-Werke A. G.

Betr.: Anforderung der Produktionsaufgabe für das III. Quartal 1946

Gemäß dem von der SMA angeordneten Plan für die Industri-erzeugung des Bundeslandes Sachsen sind für die vorgegebene Erteilung einer Produktionsaufgabe nachstehende Angaben erforderlich. Sie werden deshalb angewiesen, Ihre maximal geplante Gesamterzeugung für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1946 sowie die Unterteilung derselben auf die einzelnen Sektoren in den nachstehenden Spalten einzutragen.

Die Angaben der vierstelligen Schlüsselnummer sowie Maßeinheit (Stück, to usw.) sind dem Schlüsselverzeichnis für die monatlichen Produktionsmeldungen zu entnehmen. In den Spalten Bemerkungen ist bei Unterlieferanten-Aufträgen die Bemerkung Unterlieferant einzusetzen.

Dieser Vordruck wird Ihnen in 2-facher Ausfertigung zugesandt, wovon Sie 1 Exemplar ausgefüllt ohne Anschreiben bis ... an die Landesverwaltung Sachsen, Wirtschaft und Arbeit, Abt. Maschinenbau, Dresden A 50, August-Bebel-Straße 19, zurücksenden müssen.

Landesverwaltung Sachsen
Wirtschaft und Arbeit

Vierstellige Schlüssel-Nr.	Gene Bezeichnung des Erzeugnisses	Gesamterzeugung Maß-einh.	Wert	Bemerkungen

ken herangeschafft und einige Maschinen wieder instand gesetzt. Auch aus dem Zweigbetrieb Sosa und aus Chemnitz (heute Karl-Marx-Stadt) wurden beschädigte Maschinen herangeschafft. Die ersten Erzeugnisse, die wir herstellten, waren Topfundersetzer und Feuerhaken.

Bereits wenige Wochen später begannen wir in den Kellerräumen mit der Lehnproduktion. Nachdem wir uns unter großen Schwierigkeiten Glasscheiben besorgt hatten, konnten wir weitere Räume einrichten und Mitte 1946 mit der Vorbereitung der Produktion für Nachdrehmaschinen, Strohhutnähmaschinen und Poliermaschinen beginnen. Bereits Ende 1946 konnten wir die ersten Maschinen ausliefern. Ab Mitte 1947 begannen wir mit der Produktion der ersten Spiralbohrerfräsaufbauten.

Die Belegschaft war in der Zwischenzeit auf 60 Kollegen angewachsen, und so konnten wir 1947 mit der Entwicklung der Werkzeugschleifmaschine SWU 200 beginnen. Für diese Maschine erhielten wir später, für die erste Schleifmaschine in unserer VVB, das Gütezeichen ‚Q‘ zuerkannt.“

Da sich der Besitzer des Betriebes, P. H. Fischer, in Berggießhübel nicht weniger maßgeblich als die drei anderen Betriebe an der Kriegserzeugung beteiligt und riesige Gewinne eingesteckt hatte, wurde auch dieser Betrieb demontiert. Auch hier begann der Wiederaufbau mit der Instandsetzung von ausgebrannten und aus Trümmern geborgenen Maschinen. 1946 wurde zum Beispiel aus den Trümmern des ehemaligen Wandererwerkes im damaligen Chemnitz eine ausgebrannte Billeter-Führungsbahnschleifmaschine herausgeholt und für die Produktion im Betrieb Berggießhübel hergerichtet. Noch im Jahre 1966 wurde auf dieser Maschine produziert. Der Betrieb, der vorerst in Privatbesitz verblieb, nahm nicht sofort die Produktion von Werkzeugmaschinen auf, sondern fertigte andere in dieser Zeit benötigte Teile.

Schaffung der Einheit der Arbeiterparteien

Die mit vielen Arbeiterveteranen geführten Aussprachen ergaben, daß es in keinem der vier Vor-

läuferbetriebe nach der Befreiung vom Faschismus Betriebsgruppen der KPD gegeben hat. Mitglieder der KPD und SPD waren in Ortsgruppen organisiert. Von den vier Betrieben gingen auch keine Impulse für die Vorbereitung der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien aus.

Die gemeinsamen Anstrengungen zur Überwindung des von den Faschisten hinterlassenen Elends und der Not haben jedoch die Betriebsangehörigen enger zusammenrücken lassen. Das war vor allem der Verdienst vieler Gewerkschaftsmitglieder und der Genossen der KPD und SPD. Der von der Gewerkschaftskonferenz am 29. August 1945 in Halle geprägte Grundsatz „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft“ wurde von ihnen voll unterstützt.

Mit großer Aufmerksamkeit wurde in den vier Betrieben die Vorbereitung zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien verfolgt. Erkannten doch viele Belegschaftsmitglieder, daß das eine notwendige Lehre aus den bitteren Erfahrungen der Vergangenheit und die Voraussetzung dafür war, daß unter Führung einer einheitlichen Arbeiterpartei die geeinte Arbeiterklasse ein neues, antifaschistisch-demokratisches Leben aufbauen konnte.

Am 7. April 1946 fand im Kurhaus Bühlau in Dresden unter der Leitung des Genossen Hermann Matern und des Genossen Otto Buchwitz der Vereinigungsparteitag der KPD und SPD des Landes Sachsen zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands statt. Genosse Alfred Pelzer, heute verantwortlicher Mitarbeiter in der Abt. Hauptmechanik, war Delegierter dieses Vereinigungsparteitages und berichtete: „Von meinem Vater im Sinn des Sozialismus erzogen, war ich vor 1933 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend und trat 1945 der SPD bei. Durch die Erfahrung des Krieges klüger geworden, wirkte ich in meiner politischen Tätigkeit für die Schaffung der Einheit der Arbeiterparteien. Es war deshalb mein größtes Erlebnis, daß ich am Vereinigungsparteitag in Sachsen als Delegierter im Kurhaus Bühlau teilnehmen konnte. Noch heute klingen mir die Worte des Genossen Otto Buchwitz im Ohr. Damals sagte er sinngemäß, daß der Imperialismus bereits wieder mit

der gefährlichsten Waffe, der Atombombe, droht, daß wir als Arbeiter aber eine viel stärkere Waffe besitzen, nämlich die Einheit der Arbeiterklasse, die unbesiegbar ist.

Für mich war der Augenblick, als sich auf dem Vereinigungsparteitag in Sachsen die Genossen Hermann Matern und Otto Buchwitz die Hand zur Vereinigung reichten, nicht nur Ausdruck der größten Freude, sondern vor allem Verpflichtung für meine weitere politische Arbeit. Die Verpflichtung, die ich auf dem Vereinigungsparteitag übernahm, war, mein ganzes Leben lang immer und überall für die Einheit der Arbeiterpartei einzutreten und die Kampfkraft unserer marxistisch-leninistischen Partei durch meine eigene aktive Arbeit zu stärken.“ [250]

Am 21. und 22. April 1946 trat in Berlin der Vereinigungsparteitag zusammen. Mit der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erlebte die deutsche Arbeiterbewegung ihre Neugeburt. Es war gleichsam ein Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, denn von nun an trat in einem Teil Deutschlands die Arbeiterklasse als geschlossene Kraft auf und veränderte damit das Kräfteverhältnis der Klassen in Deutschland wesentlich zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. [251]

Mit der Gründung der SED waren auch in den Betrieben Hille-Werke AG, Elbe-Werke AG, Großmann und Fischer die Voraussetzungen geschaffen, daß sich Betriebsparteiorganisationen bilden konnten, die von nun an die Belegschaften befähigten, noch einheitlicher und geschlossener die zu bewältigenden Aufgaben zu lösen. Im VEB Alemannia war Genosse Alfred Berger, im VEB Elbe-Werke Genosse Rudi Hahn und im VEB Hille-Werke Genosse Karl Saalbach als erster Parteisekretär tätig.

Der Volksentscheid in Sachsen

Die erste große Bewährung der Arbeiterklasse unter Führung der SED war der Volksentscheid in Sachsen zur entschädigungslosen Enteignung der Kriegsschuldigen und aller aktiven nazistischen Elemente.

Nachdem mit dem Befehl Nr. 154 vom 21. Mai 1946 das von der SMAD vorübergehend verwaltete Eigentum der Kriegs- und Naziverbrecher den deutschen Selbstverwaltungsorganen zur weiteren Verfügung übergeben worden war, [252] lag das Schicksal dieser Betriebe zum erstenmal in der deutschen Geschichte in den Händen des Volkes.

Die im demokratischen Block zusammengeschlossenen Parteien und der Landesverband des FDGB, Land Sachsen, beantragten bei der Landesverwaltung Sachsen, einen Volksentscheid zu erwirken. Dem Volk sollte die Möglichkeit gegeben werden, über die entschädigungslose Enteignung der Kriegsschuldigen und aktiven Nazis zu befinden.

Genosse Helmut Opitz erinnerte sich noch genau an diesen Tag, da er für ihn „ein ganz besonderes Ereignis war, denn mit diesem Volksentscheid konnte ich selbst auch das erste Mal überhaupt in einer geheimen Wahl meine Stimme abgeben“. Er berichtete weiter: „Unter Leitung der noch jungen Parteiorganisation der SED führten wir im Betrieb die ideologische Arbeit durch. Die Partei hatte damals die Vorbereitung des Volksentscheides unter die Losung gestellt ‚Die Kriegsverbrecher waren sich stets einig gegen das Volk – jetzt einigt sich das Volk gegen die Kriegsverbrecher‘. Das verstand unsere Belegschaft, und so wurde auch von allen der Volksentscheid wärmstens begrüßt.“ [253]

Am 30. Juni 1946 fand der Volksentscheid in Sachsen mit einer Wahlbeteiligung von 93,71 Prozent statt. Die überwältigende Mehrheit war für eine entschädigungslose Enteignung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher. Wenig später forderten auch die Werktätigen in allen anderen Ländern der damaligen sowjetischen Besatzungszone die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher.

Helmut Opitz sagte dazu weiter: „Nachdem wir mit dem Sieg im Volksentscheid jetzt selbst zu Eigentümern der Produktionsmittel geworden waren, bestand das Bestreben unserer Parteiorganisation darin, den uns verhassten Namen Großmann vom Firmenschild unseres Betriebes zu streichen. Ich selbst hatte mit dem Kollegen Kurt Klunker den Vorschlag ausgearbeitet, unse-

rem volkseigenen Betrieb den Namen ‚Alemannia‘ zu geben. Dieser Vorschlag wurde von der Parteiorganisation unterstützt, so daß wir von nun ab im Betrieb VEB Alemannia unsere Kraft für den Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung einsetzten.“ [254]

Mit dem Volksentscheid war auch über das Schicksal der Hille-Werke AG und der Elbe-Werke AG entschieden worden, die ebenfalls in Volkseigentum übergangen. Während der Betrieb Großmann den Namen VEB Alemannia bekam, wurden diese beiden Betriebe unter den Bezeichnungen „VEB Hille-Werke“ und „VEB Elbe-Werke“ weitergeführt. Der Betrieb P. H. Fischer blieb weiterhin in Privatbesitz.

Nach der Bildung der volkseigenen Betriebe war es erforderlich, geeignete Organisationsformen für die Leitung dieser Betriebe zu schaffen. In Sachsen entstanden fachlich und regional organisierte Industrieverwaltungen, die jeweils ein geschlossenes wirtschaftliches Unternehmen darstellten, wobei allerdings die einzelnen Betriebe keine selbständigen juristischen Einheiten waren. [255] Die drei in Dresden gelegenen Betriebe, VEB Alemannia, VEB Hille-Werke und VEB Elbe-Werke, unterstanden der gleichen Industrieverwaltung.

Die Entwicklung und die Stellung der neuen volkseigenen Betriebe verlangten, daß die Gewerkschaftsorganisationen ihre Arbeit verbesserten. Als BGL-Vorsitzende waren von der Belegschaft im VEB Alemannia der Genosse Alfred Hahn, im VEB Elbe-Werke der Genosse Kurt Hose und im VEB Hille-Werke der Genosse Alfred Aust gewählt worden.

Der II. Parteitag der SED

Im Sommer 1947 begann unter Führung der Parteiorganisationen in den Betrieben VEB Alemannia, VEB Hille-Werke und VEB Elbe-Werke die Vorbereitung des II. Parteitages der SED. Genosse Ewald Lippert, Arbeiterveteran, berichtete darüber: „In den Mittelpunkt unserer Aussprachen stellten wir die Grundfragen der Politik unserer Partei, wie zum Beispiel die weitere Perspektive der antifaschistischen Umwäl-

zung und die Festigung unserer Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Das war notwendig, um allen Kollegen sagen zu können, wie wir schnell die wirtschaftlichen Schwierigkeiten überwinden können. Das war aber auch deshalb notwendig, um entgegen der sich unter dem Zwang der imperialistischen Besatzungsmächte in den Westzonen entwickelnden kapitalistischen und revanchistischen Politik unseren Menschen zu sagen, daß nur in einer antifaschistisch-demokratischen Perspektive die Zukunft des Volkes liegen kann. Es war notwendig, unseren Kollegen zu sagen, daß die im März 1947 vom Präsidenten der USA verkündete Truman-Doktrin das Ziel verfolgte, alle konterrevolutionären Bestrebungen in den volksdemokratischen Staaten zu unterstützen. Geduldig mußten wir auch den wahren Charakter des am 5. Juli 1947 verkündeten Marshallplanes erklären. Nicht alle Kollegen begriffen damals bereits, daß mit diesem Plan unter dem Deckmantel der Hilfe Kredite und Warenlieferungen angeboten wurden, die die Staaten in ökonomische, politische und militärische Abhängigkeit der USA bringen sollten. Es hat sich jedoch später bewahrheitet, daß dieser Plan den westeuropäischen Staaten ein anti-sowjetisches Militärbündnis aufzwang und daß ihre Wirtschaft auf eine verstärkte Aufrüstung festgelegt wurde.“ [256]

Der II. Parteitag der SED fand vom 20. bis 24. September 1947 in Berlin statt. Auf dem Parteitag konnte unter anderem eingeschätzt werden: „In der sowjetischen Besatzungszone. . . entscheidet die Mehrheit des Volkes über die Gestaltung der Wirtschaft, der öffentlichen Verwaltung, der sozialen Sicherungen und des kulturellen Lebens. . . Der grundlegende Unterschied gegenüber West- und Süddeutschland besteht . . . darin, daß im Osten Deutschlands ein völlig neuer Weg beschritten wurde, auf dem die verderblichen Kräfte der Vergangenheit ausgeschaltet, die Grundlagen für die demokratische Erneuerung geschaffen wurden und der unser Volk vorwärts und aufwärts führt. . . Nach dem politischen Versagen des Bürgertums ist die Arbeiterklasse zum entscheidenden Träger der neuen demokratischen Ordnung geworden.“ [257]

Die vom II. Parteitag der SED aufgestellte Losung „Mehr produzieren, gerechter verteilen, besser leben!“ wurde immer mehr zum Leitfaden der Betriebsangehörigen des VEB Alemannia, des VEB Hille-Werke und des VEB Elbe-Werke.

„Das war natürlich nicht so einfach“, sagte Genosse Ewald Lippert, „wir mußten als Parteiorganisation ja selbst erst lernen, unsere Verantwortung richtig zu gebrauchen. Zu sehr hatten die kapitalistische Vergangenheit und der faschistische Krieg seine Spuren hinterlassen. Manche Kollegen meinten, nachdem der Betrieb jetzt volkseigen ist, braucht man doch nicht mehr so viel zu arbeiten. In unserem Betrieb mußten wir uns mit der hemmenden Auffassung ‚erst mehr essen, dann mehr arbeiten‘ auseinandersetzen. Aber in diesem Ringen um die weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität festigte sich unsere Parteiorganisation immer mehr. Eine besondere Hilfe für uns war in diesem Kampf der am 9. Oktober 1947 von der SMAD erlassene Befehl Nr. 234. Jeder spürte jetzt persönlich, daß er durch höhere Leistungen auch seine Lebenslage verbessern konnte. Manche Diskussionen mußten im Betrieb geführt werden, denn mit der Einführung eines markenfremen Essens im Betrieb waren alle einverstanden, aber mit einer strafferen Leistungsbewertung hatten viele noch Schwierigkeiten.“ [258]

Der Befehl Nr. 234 der SMAD war in Zusammenarbeit mit führenden Funktionären der SED und des FDGB vorbereitet worden. Vor der Veröffentlichung hatte er in mehreren Betrieben zur Diskussion gestanden. Dieser Befehl enthielt Maßnahmen, die die Steigerung der Arbeitsproduktivität, vor allem auf der Grundlage des Prinzips der materiellen Interessiertheit, unterstützen sollten. Neben der Einführung eines warmen, markenfremen Mittagessens in den volkseigenen Betrieben sah er Arbeitsschutzmaßnahmen und Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse vor. Es handelte sich zum Beispiel um die Verkürzung der Arbeitswoche für Jugendliche auf 45 bzw. 42 Stunden, um die Erhöhung des Jahresurlaubs für alle Arbeiter auf 12 bis 24 Arbeitstage, um die Staffelung des Lohnfonds nach Leistungswerten, um eine einheitliche Regelung der Sozialversicherung und

um Empfehlungen zur Ausarbeitung von Kollektivverträgen. [259]

In der Präambel dieses Befehls wurden die seit der Zerschlagung des Hitlerfaschismus in der sowjetischen Besatzungszone erreichten Verbesserungen in der Lebenslage der Werktätigen aufgeführt. So heißt es unter anderem: „Nach dem Zusammenbruch des volksfeindlichen Regimes des aggressiven Hitlerdeutschlands wurden in der sowjetischen Besatzungszone überaus wichtige Maßnahmen durchgeführt, um die gesetzmäßigen Rechte der Arbeiter und Angestellten zu verankern. Der Acht-Stunden-Arbeitstag und gleicher Lohn für gleiche Leistung wurden eingeführt. Der bezahlte Urlaub für Arbeiter und Angestellte wurde wieder hergestellt und verlängert. Das Recht der Werktätigen, sich in Gewerkschaften und anderen demokratischen Organisationen frei zu organisieren, wurde wieder hergestellt. Die im Interesse der Unternehmer eingeführten einseitigen faschistischen Tarifordnungen wurden abgeschafft. Es werden wieder Tarifverträge zwischen den Arbeitern und den Unternehmern abgeschlossen. Es bestehen demokratisch gewählte Betriebsräte, die ihre Funktion ausüben. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten bei der Lösung von Fragen, die mit der Arbeit des Betriebes in Zusammenhang stehen, sowie das Kontrollrecht sind gesichert. Eine einheitliche demokratische Sozialversicherung wurde eingeführt. Allein im abgelaufenen Jahr wurden für die Sozialversicherung und Sozialfürsorge der Werktätigen in der Zone über zwei Milliarden Mark ausgegeben.

In der sowjetischen Besatzungszone sind die Erregenschaften der deutschen Arbeiterbewegung auf dem Gebiet der Arbeitsgesetzgebung und der Rechte der Arbeiter und Angestellten nicht nur wieder hergestellt, sondern in einem Maße erweitert worden, wie es in der Geschichte Deutschlands noch nie der Fall war.

Das alles war die Grundlage der Erfolge, die von den Werktätigen beim Wiederaufbau der Friedenswirtschaft erzielt wurden.“ [260]

Mitte 1948 war im wesentlichen die Überführung der Betriebe der enteigneten Kriegs- und Naziverbrecher in Volkseigentum abgeschlossen, und es wurde notwendig, neue, einheitliche Organisationsformen zu finden. Deshalb wurden alle größeren Betriebe, darunter der VEB Hille-Werke, der VEB Elbe-Werke und der VEB Alemannia, der Vereinigung Volkseigener Betriebe des Industriezweiges Werkzeugmaschinenbau (VVB WMW) unterstellt. Die einzelnen Betriebe erhielten keine juristische Selbstständigkeit.

Im VEB Hille-Werke wurde 1948 die Produktion der Gelenkspindelbohrmaschine BG aufgenommen. [261] Mit dem Einsatz weiterer Arbeitskräfte reichten die vorhandenen Produktionsflächen nicht mehr aus. Die auf dem Gelände Mügeler Straße 40 liegenden und dem VEB Zeiss-Ikon gehörenden Werkhallen, die zweckentfremdet als Lagerräume dienten, wurden erworben und als Produktionsräume eingerichtet. Die Genossen Schimang und Hammerschmidt erinnerten sich noch an diese Zeit, in der die Parteiorganisation alle Kollegen des Betriebes aufrief, vor allem durch freiwillige Arbeitssätze mitzuhelfen, daß bald in den neuen Hallen produziert werden konnte. In diesen Hallen sind heute noch die Sägerei, ein Teil der kleinmechanischen Fertigung und ein Teil der Hobelei untergebracht.

In dieser Zeit angestrebter Arbeit inszenierten in- und ausländische Imperialisten am 20. Juni 1948 die separate Währungsreform in den Westzonen und beschlossen am 20. Juli 1948 die Einbeziehung der Westzonen in das System der Marshallplanländer. [262]

Genosse Max Hammerschmidt, heute als Bereichsleiter der Montage tätig, schilderte, daß viele Genossen der Grundorganisation und Kollegen des Betriebes immer wieder besorgte Fragen danach stellten, wie es nun weitergehen sollte. „Aber nicht nur im Betrieb, sondern auch im Wohngebiet und im Sport gab es viele erregte Diskussionen und Fragen“, sagte Genosse Hammerschmidt. „Unsere Aufgaben in der politisch-ideologischen Arbeit“, so schilderte er wei-

ter, „bestanden vor allem darin, unsere Kollegen davon zu überzeugen, daß es zwar unmittelbar um die weitere Verbesserung der Lebenslage aller Werktätigen ging, daß es aber zugleich Ziel unserer Arbeit sein mußte, eine Zukunft zu sichern, die keine Wirtschaftskrisen und Kriege kennt.“ [263]

Während die Werktätigen in den volkseigenen Betrieben alles daransetzten, um die Folgen des Krieges zu überwinden, versuchten gewissenlose Spekulanten, sich auf Kosten des Volkes zu bereichern. Darunter war auch der Eigentümer des Betriebes, P. H. Fischer in Berggießhübel. Aufgrund der von ihm begangenen Wirtschaftsverbrechen wurde sein Betrieb unter Treuhandverwaltung gestellt und 1949 in Volkseigentum übergeführt. Mit dieser auf gesetzlicher Grundlage getroffenen Entscheidung war es den Werktätigen in diesem Betrieb wieder möglich, mit der Produktion von Werkzeugmaschinen zu beginnen.

Mit dem ersten Halbjahresplan begann man im zweiten Halbjahr 1948, ausgehend von den Erfahrungen unserer sowjetischen Genossen und Freunde, die Wirtschaftsplanung umfassend anzuwenden. Schon auf seiner 11. (25.) Tagung im Juni 1948 arbeitete der Parteivorstand der SED die Aufgaben für den Zweijahrplan 1949 bis 1950 aus und unterbreitete sie den Werktätigen zur Diskussion.

Genosse Hammerschmidt, der im März 1948 die Aufgabe eines Meisters übernahm, und Genosse Schimang, den die Kollegen damals bei den Gewerkschaftswahlen in die BGL gewählt hatten, sagten, daß auf Anregung der Grundorganisation der SED die Gewerkschaftsorganisation Aussprachen über den Plan in allen Arbeitskollektiven organisierte. Zum erstenmal hatten die Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der Intelligenz die Gelegenheit, selbst mit über die Planaufgaben zu beraten. Immer wieder traten dabei auch Kollegen mit der Forderung auf, „erst mehr essen, und dann können wir mehr arbeiten“. In den Diskussionen zum Zweijahrplan gab es viele, die den politischen Hintergrund der Marshallplanhilfe nicht erkannten. Sie sahen nur die in den Westzonen vorhandenen Lebensmittel. „Für uns als Genossen war es nicht leicht“,

so erzählte Genosse Hammerschmidt, „die Richtigkeit unseres Weges allen verständlich zu machen und daß es gerade bei der Erfüllung der Aufgaben im Zweijahrplan darauf ankam, weiter die führende Rolle der Arbeiterklasse zu verwirklichen, denn nur unter dieser Voraussetzung war es möglich, ein von Ausbeutung befreites Leben aufzubauen.“ [264]

Die beharrliche Arbeit der Genossen der Parteiorganisation und der Funktionäre der Gewerkschaft hatte letztlich Erfolg. Im VEB Hille-Werke gab es viele Genossen und Kollegen, die aufgrund der geführten Diskussionen zum Zweijahrplan Verpflichtungen abgaben, weitere freiwillige Einsatzstunden zum Aufbau neuer Maschinen zu leisten und die Qualität ihrer Arbeit zu verbessern. „Auch für uns Meister, die neu in ihrer Funktion waren“, sagte Genosse Hammerschmidt, „und von denen viele bis dahin noch nie eine solche leitende Aufgabe durchgeführt hatten, war die Arbeit mit dem Plan in dieser Form völlig neu. Wir mußten erst nach und nach lernen, was es heißt, nach einem selbstausgearbei-

teten Plan zu arbeiten. Es gab manche Auseinandersetzung auch in unserer Parteiorganisation, bis wir verstanden hatten, daß dieser Plan Grundlage unserer gesamten Arbeit im Betrieb sein muß.“ [265]

Ähnlich war die Reaktion der Arbeiter im VEB Alemannia und im VEB Elbe-Werke. So schilderte zum Beispiel Genosse Helmut Lenk, wie die Arbeiter die Leitung des Betriebes Alemannia immer wieder darauf aufmerksam machten, wenn sie sahen, daß die Produktion für die nächste Zeit nicht richtig vorbereitet war. Sie unterbreiteten Vorschläge, um eine bessere Planung zu erreichen.

Bereits zur Leipziger Frühjahrsmesse 1948 waren vor allem Erzeugnisse des Maschinenbaus ausgestellt worden. Obwohl alle vier Vorgängerbetriebe des VEB Mikromat zur Leipziger Frühjahrsmesse 1948 noch nicht mit ausstellten, war es ein Ergebnis dieser Messe, daß im Dezember 1948 die ersten drei Flachsleifmaschinen der Type SFW 200 x 600 vom VEB Elbe-Werke nach Jugoslawien ausgeliefert werden konnten. Erstmals beteiligte sich der VEB Hille-Werke 1949 an der Leipziger Frühjahrsmesse. Es wurden ausgestellt: eine Gelenkspindelbohrmaschine BG 50, eine Hinterdrehrmaschine DH 2 und eine Ständerbohrmaschine BN 40. [266]

Genosse Hammerschmidt, der damals mit zum Aufbaupersonal gehörte, schilderte seine Eindrücke so: „Für uns, die wir mit großen Schwierigkeiten erreicht hatten, daß wir ein ansehnliches Programm ausstellen konnten, war es erstaunlich und erfreulich zu sehen, in welcher relativ kurzer Zeit unsere Industrie dank unermüdlicher Arbeit unserer Werktätigen und der Hilfe unserer sowjetischen Freunde sich beachtlich entwickelt hatte.“ [267]

Ein wichtiges Ereignis, das der Wettbewerbsbewegung neue Impulse gab, war die Tat des Genossen Adolf Hennecke aus dem Zwickauer Steinkohlenrevier. „Viele Diskussionen gab es dazu im Betrieb“, erzählte Genosse Hammerschmidt. „Nicht jeder hat die große gesellschaftliche Bedeutung der Leistung von Adolf Hennecke verstanden. Vor allem war es notwendig, uns in der Parteiorganisation darüber klarzuwerden, daß es für einen Genossen notwendig

Dem Kollegen

Adolf Hennecke

geb. 30.11.13

wurde für seine tatkräftige
Hilfe am Aufbau Deutschlands
das Aktivistenzeichen
überreicht.

BERLIN, DEN 13. Oktober 1949

IG Metall
Zentralvorstand

Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand

P. Schimang

A. Hennecke

ist, sich selbst mit seinen Kenntnissen und Fähigkeiten an die Spitze des Kampfes bei der weiteren Steigerung der Arbeitsproduktivität zu stellen. Die sich mit dieser Tat von Adolf Hennecke entwickelnde Massenbewegung begann sich auch immer stärker im Betrieb durchzusetzen.“ [268]

Genosse Arno Schimang gehörte zu den ersten sieben Kollegen, die 1949 „Aktivist des Zweijahrplanes“ wurden. Darüber erzählte er uns:

„Es war für mich etwas völlig Neues, und mir wurde so richtig deutlich welcher grundlegende Unterschied zwischen meiner Tätigkeit unter kapitalistischen Verhältnissen und unter den sich entwickelnden sozialistischen Verhältnissen bestand. Nicht mehr die Kapitalisten steckten die Früchte der Arbeit der Arbeiter, daß heißt unserer Arbeit, in Form von Profiten ein, sondern wir selbst erhielten Dank und Anerkennung für unsere Leistungen durch die Gesellschaft.“

1949 bis 1955

Die Gründung der DDR

Die Geburtsstunde der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 war die Antwort aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte unter Führung der Arbeiterklasse im Osten Deutschlands auf die Spaltungspolitik der westdeutschen Imperialisten, der westlichen Besatzungsmächte und der rechten sozialdemokratischen Führer. Das unter Führung der Arbeiterklasse von 1945 bis 1949 Geschaffene wurde mit der Gründung des ersten Arbeiter- und Bauern-Staates verankert. Der Herrschaftsbereich des deutschen Imperialismus wurde weiter eingeschränkt.

Der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik stimmten viele Arbeiter zu, wie die Genossen Hammerschmidt, Schimang, Lenk, Korbler und Mate berichteten. Die Parteiorganisation der SED im VEB Hille-Werke organisierte in allen Bereichen Aussprachen mit den Kollektiven. „Auch in der BGL kamen wir nach Bekanntwerden dieses historischen Ereignisses sofort zusammen“, sagte Genosse Schimang. „Es waren vor allem noch der Genosse Aust, damals einziger Genosse in der BGL, und der Kollege Erfurth, die nicht nur diesen Schritt als Ausdruck unserer Souveränität begrüßten, sondern vor allem in den Kollektiven selbst überzeugend auftraten. Durch die Gründung der DDR war es uns auch leichter geworden, vor allem solche Meinungen zu überwinden, daß die

Deutschen sowieso keine Rechte mehr hätten, sondern diese ein für allemal von den Besatzungsmächten ausgeübt würden‘. Es konnte unseren Kollegen klargemacht werden, welcher gewaltige Unterschied zwischen der formalen bürgerlichen Demokratie im Bonner Separatstaat, wo einzig die Macht den Monopolen vorbehalten blieb, und der Demokratie in der DDR bestand, wo die wahren Herren des Staates das Volk unter Führung der Arbeiterklasse war.“

Am 24. November 1949 erließ die Regierung der DDR eine Verordnung über die Verbesserung der Qualität der Produktion. Diese Verordnung war notwendig geworden, da die Qualität vieler Erzeugnisse nicht den Anforderungen entsprach.

Auch im VEB Hille-Werke und in anderen Vorgängerbetrieben gab es immer wieder Qualitätsprobleme zu lösen. Die Genossen Hammerschmidt und Schimang schilderten uns die Situation im Betrieb. Auf Vorschlag der Parteiorganisation der SED wurde diese Verordnung im Betrieb gründlich ausgewertet, und die ersten Selbstkontrolleure wurden aufgrund ihrer guten Qualitätsarbeit ernannt.

Damit wurde das ständige Bemühen dieser Kollegen um ausschlußfreie Arbeit öffentlich gewürdigt. Neben dieser moralischen Anerkennung erhielten die Selbstkontrolleure eine monatliche Prämie. Über Jahre hat sich diese Form der Steigerung der Qualitätsarbeit gut bewährt. So wurde zum Beispiel 1953 im VEB

Feinstmaschinenbau mit Hilfe von 18 Selbstkontrolleuren ein jährlicher Nutzen von 16 000 Mark und 1954 mit Hilfe von 36 Selbstkontrolleuren ein jährlicher Nutzen von 32 000 Mark erzielt. [269] Kollege Arno Ehrlich, bis 1972 als Dreher im Betrieb beschäftigt, gehörte zu den ersten Kollegen, die diesen Titel erhielten.

Aber auch andere Formen der Steigerung der Qualitätsarbeit wurden auf Vorschlag der Parteiorganisation der SED angewandt. So wurden zum Beispiel an solchen Maschinen, an denen eine gute Qualitätsarbeit geleistet wurde, Tafeln angebracht.

Im November 1949 fand in Leipzig die bis dahin bedeutendste wirtschaftspolitische Konferenz des Parteivorstandes der SED und der Regierung der DDR mit Leitern der volkseigenen Betriebe und Aktivisten statt. Die Delegierten tauschten Erfahrungen beim Aufbau des volkseigenen Sektors der Industrie aus und berieten über die weiteren Aufgaben, vor allem darüber, wie die Qualität der Industrieerzeugnisse verbessert werden kann.

In der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR gab es bis zu diesem Zeitpunkt schon sehr gute Ergebnisse. 1949 waren im Werkzeugmaschinenbau zum Beispiel 15 völlig neue Werkzeugmaschinen konstruiert worden. [270] Auch im VEB Hille-Werke begann man 1949 mit der Entwicklung der Einständerkoordinatenbohrmaschine BKoE 315 x 450. Bereits 1950 war die Mustermaschine fertig. Auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1951 wurde sie ausgestellt. Im Jahre 1952 begann der Betrieb mit ihrer Serienproduktion.

Darüber hinaus nahm man die Rekonstruktion der Universal-Hinterdrehmaschine UHD 2a und der Gelenkspindelbohrmaschine BG 50 in Angriff. Im Jahre 1950 wurde die Gelenkspindelbohrmaschine BG 30 rekonstruiert und die Hinterdrehmaschine DH 200 x 630 entwickelt.

Im VEB Elbe-Werke war mit der Rekonstruktion bzw. Weiterentwicklung der Waagrechtflachschleifmaschine SWH 6 begonnen worden, die, entsprechend weiterentwickelt, mit der Bezeichnung SFW 200 x 600 noch heute in der Lehrausbildung des Betriebes als Jugendobjekt

gebaut wird. Auch die rekonstruierte Senkrechtflachschleifmaschine SSH 10 wurde im Jahre 1950 gebaut. Im Jahre 1950 entstand die Rekonstruktion der Senkrechtkeilnutenziehmaschine KZH 2, die später durch die neuentwickelte ZNS 50 abgelöst wurde.

Für die VR Polen begann man an den Waagerechträummaschinen RW 10 und RW 16 zu arbeiten. Im Jahre 1951 waren diese Arbeiten abgeschlossen.

Im gleichen Jahre wurde die Waagerechträummaschine RWH 15 weiterentwickelt, die später durch die neuentwickelte Baureihe RW 10, 20 und 40 abgelöst wurde.

Im Zuge der Spezialisierung wurde das gesamte Programm der Keilnutenziehmaschinen und Räummaschinen vom VEB Maschinenfabrik „John Schehr“, Meuselwitz, übernommen.

In Auswertung der wirtschaftspolitischen Konferenz begann die Betriebsleitung mit der verstärkten Einführung des Leistungslohnes und mit der Ausarbeitung technisch begründeter Arbeitsnormen (TAN). Nach Aussagen des Genossen Hammerschmidt gab es bereits 1948 in der mechanischen Abteilung die ersten technisch begründeten Arbeitsnormen. 1950 ging man dazu über, auch in der Montage den Leistungslohn einzuführen und schrittweise die TAN auszuarbeiten.

Entsprechend den Grundsätzen der marxistisch-leninistischen Bündnispolitik erhielten die Angehörigen der Intelligenz in den volkseigenen Betrieben von Anfang an wichtige Aufgaben übertragen. Sie leisteten in den vier Vorgängerbetrieben des VEB Mikromat eine verantwortliche Arbeit. Angehörige der Intelligenz waren auch als Wirtschaftsfunktionäre tätig, wie zum Beispiel der Ingenieur Hans Kunze, der als erster Betriebsleiter des VEB Hille-Werke einige Jahre den Betrieb erfolgreich leitete.

Im April 1949 war von der deutschen Wirtschaftskommission (DWK) die Verordnung über „Die Erhaltung und Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur, die weitere Verbesserung der Lage der Intelligenz und die Steigerung ihrer Rolle in der Produktion und im öffentlichen Leben“ [271] erlassen worden.

Auf der Grundlage der zweiten Durchführungs-

verordnung wurden die Betriebe in verschiedene Kategorien eingestuft, so zum Beispiel der VEB Hille-Werke in die Kategorie A II. Nach dieser Verordnung konnten unter anderem auch Leistungsprämien an Leiter im Betrieb und an Angehörige der Intelligenz gezahlt werden, [272] um einen Anreiz zur Erhöhung der Leistungsbereitschaft zu schaffen. Im VEB Hille-Werke kam es nicht zuletzt dadurch zu einer wesentlichen Verbesserung der Organisation des Planablaufs, die sich vor allem im Steigen der Produktion ausdrückte. Vom I. bis III. Quartal wurden nur für 374 575 Mark Erzeugnisse produziert, im IV. Quartal 1949 wurde bereits ein Produktionsvolumen von 336 000 Mark erreicht. Das bedeutete, daß der Betrieb mit insgesamt 710 575 Mark seine Jahresproduktionsaufgabe von 282 000 Mark wesentlich überboten hatte. [273]

Der VEB Alemannia hatte den Produktionsplan 1949 nur mit 90 Prozent erfüllt. Die Ursachen bestanden vor allem darin, daß der Wettbewerb und die Aktivistenbewegung nicht im notwendigen Maße entwickelt worden waren. Trotz dieser Tatsache waren auch in diesem Betrieb im Jahre 1949 einige wichtige Erfolge erreicht worden, zum Beispiel in bezug auf die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter. Es konnte auch der Aufbau des einstöckigen Hintergebäudes abgeschlossen und im ersten Stock die Lehrlingswerkstatt für 30 Lehrlinge eingerichtet werden. Der Belegschaft wurde im dritten Stock des Hauptgebäudes ein Aufenthaltsraum einschließlich der Garderoben- und Waschräume übergeben. [274]

Auch in der inzwischen volkseigen gewordenen Werkzeugmaschinenfabrik in Berggießhübel war 1949 eine Lehrwerkstatt für 35 Lehrlinge entstanden.

Als der Parteivorstand der SED am 11. Januar 1950 zur „Erfüllung unseres Zweijahrplanes bis zum III. Parteitag, Juli 1950!“ [275] aufrief, entwickelten sich auch im VEB Hille-Werke unter Führung der Parteiorganisation der SED vielfältige Initiativen. Die Werktätigen verpflichteten sich, die Warenproduktion im Jahre 1950 auf 1 224 000 Mark zu steigern. Im Jahre 1949 war eine Warenproduktion von 710 575

Mark erreicht worden. Die Arbeitsproduktivität sollte je Produktionsarbeiter auf 8 500 Mark und je Beschäftigten auf 5 186 Mark gesteigert werden. [276]

„Große Unterstützung in diesem Kampf zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität“, so sagte Genosse Schimang, „erhielten wir vor allem durch die Übernahme sowjetischer Neuerermethoden. Als am 22. April 1950 der Genosse Erich Wirth im Sachsenwerk Radeberg seinen Leistungsbericht über die erfolgreiche Anwendung der sowjetischen Methode beim Schnellzerspanen von Metall veröffentlichte, da wurde von der Parteiorganisation der SED und der BGL ein gemeinsamer Besuch sowjetischer Neuerer aus Leningrad mit dem Genossen Erich Wirth im Betrieb organisiert.“

Einer der ersten, die nach sowjetischen Neuerermethoden bei der Zerspanung im Betrieb arbeiteten, war nach diesem Besuch der heute als Meister in der mechanischen Abteilung beschäftigte Genosse Heinz Behrisch. Ihm war es im wesentlichen zu verdanken, daß noch andere Kollegen diese sowjetischen Arbeitsmethoden aufgriffen und anwandten.

Ein wichtiges Instrument für die Entwicklung der Mitverantwortung der Betriebsangehörigen war den Betriebskollektiven mit der Verordnung des Ministerrates vom 1. Juni 1950 über den Abschluß von Betriebskollektivverträgen (BKV) in die Hand gegeben worden. [277] Im VEB Hille-Werke und im VEB Elbe-Werke wurden 1951 die ersten Betriebskollektivverträge zwischen BGL und Werkleitung abgeschlossen. Die Arbeit mit den ersten Betriebskollektivverträgen vermittelte den Betriebsgewerkschaftsleitungen wertvolle Erfahrungen, zum Beispiel die, daß der Entwurf des BKV der gesamten Belegschaft zur Diskussion vorgelegt werden muß. So heißt es zum Beispiel im BKV 1952 des VEB Feinstmaschinenbau VVB WMW (1952 wurde der Betrieb VEB Hille-Werke in VEB Feinstmaschinenbau VVB WMW umbenannt): „Der BKV . . . ist geeignet, alle Reserven des Betriebes und der Belegschaft zu erschließen, die Initiative zu wecken. . . . Mit ihm wird die demokratische Mitarbeit sowie die Selbstverantwortung der Arbeiterklasse gefördert. . . . Der

Werkleiter und die BGL schließen diesen BKV nach eingehender Diskussion mit der gesamten Belegschaft ab.“ [278]

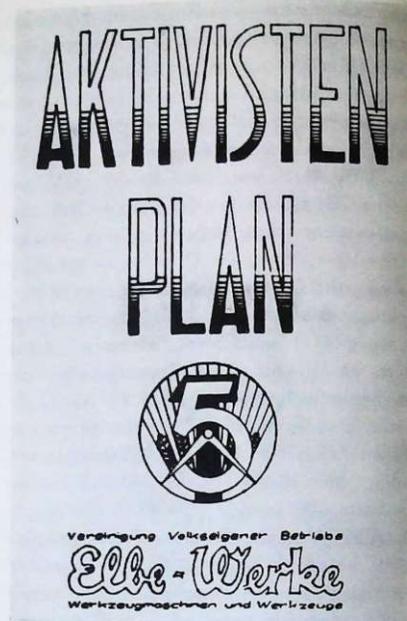
Der III. Parteitag der SED

Im Mittelpunkt der Beratung des III. Parteitages der SED, der vom 20. bis 24. Juli 1950 tagte, stand die Direktive „Der Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik (1951–1955)“. Wenn der III. Parteitag feststellen konnte, daß die Betriebsgruppen der SED zur entscheidenden Grundeinheit der Partei geworden waren, [279] so drückte sich das auch in der Arbeit der Grundorganisation der SED in den Vorgängerbetrieben des VEB Mikromat Dresden aus. In Vorbereitung des III. Parteitages der SED wurde zum Beispiel, ausgehend von der Parteiorganisation der SED des VEB Hille-Werke, beraten, welchen Beitrag der Betrieb durch gemeinsame Anstrengungen der Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der Intelligenz leisten kann. Ergebnis dieser Beratung war, daß unter anderem die Arbeit an der Rekonstruktion der Zweiständerkoordinatenbohrmaschine BKoZ 750 x 1100 aufgenommen wurde. Bereits 1951 war die Mustermaschine fertiggestellt und konnte auf der Leipziger Frühjahrmesse ausgestellt werden. 1952 ging diese Maschine in die Serienproduktion.

Im VEB Hille-Werke begann man 1951 mit der Entwicklung der Einständerkoordinatenbohrmaschine BKoE 450 x 800. Die Konstruktion wurde 1952 abgeschlossen, und 1953 erfolgte der Bau der Mustermaschine. Zur Leipziger Frühjahrmesse 1954 wurde diese Maschine der Fachwelt vorgestellt und im selben Jahr in die Serienproduktion übergeführt.

Für den VEB Maschinenfabrik Köthen und den VEB WEMA Plauen erfolgte bis 1951 die Weiterentwicklung der Schlittenbohrereinheiten BE 25/40/63/100.

Ebenfalls als Beitrag zum III. Parteitag der SED entwickelten Konstrukteure des VEB Elbe-Werke in den Jahren 1950 bis 1953 die Waagrechtflächenschleifmaschine SFW 250 x



1950 entstand der erste Aktivistenplan im Betrieb.

1000/1500, die 1953 in die Produktion übergeführt werden konnte.

Im VEB Elbe-Werke entstand der erste Aktivistenplan, der am 10. Dezember 1950 nach umfassender Diskussion in der Belegschaft verabschiedet wurde. Auf 19 Seiten waren in 87 einzelnen Maßnahmen wichtige Aufgaben formuliert. Besonderen Anteil am Entstehen dieses ersten Aktivistenplanes hatten die Mitglieder der „Planbrigade“, die Genossen und Kollegen Richter, Dude, Pils, Gäbler, Ungrade, Hose und Schubert.

Einleitend wird in diesem Plan gesagt: „Der Aktivistenplan unseres Betriebes ist durch die gemeinsame Initiative fortschrittlicher Kollegen aus der Belegschaft entstanden. Er ... zeigt die Möglichkeiten der Steigerung der Arbeitsproduktivität und Senkung der Produktionsverluste auf. ... Die gestellten Aufgaben bedingen, daß sie konsequent und termingemäß erfüllt werden, um die Voraussetzungen zu schaffen für die Erfüllung der gesteckten Ziele im Fünfjahrplan.“

Wir beginnen daher den Kampf um die Einsparung der Sekunde, des Grammes und des Pfennigs. Mit aller Entschlossenheit werden unsere Arbeitsbrigaden diesen Kampf durchführen.

Wir alle setzen uns zum Ziel: die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die Verbesserung der Qualität, die Ausnutzung aller betrieblichen Reserven, die Erreichung einer überplanmäßigen Selbstkostensenkung, die Schaffung überplanmäßiger Akkumulationsmittel.

Unser Aktivistenplan gliedert sich in folgende Einzelpläne:

- Plan für die Einsparung von Grund- und Hilfsstoffen,
- Plan für die Pflege der Maschinen und Werkzeuge,
- Plan zur Erreichung qualitativ guter Produktion durch Verringerung des Ausschusses und bessere Gütekontrolle,
- Plan zur Einsparung von Transportkosten durch Einbeziehung der Transportmittel in den Wettbewerb,
- Plan zur weiteren Mechanisierung und Verbesserung des Arbeitsprozesses,
- Plan zur bestmöglichen Ausnutzung der Arbeitszeit,
- Plan zum Kampf gegen falsche Normen und zum Erstellen technisch begründeter Normen,
- Plan zur Erhöhung der beruflichen Qualifikation,
- Plan für materielle, kulturelle und soziale Verbesserungen der Lebenslage der Belegschaft,
- Plan zur Sicherung des Werkes,
- Plan zur Verbesserung der Arbeit in der Verwaltung,
- Plan für Senkung der Selbstkosten und die Kontrolle der Durchführung des Aktivistenplanes.“ [280]

„Im VEB Hille-Werke“, so sagten die Genossen Hammerschmidt und Schimang, „entbrannte die Diskussion nach dem III. Parteitag der SED. In Verbindung mit der Ausarbeitung des Fünfjahrplanes ging es um die Frage der weiteren

Perspektive des Programms der Lehrenbohrmaschinen. Wir berieten vor allem über die umfassende Erweiterung des Betriebes und eine wesentliche Erhöhung der Produktion. Es gab viel Hin und Her, bevor es zur endgültigen Entscheidung kam, daß im Betrieb neue Hallen errichtet werden sollten.“ [281]

Diskussionen gab es auch über die Planaufgaben für das Jahr 1951. Betrag der Plan der Warenproduktion 1950 im VEB Hille-Werke 1 224 000 Mark, so wurde er für 1951 auf 2 784 200 Mark erhöht. Die Arbeitsproduktivität je Produktionsarbeiter sollte von 5 186 Mark auf 6 977 Mark steigen. [282]

Mit solchen höheren Aufgaben in den volkseigenen Betrieben stimmten die Leitungsformen der volkseigenen Industrie nicht mehr überein. Die Betriebe besaßen keine juristische und wirtschaftliche Selbständigkeit. Das war ein ernstes Hemmnis, um alle wirtschaftlichen Möglichkeiten, Reserven und Initiativen voll auszunutzen. Durch die „Verordnung über die Reorganisation der volkseigenen Industrie“ vom 22. Dezember 1950 erhielten alle vier Vorgängerbetriebe des VEB Mikromat juristische und wirtschaftliche Eigenverantwortung. Während die größeren volkseigenen Betriebe direkt der zuständigen Hauptverwaltung beim Ministerium unterstellt wurden, verblieben unsere Betriebe vorerst bei der VVB WMW. Erst nach der Auflösung der VVB WMW erhielten sie am 4. Oktober 1952 die volle juristische und wirtschaftliche Selbständigkeit. [283]

Der VEB Werkzeugmaschinenfabrik Berggießhübel war von 1952 bis 1953 Betriebsteil des VEB Drehmaschinenwerk Freital und wurde mit der Auflösung dieses Betriebes am 31. Dezember 1953 ebenfalls ein juristisch und wirtschaftlich selbständiger Betrieb.

Analog der Vervollkommnung der staatlichen Wirtschaftsleitungen veränderte auch der FDGB seine Organisationsstruktur. Auf einer Konferenz des Bundesvorstandes des FDGB und des Zentralvorstandes der IG Metall am 14. und 15. Juli 1951 in Chemnitz (heute Karl-Marx-Stadt) wurde beschlossen, in den Betrieben Gewerkschaftsgruppen, Gewerkschaftsaktive und Kommissionen zu bilden. [284]

Genosse Arno Schimang, 1951 als parteiloser Arbeiter bei den Gewerkschaftswahlen zum Vorsitzenden der BGL gewählt, sagte, daß der Beschluß der Chemnitzer Konferenz auch im VEB Hille-Werke zur Entfaltung der innergewerkschaftlichen Demokratie und zur Erhöhung der Mitarbeit der Gewerkschaftsmitglieder beigetragen hat. „Es war nicht so einfach“, betonte er, „für die vielen neuen Aufgaben Funktionäre zu gewinnen. Nicht nur, daß im Betrieb Gewerkschaftsgruppen gebildet wurden, sondern auch bei der BGL entstanden Kommissionen, unter anderem für Arbeit und Löhne, Arbeitsschutz, kulturelle Massenarbeit, Arbeit unter den Kindern, Wettbewerb, Neuererwesen, Arbeiterversorgung und ein Rat für Sozialversicherung. Die Gewinnung der Funktionäre, wobei wir aktive Unterstützung von der Parteiorganisation der SED erhielten, war aber nur die eine Seite. Die viel schwierigere bestand jetzt darin, daß wir einerseits als BGL lernen mußten, die vielen Gewerkschaftsgruppen und Kommissionen richtig anzuleiten, und andererseits mußten die Gewerkschaftsgruppen und Kommissionen selbst erst Erfahrungen sammeln, wie am besten die gewerkschaftliche Arbeit im Interesse der Werktätigen zu organisieren war. Besonderes Augenmerk legten wir darauf, in den monatlichen Gewerkschaftsaktivtagungen unsere Funktionäre zu schulen und sie ständig über den Stand im Wettbewerb zu informieren.“ [285]

Als ein wichtiger Meilenstein für die politische und ökonomische Entwicklung kann die 6. Tagung des Zentralkomitees der SED im Juni 1951 angesehen werden. Ausgehend von der neuen Situation in Westdeutschland, wo der deutsche Imperialismus zum erstenmal nach dem Kriege mit einem eigenen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Programm auftrat, wurden die Aufgaben der friedliebenden demokratischen Kräfte fixiert.

Mit den auf der 6. Tagung des Zentralkomitees ausgearbeiteten ökonomischen Maßnahmen wurden wichtige Voraussetzungen dafür geschaffen, daß sich der Sozialismus in der DDR später auf eigenen Grundlagen entwickeln konnte. [286] Als wichtigste Aufgaben wurden vom Zentralkomitee die „Anwendung des Prin-

zips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in jedem Betrieb und die Einführung des allgemeinen Vertragssystems sowie die Weiterentwicklung der Kontrolle der volkseigenen Wirtschaft durch die Mark“ [287] für alle Grundorganisationen der SED in den Betrieben genannt.

Die Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung

Am 1. Januar 1951 wurde die wirtschaftliche Rechnungsführung in den volkseigenen Betrieben gesetzlich eingeführt. Die Betriebe erhielten eigene Anlagen- und Umlaufmittelfonds, mußten selbständig wirtschaften und in eigener Verantwortung abrechnen. [288]

Genosse Henke sagte dazu: „Bis 1951 erstreckte sich der Plan der sozialistischen Betriebe in erster Linie auf die Warenproduktion. Mit der Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung am 1. Januar 1951 wurde mit der Methode der planmäßigen Wirtschaftsführung begonnen, die die Kosten und Ergebnisse der Produktion in Geld ausdrückte und gegenüberstellte, das heißt, es wurden ab diesem Zeitpunkt in den sozialistischen Betrieben die ersten Finanzpläne aufgestellt mit dem Ziel, die zu tätigen Ausgaben durch Einnahmen, das heißt Erlöse aus der Produktion, zu decken und das Rentabilitätsprinzip in den Betrieben durchzusetzen.

Hemmend hierbei war, daß sich die Kostenrechnung in den Betrieben damals im Anfangsstadium befand und die Preise der Erzeugnisse aufgrund der Preis-Stop-Verordnung zum Teil noch auf Festlegungen aus dem Jahre 1944 basierten.

Hinzu kam, daß die Fertigung damals unter schwierigsten Bedingungen mit hohem Aufwand erfolgte und in manchen Fällen keineswegs von einer rationellen Fertigung gesprochen werden konnte, so daß Kosten und Erlöse nicht im Einklang standen und erst nach und nach die Kosten abgebaut und korrekte Preise gebildet werden konnten.

Auch fehlten zur damaligen Zeit bei vielen Leitern die wissenschaftlichen Grundlagen und Erkenntnisse der Ökonomie, so daß mit der wirt-

schaftlichen Rechnungsführung eine Qualifizierung der Leiter und Mitarbeiter begann, durch welche sie in der Folgezeit zur Durchsetzung der Prinzipien der wirtschaftlichen Rechnungsführung befähigt wurden und damit zur Steigerung der Effektivität unserer Volkswirtschaft beitrugen.“

Genosse Lenk erzählte, daß im Zusammenhang mit dem Beginn der wirtschaftlichen Rechnungsführung in allen Kollektiven darüber gesprochen wurde, wie jeder einzelne dazu beitragen könnte, größte Sparsamkeit beim Verbrauch von Material, Lohn-, von Betriebsmitteln und Gemeinkosten zu üben.

Im Jahre 1951 schlugen die beiden Parteileitungen der Betriebe VEB Alemannia und VEB Elbe-Werke der VVB vor, diese beiden Betriebe zusammenzuschließen. Mit diesem Vorschlag wollten sie die von der 6. Tagung des Zentralkomitees der SED umrissenen Aufgaben lösen helfen. Als erste Maßnahme war die räumliche Zusammenlegung der technischen und kaufmännischen Abteilungen am 2. Januar 1952 vorgesehen, um bereits dadurch den bestehenden Verwaltungsaufwand zu senken. Da die Zusammenführung der Produktionsstätten mit erheblichem Aufwand verbunden war, wurden sie erst im Jahre 1954 auf dem Gelände der Mügelner Straße 20 vereinigt. Schon mit dem Zusammenführen der Verwaltungen erhielt der Betrieb den neuen Namen „VEB Schleifmaschinenwerk Dresden“.

Allerdings brachte der Zusammenschluß in den ersten Jahren nicht den erhofften Effekt. Genosse Henke berichtete, daß zu dieser Zeit der Betrieb in erhebliche Schwierigkeiten geraten war. Verträge, die er mit der Volksrepublik China über die Lieferung von 40 neuentwickelten Flachsleifmaschinen SFW 250 x 1000 abgeschlossen hatte, konnten aufgrund von Mängeln bei der Überleitung in die Produktion nicht erfüllt werden. Auf Beschluß des Vertragsgerichts mußte der Betrieb eine Vertragsstrafe von 40 000 Mark zahlen. Um die finanziellen Schwierigkeiten zu überwinden, reichte der Betrieb einen Sanierungsvorschlag an die VVB ein. [289] Die VVB sollte für die räumliche Zusammenlegung der Verwaltung

70 000 Mark und für die der Produktion weitere 220 000 Mark zur Verfügung stellen. Der jährlich zu erwartende Nutzen wurde auf 100 000 Mark geschätzt. Für das Jahr 1952 erwartete man jedoch, daß die verwaltungsmäßige Zusammenlegung „zu einer vorübergehenden Produktionsminderung“ führen würde und daß es aller Anstrengungen bedarf, um „im Jahre der Zusammenlegung die bisherige Arbeitsproduktivität beizubehalten“.

Wie kompliziert die Lage war, geht auch daraus hervor, daß zwar das Werk II (Alemannia) die Produktion von 739 000 Mark im Jahre 1950 auf 1 299 000 Mark im Jahre 1952 erhöht hatte, aber immer noch mit Verlust arbeitete. So betrug der Verlust 1949 insgesamt 437 000 Mark, im Jahre 1950 insgesamt 140 000 Mark und 1951 immer noch 142 000 Mark. Dazu kam 1951 auch ein Verlust von 316 000 Mark im Werk I (Elbe-Werke). [290]

Eine von der VVB im Betrieb eingesetzte Arbeitsgruppe stimmte der Bereitstellung der Mittel für die Zusammenlegung zu, ging aber in ihrem Bericht auch auf die wesentlichsten Ursachen für die entstandene Lage ein. „Der Neuanlauf der Flachsleifmaschinen SFW 250 x 1000 und SFW 250 x 1500 brachte dem Betrieb erhebliche Schwierigkeiten, da die Konstruktion noch nicht fertigungsreif war und man bereits in die Serienproduktion eingestiegen ist.“ [291]

Auf der Grundlage des Berichts der Arbeitsgruppe der VVB und eines Beschlusses des Ministerrates vom 12. Juni 1952 über Maßnahmen zur Sicherung des Staatshaushaltsplanes 1952 und zur weiteren Festigung der Finanzdisziplin [292] forderte die Parteiorganisation der SED die Ausarbeitung eines Kampfplanes für das zweite Halbjahr 1952. Am 4. August 1952 wurde dieser Kampfplan für die weitere Selbstkostensenkung gemeinsam von der Parteileitung, der BGL und dem Werkleiter verabschiedet. [293]

Um die wirtschaftliche Rechnungsführung durchzusetzen und einen Erfahrungsaustausch zu entwickeln, wurde 1952 zwischen drei Werkzeugmaschinenbetrieben in Dresden-Reick mit dem ersten überbetrieblichen Leistungsvergleich begonnen. Genosse Henke, der einer gemeinsamen

Arbeitsgruppe der Betriebe VEB Feinstmaschinenbau, VEB Schleifmaschinenwerk und VEB Wissenschaftlich-technisches Büro (WTB) für Werkzeugmaschinen angehörte, unterstrich, daß diese Arbeit allen beteiligten Betrieben half, in das Wesen der wirtschaftlichen Rechnungsführung einzudringen.

Daß sich die Kollegen stärker für die Verbesserung der Produktion und des betrieblichen Ergebnisses verantwortlich fühlten, kommt auch in den vielen persönlichen Verpflichtungen im BKV 1952 zum Ausdruck. So verpflichteten sich unter anderem im VEB Feinstmaschinenbau der Kollege Fritz Fritzsche, die Mitarbeit der Produktionsarbeiter bei der Erarbeitung von technisch begründeten Arbeitsnormen zu fördern; der Genosse Helmut Neuhäuser, die Ausschubquote zu senken und die ihm übergebenen hochwertigen Meßmittel in persönliche Pflege zu nehmen; der Kollege Walsdorf, seine Werkzeugschleifmaschine in persönliche Pflege zu nehmen; der Genosse Herdler und die Kollegen Gäbler, Kuhnt und Rauchfuß, unter anderen die Kollegen Mai, Marovski und Günter Renitzsch in ihrer Tätigkeit kurzfristig zu qualifizieren. [294]

Nachdem die wirtschaftliche Rechnungsführung eingeführt worden war, sagten die Genossen Schimang und Hammerschmidt, wurde zum Beispiel auch die Wettbewerbsführung wesentlich verbessert. „Gab es bisher im Betrieb meist nur allgemeine Ziele und Aufgaben der Produktion im Wettbewerb, so wurden jetzt den einzelnen Bereichen weitere Kennziffern aus dem Plan vorgegeben.“

Mit der weiteren Durchsetzung der wirtschaftlichen Rechnungsführung und der damit verbundenen Erhöhung der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Betriebe war es erforderlich, 1952 die VVB WMW aufzulösen. Die zwei Dresdner Vorläuferbetriebe wurden direkt der Hauptverwaltung des Ministeriums unterstellt. Für den Betrieb Berggießhübel wurde die Leitung der Hauptverwaltung erst mit der Auflösung des Drehmaschinenwerkes Freital am 1. Januar 1954 zuständig.

Im Jahre 1952, nachdem der VEB Hille-Werke der Hauptverwaltung des Ministeriums unter-

stellt worden war, wurde auf Beschluß der Parteiorganisation der SED des VEB Hille-Werke die bisherige Betriebsbezeichnung in „VEB Feinstmaschinenbau Dresden“ verändert.

Die Aufgaben für den VEB Feinstmaschinenbau waren im Jahre 1952 gegenüber 1951 wesentlich größer geworden. So stiegen 1952 wichtige Kennziffern im Vergleich zu 1951 folgendermaßen:

Ist	1951	Plan 1952
Warenproduktion	2 732 800 Mark	5 981 245 Mark
Arbeitsproduktivität je Produktionsarbeiter	10 930 Mark	12 281 Mark
Arbeitsproduktivität je Beschäftigter	6 900 Mark	8 460 Mark
Arbeitskräfte: Produktionsarbeiter	250	487
Arbeitskräfte gesamt	396	707 [295]

In allen Bereichen des Betriebes gab es Diskussionen über die Mittel und Wege, die sichern sollten, dieses hohe Ziel zu erreichen. Ergebnis dieser Diskussionen war, daß viele gute Vorschläge in den BKV 1952 aufgenommen werden konnten. Darunter befanden sich zum Beispiel solche Festlegungen:

Der Werkleiter verpflichtet sich, in der mechanischen Abteilung die Voraussetzungen zur Einführung persönlicher Konten zu schaffen.

Bis 30. September 1952 werden Maschinenbücher eingeführt, in denen der technische Zustand der Maschinen und die jeweils durchgeführte Reparatur festzuhalten sind. Mit diesen Maschinenbüchern sollten die technischen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, die Maschinen in persönliche Pflege zu nehmen.

Nach den Erfahrungen der Neuerer Rubbel und Naumann ist im Betrieb der Plan der Rationalisatoren zu entwickeln.

Die BGL führt die Produktionsberatungen 14-täglich und setzt durch, daß die Protokolle der gewerkschaftlichen Produktionsberatungen innerhalb einer Woche von den staatlichen Leitern ausgewertet werden.

Bis zum 31. Oktober 1952 wird die Abrechnung nach der Losinsky-Opitz-Methode verbessert.

Die BGL verstärkt die ständige ideologische Aufklärungsarbeit in den Arbeitskollektiven und Gewerkschaftsgruppen.

1952 wird im Betrieb mit dem Aufbau einer technischen Betriebsabendschule begonnen. [296]

Der planmäßige Aufbau des Sozialismus in der DDR beginnt

In den vergangenen Jahren hatte der sozialistische Wettbewerb in den Vorgängerbetrieben des VEB Mikromat einen Aufschwung genommen, wie die Genossen Schimang, Hammerschmidt, Lenk, Mate, Henke und andere berichteten. Auch die Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Angehörigen der Intelligenz hatte sich verbessert. „Nicht nur, daß sich unsere Löhne erhöhten, zeigte uns persönlich den Erfolg unserer Arbeit, sondern auch, daß im Ergebnis angestrebter Arbeit Schritt für Schritt die Preise gesenkt wurden“, sagte Genosse Schimang. Allein durch die elfte Preissenkung im Jahre 1952, mit der die Preise für Lebensmittel, Spirituosen, Textil- und Schuhwaren gesenkt wurden, erhöhte sich die Kaufkraft der Bevölkerung der DDR um 2,3 Milliarden Mark.

Darüber hinaus war die Rationierung von Textilien zum größten Teil aufgehoben worden. [297] Am 9. Juli 1952 wurde in der Berliner Werner-Seelenbinder-Halle die 2. Parteikonferenz der SED eröffnet. „Es war für uns schon Tradition geworden“, sagte Genosse Fritz Heidrich, „daß nicht nur wir Genossen, sondern alle anderen Werktätigen solche politischen Ereignisse mit großer Aufmerksamkeit verfolgten. Das, was jedoch auf der 2. Parteikonferenz beschlossen wurde, empfand ich ganz persönlich als ein Er-

gebnis des jahrzehntelangen Kampfes der Arbeiterklasse, in deren Reihe ich selbst seit 1914 kämpfte.“ [298]

Im Referat der 2. Parteikonferenz war den Delegierten der Vorschlag des Zentralkomitees der SED unterbreitet worden, mit dem Aufbau des Sozialismus in der DDR planmäßig zu beginnen. [299]

Genosse Fritz Heidrich erinnerte sich daran, daß in der Grundorganisation des VEB Feinstmaschinenbau darüber beraten wurde, wie sich das gesamte Betriebskollektiv an dem am 1. Oktober 1952 begonnenen Wettbewerb zum Aufbau der Grundlagen des Sozialismus aktiv beteiligen konnte. „Vor allem richteten wir unsere Aufmerksamkeit als Parteiorganisation und Gewerkschaft auf die Realisierung des inzwischen begonnenen Baus der Montagehallen mit Klimaanlage, der Härterei, der Putzerei und der Packerei“ [300], sagte der Genosse Heidrich.

Mit dem Bau einer 2 000 m² großen Montagefläche wurde die damals größte klimatisierte Produktionshalle in Europa errichtet. [301] Heute noch werden in dieser Halle die Koordinatenbohrmaschinen montiert. Auch die Halle, in der heute die Gewindeschleifmaschine (GSU) produziert wird, entstand in den Jahren 1952 und 1953. Im November 1952 wurden die Gußputzerei, die Härterei und die Packerei fertiggestellt. [302]

Auch die Jugend des Betriebes brachte ihren Willen zum Ausdruck, aktiv am Aufbau des Sozialismus mitzuarbeiten. Die erste Jugendbrigade wurde gebildet, die den Namen des am 11. Mai 1952 in Essen von der westdeutschen Polizei ermordeten Philipp Müller erhielt und unter der Leitung des Genossen Herbert Hennig arbeitete. In den Jahren 1952 bis 1958 hat diese Jugendbrigade zum Beispiel bei den Schwenkhülsen für die Koordinatenbohrmaschinen die Arbeitsproduktivität um 80 Prozent gesteigert und die Selbstkosten um 43 Prozent gesenkt. [303] Im Jahre 1952 wurde auch vom VEB Feinstmaschinenbau das erste Kinderferienlager eingerichtet. Bis heute haben die jährlichen Kinderferienlager ihre gute Tradition behalten und bieten jährlich vielen Kindern der Betriebsangehörigen erlebnisreiche und frohe Stunden. Die



Genosse Herbert Hennig (rechts), Delegierter des IV. Parteitag der SED, im Gespräch mit Mitgliedern der Jugendbrigade „Philipp Müller“

Endmontage der Einständerkoordinatenbohrmaschine BKoE 315 x 500 in der klimatisierten Produktionshalle



Werkträgigen des VEB Feinstmaschinenbau stellten bis 1958 für diese Kinderferienlager 58 074 Mark zur Verfügung. [304]

„Vor allem bei der Ausarbeitung des BKV 1953 spürten wir, mit wieviel Ideenreichtum sich unsere Kollegen an diesen Aussprachen beteiligten und wertvolle Vorschläge zur Lösung unserer gemeinsamen Aufgaben unterbreiteten“, meinte der Genosse Schimang, indem er an die Monate nach dem historischen Beschluß der 2. Parteikonferenz der SED zurückdachte.

Im VEB Feinstmaschinenbau war für 1953 vorgesehen, die Bruttoproduktion um 28 Prozent und die Arbeitsproduktivität um 21 Prozent zu steigern. Die Belegschaft stellte sich das Ziel, den Anteil der TAN von 50,8 Prozent auf 60 Prozent zu erhöhen und die Zahl der im Leistungslohn Beschäftigten auf 80 Prozent zu steigern. Die persönlichen Konten sollten auf 50 erhöht werden. Statt 14 Selbstkontrolleure sollte es im Jahre 1953 schon 20 geben. In der Dreherei, Langhobelei, Horizontalbohrerei, Fräserei und Schleiferei wurde ein Wettbewerb um den Titel „Bester Facharbeiter“ geführt.

Um die Arbeit der staatlichen Leiter im Betrieb zu verbessern, wurde festgelegt, daß alle Mitglieder der Werkleitung 14tägig an Produktionsberatungen teilzunehmen hatten. Da man die Qualifizierung als eine wichtige Voraussetzung für die Steigerung der Arbeitsproduktivität ansah, wurde 1953 die technische Betriebsschule eröffnet. Der Betrieb stellte zum Beispiel auch 3 430 Mark für Arbeitsschutzmittel und Kleidung und weitere 1 300 Mark für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zur Verfügung. [305]

Die im Wettbewerb zum Aufbau der Grundlagen des Sozialismus entwickelten Initiativen

hatten sichtbare ökonomische Ergebnisse. In der Zeit von Januar bis März 1953 konnten im VEB Feinstmaschinenbau durch Normzeitsenkung 56 000 Mark eingespart werden. In der gleichen Zeit erhielt das Büro für Neuererwesen 60 Verbesserungsvorschläge, davon konnten 50 mit einem Nutzen von 12 000 Mark realisiert werden. [306] Vom 1. April bis zum 18. August 1953 wurden weitere 55 Verbesserungsvorschläge eingereicht, von denen 36 mit einem ökonomischen Nutzen von 14 800 Mark realisiert wurden. [307]

In der ersten Hälfte des Jahres 1953 war in der DDR zeitweilig eine besonders schwierige Situation entstanden, die daraus resultierte, daß unter den Bedingungen der Spaltung Deutschlands komplizierte Probleme gelöst werden mußten, für deren Bewältigung es keine Erfahrungen gab. Die reaktionärsten und aggressivsten Gruppen des westdeutschen und amerikanischen Imperialismus verstärkten ihre Agenten- und Spionagetätigkeit. Das Zentralkomitee der SED legte eine Reihe von politischen und ökonomischen Maßnahmen fest, um die aufgetretenen Schwierigkeiten zu überwinden. Vor allem die Beschlüsse des Politbüros und des Ministerrates vom 9. Juni und 11. Juni 1953, die damals als „Politik des neuen Kurses“ bezeichnet wurden, dienten diesem Ziel.

Da die Imperialisten angesichts dieser klaren Politik der Partei und Regierung der DDR befürchteten, ihr Spiel endgültig zu verlieren, beschlossen sie, den seit langem vorbereiteten Tag X, den konterrevolutionären Putsch gegen die DDR, beschleunigt auszulösen.

Am 17. Juni 1953 gelang es Agenten der westlichen Geheimdienste und anderen gekauften Subjekten, hauptsächlich von Westberlin aus massenhaft in die Hauptstadt und in einige Bezirke der DDR eingeschleust, in Berlin, Dresden und in anderen Orten der Republik Werkträgige zur Arbeitsniederlegung und zu Demonstrationen zu verleiten. [308]

An diesem Tag erklärten auch im VEB Feinstmaschinenbau irreführte Arbeiter den Kommunisten Aust und den Parteilosen Schimang für „abgewählt“. „Der ‚demokratisch‘ eingesetzte neue zweite Vorsitzende der BGL, Lehmann,

forderte: „Am 17. Juni geht alles auf die Straße! Eine neue Ordnung. . . Das also war es! Die Arbeiter griffen sich an den Kopf. Ihre volkseigenen Betrieb zurück an den Unternehmer, zurück an die Kriegsgewinnler Hille und Konsorten? Na wartet!

Schnell räumten die Arbeiter mit dem Spuk auf. Und Lehmann? Er verschwand sehr schnell zu seinen Auftraggebern an den Rhein. Genosse Aust und Arno Schimang führten ihre Gewerkschaftsarbeit weiter. Für Arno Schimang war der Anschlag der Feinde auf unseren jungen Staat der letzte Anstoß zu seinem Entschluß: „Bitte, nehmt mich in die Reihen der Partei auf. Ich habe meine Verantwortung begriffen!“ [309]

Auch die Arbeiter im VEB Schleifmaschinenwerk hatten sehr schnell begriffen, für wessen Ziele sie mißbraucht werden sollten. Es waren hier solche Genossen wie Rudi Hahn, die den Werktätigen noch am selben Tag die wahren Hintergründe dieses konterrevolutionären Putsches erklärten.

Im Verlaufe von 24 Stunden war der konterrevolutionäre Putsch zur Veränderung der sozialistischen Ordnung in der DDR zusammengebrochen. Die Mehrheit der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen stand zur Arbeiter- und Bauern-Macht und durchkreuzte damit die Pläne der Imperialisten.

Um die Arbeits- und Lebensbedingungen weiter zu verbessern, stand im ersten Halbjahr 1953 die Produktion von Massenbedarfsgütern im Mittelpunkt der wirtschaftlichen Aufgaben. Obwohl die Walzwerker von Hettstedt ein beachtliches Beispiel für alle Betriebe gaben, indem sie Bestecke, Milchkannen, Aluminiumschüsseln, Töpfe und andere Waren aus Produktionsabfällen herstellten, [310] entwickelten sich in den Vorläuferbetrieben des VEB Mikromat dazu noch keine Initiativen. Einige von der Betriebsparteiorganisation der SED geführte Diskussionen veranlaßten die Werkleitung im VEB Feinstmaschinenbau, den Genossen Hammerschmidt in der Werkleitungssitzung am 2. November 1953 zu beauftragen, einen Wettbewerb über die Aufnahme der Konsumgüterproduktion zu organisieren. Dieser Wettbewerb sollte in den Produktionsberatungen erörtert werden.

Als erster Preis für realisierbare Vorschläge waren 75 Mark, als zweiter Preis 50 Mark und als dritter Preis 25 Mark von der Werkleitung zur Verfügung gestellt worden. [311]

Erst 1955 waren die Vorbereitungen für die Aufnahme der Konsumgüterproduktion abgeschlossen. Man begann, monatlich 3200 Kleinkaffeemöhlen herzustellen. Ab 30. Juni 1955 waren es monatlich 5000 Stück. [312] Da sich beim Pressen der Grundkörper Schwierigkeiten ergaben, gab es Verzögerungen in der Produktion, so daß der vorgesehene Plan 1955 nicht erfüllt wurde. [313]

Der VEB Schleifmaschinenwerk nahm im Jahre 1955 ebenfalls die Produktion von Konsumgütern auf. Als erstes wurden etwa 1000 Spielzeugdampfmaschinen hergestellt.

Der IV. Parteitag der SED – 1954, das Jahr der großen Initiative

Am 29. September 1953 verpflichtete sich die Weberin Frida Hockauf aus Zittau unter der Losung „So wie wir heute arbeiten, wird morgen unser Leben sein“ [314] im IV. Quartal 1953, 45 Meter Stoff bester Qualität mehr zu weben. Das war für die Mitglieder der Brigade des Genossen Bruno Herdler in der Abteilung Anlaß, ihre Normzeiten zu verändern und die Arbeitsproduktivität zu steigern. „Das Beispiel der Brigade Herdler“, so sagten die Genossen Hammerschmidt und Schimang, „stand immer wieder im Mittelpunkt der Diskussion in den Kollektiven.“ [315]

Nach gründlicher Diskussion in allen Gewerkschaftsgruppen konnte folgende Formulierung in den BKV 1954 aufgenommen werden: „Die Initiative der Kollegin Frida Hockauf soll auch uns beispielgebend sein; nach deren Vorbild wollen wir konkrete, persönliche Verpflichtungen abschließen und damit unseren Plan schneller und besser erfüllen helfen.“ [316]

Die im Wettbewerb erzielten Ergebnisse ermöglichten es, im Oktober 1953 den Produktionsplan um zusätzlich zehn Zweiständerkoordinatenbohrmaschinen BKoZ 750 x 1100 zu erhöhen. [317]



Mitglieder der Brigade des Genossen Bruno Herdler
(Dritter von links)

Auch die technische Intelligenz erreichte im sozialistischen Wettbewerb an der Seite der Arbeiter und gemeinsam mit ihnen beachtliche Erfolge bei der Einführung neuer Erzeugnisse. 1953 begann die Konstruktion einer neuen Zweiständerkoordinatenbohrmaschine BKoZ 800 x 1250. Schon in den Jahren 1951 und 1952 waren für den VEB WEMA Plauen und den VEB WEMA Saalfeld Gestelle für Bohreinheiten BE 6/10/16/25/40/63/100 und Hülsenbohrereinheiten BE 4/6/10/16, für den VEB WTB Dresden eine Tieflochbohrmaschine BWT 160 x 2500 und für den VEB Maschinenfabrik Köthen zwei Sondermaschinen aus Bohreinheiten BE 25 und eine Tieflochbohrmaschine für Kurbelwellen entwickelt worden. 1953 begann man mit der Konstruktion von Rundtischeinheiten für die Sondermaschinen 315/500/800/1250 und von zwei Rundtischschaltmaschinen für den VEB WEMA Plauen und für den VEB WTB Dresden.

Die Weiterentwicklung der Optischen Profilschleifmaschine SWPO 50 begann 1952 im VEB Schleifmaschinenwerk, die 1953 in die

Produktion überführt wurde. Für den VEB „John Schehr“, Meuselwitz, erarbeiteten Konstrukteure von 1952 bis 1955 die Baureihe der Waagerechttinnenräummaschinen RW 5, RW 10, RW 20 und RW 40.

Für denselben Betrieb begann man 1952 die Baureihe der Senkrechtnutzenziehmaschinen ZiNS 25, ZiNS 50 und ZiNS 100 zu konstruieren, die 1955 abgeschlossen werden konnte.

Weitere Neuentwicklungen des VEB Schleifmaschinenwerkes waren:

die Senkrechtfachschleifmaschine SFS 315 x 1500 in der Zeit von 1953 bis 1955;

die Baureihe der Senkrechtfachschleifmaschine SFS in sechs verschiedenen Größen für den VEB WEMA Aschersleben in der Zeit von 1953 bis 1956/57;

die Zahnradlappmaschine für zylindrische und kegliche Verzahnungen ZLZK 500 in der Zeit von 1953 bis 1955 für den VEB Modul Karl-Marx-Stadt;

die spitzenlose Polier- und Rundschleifmaschine SAPSL 125 im Jahre 1952 für den VEB Transformatoren und Röntgenwerk Dresden;

die Sonderdoppelplanschleifmaschine SFXPWD im Jahre 1953 für den VEB Federnwerke Zittau;

die Baureihe von Räumwerkzeughaltern (Spannvorrichtungen für die Räumwerkzeuge in Räummaschinen) in der Zeit von 1954 bis 1955 für den VEB „John Schehr“, Meuselwitz;

Sondereinrichtungen für die Senkrechtnutziehmaschinen ZiNS in den Jahren 1954 und 1955 für den VEB „John Schehr“, Meuselwitz; die Universal-Räumwerkzeug-Schleifmaschine SWRU 250 von 1954 bis 1958 für den VEB „John Schehr“, Meuselwitz;

die Senkrecht-Rundtisch-Flachschleifmaschine SFRS 400 und 500 von 1954 bis 1958 für den VEB WEMA Aschersleben;

die Zahnradräummaschine ZRX 70 für Stirnräder bis 7 000 mm Durchmesser und Modul 50 von 1954 bis 1957 für den VEB Schwermaschinenbau Magdeburg als Gemeinschaftsentwicklung mit dem VEB Modul Karl-Marx-Stadt, der den Werkzeugträgerteil konstruierte; die Zahnradlaufprüfmaschine für zylindrische und keglige Verzahnung von 1954 bis 1957 für den VEB Modul Karl-Marx-Stadt.

Am 22. Oktober 1953 riefen die Werktätigen des VEB Kunstfaserwerk „Wilhelm Pieck“ in Schwarzra die Werktätigen in den volkseigenen Betrieben auf, im Massenwettbewerb des IV. Quartals 1953 die Voraussetzungen dafür zu schaffen, das Jahr 1954 zum „Jahr der großen Initiative“ zu machen. [318]

Nach zahlreichen Aussprachen zum Entwurf des BKV 1954 im VEB Feinstmaschinenbau, in denen besonders die Genossen der Grundorganisation der SED aktiv auftraten, nahmen die Vertrauensleute folgende Formulierung in den BKV auf: „Der Aufruf des VEB Kunstfaserwerk ‚Wilhelm Pieck‘ ist auch für unseren Betrieb eine große Verpflichtung.“ [319]

Der Aufruf der Kunstfaserwerker zeigte bald erste Ergebnisse im Betrieb: Der Produktionsplan 1953 konnte mit 107 Prozent erfüllt werden. [320] 185 Verbesserungsvorschläge wurden im IV. Quartal 1953 eingereicht, von denen 133 realisiert wurden. [321]

Im September waren die neuen Montagehallen im wesentlichen fertiggestellt, so daß mit der Produktion begonnen werden konnte. [322]

Auch auf dem Gebiet der Arbeits- und Lebensbedingungen tat sich etwas. Auf Initiative der

Genossen Fritz Winkler und Rudolf Förster wurde am 28. November 1953 die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaft (AWG) gegründet. [323] Bis heute hat die AWG ihre Bedeutung für die Schaffung von Wohnraum für die Betriebsangehörigen behalten. Im Jahre 1964 vereinigten sich die AWG des Betriebes und die AWG der Technischen Universität „Glück auf“. Von Ende 1953 bis heute erhielten 204 Familien unserer Betriebsangehörigen eine neue Wohnung.

Der Aufbau der Grundlagen des Sozialismus stellte hohe Anforderungen besonders an die Arbeiterklasse. Es galt deshalb, solche Bedingungen zu schaffen, daß die Arbeiterklasse immer mehr ihrer führenden Rolle beim Aufbau des Sozialismus gerecht werden konnte. Auf Vorschlag des Präsidiums des Bundesvorstandes des FDGB beschloß deshalb die Regierung der DDR am 10. Dezember 1953 eine Verordnung über die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und der Rechte der Gewerkschaften. [324]

Genosse Arno Schimang, der damals zum BGL-Vorsitzenden gewählt worden war, erzählte, welche große Resonanz diese Verordnung in den Gewerkschaftsgruppen des Betriebes ausgelöst hatte. In allen Gewerkschaftsgruppen organisierte die BGL Aussprachen und löste damit weitere Initiativen im Wettbewerb aus.

Am 17. Dezember 1953 beriet die Gewerkschaftsgruppe 2 des VEB Feinstmaschinenbau und kam zu dem Schluß, daß die Maßnahmen dieser Verordnung für die ganze Gewerkschaftsgruppe „Anlaß sein mußten, mit noch größerem Elan an die Erfüllung der Aufgaben heranzugehen“ [325]. Sie beschlossen, den BKV-Entwurf gründlich vorzubereiten und zu beraten und zusätzlich freiwillige Aufbaustunden zu leisten.

Das war auch ein Ergebnis der guten Zusammenarbeit zwischen der BPO der SED und der Gewerkschaft. Die Grundlage für den Wettbewerb stellten die Abschnitts- und Brigadepläne, die den Brigaden übergeben wurden, dar. Darin waren die wichtigsten von der Brigade zu beeinflussenden Kennziffern eingetragen. Auf diese Weise war es jedem einzelnen besser mög-

lich, die Leistungen des Arbeitskollektivs zu verfolgen. Regelmäßig wurde über den Stand des Wettbewerbs beraten. So stellten zum Beispiel die Teilnehmer einer solchen Beratung, unter ihnen die Genossen Grahle, Hofmann, Weigelt, Hennig, Walter, Neuhäuser und die Kollegen Bär und Knetsch, fest, daß die Betriebsabrechnungsunterlagen noch nicht in allen Brigaden vorlagen. [326] Sie forderten deshalb von der Betriebsleitung, daß allen Brigaden unverzüglich die entsprechenden Unterlagen übergeben werden.

Die im Jahre 1953 im VEB Feinstmaschinenbau erzielten Erfolge waren nicht zuletzt auf eine bessere Wettbewerbsführung zurückzuführen.

Ausgehend von den Ergebnissen und den Erfahrungen des Jahres 1953, konnten in den Betriebskollektivverträgen neue Vereinbarungen getroffen werden, die der weiteren Verbesserung der Arbeit dienten. Im BKV des VEB Feinstmaschinenbau wurde unter anderem vereinbart, die Bruttoproduktion gegenüber 1953 um 26 Prozent zu erhöhen, die Brigadeabrechnung in allen Abteilungen und Brigaden des Betriebes durchzusetzen und monatlich den „Tag des sowjetischen Neuerers“ zu begehen. Zur Verbesserung des Arbeitsschutzes wurden 41 000 Mark zur Verfügung gestellt. [327]

Der Anfang des Jahres 1954 war in den Vorgängerbetrieben mit umfassenden Aussprachen zur Vorbereitung des IV. Parteitag der SED verbunden. [328] Alle Kollektive wurden aufgerufen, mit abrechenbaren Verpflichtungen den IV. Parteitag der SED vorzubereiten. Im VEB Feinstmaschinenbau führte jedoch eine ungenügende Führungsarbeit der Parteiorganisation der SED dazu, daß noch im März aus keinem Kollektiv Verpflichtungen vorlagen. [329] Nach Einschätzung der Situation wurden durch Initiative der Parteiorganisation der SED verstärkt im Wettbewerb Fragen der Qualitätsarbeit in den Mittelpunkt gestellt. Im Mai konnte erstmalig der Ausschuß gegenüber dem Vorjahr gesenkt werden. [330]

Zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen wurde die Verpflichtung übernommen, bis zum 1. Mai 1954 die bestehende HO-Verkaufsstelle zu vergrößern, um damit

bessere Möglichkeiten für die Arbeiterversorgung zu schaffen. [331]

In Auswertung des IV. Parteitag der SED organisierten die Grundorganisationen umfassende Aussprachen. Im VEB Feinstmaschinenbau fand am 21. Mai 1954 eine öffentliche Parteiversammlung der SED statt, [332] in der die weiteren Aufgaben, insbesondere für das Jahr 1954, herausgearbeitet wurden. Im Betrieb lenkten die Parteiorganisation der SED und die BGL ihre Aufmerksamkeit vor allem auf die weitere Verbesserung der Produktionsberatungen, zeigte sich doch gerade in ihnen die gewachsene Bereitschaft der Belegschaft, aktiv an der Lösung der Planaufgaben mitzuwirken. „Wir haben uns nicht nur damit zufriedengegeben, daß von der Betriebsleitung für das Jahr 1954 monatlich ein Plan zur Durchführung der Produktionsberatungen aufgestellt und der BGL unterbreitet wurde“ [333], sagte Genosse Schimang, „sondern wir legten auch fest, welche Wirtschaftsfunktionäre vor welchen Kollektiven aufzutreten hatten. Gründlich werteten wir die Protokolle der Produktionsberatungen in der BGL aus und forderten deren Auswertung auch im Kollektiv der Werkleitung. Die damals von uns gesammelten Erfahrungen sollten vor allem heute von der BGL genutzt werden, um die ständigen Produktionsberatungen im Betrieb auch weiter zu verbessern.“

Die 21. Tagung des Zentralkomitees der SED im November 1954, die auf die weitere Durchsetzung des Sparsamkeitsregimes, die weitere Durchdringung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus, die weitere Verbesserung der wirtschaftlichen Rechnungsführung und die Herstellung der Rentabilität der Betriebe orientierte, war eine große Hilfe für die Ausarbeitung des Planes 1955 und die Ausarbeitung des BKV. [334]

Die Parteiorganisation der SED im VEB Feinstmaschinenbau analysierte gründlich die Lage und untersuchte vor allem die Ursachen des Zurückbleibens auf einigen Gebieten. Es wurde kritisiert, daß einige Wirtschaftsfunktionäre eine Trennung zwischen den politischen und den fachlichen Aufgaben vornahmen: „Ein Teil der Wirtschaftsfunktionäre geht nur von der fachlichen

Seite an seine Aufgaben heran“ [335]. Um die Leitungstätigkeit der Meister zu verbessern, erhielt der damalige Obermeister, Kollege Fritz Fritzsche, den Auftrag, im November 1954 mit einem „Meisterwettbewerb“ zu beginnen. Mit der Verbesserung der Leitungstätigkeit sollte damit auch ein Leistungsvergleich der Arbeitsergebnisse der einzelnen Kollektive verbunden sein. [336]

Mit der Belegschaftsversammlung zur Deklaration des Weltfriedensrates vom 18. November 1954 in Stockholm unter der Losung „Nie wieder deutschen Militarismus“ [337] wurde am 8. Dezember 1954 in der Montagehalle des Betriebes eine umfangreiche Diskussion in den Arbeitskollektiven zu der sich in Westdeutschland vollziehenden, verhängnisvollen Entwicklung eingeleitet. Bereits vorher war eine Welle des Protestes gegen den am 23. November 1954 in Westdeutschland begonnenen Prozeß zum Verbot der KPD durch den Betrieb gegangen. [338]

Besonderer Höhepunkt in Auswertung des IV. Parteitagess der SED und der 21. Tagung des Zentralkomitees der SED war im VEB Feinstmaschinenbau jedoch die erste ökonomische Konferenz des Betriebes am 12. Dezember 1954. Der damalige BGL-Vorsitzende, Arno Schimang, schätzte ein, daß es bereits bei der Vorbereitung und während der Konferenz so lebhafte und konstruktive Diskussionen gab, wie das vorher noch nie in einer Belegschaftsversammlung zu verzeichnen war. [339]

Das besondere Anliegen dieser ersten ökonomischen Konferenz bestand darin, die Aufgaben herauszuarbeiten, die vom Betriebskollektiv bei der Erfüllung der Planaufgaben 1955 zu bewältigen waren, und eine umfassende Initiative im Betrieb auszulösen. Aufgrund der komplizierten Lage, speziell in der mechanischen Fertigung,

wurde der Grundsatz aufgestellt: „Alles in die mechanische Abteilung, zugunsten des Vorlaufes, um die Unterhänge, die dort zu verzeichnen sind, auszugleichen.“ [340] Es wurde die konkrete Aufgabe gestellt, 14 Kollegen aus der Montage für die Arbeit in der mechanischen Abteilung zu gewinnen. Auf der Konferenz konnte festgestellt werden, daß von Januar bis November durch Verbesserungsvorschläge 69 000 Mark Einsparungen erzielt worden waren, davon allein 14 000 Mark durch Anwendung von Neuerermethoden. [341]

1954 war durch die Anstrengungen der Belegschaftsangehörigen die Produktion gegenüber dem Vorjahr um 31 Prozent gesteigert worden. [342]

Der VEB Werkzeugmaschinenfabrik Berggießhübel hatte sich, nachdem der Betrieb volkseigen geworden war, sehr gut entwickelt. 1954 wurden in diesem Betrieb Leit- und Zugspindeldrehmaschinen der Type DLZ 350 und Einzel- und Ersatzteile produziert. Dazu kamen noch Reparaturleistungen für den Schwermaschinenbau.

Hervorgerufen durch die Initiative der Parteiorganisation der SED, entwickelte sich eine umfassende Hilfsaktion für das um seine Freiheit kämpfende koreanische Volk. Zusätzlich wurden in den Jahren 1953 und 1954 je eine Drehmaschine produziert und dem koreanischen Hilfsausschuß vom Betriebskollektiv als Geschenk überreicht.

Diesem Beispiel folgten bald andere Betriebe des Kreises Pirna.

1954 wurde von dem VEB WEMA Köthen die Fertigung von Innengewindeschneidemaschinen GI 8 und GI 16 übernommen. Ebenfalls 1954 wurde in das Fertigungsprogramm die Produktion von Offsetdruckmaschinen und Maschinen für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie aufgenommen.

1956 bis 1961

Der Beginn des zweiten Fünfjahrplanes (1956 - 1960)

Die DDR entwickelte sich in den Jahren des ersten Fünfjahrplanes zu einem starken sozialistischen Land, zu einer festen Bastion des Friedens und des Fortschritts in Europa, zu einem gleichberechtigten Staat innerhalb des sozialistischen Weltsystems. Sie erlangte ihre volle Souveränität und erwarb sich hohes internationales Ansehen. Das wohl wichtigste Ergebnis der Entwicklung in der DDR bestand darin, daß die Arbeiterklasse zur anerkannten und führenden Kraft der Gesellschaft geworden war. Die Arbeiterklasse hatte es gelernt, Staat und Wirtschaft zu leiten. Durch die Hilfe und Unterstützung der Sowjetunion und der volksdemokratischen Staaten konnte das vom III. Parteitag und von der 2. Parteikonferenz der SED ausgearbeitete Programm verwirklicht werden. Der Plan der Industrieproduktion wurde im Verlaufe des ersten Fünfjahrplanes mit 105 Prozent erfüllt. Das war eine Steigerung auf mehr als das Doppelte gegenüber dem Jahre 1936. Vor allem konnten eine schwerindustrielle Basis und ein leistungsfähiger Maschinenbau geschaffen werden.

Der Export der DDR stieg auf 315 Prozent, davon allein die Ausfuhr von Erzeugnissen des Maschinenbaus auf das Sechsfache. Der Lebensstandard der Werktätigen war im Zeitraum des ersten Fünfjahrplanes beträchtlich gestiegen. Die

Preise der Konsumgüter sanken um 32 Prozent, wodurch sich das Realeinkommen der Bevölkerung der DDR um mehr als 43 Milliarden Mark erhöhte. [343]

Für den VEB Feinstmaschinenbau brachte jedoch das letzte Jahr des ersten Fünfjahrplanes noch einmal große Schwierigkeiten. Die Produktion war in diesem Jahr um 11,6 Prozent niedriger geplant worden als 1954. Das hätte bedeutet, 50 Arbeitskräfte in andere Betriebe umzusetzen. Da jedoch feststand, daß 1956 eine Steigerung der Produktion um etwa 60 Prozent vorgesehen war, beließ man diese Arbeitskräfte im Betrieb, was zu einem beträchtlichen Absinken der Arbeitsproduktivität führte. Auch der Plan der Massenbedarfsgüterproduktion wurde nicht erfüllt, da es nicht gelungen war, die im Plan vorgesehenen Kfz-Ersatzteile zu produzieren. Ursache dieser Schwierigkeiten war jedoch nicht nur die vorgenommene Planreduzierung gegenüber dem Vorjahr, sondern es gab auch Mängel in der Leitungstätigkeit der Betriebsleitung und der BGL. Im Geschäftsbericht des Jahres 1955 wird unter anderem eingeschätzt: „So ist es dem Betrieb nicht restlos gelungen, die Werktätigen an die betrieblichen Aufgaben durch sozialistische Wettbewerbe heranzuführen. Grundlage für Wettbewerbe sind jedoch aufgeschlüsselte Planwerte. Nach mehrfachem Verschieben durch mangelhafte Vorbereitung konnten erst am Anfang des III. Quartals den Werkern die einzelnen Kostenstellen-

werte vorgegeben werden. Diese mußten jedoch größtenteils zurückgezogen werden, da falsche Ermittlungen zugrunde lagen.“ [344]

Auch die BGL hatte es versäumt, sich um die Produktionsberatungen und um den Wettbewerb zu kümmern. Sie beschäftigte sich ausschließlich mit sozialen Problemen.

Um die Lage zu verändern, wandte sich der Betrieb mit einem Brief an das Zentralkomitee der SED und bat um Unterstützung. Eine Arbeitsgruppe der zentralen Kontrollkommission weilte im Betrieb und half der Parteiorganisation der SED bei der Organisierung der politisch-ideologischen Arbeit. Dem Aufruf der Parteiorganisation der SED folgend, reichten viele Belegschaftsangehörige Verbesserungsvorschläge ein. Im Jahre 1955 waren es 431 Verbesserungsvorschläge, von denen 240 mit einem Nutzen von 165 100 Mark realisiert werden konnten. [345] Die Erfahrungen des Jahres 1955 fanden im BKV 1956, dem ersten Jahr des zweiten Fünfjahresplanes, ihren Niederschlag. So wurde zum Beispiel folgende Formulierung aufgenommen: „Der zweite Fünfjahrplan stellt die Aufgabe der Modernisierung, Mechanisierung und Automatisierung der Produktion, um durch die Einführung der modernen Technik die Arbeitsproduktivität ständig zu erhöhen.“ [346]

Für das Jahr 1956 war es notwendig, eine Stoßmaschine, ein Horizontalbohrwerk, eine Flachschleifmaschine, eine Außentundschleifmaschine, eine Universalfräsmaschine, eine Langhobelmaschine, ein Magnetpulverprüfgerät, vier Schwenkkräne, vier Drehmaschinen, ein Zahnradprüfgerät und zwei Urmaßstäbe einzusetzen. Bis zum 30. April wurde eine Versuchsabteilung aufgebaut.

Neben dem Einsatz neuer Maschinen ging es darum, daß sich die Betriebsangehörigen qualifizierten, vor allem, um sich Neuerermethoden anzueignen. Im Betrieb entstand die erste Aktivistenschule zur Anwendung sowjetischer Neuerermethoden in der Zentralschleiferei und an der Karusselldrehmaschine. Besonders wichtig war die Methode der Schneidengeometrie der Drehmeißel von Kolosow.

Im ersten Frauenförderungsplan des Betriebes war der Qualifizierung der Kolleginnen große

Aufmerksamkeit geschenkt worden, unter anderem wurden die Kollegin Rosemarie Lange zur Normenstatistikerin und die Kollegin Gertraude Breifeld zur Buchhalterin qualifiziert. Mit dem Abschluß des BKV 1956 entstand auch der erste Jugendförderungsplan.

Damit bei der Lösung der Aufgaben die im Betrieb gebildete Betriebssektion der Kammer der Technik noch besser wirksam werden konnte, wurde ein technisches Kabinett eingerichtet und monatlich einmal der „Tag der KdT“ durchgeführt. [347]

Am 24. März 1956 fand in Berlin die 3. Parteikonferenz der SED statt. Im Mittelpunkt der Beratung stand die „Direktive für den zweiten Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik 1956 – 1960“. Mit dem Kampf um den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse war die Aufgabe verbunden, einen Beitrag für einen dauerhaften Frieden zu leisten und mitzuhelfen, normale Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten herzustellen. Im internationalen Maßstab hatte sich inzwischen das Kräfteverhältnis weiter zugunsten des Sozialismus verändert.

Die Sowjetunion und die volksdemokratischen Staaten hatten sich zu einer festen sozialistischen Gemeinschaft zusammengeschlossen. Die Sowjetunion begann mit dem Aufbau des Kommunismus. In den meisten volksdemokratischen Ländern waren die Grundlagen des Sozialismus geschaffen. Bereits über ein Drittel der Bevölkerung der Erde und etwa 27 Prozent der industriellen Produktion entfielen auf das sozialistische Weltssystem. [348]

Für den Maschinenbau stellte der zweite Fünfjahrplan anspruchsvolle Ziele. Die Bruttoproduktion sollte um 60 Prozent, die Arbeitsproduktivität auf 150 Prozent gesteigert, und die Selbstkosten sollten um mehr als 20 Prozent gesenkt werden. [349]

In der gesamten DDR begannen die Werktätigen unter der Losung „Modernisieren, mechanisieren, automatisieren“ mit Hilfe des sozialistischen Wettbewerbs das Programm der 3. Parteikonferenz zu verwirklichen.

Vom VEB Werkzeugmaschinenfabrik Berggieß-

hübel wurde der Bau von Offsetdruck- und Nahrungsmittelmachines wieder in andere Betriebe verlagert und dafür eine Steigerung der Werkzeugmaschinenproduktion erreicht. 1956 wurde in diesem Betrieb eine Abteilung Entwicklungsbau eingerichtet, in der folgende Maschinen, bevor sie in die Produktion gingen, erprobt wurden: Innengewindeschneidmaschine GI 4, Holzschraubengewindestrehlautomat GStH, Muttergewindeschneidmaschine GXMM, Gewindeschneidautomat GAI 8 und Gewindeschneidautomat GAI 16. 1957 wurde die Drehmaschine DLZ 350 zur verbesserten Drehmaschine DLZ 355, die 1958 in die Serienproduktion übernommen werden konnte, umgestaltet.

Im VEB Feinstmaschinenbau begann in Verwirklichung der Beschlüsse der 3. Parteikonferenz die Entwicklung der neuen Baureihe der Gewindeschleifmaschinen GSU 315 x 250/500, GSS 315 x 500 und GSHW 315 x 250. Hier gelang es jedoch nicht, mit ebensowenig Zeit wie bei den Koordinatenbohrmaschinen auszukommen. Im Jahre 1958 waren die Gewindeschleifmaschinen konstruiert, der Bau der Mustermaschine war erst 1960 abgeschlossen. Erst zwei Jahre später, im Jahre 1962, begann die Serienproduktion.

Um alle Belegschaftsmitglieder für den Kampf zur Lösung der Aufgaben des zweiten Fünfjahresplanes zu gewinnen und die in den Betrieben vorhandenen Reserven zu mobilisieren, fand im VEB Feinstmaschinenbau die dritte ökonomische Konferenz statt. Auf dieser Konferenz stand die weitere Perspektive des Betriebes im Mittelpunkt. Die Teilnehmer der Konferenz unterbreiteten Vorschläge zur Ausarbeitung des Planes der technisch-organisatorischen Maßnahmen (TOM-Plan) und Vorschläge zum Plan der Normenarbeit und bestätigten diese Pläne. Auf der Grundlage dieser Pläne war vorgesehen, bis 1960 eine Einsparung von 956 000 Mark an Lohnkosten zu erreichen, im Jahre 1956 sollten 145 000 Mark eingespart werden.

Mit Hilfe von Arbeitsgruppen, die zwei Monate vor der Konferenz gebildet wurden, und mit Aussprachen in Partei- und Gewerkschaftsgruppen bereiteten die Betriebsangehörigen die dritte ökonomische Konferenz vor. [350]

Im VEB Schleifmaschinenwerk fand im September 1956 die erste ökonomische Konferenz unter Leitung des damaligen kaufmännischen Leiters, Hans Henke, statt.

1956 hatte der VEB Feinstmaschinenbau mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Erst Ende Dezember 1955 war die endgültige Entscheidung getroffen worden, den Plan im Jahre 1956 um 54 Prozent, das heißt auf 10 013 000 Mark, zu steigern. [351] Diese späte Entscheidung hatte eine ungenügende Vorbereitung des Plananlaufs zur Folge, so daß bereits mit Beginn des Jahres 160 000 Stunden Kapazität in der mechanischen Fertigung fehlten. Trotz Aufnahme von Kooperationsbeziehungen mit 39 Betrieben konnten diese Fehlstunden nicht ausgeglichen werden.

Obwohl im Jahre 1956 durch Verbesserungsvorschläge 98 400 Mark eingespart werden konnten, war die Realisierung des TOM-Planes ungenügend. Die Hauptursachen dafür, daß die Planaufgaben im Jahre 1956 nicht erfüllt wurden, waren unrythmischer Produktionsablauf und Arbeitsausschuß in Höhe von 83 000 Mark. Aufgrund der Erfahrungen aus den Jahren 1955 und 1956 forderte die Parteiorganisation der SED von der Betriebsleitung, den Plan für 1957 rechtzeitig vorzubereiten und bereits im Oktober mit allen Betriebsangehörigen zu diskutieren. [352]

Mit dem Beschluß „Zu den nächsten ökonomischen Aufgaben“ [353] analysierte das Zentralkomitee der SED auf seiner 30. Tagung die Erfahrungen des Jahres 1956 und legte Schlußfolgerungen zur Überwindung aufgetretener Schwierigkeiten dar. Eine wichtige Maßnahme war, die Qualität der Maschinenbauerzeugnisse zu verbessern und das Verhältnis von Arbeitsproduktivität und Lohn in Ordnung zu bringen. [354]

Auf der Grundlage dieser Beschlüsse berieten die Parteiorganisationen der SED im VEB Feinstmaschinenbau und im VEB Schleifmaschinenwerk gemeinsam mit vielen parteilosen Kollegen, welche weiteren Maßnahmen es in ihren Betrieben einzuleiten galt.

Im VEB Schleifmaschinenwerk kam es vor allem darauf an, die Hemmnisse, die sich bei der

Produktion der Flachsleifmaschine SFW 250 x 1000/1500 ergeben hatten, zu beseitigen. Nach gründlichen Untersuchungen wurde unter anderem festgelegt, eine genaue Montage-technologie zu erarbeiten, konstruktive Veränderungen (Verstärkung) des Schleifspindelschlittens vorzunehmen und Zeitstudien durchzuführen. [355] Im VEB Feinstmaschinenbau ging es um die weitere Verbesserung der Koordinatenbohrmaschinen, und zwar „um die verstärkte Konzentration auf Maschinen mit vorwiegend optischen Meßeinrichtungen, Möglichkeiten zum Fräsen, Drehzahlvorwahl und elektrischer bzw. mechanischer stufenloser Drehzahlregelung“ [356].

Eine wichtige Maßnahme in Auswertung der 30. Tagung des Zentralkomitees der SED sah die Parteiorganisation vor allem in der weiteren Entwicklung der sozialistischen Demokratie. Sie setzte sich mit der Unterschätzung der Produktionsberatungen durch staatliche Leiter auseinander und forderte von ihnen, die Produktionsberatungen voll zu unterstützen. Um die in den Produktionsberatungen unterbreiteten Vorschläge der Arbeiter zu erfassen und auswerten zu können, wurden im BKV alle staatlichen Leiter verpflichtet, Protokollantinnen für die Produktionsberatungen zur Verfügung zu stellen und die Protokolle gründlich auszuwerten. [357] Da sich die Rückstände in der mechanischen Fertigung ständig auf die Qualität der Erzeugnisse auswirkten, forderte die Parteiorganisation der SED, einen Planvorlauf zu schaffen, der sichern sollte, daß bis Ende 1957 in den wichtigsten Hauptgruppen, zum Beispiel Spindelstock, Schaltgehäuse und Räderkasten, Ständerbau sowie Rund- und Schwenktischbau, vom Zwischenlager produziert werden kann. Diese Forderung sollte dazu beitragen, daß die Warenproduktion gegenüber dem Vorjahr um 50 Prozent und die Arbeitsproduktivität um 10,2 Prozent gesteigert werden konnte.

Für die Verbesserung des Arbeitsschutzes stellte der Betrieb im Jahre 1957 36 000 Mark zur Verfügung. Im selben Jahr wurde ein zweites warmes Mittagessen eingeführt. [358]

Im VEB Schleifmaschinenwerk war die zweite ökonomische Konferenz am 7. Mai 1957 ein

Höhepunkt für die Entwicklung der Masseninitiative. In seinem Referat ging der Werkleiter, Genosse Zirnstein, von den Aufgaben für das Jahr 1957, das heißt Steigerung der Produktion gegenüber 1956 um 15,7 Prozent, aus. Das bedeutete, 70 Maschinen mehr als im Vorjahr zu fertigen. Der Werkleiter würdigte die Leistungen, die Arbeiter und Angehörige der Intelligenz in gemeinsamer Arbeit erreicht hatten. Sie drückten sich vor allem in einer verhältnismäßig kurzen Entwicklungszeit der Flachsleifmaschine SFW 250 x 1000/1500 aus. Um so größer fiel demgegenüber ins Gewicht, daß sich das Überleiten in die Produktion als so schwierig erwies. Gegenstand der Konferenz war auch die unkontinuierliche Produktion, ausgelöst vor allem durch den Rückstand in der mechanischen Fertigung. Sehr ernst mußte man auch den hohen Ausschub einschätzen. Wertmäßig betrug er 1956 insgesamt 94 389 Mark. Im I. Quartal 1957 war er bereits auf 30 681 Mark angestiegen.

24 Diskussionsredner, darunter die Genossen Opitz, Thürmer, Roch, Richter und die Kollegen K.-G. Richter und Rohte, ergriffen das Wort, unterbreiteten Vorschläge oder kritisierten Unzulänglichkeiten.

Die in Vorbereitung der Konferenz von der Parteiorganisation der SED und der BGL organisierten Aussprachen brachten über 100 zusätzliche Vorschläge und Hinweise für den TOM-Plan. Dieser wurde nach der Diskussion von der Konferenz bestätigt.

Mit welchen konkreten Vorschlägen Betriebsangehörige diese ökonomische Konferenz vorbereiteten und damit ihr großes Verantwortungsbewußtsein ausdrückten, bewiesen unter anderem solche Vorschläge wie die des Kollegen Radehaus und des Genossen Wagner. Kollege Radehaus schlug technologische Veränderungen vor; dadurch konnten 52,80 Mark an einer Maschine eingespart werden. Genosse Wagner erreichte eine jährliche Einsparung bei den Skalentrungen der SWPO 50 von 2970 Minuten und bei den Schraubenrädern der SFW eine jährliche Einsparung von 1728 Minuten. [359]

Es war zwar gelungen, vor allem mit Hilfe von konkreten Verpflichtungen in vielen Arbeits-

kollektiven, eine qualitativ neue Stufe in der Erarbeitung des TOM-Planes zu erreichen. Es gelang jedoch noch nicht, die sich entwickelnden Initiativen auf alle Kollektive gleichermaßen zu übertragen, so daß die Aufgaben, die im TOM-Plan gestellt wurden, nicht voll erfüllt werden konnten. [360]

Auch im VEB Feinstmaschinenbau gab es ernsthafte Rückstände in der Erfüllung des TOM-Planes. Von der für 1957 vorgesehenen Einsparung von 139 800 Mark wurden lediglich 30 000 Mark realisiert. Dieses ungenügende Ergebnis führte zu Schlußfolgerungen in der staatlichen Leitungstätigkeit. Entsprechend den im VEB Schleifmaschinenwerk gesammelten Erfahrungen bei der Einbeziehung der Belegschaft in die Ausarbeitung des TOM-Planes gelang es, daß der „TOM-Plan 1958 erstmalig unter breiterer Mitarbeit unserer Werktätigen vorbereitet wurde“. [361]

Im Sommer 1957 wurde der VEB Werkzeugmaschinenfabrik Berggießhübel von einer seit 30 Jahren nicht mehr in diesem Ausmaß aufgetretenen Hochwasserkatastrophe schwer in Mitleidenschaft gezogen. Der über die Ufer getretene Fuchsbach hatte das gesamte Werkgelände unter Wasser gesetzt. In den unteren Produktionsräumen stand das Wasser einen Meter hoch. Die reißenden Fluten hatten große Teile der Pflastersteine des Werkhofs fortgerissen. Nachdem das Hochwasser zurückgegangen war, gingen die Werktätigen mit großer Einsatzbereitschaft an die Beseitigung der Schäden und an die Instandsetzung der verschlammten Motoren und Maschinen. Nach 14 Tagen war der Betrieb wieder voll einsatzfähig. Bis zum Jahresende holte die Belegschaft den 14tägigen Produktionsverlust wieder auf.

Die Werktätigen im VEB Feinstmaschinenbau erhöhten 1957 ihre Anstrengungen, um die Klimaanlage in der Montagehalle fertigzustellen. [362] Es begann die Fertigung der Schneckenleifmaschine ZSS 315 x 24 und der Gewindeschleifmaschine GSA 250 x 250. [363]

Die gute Arbeit im Neuererwesen führte dazu, daß der Betrieb Sieger im Wettbewerb der Betriebe der Hauptverwaltung WMW wurde. Besonderer Anteil an diesem Erfolg hatten solche

Neuerer wie die Genossen und Kollegen Hennig, Kynast, Herdler, K. Hofmann, Wadewitz, Kummer, Schlüter, Domaschke und Schubert, die eine Einsparung von 42 400 Mark erzielten. Der Gesamtnutzen aus dem Neuererwesen betrug 90 300 Mark. [364]

Trotz dieser positiven Ergebnisse arbeitete der Betrieb unrentabel. Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität im Vergleich zum Durchschnittslohn war ungenügend.

Im Betrieb gab es eine starke Fluktuation. 1957 standen 252 Zugänge 253 Abgänge gegenüber. Am 22. November 1957 fand auf Vorschlag der Parteiorganisation der SED die vierte ökonomische Konferenz statt. Die Konferenz sollte vor allem dazu beitragen, daß der Betrieb 1958 wieder rentabel arbeitete. [365] Um das Hauptziel der vierten ökonomischen Konferenz zu unterstützen, faßten die Betriebsparteileitung, die BGL und die Werkleitung am 15. Januar 1958 einen gemeinsamen Beschluß, der besonders die ideologische Arbeit betraf. [366]

Auch im VEB Schleifmaschinenwerk erhöhten die Werktätigen ihre Anstrengungen, um die Aufgaben des Jahres 1957 zu bewältigen. Die Arbeiten an der Fachwerkhalle wurden beendet, und sie konnte in Betrieb genommen werden. Während sie bisher als Lagerraum genutzt wurde, konnten jetzt darin die Großbearbeitungsmaschinen aufgestellt werden. Die Werktätigen des Betriebes stellten sich das Ziel, die ersten Planparallelschleifmaschinen SFXPW 2/12 vorfristig an die Sowjetunion auszuliefern. Am 30. November 1957 verließen diese Maschinen den Betrieb.

In den Jahren 1957 und 1958 wurden weitere Mehrstation-Schalttisch-Schleifmaschinen, Sonderflachsleifmaschinen und eine Rotornutenschleifmaschine an die Sowjetunion geliefert. Diese wichtigen Exportaufträge konnten vor allem deshalb mit hoher Qualität erfüllt werden, weil unter Leitung des Kollegen Manfred Schubert erstmalig ein Baueinheitssystem geschaffen worden war.

Erstmals wurde eine Zahnradläppmaschine für Kegelräder ZLK 500 für den VEB Modul Karl-Marx-Stadt entwickelt und gebaut. Im VEB Schleifmaschinenwerk waren inzwischen wieder

beachtliche Neuentwicklungen entstanden, so zum Beispiel:

die Optische Profilschleifmaschine SWPO 80 in der Zeit von 1955 bis 1957 als Weiterentwicklung der SWPO 50,

die automatische Meßsteuerung für Flachsleifmaschinen in den Jahren 1956 und 1957, Sondereinrichtungen für Flachsleifmaschinen von 1955 bis 1958,

die Senkrechtflachsleifmaschine SFSS 125 x 300 von 1956 bis 1958,

die Sonderflachsleifmaschine SFXBr zur Bearbeitung von Bremsbelägen für den VEB Cosid Coswig in den Jahren 1955 und 1956.

Das Neuererkollektiv im VEB Schleifmaschinenwerk wurde beauftragt, die Anwendung des Abstechmeißels nach Kusowsky im Betrieb durchzusetzen.

Trotz der genannten Maßnahmen wurde jedoch der Plan der Warenproduktion 1957 nur mit 96,4 Prozent erfüllt. [367] Im VEB Feinstmaschinenbau konnte der Plan der Warenproduktion mit 101,5 Prozent erfüllt werden. [368]

Auf der Grundlage des im Februar 1958 von der Volkammer verabschiedeten Gesetzes über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparats [369] wurden Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) auf der Basis der Industriezweige gebildet. Diese neuen VVBs waren vor allem deshalb notwendig, um alle Seiten des gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesses aus der Spezifik der jeweiligen Produktionsbedingungen sachkundig zu leiten. Gleichzeitig konnten die Werktätigen besser in die Lenkung und Leitung der Produktion einbezogen werden. Gegenüber diesen neuen VVBs kann man die 1948 geschaffenen mehr oder weniger als Verwaltungsorgane bezeichnen.

Mit der Gründung der VVBs wurden der VEB Feinstmaschinenbau und der VEB Schleifmaschinenwerk der VVB WMW Karl-Marx-Stadt unterstellt. Der VEB Werkzeugmaschinenfabrik Berggießhübel, der der VVB (B) Maschinenbau Dresden zugeordnet wurde, kam erst im Jahre 1963 zur VVB WMW Karl-Marx-Stadt.

Der V. Parteitag der SED und die Gründung des VEB Mikromat Dresden

Anfang des Jahres 1958 bereiteten sich die Betriebskollektive der Vorgängerbetriebe des VEB Mikromat Dresden mit hohen Produktionsleistungen auf den V. Parteitag der SED vor. Das Kollektiv des VEB Feinstmaschinenbau übernahm zum Beispiel die Verpflichtung, im Jahre 1958 zusätzlich zum Plan weitere je fünf Einständerkoordinatenbohrmaschinen, BKoE 315 x 450 und BKoE 450 x 800 für den Export zu produzieren. [370]

Große Anstrengungen waren erforderlich, um die 1957 entwickelten zwei Hinterdrehmaschinen DH 40 x 2 und DH 60 x 3 für die VR Polen sowie die 1956 entwickelten drei Taktstraßen für den VEB Nähmaschinenwerk Wittenberge und fünf Sondermaschinen aus Bohreinheiten für den gleichen Betrieb 1958 fertigzustellen und auszuliefern.

Im VEB Schleifmaschinenwerk begann die Entwicklung von zwei Sondermaschinen. Es waren eine Waagrechtflachsleifmaschine SFWX 250 x 2100 für den VEB Maßi Werdau und eine Fräuserschleifmaschine SWF 50. Beide Maschinen wurden 1958 konstruiert und gebaut. Viel Mühe wurde darauf verwendet, noch im Mai das neue Konstruktionsgebäude im VEB Feinstmaschinenbau fertigzustellen, [371] um es im selben Jahr nutzen zu können. Heute ist hier unter anderem die HO-Verkaufsstelle untergebracht.

Um die aktive Mitarbeit der Betriebsangehörigen weiter zu fördern, wurden auf Vorschlag der Parteioorganisation der SED in den Bereichen Mechanik und Montage ständige Produktionsberatungsausschüsse gebildet. Sie sollten dazu beitragen, die Produktionsberatungen in den Arbeitskollektiven noch besser vorzubereiten, durchzuführen und auszuwerten. Diese Produktionsberatungen wurden zu einem festen Bestandteil der Arbeit der Gewerkschaften. So nahmen zum Beispiel im Jahre 1957 an 84 Produktionsberatungen 1800 Belegschaftsmitglieder teil. [372]

Am 13. März 1958 wandten sich einige Genossen und Kollegen mit einem Aufruf an das Be-

triebskollektiv des VEB Feinstmaschinenbau [373] mit der Aufforderung, zu Ehren des V. Parteitages alle Reserven zu mobilisieren, damit bis zum 30. Juni 1958 der gesamte Betrieb fünf Tage Planvorsprung erreicht. Damit sollten die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß der Staatsplan um 300 000 Mark erhöht werden kann. [374] Kollege Wadewitz, einer der Unterzeichner dieses Aufrufs, gab dazu das Beispiel, indem er sofort begann, den Arbeitsablauf zu verbessern und durch Überarbeitung seiner Normen die Selbstkosten zu senken. [375] Ein weiterer Beitrag des Betriebskollektivs zur Vorbereitung des V. Parteitages war die Verpflichtung, die Konsumgüterproduktion im Jahre 1958 von 20 000 Mark auf 30 000 Mark zu steigern. [376]

Die Initiative der Belegschaft des VEB Feinstmaschinenbau wurde auch dadurch aktiviert, daß sich die Parteigruppen anlässlich der Wahlen der Parteioorganisation der SED konkrete, abrechenbare Aufgaben stellten. So verpflichtete sich zum Beispiel die Parteigruppe des Genossen Knoll, mit den Genossen Käseberg, Reichert, Peschel, Börngen, Ehlig und Weichelt bis zum V. Parteitag monatlich eine Sonderschicht in der Produktion zu leisten, und die Parteigruppe Hahn verpflichtete sich, 100 freiwillige Aufbaustunden zu leisten. [377]

Große Diskussionen lösten in den Parteigruppen die am 14. Januar 1958 in der Gewerkschaftszeitung „Tribüne“ veröffentlichten Erfahrungen des Genossen Erich Seifert zur Rationalisierung des Fertigungsablaufs und zur Senkung der Verlustzeiten aus.

Genosse Manfred Bäßler war der erste im Betrieb, der in der Montage begann, die Seifertmethode anzuwenden. Im Kollektiv wurden die besten Arbeitserfahrungen ermittelt, die vorhandenen Verlustzeiten sichtbar gemacht und Maßnahmen für deren Beseitigung festgelegt. [378] Kollege Wadewitz aus der Fräseerei begann die Seifertmethode in der mechanischen Abteilung anzuwenden, die noch wirkungsvoller geworden war, nachdem sie der Genosse Günter Christoph aus Zittau erweitert hatte. Kollege Wadewitz konnte bereits im April 1958 täglich 35 Minuten zusätzlich produzieren. Mit Hilfe von Ver-

besserungsvorschlägen konnte er die Selbstkosten im April um 353,70 Mark senken. Als nächste übernahmen diese Methoden auch die Kollegen Bormann, Junghans, Langlotz, Schittler und Ehrlich. Im Juli arbeiteten bereits 44 Genossen und Kollegen nach der Christoph-Seifert-Methode und erreichten allein in diesem Monat eine zusätzliche Produktion von 338 Stunden. [379]

Im Betrieb verbreiterte sich die Aktivistenbewegung. Seit 1949 waren aufgrund vorbildlicher Leistungen bereits 96 Betriebsangehörige als Aktivisten ausgezeichnet worden. [380] Vor allem von diesen Genossen und Kollegen ging in Vorbereitung des V. Parteitages der SED die Initiative aus, sich noch stärker dafür einzusetzen, daß neben den Einständerkoordinatenbohrmaschinen auch die anderen Erzeugnisse das Gütezeichen „Q“, das höchste Qualitätsprädikat der DDR, erhielten.

Die Genossin Hilde Winkler, Delegierte der Parteioorganisation der SED des VEB Feinstmaschinenbau zum V. Parteitag der SED in Berlin, konnte der Parteiführung nicht nur viele Verpflichtungen der Werktätigen des VEB Feinstmaschinenbau übergeben, sondern auch von guten Ergebnissen angestrenzter, schöpferischer Arbeit berichten.

Der V. Parteitag der SED (10. bis 16. Juli 1958) fand in einer Zeit statt, in der die allseitige Stärkung der DDR und die Sicherung des Friedens hohe ökonomische Ergebnisse verlangten. Als einen Weg dazu wies der V. Parteitag die sozialistische Rekonstruktion, Kooperation, Spezialisierung und Standardisierung der Produktion, insbesondere in der chemischen Industrie, in der Metallurgie und vor allem auch im Maschinenbau. [381] Im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den V. Parteitag konnte festgestellt werden, daß in der DDR die Grundlagen des Sozialismus im wesentlichen geschaffen worden sind. [382]

Dieses Ergebnis war das Werk von Millionen Werktätigen unserer Republik, die sich, geführt von der SED, auch durch die ständigen Störversuche der westdeutschen Imperialisten nicht von ihrem einmal beschrittenen Weg abbringen ließen. Der V. Parteitag der SED konnte deshalb

eine für die Zukunft der DDR entscheidende Aufgabe stellen: den Sozialismus zum Siege zu führen.

Eine spezifische Forderung des V. Parteitag an den Maschinenbau war, „nur hochwertige Maschinen und Ausrüstungen herzustellen, um damit die Mechanisierung und Automatisierung der Produktion schnell voranzubringen“ [383].

Im Schlußwort des 1. Sekretärs des Zentralkomitees der SED wurde hervorgehoben, daß das vom Parteitag geforderte Entwicklungstempo nur dann erreicht werden kann, „wenn wir die Vorteile unserer Gesellschaftsordnung hinsichtlich der Entfaltung der Initiative unserer Werktätigen und Organisation der Produktion gegenüber der kapitalistischen Produktionsweise besser ausnutzen“ [384].

Die Aufgaben des V. Parteitages der SED waren nur zu lösen, wenn von der aus der kapitalistischen Zeit herrührenden Zersplitterung der Produktion zur sozialistischen Konzentration und Spezialisierung übergegangen wurde. Das aber bedeutete, die Produktion gleicher oder gleichartiger Erzeugnisse oder wichtiger Bestandteile in einem Betrieb oder in einer möglichst geringen Zahl von Betrieben zusammenzufassen. Das war auch eine Voraussetzung für die Spezialisierung der Betriebe und der Produktionsverfahren. Jetzt konnte nach modernsten technologischen Erkenntnissen auf der Grundlage technischer Normen und der Standardisierung gearbeitet werden. Damit konnte mit relativ geringstem Aufwand an Investition, an Material und Arbeit eine hohe Produktivität gewährleistet werden. [385]

Die beiden Grundorganisationen der SED des VEB Feinstmaschinenbau und des VEB Schleifmaschinenwerk werteten gemeinsam mit der gesamten Belegschaft die Beschlüsse des V. Parteitages der SED aus. Die Genossen der Parteiorganisationen berieten mit Genossen der Stadtbezirksleitung der SED Dresden-Süd, welchen Beitrag die Betriebe leisten können, um die Parteitagebeschlüsse zu verwirklichen. Im Ergebnis dieser Aussprache schlug die Stadtbezirksleitung der SED der VVB WMW vor, beide Betriebe ab 1. Januar 1959 zu einem gemeinsamen Betrieb zusammenzuschließen.

In einer Sonderbeilage der Betriebszeitung „Präzision“ vom Oktober 1958 wurden die Angehörigen beider Betriebe vom Parteisekretär des VEB Feinstmaschinenbau, Genossen Nacke, und vom Parteisekretär des VEB Schleifmaschinenwerk, Genossen Liebscher, ausführlich über die Richtigkeit und Notwendigkeit dieses Schrittes informiert. In gemeinsamen Mitgliederversammlungen der Parteiorganisationen der SED und in Vertrauensleutenvollversammlungen der Gewerkschaften wurde über den Vorschlag der Stadtbezirksleitung der SED diskutiert. Er erhielt die volle Zustimmung der Betriebsangehörigen. Bereits Ende 1958 gingen viele Bereiche der beiden Betriebe dazu über, die gemeinsamen Aufgaben des Jahres 1959 zu beraten, um das Ziel, die Steigerung der Produktion gegenüber 1958 von 12,4 Prozent, zu erfüllen. Jetzt zeigte sich, daß sich die Betriebskollektive in den vergangenen Jahren unter Führung der Parteiorganisation der SED weiter gefestigt hatten. Die vielfältigen Initiativen der Werktätigen mußten nun durch eine bessere Leitungstätigkeit unterstützt und auf die Lösung der neuen Aufgaben konzentriert werden.

Ausdruck der großen Potenzen in den beiden Betrieben waren zum Beispiel die 501 Verbesserungsvorschläge, die 1958 in beiden Werken erreicht wurden und einen Nutzen von 475 000 Mark erbrachten. [386]

Die VVB WMW prüfte den Vorschlag, die beiden Betriebe zusammenzulegen, und stimmte ihm zu.

Nachdem die ideologischen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen worden waren, konnte der neue Betrieb am 1. Januar 1959 unter dem Namen „VEB Mikromat Dresden“ die erfolgreiche Arbeit des VEB Feinstmaschinenbau Dresden und des VEB Schleifmaschinenwerk Dresden weiterführen.

Genosse Siegfried Nacke wurde zum Parteisekretär und Genosse Rudi Roch zum BGL-Vorsitzenden gewählt. Genosse Friedrich Zühlke wurde zum neuen Werkdirektor berufen.

Die gesamte Entwicklung seit der Gründung des VEB Mikromat beweist, daß trotz vieler Schwierigkeiten, die seit 1959 zu überwinden waren, die damals getroffene Entscheidung richtig war.



Blick auf Werk I und Werk II nach der Bildung des VEB Mikromat Dresden

Das sollen einige Zahlen verdeutlichen. (Dabei ist zu beachten, daß seit 1969 der Betriebsteil Berggießhübel und seit 1970 der Betriebsteil Schlottwitz in der Abrechnung enthalten sind.)

Industrielle Warenproduktion:

1959	17 908 000 Mark	= 100 Prozent
1972	50 017 000 Mark	= 280 Prozent zu 1959

Eigenleistung:

1959	100 Prozent
1972	349 Prozent zu 1959

Grundmittel:

1960	15 530 000 Mark	= 100 Prozent
1971	46 768 000 Mark	
1972	52 643 000 Mark	
1977	162 000 000 Mark	= 980 Prozent (voraussichtlich) zu 1960

Aus dieser Aufstellung geht hervor, welche große Verantwortung heute die Werktätigen des Betriebes für die intensive Nutzung der ihnen übergebenen Grundmittel haben. Betrag der Grundmittelwert je Beschäftigten 1960 noch 13 832 Mark, so stieg er 1972 auf 26 640 Mark an und wird 1977 ca. 80 000 Mark betragen. Daß sich die Warenproduktion und die Eigenleistung in diesem Ausmaß entwickelten, war das Ergebnis der höheren Arbeitsproduktivität, die von der gesamten Belegschaft, nicht zuletzt durch die gute Arbeit der Betriebsparteiorganisation, erreicht wurde.

Entwicklung der Arbeitsproduktivität je Produktionsarbeiter (auf Basis IWP):

1959	100 Prozent
1972	146 Prozent zu 1959

Daß sich diese Ergebnisse auch für jeden einzelnen Belegschaftsangehörigen auszahlen, wird besonders an der Erhöhung der Durchschnittslöhne deutlich.

Entwicklung der Durchschnittslöhne der Produktionsarbeiter im Hauptwerk (je Monat):

1959	500,83 Mark
1960	528,41 Mark
1961	547,00 Mark
1962	557,58 Mark
1963	572,25 Mark
1964	605,00 Mark
1965	606,00 Mark
1966	643,66 Mark
1967	650,00 Mark
1968	653,00 Mark
1969	657,30 Mark
1970	678,00 Mark
1971	727,70 Mark
1972	729,00 Mark

Seit 1959 stieg somit der Durchschnittslohn der Produktionsarbeiter um 46 Prozent.

Bei diesen Zahlen muß beachtet werden, daß die Löhne nur zum Teil die Erhöhung der materiellen Einkünfte der Belegschaft zum Ausdruck bringen. Hinzu kommen noch verschiedene Zuwendungen zu Weihnachten, Zuschüsse aus dem Kultur- und Sozialfonds und aus dem Betriebsprämienfonds, Zuwendungen der Gewerkschaft, zum Beispiel für den Urlaub und für soziale Belange, außerdem finanzielle Mittel für die Ausbildung und Qualifizierung, für Prämien und Vergütungen im Neuererwesen. Allein an Prämien wurden an die Angestellten, Arbeiter und Angehörigen der Intelligenz in den Jahren von 1959 bis 1971 insgesamt 5 892 200 Mark ausbezahlt.

1959 wurden im VEB Mikromat folgende Hauptprodukte erzeugt:

Einständerkoordinatenbohrmaschine	BKoE 315 x 450
Einständerkoordinatenbohrmaschine	BKoE 450 x 800
Zweiständerkoordinatenbohrmaschine	BKoZ 750 x 1100
Außengewindeschleifmaschine	GSA 250 x 250

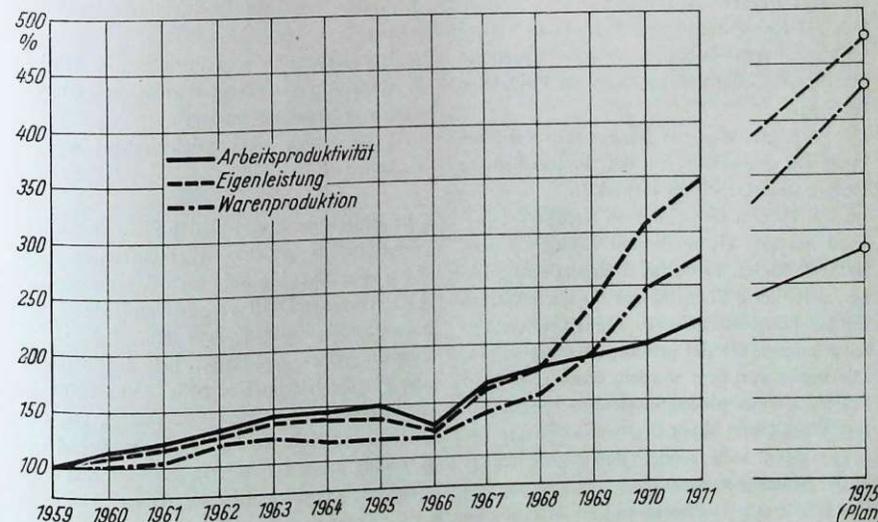
Werkzeughinterschleifmaschine	SWH 250 x 250
Flachschleifmaschine	SFW 200 x 600
Flachschleifmaschine	SFW 250 x 1000/1500
Optische Profilschleifmaschine	SWPO 50
Mechanikerdrehmaschine	DMG 310 x 550
Sonderschleifmaschinen	
Kreisteiltische und Zubehör	

10 Jahre DDR - Der Siebenjahrplan (1959-1965)

Die Werktätigen in der DDR hatten erreicht, daß das Produktionsniveau, das für Ende 1960 vorgesehen war, auf wichtigen Gebieten bereits Ende 1959 erzielt werden konnte. Unter diesen günstigen Bedingungen war es möglich und notwendig, die Aufgabenstellung des Jahres 1959 als Ausgangspunkt für den Zeitraum bis 1965 zu nehmen. So entstand ein Siebenjahrplan von 1959 bis 1965. Damit waren auch bessere Bedingungen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und mit den anderen

Staaten gegeben, die bereits für den gleichen Zeitraum entsprechende Perspektivpläne besaßen. Die erfolgreiche Verwirklichung des Siebenjahrplanes bedeutete, der Arbeitsproduktivität und dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt größte Aufmerksamkeit zu schenken. Auf die weitere Entwicklung im VEB Mikromat hatte die für die gesamte Volkswirtschaft der DDR beispielgebende Rationalisierungskonzeption der VVB WMW entscheidenden Einfluß. Außerdem wirkte sich der Aufruf der Werktätigen des VEB Chema Rudisleben, im Wettbewerb mit Hilfe der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit das wissenschaftlich-technische Niveau der Betriebe und der Erzeugnisse rasch zu erhöhen, positiv aus. Eine große Hilfe waren auch die Standardisierungskonferenzen der staatlichen Plankommission im Februar 1959 und die 5. Tagung des Zentralkomitees der SED, die sich insbesondere mit Fragen der sozialistischen Rekonstruktion beschäftigten. [387] Um die 5. Tagung des Zentralkomitees der SED auszuwerten, fand im Juni 1958 eine Beratung der Funktionäre des Betriebes statt. Dort wurde anhand der Kennziffern des Siebenjahrplanes

Entwicklung der industriellen Warenproduktion, der Eigenleistung und der Arbeitsproduktivität (1959-1971)



eine Grobvorstellung für die sozialistische Rekonstruktion erarbeitet. Der gesamten Belegschaft wurden Vorschläge unterbreitet, wie durch die sozialistische Rekonstruktion die Bruttoproduktion bis 1965 im Vergleich zu 1958 auf 245 Prozent und die Arbeitsproduktivität auf 242,6 Prozent gesteigert werden konnten. Der Kern der Konzeption bestand darin, die produktionstechnische Einheit herzustellen.

„Heute haben wir noch zwei Werkteile mit je einer Montage, mit je einer mechanischen Abteilung. Morgen muß sein: Konzentration der Montage und Konzentration in der mechanischen Fertigung unter ganz bestimmten Bedingungen des technologischen Ablaufs.“ [388] Es wurden Untersuchungen eingeleitet, damit vom Werkstättenprinzip zur „werkstückgebundenen Fließ- oder Nestfertigung“ übergegangen werden konnte. Zur Steigerung der Arbeitsproduktivität in den Montageprozessen war vorgesehen, bei der Flachsleifmaschine SFW 200 x 600 mit der „Gleitmontage“ zu beginnen.

Um die vorgesehene Konzentration der Produktion zu verwirklichen und die Arbeitsschutzbedingungen in der mechanischen Fertigung zu verbessern, wurde der Bau der Halle 3 im Werk II für die Großbearbeitung begonnen. Der Vorrichtungs- und der Musterbau sollten in das Werk I verlagert werden. Alle notwendigen Maßnahmen zur Konzentration der Produktion wurden auch unter dem Gesichtspunkt einer schnelleren Überleitung neuer Erzeugnisse in die Produktion betrachtet.

Der wichtigste Weg, um die geplanten Vorhaben in die Tat umzusetzen, war der, die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zu entwickeln.

Im Juli 1959 unterbreitete ein Kollektiv, bestehend aus den Genossen und Kollegen Opitz, Beckert, Roller, Fritzsche, Leuteritz und Striker, detaillierte Vorstellungen für die Schaffung der produktionstechnischen Einheit. Diese Untersuchungen, die der gesamten Belegschaft zur Diskussion vorgelegt wurden, ergaben, daß die Schaffung einer produktionstechnischen Einheit von Werk I und Werk II „nicht allein die Lösung bringen“ kann, sondern daß es insbesondere in der Montage notwendig ist, mit dem Aufbau von Fließstraßen zu beginnen und dabei die im

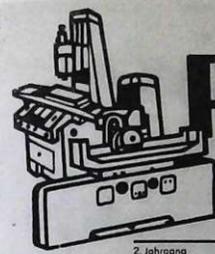
VEB Werkzeugmaschinenfabrik Saalfeld gesammelten Erfahrungen zu nutzen; ferner, daß es in der mechanischen Fertigung auch weiterhin im wesentlichen bei der Produktion nach dem Werkstattprinzip bleiben soll. Als notwendige Kosten für die Verwirklichung dieser Vorstellungen wurden 360 000 Mark ermittelt. Diesen Ausgaben standen direkte Einsparungen von 750 000 Mark und indirekte Einsparungen von 2 600 000 Mark gegenüber. [389]

Die zahlreichen Diskussionen über die Fragen der sozialistischen Rekonstruktion wurden mit den Gewerkschaftswahlen und mit der Vorbereitung auf den 10. Jahrestag der DDR verbunden.

Rudi Roch, BGL-Vorsitzender, und Arno Schimang, stellvertretender BGL-Vorsitzender, sahen die wesentlichsten Aufgaben der neuen BGL darin:

1. klassenmäßige Erziehung aller Mitglieder, Entwicklung einer hohen Arbeitsmoral und Disziplin sowie Verbesserung der Sauberkeit und Ordnung am Arbeitsplatz,
2. Einbeziehung aller Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der Intelligenz in die Mitarbeit und Verwirklichung der sozialistischen Rekonstruktion und Sicherung der Planaufgaben,
3. Aufbau ständiger Produktionsberatungsausschüsse,
4. Entwicklung der sozialistischen Kollektive,
5. Entwicklung des Neuererwesens und Anwendung von Neuerermethoden,
6. Verbesserung des sozialistischen Wettbewerbs. [390]

Mit zahlreichen Einzel- und Kollektivverpflichtungen bereiteten sich die Werkstätigen des VEB Mikromat Dresden auf den 10. Jahrestag der Gründung der DDR vor. So verpflichtete sich unter anderen der Kollege Kurt Schulze im Namen seines Kollektivs, bei der Montage der Flachsleifmaschine SFW 250 x 1000 die Selbstkosten um 6 Prozent zu senken. Die Genossen und Kollegen Pöhler, Rothe, Wend und Dämmig gaben im Auftrag ihres um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“ kämpfenden Kollektivs Spindelstockbau der Flach-



Präzision

BETRIEBSZEITUNG FÜR DIE BELEGSCHAFT
DES VEB MIKROMAT DRESDEN

Herausgeber: SED-Betriebsparteiorganisation

2. Jahrgang

Sonderausgabe Juni 1959

Sonderausgabe
zur
sozialistischen
Rekonstruktion

Bitte aufheben!
Es folgen
weitere Ausführungen

Wir beraten gemeinsam über die sozialistische Rekonstruktion

Die Rekonstruktion unseres Betriebes und Rekonstruktion schließlich geht alle an. Unsere Deutsche Demokratische Republik gehört mit zu den industriellsten der sozialistischen Länder, die eine entwickelte Produktionsweise haben.

Deshalb diskutieren wir gemeinsam über die sozialistische Rekonstruktion und lassen im Rekonstruktionsplan die entsprechenden Maßnahmen einfließen. Rekonstruktion ist nicht nur eine Frage technischer und organisatorischer Probleme, sondern hier geht es darum, die Einheit zwischen Pro-

Die Betriebszeitung unterstützte die umfassende Diskussion zu Fragen der sozialistischen Rekonstruktion im Betrieb.

schleifmaschine die Verpflichtung ab, bis zum 10. Jahrestag der DDR eine 85prozentige Jahresplanerfüllung zu erreichen und mit der Einführung der Seifertmethode zu beginnen. [391] Kollege Richard Scholz steigerte die Arbeitsproduktivität bei den Bauteilen Räderkasten, Lager (Mitte) und Motorplatte der Zweiständerkoordinatenbohrmaschine um 400 Prozent durch Umstellen des Schabens auf Schleifen. Das Kollektiv der Schleifer erreichte den Übergang zur Dreimaschinenbedienung, indem es eine Zahnflankenschleifmaschine vom Werk I in das Werk II umsetzte, wobei durch gleichzeitige Arbeitszeitstudien die Normzeiten um 17 Prozent gesenkt werden konnten. [392]

Mit diesen und anderen Verpflichtungen bereiteten sich die Kollektive auch auf die fünfte ökonomische Konferenz des Betriebes vor, die sich zum erstmalig umfassend mit Fragen der sozialistischen Rekonstruktion befassen sollte.

Am 30. Juli 1959 versammelten sich Vertreter aller Kollektive des Betriebes und berieten, wie mit Hilfe der sozialistischen Rekonstruktion die Produktion bei gleichbleibender Arbeitskräftezahl auf das Zweifache gesteigert werden kann und wie dafür durch die 80prozentige Erfüllung des Jahresplanes 1959 bereits zum 10. Jahres-

tag der Republik eine wichtige Voraussetzung geschaffen werden kann. Der Werkdirektor, Genosse Zühlke, faßte im Referat auf der ökonomischen Konferenz die Ergebnisse zusammen und begründete einen der Konferenz vorliegenden Entschließungsentwurf. In der Diskussion ergriffen 14 Genossen und Kollegen das Wort. Kritik wurde besonders an der Abteilung Technologie geübt, da dort nur 60 Prozent der notwendigen Maßnahmen für die Steigerung der Arbeitsproduktivität durchgesetzt wurden und die Technologen der Meinung waren, daß die Arbeitsproduktivität nicht auf die vorgesehene Höhe zu steigern sei. Mit der auf der Konferenz angenommenen Entschließung wurde bekräftigt, daß man alle Kraft für die Lösung der kommenden Aufgaben mobilisieren wollte, um die geplante Höhe der Produktion bis 1965 bei der gleichen Anzahl von Arbeitskräften zu erreichen. Die wesentlichsten Aufgaben wurden in der Entschließung festgelegt:

schnelle Veränderung der technologischen Prozesse und der Produktionsorganisation, Beschleunigung des Entwicklungstempos und der Überleitung der Erzeugnisse in die Produktion,

Abschluß der technologischen Vorbereitung für die Fließmontage der Flachsleifmaschine SFW 200 x 600,

Annahme des Plans zur Herstellung der produktionstechnischen Einheit,

bereits 1960 Übergang bei einigen Typen zur Lagerfertigung durch Verbesserung der Bereitstellung der Einzel-, Norm- und Kaufteile.

Kampf zur Senkung der Ausfallstunden, die zur Zeit bei jährlich 327 Stunden je Produktionsarbeiter lagen,

Herstellung eines richtigen Arbeitskräfteverhältnisses zwischen den Beschäftigten der mechanischen Abteilung und der Montage,

weitere Steigerung der Konsumgüterproduktion, Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit durch Bildung weiterer sozialistischer Arbeitsgemeinschaften (SAG) als wichtigste Voraussetzung zur Lösung vorgenannter Aufgaben. [393]

Die von der fünften ökonomischen Konferenz ausgehenden Impulse hatten wesentlich dazu beigetragen, daß der Betrieb 1959 die Warenproduktion mit 103 Prozent, den Exportplan mit 100 Prozent und den Plan der Konsumgüterproduktion mit 130 Prozent erfüllte. Die Arbeitsproduktivität konnte um 14,4 Prozent gesteigert, und die Selbstkosten konnten um 10 Prozent gesenkt werden. Dadurch wurde gegenüber 1958 eine Wachstumsrate der Warenproduktion von 15 Prozent erreicht. Einen großen Anteil an diesen Ergebnissen hatten die Neuerer des Betriebes. 1959 wurden durch technisch-organisatorische Maßnahmen und durch die Verwirklichung von Verbesserungsvorschlägen 270 000 Mark eingespart. Im Jahre 1959 entfielen auf 100 Produktionsarbeiter 65 Verbesserungsvorschläge. [394]

Erhebliche Mängel in der Arbeit der staatlichen Leiter brachten jedoch Verzögerungen bei der Lösung der Aufgaben der sozialistischen Rekonstruktion. Nach gründlicher Analyse dieser Lage beschloß die Betriebsparteilitung, eine Kommission zu bilden, die regelmäßig kontrollierte, ob die Aufgaben der sozialistischen Rekonstruktion erfüllt wurden.

Auch in den der Belegschaft im Januar 1960 vorgelegten Thesen für den Rechenschaftsbericht der Parteiorganisation zu den Parteiwahlen im Betrieb standen die Aufgaben der sozialistischen Rekonstruktion im Mittelpunkt. [395] Für das Jahr 1960 bestand die Hauptaufgabe für das Betriebskollektiv darin, die Waren-

produktion um 11 Prozent, die Arbeitsproduktivität um 14 Prozent, die Konsumgüterproduktion um 54 Prozent zu steigern und die Selbstkosten um 6,9 Prozent zu senken.

Im Jahre 1960 wurde eine weitere Taktstraße für den VEB Nähmaschinenwerk Wittenberge, mit deren Entwicklung 1959 begonnen worden war, hergestellt. Für denselben Betrieb begann man mit der Konstruktion von zwei Rundtischautomaten, die im Jahre 1962 fertiggestellt sein sollten.

In den Klauen der imperialistischen Klassenjustiz

Die Friedenspolitik der Sowjetunion, der DDR und der anderen sozialistischen Länder führte dazu, daß sich 1959 im internationalen Maßstab eine gewisse Entspannung abzeichnete. Die westdeutsche Regierung und die hinter ihr stehenden Kräfte des Monopolkapitals leisteten jedoch energischen Widerstand gegen eine Verständigung zwischen den Großmächten und den beiden deutschen Staaten. Die Vorbereitung einer Aggression gegen die DDR und die anderen sozialistischen Länder verbanden die reaktionären Kräfte in Westdeutschland mit einer verstärkten Militarisierung und der Anwendung terroristischer Methoden im Inneren, um auf diese Weise ihre Machtposition zu festigen. [396] Diesen verstärkten Terror bekamen auch zwei Genossen des VEB Mikromat zu spüren. Es waren die Genossen Erich Preißler, Kurzhobler, und Erich Zimmermann, Bohrwerksdreher. Im Auftrag der Belegschaft des VEB Mikromat hatten beide Genossen im Juni 1958 und im April 1959, der Genosse Zimmermann auch im August 1958, ihre westdeutschen Klassenkameraden aufgesucht, um mit ihnen über brennende Fragen der Erhaltung des Friedens zu sprechen. Am 18. April 1959 wurden beide verhaftet und in der Haftanstalt Stuttgart widerrechtlich gefangengehalten. Sie wurden zu je sechs bzw. sieben Monaten Gefängnis verurteilt. [397]

Sofort nach dem Bekanntwerden dieser schändlichen Maßnahmen der westdeutschen Justiz ging



Genosse Erich Preißler – Kurzhobler (Bildmitte)



Genosse Erich Zimmermann – Bohrwerksdreher (Bildmitte)

eine Welle der Empörung durch den Betrieb. Aus den Gewerkschaftsgruppen trafen Protestschreiben bei der BGL ein, in denen immer wieder die sofortige Freilassung der beiden Genossen von der Bonner Justiz gefordert wurde. „Ist das die vielgepriesene Demokratie im Bonner Bundesstaat, wenn man Menschen einsperrt, die sich mit den Arbeitern in Westdeutschland über die Erhaltung des Friedens und den Abschluß eines Friedensvertrages unterhalten wollen?“ [398] So und ähnlich wurde immer wieder gefragt.

Erst am 30. Juni 1959 wurde den Genossen Preißler und Zimmermann eine zwölf Seiten starke Anklageschrift von der Geschäftsstelle des Landesgerichts Stuttgart VII KLS 40/59 zugestellt. In dieser allen demokratischen Rechten und Freiheiten widersprechenden Schrift wurden beide Genossen beschuldigt:

- a. Vergehen des staatsgefährdenden Nachrichtendienstes nach § 92, Abs. 1, StGB,
- b. Vergehen der Zuwiderhandlung gegen den Entscheid des Bundesverfassungsgerichts nach § 42, 47 BVerfGG, in Verbindung mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, betreffend das Verbot der KPD vom 17. 8. 1956 – 1 BvB 2/51,
- c. Verbrechen der Geheimbündelei in staatsgefährdender Absicht nach § 128, Abs. 1, § 94, Abs. 1, StGB. [399]

Am 8. Juni 1959 fuhrten die Genossen Karl Hofmann, Helmut Hesse, Günter Imhoff und der Stadtverordnete Bruno Pieper nach Stuttgart, um im Auftrag der Belegschaft persönlich bei den zuständigen Stellen gegen die widerrechtliche Einkerkelung ihrer Arbeitskollegen Einspruch zu erheben und ihre sofortige Freilassung zu fordern.

Genosse Imhoff informierte seine Kollegen am 23. Juli 1959 im überfüllten Speisesaal (Werk II) über die Ergebnisse dieser Reise. Er berichtete, daß nach Aussagen des Verteidigers der Genossen Preißler und Zimmermann, Rechtsanwalt Dr. Korn, in der Bundesrepublik „schon unsere Anwesenheit bei ihm als staatsgefährdender Nachrichtendienst ausgelegt werden kann. Auch das Aufsuchen des Staatsanwalts und die

Übergabe eines an ihn gerichteten Schreibens reicht nach den gesetzlichen Bestimmungen der Bundesrepublik, um uns selbst festsetzen zu können.“ [400] Den Beauftragten des Betriebes wurde keine Sprecherlaubnis mit ihren Genossen gewährt.

Am 20. Juli 1959 begann der Prozeß vor der VII. Großen Strafkammer des Landesgerichts Stuttgart. Noch wenige Tage vor der Verhandlung wurden 60 Protestresolutionen und -briefe an den Staatsanwalt und an das Justizministerium abgeschickt.

An der Verhandlung in Stuttgart nahm eine Delegation des Betriebes teil. Die Kollegen berichteten, daß der Staatsanwalt die Angeklagten als „geschulte Marxisten-Leninisten“ bezeichnete [401] und daß der Prozeß politische Gesinnung unter Strafe stellte, um den Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse für Frieden und Demokratie zu unterdrücken.

Obwohl die vorgeladenen Zeugen (außer dem Betriebsratsvorsitzenden Fehrlé) betonten, daß die Genossen Preißler und Zimmermann in ihren Gesprächen keine staatsgefährdenden Absichten verfolgten und der Verteidiger einen Freispruch beantragte, wurde das schändliche Urteil von insgesamt 13 Monaten Gefängnis ausgesprochen.

Am 19. Oktober 1959 sprach in der Klimahalle (Werk II) in einer Belegschaftsversammlung der Genosse Preißler, der als erster aus der Haft entlassen worden war. Er überbrachte die Grüße des Genossen Erich Zimmermann, der sich noch hinter Kerkermauern befand, und versicherte der Belegschaft, daß sie durch diese Haft in ihrem Bestreben noch bestärkt wurden, auch weiterhin für die gerechte Sache der Arbeiterklasse zu kämpfen und ihre ganze Kraft zur Stärkung der DDR einzusetzen. Vielen Anwesenden wurde an diesem Tage noch einmal deutlich, daß Demokratie und Freiheit niemals in einem Staat bestehen können, den Monopole und Militaristen regieren, sondern nur in einem Staat, in dem unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei alles darangesetzt wird, den Sozialismus erfolgreich zu verwirklichen.

Auf dieser machtvollen Versammlung wurde

eine Protestresolution vorgelegt und einstimmig verabschiedet, in der die sofortige Freilassung des Genossen Erich Zimmermann und demokratische Rechte für die Werktätigen in Westdeutschland gefordert wurden. [402]

Die ständige Festigung des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und den werktätigen Bauern

Die 7. Tagung des Zentralkomitees der SED, die im Dezember 1959 stattfand, beschäftigte sich unter anderem mit der Erhöhung der Markproduktion in der DDR. Indem das Beispiel, das der erste vollgenossenschaftliche Kreis der DDR, Eilenburg im Bezirk Leipzig, für die gesamte Republik gegeben hatte, ausgewertet wurde, stellte diese Tagung fest, daß der Zusammenschluß der Einzelbauern zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften den Gesetzen der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung entspricht. Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wurden als Ausgangspunkt für die Entwicklung des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens im gesamten Dorf bezeichnet.

In der Folgezeit gab es viele Aussprachen mit den Bauern, um sie von der Richtigkeit des eingeschlagenen Weges zu überzeugen. An diesen Aussprachen nahmen Genossen und Kollegen aus dem VEB Mikromat in den Orten des Bezirks Dresden teil. Sie erreichten mit, daß zahlreiche Bauern ihren Eintritt in die LPG beantragten. Für ihre guten Leistungen bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft wurden die Genossen Arno Schimang, Rudi Kraus, Heinz Flemming, Wolfgang Schreiter, Rudi Wehner und die Kollegen Rolf Tutschky und Sepp Osyra am 1. Mai 1960 als Aktivisten ausgezeichnet. Einige Jugendfreunde gingen für längere Zeit aufs Land, um unmittelbar beim Aufbau einer LPG zu helfen. Zu ihnen gehörten die Jugendfreunde Wolfgang Hesse und Klaus Langlotz. Während eines 14tägigen Lehrgangs im Volksgut Pillnitz bereiteten sie sich auf ihre neue Tätigkeit vor und arbeiteten dann in der LPG Nickern. „Wir gingen in die Landwirtschaft,

weil wir überzeugt waren, daß wir durch unseren Einsatz auf dem Lande helfen, den Sieg des Sozialismus zu verwirklichen.“ [403] Knapp aber deutlich drückten sie so ihre Beweggründe für diesen Schritt aus.

Seit 1954 hatten Genossen und Kollegen des VEB Feinstmaschinenbau und des VEB Schleifmaschinenwerk den Genossenschaftsbauern in Nickern tatkräftig bei der Festigung ihrer LPG geholfen.

Im BKV des VEB Feinstmaschinenbau von 1954 hieß es zum Beispiel: „Zur Festigung des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und den werktätigen Bauern verpflichten sich die Werktätigen des VEB Feinstmaschinenbau, die LPG Nickern zu unterstützen,

1. durch Organisierung von freiwilligen Arbeitseinsätzen sowie bei Reparaturen der landwirtschaftlichen Maschinen,
2. bei der Durchführung von zwei Kulturveranstaltungen,
3. bei der Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung durch qualifizierte Kräfte des Betriebes.“ [404]

Besonders 1960 und in den nachfolgenden Jahren halfen jährlich Hunderte von Angehörigen des VEB Mikromat den LPG-Bauern. Am 23. August 1960 nahmen zum Beispiel 319 Belegschaftsangehörige an einem Ernteeinsatz in der LPG Nickern teil. In freiwilligen Arbeitseinsätzen wurden im Betrieb zusätzlich Maschinen und Anlagen für die Landwirtschaft hergestellt. So bauten zum Beispiel die Genossen und Kollegen Hennig, Fuhrmann, Spitzer und Leuteritz zwei Schrotmühlen im Werte von 900 Mark für die LPG „Florian Geyer“ in Nickern. [405] Im Juli 1962 erhielten die Werktätigen des VEB Mikromat von der Bezirksleitung der SED Dresden den Auftrag, den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in Röthenbach im Kreis Dippoldiswalde, 46 km von Dresden entfernt, besondere Hilfe und Unterstützung zu geben. Dort bestanden die LPG „Aufbau“ vom Typ I und die LPG „Gemeinsames Ziel“ vom Typ III. Letztere bearbeitete eine Fläche von 186 ha

und besaß unter anderem 103 Kühe und 50 Kälber. [406]

1965 sagte der heute noch als Vorsitzender der LPG tätige Werner Bier: „Ihr müßt uns mehr in den gesellschaftlichen Fragen unterstützen, damit wir etwas Leben in das Dorf bekommen. Gemeinsam schaffen wir dann auch alle anderen Fragen, die uns als vollgenossenschaftliches Dorf betreffen. In mühevoller Kleinarbeit arbeiteten die Mitglieder der Landwirtschaftskommission und der Betriebsparteileitung des Betriebes gemeinsam mit den Gemeindevertretern, dem Vorstand der LPG, den Plan der massenpolitischen Arbeit aus. Jeder spürt jetzt, hier wird nicht nur gesprochen, sondern auch gehandelt.“ [407]

Seit 1968 gibt es in Röthenbach nur noch die LPG „Gemeinsames Ziel“, nachdem sich beide Genossenschaften zusammengeschlossen hatten. Sie bearbeiten eine Fläche von 452 ha und haben 48 Mitglieder. Sie verfügen über einen Grund- und Umlaufmittelbestand von 1,8 Millionen Mark.

Die Entwicklung, die sich in Röthenbach vollzogen hat, wurde tatkräftig von den Genossen und Kollegen der Landwirtschaftskommission unter Leitung des Genossen Walter Heinz, Mitglied der Betriebsparteileitung, unterstützt. In den ersten Jahren erstreckte sich die Hilfe des Betriebes vorwiegend auf Einsätze während der Erntezeit. Später, mit der Entwicklung der Technik in der Landwirtschaft, nahmen die Landwirtschaftskommission und die Betriebsparteileitung immer mehr Einfluß auf die Unterstützung der politischen und kulturellen Arbeit.

In den Jahren 1963 und 1964 leisteten die Angehörigen des Betriebes in Ernteeinsätzen 5 500 Stunden. Infolge der veränderten Bedingungen auf dem Lande war es im Jahre 1968 nur noch notwendig, daß 20 Lehrlinge eine Woche bei der Bergung der Hackfruchternte halfen. Für den Aufbau einer Werkstatt wurden der LPG eine Drehmaschine, eine Bügelsäge, zwei Bohrmaschinen und einige Werkbänke vom Betrieb übergeben.

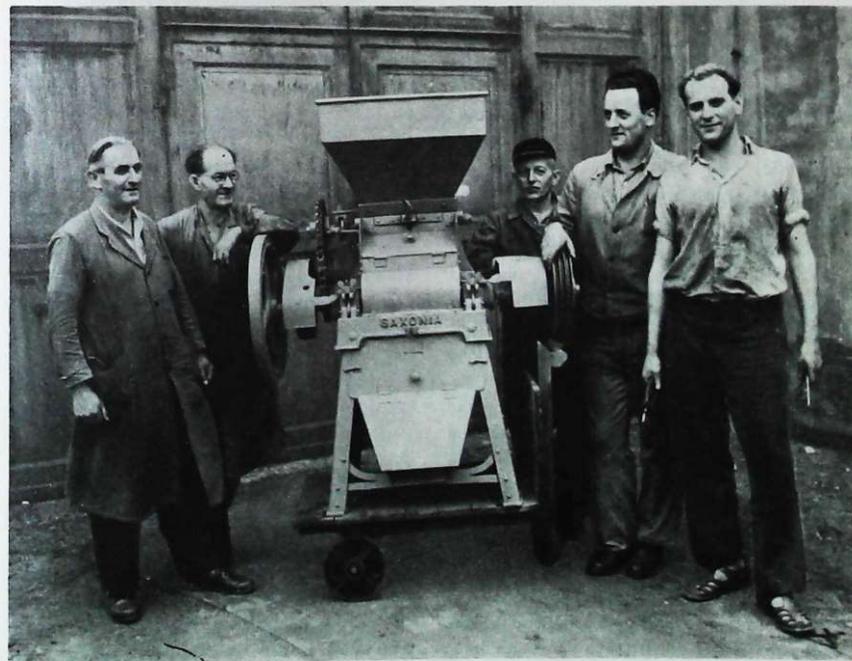
Enge freundschaftliche Beziehungen bestehen auch heute noch zwischen der Gemeinde Röthenbach und dem Betrieb. Gehörte Röthenbach



Parteisekretär Genosse Günter Reichert, der Vorsitzende der LPG „Gemeinsames Ziel“, Werner Bier, der Vorsitzende der Kommission „Sozialistische Landwirtschaft“, Walter Heinz, und weitere Mitglieder der Betriebsparteileitung bei einem Rundgang durch die LPG

Angehörige des VEB Mikromat beim Ernteeinsatz in der LPG „Florian Geyer“

Eine in freiwilligen Einsätzen gebaute Schrotmühle für die LPG „Florian Geyer“ (v. l. n. r.: Kollege Leuteritz, Genosse Hennig, Genosse Weichelt, Kollege Fuhrmann, Genosse Spitzer)



noch 1964 zu den Planschuldnern, so konnte auf dem Kreisbauernkongreß 1968 die LPG „Gemeinsames Ziel“ erstmals als positives Beispiel im Kreisgebiet bezeichnet werden.

Die Entwicklung der Masseninitiative im neuen Betrieb

Mit der Bildung des VEB Mikromat war nicht nur die organisatorische Maßnahme des Zusammenschlusses zweier Betriebe vollzogen worden, sondern unter Führung der Parteiorganisation der SED entwickelten sich im Betrieb immer besser neue, sozialistische Verhältnisse und eine umfassende Masseninitiative. Ausdruck dieser Entwicklung war zum Beispiel, daß als Antwort auf den Wettbewerbsaufruf der Werktätigen von Rudisleben vom Dezember 1958 die erste sozialistische Arbeitsgemeinschaft (SAG) „Rund- und Schwenktische“ am 27. Januar 1959 gebildet wurde. Unter Leitung des Genossen Herbert Hennig, Brigadier in der Montage, zeigten Arbeiter und Ingenieure in gemeinsamer Arbeit, daß höchste Erfolge nur in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit entstehen können. Mitglieder dieser ersten SAG waren die Genossen und Kollegen Pfeiffer, Herdler, Weichelt, Eichler, Rückriem, Boden, Kirsten, Hoffmann und Fuhrmann. [408]

Bald schlossen sich immer mehr Arbeiter und Ingenieure zu sozialistischen Arbeitsgemeinschaften zusammen. Im Juli 1959 bestanden die SAG Rund- und Schwenktischbau, die SAG SFW 250 x 1000, die SAG SFW 200 x 600, die SAG SWPO, die SAG BKoE 315 x 500, die SAG Fräserei Werk II, die SAG Elektrische Steuerung und die SAG Mechanik Werk I. Die im April gebildete SAG SWPO erreichte bis November 1959 durch die Realisierung von 26 Verbesserungsvorschlägen einen Nutzen von 15 000 Mark. Diese SAG, die vom Genossen Helmut Opitz geleitet wurde, trug besonders dazu bei, daß der SWPO 50 im Dezember 1960 das Gütezeichen Q zuerkannt wurde. [409] Regelmäßige Erfahrungsaustausche des Werkdirektors mit den Leitern der sozialistischen Arbeitsgemeinschaften förderten die Arbeit dieser

Kollektive. Im November 1959 gab es im Betrieb schon 11 sozialistische Arbeitsgemeinschaften. In ihnen arbeiteten 88 Betriebsangehörige, das waren 7 Prozent der Belegschaft, darunter 19 Angehörige der technischen Intelligenz. Erzielt wurde ein Jahresnutzen von 29 000 Mark. [410]

1973 gab es 22 sozialistische Arbeitsgemeinschaften im Betrieb, in denen 285 Belegschaftsangehörige mitarbeiteten. Dazu kommen noch 9 Jugendobjekte, an denen sich 105 Jugendfreunde beteiligen.

1959 nahm auch das erste Kollektiv des Betriebes den Kampf um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“ auf. Es war die Abteilung Vorrichtungsbau unter Leitung ihres Meisters, des Genossen Fritz Heidrich. 1973 nahmen an dieser höchsten Form des sozialistischen Wettbewerbs insgesamt 91 Kollektive teil, davon 66 im Hauptwerk Dresden.

Die Diskussionen über das am 1. Oktober 1959 von der Volkskammer der DDR beschlossene Gesetz „Über den Siebenjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1959–1965“ trug wesentlich zur Entwicklung weiterer Initiativen bei.

Der Konstrukteur, Kollege Hofmann, sagte unter anderem zu diesem Gesetz: „Damit wird jeder einzelne und jede Abteilung aufgerufen, alles zu tun, um das große und schöne Ziel zu erreichen. Wenn wir gemeinsam an die Arbeit gehen, dann wird der Siebenjahrplan kein trockenes Gesetz, sondern ein mit Leben erfüllter Plan sein.“ [411]

Dank den Anstrengungen der Werktätigen des Betriebes konnten im ersten Jahr des Bestehens des VEB Mikromat unter anderem folgende Ergebnisse erzielt werden: Die Warenproduktion wurde mit 101 Prozent, der Exportplan mit 100 Prozent und der Plan der Konsumgüterproduktion mit 130 Prozent erfüllt. Die Arbeitsproduktivität stieg um 14,4 Prozent, und die Selbstkosten wurden um 10 Prozent gesenkt. [412] In den erstmalig der Belegschaft unterbreiteten Thesen zum Rechenschaftsbericht der Parteileitung für die Parteiwahlen der SED 1960 stellte die Grundorganisation Ziele und Wege der 1960 zu lösenden Aufgaben öffentlich zur Dis-



Die erste SAG des Betriebes unter Leitung des Genossen Helmut Opitz, die mit dem Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ ausgezeichnet wurde. Sie führte die Entwicklung der optischen Profilschleifmaschine SWPO 50 zur SWPO 80 innerhalb eines Jahres durch und erbrachte einen Nutzen von 49 894 Mark in den Jahren 1959 bis 1966.

kussion. Es war vorgesehen, die Warenproduktion um 11 Prozent, die Arbeitsproduktivität um 14 Prozent, die Konsumgüterproduktion um 54 Prozent zu steigern und die Selbstkosten um 6,9 Prozent zu senken. [413] Ein ungenügender Plananlauf führte jedoch dazu, daß die Warenproduktion im I. Quartal nur mit 80 Prozent erfüllt wurde.

Auf ökonomischem Gebiet konzentrierte sich die Partei- und Staatsführung der DDR Anfang 1960 vor allem darauf, die Industriezweige zu unterstützen, die für die Durchsetzung der wissenschaftlich-technischen Revolution die größte Bedeutung hatten. Das war zum Beispiel die chemische Industrie, der Maschinenbau und die Metallurgie. [414]

In den von der SED einberufenen Industriezweigkonferenzen berieten Arbeiter, Ingenieure, Wissenschaftler, Partei-, Gewerkschafts-, Staats- und Wirtschaftsfunktionäre gemeinsam, wie die eingeleiteten Rekonstruktionsmaßnahmen noch besser zu verwirklichen waren und Planrückstände aufgeholt werden konnten. Am 17. und 18. Mai 1960 fand in Karl-Marx-Stadt die Industriezweigkonferenz der VVB Werkzeugmaschinen statt, an der unter anderen als Delegierter des Betriebes der Brigadier aus der Montage, Kurt Haase, teilnahm. [415] Im Mai 1960 wandte sich das Zentralkomitee der SED mit einem Brief an die Maschinenbauer. Darin stellte es ihnen die Aufgabe, die sozialistische Gemeinschaftsarbeit allseitig zu entfalten, um schneller hochproduktive Maschinen und Anlagen herzustellen, sparsam mit Rohstoffen zu wirtschaften und möglichst solche Rohstoffe zu verwenden, die nicht aus dem imperialistischen Ausland importiert werden mußten. [416]

Nach gründlicher Diskussion in den Partei- und Gewerkschaftsgruppen des VEB Mikromat

wurde am 3. Februar 1961 ein Maßnahmenplan verabschiedet, der 24 Aufgaben enthielt, „die den Betrieb gegen jegliche Störtätigkeit, vor allem aus Westdeutschland, sichern sollten“. [417]

Am 14. Oktober 1961 konnte der Technische Direktor der Betriebsparteileitung mitteilen, daß diese Aufgaben im wesentlichen gelöst sind und der Betrieb bis Ende 1962 störfrei sein wird. [418]

Der Brief des Zentralkomitees der SED und die Industriezweiskonferenz der VVB hatten den sozialistischen Wettbewerb im Betrieb aktiviert. So stieg die Zahl der Selbstkontrolleure, die unter der Losung „Meine Hand für mein Produkt“ arbeiteten, auf 56 an. [419] Der Meisterbereich Walter aus der Montage nahm den Kampf um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“ auf. [420] Neue, sozialistische Arbeitsgemeinschaften entstanden.

Die am 12. April 1960 ins Leben gerufene SAG „Großbearbeitung“ unter Leitung des Genossen Werner Manthey konnte bis Juni eine Einsparung von 1 500 Mark erzielen. Genosse Werner Manthey sagte zum Anliegen dieser SAG unter anderem: „Der Sieg des Sozialismus kommt nicht von selbst, er muß erkämpft werden. Jeder muß mithelfen, den Kriegstreibern Schläge zu versetzen. Von uns muß der Elan ausgehen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, zur Senkung der Selbstkosten, Einsparung von Material. Anwendung der Neuerermethoden und Verbesserungsvorschläge.“ [421]

Am 10. Juni 1960 wurde die SAG „Putzerei und Lackiererei“ unter Leitung des Genossen Rudi Wehner gebildet, und am 9. Juni 1960 nahm die SAG „Gewindeschleifmaschine“ unter Leitung des Genossen Günter Domaschke ihre Arbeit auf. Die sozialistischen Arbeitsgemeinschaften trugen dazu bei, daß der Nutzen der eingereichten Verbesserungsvorschläge erhöht wurde. So waren zum Beispiel im III. Quartal 1960 von 113 Verbesserungsvorschlägen 60 auf die Arbeit der sozialistischen Arbeitsgemeinschaften zurückzuführen. Sie hatten einen fünfmal höheren Nutzen als die Verbesserungsvorschläge, die unabhängig von den sozialistischen Arbeitsgemeinschaften eingereicht wurden. [422]

Aber auch die Zahl der unabhängig von den sozialistischen Arbeitsgemeinschaften eingereichten Verbesserungsvorschläge stieg an. So reichte zum Beispiel Genosse Gerhard Nicolai drei Verbesserungsvorschläge ein, deren Realisierung einen Nutzen von 1 500 Mark erbrachte. [423]

Um den sozialistischen Wettbewerb zu aktivieren, organisierten die Parteiorganisationen der SED des VEB Mikromat Dresden, des VEB Drehmaschinenwerk Leipzig und des VEB Berliner Werkzeugmaschinenfabrik einen Leistungsvergleich zwischen diesen drei Betrieben. Genosse Bauer vom VEB Drehmaschinenwerk Leipzig sagte dazu: „Wir wollen den Leistungsvergleich auf sozialistischer Ebene führen, wollen so handeln, daß wir uns gegenseitig unsere Erfahrungen mitteilen, daß wir, wie es die sozialistischen Brigaden vorgemacht haben, überbetrieblich einander helfen.“ [424]

Im Mittelpunkt dieses Leistungsvergleichs stand der Erfahrungsaustausch zwischen den Parteiorganisationen der SED im Bereich Dreherei über den Kampf um den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, um das Gütezeichen Q und über Fragen der Planung und Leitung. [425] Ein Erfolg dieses Leistungsvergleichs war, daß man sich im Betrieb stärker als bisher darum bemühte, das Gütezeichen Q zu erringen. Im Jahre 1972 besaßen alle Haupterzeugnisse des Betriebes das Gütezeichen Q.

Trotz guter Leistungen einzelner Kollektive konnte der Plan der Warenproduktion im ersten Halbjahr 1960 nur mit 92 Prozent erfüllt werden. Am 7. Juli 1960 beschäftigte sich deshalb eine Parteiaktivtagung der Grundorganisation der SED mit den Ursachen dafür und setzte sich besonders mit Mängeln in der Leitungstätigkeit auseinander. Vor allem mit solchen Wirtschaftsfunktionären wurde die Auseinandersetzung geführt, die eine Trennung zwischen Politik und Ökonomie in ihrer Arbeit zuließen und die die Meinung vertraten, „wir müssen gegenwärtig den Plan erfüllen, deshalb haben wir für die Politik keine Zeit“ [426].

Die 5. Bezirksdelegiertenkonferenz der SED war eine große Hilfe bei der Überwindung der genannten Schwierigkeiten. Diese Konferenz,



Genossin Rosa Thälmann, die Lebens- und Kampfgefährtin des unvergessenen Genossen Ernst Thälmann, sprach anlässlich des 50. Internationalen Frauentages vor den Kolleginnen des Betriebes (Genossin Rosa Thälmann, rechts, Genossin Hilde Günther, links)

an der auch die Genossen Otto Grotewohl und Otto Buchwitz teilnahmen, verabschiedete eine Entschließung, in der unter anderem formuliert war, daß es Aufgabe der Grundorganisationen der SED sei, eine große Bewegung in Industrie und Landwirtschaft für den Sieg des Sozialismus gegen den Militarismus und die Kriegsgefahr im Bezirk zu organisieren. [427]

Daß in einzelnen Kollektiven große Leistungen vollbracht wurden, zeigen zum Beispiel die Worte von Rudolf Behnisch, Leiter der SAG „Flachsleifmaschine 200 x 600“: „Im Mai 1959 schloß sich die SAG zu ihrer gemeinsamen Tätigkeit zusammen. Als wir aus Anlaß des einjährigen Bestehens Bilanz zogen, standen 30 000 Mark Nutzen auf unserem Konto. Zur 5. Bezirksdelegiertenkonferenz der SED übernahmen wir die Verpflichtung, bis um 11. Jahrestag der DDR weitere 10 000 Mark einzusparen.“ [428] Am 27. September 1960 erfüllte diese SAG ihre Verpflichtung.

Auch das um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“ kämpfende Kollektiv der Hobelei Werk II konnte im August 1960 aufgrund von Verbesserungsvorschlägen eine Einsparung von 7 351 Mark erzielen. Die Brigade „Fortschritt“ im Werk I sparte im gleichen Zeitraum 4 949 Mark ein, wobei der Gesamtnutzen, der durch dieses Kollektiv bis zum 11. Jahrestag der DDR erbracht wurde, 18 000 Mark betrug. [429]

Im September 1960 wurde auf Empfehlung der Betriebsparteileitung der Belegschaft der Vorschlag zur Herstellung der produktionstechnischen Einheit in der kleinmechanischen Fertigung im Werk I unterbreitet und zur Diskussion gestellt. [430] Das war ein wichtiger Schritt, um die durch die Bildung des VEB Mikromat geschaffenen Möglichkeiten besser ausnutzen zu können. Im Januar gab der Werkdirektor bekannt, daß im Jahre 1961 damit begonnen wird, diese produktionstechnische Einheit zu schaffen. Unter anderem war im Zuge dieser Maßnahme vorgesehen: Konzentration der Sägerei und des Stahllagers im Werk II, Bearbeitung von Wellen, Spindeln, Bolzen, Rädern, Ringen, Scheiben und Buchsen nach der Mitrofanowmethode im wesentlichen im Werk II und Bearbeitung der übrigen kleinmechanischen Teile im Werk I. Das letztere bedeutete, daß für 35 Kollegen der Arbeitsplatz vom Werk II ins Werk I verlagert werden mußte. Im August 1961 sollte mit dem Neubau einer Halle für die Großbearbeitung, die 42 Meter breit und 18 Meter lang sein sollte, begonnen werden. Im Werk I wurde der Musterbau aufgebaut. [431]

Ende 1960 begann unter Führung der Parteiorganisation der SED eine umfassende Diskussion zum Entwurf des Arbeitsgesetzbuches der DDR. „In den Aussprachen zum neuen Arbeitsgesetzbuch“, so sagten die Genossen Schimang und Reichert, „werden wir erreichen, daß sich alle Betriebsangehörigen immer bewußter an der Planung und Leitung des Betriebes beteiligen, indem sie den sozialistischen Wettbewerb verbessern, die sozialistische Gemeinschaftsarbeit, die Ständige Produktionsberatung und die Neuererbewegung entwickeln. Damit wird aktiver Einfluß auf die Produktion und auf die Arbeitsbedingungen genommen.“ [432]



Das Kollektiv „Fortschritt“ nahm als eines der ersten Kollektive den Kampf um den Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ auf und prägte maßgeblich den Inhalt dieser Bewegung im Betrieb mit.

Nachdem von der 11. Tagung des Zentralkomitees der SED im Dezember 1960 dazu aufgerufen worden war, „die Störaktionen der Adenauer-Regierung gegen die Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik mit einem noch machtvolleren und einmütigeren Aufschwung des sozialistischen Wettbewerbes . . . erfolgreich zu beantworten und zunichte zu machen“ [433], kam es im Betrieb zu neuen Initiativen. Kollege Fritz Fritsche forderte alle Kollektive auf, sich das Ziel zu stellen, 1 Prozent des Einsatzmaterials einzusparen. Er sagte: „Aufgrund der politischen Lage gilt es, die für unseren Betrieb bisher durch Importe beschafften Artikel scharf unter die Lupe zu nehmen.“ [434] Seit Anfang 1960 arbeiteten 18 sozialistische Arbeitsgemeinschaften im Betrieb. In ihnen wirkten 169 Betriebsangehörige, davon 85 Arbeiter, mit. Im Jahre 1960 sparten diese Kollektive

48 000 Mark ein. Dabei wurden 1 376 Dreherstunden gewonnen. [435]

Der Genosse Herbert Hennig, Brigadier in der Jugendbrigade, hatte sich durch sein ständiges Bemühen, mit Hilfe von Neuerungen die Arbeitsproduktivität zu steigern, zum Arbeiterforscher entwickelt. In fünf Jahren reichte er 81 Verbesserungsvorschläge ein. Sie erbrachten einen Nutzen von 60 000 Mark. [436]

Trotz der guten Leistungen der sozialistischen Arbeitsgemeinschaften, der Neuererbewegung und vieler guter Ergebnisse im sozialistischen Wettbewerb wurde der Staatsplan 1960 nicht erfüllt. Der Werkdirektor, Genosse Rolf Thürmer, sagte dazu: „Eine der Ursachen liegt darin, daß im ersten Teil des Jahres der Kampf um die tägliche Planerfüllung nicht so geführt wurde, wie es notwendig gewesen wäre.“ [437]

Am 16. Januar 1961 wurde auf einer Parteikonferenz der SED Bilanz über die Arbeit des vergangenen Jahres gezogen. Die Genossen stellten sich das Ziel, ohne Planschulden zur Bezirksdelegiertenkonferenz der SED zu gehen. Auch die Arbeit der Gewerkschaft wurde kritisch eingeschätzt. Der BGL-Vorsitzende äußerte, daß es die BGL nicht verstanden hätte, „die

politisch-ideologische Überzeugungsarbeit nach unten zu tragen und die Beschlüsse der Partei durchzusetzen.“ [438] Es wurde deshalb verstärkt darauf orientiert, die Arbeit der Ständigen Produktionsberatungen zu verbessern.

Genosse Helmut Wetzel, Schlosser in der Montage und Vorsitzender der Ständigen Produktionsberatung bei der BGL, vertrat die Meinung, daß es vor allem darauf ankäme, zu erreichen, daß sich alle Arbeiter bereits bei der Ausarbeitung des Planes Gedanken darüber machen, wie er erfüllt werden kann. [439]

Auf Beschluß der Betriebsparteileitung der SED fand am 1. März 1961 die erste wissenschaftlich-technische Konferenz statt. Bei dieser Konferenz ging es, wie es im Referat der Konferenz hieß, darum, „durch den Kampf um wissenschaftlich-technischen Höchststand bei den entscheidenden Erzeugnissen und durch maximale Steigerung der Produktion leistungsfähiger Maschinen die vorgesehene Steigerung der Produktivität zu erreichen. Es muß unter allen Umständen eine Verkürzung der Entwicklungszeiten erfolgen; statt an einer Vielzahl von Problemen müssen die Kräfte an den Schwerpunktbjekten eingesetzt werden.“ [440]

Die Konferenz unterbreitete Vorschläge, um die im Betrieb produzierten 14 Maschinentypen mit Hilfe der VVB (durch Verlagerung in andere Betriebe) auf acht Haupterzeugnisse zu reduzieren. Des weiteren wurde festgelegt:

Konzentrierung der Kräfte im Konstruktionsbüro auf die Zweiständerkoordinatenbohrmaschine, da die Entwicklung der BKOZ 800 x 1250 zu einer wichtigen Frage des Betriebes geworden ist; es ist dazu eine überbetriebliche SAG mit dem VEB Carl Zeiss Jena und dem Institut für Werkzeugmaschinen Karl-Marx-Stadt zu bilden; Verbesserung der Fertigungstechnologie in der mechanischen Abteilung zur Steigerung der Arbeitsproduktivität durch verstärkte Anwendung der Mitrofanowmethode; Konzentration der Kräfte auf dem Gebiet der Standardisierung, da die Vielzahl der zu bearbeitenden Aufgaben die Kräfte zersplitterte; Beginn der Schaffung der produktionstechnischen Einheit. [441]

In vielen Diskussionsbeiträgen unterbreiteten

Arbeiter und Angehörige der Intelligenz ihre konstruktiven Vorschläge. So sagte zum Beispiel Genosse Werner Manthey: „Wir müssen uns stärker mit den Fragen des Planes der neuen Technik und der Standardisierung und Mechanisierung auseinandersetzen.“ [442] Er forderte dazu auf, gute Erfahrungen anderer Betriebe zu nutzen, um fortschrittliche Technologien im Betrieb anzuwenden. Die Ingenieure Georg Lottmann und Manfred Schubert unterbreiteten wertvolle Vorschläge zur Verbesserung der Standardisierung im Betrieb. Der Arbeiter Fritz Cichy und der Ingenieur Fritz Fritzsche gaben wichtige Hinweise zur breiteren Anwendung von Neuerermethoden. [443]

Die Ergebnisse dieser ersten wissenschaftlich-technischen Konferenz waren Gegenstand der Beratungen in den Gewerkschaftsgruppen zur Vorbereitung der BGL-Wahl, die am 14. und 15. Juni 1961 stattfand. Genosse Rudi Roch wurde als BGL-Vorsitzender gewählt.

Als Antwort auf den von der Volkskammer der DDR im Juli 1961 beschlossenen Friedensplan [444] rief die Brigade „Otto Krahmann“ aus dem VEB Kabelwerk Berlin-Oberspree alle Werktätigen der DDR auf: „Laßt keinen Planrückstand zu! Schlagt die Militaristen mit Taten in der sozialistischen Produktion.“ [445] Dem Beispiel der Brigade „Otto Krahmann“ folgten auch viele Genossen und Kollegen des VEB Mikromat. So wurde zum Beispiel verstärkt



Arbeiterforscher Genosse Herbert Hennig, Verdienter Aktivist, im Gespräch mit seinem Meister Horst Walter

nach der Seifertmethode gearbeitet. 68 Kollegen wandten diese Neuerermethode in ihrer Arbeit an. 1958 hatte Genosse Helmut Wetzel als erster im Betrieb die Initiative dazu ergriffen. „Nach langer Diskussion“, so sagte er, „fing ich am 5. Juni 1958, 12.05 Uhr, an, nach der Seifertmethode zu arbeiten. Was war das Ergebnis am Ende des Monats? Von meiner vorgegebenen Montagezeit hatte ich 47,5 Prozent als Verlustzeit ermittelt.“ [446] Mit der Beseitigung der nach der Seifertmethode ermittelten Verlustzeiten wurde eine wesentliche Quelle zur Steigerung der Arbeitsproduktivität im Betrieb erschlossen. Der Genosse Helmut Wobst und der Kollege Alfred Berger erreichten durch einen Verbesserungsvorschlag, der die Anwendung des Profilschleifens betraf, eine Einsparung von 7300 Mark. [447]

Eine SAG unter Leitung des Kollegen Kurt Haase aus der Montage erreichte durch einen Vorschlag zur stärkeren Arbeitsteilung und einer besseren Arbeitsorganisation bei der Montage der Einständerkoordinatenbohrmaschine einen volkswirtschaftlichen Nutzen von 10 400 Mark. Die Arbeit des Kollegen Gerhard Berger und des Genossen Kurt Weißflog nach der Mitrofahnmethode erbrachte einen volkswirtschaftlichen Nutzen von 2 064 Mark. Die Zahl der sich am Neuererwesen beteiligenden Belegschaftsangehörigen stieg in dieser Zeit auf 25 Prozent an. [448]

Die hier angeführten Beispiele stehen nur stellvertretend für die Vielzahl von Initiativen. Sie zeigen die große Verbundenheit der Werktätigen des VEB Mikromat mit ihrem sozialistischen Staat.

1961 bis 1971

Die Sicherung der Staatsgrenze und das Produktionsaufgebot – ein Schlag gegen die Imperialisten

Mitte 1961 erreichte die Politik der unmittelbaren Kriegsvorbereitung gegen die DDR und die anderen sozialistischen Staaten einen Höhepunkt. Eine besondere Rolle spielte dabei Westberlin, der auf dem Territorium der DDR liegende NATO-Stützpunkt. Von dort aus sollte die Bundeswehr über die 43 Kilometer lange offene Grenze „mit wehenden Fahnen und klingendem Spiel siegreich durch das Brandenburger Tor“ [449] marschieren. Diese Absicht wurde jedoch zunichte gemacht.

In Übereinstimmung mit den Warschauer Vertragspartnern wurde am 13. August 1961 die Grenze nach Westberlin gesichert und der Kriegsbrandherd unter zuverlässige Kontrolle genommen. Der Ausplünderung der DDR und der unmittelbaren militärischen Kriegsvorbereitung war damit ein jähes Ende gesetzt worden.

Mit diesen Maßnahmen war in Deutschland eine neue politische Lage entstanden, wobei für die Lösung der politischen Fragen erneut die ökonomische Stärkung der DDR in den Vordergrund rückte. [450] Im November 1961 orientierte deshalb die 14. Tagung des Zentralkomitees der SED alle Parteiorganisationen der SED darauf, die sozialistische Volkswirtschaft zu stabilisieren. Es wurde festgelegt, in bestimmten Zweigen der Volkswirtschaft die Produktion

schneller zu steigern als vorgesehen. So hatte zum Beispiel der Werkzeugmaschinenbau 1962 eine Wachstumsrate von 12 bis 15 Prozent zu erreichen bei gleichzeitiger Erhöhung der Produktion automatischer Werkzeugmaschinen. [451]

Die Elektrodendreher aus dem VEB Elektrokohle Berlin-Lichtenberg riefen alle Werktätigen zum Produktionsaufgebot für die Stärkung der DDR auf. Ihre Losung „In der gleichen Zeit für das gleiche Geld – mehr produzieren“ fand auch bei den Werktätigen des VEB Mikromat großen Widerhall.

Es galt, mit Hilfe zusätzlicher Leistungen einen Beitrag zur schnelleren Beseitigung der durch die offene Grenze entstandenen Schäden zu leisten. In der Zeit der offenen Grenze bis zum 13. August 1961 hatte der westdeutsche Imperialismus durch seinen gegen die DDR geführten Wirtschaftskrieg unserer sozialistischen Republik einen Verlust von etwa 100 Milliarden Mark zugefügt. Das entsprach ungefähr den Investitionen in unserer Volkswirtschaft von 1950 bis 1961. Dafür hätten 12 Millionen Pkws vom Typ „Trabant“ zusätzlich produziert oder 4 Millionen Wohnungen mehr gebaut werden können. [452]

Die Jugendbrigade „Anne Frank“ aus der Revolverdreherei und die um den Titel kämpfenden Kollektive des Vorrichtungsbau und des Musterbau waren die ersten, die sich mit konkreten Verpflichtungen an die gesamte Beleg-

schaft wandten und diese aufforderten, sich ebenfalls am Produktionsaufgebot zu beteiligen. Es folgte die Brigade Rothe aus der Montage Werk I, die die Verpflichtung übernahm, 5851 Mark Grundlohn durch zusätzliche Leistungen einzusparen. [453]

Auch das Kollektiv der Endmontage BKoE 315 x 500 verpflichtete sich, die Lohnkosten um 9 Prozent zu senken, und das Kollektiv der GSU stellte sich das Ziel, durch Verbesserungsvorschläge bis Ende 1962 einen Nutzen von 10 000 Mark zu erreichen. Die Brigade des Genossen Gerhard Pfeiffer – er gehörte zu den Aktivisten der ersten Stunde – nahm den Kampf um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“ auf.

Viele Mitglieder der FDJ traten freiwillig in die Reihen der bewaffneten Kräfte der DDR ein und folgten damit dem Ruf ihres sozialistischen Jugendverbandes, den Schutz der Heimat zu gewährleisten. Es waren die Jugendfreunde:

Dieter Srb	Frank Tirbitz
Peter Flögel	Jochen Till
Claus Winkler	Jürgen Wolf
Rolf Ackermann	Eberhard Pautsch
Günther Stenker	Hubert Roßburg
Christian Hunger	Werner Bauch
Lothar Minarikova	Klaus Puschmann
Lutz Pietsch	Karl-Heinz Stelzig
Dieter Lantzsch	Klaus-Dieter Papsdorf
Hans-Jürgen Hauf	Joachim Dienel
Werner Sabel	Winfried Hermann.

Am 14. November 1961 fand auf Vorschlag der Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED eine Beratung mit Angehörigen der technischen Intelligenz und Neuerern des Betriebes statt. Daran nahmen 98 Belegschaftsangehörige teil. Im Mittelpunkt der Beratung standen die Aufgaben, die sich aus dem Produktionsaufgebot für die Neuerer ergaben, und die Verbesserung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit zwischen Arbeitern und technischer Intelligenz. Die Teilnehmer setzten sich das Ziel, im Jahre 1962 durch technologische Verbesserungen 130 000 Stunden und durch planmäßige Nor-

menarbeit 31 000 Stunden zusätzlich zu gewinnen. Der Schwerpunkt war dabei die mechanische Abteilung. [454]

Im Jahre 1961 wurden insgesamt 556 Verbesserungsvorschläge eingereicht, mit denen ein ökonomischer Nutzen von 214 802 Mark erzielt wurde. Dabei spielte die Anwendung sowjetischer Neuerermethoden eine wichtige Rolle. Bis Ende 1961 waren zum Beispiel durch die Anwendung der Mitrofanowmethode 14 Gruppenbearbeitungspläne entstanden. Allein die Revolverdreherei arbeitete nach 7 solcher Pläne und erzielte damit eine Einsparung von 3500 Mark. [455]

Während des Produktionsaufgebots erhöhten die Betriebsangehörigen ihre Anstrengungen, um die erste Etappe der Rekonstruktion bei der Schaffung der produktionstechnischen Einheit im Betrieb abzuschließen. Das betraf vor allem die Konzentration der Kleinmechanischen Fertigung im Werk I, den Aufbau einer Nestfertigung im Werk II, die Schaffung einer Abteilung Konsumgüterproduktion und einer Abteilung Versuchs- und Musterbau.

In der ideologischen Arbeit war es im wesentlichen gelungen, noch vorhandene rückständige Auffassungen zur Bildung des Betriebes Mikromat zu beseitigen. Der Werkdirektor, Genosse Rolf Thürmer, meinte damals, daß das „Nur-Werk-I“ und „Nur-Werk-II“ Denken immer mehr überwunden wird. [456]

Die Parteiorganisation der SED forderte im Rahmen des Produktionsaufgebots, die Planaufschlüsselung im Betrieb verstärkt durchzusetzen. Diese Problematik war auch Gegenstand einer Gesamtmitgliederversammlung der Parteiorganisation der SED, die im Januar 1962 stattfand. [457]

Nach dieser Mitgliederversammlung der Grundorganisation der SED beschloß das Kollektiv der Dreherei im Werk I auf Initiative der Parteigruppe ein Kampfprogramm zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität, zur Senkung der Verlustzeiten, zur Verbesserung der Arbeitsdisziplin, zur Erhöhung der Qualifikation und zur Teilnahme an der Neuererbewegung. Das Ergebnis dieses Programms war, daß das Kollektiv vom 2. Januar bis zum 30. April 1962 insge-

samt 2 335 Stunden einsparte und den Arbeitsausschuß gegenüber dem Vorjahr um 7 Prozent senkte. [458] Genosse Erwin Wagner, Mitglied dieses Kollektivs, erklärte dazu: „Gerade jetzt, wo in Genf über die allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger internationaler Kontrolle, wie sie der sowjetische Plan vorsieht, verhandelt wird, muß jeder seinen Teil im Produktionsaufgebot zur Erhaltung des Friedens beitragen.“ [459]

Um aus den Erfahrungen der Besten zu lernen, organisierten die Dreher unseres Betriebes mit den Drehern aus der mechanischen Abteilung des Transformatoren- und Röntgenwerkes Dresden einen Leistungsvergleich. [460] Im Ergebnis dieses Leistungsvergleichs übernahmen die Dreher im Werk I konkrete Verpflichtungen im Produktionsaufgebot, so unter anderem die Einführung der rollenden Schichtübergabe, wobei sie eine Einsparung von 20 Minuten je Maschine erreichten. Mit der Einführung einer exakten Zwischenkontrolle wurde der Ausschuß je Kollege um 25 Prozent gesenkt. Die Dreher verpflichteten sich ferner, bei der Ausarbeitung technisch begründeter Arbeitsnormen und bei der Einführung der neuen Technik mitzuhelfen. Darüber hinaus stellten sie sich konkrete Aufgaben in der eigenen politischen und fachlichen Qualifizierung. Sie riefen alle Arbeitskollektive des Betriebes auf, ebenfalls konkrete Ziele im Produktionsaufgebot zu übernehmen.

Auf der Parteiaktivtagung der Grundorganisation der SED im März 1962 wurde das Beispiel der Dreherei verallgemeinert. Es wurde darüber beraten, wie entsprechend einem Aufruf des VEB Großdrehmaschinenbau „8. Mai“, Karl-Marx-Stadt, das Betriebskollektiv nach einem einheitlichen und komplexen Programm das Produktionsaufgebot weiterführen muß und wie durch Gewinnung von Kollegen aus der Montage das im Betrieb bestehende Mißverhältnis der Arbeitskräftezahl zwischen den Bereichen Mechanik und Montage überwunden werden kann. In der Entschließung der Parteiaktivtagung wurde gefordert, zur Weiterführung des Produktionsaufgebots einen Plan zur Steigerung der Arbeitsproduktivität unter der Losung

„Gründlicher denken – wirtschaftlich rechnen – technisch verbessern – ehrlich arbeiten“ auszuarbeiten.

Dieser Plan sollte nach fünf Hauptabschnitten aufgebaut werden:

1. Verwirklichung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und Senkung der Selbstkosten auf der Grundlage der Aufschlüsselung des bilanzierten Planes „Neue Technik“;
2. Arbeit nach dem ehrlichen Arbeiterprinzip „Neue Technik – neue Normen“ und richtige Anwendung des materiellen Anreizes zur Weiterführung der neuen Technik und Organisation, Arbeit nach Bestwerten und Einführung von Zeitnormativen;
3. an jedem Arbeitsplatz eine solch qualifizierte Arbeit zu leisten, daß Werkzeugmaschinen von bester Qualität produziert werden können;
4. Verwirklichung der strengsten Sparsamkeit im gesamten Betrieb auf der Grundlage der Aufschlüsselung des Planes, damit die Produktionsaufgaben mit höchstem Nutzeffekt bewältigt werden können;
5. Erhöhung des politischen und fachlichen Bildungsniveaus jedes Arbeiters, Ingenieurs und Wirtschaftsfunktionärs, vor allem allseitige Vermittlung von Kenntnissen über die neuesten Ergebnisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und über die Erfahrungen und Methoden der Besten. [461]

Nach gründlichen Aussprachen in den Partei- und Gewerkschaftsgruppen konnte im April der „Plan zur Steigerung der Arbeitsproduktivität durch das Produktionsaufgebot 1962 im VEB Mikromat Dresden“ verabschiedet werden. [462] Die 221 konkreten und abrechenbaren Aufgaben waren auf alle Bereiche des Betriebes abgestimmt, um die allseitige Planerfüllung 1962 zu sichern. Die Warenproduktion sollte um 16 Prozent, die Konsumgüterproduktion um 22,3 Prozent, der Exportplan um 21,3 Prozent und die Arbeitsproduktivität um 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesteigert, und die Selbstkosten sollten um 7,8 Prozent gesenkt werden. [463]

Nachdem der erste Halbjahresplan abgeschlossen worden war, zeigten sich die Ergebnisse der gemeinsamen Anstrengungen. Der Plan der Warenproduktion wurde mit 103,5 Prozent, der Exportplan mit 121,7 Prozent und der Plan der Konsumgüterproduktion mit 117,7 Prozent erfüllt. [464]

Am 25. April 1962 wurde im Betrieb der erste „Tag des Neuerers“ veranstaltet, der unterdessen zu einer guten Tradition geworden ist. Er bildet ein echtes Forum des Erfahrungsaustausches und der Erkenntnisvermittlung für die Neuerer. [465] Auch die BGL stellte die Arbeit mit den Neuerern mehr in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit und führte am 16. August 1962 eine Beratung mit den Neuerern des Betriebes über die Aufgaben des Jahres 1963 durch. [466]

Auf der Grundlage des Planes zur Steigerung der Arbeitsproduktivität durch das Produktionsaufgebot setzte sich der Haupttechnologe, Genosse Norbert Dittmann, gemeinsam mit den Genossen und Kollegen der Technologie verstärkt für die Einführung der neuen Technik im Betrieb ein. Er sagte selbst dazu: „Durch die Einführung der neuen Technik wird wesentlich zur Steigerung der Arbeitsproduktivität beigetragen. Ein bedeutender Faktor des technisch-wissenschaftlichen Höchststandes auf dem Gebiet der Fertigungstechnik stellt die Erarbeitung neuer wissenschaftlicher Technologien auf der Basis von Betriebsvergleichen dar. Die Vorteile unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung bieten uns umfangreiche Möglichkeiten dazu.“ [467]

Der VI. Parteitag der SED

Betriebsangehörige des VEB Büromaschinenwerke Sömmerda riefen die Werkstätten der DDR dazu auf, den Wettbewerb zu Ehren des VI. Parteitages der SED, der für Januar 1963 einberufen worden war, zu führen. [468]

Die Genossen Gerhard Nicolai und Wolfgang Geyer und die Kollegen Kurt Behr und Helmut Eger aus dem Meisterbereich der GSU wandten sich in einem offenen Brief an den Werkdirektor und unterbreiteten als Beitrag zur Vorbereitung des VI. Parteitages der SED konkrete

Vorschläge für die Plandiskussion 1963. [469] Sie leiteten damit eine von der Parteiorganisation der SED geführte umfassende Diskussion und die Entwicklung vielfältiger Initiativen in Vorbereitung des VI. Parteitages ein.

Unmittelbar nach den Aufruf der Sömmerdaer unterbreiteten die Parteimitglieder der Grundorganisation der SED der Belegschaft ein Programm zur Weiterführung des Wettbewerbs zu Ehren des VI. Parteitages der SED. In diesem Programm wurden unter anderem Maßnahmen für den Kampf um eine hohe Qualität, für die Weiterentwicklung der Erzeugnisse, die Verkürzung der Entwicklungszeiten durch Konzentration der Kräfte und Reduzierung der Forschungs- und Entwicklungsthemen, die Erhöhung der Fertigungstechnologie mit Hilfe der Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit und die weitere politische und fachliche Qualifizierung der Belegschaft vorgeschlagen. [470]

Ein Höhepunkt in der Vorbereitung des VI. Parteitages der SED war die erste Organisationskonferenz des Betriebes, die am 23. November 1962 stattfand. Diese Konferenz wurde von einer zentralen Kommission unter Leitung des Genossen Fritz Keßler vorbereitet. Sie hatte das Ziel, die gesamte Belegschaft mit den Fragen der Produktions- und Arbeitsorganisation vertraut zu machen, um dadurch Voraussetzungen zur Erfüllung der Planaufgaben des Jahres 1963 zu schaffen. 17 Diskussionsredner unterbreiteten wertvolle Vorschläge. [471]

Im VEB Werkzeugmaschinenfabrik Berggießhübel, dem heutigen Betriebsteil des VEB Mikromat, seit 1963 wieder der VVB WMW Karl-Marx-Stadt unterstellt, wurde die Produktion der technisch überholten DLZ 355 eingestellt und mit der Produktion der Hochgenauigkeitsdrehmaschine DLZ 315, die vom VEB Berliner Werkzeugmaschinenfabrik Marzahn übernommen wurde, begonnen.

Der VI. Parteitag der SED, der vom 15. bis 21. Januar 1963 in Berlin stattfand, beschloß das neue Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in dem es unter anderem hieß: „Das große Ziel dieses Programms ist der vollständige und umfassende Aufbau des So-

zialismus in der DDR. Er liegt im Interesse des ganzen werktätigen Volkes und erfordert dessen ganze Kraft, Ausdauer und Leidenschaft.“ [472]

Dieses Programm des umfassenden Aufbaus des Sozialismus beflügelte auch das Betriebskollektiv des VEB Mikromat zu neuen Leistungen, die durch einen Beschluß der Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED vom März 1963 zur Weiterführung des Wettbewerbs im Jahre 1963 gefördert wurden. Nach gründlicher Diskussion in den Arbeitskollektiven wurde dieser Beschluß bestätigt. Ziel dieses Wettbewerbs war es, die Führungstätigkeit der Parteiorganisation der SED und der staatlichen Leiter zu verbessern, um noch günstigere Bedingungen für die Erfüllung des Planes im Jahre 1963 zu schaffen. In diesem Beschluß waren für alle Bereiche des Betriebes die Schwerpunkte der politisch-ideologischen und technisch-ökonomischen Arbeit enthalten. [473] So wurde zum Beispiel die mechanische Abteilung beauftragt, die Arbeitsproduktivität um 10,1 Prozent zu steigern. Die im Beschluß genannten Aufgaben konnte das Betriebskollektiv mit den bisherigen Methoden nicht mehr lösen. Es ging jetzt darum, auf der Grundlage des höchsten Standes der Wissenschaft und Technik die nationale Wirtschaft entsprechend den Entwicklungsbedingungen unserer Republik zu gestalten. [474]

Im Programm der SED wurde auch die Antwort darauf gegeben, wie dieses Ziel zu erreichen ist: „Die stetige Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Senkung der Selbstkosten verlangen die konsequente Anwendung der fortgeschrittensten wissenschaftlichen Erkenntnisse in der Produktion, die komplexe sozialistische Rationalisierung der Produktionsprozesse unter aktiver Mitwirkung aller Werktätigen.“ [475]

Eine so umfangreiche Umstellung des Produktionsablaufs, wie sie mit der komplexen sozialistischen Rationalisierung notwendig wurde, war bisher im Betrieb noch nicht erfolgt. In sozialistischer Gemeinschaftsarbeit erarbeiteten viele Ingenieure und Arbeiter des Betriebes mit erfahrenen Fachleuten aus dem Zentralinstitut für Fertigungstechnik Karl-Marx-Stadt einen Plan, mit dessen Hilfe in der mechanischen Ab-

teilung das Werkstattprinzip von der ergebnisspezialisierten Fertigung ersetzt werden sollte. In verschiedenen Betrieben der Republik hatte sich bereits gezeigt, daß diese moderne Technologie zur weiteren Steigerung der Arbeitsproduktivität beigetragen hatte. Mit dieser Technologie und einer besseren Produktionsorganisation war es vor allem möglich, die Durchlaufzeiten durch optimale Gestaltung des Transports zu verkürzen. Eine weitere Spezialisierung der einzelnen Kollegen, verbunden mit der Erhöhung ihrer Qualifizierung, machte es möglich, Besttechnologien anzuwenden.

Bei der Verwirklichung dieses Projekts mußten etwa 110 Maschinen umgesetzt werden. Durch beispiellose Einsatzbereitschaft vieler Kollegen konnte diese Aufgabe innerhalb weniger Tage ohne Produktionsrückgang bewältigt werden. Über den Nutzen dieser Rationalisierungsmaßnahme schrieb der Bereichsleiter, Genosse Starke: „Sehr viele Kollegen stellen angesichts des momentanen Maschinenumsetzens die Frage: Was springt dabei heraus?“

1. In allererster Linie besteht ein Nutzen für den gesamten Betrieb in Form der Vereinfachung der Produktionsorganisation durch die Konzentration der mechanischen Fertigung in einem Werkteil.

2. Das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft erfordert unter anderem die wirtschaftliche Nutzung der vorhandenen Produktionsmittel. Dieser Forderung wurde durch die Freisetzung von 28 Maschinen weitgehend entsprochen. Der Bruttowert dieser freigesetzten Maschinen beträgt etwa 650 000 Mark und bringt darüber hinaus eine jährliche Einsparung an Abschreibungskosten von etwa 35 000 Mark.

3. Die sich aus dem Programm der komplexen Rationalisierung ergebenden notwendigen Maßnahmen für die Technologie werden nach der Realisierung durch die Bildung von Typenprozessen unter anderem zur Verbesserung des Fertigungsablaufes wesentlich beitragen und im Ergebnis die Verkürzung der Durchlaufzeiten und damit Einsparungen an Umlaufmitteln ausweisen.

4. Durch den Wegfall der häufigen Werkstattwechsel wird sich zweifelsohne durch die Einsparung an Transportwegen ein wesentlich besserer Produktionsfluß ergeben.

5. Durch die Bildung der Fertigungsabschnitte unter der Verantwortlichkeit eines Meisters je Abschnitt wird das Grundprinzip der sozialistischen Leitungstätigkeit in Form des Prinzips der Einzelleitung und der persönlichen Verantwortung durchgesetzt.

Entscheidend für den Betrieb und für die Lösung der vor uns stehenden Aufgaben ist es, wie durch die Maßnahmen der komplexen Rationalisierung eine kontinuierliche und qualitätsgerechte Teileanlieferung an die Montage gewährleistet wird.“ [476]

Eine wichtige Voraussetzung für die Verwirklichung der Rationalisierungsmaßnahme war die Fertigstellung der Halle für die Großbearbeitung. Im Mai 1963 wurde diese Halle, die mit einem Gesamtaufwand von 1,5 Millionen Mark, davon 800 000 Mark Baukosten, errichtet wurde, in Betrieb genommen. [477]

Die Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED bemühte sich, die Erfahrungen der Neuerer im Betrieb für die Lösung der neuen Aufgaben zu nutzen. Auf Beschluß der Betriebsparteileitung fand deshalb am 19. Juli 1963 die erste Neuererkonferenz des Betriebes im Bezirksneuererzentrum statt. [478] Diese Konferenz war Ausdruck des festen Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Intelligenz des Betriebes. An der Konferenz nahmen 57 Produktionsarbeiter und 32 Angehörige der Intelligenz teil. Sie berieten in drei Arbeitsgruppen über die künftigen Aufgaben der Neuerer. Im Ergebnis dieser Beratung wurden unter anderem solche Empfehlungen an den Werkdirektor gegeben wie: die Fließmontage bei der Flachsleifmaschine beschleunigt einzuführen, die Mechanisierung schneller durchzusetzen und die Mehrmaschinenbedienung einzuführen. Immer wieder wurde unterstrichen, daß es notwendig ist, die sozialistische Gemeinschaftsarbeit weiter zu entwickeln. Wertvolle Vorschläge zur Realisierung des Planes der technisch-organisatorischen Maßnahmen (TOM) unterbreiteten auch die Kollegen in den Meisterbereichen der Genossen Werner Man-

they, Hans Wagner, Werner Ziller und Heinz Koch. [479]

Die Neuererkonferenz brachte sichtbare Erfolge. So wurde im Jahre 1963 ein durchschnittlicher Nutzen je Neuerervorschlag von 633 Mark erreicht gegenüber einem durchschnittlichen Nutzen von 295 Mark im Jahre 1959. Die besten Ergebnisse in der Neuererarbeit des Jahres 1963 erzielten die Genossen und Kollegen Kurt Weißflog mit 5 Neuerervorschlägen und einem Nutzen von 22 960 Mark; Herbert Schröter mit 6 Neuerervorschlägen und einem Nutzen von 8 653 Mark; Gerhard Berger mit 9 Neuerervorschlägen und einem Nutzen von 7 630 Mark; Herbert Hennig mit 11 Neuerervorschlägen und einem Nutzen von 6 433 Mark; Willi Hartmann mit 4 Neuerervorschlägen und einem Nutzen von 7 437 Mark. [480]

Ausgehend von der ersten Neuererkonferenz, wurde 1964 damit begonnen, den einzelnen Kollektiven die Aufgabenstellungen im Neuererwesen schriftlich zu übergeben, um jeden einzelnen mit den wichtigsten betrieblichen Aufgaben bekanntzumachen.

Insgesamt wurden im Jahre 1963 504 Neuerervorschläge eingereicht. Seit 1954 waren das (bis zum III. Quartal 1963) 4 624 Neuerervorschläge, von denen 3 238 realisiert worden waren. Der Gesamtnutzen betrug 1 476 000 Mark. Allein 11 Genossen und Kollegen hatten in dieser Zeit einen Nutzen von 113 478 Mark erzielt. Es waren: Herbert Hennig, Heinz Flemming, Erich Wadewitz, Gerhard Berger, Kurt Hering, Alfred Höhne, Wolfgang Sinkwitz, Harry Rößner, Leo Adamczak, Karl Dudel, Wally Hollank. [481]

Großen Anteil daran, daß im Jahre 1963 die Arbeitsproduktivität stieg, hatten die sozialistischen Arbeitsgemeinschaften. Im Dezember 1963 arbeiteten 32 sozialistische Arbeitsgemeinschaften mit 210 Mitgliedern, das waren 17 Prozent der Belegschaft. Sie erreichten im Jahre 1963 eine Einsparung von 82 000 Mark. [482]

Dank den gemeinsamen Anstrengungen der Werktätigen des VEB Mikromat wurde der Plan der Warenproduktion 1963 mit 100,2 Pro-

zent, der TOM-Plan mit 100 Prozent und der Gewinnplan mit 102 Prozent erfüllt. [483] Aufgrund hervorragender Leistungen in der Planerfüllung 1963 wurden am 2. Januar 1964 als Aktivisten bzw. mit der „Medaille für ausgezeichnete Leistungen“ geehrt:

Rudolf Leuschke	Heinz Behrlich
Heinz Kahlert	Wally Hollank
Helmut Michaelis	Herbert Steinborn
Willi Jehmlich	Joachim Fuhrmann
Herbert Pöhler	Hans Köhler
Manfred Knabe	Helmut Simon
Bruno Herdler	Lothar Dubrau
Rudolf Flemming	Manfred Kuhnert. [484]

Um die Leistungen der Besten durch das gesamte Betriebskollektiv entsprechend zu würdigen, wurde erstmalig mit der Auszeichnung am 2. Januar 1964 im Betrieb die „Straße der Besten“ errichtet. [485] Auch heute noch ist die „Straße der Besten“ ein wichtiges Mittel, vorbildliche Leistungen von Kollektiven und Belegschaftsangehörigen moralisch anzuerkennen.

Am 24. und 25. Juni 1963 fand in Berlin die Wirtschaftskonferenz des Zentralkomitees der SED und des Ministerrates der DDR statt. Die bisherigen Ergebnisse auf ökonomischem Gebiet zeigten, daß dadurch, daß neue Formen und Methoden der Planung und Leitung angewandt wurden, eine höhere Qualität und bessere Ergebnisse der Wirtschaftstätigkeit erreicht werden konnten. [486] Die Wirtschaftskonferenz hatte unter anderem zum Ergebnis, daß die Zuführung zum Betriebsprämienfonds verändert wurde. Die Zuführung hing jetzt von der Erfüllung der wichtigsten qualitativen Kennziffern des Betriebsplanes ab, und der Gewinn wurde zum Hauptkriterium für die Höhe des Betriebsprämienfonds. Diese Veränderung führte im VEB Mikromat zu neuen Überlegungen bei der Führung des sozialistischen Wettbewerbs, besonders hinsichtlich der materiellen und moralischen Stimulierung. Wurden bisher die Prämienmittel gleichmäßig an alle Kollektive verteilt, so ging man jetzt dazu über, die Höhe der Prämien von der Lösung konkreter Aufgaben abhängig zu machen. [487] Das verlangte jedoch vor allem von

der Gewerkschaftsorganisation eine Verstärkung der politisch-ideologischen Arbeit. Die Voraussetzungen zur Anwendung neuer Prämienformen waren insofern gegeben, als bereits 1962 unter Führung der Parteiorganisation der SED umfangreiche Diskussionen geführt worden waren, um die damals noch vorhandene „Quartalsprämienideologie“ zu überwinden. Genosse Reinhard Börner sagte damals zu der Anwendung der neuen Prämienordnung unter anderem: „In der neuen Form der Prämierung kommt das Wechselverhältnis zwischen materieller Interessiertheit und sozialistischer Bewußtseinsbildung besser als bisher zum Ausdruck. Es gilt, mit Hilfe der materiellen Interessiertheit unsere Planaufgaben zu erfüllen und somit unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat politisch, ökonomisch und militärisch zu stärken.“ [488]

Auf Vorschlag der Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED wurden die Erfahrungen der Belegschaft des Kfz-Werkes „Ernst Grube“, Werdau, gründlich ausgewertet. Die bisherige Form der Wettbewerbsführung nach bestimmten Kennziffern wurde wesentlich verbessert, indem das Haushaltsbuch eingeführt wurde. Einige Leiter und die Bereiche der Planung und Buchhaltung sahen anfangs jedoch in der Einführung des Haushaltsbuches im wesentlichen nur eine zusätzliche Belastung. Unter Führung der Parteiorganisation der SED wurde deshalb Klarheit geschaffen, daß die einzelnen Arbeitskollektive nur dann in vollem Umfang mitarbeiten, mitplanen und mitregieren können, wenn die zu lösenden Aufgaben monatlich bekannt sind und exakt abgerechnet werden können.

Am 1. Juli 1963 wurde auf einer Belegschaftsversammlung das Programm zur Weiterführung des Wettbewerbs nach dem Beispiel der Berliner Werkzeugmaschinenfabrik Marzahn beschlossen. Es stand unter der Losung „Mit hoher Qualität, niedrigen Kosten und moderner Technik – zum Nutzen der Gesellschaft und für jeden einzelnen“.

Um dieses Programm zu verwirklichen, gingen Kollegen der Horizontalbohrerei im Werk I dazu über, daß je zwei Kollegen drei Maschinen bedienten. Als erste in der VVB WMW

führten sie damit die Mehrmaschinenbedienung für Horizontalbohrmaschinen ein. Im Juni erzielten sie bereits eine Einsparung von 9 500 Stunden. Für ihre hervorragenden Leistungen bei der Erfüllung des Wettbewerbsprogramms wurden die Kollegen Endlich, Riessner, Rudolph und Michael als Aktivisten ausgezeichnet. [489] Auch andere Genossen und Kollegen hatten gute Arbeitsergebnisse aufzuweisen. Bis September hatten zum Beispiel die Meisterbereiche Wolf, Koch, Chr. Claus, Walther, Wehner, Kretzschmar und R. Clauß 5 991 Stunden eingespart. [490] Der Meisterbereich „Flachschleifmaschine“ in der Montage, an seiner Spitze die Genossen und Kollegen Jehmlich, Radehaus und Schneider, arbeitete einen konkreten Arbeitsplan aus. [491]

Im Dezember 1963 war im Kollektiv der Montage die Fertigstellung der 100. Zweiständerkoordinatenbohrmaschine BKOz 800 x 1250, die termingemäß an die Volksrepublik Korea ausgeliefert wurde, ein besonderer Höhepunkt.

Die hier genannten und ähnliche Leistungen sind nur bei einer ständigen politisch-ideologischen Arbeit denkbar. Die Parteiorganisation der SED half, hemmende Auffassungen zu überwinden, wie sie zum Beispiel von den Mitarbeitern des technischen Bereichs geäußert wurden. Sie meinten, man könne die neue Technik nicht ständig weiter zur Steigerung der Arbeitsproduktivität nutzen, und das, was jahrelang verkauft worden sei, genüge sicher auch noch morgen. Neue Erzeugnisse sollten doch dann lieber andere bauen. [492]

Eine wertvolle Hilfe für die Arbeit der Betriebsparteiorganisation der SED war der Beschluß des Zentralkomitees der SED und des Ministerrates der DDR vom 28. Februar 1963 über die Bildung der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion (ABI). Damit wurden alle bisherigen Kontrollorgane im Betrieb vereinigt. Das waren zum Beispiel die der Parteiorganisation, die Kontrollposten der FDJ und die Arbeiterkontrollleure der Gewerkschaft, die bis jetzt mehr oder weniger voneinander unabhängig arbeiteten.

Auf der Gewerkschaftsaktivtagung am 21. November 1963 wurde die erste Betriebskommission der ABI gewählt. Vorsitzender wurde Ge-

nosse Eberhard Glöß, Mitglieder waren die Genossen und Kollegen Anita Quednau, Rolf Bräuer, Herbert Pils, Fritz Heidrich, Helga Fiedler, Willi Hofmann, Manfred Haase und Helmut Wetzol. [493]

Die Betriebskommission der ABI erhielt als erstes von der Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED den Auftrag zu kontrollieren, weshalb die Neuerer- und Verbesserungsvorschläge eine so lange Realisierungszeit benötigen. Außerdem sollten sie den TOM-Plan für das Jahr 1964 vorbereiten.

Seit nunmehr zehn Jahren erfüllt die ABI im Betrieb wichtige Kontrollfunktionen. Ihre Tätigkeit trug wesentlich dazu bei, die betrieblichen Aufgaben zu erfüllen. Besonders unter der Leitung der Genossen Eberhard Glöß, Klaus Richter und Jürgen Engel erwarb sich die ABI im Betrieb das Vertrauen der Kollegen.

Mit Premnitzer Elan zum 15. Jahrestag der DDR

Die 5. Tagung des Zentralkomitees der SED im Februar 1964 forderte, den Wettbewerb auf den politisch-ökonomischen Inhalt zu konzentrieren und ihn mit wirkungsvolleren Formen der materiellen Interessiertheit zu verbinden. „In erster Linie kommt es darauf an, sich auf die Erfüllung des Planes ‚Neue Technik‘ zu konzentrieren, den Komplexwettbewerb . . . stärker zu entwickeln und dabei neue, wirkungsvollere Formen der materiellen Interessiertheit anzuwenden.“ [494]

Die Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED hatte vor der 5. Tagung des Zentralkomitees der SED eine Aussprache mit Angehörigen der technischen Intelligenz über Fragen der Perspektive und des Kampfes um wissenschaftlich-technischen Fortschritt organisiert. [495] Heute sind differenzierte Aussprachen mit Angehörigen der Intelligenz des Betriebes auf der Grundlage des Planes der massenpolitischen Arbeit der Betriebsparteileitung selbstverständlich. Sie werden von den APO-Leitungen und den Direktoren durchgeführt und sind zu einem wichtigen Bestandteil der gesam-

ten politisch-ideologischen Arbeit im Betrieb geworden.

Die Zusammenkunft mit den Angehörigen der Intelligenz diente gleichzeitig dazu, die Parteiaktivtagung der Grundorganisation der SED am 5. Februar 1964, die sich mit den Aufgaben der Parteiorganisation der SED und des Betriebes bei der Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bis 1970 beschäftigte, vorzubereiten. In Auswertung dieser Parteiaktivtagung faßte die Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED am 12. Februar 1964 den Beschluß „Zur Durchsetzung der ökonomischen Politik der SED im Betrieb“. Ziel dieses Beschlusses war es, die Aufgaben bis 1970 gemeinsam mit den Betriebsangehörigen auszuarbeiten und zu verwirklichen. [496]

Im gesamten Betrieb gab es unter Führung der Parteiorganisation der SED umfangreiche Diskussionen über die Aufgaben des Planes „Neue Technik“.

Um die Beschlüsse der 5. Tagung des Zentralkomitees der SED auszuwerten, wurde der erste überbetriebliche Komplexwettbewerb zwischen dem VEB Mikromat Dresden, dem Institut für Werkzeugmaschinen Karl-Marx-Stadt, dem VEB Carl Zeiss Jena und dem VEB Starkstromanlagenbau „Otto Buchwitz“, Dresden, aufgenommen. In diesem überbetrieblichen Wettbewerb ging es vor allem darum, mit Hilfe der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit zu erreichen, daß das Staatsplanthema „Musterbau einer numerisch gesteuerten Werkzeugmaschine BKOz 800 x 1250“ gesichert wurde. Im Dezember 1964 sagte Genosse Horst Eichler: „Die Fertigstellung einer numerisch gesteuerten Koordinatenbohrmaschine ist von außerordentlicher politischer Bedeutung für die Volkswirtschaft, weil davon die Stärkung, das Ansehen und die Autorität der Deutschen Demokratischen Republik mit abhängen. Deshalb wurde auch Anfang dieses Jahres der Komplexwettbewerb abgeschlossen, der seinen Zweck voll erfüllt hat.“ [497]

Daß dieser erste überbetriebliche Komplexwettbewerb einen vollen Erfolg hatte, geht auch daraus hervor, daß anläßlich der 800. Jubiläumsmesse in Leipzig die Zweiständerkoordinatenbohrmaschine BKOz 800 x 1250 mit numeri-

scher Steuerung ein Diplom und die Goldmedaille erhielt.

Am 14. April 1964 beschloß das Gewerkschaftsaktiv des Betriebes anläßlich des 15. Jahrestages der DDR, den Wettbewerb entsprechend einem Aufruf des Chemiefaserwerkes „Friedrich Engels“ in Premnitz unter der Losung „Dem Volke zum Nutzen – der Republik zu Ehren“ zu führen. Ziel des Wettbewerbs war es vor allem, Erzeugnisse mit bester Qualität und niedrigsten Kosten unter Beachtung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes zu produzieren.

Schwerpunkte dieses Wettbewerbs waren: eine kontinuierliche Produktion zu erreichen, unter anderem mit Hilfe einer gegenstandsspezialisierten Fertigung für kurze und lange rotationssymmetrische Teile; die Direktive „Neue Technik – neue Normen“ zu verwirklichen; die Entwicklungszeiten bei neuen Erzeugnissen zu verkürzen; die Werk tätigen des Betriebes zu qualifizieren. [498]

Diesem Wettbewerbsprogramm entsprechend wurde mit der Konstruktion der Einständerkoordinatenbohrmaschine BKOe 400 x 630 begonnen, die 1965 abgeschlossen wurde. Im Jahre 1966 wurde die Mustermaschine gebaut. Zur Leipziger Frühjahrmesse 1967 fand diese Neuentwicklung gebührende Anerkennung.

Bei der weiteren Steigerung der Arbeitsproduktivität spielte die Direktive „Neue Technik – neue Normen“ eine große Rolle. Genosse Rainer Beckert sagte dazu: „Der Weg zu ständig wachsendem Wohlstand kann nur über den wissenschaftlich-technischen Höchststand, die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Erhöhung der Qualität der Erzeugnisse und die Senkung der Kosten führen. Von entscheidender Bedeutung ist hierbei die Ausarbeitung und Anwendung technisch begründeter Arbeitsnormen, die auf den technischen Parametern, den fortgeschrittenen Technologien, moderner Produktionsorganisation und den besten Erfahrungen der Werk tätigen beruhen. Nur das ist der richtige Weg, um die nach dem VI. Parteitag der SED begonnenen Maßnahmen richtig durchzuführen.“ [499]

Obwohl das Wettbewerbsprogramm auf die

wichtigsten Aufgaben orientierte, gab es in der Führung des Wettbewerbs einige Mängel. Die Genossen Kurt Wenk und Helmut Opitz äußerten sich über Versäumnisse der Gewerkschaft und besonders darüber, daß in den Wettbewerben der Bereiche „die politische Seite nicht genügend herausgearbeitet wurde“ [500].

Auf Beschluß des Sekretariats der Bezirksleitung der SED nahmen deshalb die Betriebe VEB Pressenwerk Freital und VEB Mikromat Dresden Verbindung auf, um die guten Erfahrungen des Pressenwerkes auf Mikromat zu übertragen. Genosse Rudi Roch, BGL-Vorsitzender, meinte dazu: „Es war für alle eine große Lektion, wie man die Beschlüsse der Partei konsequent verwirklichen muß. Deshalb werden wir den Erfahrungsaustausch unbedingt fortsetzen.“ [501]

Ein weiterer wichtiger Wettbewerbspunkt war die Entwicklung der Neuererbewegung. Unter dem Motto „Die Neuererbewegung muß zur Massenbewegung werden“ wurde deshalb am 9. Juli 1964 auf Vorschlag der Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED die zweite Neuererkonferenz des Betriebes durchgeführt. Die zweite Neuererkonferenz war ein erstes Ergebnis der Parteiaktivtagung der Grundorganisation der SED vom 1. Juli 1964, die besonders die ideologischen Ursachen des Zurückbleibens in der Planerfüllung kritisch einschätzte und Maßnahmen zur Verbesserung der politischen und ökonomischen Arbeit beschloß. [502]

Im Referat schätzte Genosse Norbert Dittmann ein, daß es aufgrund der konkreten Aufgabenstellungen für die sozialistischen Arbeitsgemeinschaften und der konkreten Arbeit mit Neuererbrigaden zu einem Aufschwung in der Neuererarbeit gekommen sei. Jetzt käme es darauf an zu beraten, wie durch die Arbeit der Neuerer 1964 ein Jahresnutzen von mindestens 100 000 Mark erreicht werden könne.

Die Genossen und Kollegen der Dreherei wandten sich an alle Betriebskollektive mit dem Aufruf, „bis zum 15. Jahrestag der DDR die Kennziffern der Neuererbewegung bereits für das gesamte Jahr zu erfüllen“ [503].

Genosse Felix Klein bezeichnete die sozialistische Gemeinschaftsarbeit als Hauptform der

Neuererarbeit. Die bisherigen Ergebnisse hätten die Richtigkeit dieser Auffassung bestätigt.

Die zurückliegenden Monate hatten gezeigt, daß die Genossen Helmut Opitz, Arthur Kretzschmar, Fritz Lindemann und die Kollegen Gottfried Göbel, Fritz Fritzsche und Horst Meißner als Leiter von sozialistischen Arbeitsgemeinschaften eine besonders gute Arbeit geleistet haben. [504]

Nach dem 15. Jahrestag der DDR forderten die Werktätigen von Premnitz dazu auf, den sozialistischen Wettbewerb „Dem Volke zum Nutzen – der Republik zu Ehren“ fortzusetzen. Kritisch wurde im VEB Mikromat der erreichte Stand im Wettbewerb eingeschätzt. Genosse Helmut Domke sagte dazu: „Bis zum heutigen Tag erlitten wir einen Tempoverlust, weil wir es nicht verstanden haben, die Diskussionen in allen Bereichen zu entfalten. Unser Planziel erreichen wir nicht durch Spitzenleistungen einzelner, sondern durch hohe Leistungen des gesamten Betriebskollektivs.“ [505]

Um die Führung des sozialistischen Wettbewerbs zu verbessern, wurden in Auswertung der Erfahrungen von Premnitz im VEB Mikromat verstärkt die komplexen Aufgaben des gesamten Betriebes in die Wettbewerbe der einzelnen Bereiche einbezogen. Man begann auch die Erfüllung der Plankennziffern des Betriebes stärker materiell zu stimulieren.

Die Anstrengungen der Betriebsangehörigen mußten besonders darauf gerichtet werden, die erste Fließstraße in der Montage fertigzustellen, mit deren Aufbau im April 1963 begonnen worden war. Am 10. November 1964 erfolgte ihre feierliche Inbetriebnahme in Anwesenheit des Werkdirektors. Auf dieser Fließstraße wurde die Flachsleifmaschine SFW 200 x 600 und später auch die optische Profilsleifmaschine SWPO 80 produziert.

Der Bau dieser Fließstraße für die Montage der SFW 200 x 600 wurde in einer Ingenieurabschlussarbeit eines Kollektivs vorgeschlagen. Bei der Realisierung fand dieses Projekt besondere Unterstützung durch die Produktionsarbeiter Wend, Wetzel, Pöhler, Wenk, Nestler, Arnold und Säuberlich sowie durch die Reparaturbrigade des Genossen Renitzsch. [506]

Mit Diskussionen in allen Arbeitskollektiven wurde die sechste technisch-ökonomische Konferenz vorbereitet. Die am 10. Dezember 1964 tagende Konferenz stand unter der Losung: „Die Aufgaben der Perspektive lösen – heißt, die Wissenschaft und Technik meistern.“

Im Mittelpunkt der Konferenz standen die Fragen der weiteren Steigerung der Arbeitsproduktivität bis 1970, damit die Produktion dringend benötigter Werkzeugmaschinen, insbesondere numerisch gesteuerter, erheblich erweitert werden konnte. 250 Kolleginnen und Kollegen nahmen an dieser Konferenz im Deutschen Hygiene-Museum teil. Sie berieten in drei Arbeitsgruppen besonders folgende Probleme:

1. Ausarbeitung der Perspektive für die Erzeugnisentwicklung, der Fertigungstechnik und der Durchsetzung der Direktive „Neue Technik – neue Normen“;
2. Ausarbeitung des Perspektivprogramms zur Steigerung der Produktion auf der Grundlage einer verbesserten Organisation in der Produktion und Verwaltung;
3. Ausarbeitung der Perspektive für die allseitige Qualifizierung der Belegschaft. [507]

Die Ergebnisse dieser Konferenz fanden ihren Niederschlag vor allem im Perspektivplan des Betriebes bis 1970. Hier wurde zum Beispiel festgelegt, daß die optische Profilsleifmaschine SWPO nach Freital und die Flachsleifmaschine SFW an die Betriebsberufsschule (BBS) verlagert werden sollen. Die Fragen der allseitigen politischen und fachlichen Qualifizierung wurden stärker als bisher in den Mittelpunkt der Leitungstätigkeit gestellt. Auf der Grundlage eines langfristigen Qualifizierungsprogramms entwickelte sich eine zielstrebige Qualifizierung der Belegschaftsmitglieder.

Die Verwirklichung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems

Die Verwirklichung der politischen und ökonomischen Aufgaben forderte von allen Werktätigen der DDR hohe politische und fachliche

Kenntnisse. Anfang 1964 wurde der gesamten Bevölkerung der Entwurf des Gesetzes über die Schaffung eines einheitlichen sozialistischen Bildungssystems zur Diskussion übergeben.

Im VEB Mikromat veröffentlichte die Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED im Mai 1964 in der Betriebszeitung die „Grundsätze für die Gestaltung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems“ zur Vorbereitung einer Parteiaktivtagung. [508] Diese Thesen wurden in allen Parteigruppen und Kollektiven des Betriebes beraten und riefen umfangreiche Diskussionen hervor.

Anfang November 1964 fand eine Parteiaktivtagung der Grundorganisation der SED statt, in deren Mittelpunkt Fragen der Qualifizierung im Zusammenhang mit dem Perspektivplan standen. Sie war bestimmend für die Richtung der Aus- und Weiterbildung der Werktätigen des Betriebes für die nächsten Jahre.

Am 25. Februar 1965 beschloß die Volkskammer der DDR das Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem.

Im Gesetz heißt es unter anderem: „Das Ziel des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems ist eine hohe Bildung des ganzen Volkes, die Bildung und Erziehung allseitig und harmonisch entwickelter sozialistischer Persönlichkeiten, die bewußt das gesellschaftliche Leben gestalten, die Natur verändern und ein erfülltes, glückliches, menschenwürdiges Leben führen.“ [509]

Den Fragen der Aus- und Weiterbildung wurde zwar schon in den ersten Jahren des Bestehens der volkseigenen Betriebe große Beachtung geschenkt, jedoch gewannen sie jetzt eine noch größere Bedeutung.

Nach 1945 war auch in den Vorgängerbetrieben des VEB Mikromat mit der Ausbildung von Lehrlingen begonnen worden. Die vorhandenen Möglichkeiten im VEB Feinstmaschinenbau reichten bald nicht mehr aus, so daß die Lehrwerkstatt des Betriebes in die Otto-Mohr-Straße in Reick verlegt werden mußte. Um den wachsenden Bedarf an gut ausgebildeten Facharbeitern besser befriedigen zu können, begannen 1952 Beratungen zur Konzentrierung der Lehrlingsausbildung der Betriebe VEB Feinstmaschinenbau und VEB Schleifmaschinenwerk.

Da die Vorstellungen, die Lehrausbildung im Werk I des VEB Schleifmaschinenwerk vorzunehmen, nicht verwirklicht werden konnten, entschied man sich dafür, die theoretische und praktische Ausbildung der Lehrlinge in einem Lehrkombinat in Radebeul, in der Gartenstraße, durchzuführen. So entstand eine Betriebsberufsschule mit dem VEB Feinstmaschinenbau als Trägerbetrieb. Unter Leitung des Genossen Rolf Thürmer fand am 7. April 1953 eine Beratung statt, auf der Maßnahmen festgelegt wurden, um zu sichern, daß mit der Ausbildung der Lehrlinge am 2. Mai 1953 in Radebeul begonnen werden konnte. [510]

Für die ständige Qualifizierung der Facharbeiter, Angestellten und Ingenieure wurde im Jahre 1954 im VEB Feinstmaschinenbau die technische Betriebsschule eröffnet, die auch von Werkträgern des VEB Schleifmaschinenwerk besucht wurde. Im Jahre 1959 wurde die technische Betriebsschule zur Betriebsakademie umgewandelt. Im Referat zur Gründungsfeier, das der Sekretär der Stadtleitung der SED, Genosse Larondell, hielt, sagte er unter anderem: „Der tiefe Inhalt der Betriebsakademie muß sein, nicht nur die Arbeiterklasse in die Lernbewegung einzubeziehen, sondern alle Werkträgern, damit der Sieg des Sozialismus recht schnell verwirklicht werden kann.“ [511] Ende 1959 nahmen 304 Kolleginnen und Kollegen an Lehrgängen der Betriebsakademie teil, das heißt, etwa ein Viertel der Belegschaft qualifizierte sich.

Am 29. März 1967 führte die Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED eine Qualifizierungskonferenz des Betriebes in der Betriebsberufsschule Radebeul durch. Die Konferenz beschäftigte sich mit den Ergebnissen, die im Betrieb seit der Veröffentlichung des Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem erreicht wurden. Sie legte die Aufgaben zur weiteren Verbesserung der politischen und fachlichen Qualifizierung, besonders auf dem Gebiet des polytechnischen Unterrichts, der Berufsausbildung und der Erwachsenenqualifizierung, fest.

Der polytechnische Unterricht, eine vom V. Parteitag der SED 1958 beschlossene neue Form der praxisverbundenen Ausbildung der Schul-

jugend, wurde mit dem Schuljahr 1958/59 im Betrieb eingeführt. Erstmals kamen Schüler der 7. bis 10. Klassen in die Werkstatt. Das war für die Kollektive eine völlig neue Aufgabe.

Das Einrichten der Arbeitsplätze war nicht so sehr schwer. Die inhaltliche Gestaltung des Unterrichts zeigte wesentlich höhere Schwierigkeiten. Zum Unterrichtstag in der Produktion sollten praktische Übungen durchgeführt und theoretische Kenntnisse vermittelt werden. Das Fach „Technisches Zeichnen“ kam hinzu. Es gab noch keine einheitlichen Lehrpläne. Nur wenige Kollegen waren bereit, diesen Unterricht zu unterstützen, da sie den Sinn dieser Ausbildung selbst noch nicht voll erfaßt hatten. [512]

Heute gehört der polytechnische Unterricht zum Alltagsleben des Betriebes. Im vierzehntäglichen Wechsel zwischen Theorie und Praxis nehmen etwa 850 Schüler aus fünf polytechnischen Oberschulen an diesem Unterricht teil. Der theoretische Unterricht im Fach „Einführung in die sozialistische Produktion“ wird heute praxis- und betriebsbezogen von ausgebildeten Fachlehrern abgehalten. Die 7. bis 8. Klassen bekommen in gut eingerichteten Kabinetten von erfahrenen Lehrmeistern und Fachlehrern Kenntnisse der mechanischen Technologie, der Maschinenkunde und des technischen Zeichnens vermittelt. Im praktischen Unterricht fertigen die Schüler Handhebelscheren für Bastler und Rollfixe an und führen Montagearbeiten an elektrischen Geräten aus.

Die 9. und 10. Klassen werden von Facharbeitern der einzelnen Abteilungen und Brigaden betreut. Die Schüler werden unmittelbar mit der Produktion des Betriebes vertraut gemacht. Das festigt auch den Kontakt zwischen den Schülern und den Angehörigen des Betriebes. Seit dem 1. September 1972 steht im Betrieb eine weitere Schülerproduktionsstätte für den praktischen Unterricht der Schüler der 9. Klasse zur Verfügung. In den letzten Jahren bildete sich ein guter Stamm von Produktionsarbeitern, Lehrmeistern und Fachlehrern heraus, der es versteht, die Sanitäter zu jungen Spezialisten zu erziehen und ihnen das richtige Maß an Arbeit und Verantwortung zu übertragen. Damit trägt der polytechnische Unterricht zur klassen-

mäßigen, sozialistischen Erziehung bei. 46 erfahrene und bewährte Produktionsarbeiter wurden im September 1971 vom Betriebsdirektor zu Lehrfacharbeitern berufen.

1300 Schüler werden ab 1975 in einem neuen polytechnischen Ausbildungszentrum des Betriebes den Unterrichtstag in der Produktion absolvieren. Eine sozialistische Arbeitsgemeinschaft unter Leitung des Lehrberufmeisters, Genossen Springel, erarbeitet das technologische Projekt und wird an seiner Realisierung mitwirken.

Von der Volkskammer der DDR wurden am 11. Juni 1968 die neuen Grundsätze für die Berufsausbildung beschlossen. [513] In Vorbereitung dieses wichtigen Gesetzes entwickelte sich unter Leitung der Parteiorganisation der SED eine umfassende Diskussion im Betrieb. Auf einer Aktivtagung am 30. Mai 1968 berieten die Teilnehmer die Ergebnisse dieser Diskussion.

Die Verwirklichung der neuen Grundsätze stellte nicht nur Lehrer und Lehrmeister vor neue Aufgaben, sondern auch viele staatliche Leiter und Kollegen in den Produktionsbereichen.

Die Berufsausbildung mußte so verbessert werden, daß der Betrieb klassenverbundene, dem Sozialismus treu ergebene, fachlich gut ausgebildete junge Facharbeiter erhält, die ihre eigene Verantwortung erkennen und aktiv an der Verwirklichung der Aufgaben des Betriebes mitarbeiten.

Die heutigen Anforderungen an die Berufsausbildung unterscheiden sich wesentlich von denen des Jahres 1953, als in Radebeul die Betriebsberufsschule des VEB Feinstmaschinenbau Dresden gegründet wurde. Das Wichtigste war damals, recht schnell Facharbeiter auszubilden, damit die durch den zweiten imperialistischen Weltkrieg entstandenen Lücken in den Reihen der Belegschaft geschlossen werden konnten.

Große Leistungen vollbrachte in all diesen Jahren das gesamte Lehrer- und Erzieherkollektiv. Seine Arbeit ermöglichte es, daß die Betriebsberufsschule des VEB Mikromat 1962 und 1963 mit dem Titel „Hervorragende Ausbildungsstätte der DDR“ ausgezeichnet werden konnte. Maßgeblich beteiligten sich Genossen und Kollegen der BBS an der Ausarbeitung der

Lehrpläne für den neu einzuführenden Grundberuf „Zerspanungsfacharbeiter“. Im Jahre 1969 begann an der BBS als erster Betriebsberufsschule der Republik die Ausbildung nach diesen neuen Lehrplänen.

Für vorbildliche Pflichterfüllung und gute Leistungen wurden Lehrer und Lehrmeister der BBS seit 1959 vielfach geehrt: 1mal mit der Theodor-Neubauer-Medaille, 1mal mit der Artur-Becker-Medaille, 2mal mit der Philipp-Müller-Medaille und 22mal mit der Pestalozzi-Medaille.

33 Lehrer und Lehrmeister wurden als Aktivisten bzw. mit der „Medaille für ausgezeichnete Leistungen“ ausgezeichnet.

An der Betriebsberufsschule wurden nicht nur Lehrlinge für 19 Betriebe ausgebildet, sondern darüber hinaus auch Schüler aus Vietnam, Kambodscha, Griechenland, Korea und aus dem Kongo. Für ihre besonderen Leistungen bei der Ausbildung junger vietnamesischer Freunde erhielten 1964 die Genossen und Kollegen Thomas, Müller und Gebhard die „FRIEDENSHIP MEDAL“ in Gold aus den Händen des Botschafters der DRV in der DDR.

Besondere Beachtung findet an der Betriebsberufsschule die klassenmäßige Erziehung der Lehrlinge. Ein Erfolg dieser Erziehung war, daß in Vorbereitung des VIII. Parteitages der SED und im Zeitraum vom VIII. Parteitag bis Ende 1972 insgesamt 28 Jugendfreunde den Antrag zur Aufnahme als Kandidaten in die Reihen der Partei der Arbeiterklasse stellten.

Die vormilitärische Ausbildung und die sozialistische Wehrerziehung haben einen festen Platz in dem Ausbildungsprogramm. Eine besondere Form dabei ist eine einwöchige Ausbildung der Lehrlinge in der Jugendburg „Ernst Thälmann“ in Hohenstein. Mehrfach erkämpfte sich die Grundeinheit der GST den ersten Platz im Kreismaßstab. Die Erfolge in der vormilitärischen Ausbildung widerspiegeln sich auch in den Auszeichnungen von Genossen und Kollegen der BBS, die 3mal mit der Ernst-Schneller-Medaille, 10mal als „Hervorragender Ausbilder“ und 16mal für „Aktive Arbeit in der GST“ geehrt wurden.

Viele der ehemaligen Lehrlinge üben heute ver-



Lehrlinge der BBS während der vormilitärischen Ausbildung

antwortungsvolle Funktionen in Betrieben und in Instituten unserer Republik aus.

Die früheren Lehrlinge Frank Melzer, Helmut Zscheile und Wolfram Umlauf bilden heute unsere wissenschaftlichen Nachwuchskader an der TU Dresden, der TH Magdeburg und der Pädagogischen Hochschule „K. F. W. Wander“ in Dresden aus. Bernd Hamüller praktiziert als Arzt in der Poliklinik Freital, Jochen Witschak ist Kopilot der Interflug, und Steffen Ritter ist als Technischer Leiter im Kulturpalast Dresden tätig. Margitta Schickmann, Christa Nestler, Gerhard Müller und Walter Plotz bilden heute als Lehrmeister in der BBS unseren Facharbeiternachwuchs aus. Die ehemaligen Lehrlinge Lothar Minarikova, Wolfram Berthold, Ingrid Huschka, Bernd Hamerl, Sigurd Weinmann, Klaus Börner, Ernst-Joachim von Oppen, Siegfried Doering, Wolfgang Kühn und andere üben verantwortliche Funktionen im Betrieb aus.

Hohe sportliche Erfolge für unsere Republik erkämpften die ehemaligen Lehrlinge Frank Forberger und Klaus Jacob als mehrfache Weltmeister und Olympiasieger im Rudersport und Christa Nestler als mehrfache Deutsche Meisterin der DDR im Kunstschwimmen. Die Fußballspieler Blaseck, Boden und Helm, ebenfalls ehemalige Lehrlinge unseres Betriebes, entwickelten sich bei dem SC Dynamo Dresden zu Auswahlspielern in der Junioren- bzw. Nachwuchsauswahl der Republik.

Besondere Bedeutung kommt der Erwachsenenqualifizierung zu. Im Durchschnitt besuchen 900 Kolleginnen und Kollegen jährlich die Lehrgänge und Vorträge mit fachlichen und politischen Themen. Seit 1959 hat sich diese Zahl auf mehr als das Dreifache erhöht. Etwa 60 Betriebsangehörige befinden sich jährlich im Abend- bzw. Fernstudium an einer Fach- oder Hochschule. Seit 1959 wurden insgesamt 166 Ingenieure, Techniker und Teilkonstrukteure, 248 Meister und 140 Facharbeiter von über 200 nebenberuflichen Lehrkräften ausgebildet.

Der am 16. November 1970 von der Volkskammer der DDR gefaßte Beschluß über die Grundsätze für die Aus- und Weiterbildung der Werktätigen bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR setzte besonders für die Anwendung neuer, praxisbezogener Aus- und Weiterbildungsformen der Werktätigen neue Maßstäbe. Die Weiterbildungsmaßnahmen sollten jetzt stärker von den konkreten Bildungsanforderungen, die mit der Entwicklung des Betriebes an die Werktätigen gestellt werden, abgeleitet werden. Die sozialistische Rationalisierung in Verbindung mit den umfangreichen Investitionsmaßnahmen des Betriebes und die weitere Vertiefung des Prozesses der Arbeitsteilung im Kombinat erforderten von vielen Betriebsangehörigen die Qualifizierung für eine neue oder veränderte Tätigkeit. Allein in den Jahren 1971 und 1972 qualifizierten sich 632 Betriebsangehörige für die Bedienung und Wartung neuer Maschinen und Anlagen, die Einführung der elektronischen Datenverarbeitung und die Leitung und Lenkung der neuen Fertigungsprozesse. Die Zahl der Betriebsangehörigen, die einen Hoch- oder Fachschulabschluß besitzen, erhöhte sich in den letzten Jahren wesentlich.

Entwicklung der Hoch- und Fachschulkader:

Jahr	Betriebsangehörige mit Hochschul- ausbildung	Betriebsangehörige mit Fachschul- ausbildung einschließlich Techniker
1959	8	52
1972	89	210

Absolventen von Fach- und Hochschulen, die an unseren sozialistischen Universitäten und Fachschulen ausgebildet wurden, wie zum Beispiel die Genossen Norbert Dittmann, Günter Reichert, Lothar Doering, Sibylle Schindler, Roland Nacke, Gerhard Höfert, Gisela Riedel, Eberhard Glöß, Klaus Reichelt, Joachim Bär, Dieter Winkler, Rainer Beckert und Dieter Starke, entwickelten sich im VEB Mikromat zu Führungs-

kadern der Partei, der Massenorganisationen und der staatlichen Leitung.

Allein die Ausbildungskosten für die im Betrieb tätigen Facharbeiter sowie für Hoch- und Fachschulkader ergeben einen Bildungsfonds von 38 Millionen Mark. [514]

Besondere Aufmerksamkeit wurde immer wieder der Qualifizierung der Frauen geschenkt.

Ein Beispiel dafür, wie die Pflichten einer Mutter, Hausfrau, Berufstätigen und Studentin unter einen Hut gebracht werden, ist Genossin Margarete Fischer. 1963 begann sie in der Belegausfertigung zu arbeiten, da ihr der Platz um den Kochtopf zu eng wurde. Sie wurde Hilfsschreibkraft, qualifizierte sich im Schreibmaschinenschreiben und konnte als stellvertretende Gruppenleiterin eingesetzt werden. Weil Genossin Fischer eine junge Frau ist, die mit beiden Beinen im Leben steht und auch ihren vier Kindern beim Lernen Vorbild sein wollte, entschloß sie sich, ein Sonderstudium für Frauen an der Ingenieurschule Zwickau aufzunehmen. Montags und freitags absolvierte sie jeweils acht Stunden Unterricht, und drei Abende in der Woche, auch manche Stunde am Wochenende, waren für die Hausaufgaben eingeplant. 1971 konnte sie ihre Qualifizierung mit gutem Erfolg abschließen. Sie arbeitet heute in verantwortungsvoller Funktion im Bereich der Materialökonomie und ist Mitglied der Leitung der Abteilungsparteiorganisation der SED.

Da die größeren ökonomischen Aufgaben auch hohe marxistisch-leninistische Kenntnisse verlangen, wurde auf Beschluß der Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED 1967 die Betriebsschule Marxismus-Leninismus geschaffen. Sieben Lehrgänge, die seit September 1968 als Einjahreslehrgänge laufen, fanden bisher statt. An ihnen nahmen 146 Mitglieder und Kandidaten der SED und parteilose Betriebsangehörige teil und erwarben sich auf dem Gebiet des Marxismus-Leninismus Kenntnisse. Eine Bilanz der Qualifizierungsergebnisse wurde auf der Bildungskonferenz des Werkzeugmaschinenkombinats „Fritz Heckert“ an der BBS am 5. Juli 1972 gezogen. Es wurde auch über die Anwendung neuer, verbesserter Formen und Methoden zur weiteren Erhöhung der Effekti-



Die Genossen Schlegel, Flegel, Ulbrich und Truhöl beim Studium in der Betriebsschule Marxismus-Leninismus

vität der Aus- und Weiterbildung und zur Durchsetzung einer hohen Bildungsökonomie beraten. Entsprechend den Beschlüssen der Parteiorganisation der SED und den Festlegungen in den Wettbewerbskonzeptionen, kommt auch in den folgenden Jahren den Fragen der politischen und fachlichen Qualifizierung aller Betriebsangehörigen eine große Bedeutung bei der Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten und bei der Lösung der betrieblichen Aufgaben zu.

Die Fräsmaschinenbauer aus Karl-Marx-Stadt fordern zum Wettbewerb zu Ehren des 20. Jahrestages der SED auf

In den Monaten Juli bis September 1965 diskutierten die Betriebsangehörigen auch im VEB Mikromat über den Plan 1966. Mit dieser Diskussion in den Arbeitskollektiven wurde sichtbar, welche volkswirtschaftlichen Schwerpunkte den sozialistischen Wettbewerb bestimmen sollten. Eine Hauptkennziffer war die Steigerung der Produktion des VEB Mikromat im Jahre 1966 auf 118 Prozent. [515] In verstärktem

Maße ging es auch um die Senkung der Kosten. Genossin Gisela Riedel, Hauptbuchhalterin, meinte deshalb, daß es auch um das „Q“ bei den Kosten ginge. Sie sagte: „Wir produzieren Maschinen mit hohem technischem Niveau und guter Qualität, bei den Kosten haben wir dieses hohe Niveau noch nicht erreicht.“ [516]

Bereits vor Beginn der Plandiskussion hatte es im Betrieb eine Reihe von Aussprachen und Beratungen gegeben, in denen es darum ging, durch Verbesserung der Leitungsarbeit mit der Erfüllung der Aufgaben 1965 eine gute Voraussetzung für den Plan 1966 zu schaffen.

Am 7. Januar 1965 sprach der Stellvertreter des Vorsitzenden der staatlichen Plankommission, Genosse Grosse, zur Belegschaft und beriet gemeinsam mit Arbeitern und Ingenieuren, Neuern und staatlichen Leitern über die Fragen der Perspektive des Betriebes. Das Hauptproblem dabei war, mit Hilfe einer weiteren Sortimentsbereinigung im Fertigungsprogramm die Anzahl der produzierten Werkzeugmaschinen zu steigern und gleichzeitig die Kosten zu senken. Eine gemeinsame Aktivtagung der Parteiorganisation der SED, der Gewerkschaft und der FDJ am 30. Januar 1965 im Klubhaus Sachsenwerk und die Vertrauensleutevollversammlung am 14. März 1965 beschäftigten sich mit dem politischen und ökonomischen Inhalt und dem Stand des Wettbewerbs. Diese beiden Be-

Für eine gute polytechnische Ausbildung unmittelbar in der Produktion sorgen bewährte Lebrausbilder und Facharbeiter.

Das Kollektiv der Fließstraße der Einständer-Koordinatenbohrmaschinen erkämpfte im sozialistischen Wettbewerb 1972 den Ehrentitel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“. Die Genossen und Kollegen zeigten vorbildliche Initiativen in der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit bei der Entwicklung einer Fließfertigung im Koordinatenbohrmaschinenbau.





Präzisionsarbeit ist für die Genossen und Kollegen beim Bau der Zweiständerkoordinatenbohrmaschinen Ebensache.



Wichtige Arbeitsgänge bei der Fertigstellung der Erzeugnisse führen die Genossinnen und Kolleginnen der Lackiererei aus.



Eine verantwortungsvolle Arbeit zur Sicherung höchster Qualität leisten die Genossen und Kollegen in der Härterei.

*Blick auf den Betriebsteil Schlottwitz
Blick auf den Betriebsteil Berggießhübel
(Bild rechte Seite)*

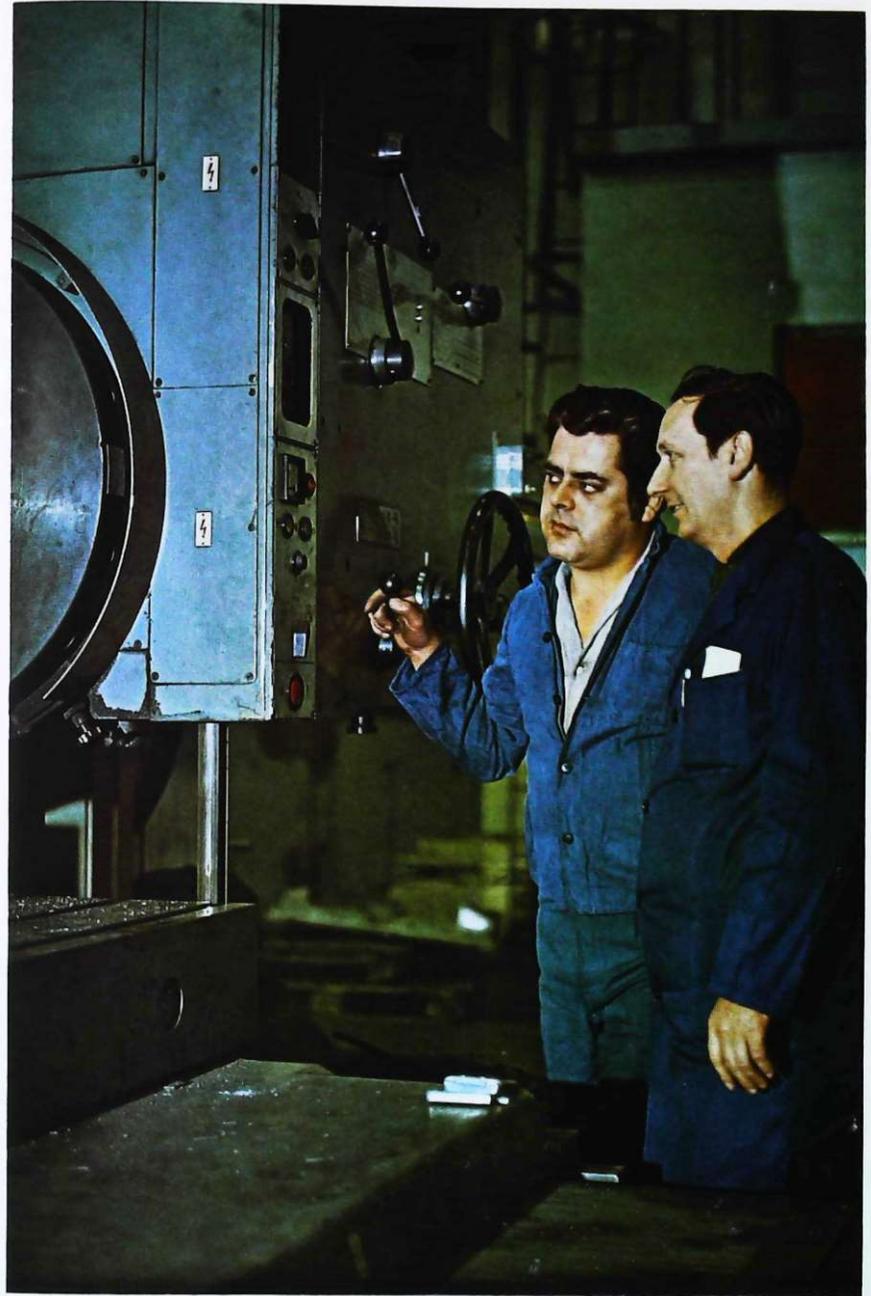




Fünffmal Messgold ist Ausdruck hervorragender sozialistischer Gemeinschaftsarbeit bei der Neuentwicklung von Erzeugnissen und der Sicherung einer hohen Qualität.

Unter eigener Verantwortung entwickelten und bauten die Genossen und Kollegen des Spindelstockbaus gemeinsam mit Angehörigen der technischen Intelligenz das wichtige Rationalisierungsorban „Fließmontage Spindelstock“.

Großes fachliches Können zeichnet die Genossen und Kollegen der Großbearbeitung in der mechanischen Abteilung aus.





In Anerkennung hervorragender Verdienste bei der Entwicklung des Sozialismus und bei der Festigung und Stärkung der DDR verlieh der Staatsrat der DDR dem VEB Mikromat anläßlich des 22. Jahrestages unserer Republik am 7. Oktober 1971 den Orden „Banner der Arbeit“.

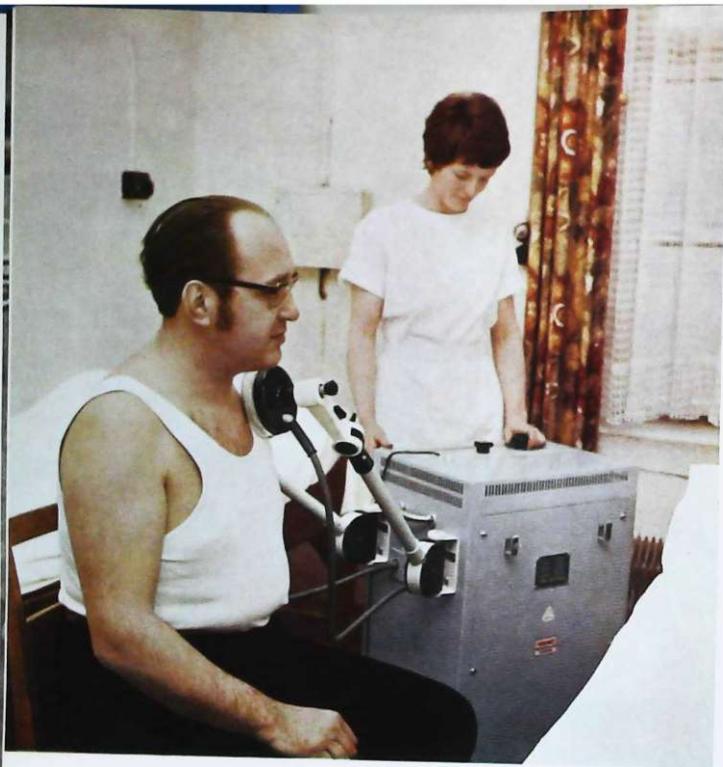
Genosse Arno Schimang, Aktivist der ersten Stunde, Mitglied der Betriebsparteileitung, Bezirksstabsabgeordneter und Träger des Karl-Marx-Ordens, sorgt als Gütekontrollleur stets für höchste Qualität.





*Zur Verbesserung der Arbeits-
und Lebensbedingungen der Belegschaft
gehörte der Bau moderner Geräumigkeiten*





Für die Ärztin und die Schwestern in den betrieblichen Einrichtungen des Gesundheitswesens steht die Sorge um die Gesundheit der Belegschaftsangehörigen im Mittelpunkt ihrer Arbeit.

Im betriebseigenen Kindergarten befinden sich die Kinder der Betriebsangehörigen in guter Obhut.





Im Wettbewerb zu Ehren des VIII. Parteitagess der SED erreichte das Betriebskollektiv des VEB Mikromat ausgezeichnete Ergebnisse und erkämpfte sich im Juni 1971 das Ehrenbanner des Zentralkomitees der SED.

Hohes technisches Können und politische Verantwortung zeichnen die Betriebsangehörigen aus. Wie Genosse Gerhard Nicolai, Träger der Verdienstmedaille der DDR, Mitglied einer AFO-Lernung der Grundorganisation der SED, stehen dabei die Genossen an der Spitze des Kampfes um die Erfüllung der Aufgaben.





*Im Betriebsferienheim „Alwin Höntzsch“
in Oberbärenburg finden, wie in vielen anderen
betrieblichen Erholungsanlagen,
jährlich zahlreiche Betriebsangehörige mit ihren
Familien Erholung und Entspannung.*

beratungen waren gleichzeitig Bestandteil der Vorbereitung der Berichtswahlversammlung der Parteiorganisation der SED, die am 3. April stattfand.

Mit den neuen, höheren Aufgaben wurde die Verbesserung der Leitungstätigkeit der staatlichen Leiter notwendig. Diese Verbesserung konnte nur ungenügend durchgesetzt werden. Es war deshalb erforderlich, am 5. Mai 1965 eine weitere Aktivtagung durchzuführen, die am 24. Mai 1965 fortgesetzt wurde. An ihr nahm auch der Generaldirektor der VVB WMW, Genosse Werner Schmalz, teil. Auf diesen Beratungen zeigte sich, daß sich die Arbeiter und Ingenieure nicht mehr mit bloßen Versprechungen und Zusagen der staatlichen Leiter zufriedengaben. Sie forderten konkrete Maßnahmen zur Beseitigung bestehender Mängel in der Leitungstätigkeit und die Schaffung von Voraussetzungen, damit alle Betriebsangehörigen erfolgreich am sozialistischen Wettbewerb teilnehmen konnten. [517] Die Ergebnisse der Diskussion zum Plan 1966 wurden am 21. Oktober 1965 auf einer gemeinsamen Aktivtagung der Parteiorganisation der SED und der Gewerkschaft ausgewertet. Zur Vorbereitung dieser Tagung hatte die Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED eine Aussprache mit allen Mitgliedern der SED, die in sozialistischen Arbeitsgemeinschaften mitarbeiteten, organisiert und mit ihnen darüber beraten, wie jeder Genosse noch stärker in den sozialistischen Arbeitsgemeinschaften die Beschlüsse der Partei verwirklichen kann. Es wurde auch darüber gesprochen, wie der Wettbewerb noch besser auf der Grundlage des Haushaltsbuches zu führen ist.

Im Mittelpunkt dieser Aktivtagung standen vor allem Fragen der weiteren Verbesserung der Einheit von politischer und ökonomischer Arbeit der staatlichen Leiter und der weiteren Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit. Genosse Herbert Liebscher führte in der Diskussion aus, daß die „Arbeit mit den Menschen die wichtigste Aufgabe ist“, die jeder staatliche Leiter zu leisten hat. [518]

Erneut wurde sichtbar, wie auch Genosse Hans Keller, Produktionsdirektor, betonte, daß das „Hauptproblem die Disproportion zwischen

mechanischer Abteilung und Montage ist“, [519] das nur dadurch gelöst werden kann, daß sich weitere Kollegen aus der Montage bereit erklären, ihre Tätigkeit in der mechanischen Abteilung aufzunehmen.

Ein besonderer Höhepunkt für das Montagekollektiv der SFW 200 x 600 war am 26. November 1965 die Fertigstellung der 3000. Flachsleifmaschine SFW.

Zur Entwicklung neuer, umfassender Masseninitiativen in Vorbereitung des 20. Jahrestages der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands faßte das Zentralkomitee der SED einen Beschluß zur Organisation eines neuen Aufschwungs im sozialistischen Massennwettbewerb. [520] Die Vertrauensleuteversammlung des Fritz-Heckert-Werkes, Karl-Marx-Stadt, beschloß als erstes Betriebskollektiv einen konkret abrechenbaren Wettbewerbsaufruf. [521]

Als erste Kollektive im VEB Mikromat beschlossen die Parteigruppe der Fließfertigung „Flachsleifmaschine SFW 200 x 600“ und die sozialistische Arbeitsgemeinschaft „Optische Profilsleifmaschine SWPO 80“ Wettbewerbsprogramme zur Vorbereitung des 20. Jahrestages der SED, die exakt abrechenbare Verpflichtungen enthielten. [522]

Auch die Brigade Vorrichtungsbau folgte dem Beispiel der ersten beiden Kollektive. In ihren Kampfprogrammen formulierten sie: „Wie viele andere Werktätige unserer Republik bereiten auch wir uns jetzt auf den 20. Jahrestag der SED vor. Die Ziele der SED sind die Ziele der Werktätigen unserer Republik. Deshalb ist es auch für uns eine Sache der Ehre, zum 20. Jahrestag der Gründung der SED neue Verpflichtungen zu übernehmen.“ [523]

Im Januar 1966 beschloß die Vertrauensleuteversammlung des Betriebes das Wettbewerbsprogramm des gesamten Betriebskollektivs unter der Losung „Mit guten Taten zum 20. Jahrestag der SED“. In sechs Abschnitten waren die wichtigsten Aufgaben festgelegt:

1. Entsprechend der Verantwortung der Werkzeugmaschinenbauer müssen 1966 und im Perspektivzeitraum bis 1970 hochleistungsfähige

Spitzenerzeugnisse für die Durchsetzung der technischen Revolution und vor allem für den Export produziert werden.

2. Der Aufbau und die Steigerung des perspektivischen Produktionsprogramms des VEB Mikromat verlangen die Einschätzung des erreichten wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Standes aller Erzeugnisse.

3. Ausgehend von dem Programm der Haupterzeugnisse sind durch die Komplexwettbewerbe der sozialistischen Brigaden und sozialistischen Arbeits- und Forschungsgemeinschaften alle Reserven für die maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität und größtmögliche Einsparungen aufzudecken.

4. Qualitätsarbeit ist zu einer entscheidenden Frage des Betriebes geworden.

5. Die Direktive „Neue Technik – neue Normen“ muß durchgesetzt werden.

6. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen des Betriebes müssen verbessert werden. [524]

Die staatlichen Leiter wurden beauftragt, den erreichten Stand im Wettbewerb regelmäßig den Kollektiven bekanntzugeben und gemeinsam mit ihnen Wege zur Lösung der weiteren Aufgaben zu beraten. Die Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED beschloß deshalb, daß in den Bereichen Mechanik und Montage 14tägig Aussprachen mit den Kollektiven durchzuführen sind, wobei die staatlichen Leiter über ihre Arbeit bei der Führung des sozialistischen Wettbewerbs Rechenschaft abzulegen hatten. Mit Hilfe von Erläuterungen der Beschlüsse der Partei und Regierung sind alle Kollektivmitglieder zur bewußten Bereitschaft bei der Lösung der Aufgaben zu gewinnen. Genosse Ehrenfried Bethge sagte nach einer der ersten Aussprachen: „Durch die Diskussion der Probleme mit den Kollegen ist es möglich, das gesamte Kollektiv in die Leitungstätigkeit einzubeziehen.“ [525] Noch heute sind solche monatlichen Aussprachen in den Bereichen der Produktion und Produktionshilfsabteilungen eine wichtige Form der Entwicklung sozialistischer Demokratie im Betrieb.

Durch die unter Führung der Parteiorganisation

der SED entwickelten Wettbewerbsinitiativen zur Vorbereitung des 20. Jahrestages der SED, die alle Arbeitskollektive erfaßte, wurde im I. Quartal 1966 der Plan der Warenproduktion erfüllt. [526]

In der gesamten DDR hatte die umfassende Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbs zur weiteren Steigerung der Arbeitsproduktivität beigetragen. War 1965 die Arbeitsproduktivität in der DDR um 5,9 Prozent gegenüber 1964 gestiegen, so betrug die Steigerung im I. Quartal 1966 sogar 6,4 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 1965. [527]

Die hervorragenden Leistungen der Werktätigen in der DDR ermöglichten es, entsprechend dem Vorschlag der 11. Tagung des Zentralkomitees der SED im Dezember 1965, ab 9. April 1966 für jede zweite Arbeitswoche die Fünf-Tage-Arbeitswoche einzuführen. Bereits am 3. Mai 1967 beschloß der Ministerrat der DDR auf Vorschlag des VII. Parteitag der SED die Einführung der durchgängigen Fünf-Tage-Arbeitswoche ab 28. August 1967. [528]

Ein weiterer Vorschlag der 11. Tagung des Zentralkomitees der SED war, vom Planjahr 1966 an schrittweise in den Betrieben die Jahresendprämie einzuführen. Diese Beschlüsse fanden in der Belegschaft des VEB Mikromat begeisterte Zustimmung. Genosse Eberhard Glöß, BGL-Vorsitzender, erklärte zu diesen Festlegungen: „Das Erkennen der Zusammenhänge zwischen ideologischer und ökonomischer Aufgabenstellung ist die Voraussetzung dafür, daß wir die gestellten Aufgaben erfolgreich lösen können. Besonderen Widerhall fand bei unseren Kollegen der Vorschlag, die Fünf-Tage-Arbeitswoche alle zwei Wochen einzuführen. Zustimmung fand auch die Empfehlung der Einführung einer Jahresendprämie. Sie wird uns vor allem die Möglichkeit schaffen, hohe Leistungen von Kollektiven und Kollegen noch gerechter nach ihrem Anteil am Betriebsergebnis zu prämiieren.“ [529] Im VEB Mikromat wurde erstmalig für das Planjahr 1967 eine Jahresendprämie in einer Gesamthöhe von 370 800 Mark gezahlt. Einschließlich der Jahresendprämie für das Planjahr 1972 wurde damit an die Belegschaft eine Gesamtsumme von 4 248 000 Mark in Form



Mitglieder des Kollektivs „Jenny Marx“, das als erstes Frauenkollektiv den Kampf um den Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ aufnahm.

der Jahresendprämie in den Jahren von 1967 bis 1972 ausgezahlt.

Um in der Wettbewerbsbewegung noch stärker die Initiative der im Betrieb beschäftigten Kolleginnen zu fördern, fand auf Vorschlag der Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED am 13. Dezember 1965 das erste Frauenforum statt. 120 Kolleginnen berieten mit leitenden Funktionären des Betriebes darüber, wie die Kolleginnen stärker zur Lösung der betrieblichen Aufgaben herangezogen werden können.

Den 20. Jahrestag der Gründung der SED am 2. April 1966 nahmen viele Kollektive des Betriebes zum Anlaß, vor der Betriebsparteileitung

der Grundorganisation der SED ihre Ergebnisse im Wettbewerb abzurechnen, ihre Verbundenheit mit der Partei der Arbeiterklasse zum Ausdruck zu bringen und neue Verpflichtungen zur weiteren Stärkung der DDR zu übernehmen. So schrieben zum Beispiel die beiden sozialistischen Kollektive der Großbearbeitung in ihren Grußschreiben, die von den Genossen und Kollegen Wolfgang Koch, Walter Glöckner und Friedrich Rust unterzeichnet waren, unter anderem: „Die vergangenen 20 Jahre haben den Beweis erbracht, daß die politische Einheit der Arbeiterpartei das Unterpfand der erfolgreichen politischen und ökonomischen Kraft der Arbeiterklasse ist. Dabei denken wir an den ständig wachsenden Aufbau einer modernen Industrie in unserer Republik, die in der Lage ist, Erzeugnisse mit Welthöchststand zu produzieren, an den Kampf, um den Weltfrieden zu erhalten. ... Zum heutigen Ehrentag der Partei versprechen

wir, die bewährte Arbeit in unserer Brigade fortzusetzen, um neue ökonomische Erfolge zur Stärkung der Politik der Einheit der Arbeiterklasse unter Führung der SED durchzusetzen.“ [530]

Zum VII. Parteitag der SED

Zur Vorbereitung des VII. Parteitages der SED im April 1967 beschlossen die Genossen der APO Mechanik auf ihrer Berichtswahlversammlung, entsprechend dem Aufruf der Strickmaschinenbauer von Karl-Marx-Stadt den Wettbewerb unter der Losung „Rationeller produzieren – für dich, für deinen Betrieb, für unseren sozialistischen Friedensstaat – dem VII. Parteitag entgegen!“ zu führen.

Das Kollektiv „Musterbau“, das sich als erstes sozialistisches Kollektiv diesem Beispiel anschloß, stellte erstmalig neben den technisch-ökonomischen Aufgaben die Probleme der Kulturarbeit in den Mittelpunkt des Wettbewerbs. Es bereitete sich damit nicht nur aktiv auf die 9. Arbeiterfestspiele im Bezirk Dresden vor, sondern es leitete eine Bewegung ein, die immer stärker die Aufgaben der kulturellen Arbeit zum festen Bestandteil der Arbeit in den sozialistischen Kollektiven werden ließ. [531]

Der Wettbewerb zur Vorbereitung des VII. Parteitages der SED setzte die guten Erfolge fort, die im Wettbewerb zu Ehren des 17. Jahrestages der Gründung der DDR im Betrieb erzielt worden waren. Entsprechend dem Aufruf der Jugendbrigade „Anne Frank“ vom Mai 1966 war dieser Wettbewerb auf der Grundlage des Aufrufs des VEB Schwermaschinenbau „Karl Liebknecht“, Magdeburg, unter der Losung „Durch sozialistische Rationalisierung zur Erhöhung des Nationaleinkommens – aus dem Groschen die Mark“ im Betrieb geführt worden.

Die Jugendbrigade „Anne Frank“ hatte in ihrem Programm vor allem solche Aufgaben übernommen wie die weitere Durchsetzung der Rationalisierung und Automatisierung, die konsequente und richtige Auslastung der Grundmittel und den Kampf um die Erzielung höchster Arbeitsergebnisse. [532]

Weiteren Aufschwung im Wettbewerb nahm auch die Neuererbewegung. Am 29. Mai 1966 wurde im Betrieb der Neuererrat unter Leitung des Kollegen Dr. Edwin Nordmann durch den Betriebsdirektor berufen. 28 Genossen und Kollegen gehörten diesem Neuererrat an. Mit den Gewerkschaftswahlen 1972 wurden die Aufgaben des Neuererrates vom Neuereraktiv der BGL, unter dem Vorsitz des BGL-Mitglieds und besten Neuerers und Rationalisators, Kollegen Rudi Göhler, übernommen. Genosse Werner Ulbrich, Horizontalbohrer, sagte über seine Mitarbeit im Neuererwesen: „Mit jedem Neuerervorschlag stärken wir unsere souveräne Deutsche Demokratische Republik, indem wir durch rationelles Produzieren den Gewinnplan unseres Betriebes und damit das Nationaleinkommen unserer Republik erhöhen helfen. Jeder Neuerervorschlag ist deshalb auch gleichzeitig ein Beitrag im Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus und Neonazismus. Ich bin der Meinung, was dem volkseigenen Betrieb nutzt, nutzt auch mir. Deshalb arbeite ich aktiv in der Neuererbewegung mit.“ [533]

Im Juni 1966 fand in Leipzig die Rationalisierungskonferenz des Zentralkomitees der SED und des Ministerrates der DDR statt. Sie forderte, neue Überlegungen zur weiteren Entwicklung der Neuererbewegung anzustellen. Am 29. August 1966 fand deshalb im Betrieb eine Beratung der staatlichen Leiter mit Genossen und Kollegen zur Auswertung dieser Konferenz statt. Auf dieser Beratung wurde darüber diskutiert, wie die Belegschaft noch stärker in die sozialistische Rationalisierung einbezogen werden kann. Der amtierende Betriebsdirektor, Genosse Norbert Dittmann, sagte in diesem Zusammenhang, „daß die staatlichen Leiter zu wenig auf die tausend kleinen Dinge eingehen, die die Arbeit unnötig behindern. Ein Leiter, der das nicht beachtet, wird jedoch seiner Aufgabe nicht gerecht.“ [534]

Die weiteren Maßnahmen zur sozialistischen Rationalisierung wurden entsprechend der Förderung der Rationalisierungskonferenz in Leipzig im Betrieb unter dem Motto „Sozialistische Rationalisierung mit dem Menschen – für den Menschen“ gestellt.

Die auszuarbeitende Rationalisierungskonzeption des Betriebes sollte Voraussetzungen für höchste Effektivität schaffen. Das galt besonders für die Aufgaben der Forschung und Entwicklung. 1966 hatten umfangreiche Arbeiten begonnen, so zum Beispiel die Entwicklung der Zweiständerkoordinatenbohrmaschine BKoZ 900 x 1400/1 NC 2. Zur Leipziger Frühjahrsmesse 1969 stand diese Maschine auf dem Messtand des Betriebes. Man begann ferner an dem Bearbeitungszentrum C-BKoZ 900/5 zu arbeiten, das 1970 auf der Leipziger Frühjahrsmesse ausgestellt wurde.

Um einen hohen Nutzeffekt der neuen Erzeugnisse zu erreichen, wurde 1966 erstmalig begonnen, die Konstruktion vor dem Betriebsdirektor und vor fachkundigen Kollegen, vor allem aus der Produktion, zu verteidigen. [535] Am 19. September 1966 fand eine Parteiaktivtagung der Grundorganisation der SED statt, die gleichzeitig Auftakt der Parteiwahlen im Betrieb war. Dabei ging es besonders um die Entfaltung einer großen Massenbewegung zur allseitigen Planerfüllung 1966. Nach eingehender Diskussion wurde die vorgelegte Konzeption des Werkdirektors bestätigt. Ein besonderes Problem bestand darin, daß erneut Maßnahmen einzuleiten waren, um die Disproportionen zwischen mechanischer Abteilung und Montage zu beseitigen. Eine dieser Maßnahmen war die Gewinnung von 25 Genossen und Kollegen der Montage für die Arbeit in der mechanischen Abteilung. Als erste nahmen die Genossen und Kollegen Hans-Peter Kotte und Werner Hertel ihre Arbeit in der mechanischen Abteilung auf. Genosse Kotte sagte zu seinem Entschluß: „Für mich war es selbstverständlich, als Vertrauensmann mit gutem Beispiel voranzugehen. Es bedeutet zwar eine Umstellung, von der Normal- in das Zweischichtsystem überzuwechseln, aber es sind nur kleine Opfer, die man gern verschmerzt, wenn man weiß, daß eine bessere Planerfüllung uns allen Vorteile bringt.“ [536] Kollege Werner Hertel meinte: „Wir Schaber sehen ein, daß in der mechanischen Abteilung unsere Hilfe gebraucht wird, begeistert waren wir natürlich nicht. Ich zum Beispiel arbeite schon 30 Jahre im Einschnitt-

betrieb. Jetzt in zwei Schichten zu arbeiten, bedeutet eine Umstellung auch für die Familie.“ [537]

Seit 1959, dem Jahr der Bildung des VEB Mikromat, war die Warenproduktion auf 124,4 Prozent und der Export auf 161,4 Prozent gestiegen. Das Ergebnis der ersten Etappe der sozialistischen Rationalisierung, des Aufbaus der erzeignisspezialisierten Fertigung, war eine Einsparung von 225 000 Mark. [538] In Zukunft war eine noch stärkere ökonomische Durchdringung aller Prozesse notwendig. Die Bildung des Direktionsbereichs Ökonomie, mit dessen Leitung der Genosse Norbert Anders beauftragt wurde, sollte von nun an eine wesentlich bessere Beachtung aller ökonomischen Zusammenhänge und deren Auswirkungen im Betrieb sichern. [539]

Höhepunkt der Vorbereitung auf den VII. Parteitag der SED war der Aufruf des Meisters im Funkwerk Köpenick, Gerhard Kast, der den Satz prägte: „Unser Betrieb darf nicht mehr auf Kosten anderer leben!“ [540]

In der „Sächsischen Zeitung“ vom 20. Dezember 1966 ergriffen die Genossen Arno Schimang, Prüfer in der TKO, und Friedrich Rust, Langhobler in der Großbearbeitung des VEB Mikromat, das Wort und legten unter der Überschrift „Auch wir wollen nicht mehr auf Kosten anderer leben“ ihre Gedanken und Vorschläge nieder. Damit gaben sie nicht nur im Betrieb den Auftakt zur weiteren intensiven Aussprache, sondern stellten sich auch im gesamten Bezirk Dresden an die Spitze der „Kast-Bewegung“. „Unser Betrieb hat wie das Berliner Funkwerk Schulden. Statt des geplanten Gewinns für 1966, brachten wir Verlust. Das bedrückt uns, denn das ist keine Kleinigkeit. Mit Schulden hat sich noch niemand wohl gefühlt. Wir müssen ehrlich, wie der Genosse Kast für sein Werk, auch für unseren Betrieb sagen, daß wir mit unseren Verlusten im Grunde auf Kosten anderer leben“, schrieben beide und formulierten dann, was sich in der Leitungsarbeit, dem Produktionsablauf und im Denken und Handeln jedes einzelnen ändern müßte. „Wir schreiben das alles, weil wir uns dafür mit verantwortlich fühlen.“ So stand es in ihrem Artikel in der „Sächsischen Zeitung“

vom 20. Dezember 1966, und so verhielten sie sich auch in ihrer Arbeit.

In den Kollektiven des Betriebes fand die von den Genossen Arno Schimang und Friedrich Rust ausgelöste offene Diskussion größten Widerhall. Als nächste meldeten sich in der Betriebszeitung zu diesem für den Betrieb wichtigeren Problem zu Wort: der Genosse Max Hammerschmidt, Bereichsleiter der Montage; der Genosse Gerd Müller, Brigadier einer Jugendbrigade; der Kollege Erich Walter, Mitarbeiter in der Materialversorgung; der Kollege Gerhard Berger, Leiter eines sozialistischen Kollektivs in der mechanischen Abteilung; der Kollege Rudi Tutschky, Brigadier in der Montage; der Genosse Wolfgang Ritter, Parteigruppenorganisator in der Montage; der Genosse Christian Seurich, Meister in der Montage.

Genosse Seurich sagte unter anderem: „Es ist an der Zeit, daß wir endlich aus dem Teufelskreis des unkontinuierlichen Produktionsprozesses herauskommen. Das bedeutet nicht nur, für eine exakte Bilanzierung des Planes zu sorgen, sondern vor allem über die politische Bedeutung des sozialistischen Wettbewerbes bei allen Betriebsangehörigen Klarheit zu schaffen, wir sind bereit, unser Bestes zu geben.“ [541]

Genosse Werner Manthey faßte in seinem Diskussionsbeitrag auf der Stadtdelegiertenkonferenz der SED am 11. Februar 1967 die Ergebnisse dieser Aussprachen zusammen und sagte: „All unser Wissen und alle neuen Methoden der Planung und Leitung bringen uns dann den höchsten Nutzen, wenn jeder mit ganzem Herzen am Aufbau des Sozialismus teilnimmt.“ [542]

Große Bedeutung für diese Bewegung hatte ein Gespräch der Initiatoren der „Kast-Bewegung“ im Betrieb mit dem Sekretär der Stadtleitung der SED. Genossen Heinz Nicolaus. Er sagte: „Um alle Belegschaftsangehörigen in diese Diskussion einzubeziehen und bei ihnen Initiativen auszulösen, kommt es in erster Linie darauf an, daß alle Belegschaftsangehörigen wissen, was im Betrieb geschieht, und daß sie auf jede Frage die beste Antwort erhalten.“ [543]

Das sichtbare Ergebnis aller Bemühungen der Werktätigen im Betrieb war, daß im Jahre 1967 der Plan wieder erfüllt wurde.

Zwischen dem VII. und VIII. Parteitag der SED

Im Zusammenhang mit der Verwirklichung der sozialistischen Rationalisierung beschäftigte sich die Delegiertenkonferenz der Grundorganisation der SED am 3. Dezember 1966 unter anderem sehr eingehend mit den Fragen der weiteren Steigerung der Arbeitsproduktivität. In der Entschließung dieser Delegiertenkonferenz wird dazu gesagt: „Im Vordergrund der Arbeit der Grundorganisation auf ökonomischem Gebiet muß stehen: einen maximalen Zuwachs am Nationaleinkommen zu erwirtschaften und für seine effektivste Verwendung zu sorgen. Der Hauptweg dazu ist auch in unserem Betrieb die komplexe sozialistische Rationalisierung, um damit das Hauptkettenglied unseres Betriebes zu fassen, nämlich: Schaffung einer kontinuierlichen Produktion, um Erzeugnisse zu fertigen, die die wissenschaftlich-technische Revolution auf ihrem Gebiet bestimmen, das heißt Weltstand besitzen in Qualität und Kosten.“ [544]

Wie diese Aufgabe zu lösen war, ist ebenfalls aus der Entschließung der Grundorganisation der SED zu ersehen: „Wir werden deshalb unter der Losung ‚Rationeller produzieren – für Dich, für Deinen Betrieb, für unseren sozialistischen Friedensstaat – dem VII. Parteitag entgegen!‘ in allen Bereichen den Wettbewerb mit exakten, abrechenbaren Verpflichtungen führen.“ [545]

Als besondere Schwerpunkte in diesem Wettbewerb wurden in der Entschließung genannt: im Bereich der Großbearbeitung Werk II eine umfassende komplexe sozialistische Rationalisierung durchzuführen und gleichzeitig die Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern, eine hohe Produktionskultur zu schaffen und die notwendigen Maßnahmen zur Qualifizierung einzuleiten, die Fließfertigung als wesentlichstes Mittel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität weiter einzusetzen und zu sichern, daß bereits bei der achten Serie der BKoE 315 x 500 die Fließmontage angewandt und in den Baugruppen die gegenstandsspezialisierte Fertigung durchgesetzt wird. [546]

In der Entschließung der Grundorganisation der SED wurden solche Aufgaben gestellt, mit de-

ren Lösung die sozialistische Gemeinschaftsarbeit gefördert und das Betriebskollektiv zu höchsten Leistungen auf politisch-ideologischem und technisch-ökonomischem Gebiet befähigt wurde.

Viele hervorragende Leistungen hatte es schon vor dem VII. Parteitag gegeben. So reichte zum Beispiel die Kollegin Thea Dutschke vier Neuerworschläge ein und erzielte damit eine Einsparung von 1 000 Mark. Der Kollege Fuhrmann verpflichtete sich im Namen seines Kollektivs, 20 Stunden je Antrieb der BKoE 315 x 500 einzusparen.

Die gemeinsamen Anstrengungen aller lohnten sich: Die optische Profilschleifmaschine SWPO 80 NC erhielt zur Leipziger Frühjahrsmesse die Goldmedaille.

Die Werktätigen im VEB Mikromat hatten aufmerksam die Beratungen des VII. Parteitages der SED verfolgt. Der Genosse Kurt Weichelt, Schlosser, meinte: „Wir Mitglieder der Brigade ‚VII. Parteitag‘ haben bereits begonnen, uns über wichtige Ergebnisse des VII. Parteitages zu beraten. Einen Schwerpunkt in unserer Brigade sehen wir darin, daß wir uns auch politisch weiterqualifizieren. Unsere erstrangige Aufgabe sehen wir darin, den Plan zu erfüllen, weil wir damit unserer souveränen, sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik am besten dienen. . . . Wir Mitglieder der Brigade haben volles Vertrauen zur Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Wir danken der Partei für ihre konsequente Politik des Friedens und des allseitigen Aufschwungs unseres sozialistischen Vaterlandes. Wir werden als Kollektiv der Brigade dafür sorgen, daß entsprechend den Beschlüssen des VII. Parteitages der Sozialismus zum Sieg geführt wird.“ [547]

Nicht nur in den Parteigruppen, sondern auch in allen Gewerkschaftsgruppen und sozialistischen Kollektiven wurden die Beschlüsse des VII. Parteitages lebhaft diskutiert. Die Brigade „Thomas Müntzer“ nahm jetzt in ihr Wettbewerbsprogramm konkrete, abrechenbare Verpflichtungen auf und führte den Wettbewerb zu Ehren des 50. Jahrestages der Oktoberrevolution. Sie forderte das gesamte Betriebskollektiv auf, sich dem Wettbewerb anzuschließen.

Fünf Hauptaufgaben hatte sich die Brigade „Thomas Müntzer“ gestellt:

1. den wissenschaftlich-technischen Höchststand der Erzeugnisse sichern und ihre Weltmarktfähigkeit erhöhen;
2. die Kennziffern und Effektivstunden nach dem Haushaltsbuch exakt einhalten;
3. zur Senkung der Selbstkosten, insbesondere der Gemeinkosten, beitragen;
4. hohe und zuverlässige Qualität an jedem Arbeitsplatz leisten;
5. die sozialistische Rationalisierung im Fertigungsabschnitt durchsetzen. [548]

Am 11. Mai 1967 beschlossen die Vertrauensleute des Betriebes das Wettbewerbsprogramm für den gesamten Betrieb. Darin wurden alle Arbeitskollektive auf folgende Schwerpunkte orientiert:

1. den wissenschaftlich-technischen Höchststand der Erzeugnisse erreichen und ihn ständig sichern sowie die Weltmarktfähigkeit der Erzeugnisse laufend erhöhen;
2. die Planerfüllung und Einhaltung der Verträge als Einheit betrachten und zur Ehrensache des Betriebes machen;
3. die Selbstkosten, vor allem die Gemeinkosten, systematisch senken;
4. die komplexe sozialistische Rationalisierung als Hauptweg der wissenschaftlich-technischen Revolution und der Erzielung eines maximalen Nationaleinkommens im Betrieb durchsetzen;
5. hohe und zuverlässige Qualitätsarbeit an jedem Arbeitsplatz leisten;
6. die durch die neuen und komplizierten Probleme entstehenden neuen Maßstäbe bei der Qualifizierung beachten. [549]

Bereits bei der Verwirklichung der ersten Etappe der sozialistischen Rationalisierung von 1965 bis 1966 waren im Betrieb folgende wesentliche Einsparungen erreicht worden:

1. durch Umstellung der konstruktiven und technologischen Unterlagen auf die Erfordernisse der maschinellen Datenverarbeitung 58 000 Mark;

2. durch konstruktive Überarbeitung der Gewindeschleifmaschine GSU 79 592 Mark;
3. durch Rationalisierung der kleintechnischen Fertigung insgesamt rund 1 480 000 Mark; davon 141 700 Mark erreichte Kostensenkung
650 000 Mark Grundmitteleinsparung
645 000 Mark Umlaufmitteleinsparung
43 600 Mark Grundkosteneinsparung;
4. durch die Einführung von Wertmarken Einsparung von Werkzeugen im Werte von 117 000 Mark.

Insgesamt machte das eine Summe von 1 734 892 Mark aus.

Hinzu kam noch, daß jährlich 15 000 Stunden weniger für die Herstellung der Flachsleifmaschine SFW 200 x 600 gebraucht wurden, weil eine Fließstraße aufgebaut worden war. [550] Am 27. Juni 1967 fand auf Beschluß der Betriebsparteilitung der Grundorganisation der SED die erste Rationalisierungskonferenz des Betriebes statt. Erstmals war auf dieser Konferenz eine Ausstellung über Weltstandsvergleiche und Leitungsprobleme bei der Durchsetzung der sozialistischen Rationalisierung zu sehen. Die Konferenz beschäftigte sich besonders mit Fragen der weiteren Einschränkung des Erzeugnisprogramms als einer wichtigen Voraussetzung für hohe Effektivität bei der Verwirklichung der sozialistischen Rationalisierung. Die Delegierten forderten, daß die Fließstraße für die Einständerkoordinatenbohrmaschine beschleunigt errichtet wird.

Obwohl die Rationalisierungskonferenz positive Ergebnisse hatte, gab es hinsichtlich der Information und der Einbeziehung der Arbeitskollektive Mängel. Das hatte zur Folge, daß sich Arbeiter aus dem Montagebereich der Flachsleifmaschine an den Genossen Willi Stoph, Mitglied des Politbüros der SED und Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, wandten, weil sie sich Sorgen machten über die richtige volkswirtschaftliche Lösung der auf der Rationalisierungskonferenz festgelegten Aufgaben.

Die Betriebsparteilitung der Grundorganisation der SED zog aus dieser Kritik der Arbeiter Schlußfolgerungen. Sie bemühte sich in Zukunft, die Arbeiter besser zu informieren. Mit allen Ge-

nossen und Kollegen des Bereichs der Flachsleifmaschine und der optischen Profilsleifmaschine wurden persönliche Aussprachen geführt, und mit jedem einzelnen wurde seine weitere Perspektive beraten und festgelegt.

Kollege Karl-Heinz Bausch sagte nach diesen Aussprachen: „Ich finde, es ist höchste Zeit, daß die Zahl der Erzeugnisse unseres Betriebes reduziert wird. . . Die Kollegen haben auch dafür Verständnis, nur hätte ihnen der staatliche Leiter von Anfang an klaren Wein einschenken und politisch und ökonomisch alles besser begründen müssen.“ [551]

Genosse Helmut Wetzel sagte im November 1967, kurz vor der Fertigstellung der letzten im Werk I gebauten Flachsleifmaschine SFW 200 x 600: „In Zukunft wird diese Maschine von den Lehrlingen der Betriebsberufsschule gebaut, wodurch sich auch die Qualität der Ausbildung erhöht. . . . Dort wird die junge Generation diese Maschinen in bester Qualität bauen. Von den gesammelten Erfahrungen werden unsere jungen Facharbeiter eine gute Ausbildung mit auf den Weg nehmen und somit in der Lage sein, noch bessere und kompliziertere Maschinen auf den Weltmarkt zu bringen.“ [552]

Noch heute wird die SWPO 80 in hervorragender Qualität mit dem Gütezeichen „Q“ vom Betriebskollektiv des VEB Freitaler Maschinenfabrik gebaut und gehört in das Verkaufsprogramm des VEB Mikromat. Die Produktion der Flachsleifmaschine SFW 200 x 600 konnte dank den Leistungen der Lehrlinge, ihrer Lehrmeister und der Facharbeiter an der BBS der Jugend 1967 als Jugendobjekt übergeben werden.

Am 28. August 1967 war, wie bereits angeführt, für die Werk tätigen des VEB Mikromat der Tag gekommen, an dem die von der SED vorgeschlagene durchgängige Fünf-Tage-Arbeitswoche in Kraft trat. Diese Maßnahme löste verständlicherweise große Freude im gesamten Betrieb aus. Genosse Siegfried Mähls sagte dazu: „Die Einführung der durchgängigen Fünf-Tage-Arbeitswoche und die Erhöhung des Mindesturlaubes stellt auch uns Werkzeugmaschinenbauer vor neue Aufgaben, um durch die zielstrebige Verwirklichung des Rationalisierungspla-

nes und die Verbesserung der Arbeitsorganisation den Ausgleich für entstehende Fehlstunden zu sichern. Für 1967 und 1968 gilt es, insgesamt 14 443 Stunden abzudecken. Durch verantwortungsbewußtes Mitdenken und Mitarbeiten vieler Facharbeiter, Leiter, Technologen und Angestellten, vor allem durch die sozialistischen Arbeitsgemeinschaften, konnte dieses Ziel nicht nur erreicht, sondern um 1 257 Stunden überboten werden.“ [553]

Am 18. September 1967 gab der Betriebsdirektor vor dem Parteiaktiv des Betriebes in Anwesenheit des 1. Sekretärs der Stadtbezirksleitung der SED Dresden-Süd, Genossen Hans-Günter Schwanbeck, Rechenschaft über die Ergebnisse im Wettbewerb zu Ehren des 50. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Er konnte berichten, daß aufgrund der Initiative aller Kollektive des Betriebes die Verpflichtungen im sozialistischen Wettbewerb erfüllt wurden. „Damit“, so sagte er, „ist das Betriebskollektiv des VEB Mikromat wieder zu einem besseren Partner der Volkswirtschaft geworden.“ [554]

Im gesamten Betrieb wurde der 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution würdig begangen. Genosse Arthur Lippold, seit 1924 Mitglied der KPD und ein glühender Kämpfer für die Sache der Arbeiterklasse, 1967 im Alter von 68 Jahren noch als Schichtleiter in der mechanischen Abteilung tätig, sagte: „Für mich war die Freundschaft zur Sowjetunion schon von jeher eine Herzenssache. Ich bin stolz und froh darüber, daß wir mit diesem Land so fest und brüderlich verbunden sind. Der 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution ist auch für uns ein großes, denkwürdiges Jubiläum, denn nur auf den Spuren des Roten Oktober konnten wir das erreichen, was wir als der deutsche Arbeiter-und-Bauern-Staat in Europa und in der Welt heute darstellen. Wie lächerlich und illusionär nimmt sich dagegen die Bonner Alleinvertretungsmaßnahme aus. Dennoch müssen wir auf der Hut sein und dürfen unserem Klassenfeind keine Chance lassen.“ [555]

Zu einem umfassenden politischen Bekenntnis zur Politik der Deutschen Demokratischen Re-

publik gestaltete sich im Betrieb die Diskussion zum Entwurf der neuen, sozialistischen Verfassung der DDR. Die Brigade „Thomas Müntzer“ drückte in einer Stellungnahme die Meinung aller Kollektive des Betriebes aus: „Die Mitglieder der Brigade ‚Thomas Müntzer‘ stehen vorbehaltlos hinter dem Entwurf unserer neuen, sozialistischen Verfassung. Sie ist Ausdruck dafür, welche großartige Unterstützung unser sozialistischer Friedensstaat jedem Bürger unserer Deutschen Demokratischen Republik gibt. Sie zeigt uns den Weg in die lichte Zukunft des Friedens und des Sozialismus. Wir verurteilen die Bonner Notstandsdictatur und den westdeutschen Imperialismus, der den Weg in ein neues Elend vorbereiten soll.“ [556]

Höhepunkt und Abschluß der Diskussion zum Entwurf der neuen, sozialistischen Verfassung war ein von der Betriebszeitung „Präzision“ durchgeführtes Forum mit dem Kommentator Dr. Karl-Heinz Gerstner im Klubhaus des VEB Sachsenwerk Dresden.

Am 29. Januar 1968 beschäftigte sich eine Parteiaktivtagung der Grundorganisation der SED mit den Schlußfolgerungen, die sich aus dem Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 5. Dezember 1967 über die Aufgaben der Außenwirtschaft der DDR für den Betrieb ergaben. Entsprechend diesem Beschluß gehörte der VEB Mikromat zu 25 in der Republik ausgewählten Exportbetrieben. Für den VEB Mikromat galt es, die Produktion rentabler Werkzeugmaschinen wesentlich zu erhöhen. „Es ist unserer Meinung nach wichtig“, sagte Genosse Reichert in seinem Referat, „im Verlauf der Parteiwahlen unseren Standpunkt als Parteiorganisation zu diesen Fragen exakt festzulegen, da diese Entwicklung entscheidende Auswirkungen auf unsere Erzeugnisstruktur und vor allem auf die Technologie unserer Fertigung selbst haben wird. . . .“ [557]

Dem VEB Mikromat wurde eine Investitionssumme von über 140 Millionen Mark für Maßnahmen der sozialistischen Rationalisierung einschließlich einer damit verbundenen Betriebsweiterung und umfangreicher Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen zur Verfügung gestellt.

Am 29. August 1968 wurde nach gründlicher Vorbereitung der Grundstein für ein neues Verwaltungsgebäude gelegt. Damit begann das bisher umfassendste Rationalisierungs- und Neubauvorhaben des Betriebes.

Als erstes Objekt wurde ein teilautomatisiertes Ölheizwerk fertiggestellt. Am 3. Juli 1970 vermauerte Genosse Wolfgang Hesse die letzten Ziegel auf dem Schornstein in rund 100 Meter Höhe. Am 15. Dezember 1970 nahm der Genosse Joachim Bär den ersten Kessel in Betrieb. Der Kollege Rolf Hennig wurde als Aktivist ausgezeichnet. Unter seiner Leitung war es gelungen, 600 000 Mark an Baukosten einzusparen und den Bau in einer für ein solches Vorhaben noch nie erreichten Zeit von 17 Monaten zu beenden. [558] Ebenfalls als Aktivist wurde der Genosse Eberhard Scholz ausgezeichnet. Sein Verdienst war es, daß der vorgesehene Termin für die Inbetriebnahme eingehalten werden konnte. Gleichzeitig bedeutete das, daß der Neubaukomplex Leuben mit etwa 800 Wohnungen und einer Schule rechtzeitig beheizt wurde. Insgesamt wurden dem neuen Heizwerk sieben Betriebe und 3 500 Wohnungen und Versorgungseinrichtungen angeschlossen.

Im Juni 1970 begann man mit dem Bau eines Produktionshallenkomplexes. Mit einer Größe von etwa 178 m x 200 m war es das bis dahin größte Objekt des Exportbetriebes VOKD Ostrava aus der ČSSR. Am 26. November 1971 konnte das Richtfest für diese Produktionshallen und für das Sozialgebäude gefeiert werden. Vier Wochen vor dem geplanten Termin, am 12. Mai 1972, wurde der Hallenkomplex dem Betrieb übergeben. 50 Freunde aus der ČSSR waren an diesem Bau beteiligt. Sie nahmen an der Bewegung „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben“ teil und konnten während der feierlichen Übergabe am 12. Mai 1972 mit dem Ehrentitel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ ausgezeichnet werden. Für ihre großartigen Leistungen wurden als Aktivisten die Freunde aus der ČSSR, Šiĉka, Kostval, Prokop, Hering und Hawlik, ausgezeichnet.

Vom Betrieb VOKD Ostrava wurden für die Entwicklung guter sozialistischer Zusammenarbeit und Unterstützung mit dem Titel „Bestar-



Höhepunkt der Diskussion zum Entwurf der neuen, sozialistischen Verfassung war ein Forum mit dem Kommentator Dr. Karl-Heinz Gerstner am 1. März 1968 (v. r. n. l.: Genosse Dr. Karl-Heinz Gerstner und Genosse Klaus Laschet von der Prisma-Redaktion des Fernsehens der DDR und Genosse Gunter Reichert, Parteisekretär)

Grundsteinlegung für das neue Verwaltungsgebäude durch den Betriebsdirektor, Genossen Norbert Dittmann (vorn) (v. l. n. r.: Genosse Reichert, Parteisekretär, Genosse Richter, Vertreter der Kombinateleitung, Genosse Bär, Leiter der Investabteilung, Genosse Albrecht, Produktionsleiter des Baubetriebes BMK)



Montage des Produktionshallenkomplexes

Genosse Wolfgang Hesse setzte am 3. Juli 1970 den letzten Ziegel in 100 m Höhe am neuen Schornstein des Heizwerkes.

Bau des neuen Ölheizwerkes

Montage des neuen Verwaltungsgebäudes

beiter des Betriebes VOKD“ die Genossen und Kollegen Norbert Dittmann, Günter Reichert, Joachim Bär, Klaus Börner, Rolf Hennig und Hans Kepper ausgezeichnet.

An den Arbeiten zur Erweiterung des Betriebes beteiligten sich etwa 45 der verschiedensten Betriebe mit insgesamt 470 Werkträgern. Vorbildliche Arbeit leistete das gesamte Kollektiv der Abteilung Betriebserweiterung mit 36 Genossen und Kollegen unter Leitung des Genossen Joachim Bär, des Genossen Klaus Börner und des Kollegen Rolf Hennig.

Im Verwaltungsgebäude mit modern eingerichteten Großraumbüros haben 590 Ingenieure und Angestellte ihren Arbeitsplatz gefunden. Das Sozial- und Kulturgebäude wurde mit einem Kostenaufwand von etwa 5,5 Millionen Mark errichtet. Zwei Speisesäle mit insgesamt 440 Plätzen werden auch für kulturelle Veranstaltungen genutzt und stehen ebenso für Veranstaltungen des Wohngebietes zur Verfügung. Für 760 Kolleginnen und Kollegen wurden neue Garderoben geschaffen. Die Einrichtung einer Betriebsbücherei und der Einbau eines Vorführsaales für Filme und andere Möglichkeiten der kulturellen Betätigung schufen günstige Voraussetzungen dafür, daß die geistig-kulturellen Bedürfnisse der Werkträgern noch besser befriedigt werden können.

Der Beginn dieser umfassenden sozialistischen Rationalisierung im VEB Mikromat auf der Grundlage des Politbürobeschlusses des Zentralkomitees der SED vom 5. Dezember 1967 stellte an das gesamte Betriebskollektiv neue, höhere Anforderungen. Am 15. Februar 1968 beschlossen deshalb die Vertrauensleute und die Teilnehmer des „Tages der sozialistischen Kollektive“, den sozialistischen Wettbewerb entsprechend dem Aufruf der Berliner Kabelwerker unter der Losung „Rationeller produzieren, für Deinen Betrieb, für Deinen sozialistischen Friedensstaat – dem 20. Jahrestag der DDR entgegen“ weiterzuführen.

In der Wettbewerbskonzeption heißt es unter anderem: „Für uns Werkzeugmaschinenbauer des VEB Mikromat gilt der Grundsatz: Durch schöpferische Arbeit zum Beherrscher der sozialistischen Produktion zu werden.“ [559]

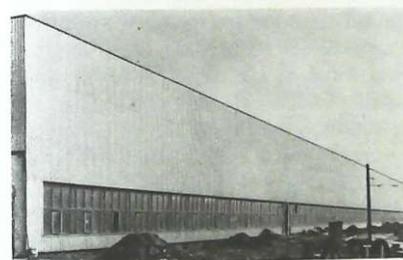
In fünf Komplexen wurden die Hauptaufgaben für das Betriebskollektiv zusammengefaßt:

1. konsequente Durchsetzung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in allen Abteilungen und Übernahme der vollen Verantwortung für die betriebliche Exporttätigkeit, Verwirklichung des Prinzips der Eigenerwirtschaftung der Mittel für die erweiterte Reproduktion;
2. Schaffung des wissenschaftlich-technischen Vorlaufs für strukturbestimmende Erzeugnisse, Konzentration auf entscheidende Aufgaben der Forschung und Entwicklung und deren schnelle Überleitung in die Produktion und Konzentration in der Produktion auf die wichtigsten Erzeugnisse;
3. Erhöhung der Arbeitsproduktivität, des Nutzeffekts der gesellschaftlichen Arbeit, der Fonds und der Effektivität bei der komplexen sozialistischen Rationalisierung;
4. Erhöhung der Kontinuität der Produktion, Sicherung einer sortiments-, qualitäts- und termingerechten Erfüllung aller Planaufgaben und Verträge;
5. Erweiterung der politisch-ideologischen, ökonomischen und fachlichen Kenntnisse, Erreichung einer hohen Arbeitsmoral und strengster Sparsamkeit.

Genosse Rolf Gey äußerte dazu: „Wir wollen den 20. Geburtstag unseres Staates als Höhepunkt in unserem gesellschaftlichen Leben durch hohe ökonomische Ergebnisse und die Entwicklung eines geistig-kulturellen Lebens würdig vorbereiten und mitgestalten.“ [560]

Das nächste wichtige Vorhaben des VEB Mikromat ist es, eine Fließstraße in der Montage der Einständerkoordinatenbohrmaschinen aufzubauen. Der Werkdirektor führte deshalb am 3. Juli 1968 eine Aussprache mit allen Kollegen der Abteilung Montage und beriet mit ihnen die mit dem Aufbau der Fließstraße zusammenhängenden Fragen. Eine besondere Rolle spielten dabei die Probleme der weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. [561]

Neue Impulse für die Realisierung der Wettbewerbskonzeption gingen von der in allen Kollektiven des Betriebes geführten Diskussion zum



Das mit dem Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ ausgezeichnete Montagekollektiv vom VOKD Ostrava aus der CSSR

Abschluß des Rohbaus des Produktionshallenkomplexes 1972

Abschluß des Rohbaus des Verwaltungsgebäudes 1972

Plan 1969 aus. In den Gewerkschaftsgruppenversammlungen ergriffen 690 Kolleginnen und Kollegen das Wort. 74 Vorschläge und Hinweise konnten in den Plan der sozialistischen Rationalisierung bzw. in den BKV aufgenommen werden. [562]

Aus Anlaß des 19. Jahrestages der Gründung der DDR wurde in allen Kollektiven des Betriebes in bezug auf den Wettbewerb Zwischenbilanz gezogen. Den Anfang machten die Mitglieder des sozialistischen Kollektivs „August Bebel“. Der Genosse Rolf Gey schätzte im Beisein einer Arbeitsgruppe der Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED unter Leitung des Parteisekretärs vor dem gesamten Kollektiv den Stand im Wettbewerb ein. [563]

Zu dieser Zeit begannen Werkstätige aus der Volksrepublik Ungarn im VEB Mikromat zu arbeiten. Sie wollten in gemeinsamer Arbeit mit den Werkstätigen der DDR Erfahrungen im Beruf und bei der Anwendung fortgeschrittener Produktionsmethoden sammeln. Am 20. September 1968 trafen die ersten ungarischen Freunde in Dresden ein. Viele persönliche Kontakte wurden bereits zwischen ungarischen Werkstätigen und Belegschaftsmitgliedern des VEB Mikromat geknüpft, die auch nach Rückkehr der ungarischen Werkstätigen in ihre Heimat weiter aufrechterhalten werden. Bis heute arbeiten jährlich etwa 100 ungarische Werkstätige im Betrieb. Ihre Tätigkeit ist ein lebendiges Beispiel für den sozialistischen Internationalismus und für die sozialistische ökonomische Integration. Seit 1969 konnten für ihre hervorragenden Arbeitsleistungen zehn ungarische Kollegen als Aktivisten ausgezeichnet werden. In der Bewegung „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben“ entwickelten sich die ungarischen Werkstätigen gemeinsam mit den Kollegen des VEB Mikromat zu sozialistischen Persönlichkeiten.

Als ein Teilgebiet der sozialistischen Rationalisierung gewann vor allem die Standardisierung immer mehr an Bedeutung. Auf Vorschlag der Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED fand deshalb am 8. Oktober 1968 eine gemeinsame Standardisierungskonferenz der Betriebsparteileitung, des Betriebsdirektors und der Kammer der Technik statt. Vorbereitet und

organisiert wurde diese Konferenz gemeinsam mit dem Institut für Werkzeugmaschinen Karl-Marx-Stadt, der VVB Nagema, dem VEB WEMA Berggießhübel und dem damals halbstaatlichen Betrieb Händel & Kubasch, Freital. Das Ziel der Konferenz bestand vor allem darin, die politische und ökonomische Bedeutung der Standardisierung im Betrieb zu unterstreichen. Es galt, solche Ziele in Angriff zu nehmen wie größere Konzentration, Spezialisierung, Kooperation und Kombination der Produktion, konsequente Erzeugnisstandardisierung, vor allem durch die Anwendung des Baukastensystems und die Erhöhung der Unifizierung sowie die Anwendung von Standards zur Gütesicherung. Auf der Parteiaktivtagung der Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED am 30. September 1968 wurden die Ergebnisse des Wettbewerbs eingeschätzt und Fragen der Konzentration und Spezialisierung beraten. Um die bei der weiteren Konzentration und Spezialisierung auftretenden Probleme der Kooperation und der Sicherung einer hohen Effektivität besser beherrschen zu können, wurde der Vorschlag unterbreitet, zwischen dem VEB Mikromat, dem VEB WEMA Berggießhübel und den beiden damals halbstaatlichen Betrieben Händel & Kubasch, Freital, und F. Müller, Freital, einen Wirtschaftsverband zu bilden.

Auf Beschluß der VVB WMW wurde der VEB WEMA Berggießhübel am 1. Januar 1969 ein neuer Betriebsteil des VEB Mikromat.

Am 1. Januar 1969 beging das Betriebskollektiv des VEB Mikromat den 10. Jahrestag seiner Gründung. Dank der schöpferischen Arbeit des gesamten Betriebskollektivs konnten die Planaufgaben des Jahres 1968 erfüllt werden. Für ihre beispielhafte Einsatzbereitschaft und vorbildliche Arbeit in der Planerfüllung wurden anläßlich dieses 10. Jahrestages 16 Genossen und Kollegen als Aktivisten bzw. mit der „Medaille für ausgezeichnete Leistungen“ geehrt. Es waren die Genossen und Kollegen

Ursula Schierz
Harry Rößner
Leo Adamczak
Gerhard Nicolai

Waldemar Krüger
Heinz Vater
Werner Manthey
Christian Seurich

Herbert Rauchfuß
Max Hammerschmidt
Anita Rübsam
Hans Korbler

Karl Viehrig
Günter Domaschke
Jürgen Kaiser. [564]

Um die Belegschaft noch stärker in die Planung und Leitung des Betriebes einzubeziehen, wurde als eine wichtige Maßnahme zur weiteren Entwicklung der sozialistischen Demokratie im Betrieb am 30. Januar 1969 auf der Vertrauensleutevollversammlung das Produktionskomitee gewählt. Vorsitzender des Produktionskomitees wurde der stellvertretende Parteisekretär, Genosse Eberhard Eißrich, und Sekretär der Genosse Klaus Richter. Unter ihrer Leitung lösten die 24 Genossen und Kollegen des Produktionskomitees wichtige betriebliche Aufgaben. Mit der Wahl der BGL 1972 stellte es nach erfolgreicher Arbeit seine Tätigkeit ein. Seine Aufgaben wurden im wesentlichen von der Kommission der Ständigen Produktionsberatung der BGL übernommen.

Zur weiteren Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zur Militärakademie „Friedrich Engels“, Dresden, fand am 24. Juni 1969 die Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrages zwischen dem VEB Mikromat und der Sektion Gesellschaftswissenschaften der Militärakademie „Friedrich Engels“ statt. Diese Beziehungen, die ständig gefestigt und weiter ausgebaut werden, tragen mit dazu bei, daß die sozialistische Wehrerziehung im Betrieb immer mehr zu einem festen Bestandteil der politisch-ideologischen Arbeit geworden ist.

Zwei Ereignisse, die sich entscheidend auf die Entwicklung des VEB Mikromat Dresden auswirkten, waren die Auflösung der VVB WMW und die Bildung des VEB Werkzeugmaschinenkombinat „Fritz Heckert“, Karl-Marx-Stadt.

Auf einer feierlichen Veranstaltung am 23. August 1969 erfolgte durch den Minister für Verarbeitungsmaschinen- und Fahrzeugbau, Genossen Dr. Georgi, die Bildung dieses für die Entwicklung des Werkzeugmaschinenbaus unserer Republik so bedeutenden Kombinats. Zum Generaldirektor wurde der Genosse Rudi Winter berufen.

Der VIII. Parteitag der SED konnte feststellen, daß sich die Bildung der Industriekombinate bewährt hat und daß sie der ökonomischen Gesetzmäßigkeit zur weiteren Konzentration der Produktion entsprechen. „Jetzt kommt es darauf an“, sagte der 1. Sekretär des Zentralkomitees der SED, Genosse Erich Honecker, „die Erfahrungen dieser Arbeit auszuwerten, vor allem die bestehenden Kombinate zu festigen und durch weitere Arbeitsteilung, Spezialisierung und Kooperation zwischen den Kombinatbetrieben höhere Effektivität zu erreichen.“ [565]

Die sich im Kombinat „Fritz Heckert“ vertiefende Arbeitsteilung hatte wesentlichen Einfluß auf die weitere inhaltliche Gestaltung der sozialistischen Rationalisierung. Nicht alles vollzog sich ohne Schwierigkeiten, und manche Vorstellungen mußten durch bessere, effektivere Methoden ersetzt werden. Dieser Prozeß, der bis heute noch nicht abgeschlossen ist, stellte auch das Betriebskollektiv des VEB Mikromat vor bis dahin noch nicht gekannte Aufgaben, besonders hinsichtlich der politisch-ideologischen und der sozialökonomischen Führung des arbeitsteiligen Prozesses und der damit verbundenen Aufgaben bei der sozialistischen Rationalisierung.

Am 21. Oktober 1969 wurden auf der Vertrauensleutevollversammlung die Ergebnisse im sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des 20. Jahrestages der Gründung der DDR abgerechnet. Die industrielle Warenproduktion konnte mit 107,9 Prozent, die abgesetzte Warenproduktion mit 115,2 Prozent, der Export mit 108,6 Prozent und der Nettogewinn mit 108,4 Prozent erfüllt werden. Wesentlichen Anteil an diesem Ergebnis hatten die um den Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ kämpfenden Kollektive, in denen bereits 70 Prozent der Belegschaftsangehörigen an der Bewegung „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben“ teilnahmen.

Die Vertrauensleute beschäftigten sich jedoch nicht nur mit den Ergebnissen des Wettbewerbs, sondern sie beschlossen neue, höhere Aufgaben. Bei der Zielstellung im Wettbewerb ging man nicht nur von den ökonomischen Aufgaben des Betriebes aus, sondern berücksichtigte gleichzeitig politische Erfordernisse, so die Ergebnisse der internationalen Beratung der Kommunisten-

schen und Arbeiterparteien in Moskau im Juni 1969. Über diese Beratung gab es unter Führung der Parteiorganisation der SED im gesamten Betrieb Aussprachen. Auf der Grundlage der Erkenntnis, daß die DDR ein untrennbarer und fester Bestandteil des sozialistischen Welt-systems ist und daß der Beitrag des sozialistischen Weltsystems zur gemeinsamen Sache der antiimperialistischen Kräfte, vor allem durch seine wachsende wirtschaftliche Macht, bestimmt wird, [566] wurde in den Arbeitskollektiven über den tiefen Zusammenhang zwischen dem Kampf um den Frieden und der Lösung höherer ökonomischer Aufgaben gesprochen. Die Parteiorganisation der SED schlug gleichzeitig vor, den sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des 100. Geburtstages Lenins zu führen. Im Beschluß der Vertrauensleuteversammlung heißt es dazu: „Unsere Kenntnisse über den Leninismus und seine praktische Anwendung sind für uns die politisch-moralische Triebkraft bei der Herausbildung neuer Initiativen und noch größerer Anstrengungen im sozialistischen Wettbewerb. Deshalb studieren wir die Werke Lenins ‚Die große Initiative‘ und ‚Staat und Revolution‘. Mit dieser Aufgabenstellung gestalten wir den Geburtstag von W. I. Lenin und den 25. Jahrestag der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus durch die von Lenin geschaffene Sowjetarmee zu einem politisch-ideologischen Höhepunkt in unserem Betrieb. Im Leninschen Sinne führen wir unseren Wettbewerb komplex und gehen dabei stets von der Interessenübereinstimmung aus, durch die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution und die weitere schnelle Steigerung der Arbeitsproduktivität die Kraft und das Ansehen unseres Friedensstaates zu erhöhen, die politisch-moralische Einheit unseres Betriebskollektivs zu festigen und das materielle und kulturelle Lebensniveau der Werktätigen planmäßig weiterzuentwickeln.“ [567]

Am 3. Dezember 1969 konnte die Fließstraße für die Einständerkoordinatenbohrmaschine BKoE 400 x 630 eingeweiht werden. Die Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED hatte erreicht, daß mit diesem wichtigen Rationalisierungsvorhaben auch wesentliche

Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen geschaffen werden konnten. Gäste bei der Einweihung der Fließstraße waren der Sekretär der Stadtbezirksleitung der SED Dresden-Süd, Genosse Rolf Schröder, der Vorsitzende des Kreisvorstandes der IG Metall Dresden, Genosse Hähnel, die Genossen Böhme und Beckmann von der Bezirksleitung der SED Dresden und alle Ehefrauen der am Aufbau der Fließstraße beteiligten und an der neuen Fließstraße arbeitenden Genossen und Kollegen. Der Betriebsdirektor, Genosse Norbert Dittmann, sagte anläßlich dieses Ereignisses unter anderem: „Wir haben die erste Fließreihe der Welt für die Montage von Koordinatenbohrmaschinen. Dadurch steigern wir die Arbeitsproduktivität um 80 bis 90 Prozent, und die Durchlaufzeiten je Maschine werden um 20 Tage verkürzt. Für diese Leistungen gebührt allen daran beteiligten Kolleginnen und Kollegen größter Dank!“ [568]

Der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft „Vorbereitung und Realisierung der Montagehandfließreihe für die Koordinatenbohrmaschine Typ BKoE 315 x 500“, die Spitzenleistungen im Werkzeugmaschinenbau vollbracht hatte, wurde am 28. April 1970 vom Stellvertretenden Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Dr. Heinrich Homann, der Orden „Banner der Arbeit“ verliehen. Zu diesem Kollektiv gehörten die Genossen und Kollegen

Werner Bauch	Werner Naumann
Max Hammerschmidt	Inge Seidel
Dieter Jeschke	Gerhard Schramm
Georg Maczullat	Rolf Spitzer
Manfred Naumann	Fritz Winkler
Rolf Behnisch	Rainer Schelter
Dieter Jähning	Wolfgang Wagner
Manfred Knabe	Dieter Winkler.

Im Dezember 1970 nahm eine weitere Montagefließreihe die Produktion auf – die Fließreihe für die Antriebe der Einständerkoordinatenbohrmaschine BKoE 400 x 630. Mit dieser neuen Fertigungstechnologie konnten die Montagekosten je Antrieb von 726 Mark auf 238 Mark gesenkt und konnte eine Steigerung der Arbeits-

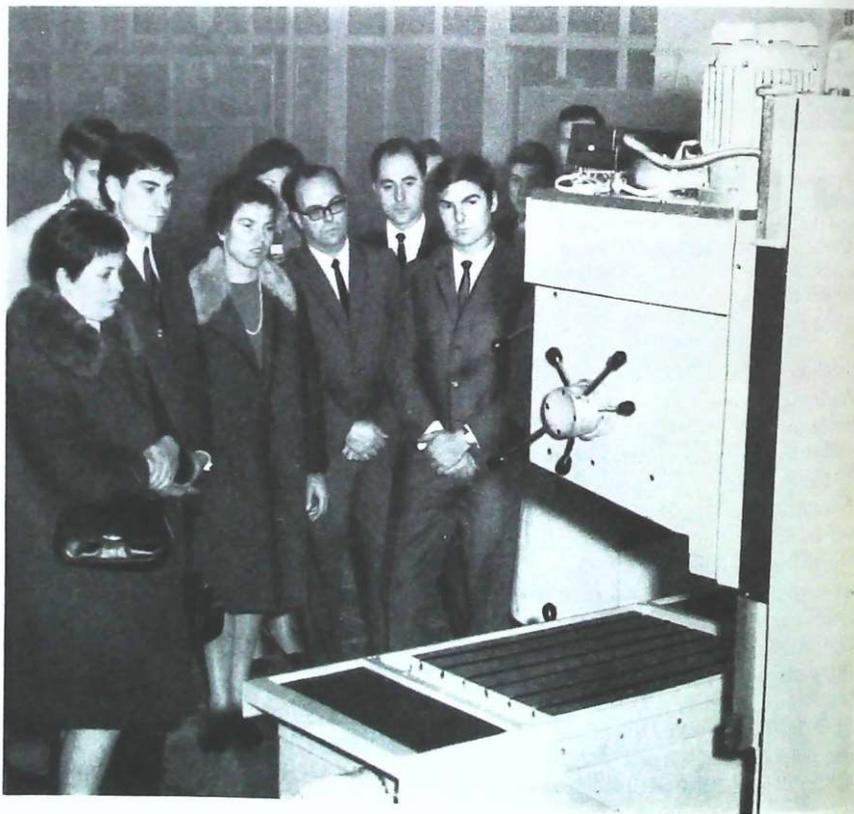


Genossen der Bezirksleitung und der Stadtbezirksleitung der SED und des Kreisvorstandes des FDGB im Gespräch mit Genossen und Kollegen des Betriebes während der Einweihung der Fließstraße für die Einständerkoordinatenbohrmaschinen

produktivität auf 297 Prozent erreicht werden. Außerdem wurden zehn Arbeitskräfte weniger benötigt. Der mit dieser Fließreihe erzielte volkswirtschaftliche Nutzen betrug jährlich 171 000 Mark.

Am 28. August 1970 wurde ein neuer Betriebssteil in Schlottwitz übernommen. Dieser bis dahin halbstaatliche Betrieb entwickelte sich unter sozialistischen Produktionsverhältnissen zu einem wichtigen Betriebssteil des VEB Mikromat. Die Arbeits- und Lebensbedingungen für die Belegschaft verbesserten sich in dieser Zeit spürbar. Unter Führung der Parteiorganisation der SED kam es zu einer allseitigen Entwicklung der politisch-ideologischen und kulturellen Arbeit in diesem Betriebssteil. Einige Beispiele dafür: Waren bei der Übernahme dieses Betriebes

in den VEB Mikromat nur 56 Prozent der Belegschaft Mitglieder des FDGB, so gehören heute alle Betriebsangehörigen dieses Betriebssteils der Klassenorganisation der Arbeiterklasse an. Betrug vorher das durchschnittliche Solidaritätsaufkommen 0,9 Prozent vom FDGB-Beitrag, so stieg es bis August 1972 auf durchschnittlich 16,6 Prozent an. Eine Gewerkschaftsbibliothek wurde eingerichtet, regelmäßige Besuche im Theater organisiert und für die kulturelle Arbeit in den Arbeitskollektiven Pläne der geistig-kulturellen Arbeit ausgearbeitet. Gab es im August 1970 noch kein Kollektiv, das sich an der Bewegung „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben“ beteiligte, so kämpfen heute 88 Prozent der Belegschaft des Betriebssteiles in acht sozialistischen Kollektiven um den Ehrentitel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“. 71 Prozent der Belegschaftsangehörigen im Betriebssteil sind in der DSF organisiert und bringen damit ihre feste Verbundenheit zur Sowjetunion zum Ausdruck. Durch zielstrebige Leistungstätigkeit beteiligten sich bis August 1972 53,3 Prozent der Belegschaft am Neuererwesen.



Der Bau einer Brigadeecke
in der Fließstraße war Bestandteil
der Verbesserung der Arbeits-
und Lebensbedingungen und richtunggebend
bei der Arbeitsplatzgestaltung
der gesamten Betriebserweiterung.

Kollegen der Fließstraße
mit ihren Ehefrauen
anlässlich der Einweihung

Genosse Max Hammerschmidt,
Kollege Gerhard Schramm, Kollege Manfred Knabe
und Genosse Rolf Behnisch,
Mitglieder der mit dem Orden „Banner der Arbeit“
ausgezeichneten SAG

Daran hatten besonders die am 19. August 1971 gebildeten fünf Neuererbrigaden großen Anteil. Neben der Lösung wichtiger Aufgaben innerhalb des arbeitsteiligen Prozesses vollbringt das Kollektiv des Betriebsteils Schlottwitz große Leistungen bei der Entwicklung der Konsumgüterproduktion. Die zielstrebige Leistungstätigkeit der Parteiorganisation der SED und des Betriebsteilleiters, Genossen Eberhard Mauersberger, trug dazu bei, daß aus dem ehemaligen BSB-Betrieb eine gute, sozialistische Produktionsstätte wurde.

Dank den hervorragenden Leistungen des gesamten Betriebskollektivs im sozialistischen Wettbewerb konnte der VEB Mikromat Dresden die Planaufgaben sowohl für 1969 als auch für 1970 erfüllen. So wurde die industrielle Warenproduktion 1969 mit 101,5 Prozent und 1970 mit 102,6 Prozent, die abgesetzte Warenproduktion 1969 mit 104,5 Prozent und 1970 mit 100,4 Prozent und der Export 1969 mit 101,4 Prozent und 1970 mit 100,7 Prozent erfüllt.

Die Bewegung „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben“ – sichtbarer Ausdruck der politischen Reife der Arbeiterklasse

Die Bewegung „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben“ trägt dazu bei, daß die Arbeiterklasse immer besser ihre führende Rolle bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik wahrnehmen kann. Die positiven Ergebnisse, die das Betriebskollektiv in den letzten Jahren erreicht hat, sind wesentlich auf die Arbeit der sozialistischen Kollektive zurückzuführen.

Die Mitglieder der Jugendbrigade „Nikolai Mamai“ des VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld wandten sich 1959 an alle Arbeitskollektive der Republik, ihrem Entschluß nachzuzweifeln, auf sozialistische Weise zu arbeiten, zu lernen und zu leben und um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“ zu kämpfen. [569] Viele Kollektive des VEB Mikromat folgten diesem Beispiel. Den Anfang machte die Brigade

„Vorrichtungsbau“ (heute trägt sie den Namen „Juri Gagarin“ – Brigade der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft), die sich ein eigenes Kampfprogramm erarbeitete.

Auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens im Betrieb stellten sich die um den Titel kämpfenden Kollektive immer wieder an die Spitze. So erzielte die am 6. November 1959 gebildete Brigade „GSU“ bis Mitte 1960 durch ihre aktive Arbeit im Neuererwesen eine Einsparung von 21 000 Mark.

Der damalige Vertrauensmann der Brigade „Vorrichtungsbau“, Genosse Herbert Viehrig, schrieb bei der Bildung der Brigade ins Brigadetagebuch: „Voraussetzung für die Erreichung unseres Zieles muß es sein, einen unverbrüchlichen Kollektivgeist zu entwickeln, einer soll dem anderen helfen, einer soll den anderen ergänzen, ihm aber auch seine Fehler offen und ehrlich sagen.“ [570]

Unter Führung der Parteiorganisation der SED nahmen immer mehr Kollektive an dieser neuen Form des sozialistischen Wettbewerbs teil. Anfang 1960 waren es bereits 14 Kollektive, die an der Bewegung „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben“ teilnahmen. [571]

Die kontinuierliche Entwicklung dieser sozialistischen Massenbewegung ist in erster Linie das Verdienst der Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED, die gemeinsam mit der BGL und dem Betriebsdirektor der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit stets besondere Aufmerksamkeit schenkte. Am 17. Januar 1966 faßte die Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED einen Beschluß, in dem festgelegt wurde, daß der vierteljährliche Leistungsvergleich der um den Titel kämpfenden Kollektive auf der Grundlage von vier vergleichbaren Gruppen geführt wird und daß jeweils die Besten der einzelnen Gruppen ermittelt werden. Alle zwei Monate sollte der „Tag der sozialistischen Kollektive“ stattfinden, an dem Vertreter aus jedem Kollektiv teilnehmen. Ferner wurde festgelegt, daß vor diesen Vertretern der sozialistischen Kollektive auch die öffentliche Verteidigung des Antrags zur Auszeichnung mit dem Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“ zu erfolgen hat.



Das erste Arbeitskollektiv, das den Kampf um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“ aufnahm (Vorrichtungsbau)

Zum „Tag der sozialistischen Kollektive“ im April 1967 stellten entsprechend diesem Beschluß die Brigaden „Julian Grimau“, „Großbearbeitung“ und die SAG „SWPO 80“ zum erstenmal die Ergebnisse ihrer Arbeit allen Kollektiven zur Diskussion. [572] Die öffentliche Verteidigung wurde immer mehr zur Vermittlung guter Erfahrungen. Diese Methode hat sich so gut bewährt, daß auch heute noch jedes Kollektiv seinen Antrag auf Auszeichnung am „Tag der sozialistischen Kollektive“ öffentlich verteidigt.

Am 15. August 1966 kam die Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED mit Vertretern aller sozialistischen Kollektive zusammen und beriet erste Erfahrungen bei der Verwirklichung des Beschlusses vom Januar. Vor allem wurde darüber gesprochen, wie mit Hilfe der sozialistischen Kollektive der Kampf um die Planerfüllung verbessert werden kann. Genosse Dieter Starke, Bereichsleiter in der mechanischen Abteilung, betonte auf dieser Beratung, daß es für jeden staatlichen Leiter notwendig sei, mehr Zeit für Aussprachen mit den

Mitgliedern der sozialistischen Kollektive zu finden. [573]

Dank der zielstrebigen Arbeit der Parteiorganisation der SED nahmen im April 1968 bereits 581 Belegschaftsangehörige in 32 Kollektiven an der Bewegung „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben“ teil. [574]

Um die Aufgaben des Wettbewerbsbeschlusses vom 15. Februar 1968 zu erfüllen, war es wichtig, daß sich mehr Kollektive der produktionsvorbereitenden Bereiche am Kampf um den Titel beteiligten. Das sozialistische Kollektiv „20. Jahrestag der Gründung der DDR“ aus der Montage wandte sich deshalb in der Betriebszeitung an die Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich der Konstruktion und forderte sie auf, ebenfalls an der Bewegung „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben“ teilzunehmen. [575] Am 2. Dezember 1968 faßte die Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED den Beschluß für die weiteren Aufgaben der sozialistischen Kollektive. Im vierteljährlichen Leistungsvergleich kam es jetzt darauf an, wesentlich stärker die Ergebnisse des geistig, kulturellen Lebens zu vergleichen und die besten Kollektive innerhalb von sechs Auswertungsgruppen auszuwählen. In dem genannten Beschluß wurde die größere Verantwortung der staatlichen Leiter,

der Gewerkschaft und die Betriebsgruppe der DSF hervorgehoben.

In den beiden Beschlüssen vom 17. Januar 1966 und vom 2. Dezember 1968 waren darüber hinaus Maßnahmen festgelegt worden, die für die weitere Tätigkeit der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft notwendig waren.

Das geistig-kulturelle Leben ist heute aus den sozialistischen Kollektiven nicht mehr hinwegzudenken. Alle sozialistischen Kollektive haben eigene Kultur- und Bildungspläne, die auf dem Wettbewerbsprogramm des Betriebes beruhen.

Gespräche mit Schriftstellern und Künstlern sind heute ebenso Bestandteil des geistig-kulturellen Lebens der sozialistischen Kollektive wie der Besuch gemeinsamer Theater- und Kulturveranstaltungen.

Im Jahre 1964 führte das sozialistische Kollektiv „Vorrichtungsbau“ am 15. Mai zum erstenmal eine Aussprache mit dem Schriftsteller Heinz Klemm. [576] Trotz der Bemühungen der Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED folgten andere Kollektive diesem Beispiel nicht. Die Betriebsparteileitung organisierte deshalb am 12. November 1965 eine Aussprache mit dem Schriftsteller Erik Neutsch über dessen Buch „Spur der Steine“, zu der sie Vertreter aus allen sozialistischen Kollektiven einlud.

Die Vorbereitung auf die 9. Arbeiterfestspiele im Sommer 1967 in Dresden war für die Mehrzahl der sozialistischen Kollektive Anlaß, das geistig-kulturelle Leben zu verbessern. Im November 1966 überarbeitete das sozialistische Kollektiv „Musterbau“ als erstes sein Wettbewerbsprogramm und stellte sich neben den technisch-ökonomischen Aufgaben auch abrechenbare Ziele auf geistig-kulturellem Gebiet. [577] Diesem Beispiel folgten die anderen sozialistischen Kollektive.

Ende Mai 1968 schätzte die Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED den Entwicklungsstand der geistig-kulturellen Arbeit in den sozialistischen Kollektiven kritisch ein. Um die geistig-kulturelle Arbeit zu einem festen Bestandteil der gesamten Leitungstätigkeit des Betriebes zu machen, wurde zwischen Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED, Betriebsdirektor und BGL beschlossen, den ersten

gemeinsamen Kultur- und Bildungsplan des Betriebes auszuarbeiten. Auf seiner Grundlage konnten sich die sozialistischen Kollektive ihre eigenen Kultur- und Bildungspläne erarbeiten. [578]

Am 5. Mai 1968 fand eine Beratung der Leitungen des Betriebes mit Kulturobleuten und Vertretern des Bezirksvorstandes des Kulturbundes Dresden statt. Nach dieser Beratung wurde der erste Vertrag zwischen Betrieb und Kulturbund abgeschlossen. Mit Hilfe des Kulturbundes sollte das geistig-kulturelle Leben im Betrieb weiter gefördert werden.

Im Juli 1968 eröffnete die Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED in der Betriebszeitung eine breite, öffentliche Diskussion unter dem Motto „Ist Kultur das fünfte Rad am Wagen?“. Viele Kollektive und Angehörige des Betriebes beteiligten sich daran und gaben wertvolle Hinweise zur Verbesserung der Arbeit. Kollege Walter Kuhnt sagte: „Das Kulturniveau unserer Kollektive wird mehr und mehr zur entscheidenden Vorbedingung der schöpferischen Aktivität in der Arbeit und bei der Leitung von Staat und Wirtschaft. In der schöpferischen Gemeinschaftsarbeit entstehen höhere geistige und kulturelle Anforderungen. Deshalb kann die Kulturarbeit nicht mehr als Hobby einiger weniger betrachtet werden, sie ist Bestandteil unseres gesellschaftlichen Lebens.“ [579]

Am 27. Februar 1969 fand auf Vorschlag der Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED die erste Kulturkonferenz des Betriebes statt. Höhepunkt dieser Konferenz war der Abschluß eines Freundschaftsvertrages mit dem staatlichen Operettentheater Dresden. Auf der Grundlage dieses Freundschaftsvertrages entstanden enge Beziehungen zwischen den Künstlern des Operettentheaters und den Kollektiven des Betriebes, wenn auch dabei manche Schwierigkeiten zu überwinden waren. In vier sozialistischen Kollektiven nehmen heute diese Künstler gemeinsam mit den Werkträgern des Betriebes an der Bewegung „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben“ teil.

Entsprechend den in den sozialistischen Kollektiven gestiegenen kulturellen Bedürfnissen fand 1969 anläßlich des 20. Jahrestages der DDR



Abschluß des Freundschaftsvertrages zwischen dem VEB Mikromat und dem staatlichen Operettentheater am 27. Februar 1969
(v. r. n. l.: Genosse Prof. Steiner, Intendant des staatlichen Operettentheaters, die Genossen Reichert, Anders und Genossin Tränkner vom VEB Mikromat)

und des 10jährigen Bestehens des VEB Mikromat das erste Betriebsfest statt. Alle Betriebsangehörigen erhielten eine Erinnerungsplakette. Höhepunkt dieses ersten Betriebsfestes war eine Kulturveranstaltung am 29. November 1969 im neubauten Kulturpalast Dresden. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurden verdienstvolle Genossen und Kollegen durch den Spielmeister Heinz Quermann im Auftrag des Betriebskollektivs ausgezeichnet. Das waren: der Genosse Arno Schimang, die Kollegin Frieda Eimert, der Genosse Manfred Flor, der Genosse Werner Manthey und der Kollege Rudi Göhler. Des Weiteren wurden 15 aktive, bewährte Veteranen des Betriebes geehrt.

Seit dieser Zeit finden die Betriebs- und Wohngebietsfestspiele jährlich statt. Sie bilden im

gesellschaftlichen Leben sowohl des Betriebes als auch der umliegenden Wohngebiete einen kulturellen und sportlichen Höhepunkt. Erstmals führten anläßlich der Betriebs- und Wohngebietsfestspiele 1971 Kolleginnen und Kollegen des Betriebes gemeinsam mit den Künstlern des staatlichen Operettentheater einen öffentlichen ökonomisch-kulturellen Leistungsvergleich durch, der heute ebenfalls ein fester Bestandteil der Kulturarbeit des Betriebes ist.

Unterstützung bei der Entfaltung des geistig-kulturellen Lebens im Betrieb erhielt die Grundorganisation der SED auch durch den Sekretär der Stadtleitung der SED, Genossen Dieter Uhlemann. So fand sich zum Beispiel im Februar 1971 die Parteigruppe der TKO des Betriebes mit dem Genossen Uhlemann zusammen, um darüber zu beraten, wie die Genossen der Parteigruppe auf dem Gebiet des geistig-kulturellen Lebens die führende Rolle der Partei in ihrem Arbeitskollektiv noch besser verwirklichen können. Diese Aussprache gab neue Impulse für die weitere kulturelle Arbeit im Betrieb. [580]

Seit 1971 werden auf Vorschlag der Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED jährlich drei Betriebstheatertage veranstaltet.



Betriebsfestspiele 1972 im Kulturpalast Dresden



Darüber hinaus bestehen 93 Anrechte für Produktionsarbeiter im Kulturpalast, 30 Brigadeanrechte für das Studiotheater des Kulturpalastes, 50 Sonderanrechte für Konzerte der Dresdner Staatskapelle und 230 Brigadeanrechte für Veranstaltungen im Kulturhaus des VEB Sachsenwerk Niedersiedlitz. Seit Anfang 1972 arbeitet ein Fotozirkel im Betrieb und seit einigen Jahren ein Philateliezirkel. Die Gewerkschaftsbibliothek hatte im Jahre 1972 einen Buchbestand von 2 476 Bänden. 1971 wurden an 779 Leser 12 875 Bücher ausgeliehen.

Aus der Arbeit der sozialistischen Kollektive sind ihre engen Beziehungen zu Schülern und ihre Bemühungen zur klassenmäßigen Erziehung der Schuljugend nicht mehr wegzudenken. Am 10. Februar 1960 wurde der erste Freundschaftsvertrag des Betriebes mit der Erweiterten Oberschule in Reick abgeschlossen, um den Einfluß der Arbeiterklasse bei der Erziehung der Schuljugend zu verstärken.

Im Jahre 1966 wurde ein Freundschaftsvertrag mit der 68. Polytechnischen Oberschule in Dresden-Leubnitz abgeschlossen. Zwischen den Schülern und den sozialistischen Kollektiven entwickelten sich enge Beziehungen. Die Unterstützung des gesellschaftlichen Lebens in den umliegenden Wohngebieten seit 1970 durch den Betrieb machte eine Veränderung der Beziehungen des Betriebes zu den Schulen erforderlich. Seit 1972 besteht deshalb ein Freundschaftsvertrag mit der EOS „Bertolt Brecht“ in Dresden-Reick, während die Patenschaft über die 68. Polytechnische Oberschule von einem anderen Betrieb übernommen wurde.

Die Bewegung „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben“ ist heute im Betrieb die Hauptform des sozialistischen Wettbewerbs. Über 90 Prozent der Betriebsangehörigen wetteifern in 91 sozialistischen Kollektiven um den Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“. Im Hauptwerk bestehen 66, im Betriebsteil Berggießhübel 17 und im Betriebsteil Schlottwitz 8 sozialistische Kollektive.

Die hervorragenden Leistungen der sozialistischen Kollektive werden seit 1962 jährlich mit der Verleihung des Titels „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ gewürdigt.

Mit dem Titel „Ausgezeichnetes Kollektiv“ (Hw = Hauptwerk, G = Berggießhübel, S = Schlottwitz) werden folgende Bereiche ausgezeichnet:

„Juri Gagarin“ Vorrichtungsbaubau (Hw)
1962, 1964, 1968, 1971

„Sozialistische Arbeitsgemeinschaft SWPO“ (Hw)
1962, 1967

„Julian Grimau“ Großbearbeitung (Hw)
1963, 1967, 1969

Musterbau „Salvatore Allende“ (Hw)
1965, 1966, 1970

„Roter Stern“ Montage W I (Hw)
1965

„Völkerfreundschaft“ Großbearbeitung (Hw)
1966

„Komplexe Rationalisierung“ Hauptmechanik (Hw)
1967, 1970

„Thomas Müntzer“ Mechanische Fertigung (Hw)
1967

„21. April“ Produktionselektrik (Hw)
1968

„20. Jahrestag der SED“ Verwaltung (Hw)
1968

„August Bebel“ Mechanische Fertigung (Hw)
1969, 1971, 1972

„Montagetechnologie“ Technologie (Hw)
1969, 1971

„Anlageninstandhaltung“ Hauptmechanik (Hw)
1969

„Fertigungstechnologie“ Technologie (Hw)
1969

„Jenny Marx“ Technologie (Hw)
1969

„Vorwärts“ Materialversorgung (Hw)
1969

„Paul Linde“ Kundendienst (G)
1970, 1971, 1972

„Wärmebehandlung“ Härtereie (Hw)
1970, 1971

„Forschung“ Konstruktion (Hw)
1970, 1972

„Ökonomie“ Verwaltung (Hw)
1970, 1972

„Theodor Körner“ Produktionsvorbereitung
(Hw)
1970

„Instandhaltung“ Hauptmechanik (G)
1970

„Vorrichtungsbaue“ (G)
1970

„Makarenko“ Berufsausbildung (G)
1971, 1972

„20. Jahrestag der DDR“ Montage (Hw)
1971

„Kundendienst“ (Hw)
1971

„Impuls“ EDV (Hw)
1971

„Technologie“ (G)
1971

„Karl Marx“ Materialversorgung (G)
1971

„Werner Seelenbinder“ Mechanische Fertigung
(Hw)
1972

„Ernst Thälmann“ Produktion (S)
1972

„Rosa Luxemburg“ Ökonomie (S)
1972

„Wilhelm Pieck“ Produktion (S)
1972

„Heinrich Heine“ Blechbearbeitung (Hw)
1972

„Fleißreihe BL 3/5“ Montage (Hw)
1972

„Betriebserweiterung“ Investition (Hw)
1972

„Betriebswirtschaft“ Buchhaltung (Hw)
1972

„Lenin“ Verwaltung (Hw)
1972

„Albert Einstein“ Elektrobüro (Hw)
1972

„Kalinin“ Kader und Bildung (Hw)
1972.

Mit dem Staatstitel „Hervorragendes Jugendkollektiv der DDR“ wurde im Jahre 1964 die damalige Jugendbrigade „Anne Frank“ aus der mechanischen Abteilung ausgezeichnet. Aus dem Betriebsprämienfonds wurden den ausgezeichneten Kollektiven als materielle Anerkennung 184 610 Mark ausbezahlt.

Vom 8. FDGB-Kongreß 1972 wurden die Grundsätze für die weitere Entwicklung der Bewegung „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben“ beschlossen. Die bis dahin gültigen Maßstäbe waren inzwischen überholt. Nach den Grundsätzen des 8. FDGB-Kongresses und der Verordnung des Ministerrates der DDR über den Ehrentitel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ vom 13. September 1972 [581] beschloß die Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED am 29. November 1972 Richtlinien für die Weiterführung des sozialistischen Wettbewerbs. Mit diesem Beschluß wurde die Voraussetzung dafür geschaffen, daß die Förderung der sozialistischen Kollektive zum festen Bestandteil der Leitungstätigkeit aller staatlichen Leiter wird. Die Verantwortung der Gewerkschaft für die Bewegung „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben“ wird in diesem Beschluß ausdrücklich betont. Weiter wurde festgelegt, daß Gewerkschaftsgruppe und sozialistisches Kollektiv eine organisatorische Einheit bilden müssen. Damit wurde ein bis dahin in verschiedenen Bereichen bestehendes Nebeneinander beseitigt. Durch die Bildung von neun Auswertungsgruppen für den vierteljährlichen ökonomisch-kulturellen Leistungsvergleich im Hauptwerk konnten die unterschiedlichen Bedingungen beim Kampf der Kollektive besser beachtet werden, und es war möglich, ihnen differenzierter bei der Lösung der Aufgaben zu helfen.

In den sozialistischen Kollektiven wurden viele hervorragende Leistungen vollbracht. Für ihren Beitrag am Aufbau des Sozialismus in der DDR und zur Entwicklung des VEB Mikromat wurden einige Betriebsangehörige mit hohen staatlichen Auszeichnungen geehrt.

Ausgezeichnet mit dem Karl-Marx-Orden:

1974 Genosse Arno Schimang

Ausgezeichnet mit dem Nationalpreis:

1951 Genosse Georg Lottmann, Leiter des Elektrobüros

1972 Kollege Manfred Schubert, Abteilungsleiter der Konstruktion.

Ausgezeichnet als „Verdienter Techniker des Volkes“:

1961 Kollege Manfred Schubert, Abteilungsleiter der Konstruktion

1972 Genosse Rudi Helm, Chefkonstrukteur.

Ausgezeichnet mit der „Verdienstmedaille der DDR“:

1959 Genosse Siegfried Nacke, Parteisekretär

1969 Genosse Erich Wolf, Parteiveteran

1973 Kollege Kurt Panitz, Schlosser

1974 Genosse Gerhard Nicolai, Schlosser.

Ausgezeichnet mit dem Orden „Banner der Arbeit“:

1961 Kollege Kurt Lange, Konstrukteur (im Kollektiv des VEB Werkzeugmaschinenfabrik Auerbach)

1970 Sozialistische Arbeitsgemeinschaft „Vorbereitung und Realisierung der Montagehandfließreihe für die Koordinatenbohrmaschine Typ BKOe 315 x 500“ mit den Genossen und Kollegen Werner Bauch, Rolf Behnisch, Max Hamerschmidt, Dieter Jähnig, Dieter Jeschke, Manfred Knabe, Georg Maczullat, Werner Naumann, Manfred Naumann, Inge Seidel, Gerhard Schramm, Rainer Schelter, Rolf Spitzer, Wolfgang Wagner, Fritz Winkler, Dieter Winkler

1974 Genosse Dr. Bernhard Draßdo (im Kollektiv der TU Dresden).

Ausgezeichnet als „Verdienter Aktivist“:

1962 Genosse Herbert Hennig, Brigadier

1963 Genosse Raimar Claus, Meister

1966 Genosse Günter Renitzsch, Brigadier

1970 Genosse Norbert Dittmann, Betriebsdirektor

1971 Genosse Erich Schimang, Meister

1973 Genosse Max Stiefel, Produktionsleiter, Betriebsteil Berggießhübel

1974 Genosse Rudi Göhler, Brigadier

1974 Kollege Dieter Jeschke, Schlosser

1974 Genosse Harald Schneider, Schlosser

1974 Genosse Gerhard Fischer, Meister.

Ausgezeichnet als „Verdienter Meister des Volkes“:

1964 Genosse Fritz Heidrich, Meister.

Ausgezeichnet mit der „Clara-Zetkin-Medaille“:

1965 Genossin Käthe Rudolf, Arbeiterin.

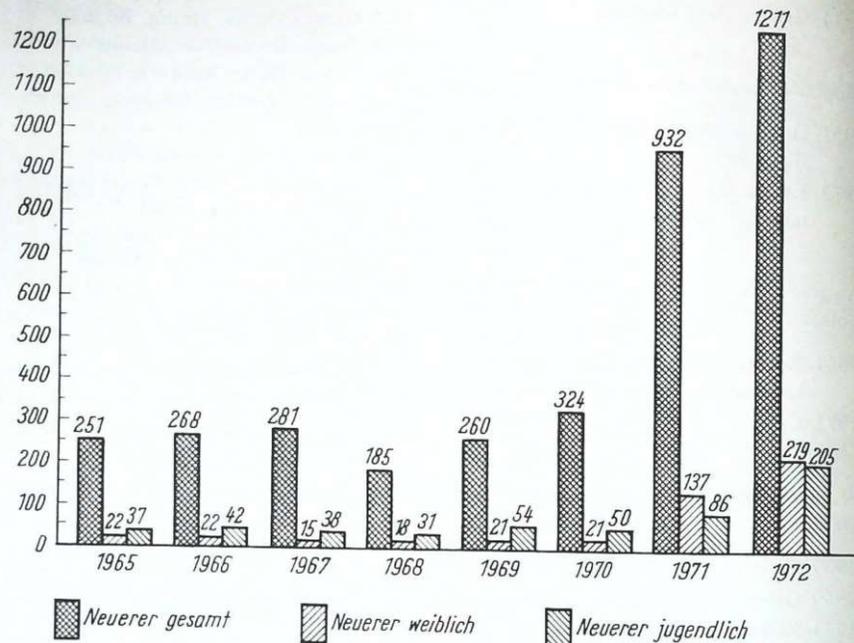
Ausgezeichnet als „Hervorragendes Jugendkollektiv der DDR“:

1964 Jugendbrigade „Anne Frank“, Revolverdreherei.

Die Neuererbewegung – Ausdruck der führenden Rolle der Arbeiterklasse

In den bisherigen Kapiteln wurde immer wieder sichtbar, welche große Rolle die Neuererbewegung im VEB Mikromat bei der weiteren Steigerung der Arbeitsproduktivität und bei der Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten spielte. Die Ergebnisse in der Neuererbewegung beweisen, daß sich das Eigentümerbewußtsein der Werktätigen im Betrieb unter Führung der Parteiorganisation der SED ständig weiterentwickelte, daß sich durch die Neuererbewegung sozialistische Arbeiterpersönlichkeiten heranbildeten und daß die Arbeiterklasse im Betrieb immer mehr und bewußter zur Ausübung ihrer sich ständig erhöhenden führenden Rolle befähigt wurde. (Vgl. Tabelle auf der folgenden Seite.) Mit dem Beschluß der Berichtswahlversammlung

Entwicklung der Neuererbewegung (1965–1972)

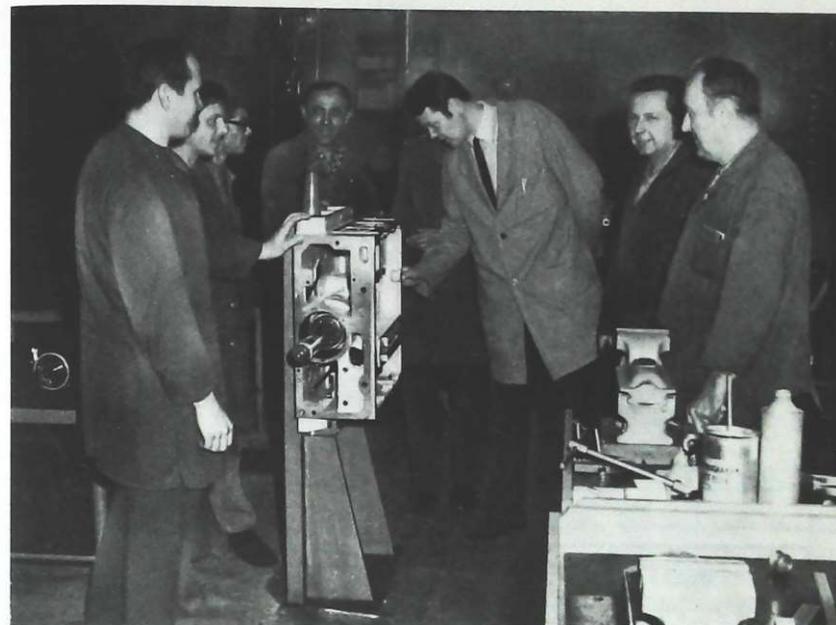


lung der Grundorganisation der SED vom 6. März 1971 in Vorbereitung des VIII. Parteitages wurden der Neuererbewegung neue und höhere Aufgaben gestellt. Zukünftig sollten 60 Prozent der Belegschaft für die Neuererarbeit gewonnen und die schöpferischen Ideen der Neuerer vor allem zur Lösung der Aufgaben der sozialistischen Rationalisierung genutzt werden. Die gemeinsamen Bemühungen der Grundorganisation der SED, der staatlichen Leiter und der Gewerkschaft hatten den Erfolg, daß sich 52,3 Prozent der Belegschaft im Jahre 1971 an der Neuererbewegung beteiligten. Gegenüber 1970 stieg damit die Beteiligung auf 287 Prozent an. 1972 beteiligten sich 64 Prozent der Belegschaft an der Neuererbewegung. Gegenüber 1970 war das ein Ansteigen auf 374 Prozent, wobei der Anteil der Arbeiter in beiden Jahren über 50 Prozent betrug. [582] Der Gesamtnutzen aus der Neuerertätigkeit stieg von 343 188 Mark im Jahre 1970 auf 466 035 Mark im Jahre 1971 an, das sind

136 Prozent. Im Jahre 1972 stieg der Nutzen auf 1 956 570 Mark an, das ist gegenüber 1970 eine Steigerung auf 570 Prozent. Umfangreicher als bisher wurde die kollektive Neuerertätigkeit. Waren 1970 nur in 20 Kollektiven Neuerervereinbarungen abgeschlossen worden, so waren es 1971 bereits 94. [583]

Großes Verdienst hat hierbei die Betriebszeitung. Sie gab zum Beispiel an alle Kolleginnen und Kollegen des Betriebes Handzettel aus, auf denen jeder seine Vorschläge und Hinweise für die Rationalisatoren- und Neuererbewegung aufschreiben und einsenden konnte. Die staatlichen Leiter werteten diese Handzettel aus und führten mit vielen Kollegen Aussprachen darüber, wie sich jeder einzelne aktiver an der Neuererbewegung beteiligen kann.

Genosse Horst Walther, Meister in der Montage, sagte dazu: „Es hat zwar verdammt viel Arbeit gekostet, mit jedem einzelnen meiner Kollegen über die Bedeutung und den Sinn dieser Handzettel zu sprechen, aber die Bereitschaft zur Mit-



Rudi Göhler (2. v. r.) mit Mitgliedern seiner SAG „Montagefließreihe für Spindelstöcke“

arbeit ist damit größer geworden und auch das Verständnis der eigenen Verantwortung.“ [584] Mit 1 042 Betriebsangehörigen wurde im Jahre 1971 über die Verbesserung der Neuerertätigkeit gesprochen. 626 Vorschläge und Hinweise wurden eingereicht und von dem BfN und der BGL ausgewertet.

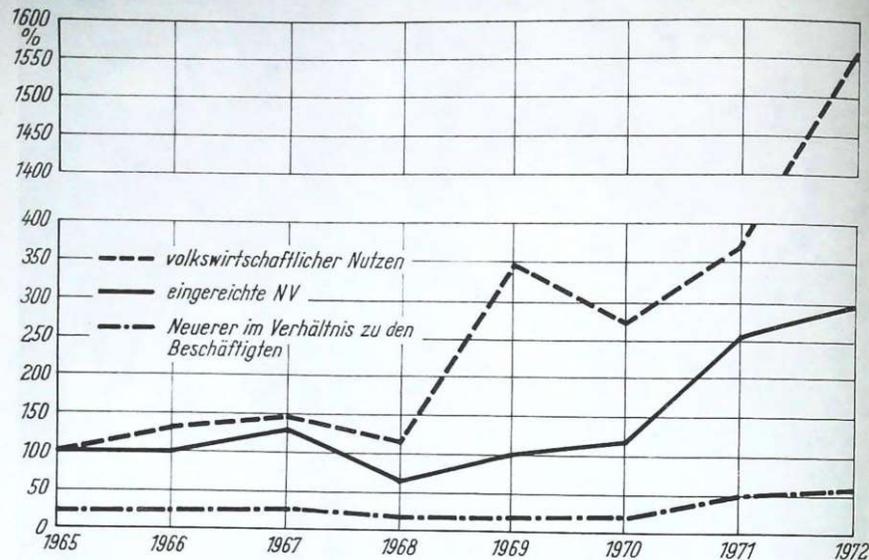
Besonders machte sich der Kollege Rudi Göhler, Arbeiter in der Montage und BGL-Mitglied, verdient. Von ihm wurden bisher 114 Neuerervorschläge eingereicht, die einen Nutzen von 38 304 Mark erbrachten. Vor etwa 20 Jahren hatte Rudi Göhler seinen ersten Neuerervorschlag eingereicht, da er damals nicht mehr mit ansehen konnte, wie Material ungenügend ausgenutzt wurde. Seit dieser Zeit findet sich der Name Rudi Göhler immer wieder und immer öfter, allein oder gemeinsam mit anderen, im Verzeichnis des BfN. Er selbst sagte: „Ich hatte immer das Gefühl, meine Ideen sind gefragt, und

dieses Gefühl spornt an und gibt Kraft. Die braucht man, wenn alte Praktiken umgekrempelt werden sollen. Auch in unserem Betrieb, wie man so sagt, ist nicht alles Gold, was glänzt, doch der Plan der Neuerer, Erfahrungsaustausche, Information, Orientierung auf die richtigen Probleme, Vergleiche in der Öffentlichkeit ... all das steht eben nicht nur auf dem Papier. Darin wird uns, den Neuerern bei Mikromat – ich bin ja nur einer von vielen –, deutlich, wir werden gebraucht.“ [585]

Nach dem VIII. Parteitag der SED ging es auch im VEB Mikromat darum, die ganze Kraft und den Ideenreichtum der Neuerer zur Lösung der vom VIII. Parteitag der SED beschlossenen Hauptaufgabe einzusetzen. Mit weiteren Rationalisierungsvorhaben sollte die Arbeitsproduktivität gesteigert, sollten Arbeitskräfte eingespart werden.

Eine sozialistische Arbeitsgemeinschaft übernahm es, ein wichtiges Rationalisierungsvorhaben, die Entwicklung und den Bau einer „Montagefließreihe für den Spindelstock und den Antrieb der Type BKoZ 900 x 1400/1“, in die

Entwicklung des Nutzens in der Neuererbewegung (1965-1972)



Tat umzusetzen. Rudi Göhler wurde mit der Leitung dieser SAG beauftragt. Ein Arbeiter als Leiter einer SAG, in der auch Ingenieure mitarbeiten sollten? Ob das was wird? Betriebsparteilung der Grundorganisation der SED und Betriebsdirektor sprachen über die auftretenden Zweifel und entschieden: Kollege Rudi Göhler hat unser Vertrauen, denn nicht erst einmal hat er bewiesen, was er kann!

Im November 1972 wurde die Bilanz gezogen. In knappen Worten und Zahlen wurden folgende Ergebnisse erreicht: die geplanten Rationalisierungsvorhaben wurden mit einer Senkung der Montagekosten von 1 718 Mark auf 679 Mark je Spindelstock abgeschlossen. Die Arbeitsproduktivität wurde auf 268 Prozent bei einer gleichzeitigen Einsparung von 11 Arbeitskräften gesteigert. Dadurch wurde ein gesellschaftlicher Nutzen je Jahr von 185 808 Mark erreicht. [586]

Ist das jedoch das gesamte Ergebnis dieser Arbeitsgemeinschaft? Gewiß nicht. In diesem gemeinsamen Ringen um die Meisterung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, in diesem gemeinsamen Kampf um die Steigerung der Ar-

beitsproduktivität bewährte sich das Bündnis der Arbeiterklasse mit der technischen Intelligenz und wurde noch enger.

Kollege Rudi Göhler formulierte seine Meinung über diese erfolgreich abgeschlossene Aufgabe: „Unser Kollektiv hatte den Auftrag, das Rationalisierungsvorhaben in Eigenverantwortung und durchgängig von der Projektierung über die Schaffung der Ausrüstungen bis zur Erprobung des rationalisierten Montageprozesses zu lösen. Der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft gehörten folgende Genossen und Kollegen an: Rudi Göhler (SAG-Leiter), Klaus Wolf (Montage), Rudolf Eisold (Montage), Hartmut Stieglitz (Montage), Kurt Uhlig (Montage), Herbert Knobloch (Montage), Brigitte Göhler (Montage), Dieter Michael (Montage), Bernd Haase (Montage), Rudi Börner (Montage), Manfred Straube (Fertigungstechnologie), Dieter Dämmrich (Konstruktion), Manfred Naumann (Forschungszentrum), Heinrich Thomas (Forschungszentrum).

Als ich mit der Leitung der Arbeitsgemeinschaft beauftragt wurde, hoffte ich, das Vertrauen rechtfertigen zu können. Eine große Verantwor-

tung lastete auf mir. Viel wurde erwartet. Ist es zu schaffen?, waren meine Gedanken. Doch bewährte und erfahrene Fachkräfte in der Arbeitsgemeinschaft zu wissen stimmte mich zuversichtlich. Das zu bewältigende Arbeitspensum war enorm. Sitzungen, Beratungen, Streitgespräche am Reißbrett und in der Werkstatt, kühne Gedanken mußten geordnet und zielstrebig verwirklicht werden. Jedes Mitglied des Kollektivs gab das Beste, unzählige Schwierigkeiten mußten überwunden werden. Außer der Leitung der Arbeitsgemeinschaft war ich mit meinem Montagekollektiv für die Konstruktion und den Bau aller vorgesehenen Vorrichtungen verantwortlich. ... Sehr fruchtbringend hat sich die gute Zusammenarbeit und das Vertrauensverhältnis zwischen dem Montagekollektiv und den Kollegen Naumann und Thomas vom Forschungszentrum ausgewirkt. ...

Im Kampf um höchste Leistungen bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität haben wir als sozialistische Arbeitsgemeinschaft die Vorbereitung des 50. Jahrestages der UdSSR zu unserer eigenen Sache gemacht.

Das Rationalisierungsprojekt „Fließmontage Spindelstock BKOZ 900 x 1400/1“ ist unser Beitrag zum 50. Jahrestag der Gründung der UdSSR.“ [587]

Die schöpferische Mitarbeit an der Neuererbewegung im VEB Mikromat beweist, daß die Arbeiterklasse ihrer Rolle als führende Kraft der Gesellschaft gerecht wird. Sie widerlegt alles Gerede bürgerlicher Ideologen, daß angeblich in der Zeit der wissenschaftlich-technischen Revolution nicht mehr die Arbeiterklasse, sondern die Intelligenz oder andere Schichten zur Führung berufen seien.

Die Feststellung des VIII. Parteitag der SED, daß mit der Erhöhung der führenden Rolle der Arbeiterklasse für die anderen Schichten des Volkes die Verantwortung nicht geringer wird, sondern sich im Gegenteil ihr Beitrag beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft erhöht, wird im VEB Mikromat in der Praxis bestätigt. Davon sprechen die vielen Beispiele echter, sozialistischer Gemeinschaftsarbeit zwischen Arbeitern und Angehörigen der Intelligenz im Betrieb.

Qualitätsarbeit – Schlüssel zum Erfolg

Von jeher bemühten sich die Werktätigen des VEB Mikromat, alle Erzeugnisse mit höchster Präzision zu produzieren und mit einwandfreier Qualität auszuliefern. Die Erfolge, die der Betrieb besonders bei der Exporttätigkeit erzielen konnte, sind nicht zuletzt auf die gute Qualitätsarbeit des gesamten Betriebskollektivs zurückzuführen.

1961 besaßen bereits vier Erzeugnisse das Gütezeichen „Q“. Im Dezember 1962 rief die sozialistische Arbeitsgemeinschaft „Optische Profilschleifmaschine SWPO“ das gesamte Betriebskollektiv auf, den Kampf um die Erhöhung der Qualität in den Mittelpunkt der Arbeit zu stellen.

Genosse Helmut Opitz, Leiter dieser SAG, führte dazu aus: „Der Wettbewerb zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Weltsystem vollzieht sich unter den Bedingungen einer tiefgehenden und sich rasch vollziehenden Umwälzung auf wissenschaftlich-technischem Gebiet. Weltmarktfähigkeit und qualitäts- und bedarfsgerechte Produktion sind entscheidende Faktoren beim Sieg des Sozialismus in der DDR. Es ist deshalb wichtig, daß alle ihre Arbeit unter dem Gesichtspunkt betrachten, das ‚Q‘ ist für uns kein Ruhekissen.“ [588] Im Laufe des Jahres 1963 wurde zwei weiteren Erzeugnissen das Gütezeichen „Q“ zugesprochen.

Um noch mehr Erzeugnisse mit höchster Qualität und mit niedrigsten Kosten herstellen zu können, fand am 5. November 1963 auf Beschluß der Betriebsparteilung der Grundorganisation der SED die erste Qualitätskonferenz des Betriebes statt.

Diese Qualitätskonferenz war mit einer umfangreichen Ausstellung von Erzeugnissen des Betriebes unter dem Motto „Sechs Gütezeichen ‚Q‘ sind für uns kein Ruhekissen“ verbunden.

Kollege Gerhard Erler aus der Gütekontrolle konnte zwei Monate nach dieser Konferenz feststellen: „Nach der Konferenz ist die Qualität besser geworden. Durch die Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe im Kollektiv ist der Ausschuß gesunken.“ [589]

Im März 1964 forderten die Meister Harry Rößner und Werner Ziller und die Jugendbrigade „Anne Frank“ als Beitrag zur Vorbereitung der im Betrieb stattfindenden Parteiwahlen der Grundorganisation der SED alle Kollektive auf, den Kampf um die Erhöhung der Qualität unter dem Motto „Meine Hand für mein Produkt“ zu führen. In den Kollektiven wurde die Qualitätsarbeit moralisch und materiell stimuliert. Ein Beispiel war der „Qualitätsscheck“: Jeder Kollege erhielt eine konkrete Zielstellung für die Senkung des Ausschusses. Das Ergebnis wurde öffentlich ausgewertet. Unmittelbar nach Erreichen des geplanten Ziels erhielten die entsprechenden Kollegen vom Meister einen Prämiencheck in Höhe von 10 Mark ausgehändig. [590]

Große Hilfe erhielt der Betrieb in der Qualitätsbewegung durch die Werk tätigen der Sowjetunion. 1965 wurde im Betrieb die Saratower Methode bekannt. Unter Leitung des Betriebsdirektors nahm am 25. Oktober 1965 die Arbeitsgruppe „Fehlerfreie Arbeit“ ihre Tätigkeit auf. Sie sollte in Vorbereitung der zweiten Qualitätskonferenz hauptsächlich die politisch-ideologischen und organisatorischen Voraussetzungen für die Anwendung der Saratower Methode schaffen. Der Parteisekretär wertete auf dieser Qualitätskonferenz am 3. Dezember 1965 die bei der Anwendung der Saratower Methode gesammelten Erfahrungen aus. Eine große Rolle spielte dabei der Meisterbereich des Genossen Werner Manthey. Dieses Kollektiv war als erstes dazu übergegangen, die Saratower Methode anzuwenden.

Die Teilnehmer der zweiten Qualitätskonferenz beschlossen unter anderem, ab 6. Dezember 1965 in allen Meisterbereichen der mechanischen Abteilung das Prinzip der „fehlerfreien Arbeit“ anzuwenden. [591] Ab Januar 1966 wurde dazu übergegangen, montags, mittwochs und freitags mit Hilfe von Qualitätsgruppen die aufgetretenen Fehler gründlich auszuwerten.

Die Kollegin Johanna Bergmann, Fräserin, sagte: „Wir haben über das ‚System der fehlerfreien Arbeit‘ gesprochen, das System ist in Ordnung, viele Fehler werden an Ort und Stelle beseitigt.“ Der Kollege Erich Pukall, Gewinde-

schleifer, meinte: „Wichtig ist, daß Fehler, die durch dieses ‚System der fehlerfreien Arbeit‘ erkannt werden, nicht nur bei uns Arbeitern, sondern auch in den anderen Abteilungen und auch in den übergeordneten Leitungen beseitigt werden.“ [592]

Vom 10. bis 24. August 1966 konnten sich der Genosse Werner Manthey und die Genossin Sibylle Schindler in Saratow und in Leningrad in drei Maschinenbaubetrieben der Sowjetunion von der Wirkung und Bedeutung der Saratower Methode überzeugen und wertvolle Erfahrungen für die weitere Qualitätsarbeit im VEB Mikromat gewinnen.

Die konsequente Anwendung der Saratower Methode und die zielstrebige sozialistische Gemeinschaftsarbeit bei der Entwicklung neuer Erzeugnisse brachten dem Betriebskollektiv bisher fünf Goldmedaillen für seine Messeexponate. Die erste Goldmedaille erhielt die Zweiständerkoordinatenbohrmaschine mit numerischer Steuerung BKOZ 800 x 1250 NC zur 800. Mustermesse 1965 in Leipzig. Große Freude herrschte nicht nur auf dem Messestand, sondern im gesamten Betriebskollektiv, als Genosse Norbert Dittmann, Technischer Direktor, diese Auszeichnung entgegennahm.

Nach dem Empfang des ersten Messegoldes besuchte eine sowjetische Regierungsdelegation unter Leitung des Ministerpräsidenten der UdSSR, Genossen Kossygin, in Begleitung von Politbüromitgliedern des Zentralkomitees der SED den Messestand des Betriebes. Großes Interesse zeigten die Gäste für die Zweiständerkoordinatenbohrmaschinen mit numerischer Steuerung und äußerten sich anerkennend über das hohe wissenschaftlich-technische Niveau der Erzeugnisse des VEB Mikromat Dresden. [593]

Weitere Goldmedaillen erhielt der Betrieb in folgenden Jahren:

1967 zur Leipziger Frühjahrsmesse für die „Optische Profilschleifmaschine SWPO 80 NC r phi“

1969 zur internationalen Messe in Plovdiv für die „Optische Profilschleifmaschine SWPO 80 NC“



Genosse Werner Manthey (links stehend) mit Genossen und Kollegen seines Meisterbereichs, das als erstes im Betrieb nach der sowjetischen Neueremethode, der Saratower Methode, den Kampf um höchste Qualität aufnahm

1970 zur Leipziger Frühjahrsmesse für das Bearbeitungszentrum C-BKOZ 800

1972 zur Leipziger Frühjahrsmesse für das Bearbeitungszentrum C-BKOZ 1250.

Der Export des Betriebes erhöhte sich ständig. Gegenüber 1949 stieg er im Jahre 1959 auf das 35fache und 1971 gegenüber 1959 auf das 5fache.

Im Jahre 1959 wurden die Erzeugnisse des VEB Mikromat in 26 Länder verkauft. Heute arbeiten Maschinen des Betriebes in über 40 Ländern und dokumentieren den hohen Leistungsstand des Werkzeugmaschinenbaus der DDR.

Mit Maschinen des VEB Mikromat wird zum Beispiel in folgenden Ländern gearbeitet: DDR, UdSSR, ČSSR, VR Bulgarien, VR Polen, Ungarische VR, DRV, KVDR, SRR, Kuba, SFRJ, China, VR Albanien, BRD, Argentinien, Australien, Belgien, Brasilien, Kanada, Sri

Lanka, Kolumbien, Dänemark, Großbritannien, Finnland, Frankreich, Griechenland, Niederlande, Indien, Italien, Japan, Libanon, Mexiko, Norwegen, Österreich, Pakistan, Schweden, Schweiz, Spanien, Südjemen, Syrien, Türkei, ARÄ (Ägypten) und Venezuela.

An erster Stelle im Exportprogramm des Betriebes steht die UdSSR.

Ihr folgen die SRR, die VR Polen, die ČSSR, die VR Bulgarien, die Ungarische VR sowie die BRD, Frankreich, Indien und Brasilien.

Zum weiteren Ausbau der Exportbeziehungen weilten mehrere Jahre Genossen und Kollegen des Betriebes im Ausland:

Siegfried Triebel in Indien

Hans-Georg Herzig in Brasilien

Herbert Urban und Rainer Beckert in Jugoslawien

Heinz Furkert und Gerhard Winde in Brasilien.

Genosse Werner Schmidt und Kollege Erhard Dämmrich haben den Betrieb längere Zeit in Indien vertreten, als es galt, den Anlauf der nach diesem Lande vergebenen Lizenzfertigung von Waagrechtsschleifmaschinen zu organisieren.

Bisher wurden Erzeugnisse des VEB Mikromat auf folgenden internationalen Messen gezeigt:

Leipzig	DDR
Poznan	VR Polen
Plovdiv	VR Bulgarien
Prag, Brno	ČSSR
Budapest	Ungarische VR
Moskau, Leningrad, Kiew	UdSSR
Bukarest	SRR
Shenjang	China
Beograd, Zagreb	SFRJ
München, Frankfurt a. M.,	BRD
Stuttgart, Düsseldorf	BRD
Hannover	BRD
London	Großbritannien
Göteborg, Stockholm	Schweden
Wien	Österreich
Paris	Frankreich
Milano	Italien
Utrecht	Niederlande
Barcelona	Spanien
Mexiko City	Mexiko.

Wie der Export durch weitere Spezialisierung und Kooperation weiter erhöht werden kann, wurde 1968 auf einer gemeinsamen Parteiaktivtagung der Grundorganisation der SED des VEB Mikromat Dresden, des VEB WEMA Berggießhübel, des BSB Friedrich Müller Freital und des BSB Händel & Kubasch Freital beraten. Die Richtigkeit der damaligen Festlegungen hat sich längst bestätigt, da heute die Betriebe VEB Freitaler Maschinenfabrik, ehemals BSB Friedrich Müller, durch Spezialisierung auf die Fertigung der optischen Profilschleifmaschinen und der VEB Präzisionsgeräte Freital, ehemals BSB Händel & Kubasch, durch Spezialisierung auf die Fertigung von mechanischen und optischen Kreisteiltischen wesentlichen Anteil am Produktions- und Exportprogramm des Betriebes haben. Darüber hinaus hat der Betriebs- teil Berggießhübel bei seiner langjährigen Fertigung von Drehmaschinen eine gute Effektivität erreicht.

Aufgrund dieser vorgenommenen Spezialisierung haben das Produktionsprogramm und das Exportprogramm des VEB Mikromat heute folgendes Profil:

Einständerkoordinatenbohrmaschinen:

BKoE	mit optischer Meßeinrichtung
400 x 630/1	
BKoE	mit optischer Meßeinrichtung
630 x 1000	
BKoE	mit numerischer Steuerung in zwei Achsen, wahlweise für Handsteuerung (Positioniereinrichtung mit Wahlschalter) oder Lochbandsteuerung
630 x 1000 NC 2	
BKoE	mit numerischer Steuerung in drei Achsen
630 x 1000 NC 2 1/2	

Zweiständerkoordinatenbohrmaschinen:

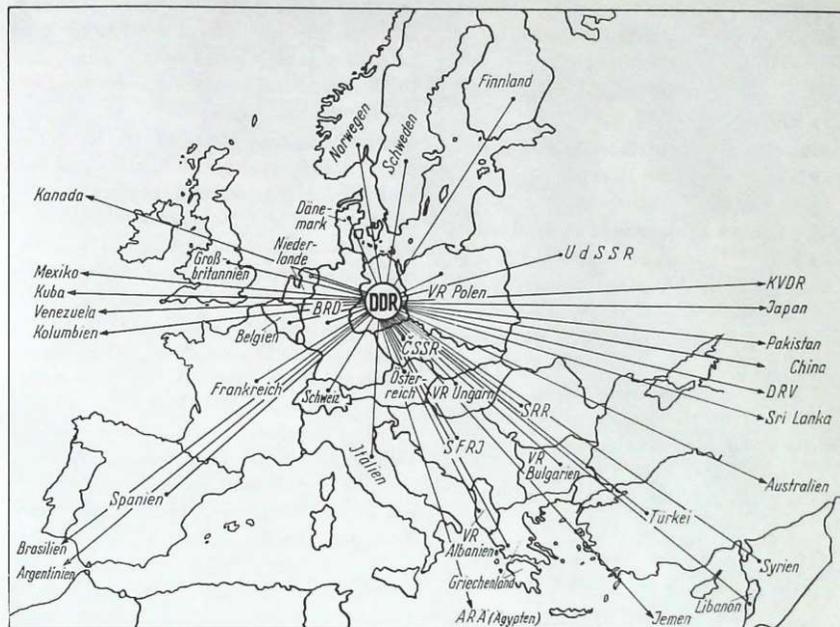
BKoZ	mit mechanischer Meßeinrichtung
900 x 1400/1	
BKoZ	mit numerischer Steuerung in zwei Achsen, wahlweise für Handsteuerung (Positioniereinrichtung mit Wahlschalter) oder Lochbandsteuerung.
900 x 1400/1 NC 2	

Hieran schließt sich die neue, unfizierte Baureihe an:

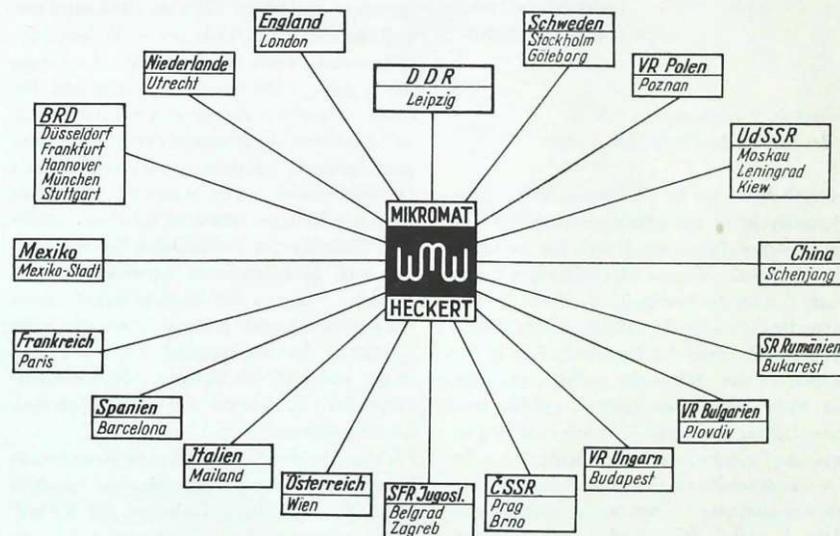
BKoZ	mit mechanischer Meßeinrichtung
900 x 1400/5	
in den Varianten	
MS	mit mechanischer Meßeinrichtung
OP	mit optischer Meßeinrichtung
NC 2	mit numerischer Steuerung in zwei Achsen
NC 4	mit numerischer Steuerung in vier Achsen.

Davon abgeleitet wurden die Hochgenauigkeitsbearbeitungszentren C-BKoZ 900 und C-BKoZ 1250 mit numerischer Steuerung und automatischem Werkzeugwechsel in verschiedenen Varianten entsprechend der Bearbeitungsaufgabe. Das Modell BKoE 400 x 630/1 in modifizierter Ausführung stellt die Grundmaschine der vom VEB Steremat Berlin unter dem Namen Eropräzise auf den Markt gebrachten „Elektroerosiv-Genauigkeitsbohrmaschine“ dar.

Maschinen des VEB Mikromat auf den bedeutendsten Messen der Welt



Maschinen des VEB Mikromat in aller Welt



Gewindeschleifmaschinen:

GSU 315 x 500	Universalgewinde- schleifmaschine
GSS 315 x 500	Schneckenschleifmaschine
GSHW 315 x 250	Gewindeschleifmaschine zum Hinterschleifen von Wälzfräsern
GSSXT bomb. 315 x 500	Sondergewindeschleifma- schine zum Schleifen von Transporttrommeln so- wohl für Wälzkörper mit gerader Mantelfläche als auch für Wälzkörper mit bombierter Mantelfläche.

Optische Profilschleifmaschinen:

SWPO 80	mit manueller Bedienung
SWPO 80 NC	mit numerischer Steuerung in den Varianten:
x-y	für Profilschleifaufgaben in Karthesischen Koordi- naten
r-phi	für Profilschleifaufgaben bombierter Mantelfläche.

*Fremd der Sowjetunion sein, heißt
zu den Siegern der Geschichte gehören*

Im VEB Mikromat ist die Freundschaft zur Sowjetunion heute ein lebendiger Ausdruck des sozialistischen Patriotismus und des proletarischen Internationalismus. Das zeigte sich erst in letzter Zeit bei der Vorbereitung auf den 50. Jahrestag der Gründung der UdSSR. In den sozialistischen Kollektiven des Betriebes gab es in den Gesprächen der „Schule der sozialistischen Arbeit“ viele Diskussionen darüber, welchen konkreten Beitrag das Betriebskollektiv zum 50. Jahrestag der Gründung der UdSSR leisten kann. Im Hauptwerk beteiligten sich 1046 Belegschaftsangehörige an diesen Gesprächen. Ausgehend vom Meisterbereich „Zweiständerkoordinatenbohr-

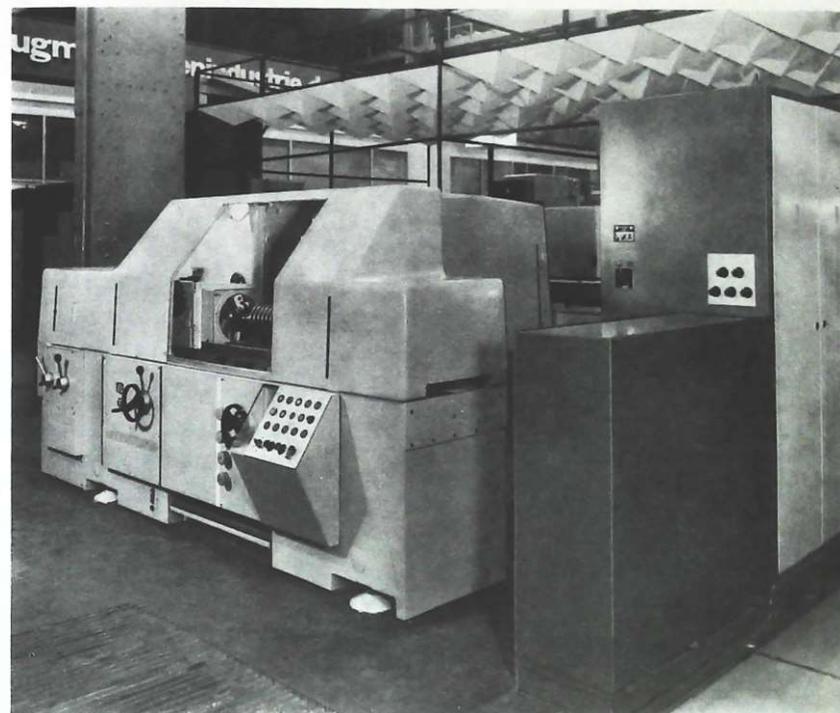
maschine BKoZ 900 x 1400“ bemühte man sich besonders darum, trotz vorhandener Schwierigkeiten die Exportlieferungen in die Sowjetunion unter allen Umständen zu sichern. Dieses Ziel wurde erreicht und sogar übererfüllt.

Die Exportlieferungen an die Sowjetunion nahmen von jeher einen wichtigen Platz im Betrieb ein. 1959 lieferten der VEB Mikromat und der VEB WEMA Berggießhübel (heutiger Betriebsteil) zusammen für 6 Millionen Mark Werkzeugmaschinen an die Sowjetunion, und 1971 erreichte der Export in die Sowjetunion bereits eine Höhe von 19,7 Millionen Mark.

Diese Lieferungen erreichten meist Jahresstückzahlen von 150 Drehmaschinen, 50 Koordinatenbohrmaschinen oder 60 Optischen Profilschleifmaschinen, so daß damit eine rationelle Fertigung und Auftragsabwicklung für den Betrieb möglich wurden. Die besondere Bedeutung, die das Betriebskollektiv stets den Exportaufträgen für die Sowjetunion beimaß, hatte einen nicht unerheblichen Einfluß auf die ständige Qualitätssteigerung der gesamten Erzeugnisse. Ein besonderer Höhepunkt waren die Auslieferung und die Übergabe der 1000. Drehmaschine vom Betriebsteil Berggießhübel an die UdSSR am 23. Februar 1972.

Bereits in den Jahren 1955 bis 1958 hatte speziell das Betriebskollektiv des VEB Schleifmaschinenwerk durch hervorragende Leistungen im Export an die Sowjetunion vielfache Beweise der engen Verbundenheit mit der Sowjetunion geliefert. In kürzester Zeit wurden dringend benötigte Spezialmaschinen mit höchster Qualität entwickelt und hergestellt. Unter Leitung des Kollegen Manfred Schubert wurden vom Kollektiv der Konstruktion bis dahin unbekannte Schleifeinheiten entwickelt und in kürzester Frist von den Produktionskollektiven mit höchster Qualität gefertigt. Das waren unter anderem Spezial-Schalttisch-Schleifmaschinen in den verschiedenen Varianten, Spezial-Rotor-Nuten-Schleifmaschinen und Spezial-Trommel-Schleifmaschinen.

Für diese Leistung und für andere Neuentwicklungen wurde der Kollege Manfred Schubert 1961 als „Verdienter Techniker des Volkes“ ausgezeichnet.



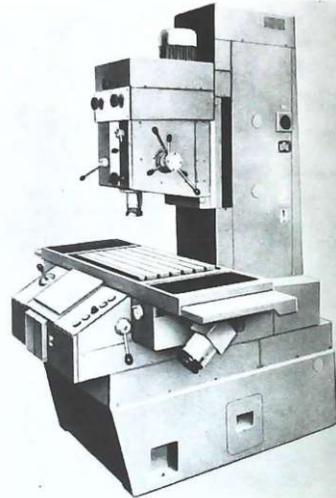
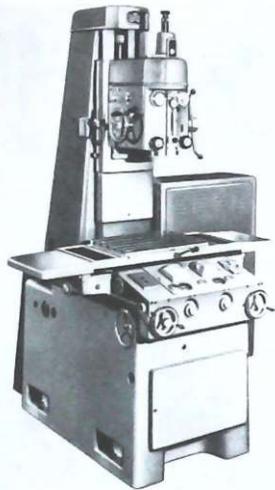
Universalgewindeschleifmaschine
GSU 315 x 500 auf dem Messestand
zur Leipziger Frühjahrmesse

„Von der konventionellen Lehrenbohrmaschine bis zum automatisierten Bearbeitungsablauf auf dem Hochgenauigkeitsbearbeitungszentrum – ein erfolgreicher Weg“

Einständerkoordinatenbohrmaschine
BKoE 315 × 500

Einständerkoordinatenbohrmaschine
BKoE 400 × 630/1

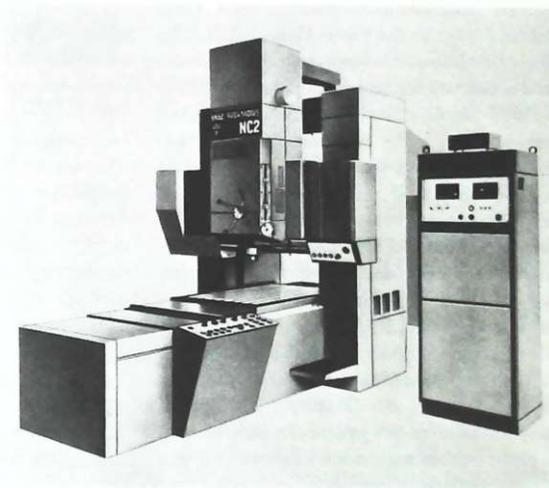
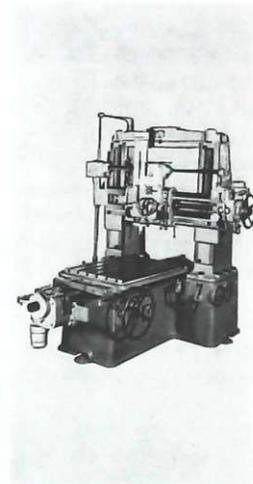
Einständerkoordinatenbohrmaschine
BKoE 630 × 1000 OP und BKoE 630 × 1000 NC 2



Zweiständerkoordinatenbohrmaschine
BKoZ 750 × 1100

Zweiständerkoordinatenbohrmaschine
BKoZ 900 × 1400/5 NC 2
BKoZ 900 × 1400/5 NC 4

Hochgenauigkeitsbearbeitungszentrum
C-BKoZ 900 und C-BKoZ 1250



Großen Anteil an der Vertiefung der Freundschaft zur Sowjetunion hatte die Grundeinheit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Am 10. Oktober 1950 wurde im VEB Feinstmaschinenbau die erste Betriebsgruppe gebildet. 52 Freunde der Sowjetunion, an ihrer Spitze Mitglieder der SED, begannen den Gedanken der Freundschaft zur Sowjetunion im Betriebskollektiv zu verbreiten. Wesentlich beteiligt an der Entwicklung der Grundeinheit der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft war der Genosse Herbert Kottig, der von 1953 bis 1969 Vorsitzender der Gesellschaft war. Nach der Bildung des VEB Mikromat bestand die Grundeinheit des Betriebes aus 420 Mitgliedern. Im Jahre 1967 wurden für ihren Beitrag zur Entwicklung der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft die ersten drei sozialistischen Kollektive mit dem Ehrentitel „Brigade der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft“ ausgezeichnet. Es waren die Kollektive „Juri Gagarin“ (Vorrichtungsbau), „Salvatore Allende“ (Musterbau) und „20. Jahrestag der SED“. Anlässlich des 25. Jahrestages der Gründung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in der DDR wurden mit diesem Ehrentitel die Betriebsberufsschule „Georg Schilling“ sowie das sozialistische Kollektiv „Lenin“ (Verwaltung) ausgezeichnet.

Nach dem XXIV. Parteitag der KPdSU gab es im Betrieb eine umfassende Auswertung der richtungweisenden Beschlüsse. Das von diesem Parteitag angenommene Friedensprogramm fand volle Zustimmung in den Kollektiven des Betriebes. Äußerer Ausdruck der tiefen Zustimmung des vom XXIV. Parteitag der KPdSU entwickelten Programms war der Wunsch vieler Belegschaftsangehöriger, Mitglied der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zu werden. Waren Anfang 1971 nur 35 Prozent der Belegschaftsmitglieder in der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft organisiert, so waren es Ende 1971 bereits 74 Prozent. Daß das Motto „Freund der Sowjetunion sein, heißt zu den Siegern der Geschichte gehören“ heute zur Richtschnur aller Kollektive geworden ist, zeigt, wie tief die Freundschaft zur Sowjetunion im Betriebskollektiv verwurzelt ist.

Im Geiste des sozialistischen Patriotismus und des proletarischen Internationalismus

Mit dem Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 7. November 1972 über „Die Aufgaben der Agitation und Propaganda bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED“ wurde eine einheitliche und umfassende Orientierung auf die wichtigsten inhaltlichen und organisatorischen Aufgaben der Agitatoren und Propagandisten der Grundorganisation der SED gegeben. [594]

Die Grundorganisation der SED des VEB Mikromat Dresden schätzte anhand dieses Beschlusses ihre Tätigkeit ein und zog Schlußfolgerungen für die weitere politisch-ideologische Arbeit im Betrieb. Ein wichtiger Ausgangspunkt dabei war, daß die Sicherung des Weltfriedens die wichtigste und zentrale außenpolitische Aufgabe der SED und der DDR ist und daß sich dank der Friedenspolitik der sozialistischen Staaten das internationale Kräfteverhältnis immer stärker zugunsten des Sozialismus verschiebt.

So sagte zum Beispiel Genosse Heinz Löwe: „Die Paraphierung des Grundlagenvertrages zwischen der DDR und der BRD ist Ausdruck des beharrlichen Kampfes der Sowjetunion und aller Staaten der sozialistischen Staatengemeinschaft zur Durchsetzung der friedlichen Koexistenz und zur Sicherung des Friedens in Europa. Es ist für mich – wie übrigens für viele andere Betriebsangehörige – gut, zu wissen, daß unsere DDR fest verankert ist im Bruderbund der sozialistischen Staaten, dem Hauptgaranten für Frieden und Sicherheit. Wir alle betrachten unsere Anstrengungen zur weiteren allseitigen Stärkung der DDR als Bestandteil des sozialistischen Patriotismus und des proletarischen Internationalismus.“

Die Vertiefung der technisch-ökonomischen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten ist ein wichtiger Bestandteil unserer betrieblichen Aufgaben und hilft unmittelbar bei der Verwirklichung der sozialistischen ökonomischen Integration entsprechend dem Komplexprogramm des RGW.“ [595]



Sowjetische Freunde während einer gemeinsamen Feierstunde anlässlich des 45. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

Neben der sich immer weiter vertiefenden wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten werden auch weiterhin vielfältige freundschaftliche Beziehungen mit Vertretern der Bruderparteien und Delegationen aus sozialistischen Staaten sowie Gewerkschaftern aus kapitalistischen Ländern dazu beitragen, den Gedanken des sozialistischen Patriotismus und proletarischen Internationalismus und der Solidarität im gesamten Betriebskollektiv weiter zu entwickeln.

Seit Jahren feiern Angehörige des Betriebes gesellschaftspolitische Höhepunkte, wie zum Beispiel den Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, stets gemeinsam mit Vertretern der in Dresden stationierten Einheiten der sowjetischen Armee. Ein besonderer Höhepunkt war die Feierstunde anlässlich des 50. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution im Deutschen Hygienemuseum Dresden am 17. November 1967.

Einige Male besuchten auch in Dresden weilende Delegationen aus der Sowjetunion den Betrieb. Am 9. Juli 1970 traf unter Leitung des Genossen N. S. Semjonow, Sekretär des Stadtkomitees Leningrad, eine Delegation des Gebiets- und Stadtkomitees der KPdSU Leningrads im Betrieb ein und führte zahlreiche herzliche Gespräche mit Genossen und Kollegen. Am 5. Juli 1972 stattete eine Delegation unter Leitung des Stellvertreters des Vorsitzenden des

staatlichen Komitees beim Ministerrat der UdSSR für Wissenschaft und Technik, Genossen Dr.-Ing. Michail P. Kowaljow, Teilnehmer der 12. Tagung der paritätischen Regierungskommission für ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR, dem Betrieb einen Besuch ab. Vor allem wurde in diesem freundschaftlichen Erfahrungsaustausch darüber beraten, wie die Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten noch besser gestaltet werden kann, um dazu beizutragen, das Komplexprogramm der sozialistischen ökonomischen Integration im RGW zu verwirklichen. Ebenfalls zu einem für beide Seiten fruchtbaren Erfahrungsaustausch entwickelte sich der Besuch einer Delegation von Dozenten und Studenten der Parteihochschule beim Zentralkomitee der KPdSU Moskau unter Leitung des Genossen Selnikow am 20. Juli 1972. Freundschaftliche Beziehungen bestehen seit Jahren zu Genossen und Freunden des Betriebes Kovosvit in Sezimovo Usti bei Tabor in der ČSSR. Erstmals besuchte eine Delegation dieses Betriebes den VEB Mikromat im Jahre 1958. In einem Schreiben, das sie nach Rückkehr in ihre Heimat an den Betrieb schickten, heißt es unter anderem: „Die Erfahrungen, die wir bei Ihren Kollegen sammeln konnten, sind für uns von großem Wert.“ [596]

Die sich immer enger gestaltenden freundschaftlichen Beziehungen führten 1966 zum Abschluß eines Freundschaftsvertrages zwischen den Betrieben Kovosvit und Mikromat. [597]

Bereits im Jahre 1965, am 8. April, hatte die Brigade „Julian Grimau“ aus der Großbearbeitung einen Freundschaftsvertrag mit einem Kollektiv aus dem Betrieb Kovosvit abgeschlossen. Im September 1970 besuchte der ehemalige Parteisekretär von Kovosvit und jetzige Sekretär der Kreisleitung der KPČ Jindřichuv-Hradec, Bezirk České Budějovice, Genosse Karel Poček, den Betrieb, um sich über Probleme der Führungstätigkeit der Parteiorganisation der SED zu informieren.

1971 wurde der Freundschaftsvertrag zwischen dem VEB Mikromat und Kovosvit erneuert. Er bildete die Grundlage für die weitere Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen

beiden Betriebskollektiven zur Förderung des sozialistischen Internationalismus und zur Verstärkung des gemeinsamen Kampfes um die Sicherung des Friedens und des Sozialismus.

Auch aus anderen sozialistischen Ländern weilten in den vergangenen Jahren immer wieder Delegationen im Betrieb, so zum Beispiel am 22. Oktober 1970 eine Parteidelegation aus Wroclaw unter Leitung des Sekretärs des Wojewodschaftskomitees, Genossen Antoni Banaszak, in Begleitung des Zweiten Sekretärs der Bezirksleitung der SED, Genossen Lothar Stammnitz. Ebenfalls aus Wroclaw kam eine Parteidelegation, die am 20. November 1970 unter Leitung des Wirtschaftssekretärs des Wojewodschaftskomitees, Genossen Drosdz, in Begleitung des Sekretärs für Wirtschaftspolitik der Bezirksleitung der SED, Genossen Heinz Barthel, einen Besuch im Betrieb machte.

Eine Delegation des Bezirkskomitees der KPČ von Nordmähren informierte sich am 11. November 1971 über den Stand der Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED. Sie wurde vom Vorsitzenden des Betriebsgewerkschaftskomitees des nordmährischen Bezirks, Genossen Joseph Valek, geleitet.

Gäste im Betrieb waren weiterhin 40 Genossinnen und Genossen der Kommunistischen Partei Österreichs im Juni 1961 und die Friedensfahrmannschaft der Mongolischen Volksrepublik am 13. Mai 1965.

Besonders herzlich wurde nach dem VIII. Parteitag der SED das Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei Kanadas, Genosse William Cecil Ross, am 21. Juli 1971 im Betrieb empfangen.

Seit 1963 bestehen auf der Grundlage eines Freundschaftsvertrages brüderliche Beziehungen zwischen der Gewerkschaftsorganisation des VEB Mikromat und der französischen Gewerkschaft CGT Straßbourg und, seit 1966, dem Betriebsrat eines Betriebes in Graffenstaden. Jährlich besuchte eine Delegation französischer Gewerkschafter den Betrieb und informierte sich über die Gewerkschaftsarbeit und über die Ergebnisse beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR.

Die Delegation der Kommunistischen Partei Österreichs und Genossen des Betriebes bei einem Besuch des Pionierpalastes im Jahre 1961



Begrüßung der Delegation der PVAP unter Leitung des Sekretärs des Wojewodschaftskomitees, Genossen Antoni Banaszak (2. v. l.), in Begleitung des Zweiten Sekretärs der Bezirksleitung der SED Dresden, Genossen Lothar Stammnitz (1. v. l.), durch den Parteisekretär, Genossen Günter Reichert (Mitte vorn), und den Betriebsdirektor, Genossen Norbert Dittmann (rechts)



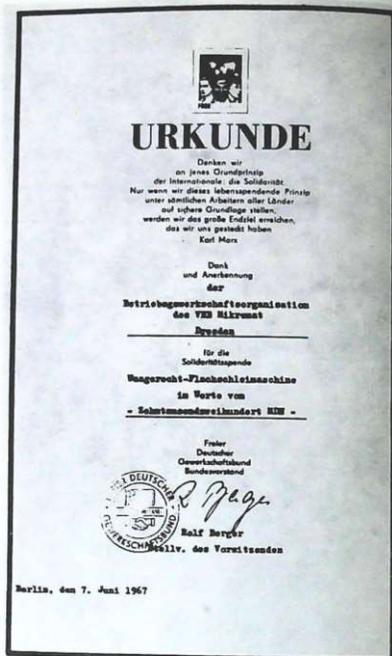
Ausdruck des proletarischen Internationalismus war und ist auch die sich ständig erhöhende Solidaritätsbereitschaft, die unter Führung der Parteiorganisation der SED in den sozialistischen Kollektiven entwickelt wurde. In Vorbereitung auf den VII. Parteitag der SED rief die Parteiorganisation der SED des Betriebes die gesamte Belegschaft auf, durch freiwillige Arbeitseinsätze eine zusätzliche Flachs Schleifmaschine SFW 200 x 600 zu produzieren und sie der heldenhaft gegen den imperialistischen USA-Aggressor kämpfenden Demokratischen Republik Vietnam als Geschenk zu überreichen. Im Mai 1967 konnte die in freiwilligen Arbeitsstunden gebaute und finanzierte Maschine im Werte von 10 200 Mark der DRV als Geschenk des Betriebskollektivs übergeben werden. [598]

Die besonders in den letzten Jahren unter Führung der Parteiorganisation der SED geleistete politische und ideologische Arbeit zur Entwicklung des proletarischen Internationalismus drückt sich auch in der Höhe der monatlichen Solidaritätsspenden der Belegschaftsmitglieder aus. Besonders in Vorbereitung auf die Partiewahlen 1969 wurde die zunehmende Aggressivität des Imperialismus zum Anlaß genommen, in allen Gewerkschaftsgruppen die Bedeutung und die Notwendigkeit der ständigen brüderlichen Solidarität mit den um ihre Freiheit kämpfenden Völkern zu beraten. Betrug vor dem Beginn der Partiewahlen 1969 der durchschnittliche monatliche Solidaritätsbeitrag des Betriebes, bezogen auf die Höhe der Gewerkschaftsbeiträge, noch 8,69 Prozent, so lag er 1972 bei 35,5 Prozent.

Alle Kraft für die Stärkung der Verteidigungsbereitschaft

In ihren Wettbewerbsprogrammen zu Ehren des 20. Jahrestages der DDR hatten sich zahlreiche sozialistische Kollektive des Betriebes die Aufgabe gestellt, einen Beitrag zum militärischen Schutz unseres sozialistischen Staates zu leisten.

Im Tagebuch der Brigade „Juri Gagarin“ heißt es dazu: „Eine große Rolle in unserer Erzie-



hungsarbeit muß auch die Erläuterung der Gefährlichkeit und Aggressivität des westdeutschen Imperialismus einnehmen. Aus den Erfahrungen der Aggression in der VAR und des verbrecherischen USA-Krieges in Vietnam lernend, ist es erforderlich, daß alle Brigademitglieder verstehen, daß es ihre nationale Pflicht ist, sich unmittelbar an der Stärkung der Verteidigungsbereitschaft zu beteiligen, das heißt durch Teilnahme an der Kampfgruppe, am Luftschutz, in der GST oder im DRK. Nur durch die ständige Stärkung der Verteidigungsbereitschaft können wir unsere ökonomischen Erfolge und den Frieden sichern.“ [599]

Die Brigade „August Bebel“ führte in ihrem Rechenschaftsbericht anläßlich des 19. Jahrestages der DDR aus: „Zur weiteren Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft unserer Republik werden wir die Mitarbeit in der Kampfgruppe, als VP-Helfer, im Luftschutz und in der Feuerwehr verbessern und nach Schaffung der entsprechenden Voraussetzungen im Betrieb auch aktiv in der GST mitarbeiten.“ [600]

Das sind klare Antworten auf die verstärkten Bemühungen des Imperialismus, in den sozialistischen Staaten die alte Gesellschaftsordnung wiederherzustellen. Die Ereignisse in der ČSSR im August 1968 bewiesen sehr eindeutig die Gefährlichkeit des Imperialismus und unterstreichen, wie notwendig ein hoher Stand der Landesverteidigung ist.

Die Kommission für sozialistische Wehrerziehung der Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED leistet eine vielfältige politisch-ideologische Arbeit. Einen besonderen Platz in der sozialistischen Wehrerziehung und in der weiteren Stärkung der sozialistischen Verteidigungsbereitschaft haben neben den Kameraden der GST und den Genossen der Zivilverteidigung die Genossen Kämpfer der Hundertschaft der Kampfgruppe der Arbeiterklasse im VEB Mikromat. Liebe zur Partei der Arbeiterklasse, zu unserer DDR, hohe Einsatzbereitschaft und militärisches Können zeichnen die Genossen der Kampfgruppe aus. Ihnen allen gebühren Dank und Anerkennung, besonders den Genossen Kämpfern, die für ihre über 15jährige vorbildliche Pflichterfüllung in den Reihen der Kampfgruppe mit der „Medaille für treue Dienste“ der Kampfgruppen in Silber ausgezeichnet wurden. Es sind die Genossen

- | | |
|-----------------|-------------------|
| Manfred Bäßler | Herbert Kuhne |
| Günter Reichert | Fritz Winkler |
| Arno Schimang | Max Schwarzenberg |
| Werner Manthey | Hans Wagner |
| Werner Protze | Fritz Keßler |
| Hans Thienel | Lothar Frenzel |
| Lothar Winter | Heinz Löwe |
| Wolfgang Kühn | |

Dank und Anerkennung gebühren auch den Genossen Kämpfern, die für ihre vorbildlichen Leistungen mit der „Verdienstmedaille der Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ ausgezeichnet wurden. Es sind die Genossen

- | | |
|-------------------|---------------|
| Fritz Winkler | Hans Wagner |
| Max Schwarzenberg | Heinz Koch |
| Kurt Liebsch | Lothar Winter |
| Herbert Kuhne | Arno Schimang |



Genossen der Kampfgruppe im Einsatz

Mit höchsten Erfolgen zum VIII. Parteitag der SED

Bei der Vorbereitung der Wahlen und während der Wahlen zu den Parteileitungen in der Grundorganisation der SED des VEB Mikromat Dresden rief die Parteiorganisation das gesamte Betriebskollektiv auf, zum VIII. Parteitag der SED höchste Ergebnisse in der politisch-ideologischen und ökonomischen Arbeit zu vollbringen.

Im Zusammenhang mit der Diskussion über den Entschließungsentwurf für die Berichtswahlversammlung der Grundorganisation der SED kam es in den sozialistischen Kollektiven zu einer umfassenden Aussprache über die führende Rolle der Betriebsparteiorganisation und über die weitere Einbeziehung aller Belegschaftsangehörigen in die Erfüllung der Beschlüsse der SED. In 27 Seminaren berieten etwa 500 Belegschaftsangehörige den Entschließungsentwurf. 489 Genossen und Kollegen äußerten ihre Gedanken und unterbreiteten Hinweise, wovon 297 bei der Ausarbeitung der Entschließung der Grundorganisation der SED beachtet wurden. Diese demokratische Aussprache über die sich mit dem Aufbau des Sozialismus weiter erhöhende führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse rief vielfältige Initiativen in den Arbeitskollektiven hervor. Zur Berichtswahlversammlung der Grundorganisation der SED am 6. März 1971 konnte der parteilose AGL-Vor-

sitzende, Kollege Sepp Osyra, dem Parteisekretär eine Mappe mit 42 Kollektiv- und Einzelverpflichtungen im sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des VIII. Parteitages der SED überreichen.

Die Genossen der Berichtswahlversammlung appellierten an das gesamte Betriebskollektiv, den Kampf zur Erringung des Ehrenbanners des Zentralkomitees der SED aufzunehmen. 120 Ehrenbanner des Zentralkomitees der SED sollten den besten Kollektiven überreicht werden, die im Wettbewerb zu Ehren des VIII. Parteitages der SED die höchsten Erfolge erzielten. Eines dieser Ehrenbanner konnte das Betriebskollektiv erringen.

Ein Ausdruck der sich immer mehr entwickelnden sozialistischen Demokratie im Betrieb war die umfassende Diskussion über den Entwurf der Direktive des Fünfjahrplanes 1971 bis 1975, der der gesamten Bevölkerung der DDR zur Beratung unterbreitet worden war. Von 1 042 Betriebsangehörigen, die an diesen Diskussionen teilnahmen, unterbreiteten 661 schriftlich ihre Vorschläge und Hinweise. Im Mittelpunkt dieser Vorschläge standen die Neuererarbeit, die sozialistische Rationalisierung und in enger Verbindung damit die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Die Delegierte der Betriebsparteiorganisation zum VIII. Parteitag der SED, Genossin Sibylle Schindler, konnte dem Parteitag schriftlich von den großartigen Leistungen des gesamten Be-

triebskollektivs berichten. Das Ziel, in der industriellen Warenproduktion 55 Prozent im ersten Halbjahr zu erreichen, wurde mit 55,2 Prozent, das waren 107,6 Prozent des Planes, erfüllt. Auch die anderen Kennziffern wurden erreicht. Besondere Leistungen hatten die Genossen und Kollegen erzielt, die am Rationalisierungsvorhaben „Prisma“ im Stammwerk Karl-Marx-Stadt mitarbeiteten. Zwei Meßmaschinen und ein Bearbeitungszentrum waren in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit zwischen Arbeitern und Ingenieuren in kürzester Frist entwickelt und gebaut worden.

Für diese großartigen Leistungen wurden stellvertretend für alle daran Beteiligten ausgezeichnet: der Kollege Manfred Schubert mit dem Nationalpreis I. Klasse, der Genosse Rudi Helm als „Verdienter Techniker des Volkes“ und der Genosse Erich Schimang als „Verdienter Aktivist“.

Im Betrieb waren seit 1966 sieben neue Erzeugnisse entwickelt worden, und zwar: die Koordinatenbohrmaschinen BKoE 400 x 630, BKoZ 900 x 1400 NC 2, BKoE 630 x 1000 OP und NC 2, BKoZ 900 x 1400 unifizierte Reihe, die Bearbeitungszentren C-BKoZ 800, C-BKoZ 1250 und die Meßmaschinen C-BKoZ 1250. Das Hochgenauigkeitsbearbeitungszentrum C-BKoZ 800 war das erste mit vertikaler Bohrspindel. Für eine solche Genauigkeit war es das erste in der Welt.

Insgesamt hatte das Betriebskollektiv im Fünfjahrplanzeitraum von 1966 bis 1970 beachtliche Ergebnisse erzielt, so zum Beispiel die Steigerung der industriellen Warenproduktion auf 214,7 Prozent, des Exports auf 187,1 Prozent, der Arbeitsproduktivität (Eigenleistung) auf 153 Prozent. Der Durchschnittslohn je Beschäftigter stieg in der gleichen Zeit auf 109,7 Prozent.

Die Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED beflügelten die Arbeitskollektive im Betrieb zu weiteren Initiativen im sozialistischen Wettbewerb. Einen besonderen Aufschwung dabei erzielte die Neuererarbeit. In der Entschließung der Berichtswahlversammlung der Grundorganisation der SED war das Ziel gestellt worden, durch Verbesserung der politisch-ideologischen Arbeit 60 Prozent der Belegschaft für die Neuererarbeit zu gewinnen. Dieses Ziel wurde am Ende des Jahres mit 72 Prozent weit überboten.

Am 30. August 1971 riefen die Genossen des BfN alle Kollektive auf, höchste Ergebnisse zu erzielen, um die Beschlüsse des VIII. Parteitages zu erfüllen und den 22. Jahrestag der DDR vorzubereiten. Zur Unterstützung dieses Aufrufs wurde auf Beschluß der Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED am 4. Oktober 1971 die dritte Rationalisatoren- und Neuerer Konferenz durchgeführt. Genosse Günter Otto sagte: „Auf der Konferenz wurde herausgearbei-

Das Zentralkomitee verleiht Ehrenbanner und Ehrenurkunden



Berlin (ADN). Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hat beschlossen, zum VIII. Parteitag der SED in Berlin 110 Ehrenbanner und 1000 Ehrenurkunden zu verleihen. Damit sollen die Leistungen der besten Kollektive der Industrie, des Bauwesens, der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft, des Verkehrs- und Nachrichtenwesens, des Handels, der Kollektive der Einrichtungen aus dem Bereich der Wissenschaft, der Volkbildung, der Kultur und des Gesundheitswesens sowie der Einheiten der bewaffneten Organe der DDR im sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des VIII. Parteitages der SED gewürdigt werden.

Die Werktätigen in der DDR ringen seit Beginn dieses Jahres um die allseitige Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1971. Getreu den Leninschen Grundsätzen zur Führung des sozialistischen Wettbewerbs entwickelt sich ein lebendiges Wettstreben von Betriebskollektiven, Abteilungen, Meisterbereichen und Brigaden mit dem Ziel, klug zu rationalisieren, die Arbeitsproduktivität zu steigern, den Plan termin- und sortimentsgerecht in bester Qualität zu erfüllen und die Kosten zu senken.

Die Verleihung der Ehrenbanner und die Übergabe der Ehrenurkunden erfolgt am Vorabend des VIII. Parteitages der SED.



Genossin Sibylle Schindler –
Delegierte des VIII. Parteitag der SED

Genosse Günter Reichert, Parteisekretär,
und Genosse Norbert Dittmann, Betriebsdirektor,
empfangen aus den Händen des Stellvertretenden
Vorsitzenden des Staatsrates der DDR,
Manfred Gerlach, für das
Betriebskollektiv den Orden „Banner der Arbeit“.

Entwicklung des Sozialismus und bei der Festigung und Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik die hohe staatliche Auszeichnung für den VEB Mikromat Dresden in Empfang. Aus Anlaß dieser hohen Auszeichnung erhielten alle um den Titel kämpfenden sozialistischen Kollektive des Betriebes eine Ehrenurkunde und eine materielle Anerkennung, da es vor allem Verdienst dieser Kollektive war, daß der Betrieb mit dem Orden „Banner der Arbeit“ ausgezeichnet werden konnte.

In diesem harten, aber erfolgreichen Kampf um die Erfüllung der Planaufgaben entwickelten sich im Betrieb viele Arbeiterpersönlichkeiten, die mit ihrer fleißigen Arbeit immer wieder das große Verantwortungsbewußtsein der Arbeiterklasse zum Ausdruck brachten. Einer von vielen ist der Kollege Alfred Stelzig.

Albert Kanig schrieb über ihn in der „Sächsischen Zeitung“: „Für ihn ist es nicht besonders erwähnenswert, daß er jetzt nahezu 20 Jahre in drei Schichten arbeitet und im VEB Mikromat als ein zuverlässiger Qualitätsarbeiter geachtet wird. ‚Wenn ich arbeite, muß etwas Ordentliches herauskommen. Ich fühle mich nicht wohl, wenn ich nicht genau weiß, das, was Du gemacht hast, hat Hand und Fuß.‘ Als der ehemalige Gebrauchswerber 1948 als Umschüler im damaligen VEB Feinstmaschinenbau eine für ihn völlig neue Arbeit aufnahm, war für ihn klar, so wie der Betrieb wächst, wächst Deine Perspektive...“ [602]

Dank der Initiative der gesamten Belegschaft wurde der Plan im Dezember 1971 nunmehr bereits 37 Monate ununterbrochen hintereinander erfüllt. Der Plan der industriellen Warenproduktion wurde mit 100,4 Prozent und der Plan der abgesetzten Warenproduktion mit



100,2 Prozent abgerechnet. Damit waren günstige Voraussetzungen für das Jahr 1972 geschaffen. Am 25. Januar 1972 beschlossen die Vertrauensleute auf ihrer Vollversammlung, nach dem Beispiel der Vertrauensleute des VEB Ernst-Thälmann-Werk, Magdeburg, den sozialistischen Wettbewerb 1972 unter der Losung „Planmäßig produzieren, klug rationalisieren, uns allen zum Nutzen“ weiterzuführen. Im Wettbewerbsbeschluß wurde vor allem auf folgendes orientiert:
verstärkt sowjetische Erfahrungen zu übernehmen,
die Konsumgüterproduktion zu erhöhen,
die Arbeits- und Lebensbedingungen weiter zu verbessern,
die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zur Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu entwickeln,
eine Massenbewegung unter der Losung „Meine Hand für mein Produkt“ ins Leben zu rufen,
die wissenschaftliche Arbeitsorganisation (WAO) durchzusetzen,

sparsam mit Rohstoff, Material und Energie umzugehen,
Exportlieferungen vertragsgerecht zu leisten, vor allem an die Sowjetunion,
den Wettbewerb als Einheit der politischen und ökonomischen Aufgaben zu führen, dazu in den sozialistischen Kollektiven verstärkt den Marxismus-Leninismus zu studieren und den Wettbewerb eng mit den Kultur- und Bildungsplänen zu verbinden,
den Wettbewerb nach den Leninschen Prinzipien der Öffentlichkeit, Vergleichbarkeit und Wiederholbarkeit zu führen. [603]
Die vom VIII. Parteitag der SED beschlossene Hauptaufgabe, die in der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität besteht, [604] stellte völlig neue Aufgaben an die Parteiorganisation der SED und an das gesamte

URKUNDE



Dem sozialistischen Kollektiv

anlässlich der Verleihung des Ordens
„Banner der Arbeit“
für den Betrieb Mikromat Dresden.



BLICHFERT DITTMANN HALPIMANN
Sekretär der BPP Betriebsleiter B.G. Vorsitzender

DRESDEN, 7. OKTOBER 1971

VEB MIKROMAT DRESDEN

Betriebskollektiv. Es galt jetzt, noch stärker als zuvor Umfang und Qualität der gesellschaftlichen Produktion zu steigern. Unter Führung der Parteiorganisation der SED wurde die erste Betriebskonferenz vorbereitet und für den 17. Februar 1972 einberufen. Sie hatte das Ziel, die betrieblichen Reserven zu mobilisieren und für die im Jahre 1973 zu lösenden Aufgaben auszunutzen. Diese bestanden darin, den Plan Wissenschaft und Technik zu verwirklichen, neue Erzeugnisse in die Produktion überzuleiten, die Arbeits- und Produktionsorganisation zur Sicherung einer Kontinuität in der Fertigung zu verbessern und Kapazitätslücken in der Produktionsvorbereitung und in der mechanischen Abteilung zu schließen. Im Mittelpunkt der Beratungen der Konferenz standen Fragen der weiteren Steigerung der Arbeitsproduktivität mit Hilfe des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und die Erhöhung der Qualität. Sie unterschied sich somit qualitativ von allen bisherigen technisch-ökonomischen Konferenzen im Betrieb.

Erneute Anerkennung fanden die Leistungen des Betriebskollektivs auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1972, als das Genauigkeitsbearbeitungszentrum C-BKoZ 1250 mit der Goldmedaille und dem Diplom des Amtes für Material- und Warenprüfung ausgezeichnet wurde.

Große Freude, Zustimmung und Ansporn zu weiteren Leistungen lösten im gesamten Betriebskollektiv die sozialpolitischen Maßnahmen der 5. Tagung des Zentralkomitees der SED aus. Kollege Harald Krellmann, Arbeiter in der Montage, sagte dazu auf einer Vertrauensleutevollversammlung: „Die Kolleginnen und Kollegen der Brigade ‚20. Jahrestag der DDR‘, Spindelstockbau, Jugendbrigade ‚Deutsch-Sowjetische Freundschaft‘ und die Schaber der BL 7 (BKoZ 900) haben mit großer Freude die von der 5. ZK-Tagung der SED beschlossenen sozialpolitischen Maßnahmen zur Kenntnis genommen. Ausgehend von der Überzeugung, daß diese Maßnahmen nicht ein Geschenk sind, sondern durch gemeinsame, intensive Arbeit erwirtschaftet werden müssen, hat sich das Kollektiv bereit erklärt, durch zusätzliche Arbeitsleistungen seinen Beitrag zur ökonomischen Sicherstellung der hierfür geplanten Mittel zu leisten. Wir verpflichten uns, die Rationalisierungsmaßnahmen zur Standfließreihe wirksam durchzusetzen. Wir werden alle unsere Fähigkeiten, unser Wissen einsetzen, um den geplanten Rationalisierungseffekt zu erreichen. ... Das ist unser Beitrag und unsere Antwort auf das 5. Plenum unserer Partei.“ [605]

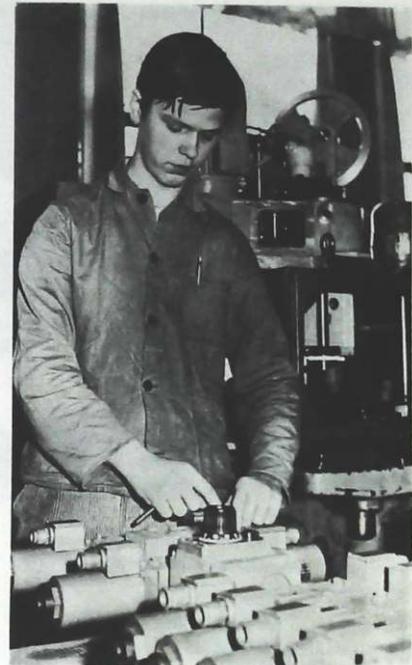
Der junge Genosse Bernd Anders, Dreher in der mechanischen Abteilung, äußerte sich zu diesen Beschlüssen des Zentralkomitees der SED in der „Sächsischen Zeitung“ unter anderem: „Das ist für uns wahrlich ein Grund zur Freude. ... Doch kann man es mit der Freude bewenden lassen? Wir, meine Frau und ich, sagen nein. Haben wir doch in unserem jungen Leben und auch in unserer jungen Ehe schon des öfteren erfahren, daß man nicht mehr zur Verfügung hat, als man durch seiner Hände Arbeit, seinen Fleiß und auch durch seine Gedanken und Ideen bei der Arbeit verdient. Und wenn durch die Partei der Arbeiterklasse angeregt wird, Mieten zu senken, Renten zu erhöhen, Maßnahmen für die weitere

Förderung der Ehe und für Mutter und Kind einzuleiten, dann ist das wie in der Familie, da muß die finanzielle Seite dafür gesichert sein. Für mich ist dabei klar, daß die Partei fest auf uns Arbeiter baut; denn wir bürgen mit unserer Arbeit dafür, daß diese großen finanziellen Mittel bereitgestellt werden können. ... In drei Schichten sorgt unser Kollektiv der Dreherei mit dafür, daß gute und ausreichend Teile zur Verarbeitung zu hochgenauen Koordinatenbohrmaschinen und anderen präzise arbeitenden Werkzeugmaschinen vorhanden sind. Über 80 Prozent unserer Erzeugnisse gehen in den Export, bringen Devisen und notwendige Importwaren. ... Jawohl, wir haben allen Grund zur Freude. Wir, das sind nicht nur die Mitglieder unserer Familie, wir, das sind wir Arbeiter und Werktätigen der DDR. Ich muß an die Worte – was der VIII. Parteitag beschloß, was sein! – erinnern! Es wird sein! Dafür sorgen wir Arbeiter im VEB Mikromat Dresden, dafür sorgen wir Bürger der DDR. Gibt es etwas Schöneres als solch eine Gewißheit, daß wir alles, aber auch alles für uns selbst schaffen? Dafür lohnt es sich, sich täglich aufs neue einzusetzen.“ [606]

Ende Juni 1972 tagte in Berlin der 8. FDGB-Kongreß. Der junge Genosse und Gewerkschafter Manfred Sonntag aus der Montage nahm als Delegierter an diesem Kongreß teil.

Die vom 8. FDGB-Kongreß gefaßten Beschlüsse trugen vor allem dazu bei, daß sich solche wichtigen sowjetischen Erfahrungen und Neuerermethoden wie die Arbeit mit persönlich-schöpferischen Plänen und die „Schulen der sozialistischen Arbeit“ in kurzer Zeit im Betrieb bekannt wurden und sich zur Massenbewegung entwickelten.

Bereits Ende 1972 arbeiteten über 600 Genossen und Kollegen nach persönlich-schöpferischen Plänen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität. Viele Genossen und Kollegen erreichten bei der Verwirklichung ihrer in den persönlich-schöpferischen Plänen gestellten Aufgaben beachtliche Erfolge. So steigerten unter anderem die Genossen und Kollegen Walter Glöckner, Wolfgang Pätzold, Günter Scheffel, Kurt Hering ihre Arbeitsproduktivität um 5 Prozent.



Genosse Manfred Sonntag –
Delegierter des 8. FDGB-Kongresses

Im Juli 1972 rief das sozialistische Kollektiv „Juri Gagarin“ (Vorrichtungsbau) alle um den Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ kämpfenden Kollektive auf, das Studium des Marxismus-Leninismus als ständige Maßnahme der Brigadearbeit in Form der „Schule der sozialistischen Arbeit“ weiterzuführen. Im September 1972 führten 57 sozialistische Kollektive des Hauptwerkes die ersten Gespräche.

Am 6. Juli 1972 wurde der ehemalige BSB Gornig & Severin, Dresden, Malterstraße 37, als neuer Fertigungsabschnitt des VEB Mikromat übernommen. Durch Verkauf seines privaten Anteils an den sozialistischen Staat war dieses BSB bereits am 1. Januar 1972 in einen volkseigenen Betrieb umgewandelt worden. Damit kamen zum bisherigen Produktionsprogramm des VEB Mikromat noch die Ausführung von Generalreparaturen für hydraulische Bügelsäge-



Das sozialistische Kollektiv „Wärmebehandlung“ in der „Schule der sozialistischen Arbeit“

maschinen und die Herstellung von Ersatzteilen für Bügelsägemaschinen in einem Umfang von etwa 500 000 Mark jährlich hinzu. 22 Kolleginnen und Kollegen arbeiten jetzt erstmalig unter sozialistischen Produktionsverhältnissen. Auf einer Parteiaktivtagung am 26. Juni 1972 berieten Genossen der Grundorganisation der SED Maßnahmen, wie durch weitere Verbesserung der Leitungstätigkeit und Erhöhung der Initiative jedes einzelnen Betriebsangehörigen die Schwierigkeiten im zweiten Halbjahr bei der Planerfüllung und bei der Überleitung neuer Erzeugnisse in die Produktion zu bewältigen sind. Auf der zweiten Betriebskonferenz am 20. November 1972, an der der 1. Sekretär der SED-Stadtbezirksleitung Dresden-Süd, Genosse Hartmut Grüneberger, und der Generaldirektor des Werkzeugmaschinenkombinats „Fritz Heckert“, Genosse Rudi Winter, teilnahmen, berieten über 200 Delegierte aus allen Arbeitskollektiven die für 1972 und 1973 zu lösenden Aufgaben. Dabei ging es vor allem darum, als Beitrag zur Vorbereitung des 50. Jahrestages der Gründung der UdSSR die Exportlieferungen in die Sowjetunion in voller Höhe zu leisten und weitere An-

strengungen zur Erhöhung der Konsumgüterproduktion zu unternehmen. Im Jahre 1972 sollten für mindestens 655 000 Mark Konsumgüter einschließlich Zulieferteile produziert werden. Beide Aufgaben wurden am Jahresende übererfüllt.

Die Werktätigen bewiesen ihre Einsatzbereitschaft für die Lösung der vom VIII. Parteitag beschlossenen Hauptaufgabe. Sie leisteten Sondereinsätze am Wochenende, und viele Kollegen aus der Montage waren bereit, für längere Zeit bzw. für ständig in der mechanischen Abteilung in Schichten zu arbeiten, um Kapazitätslücken zu schließen. Wichtige Rationalisierungsmaßnahmen, wie zum Beispiel die Montagefließreihe Spindelstock für die Koordinatenbohrmaschine BKOZ 900 x 1400/1, wurden erfolgreich realisiert.

Konsumgüterproduktion – ein Beitrag zur Erfüllung der Hauptaufgabe des VIII. Parteitages der SED

Wie schon erwähnt, bestand eine der neuen Aufgaben für den VEB Mikromat darin, verstärkt Konsumgüter zu produzieren. Als erstes ging man daran, Wirbellager für Haushaltswaschma-

schinen herzustellen, damit die Reparaturzeiten bei den Dienstleistungsbetrieben der Stadt Dresden verkürzt werden konnten. Außerdem wurden im Betrieb noch Handhebelscheren für Bastler und die Kleinhandwagen „Roll-Fix“ gefertigt. Um das Konsumgüterprogramm zu erfüllen, wurden die Betriebsangehörigen mit Unterstützung des Sekretariats der Stadtleitung der SED von der Parteiorganisation im Betrieb darauf orientiert, Vorschläge zur Erhöhung der Konsumgüterproduktion zu unterbreiten. Das Ergebnis war, daß die Delegierten der zweiten Betriebskonferenz im November 1972 beschließen konnten, daß im Jahre 1972 insgesamt über 655 000 Mark Konsumgüter produziert werden (davon für 355 000 Mark Fertigerzeugnisse und für 300 000 Mark Zulieferteile). Laut Plan sollten für 200 000 Mark Konsumgüter gefertigt werden.

Für das Planjahr 1973 sollten für 1,1 Million Mark Konsumgüter hergestellt werden. Bei den Fertigerzeugnissen bedeutete das vor allem die Herstellung von Lochsägen.

Mit einer solchen Zielstellung knüpfte das Betriebskollektiv an die Erfahrungen und Traditionen in der Konsumgüterproduktion der letzten Jahre an.

Der Kollege Karl-Georg Richter, der lange Jahre die Abteilung Konsumgüterproduktion im Betrieb geleitet hatte, erzählte: „Bereits in den Jahren 1955/56 fertigte der VEB Feinstmaschinenbau Kaffeemühlen ‚Mignon‘ und der VEB Schleifmaschinenwerk Spielzeugdampfmaschinen. Zur Gewinnung von Kapazitäten für den Werkzeugmaschinenbau stellte jedoch der VEB Schleifmaschinenwerk die Herstellung von Spielzeugdampfmaschinen ein, und der VEB Feinstmaschinenbau verlagerte die Produktion seiner Kaffeemühlen in den VEB Spiegelwerke Wildruff.“

Als Ende der fünfziger Jahre das Politbüro der SED erneut die Betriebe aufforderte, verstärkt Konsumgüter zu produzieren, ging man auch in dem neu gebildeten VEB Mikromat wieder daran, die Produktion von Konsumgütern aufzunehmen.

1959 erhielt ich den Auftrag, dafür eine eigene Abteilung im Betrieb aufzubauen und zu leiten.

Die letzten Dampfmaschinensatzteile waren vor einem Jahr verkauft worden, und die Kaffeemühlenproduktion hatte, wie bereits gesagt, der VEB Spiegelwerke Wildruff übernommen, jedoch war das Spiegelwerk nicht in der Lage, den Bedarf zu decken. Deshalb hatte man daran gedacht, daß der VEB Mikromat erneut in diese Produktion mit einsteigt.

Bereits 1958 waren dafür Teile bestellt worden, diese hatte man in einem 16 m² großen Raum eingelagert und dazu noch eine Werkbank mit zwei Schraubstöcken hineingestellt. So fing ich mit einer Kollegin an, die Konsumgüterproduktion im Betrieb wieder neu aufzubauen.

Es gab keine Zeichnungen, nur ein Muster war vorhanden. Es war schon ein Problem, Maschinenbauern klarzumachen, daß man für die Montage von Kaffeemühlen keine Schraubstöcke, sondern Montagetische in der angepaßten Arbeitshöhe benötigte.

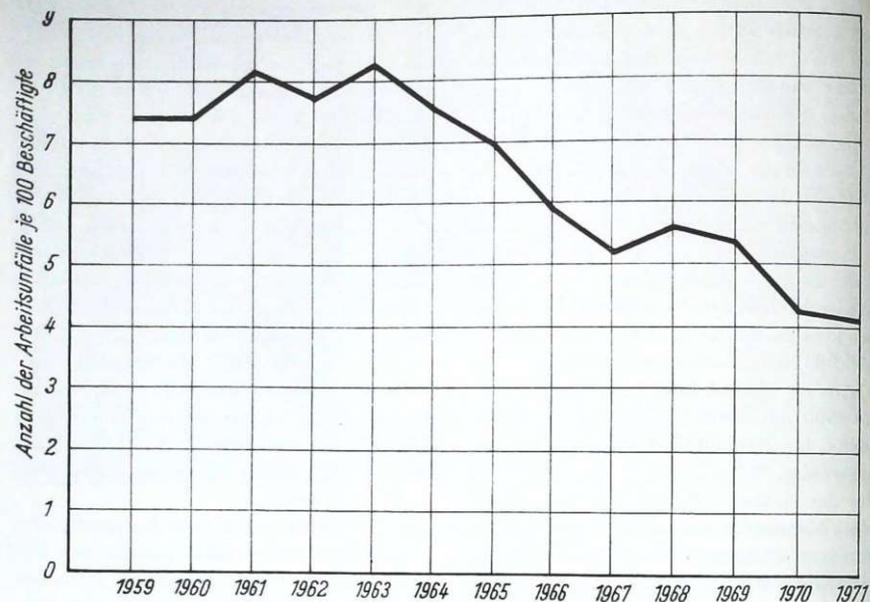
Da die Auslieferung in einer Kunststofftasche vorgenommen werden sollte, mußten dafür Betriebe gesucht, Muster begutachtet, Preise berücksichtigt und Termine abgestimmt werden. Die Produktion von Konsumgütern war wieder Bestandteil der Arbeit in einem Werkzeugmaschinenbaubetrieb geworden.

Als nächstes Erzeugnis wurden Schraubstöcke kleinerer Abmessungen als Konsumgüter produziert.

Auf der Suche nach neuen Erzeugnissen fanden wir eine Türsicherung als Gebrauchsmuster. Für dieses Erzeugnis, das ins Programm aufgenommen wurde, mußte erneut von vorn angefangen werden, Zeichnungen anfertigen zu lassen, einen Namen auszudenken, Prospekte zu entwerfen, Stanzereibetriebe zu suchen usw. Jedenfalls die Türsicherung ‚Sicher-zu‘ war eine Bereicherung in unseren Geschäften.

Wir erfuhren, daß der VEB Trusetal den Bedarf an Rollschuhen nicht decken konnte. Wir übernahmen die Fertigung der Rollschuhe ‚Rhoj‘. Blech, Leder, Ledernieten, Hammer-schlaglack, Gummiteile, Gummirollen, Kugellager, mit jedem Begriff waren Probleme verbunden von der Beschaffung bis zum Versand. All das vollzog sich in einer Werkzeugmaschinenfabrik.

Entwicklung der meldepflichtigen Arbeitsunfälle (1959-1971)



Da war zum Beispiel das Problem mit den Schnürsenkeln. Zunächst mußte das zuständige Versorgungskontor überzeugt werden, daß unsere Rollschuhe mit Schnürsenkeln geliefert werden mußten. Dann wurden wir eingeplant und konnten beim Herstellerbetrieb nur nach Musterkarte bestellen. Aber was macht der Wareneingang einer Werkzeugmaschinenfabrik, wenn ohne Anschreiben ein Stück Pappe mit 24 bunten Schnürsenkelabschnitten eingeht? Er hängt die Pappe an die Wand und amüsiert sich über den Spaß. Jedoch der Leiter der Abteilung Maschinenbedarf wartet vergebens auf die Muster. Angelrollen fehlen, hieß es auf einer Konsumgüterberatung. Wir bauten Angelrollen ‚Jubiläum‘ und ‚Rekord‘. Bei ‚Rekord‘ waren wir der einzige Hersteller und übernahmen den Export nach Dänemark und nach Kuba. Handheberscheren für Bastler stellte in geringer Stückzahl ein Leipziger Handwerker her. Mikromat, könnt ihr helfen? Mikromat konnte und produziert diese Handheberscheren heute noch. Vor mir liegt ein kleiner Karton ‚Goldtreff -

das Visier für Ihren Sportbogen‘, Hersteller VEB Mikromat Dresden. Ein Betrieb, der Sportbogen hergestellt hat, hatte so ein Stück Blech mit einer Skala als Visier anfertigen lassen. Es wurden bessere Visiere gebraucht. Die Scheibe der Bogenschützen ist in der Mitte golden, also erdachten wir den Namen ‚Goldtreff‘. Die Produktionsmenge war nicht so hoch wie die der Rollschuhe und Angelrollen, aber Schrauben, kleinste Nägel, Papiertütchen, Bedienungsanleitungen, alles mußte beschafft werden. Auch Vogelkäfighalter für Wandaufhängung und kleine Schraubstöcke für Baukästen wurden hergestellt.“ [607]

Beim Aufbau einer eigenen Abteilung Konsumgüterproduktion im Betrieb, an dem sich besonders die Kolleginnen und Kollegen des Betriebs teils Schlottwitz beteiligten, waren die in den zurückliegenden Jahren gesammelten Erfahrungen eine wertvolle Hilfe.

Alles für das Wohl der Menschen

In der Verfassung der DDR wird im Artikel 34 festgelegt, daß unter anderem mit Hilfe der planmäßigen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und einer umfassenden Sozialpolitik die Erhaltung der Gesundheit und der Arbeitskraft der Bürger gewährleistet werden. [608]

Unsere Gesetze bestimmen, daß der staatliche Leiter für die Erhaltung der Gesundheit und des Lebens der Werktätigen Verantwortung trägt. Genosse Prof. Albert Norden drückte das so aus: „Nur derjenige ist ein guter sozialistischer Werkleiter oder Kombinatdirektor, für den die Arbeits- und Lebensbedingungen der Belegschaft den gleichen Rangwert haben wie die Erfüllung der anderen Teile des Planes.“ [609]

Nicht alle staatlichen Leiter handeln immer nach diesem Grundsatz. Manchmal rückt die unmittelbar abzurechnende Planaufgabe in den Vordergrund. Dieser Auffassung zu begegnen ist Aufgabe der Arbeitsschutzfunktionäre.

Auf dem Gebiet des Gesundheits- und Arbeitsschutzes sind im VEB Mikromat große Erfolge erreicht worden.

Seit der Bildung des VEB Mikromat Dresden ist die Zahl der Arbeitsunfälle ständig zurückgegangen. Betrug die Unfallquote (bezogen auf jeweils 100 Beschäftigte) 1959 noch 7,41, so lag diese 1971 nur noch bei 4,09. Das bedeutet eine Senkung um fast 45 Prozent.

Anerkennenswerte Arbeit auf dem Gebiet des Gesundheits- und Arbeitsschutzes leisteten vor allem die Genossen Erwin Wagner, Horst Stütznern, Günter Kaden, Wolfgang Wagner, Herbert Lippmann und der Kollege Erich Bonkaß.

Zu den im Betrieb erreichten Ergebnissen trug eine Vielzahl von technischen Maßnahmen bei, die im Laufe der Jahre zu einer besseren Gestaltung der unmittelbaren Arbeitsbedingungen führten und die Arbeitssicherheit erhöhten. So wurden zum Beispiel in fast allen Produktionsbereichen die Lichtverhältnisse verbessert. Beginnend in der Montage Werk I, wurden unter anderem die Schleiferei, die Montage Werk II, das Lager in der Betriebsberufsschule, die Hallen der mechanischen Fertigung und die Tisch-

montage mit neuen Beleuchtungsanlagen ausgerüstet. Die Erweiterung der Großbearbeitung durch den Bau einer neuen Halle in den Jahren 1961 bis 1963 erfolgte unter anderem auch aus arbeitsschutztechnischen Gründen. Nach Erprobung und Einführung der Klebetechnik wurde 1963 ein den arbeitshygienischen Anforderungen gerecht werdender Kleberaum geschaffen. In der Tischlerei wurden 1964 und 1968 grundlegende Veränderungen mit dem Bau einer Absauganlage und mit Lärmschutzmaßnahmen erreicht. Die Härtereierhielt 1965 eigene Sozialrichtungen, wie einen Frühstücks- und Aufenthaltsraum sowie Duschanlagen. 1967 wurden umfassende Maßnahmen zur weiteren Erhöhung der Arbeitssicherheit eingeleitet. Im Verlauf der sozialistischen Rationalisierung wird eine moderne und neue Härtereianlage mit wesentlich verbesserten Arbeits- und Lebensbedingungen für die darin beschäftigten Werktätigen mit einem Kostenaufwand von 6,2 Millionen Mark verwirklicht. Obwohl in der Gußputzerei und in der Strahlerei heute noch kein befriedigender Zustand herrscht, wurden auch dort ständig Veränderungen vorgenommen, wie die Verbesserung der Absauganlage und der Beleuchtung und die Schaffung eines Frühstücksraumes. Das Werk II und die Betriebsberufsschule erhielten neue Speisesäle. 1966 wurde in der Betriebsberufsschule die ehemalige Garage in eine Turnhalle umgebaut. 1970/71 erneuerte man im Betriebsteil Berggießhübel den Maschinenpark der Lehrabteilung, besonders ist auf viele Veränderungen im Transportwesen hinzuweisen; zum Beispiel wurden moderne Transportmittel beschafft, und eine größere Zahl von Kränen und Kleinhebezeugen wurde eingesetzt.

Hervorzuheben sind auch die vielen grundsätzlichen Veränderungen im Betriebsteil Schlottwitz, nachdem dieser ehemalige halbstaatliche Betrieb Betriebsteil des VEB Mikromat unter Leitung des Genossen Eberhard Mauersberger wurde.

Am deutlichsten werden die Anstrengungen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen sichtbar, die im Betrieb als untrennbarer Bestandteil der sozialistischen Rationalisierung vorgenommen wurden, zum Beispiel im Bereich

der Fließmontage der Einständerkoordinatenbohrmaschinen im Werk II unter Leitung des Genossen Rolf Behnisch.

Eine gute Arbeit wurde auch in der Betriebsberufsschule Radebeul geleistet. Damit wurde die Forderung unserer Regierung zum besonderen Schutz werktätiger Jugendlicher erfüllt. In den vergangenen Jahren nahm man grundsätzliche Veränderungen in der mechanischen Abteilung vor, erweiterte die Fertigungsflächen, installierte neue Beleuchtungsanlagen, setzte neue und sicherheitstechnisch einwandfreie Arbeitsmittel ein, ersetzte die alten Stahlrahmenfenster durch großflächige, lichte Fenster, gestaltete die Montage neu, baute eine neue Farbspritzerei, gestaltete das Lager um, richtete die Werkzeugschleiferei modern ein und veränderte den Speisesaal vollständig. Das polytechnische Kabinett richtete man so ein, daß die Schüler an der Ausbildung Freude haben und gefahrlos lernen können.

Eine vorbildliche Arbeit in bezug auf die Gesunderhaltung der Schüler und Jugendlichen leisteten die Genossen Heinz Jäckel, Nils Fischer, Albert Kohl, Fritz Thomas und der Kollege Bernhard Geißler.

Ein Schwerpunkt auf dem Gebiet des Gesundheits- und Arbeitsschutzes und des Brandschutzes ist seit Jahren die Schutzgüte. Im Jahre 1963 begann der Betrieb die vom Staat gestellte Forderung nach Schutzgüte zu verwirklichen.

Die eigenen Erzeugnisse werden systematisch untersucht und Mängel der Arbeits- und Brandsicherheit herausgearbeitet. Im Laufe der letzten zehn Jahre ist es gelungen, die Erzeugnisse so zu gestalten, daß diese in der Formgebung, der Gewährleistung arbeitsschutz- und brandschutztechnischer sowie arbeitshygienischer Bedingungen, der sinnvollen Anordnung von Bedienelementen einschließlich der Ausrüstung mit Not-schaltern usw. beispielgebend geworden sind. Im Gegensatz zu Erzeugnissen des kapitalistischen Auslands, bei denen in erster Linie die technischen Parameter der Leistung für die Produktionsmittel ausschlaggebend sind, wurden bei den Erzeugnissen des VEB Mikromat auch die Erfordernisse des Gesundheits- und Arbeitsschutzes Kriterien bei der Erteilung eines Prüfzeichens.

Jeder Konstrukteur ist auch um höchste Arbeitssicherheit bemüht. Eine vorbildliche Arbeit leisteten neben anderen solche Konstrukteure wie die Genossen Rudi Helm und Georg Lottmann sowie der Kollege Manfred Schubert, die eng mit den Produktionsarbeitern, wie zum Beispiel mit dem Genossen Wild und den Kollegen Stimpel, Schubert und Tutschky, zusammenarbeiten.

Auch die Schutzgüte am betriebseigenen Maschinenpark, zum Beispiel bei den älteren Typen, wird nicht vernachlässigt. Unter komplizierten Bedingungen werden im laufenden Produktionsprozeß diese Arbeitsmittel überprüft, und es werden notwendige Veränderungen vorgenommen. Dabei sind die hohe Einsatzbereitschaft der Kollegen der Hauptmechanik und die aktive Mitarbeit der Genossen Klaus Hoffmann, Wolfgang Wagner, Herbert Lippmann und des Kollegen Erich Bonkaß zu erwähnen, die in der Schutzgütekommision eine hervorragende Arbeit leisten.

Mit den sich im Betrieb gegenwärtig vollziehenden umfangreichen sozialistischen Rationalisierungsmaßnahmen, in deren Ergebnis viele neue und moderne Arbeitsplätze in der Produktion und Verwaltung entstehen, werden sich auch im Betrieb für viele Arbeiter, Angestellte und Angehörige der Intelligenz die Arbeits- und Lebensbedingungen grundlegend verbessern.

Gute Ergebnisse wurden auch auf dem Gebiet der Arbeiterversorgung erreicht. 1967 wurde für die Umgestaltung des Speiseraumes im Werk II eine Summe von 150 000 Mark ausgegeben. In den beiden vorhandenen Küchen im Werk I und Werk II des Hauptwerkes werden jährlich etwa 180 000 bis 190 000 Portionen Essen gekocht. Der Küchenzuschuß beträgt jährlich etwa 200 000 Mark aus dem Kultur- und Sozialfonds, hinzu kommen Betreuungskosten von jährlich 400 000 Mark und der Gewinn aus der Kantine von jährlich etwa 50 000 Mark. Somit erhält die Küche einen jährlichen Gesamtzuschuß von 650 000 Mark. Seit 1959 wurde ein Betrag von rund 2,2 Millionen Mark aus betrieblichen Mitteln für die Küche aufgewandt. Von unserem Staat wurde ein Zuschuß in Höhe von 0,25 Mark je Portion gewährt, so daß noch eine weitere



Abschluß des Rohbaus des Sozialgebäudes mit Küche, Speise- und Kultursaal und Garderobe

halbe Million Mark jährlich hinzukam. Ähnliche Zuschüsse erhalten die Betriebsküchen in den Betriebsteilen Berggießhübel und Schlottwitz und in der Betriebsberufsschule.

Für kostenlose Getränke bezahlt der Betrieb jährlich 5 000 Mark, das sind seit der Bildung des VEB Mikromat etwa 70 000 Mark.

Eine spürbare Verbesserung der Arbeiterversorgung wird mit der Inbetriebnahme des neuen Sozialgebäudes einschließlich einer neuen Küche und zwei neuer Speisesäle erreicht werden. Von dieser modern eingerichteten Küche werden täglich bis zu 2000 Portionen Essen verabreicht, und das gesamte Angebot wird wesentlich verbessert und erhöht werden.

Zur Unterstützung der werktätigen Mütter beteiligte sich der Betrieb am Bau von Kindergartenplätzen. Seit 1965 stehen dem Betrieb im Kindergarten des VEB Elektromat Dresden 25 Plätze zur Verfügung, wofür er 80 000 Mark ausgab. Am 2. Juni 1969 konnte der betriebseigene Kindergarten seiner Bestimmung übergeben werden. Für diesen Bau hat der Betrieb 450 000 Mark zur Verfügung gestellt.

Zusätzlich zu den 250 jährlichen Ferienplätzen des FDGB besitzt der Betrieb ein eigenes Betriebsferienheim mit 16 Plätzen. Jährlich werden 13 Durchgänge zu je 6 Tagen im Winter und 13 Durchgänge zu je 12 Tagen im Sommer belegt. 1969 wurden Campingwagen angeschafft, dadurch stehen zusätzliche Ferienplätze zur Verfügung. Drei Campingwagen werden jährlich an der Ostsee in Karlshagen aufgestellt, und drei Campingwagen beherbergen Urlauber des Be-

triebes in Ferch am Schwielochsee. Für Campingfreunde stehen 10 Zelte auf dem Zeltplatz in Prerow an der Ostsee bereit. Damit hat der Betrieb die Möglichkeit geschaffen, daß zusätzlich zu den FDGB-Urlaubsplätzen jährlich etwa 800 Personen in den betrieblichen Ferieneinrichtungen Erholung und Entspannung finden. Viel hat der Betrieb auch für die Betreuung der Kinder der Belegschaftsangehörigen getan. Mit der Polytechnischen Oberschule in Neschwitz bestand ein langfristiger Vertrag über die Nutzung des Schulgebäudes für das Kinderferienlager. Durch den Tausch des Kinderferienlagers mit denen anderer Betriebe lernten die Kinder bereits viele Gegenden der DDR kennen; so waren sie zum Beispiel in Geising, in Schönheide, in Gelenau, in Königstein, in Greiz und in Oldisleben am Kyffhäuser.

Für die größeren Kinder wurden in mehreren Jahren Großwanderungen organisiert. Wanderziele waren zum Beispiel die Oberlausitz, das Ost- und Westergebirge, die Mecklenburgische Seenplatte, die Saaletalsperren und das Vogtland. 1967, 1968, 1971 und 1972 befand sich eine Gruppe im Touristenlager des befreundeten Betriebes Kovosvit in der Nähe von Tabor in der ČSSR.

Seit 1962 sind jährlich 20 Kinder aus Frankreich und seit 1967 jährlich 10 Kinder aus der ČSSR im Kinderferienlager des Betriebes.

Gegenwärtig wird ein betriebseigenes Kinderferienlager in Bienhof im Osterzgebirge ausgebaut, in dem bereits 1971 das erste Kinderferienlager eingerichtet worden war. Nach endgültiger Fertigstellung wird dieses Ferienheim auch von der Belegschaft außerhalb der Kinderferienzeit als Urlauber- und Schulungsheim genutzt werden.



Blick in den Campingwagen in Karlshagen, Ostsee



Kinderferienlager in Bienenhof, Osterzgebirge

Neben der Unterstützung, die der Betrieb seit Jahren der AWG gewährt, erhalten erstmalig in Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED 20 Betriebsangehörige die Möglichkeit zum Bau eines Eigenheimes.

Auch in Zukunft wird der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von der Parteiorganisation der SED, der Gewerkschaft und den staatlichen Leitern größte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Das zeigt ein im Dezember 1972 der Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED vorgelegtes komplexes Programm zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen.

An der Seite der Genossen

Der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, der Genosse Erich Honecker, sagte in seiner Rede auf der Zentralen Funktionärskonferenz der Freien Deutschen Jugend am 20. Oktober 1972 unter anderem: „Seit ihrer Gründung steht die Freie Deutsche Jugend fest an der Seite der

Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei. Sie betrachtet es stets als ihr höchstes Anliegen, die Jugend für den Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung zu gewinnen und für jene Aufgaben zu begeistern, die für das gesellschaftliche Voranschreiten besonderes Gewicht haben.“ [610]

Genosse Roland Nacke, FDJ-Sekretär im VEB Mikromat, war Teilnehmer an dieser Zentralen Funktionärskonferenz, die in Vorbereitung der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1973 in Berlin stattfand. Er kam mit vielen Anregungen zurück, die dazu beitrugen, daß die FDJler in der eigenen Grundorganisation aktiv an der Vorbereitung der X. Weltfestspiele teilnehmen.

Als sich die FDJ-Grundorganisation auf die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten vorbereitete, erinnerten sich manche Älteren an die III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten, die 1951 in Berlin stattgefunden haben. Teilnehmer der III. Weltfestspiele waren unter anderem die Genossen und Kollegen Günter Kaden, Gerhard Nicolai, Wolfgang Kühn,

Lothar Dubrau, Günter Reichert, Horst Paschke, Helmut Wend, Heinz Straube, Annelies Richter, Renate Schirmer, Joachim Schirmer, Werner Lorenz, Gerhard Güntzel, Rolf Spitzer, Marianne Creutzburg, Katharina Förster, Günter Otto, Margarete Fischer, Gerhard Pfeiffer, Fritz Winkler, Horst Waurig, Alfred Pelzer, Rolf Behnisch, Heinz Koch, Erich Szabo, Werner Ulbrich, Fritz Keßler, Helmut Wachsmut, Werner Hofmann, Elli Walter, Herbert Bomsdorf.

Sie kämpfen heute noch im Betrieb aktiv für die Sache des Sozialismus.

Die Aufgabe der FDJ bei den III. Weltfestspielen bestand vor allem darin, die friedliebende Welt davon zu überzeugen, daß die junge Generation des damals noch nicht einmal zwei Jahre alten Staates nicht im Eroberungskrieg und nicht in der Unterdrückung anderer Völker den Sinn des Lebens und das Glück der Zukunft erblickt, sondern im friedlichen Aufbau, im edlen, kulturellen und sportlichen Wettstreit und in der Überwindung aller nationalen Vorurteile.

1973 kam die ausländische Jugend zu Freunden, die durch ihre Taten längst bewiesen haben, daß Internationalismus, Völkerfreundschaft und Frieden bei ihnen in guten Händen liegen. Der Jugend der DDR hat der Gedanke, zu einer weltweiten Gemeinschaft zu gehören, die gleicher Sinn und gleicher Mut vereint, stets Auftrieb und Kraft verliehen und war immer Ansporn, für den Aufbau des Sozialismus und die Erhaltung des Friedens Großes zu vollbringen. [611]

Es wird der FDJ-Grundorganisation selbst vorbehalten bleiben, ihre Geschichte im Betrieb, ihre Traditionen, Erfahrungen und ihre Entwicklung zu erforschen und daraus Lehren für ihren weiteren Kampf zu ziehen. Im Rahmen dieser Betriebsgeschichte soll nur an einigen Beispielen charakterisiert werden, daß die FDJler des Betriebes immer bemüht waren, gemeinsam mit den Genossen der Grundorganisation der SED nach höchsten Leistungen und Ergebnissen bei der Erfüllung der betrieblichen Aufgaben zu streben.

Bei den verschiedensten Gelegenheiten bewiesen die FDJler der Grundorganisation hohe per-

sönliche Einsatzbereitschaft. So bereiteten sich die FDJ-Mitglieder mit der Ausarbeitung eines „persönlichen Kompasses“ auf das Pfingsttreffen der FDJ 1961 in Dresden vor.

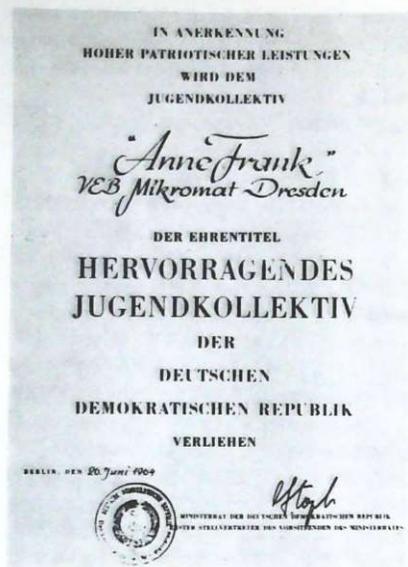
Mit der Aktion „Optimum 65/70“ wurde eine breite Initiative zur Vorbereitung des 15. Jahrestages der Gründung der DDR entfaltet, um die Jugendlichen in die Bewegung „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben“ einzubeziehen. Sieger in diesem Wettbewerb war die Jugendbrigade „Anne Frank“ aus der Revolverdreherei, die aufgrund ihrer hervorragenden Ergebnisse in der politischen und ökonomischen Arbeit anläßlich der Woche der Jugend und Sportler 1964 als „Hervorragendes Jugendkollektiv der DDR“ ausgezeichnet wurde. Ebenfalls für ihre guten Ergebnisse in der Aktion „Optimum 65/70“ wurde die Jugendbrigade „Otto Buchwitz“ mit der Artur-Becker-Medaille ausgezeichnet.

In Vorbereitung auf den 20. Jahrestag der DDR und das „Treffen junger Sozialisten“ im Oktober 1969 in Berlin hat die FDJ-Grundorganisation an der Aktion „Kurs 80/20“ teilgenommen. [612]

Zu Ehren des 100. Geburtstages von W. I. Lenin kämpfte die Grundorganisation der FDJ im Leninaufgebot der Freien Deutschen Jugend und stellte sich dabei die Aufgabe, die Werke Lenins in den FDJ-Gruppen zu studieren.

Als Sieger im Leninaufgebot erhielt die FDJ-Grundorganisation des VEB Mikromat das „Leninbanner“ und eine Urkunde als beste Grundorganisation im Stadtbezirk Dresden-Süd. [613] Trotz guter Arbeit der FDJ-Grundorganisation konnten die Erfolge der ersten drei Jugendbrigaden im Betrieb bisher noch nicht wieder erreicht werden. Anfang der sechziger Jahre nahmen die Jugendbrigaden „Anne Frank“ aus der Revolverdreherei, „Otto Buchwitz“ aus der mechanischen Abteilung und „Werner Seelenbinder“ aus der mechanischen Abteilung immer wieder führende Plätze im Kampf der sozialistischen Kollektive ein.

Zu einem erlebnisreichen Höhepunkt im Jugendlernen des Betriebes gestalteten sich die jährlichen Jugendtreffen. Erstmals fand auf Empfehlung der Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED das erste Jugendtreffen am 27.



Mitglieder des Jugendkollektivs „Otto Buchwitz“ nach seiner Gründung zu Besuch bei Genossen Otto Buchwitz

Die Teilnehmer der Grundorganisation der FDJ am Treffen Junger Sozialisten 1969 in Berlin

und 28. September 1969 an der traditionsreichen Stätte der revolutionären Arbeiterjugend in der Sächsischen Schweiz in der Jugendherberge „Hans Dankner“ am Zirkelstein statt. Höhepunkt dieses Jugendtreffens war die Verabschiedung der Teilnehmer am „Treffen junger Sozialisten“ in Berlin. Nach diesem ersten Jugendtreffen hatte die Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED der FDJ-Leitung und dem Betriebsdirektor vorgeschlagen, diese Jugendtreffen jährlich zu veranstalten. Das zweite Jugendtreffen fand am 10. Oktober 1970, verbunden mit einer Dampferfahrt nach Scharfenberg an der Elbe, statt. Ort des dritten Jugendtreffens am 24. September 1971 war die Jugendburg „Ernst Thälmann“ in Hohenstein. Mit dem vierten Jugendtreffen am 14. Oktober 1972 an der Jugendherberge „Hans Dankner“ am Zirkelstein war eine Wanderung verbunden. Zum Kampfpappell konnte der Grundorganisation der FDJ für ihre vorbildlichen Leistungen das Ehrenbanner des FDJ-Zentralrates verliehen werden. Im Jahre 1971 hatte, nachdem der im Oktober 1968 übergebene Verbandsauftrag der Grundorganisation der FDJ erfüllt worden war,

die Grundorganisation den verpflichtenden Namen des ersten Arbeiterpräsidenten der DDR „Wilhelm Pieck“ erhalten. Anlässlich des 6. Parlaments der FDJ im Jahre 1960 in Rostock nahmen die Jugendfreunde Monika Börngen, Walter Franke, Gudrun Günther, Helmut Busch, Klaus Schubert, Roland Hübner und Günter Urbanek am „Fest der Jugend“ teil. Vor dem Deutschlandtreffen der Jugend in Berlin vom 16. bis 18. Mai 1964 wurde unter Leitung des Parteisekretärs im Betrieb ein Komitee gebildet, um zu erreichen, daß die gesamte Belegschaft an der Vorbereitung des Treffens teilnimmt. Der Jugendfreund Rolf Ackermann, der zur Delegation der Grundorganisation der FDJ gehörte, sagte nach dem Deutschlandtreffen: „Die Leidenschaftlichkeit und Sachlichkeit, die Konsequenz, mit der wir mit den westdeutschen Freunden die Grundfragen des Kampfes um den Frieden und die Normalisierung der Verhältnisse zwischen beiden deutschen Staaten in den Mittelpunkt rückten, war immer wieder beeindruckend.“ [614] Jugendfreund Jürgen Reißmann war Delegier-



ter des 8. Parlaments der FDJ 1967 in Karl-Marx-Stadt. Eine starke Delegation nahm am „Treffen junger Sozialisten“ 1969 in Berlin teil. Zu einem Höhepunkt wurde für die FDJler des Betriebes das „Deutsch-Sowjetische Jugendfestival“ 1970 in Dresden. Herzliche Begegnungen zwischen Komsomolzen und FDJlern festigten die Freundschaft zwischen beiden Jugendverbänden. Jugendfreundin Monika Neumann, Teilnehmerin an einem der vielen Freundschaftstreffen, berichtete von der herzlichen Atmosphäre und von den Erfahrungsaustauschen über die Arbeit beider Jugendverbände beim Kampf um die Erfüllung der ökonomischen Aufgaben, bei der Organisation der Arbeit des Komsomol und der FDJ und vom einheitlichen Streben der Jugend beider Länder im Kampf um die Sicherung des Friedens. [615] Eine besondere Aufgabe der Grundorganisation der FDJ bestand und besteht darin, durch das Studium des Marxismus-Leninismus im FDJ-Schuljahr in die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung einzudringen, um sich auf künftige Aufgaben bei der Leitung des Staates und der Wirtschaft vorzubereiten. Neben den monatlichen Zirkeln im FDJ-Schuljahr ist

die seit 1971 bestehende „Schule des Gruppenfunktionärs“ eine weitere Form der marxistisch-leninistischen Qualifizierung der Jugendlichen. Mit der Bildung der Agitationsgruppe trägt die FDJ-Grundorganisation aktiv zur Verwirklichung des Beschlusses des Politbüros des ZK der SED über die weiteren Aufgaben der Agitation und Propaganda bei. Die FDJler leisteten einen großen Beitrag zur Entwicklung der Jugendneuererbewegung und der Bewegung der Messe der Meister von morgen (MMM). Im Jahre 1963 wurde der FDJ das erste Jugendobjekt „Bau einer Zwillingdrehmaschine“ übertragen. Seit dieser Zeit helfen jährlich viele Jugendfreunde, durch ihre Arbeit an Jugendobjekten nicht nur die ökonomischen Aufgaben des Betriebes zu lösen, sondern entwickeln sich dabei selbst zu sozialistischen Persönlichkeiten. Im untrennbaren Zusammenhang mit den Jugendobjekten steht die MMM-Bewegung, die das Ziel hat, den Jugendlichen in ihrem schöpferischen Drang zum Knobeln und Erfinden ein sinnvolles Ziel zu geben. Im November 1963 war zum erstenmal ein Exponat des Betriebes, ein von Lehrlingen der Be-

triebsberufsschule entwickeltes und gebautes Abriechtgerät, auf der Zentralen MMM vertreten. [616] 1966 gelang es den Jugendlichen mit Hilfe der Parteiorganisation der SED zum erstenmal, die zentrale Messe durch die Betriebs-MMM vorzubereiten. Seitdem wird die Betriebs-MMM jährlich veranstaltet. [617]

Die guten Ergebnisse in der Berufsausbildung machten es möglich, 1968 der Betriebsberufsschule die Produktion und Weiterentwicklung der Flachsleifmaschine SFW 200 x 600 als Jugendobjekt zu übertragen.

1970 erhielt das Kollektiv des Jugendobjekts „Numerisch gesteuerte Einständerkoordinatenbohrmaschine BKoE 630 x 1000 NC 2“, das unter Leitung des jungen Ingenieurs Volkmar Lippert arbeitete, mehrfache Auszeichnungen. Das waren: der Ehrenpreis des Bundesvorstandes des FDGB auf der Zentralen MMM in Leipzig; die Medaille für hervorragende Leistungen in der Bewegung der MMM auf der Zentralen MMM in Leipzig; die Artur-Becker-Medaille in Silber auf der Bezirks-MMM; die Artur-Becker-Medaille in Bronze auf der Stadt-MMM.

1972 waren der FDJ folgende Jugendobjekte übertragen worden, die zum Teil schon mit Erfolg abgeschlossen worden sind bzw. an deren Realisierung noch gearbeitet wird: NC-Simulator, EDV-System Neuererwesen, EDV-System Materialwirtschaft, Werkzeugvoreinstellgerät, Jugendobjekt Kontenrahmen, Prüfstände, Weiterentwicklung der SFW.

Immer besser versteht es die Grundorganisation der FDJ, die kulturellen und sportlichen Interessen zu fördern und zu entwickeln.

Die aktive Teilnahme an den jährlichen Betriebs-, Kultur- und Sportfesten ist bereits zur Selbstverständlichkeit geworden.

Mit regelmäßigen Kulturveranstaltungen, wie zum Beispiel „Heute Jugendmagazin“, wird immer stärker den kulturellen Interessen der Jugend entsprochen.

Unter der Leitung der FDJ-Sekretäre Sigurd Weinmann und Roland Nacke festigte sich in den letzten Jahren die Grundorganisation der FDJ. 90 Prozent der Jugendlichen des Betriebes sind heute Mitglied der FDJ-Grundorganisation und kämpfen damit an der Seite der Ge-

nossen um die Verwirklichung der betrieblichen Aufgaben.

Mit der Organisation eines Subbotniks im April 1972, an dem sich viele Betriebsangehörige beteiligten, wurden 22 000 Mark erarbeitet und für die Finanzierung der X. Weltfestspiele zur Verfügung gestellt.

Für hervorragende Ergebnisse beim Kampf zur Erfüllung der Parteibeschlüsse wurde die FDJ-Grundorganisation 1971 mit der Ehrenurkunde des Zentralrates der FDJ für „Würdige Initiativen in Vorbereitung des VIII. Parteitages der SED“ ausgezeichnet und 1972 mit der Ehrenurkunde des Zentralrates der FDJ für gute Ergebnisse in der Aktion „Meine Tat für die Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED“.

Unter Führung der Parteiorganisation der SED im VEB Mikromat wird die Hauptaufgabe des VIII. Parteitages der SED verwirklicht

Am Vorabend des VIII. Parteitages der SED warteten die Delegierten der Grundorganisation der SED des Betriebes, Günter Reichert, Norbert Dittmann, Manfred Hauptmann und Arno Schimang, mit vielen anderen aus der gesamten Republik im Festsaal des Zentralkomitees der SED mit großer Spannung auf das Politbüro des Zentralkomitees der SED. Mit brausendem Beifall wurden die Mitglieder des Politbüros unter der Leitung des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der SED, Genossen Erich Honecker, von allen Anwesenden stürmisch begrüßt. Es begann die Feierstunde, in der die 120 Ehrenbanner des Zentralkomitees der SED an die Kollektive, die die besten Ergebnisse im sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des VIII. Parteitages der SED erreicht hatten, überreicht wurden.

Der Parteisekretär des Betriebes, Genosse Günter Reichert, empfing aus den Händen des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der SED, Genossen Erich Honecker, das Ehrenbanner als Anerkennung für langjährige erfolgreiche Arbeit der Parteiorganisation der SED des VEB Mikromat und des gesamten Betriebskollektivs. Genosse Reichert versicherte im Namen aller Genossen



Jugendfreund Volkmar Lippert am Jugendobjekt „Numerisch gesteuerte Einständerkoordinatenbohrmaschine BKoE 630 x 1000 NC 2“

und Belegschaftsangehörigen, daß diese Auszeichnung Verpflichtung sein wird, auch weiterhin unermüdlich für den Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und für die Erhaltung des Friedens zu wirken.

Mit der Verleihung des Ehrenbanners des Zentralkomitees der SED und mit der im Oktober 1971 erfolgten Auszeichnung des Betriebes mit dem Orden „Banner der Arbeit“ wurden die hervorragenden Leistungen des gesamten Betriebskollektivs gewürdigt. Diese konnten nur erreicht werden, weil es die Parteiorganisation der SED des Betriebes verstanden hat, gemeinsam mit allen Betriebsangehörigen die politisch-ideologischen und technisch-ökonomischen Aufgaben zu meistern.

Die Geschichte des Betriebes nach 1945 zeigt, daß die Genossen es verstanden haben, die Betriebsangehörigen zur Erfüllung und Übererfü-

lung der gestellten Ziele zu mobilisieren. Sie verloren auch nie den Mut, wenn Schwierigkeiten auftraten, und verstanden es, Initiativen zu wecken, um die Schwierigkeiten und Rückstände zu überwinden.

Die Parteiorganisation der SED ging dabei von der Erkenntnis Lenins aus, daß in dem Maße, wie sich das geschichtliche Schöpferturn der Menschen erweitert und vertieft, auch der Umfang der Bevölkerungsmassen wächst, die bewußt Geschichte machen. [618] Immer besser verstanden es die Genossen, durch ihre politisch-ideologische Arbeit die Betriebsangehörigen in die Leitung und Planung des Betriebes einzubeziehen und damit weitere Bereitschaft zur schöpferischen, gesellschaftlichen Mitarbeit zu entwickeln.

Heute geht es bei der Realisierung der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED darum, unter Führung der Parteiorganisation alle gesellschaftlichen Kräfte zu koordinieren und sie noch besser und effektiver zur Lösung der vom VIII. Parteitag beschlossenen Hauptaufgabe einzusetzen.

Auch in den zurückliegenden Jahren war es immer wieder notwendig, unter Führung der Parteiorganisation der SED alle gesellschaftlichen Kräfte des Betriebes für die Lösung wichtiger Aufgaben zu nutzen. Das war zum Beispiel so bei der Bildung eines gemeinsamen Betriebes aus dem VEB Feinstmaschinenbau und dem VEB Schleifmaschinenwerk. Vor den beiden Parteiorganisationen stand die Aufgabe, die Belegschaften auf die Bildung dieses neuen Betriebes vorzubereiten.

Dabei trat eine Reihe von Schwierigkeiten auf. So waren Genossen des VEB Schleifmaschinenwerk der Auffassung, daß es bei der Betriebszusammenlegung darum ginge, daß der Größere den Kleineren „schluckt“. Um solchen und anderen Auffassungen entgegenzuwirken, wurde eine einheitliche Parteileitung der Grundorganisation der SED gebildet, die ab 1. Januar 1959 bestand. Ihr gehörten sieben Genossen beider ehemaliger Grundorganisationen der SED und der neue Werkdirektor an. In dieser Parteileitung waren der Parteisekretär, Genosse Siegfried Nacke, und die Mitglieder Margarete Koch.



SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Betriebkollektiv
des VEB Mikromat Dresden

Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Liebe Genossinnen und Genossen!

Das Sekretariat der Bezirksleitung Dresden der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beglückwünscht Euch auf das herzlichste zur Auszeichnung mit dem Ehrenabzeichen des Zentralkomitees der SED im sozialistischen Wettbewerb zur Ehren des VIII. Parteitag.

Unter Führung der Parteiorganisation haben die sozialistischen Kollektive der Arbeiter, der Angehörigen der Intelligenz, der Jugend sowie die Steuerzahler Eures Betriebes hervorragende Ergebnisse im sozialistischen Massenwettbewerb zur weiteren allseitigen Stärkung unserer Deutschen Demokratischen Republik vollbracht.

Bei der allseitigen Erfüllung der Ziele des Volkswirtschaftsplanes zeichnet sich Euer Kollektiv besonders durch Schrittmacherleistungen in der Qualitätsarbeit und im Kampf um die Durchsetzung der sozialistischen Rationalisierung mit hoher Effektivität aus.

Die Übernahme und Realisierung höherer Zielstellungen im Export gegenüber der Sowjetunion zeigt die große Bereitschaft und den Willen aller Werktätigen des Betriebes, durch sozialistische Taten die deutsch-sowjetische Freundschaft, die uns Herzenssache ist, weiter zu vertiefen.

Wir werten als eine wesentliche Grundlage Eurer Erfolge die schöpferische Arbeit der Kollektive in der Bewegung "sozialistisch arbeiten, lernen und leben".

Wir verbinden unsere Glückwünsche mit dem Dank an alle Werktätigen für die geleistete vorbildliche Arbeit und die gezeigte hohe Einsatzbereitschaft.

Gestützt auf die Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED - denen sind wir gewiß - werden Eure sozialistischen Kollektive alle Kräfte im sozialistischen Wettbewerb auf die Hauptaufgaben richten, die im Fünfjahresplan 1971 bis 1975 für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR zu lösen sind.

Dabei wünschen wir allen Arbeiterinnen und Arbeitern, Angehörigen der Intelligenz und Angestellten des Betriebes viele Erfolge und neue hervorragende Ergebnisse für unsere gemeinsame sozialistische Sache.

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Bezirksleitung Dresden

[Handwritten signature]

1. Sekretär



Delegierte des Pionierattretreffens
1972 in Dresden zur Exkursion im Betrieb

Herbert Liebscher, Johannes Giustina, Eberhard Eißrich, Rudi Schierz, Rudi Roch, Willi Jehmlich, Gerhard Nicolai, Erich Preißler, Karl Hofmann, Fritz Mann, Friedrich Zühlke, Felix Klein und Günter Imhof.

Zur ersten gemeinsamen Berichtswahlversammlung am 11. April 1959 wurden folgende Genossen in die Parteileitung gewählt: Parteisekretär Genosse Siegfried Nacke und die Mitglieder Felix Klein, Werner Protze, Gerhard Nicolai, Karl Hofmann, Erich Preißler, Herbert Urban, Rudi Roch, Johannes Giustina, Helga Esche und Rudi Schierz. Entsprechend der Größe der Parteiorganisation wurden drei Abteilungsparteiorganisationen gebildet, als APO-Sekretäre wurden die Genossen Herbert Liebscher, Herbert Kuhne und Fritz Heidrich gewählt.

Um die neuen Aufgaben noch besser mit allen Betriebsangehörigen beraten und ihre Meinungen und Hinweise bei der Festlegung der Aufgaben beachten zu können, wurden erstmalig mit den Parteiwahlen 1960 Thesen für den Rechenschaftsbericht der Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED in der Betriebszeitung veröffentlicht und zur Diskussion gestellt. [619]

Im August 1961 wurde der einige Jahre im Betrieb als Parteisekretär tätige Genosse Siegfried Nacke zum Studium verabschiedet und der Genosse Günter Reichert als Parteisekretär der Grundorganisation der SED gewählt.

Nach der Sicherung der Staatsgrenze beriet die Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED über die sich daraus für die Parteiorganisation ergebenden Aufgaben und beschloß die „Konzeption zur Entwicklung des Produktionsaufgebotes im Betrieb“. Ausgehend von einer gründlichen Einschätzung der Kampfkraft der Parteiorganisation, wurde die Lage im Betrieb analysiert und wurden Maßnahmen für die weitere Formierung der Parteikräfte ergriffen. Es heißt unter anderem in dieser Konzeption: „Ein weiterer wichtiger Punkt, der uns hemmt, ist der Betriebsegoismus zwischen den zusammengelegten Werken. Jeder bildet sich ein, er ist mehr als der aus dem ehemaligen anderen Werk. ... Die im Parteaufbau vorhandenen Fehler und Mängel, wie ... Parteigruppen entgegen jedem tech-

nologischen Prinzip, müssen schnellstens überwunden werden. Der Parteaufbau ist entsprechend den Beschlüssen der Partei und dem technologischen Prinzip des Betriebes zu verändern.“ [620]

Ausgehend von der durch die Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED beschlossenen „Konzeption zur Entwicklung des Produktionsaufgebotes im Betrieb“, leisteten die Genossen eine umfangreiche politisch-ideologische Arbeit zur Überwindung noch vorhandener betriebsegoistischer Auffassungen aus den beiden ehemaligen Betrieben. Die Struktur der Abteilungsparteiorganisationen des Betriebes wurde nach dem technologischen Prinzip verändert. War die bisherige Struktur der beiden Werke nach der Zusammenlegung im Prinzip beibehalten worden, so wurde der Parteaufbau jetzt nach dem technologischen Prinzip der mechanischen Abteilung und der Montage durchgeführt. Die Bildung einer APO Mechanik und einer APO Montage und analog dazu die Bildung zweier einheitlicher betrieblicher Bereiche waren mit einer Reihe ideologischer Auseinandersetzungen verbunden. Bereits wenig später, bei der Herstellung der produktionstechnischen Einheit, zeigte sich, daß die Entscheidung der Parteiorganisation der SED richtig war. Die mit der Veröffentlichung der Thesen zum Rechenschaftsbericht der Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED zur Parteiwahl 1960 gesammelten Erfahrungen wurden für die Vorbereitung der Wahlen der Parteiorganisation im Jahre 1962 genutzt. Die Berichtswahlversammlung am 5. Mai 1962 war unter Einbeziehung vieler parteiloser Kolleginnen und Kollegen vorbereitet worden. Es wurde zum Prinzip der Parteiorganisation der SED, daß sie die Wahlvorbereitung zur Angelegenheit des gesamten Betriebskollektivs machte, alle Gedanken und Hinweise erfaßte und damit die Voraussetzung dafür schuf, daß sich in verstärktem Maß alle Belegschaftsangehörigen auch an der Realisierung der gefaßten Beschlüsse der Parteiorganisation beteiligten.

Nach der im Januar 1964 geführten Aussprache mit Angehörigen der technischen Intelligenz über Fragen der Perspektive bis 1970 begann

eine regelmäßige Arbeit mit den Angehörigen der technischen Intelligenz. Heute werden entsprechend dem Führungsplan der Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED kontinuierlich differenzierte halbjährliche Aussprachen zwischen Angehörigen der Intelligenz unter Leitung verantwortlicher Direktoren und den APO-Leitungen durchgeführt.

In Vorbereitung der Berichtswahlversammlung der Parteiorganisation der SED des Betriebes wurde 1964 erstmalig der Entschlußentwurf der gesamten Belegschaft zur Diskussion unterbreitet.

Seit dieser Zeit ist die öffentliche Diskussion zum Entschlußentwurf fester Bestandteil der Arbeit der Parteiorganisation der SED geworden.

Eine wichtige Rolle bei der verstärkten Einbeziehung der gesamten Belegschaft in die Verwirklichung der Beschlüsse der Partei hatte die Parteiaktivtagung der Grundorganisation der SED am 5. Februar 1964. Diese Aktivtagung war bereits durch viele Aussprachen in den Arbeitskollektiven vorbereitet worden. Im Mittelpunkt dieser Parteiaktivtagung standen die Aufgaben, die es zu lösen galt, um, ausgehend von der Perspektive bis 1970, im Betrieb den wissenschaftlich-technischen Höchststand, die weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Erhöhung der Qualität und die Senkung der Kosten zu sichern.

Vor dieser Aktivtagung war in den Kollektiven der Brief des Zentralkomitees der SED zur Vorbereitung ihrer 5. Tagung beraten worden. Das Ergebnis dieser umfangreichen Diskussion hatte die Betriebsparteileitung dem Zentralkomitee der SED schriftlich mitgeteilt.

Am 10. Februar 1964 erhielt die Betriebsparteileitung Antwort vom Zentralkomitee der SED, in der es unter anderem heißt: „Wir danken Euch recht herzlich für Eure Gedanken, Vorschläge und Verpflichtungen in Vorbereitung des 5. Plenums des Zentralkomitees der SED. ... Es kommt vor allem darauf an, daß Eure Grundorganisation den Kampf um den wissenschaftlich-technischen Höchststand bei den Erzeugnissen und in der Fertigung hinsichtlich einer hohen Qualität und niedrigsten Kosten führt und sich

in diesem Zusammenhang mit allen der Erreichung dieses Zieles hemmenden Faktoren prinzipiell auseinandersetzt und alle ideologischen Fragen, die dabei auftreten, gründlich klärt. Eure Hinweise, die aufgezeigten Hemmnisse und Mängel werden gründlich ausgewertet. ...“ [621] Der von der Parteiaktivtagung der Grundorganisation der SED beschlossene Grundsatz „Jeder Genosse an die vorderste Front bei der Lösung der Aufgaben der Partei“ führte zur Aktivierung der gesamten politisch-ideologischen Arbeit.

Die im Betrieb geführten Aussprachen und Hinweise der 5. Tagung des Zentralkomitees befähigten die Betriebsparteileitung, am 12. Februar 1964 den Beschluß „Zur Durchsetzung der ökonomischen Politik der SED im Betrieb“ zu fassen. Im Mittelpunkt des Beschlusses standen die exakte Durchführung von Weltstandsvergleichen, die Klärung der perspektivischen Entwicklung des Betriebes bis 1970 und Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität bis 1970.

Die Verwirklichung dieses Beschlusses brachte ideologische Auseinandersetzungen mit sich, so zum Beispiel mit den Beschäftigten im Bereich der Technologie. Genossen der Technologie vertraten die Meinung, „wir sind nicht dafür verantwortlich, was 1970 im Betrieb gemacht wird, sondern die jetzige Fertigung wirtschaftlich zu gestalten. Wir haben auch keine Zeit, uns mit Fragen für 1967 oder gar 1970 zu beschäftigen.“ [622]

Eine andere Form der ideologischen Arbeit, die ein Beitrag dazu sein sollte, alle Betriebsangehörigen für die Lösung der Aufgaben zu gewinnen, war der offene Brief des Betriebsdirektors an die Parteigruppen vom 9. September 1968. Mit diesem offenen Brief, der in den Parteigruppen und anschließend in den Gewerkschaftsgruppen zur Diskussion stand, erläuterte der Betriebsdirektor die Lage des Betriebes und unterbreitete Vorschläge, wie alle Kräfte für die Erfüllung der Planaufgaben 1968 mobilisiert werden können. [623]

Heute ist es längst zur Praxis geworden, daß bei wichtigen Entscheidungen, die die Grundorganisation der SED im Betrieb zu treffen hat, sich

Genossen mit den parteilosen Kollegen in differenzierten Aussprachen oder in den Gewerkschaftsgruppen beraten. Ausdruck dafür ist nicht zuletzt die Tatsache, daß 489 Betriebsangehörige des Hauptwerkes schriftlich ihre Gedanken und Meinungen in Vorbereitung der Parteiwahlen 1971 unterbreiteten und damit selbst entscheidenden Anteil nahmen an der weiteren Entwicklung der sozialistischen Demokratie im Betrieb.

Eine wertvolle Hilfe bei der Verbesserung der Führungstätigkeit der Parteiorganisation waren die Hinweise des Genossen Erich Honecker auf einer Beratung mit den ersten Kreissekretären der SED. [624]

Entsprechend diesen Hinweisen faßte die Parteileitung der Grundorganisation der SED im VEB Mikromat am 24. März 1971 einen Beschluß über die Erhöhung der Kollektivität der Parteileitung.

Dieser Beschluß sah vor, ständige Arbeitsgruppen zu schaffen, die das Kollektiv der Parteileitung der Grundorganisation der SED in die Lage versetzen, ohne Verzicht auf die Komplexität ihrer politischen Führungsarbeit bestimmte Teilaufgaben auf die Arbeitsgruppen zu übertragen und damit die Effektivität ihrer Arbeit wesentlich zu erhöhen.

Die Parteileitung leistet ihre Arbeit mit Unterstützung von 14 ständigen und zeitweiligen Arbeitsgruppen und Kommissionen, wobei neben den 20 gewählten Parteileitungsmitgliedern weitere 96 Genossen unmittelbar an der Leitungsarbeit der Parteiorganisation der SED teilnehmen.

Von der Betriebsparteileitung wurde entsprechend den 1961 gesammelten Erfahrungen immer wieder darauf geachtet, daß der Parteaufbau dem technologischen Prozeß des Betriebes entsprach.

Ende 1973 bestand die Grundorganisation der SED aus 10 Abteilungsparteiorganisationen und 34 Parteigruppen. Es sind:

APO Entwicklung,
APO-Sekretär Genosse Dr. Bernhard Draßdo
APO Technik,
APO-Sekretär Genosse Max Hänel

APO Investition,
APO-Sekretär Genosse Roland Nacke
APO Verwaltung,
APO-Sekretär Genossin Erika Willberg
APO Prisma,
APO-Sekretär Genosse Manfred Flor
APO Montage,
APO-Sekretär Genosse Wolfgang Graul
APO Ökonomie,
APO-Sekretär Genosse Gerhard Hanitzsch
APO BBS,
APO-Sekretär Genosse Herbert Hausmann
APO Verkauf,
APO-Sekretär Genosse Manfred Haase
APO ROTa,
APO-Sekretär Genosse Helmut Opitz

Entsprechend diesem Aufbau, der der betrieblichen Leitungsstruktur entspricht, haben die Gewerkschaft und die anderen Massenorganisationen ihre Organisationen aufgebaut.

Im Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 7. November 1972 wird gesagt, daß die Tätigkeit auf ideologischem Gebiet eine schöne und angesehene Arbeit für die Sache des Sozialismus ist. Die Verwirklichung dieses Beschlusses verlangt, die ideologische Arbeit, ausgehend von den Erfahrungen der Partei und den eigenen Erfahrungen der Grundorganisation, noch effektiver zu gestalten.

Vielfältige Formen der politisch-ideologischen Arbeit haben sich in den letzten Jahren herausgebildet und bewährt.

Im Februar 1973 feierte die Betriebszeitung „Präzision“ ihr 15jähriges Bestehen. Die Betriebszeitung hat in diesen Jahren einen festen Platz im Leben des Betriebskollektivs gefunden und stets wesentlichen Einfluß auf die politisch-ideologische und ökonomische Entwicklung des Betriebes genommen. Sie hilft, Grundfragen unserer Politik zu klären.

Gegenwärtig besteht ihre vordringliche Aufgabe darin, allen Belegschaftsangehörigen zu helfen, weiter in das Wesen der vom VIII. Parteitag der SED gefaßten Beschlüsse einzudringen und daraus neue Initiativen für den sozialistischen Aufbau zu entwickeln.

Hinweise der Belegschaft über betriebliche Mängel und Hemmnisse werden in sachlicher und kritischer Weise veröffentlicht und zur Diskussion gestellt. 370 Ausgaben der „Präzision“ wurden in den vergangenen 15 Jahren herausgegeben, und jede Ausgabe wurde von etwa 32 Genossen und Kollegen gestaltet. 40 Betriebsangehörige helfen beim Vertrieb der Zeitung. Das 1967 gebildete Redaktionskollektiv unter Leitung der Genossin Annelies Richter ist stets bemüht, eine noch größere Wirksamkeit der Betriebszeitung zu erreichen.

Hohen Anteil hat die Betriebszeitung an dem Massenstudium des Marxismus-Leninismus in den sozialistischen Kollektiven.

Das ständige Bemühen der Grundorganisation der SED zur Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins aller Betriebsangehörigen, insbesondere durch das organisierte Studium des Marxismus-Leninismus, festigte die politisch-moralische Einheit des Betriebskollektivs. Das Betriebsklima und die Verbundenheit zum Betrieb verbesserten sich, und das sozialistische Eigentümerbewußtsein wurde erhöht.

Das Studium des Marxismus-Leninismus in den sozialistischen Kollektiven wurde seit 1969 in drei sozialistischen Gemeinschaftsaktionen durchgeführt. Es begann 1969 unter der Losung „Mein Geburtstagsgeschenk“ aus Anlaß des 20. Jahrestages der Gründung der DDR. 779 Belegschaftsangehörige nahmen zu fünf in der Betriebszeitung aufgeworfenen Fragen Stellung und unterbreiteten wichtige Vorschläge zur Verbesserung des Wettbewerbs zu Ehren der Gründung der DDR.

In den Jahren 1969 bis 1970, im Jahr des 100. Geburtstages Lenins, wurde das Studium der Broschüre „Die große Initiative“ in den sozialistischen Kollektiven organisiert. Die vier in der Betriebszeitung zur Diskussion gestellten Probleme aus dieser Broschüre wurden in 138 Seminaren beraten, an denen sich 2 208 Kolleginnen und Kollegen des Betriebes beteiligten. Zusätzlich reichten 523 Belegschaftsangehörige ihre Stellungnahmen an die Betriebszeitung ein. 263 Mitglieder aus sozialistischen Kollektiven übernahmen konkrete, abrechenbare Verpflichtungen, die sie erfüllten.

Im September 1970 wurde mit dem Studium der politischen Ökonomie des Sozialismus begonnen. Sechs Themen wurden in den sozialistischen Kollektiven in 278 Seminaren behandelt, an denen 4 834 Betriebsangehörige teilnahmen. 2 493 Zuschriften wurden an die Betriebszeitung eingereicht, davon allein 626 Vorschläge und Hinweise zur Verbesserung der Neuererarbeit und zur Durchsetzung der sozialistischen Rationalisierung. Alle Zuschriften wurden von Kommissionen der Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED und der BGL ausgewertet.

Das Studium des Marxismus-Leninismus in den sozialistischen Kollektiven half allen Betriebsangehörigen beim weiteren Erkennen der gesellschaftlichen Zusammenhänge und bei der bewußten Anwendung in ihrer tagtäglichen Arbeit. [625]

Ausgehend von den gesammelten Erfahrungen rief der Genosse Wolfgang Kästner im Auftrag des sozialistischen Kollektivs „Juri Gagarin“ (Vorrichtungsbau) im Juli 1972 alle sozialistischen Kollektive auf, in den „Schulen der sozialistischen Arbeit“ von den Erfahrungen der sowjetischen Genossen zu lernen. Alle wurden aufgefordert, in ihren Kollektiven eine Atmosphäre des Lernens zur Aneignung der Weltanschauung der Arbeiterklasse zu schaffen.

Ab September 1972 nahmen alle sozialistischen Kollektive das Studium in den „Schulen der sozialistischen Arbeit“ auf. Bereits an den beiden ersten Gesprächen, die unter der Losung „Freund der Sowjetunion sein, heißt zu den Siegern der Geschichte gehören!“ standen und der Vorbereitung auf den 50. Jahrestag der Gründung der UdSSR dienten, nahmen an 56 Seminaren 950 Betriebsangehörige des Hauptwerkes teil.

2 284 Kolleginnen und Kollegen nahmen von September bis Dezember 1972 im Hauptwerk an den Gesprächen in den „Schulen der sozialistischen Arbeit“ teil.

Von der Betriebszeitung wurden zwei Foren im Klubhaus des VEB Sachsenwerk organisiert. Anläßlich des 10jährigen Bestehens der Betriebszeitung fand am 1. März 1968 ein Presseforum mit dem Genossen Karl-Heinz Gerstner



Blick ins Präsidium des zweiten Presseforums am 2. Juli 1972 mit Genossen Karl-Eduard v. Schnitzler (v. r. n. l.: Genosse Hartmut Grüneberger, Erster Sekretär der SBL der SED, Dresden-Süd, Genosse Eberhard Mauersberger, Stellvertreter des Betriebsdirektors, Genosse Karl-Eduard v. Schnitzler, Chefkomentator des Fernsehens der DDR, Genosse Günter Reichert, Parteisekretär, Genossin Annelies Richter, Redakteurin der Betriebszeitung)

und dem Genossen Klaus Laschet von der Prisma-Redaktion des Fernsehfunks der DDR statt. Im Mittelpunkt dieses Forums, an dem auch die Ehepartner der Betriebsangehörigen teilnahmen, standen vor allem Fragen im Zusammenhang mit dem Entwurf der neuen, sozialistischen Verfassung. Anschließend fand der erste Presseball der Betriebszeitung statt.

Am 2. Juli 1972 wurde die 3. Gemeinschaftsaktion „Als sozialistische Eigentümer studieren und realisieren wir die ökonomischen Gesetze des Sozialismus“ abgeschlossen. Aus diesem Anlaß fand das zweite Presseforum mit dem Chefkomentator des Fernsehens der DDR, dem Genossen Karl-Eduard von Schnitzler, statt. An diesem Forum nahmen auch der Erste Sekretär der SED-Stadtbezirksleitung Dresden-Süd, Genosse Hartmut Grüneberger, und der Sekretär der SED-Stadtleitung, Genosse Heinz Nicolaus, teil. Den Abschluß bildete der zweite Presseball der Betriebszeitung.

Am 2. Mai 1962 wurde im Betrieb das Lektorat gebildet, das dem Beschluß des Sekretariats des Zentralkomitees der SED entsprechend am 10. Mai 1962 seine Arbeit aufnahm. [626] Ab Juni 1962 wurden die ersten Lektionen in den Arbeitskollektiven über das Problem der Dreischichtauslastung hochproduktiver und Engpaßmaschinen gehalten. [627] Ende 1972, Anfang 1973 bestand die Aufgabe des Lektorats darin, vor allem durch die Popularisierung sowjetischer Neuerermethoden im Betrieb das Studium in den „Schulen der sozialistischen Arbeit“ zu unterstützen.

Spezielle Konferenzen der Parteiorganisation der SED im Betrieb zu theoretischen und politisch-ideologischen Problemen unterstützten die Arbeit der Genossen. Besonders zu erwähnen ist dabei die Agitations- und Propagandakonferenz vom 7. Juli 1965, wo es vor allem um eine noch gründlichere Vermittlung des Marxismus-Leninismus im Betrieb ging. [628] Des weiteren fand eine theoretische Konferenz in Vorbereitung des 20. Jahrestages der DDR am 22. September 1969 statt. Auf dieser Konferenz wurden vor allem theoretische und praktische Probleme der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in unmittelbarer Verbindung mit der Geschichte des Betriebes VEB Mikromat Dresden behandelt. [629]

Gesellschaftspolitische Höhepunkte, wie der 15., der 20. und der 25. Jahrestag der SED und die

Vorbereitung auf Parteitage der SED, waren stets Ausdruck des sich immer enger gestaltenden Verhältnisses zwischen der Partei der Arbeiterklasse und den Werktätigen des Betriebes.

Dreimal waren Genossen der Grundorganisation der SED des VEB Mikromat Delegierte des Parteitages der SED.

Delegierte des V. Parteitages der SED 1957 war die Arbeiterin Genossin Hilde Winkler.

Delegierter des VI. Parteitages der SED 1963 war der Arbeiter Genosse Herbert Hennig, der sich vor allem als Arbeiterforscher im Betrieb einen Namen gemacht hatte.

Delegierte des VIII. Parteitages der SED 1971 war die Genossin Sibylle Schindler, Diplomingenieur und stellvertretender TKO-Leiter. Begeistert sprach sie von diesen erlebnisreichen Tagen in Berlin: „Der konsequente Kampf des Betriebskollektivs in den letzten Jahren führte nicht nur zur vollen Erfüllung der ökonomischen Aufgaben, sondern auch zur Erfüllung der gesellschaftlichen Aufgaben, die untrennbar miteinander verbunden sind. Wir alle können stolz sein auf diese Erfolge. In vielen persönlichen Gesprächen zum Entwurf der Direktive des neuen Fünfjahrplanes von 1971 bis 1975 habe ich gespürt, mit welchem Elan alle bereit sind, die neuen, höheren Aufgaben im Kollektiv zu meistern. Die Brigaden und sozialistischen Kollektive haben in Großadressen ihr Vertrauen zur Partei zum Ausdruck gebracht und ihre Verpflichtungen zu Ehren des VIII. Parteitages der SED exakt abgerechnet. Zum Parteitag fuhr ich mit der Gewißheit, daß wir durch unsere gemeinsamen Anstrengungen auch die neuen Aufgaben schaffen werden, die uns der Parteitag stellen wird. Die Atmosphäre des VIII. Parteitages und den Elan auf jeden zu übertragen, alle zu gewinnen und keinen zurückzulassen, das wird meine und die Aufgabe aller Genossen unserer Grundorganisation sein.“ [630]

Zu einem besonderen Höhepunkt nach dem VIII. Parteitag und zu einer Manifestation der engen Verbundenheit der SED mit allen Werktätigen gestalteten sich der Besuch des Genossen Werner Krolikowski, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees und Ersten Sekretär der Bezirksleitung der SED, am 15. Juli 1971 im Betrieb und

seine Teilnahme an der Gesamtmitgliederversammlung der Grundorganisation, an der auch viele Kolleginnen und Kollegen teilnahmen.

In vielen freundschaftlichen Gesprächen an den Arbeitsplätzen überzeugte sich Genosse Werner Krolikowski von dem Fleiß und dem Willen der Belegschaft des VEB Mikromat, die vom VIII. Parteitag der SED gestellten Aufgaben zu meistern.

In seiner Ansprache zur Gesamtmitgliederversammlung sagte er unter anderem: „Der VIII. Parteitag der SED hat mit seinen richtungweisenden Beschlüssen eine neue, bedeutende Etappe für den weiteren Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR eingeleitet.

Durch überzeugende Darlegungen der Politik unserer Partei wird die Initiative der Werktätigen geweckt und gefördert. Sie erkennen in den Beschlüssen des Parteitages die Wahrnehmung ihrer Interessen und setzen sich aktiv für ihre Verwirklichung – sowohl durch neue Arbeitstufen im sozialistischen Wettbewerb als auch durch rege Teilnahme am politischen Leben in unserem Staat – ein.

Besonders hoch bewerten wir – und das charakterisiert die enge Verbundenheit der Arbeiterklasse und aller Werktätigen mit unserer Partei – die Entwicklung neuer Initiativen und die Übernahme neuer Verpflichtungen, um die Durchführung der Beschlüsse des VIII. Parteitages in Angriff zu nehmen und damit die DDR auch weiterhin allseitig zu stärken.

Es ist mir ein Bedürfnis, allen Werktätigen des Betriebes, die unter Führung der Parteiorganisation trotz schwieriger Bedingungen all ihre Kräfte, ihr Können, ihren Fleiß und ihr Wissen dafür einsetzen, daß die Planaufgaben des Betriebes erfüllt worden sind, den allerherzlichsten Dank unserer Parteiführung und des Ersten Sekretärs unseres Zentralkomitees, Genossen Erich Honecker, auszusprechen.

Ausgehend von der politischen Verantwortung der Arbeiterklasse habt ihr die Probleme der Intensivierung der Produktion und die Erhöhung der Effektivität in den Mittelpunkt der weiteren Arbeit gestellt.

Wir gehen ständig davon aus, daß die gesamte



Genosse Werner Krolikowski, Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Erster Sekretär der Bezirksleitung der SED Dresden, anlässlich seines Besuches im Betrieb am 15. Juli 1971 im Gespräch mit Genossen und Kollegen

Politik unserer Partei stets durchdrungen ist von dem Bestreben, alles, was in unseren Kräften steht, für das Wohl des Volkes, für die Interessen der Arbeiterklasse und aller anderen Werktätigen zu tun.

Das ist der Sinn des Sozialismus, dafür arbeiten und kämpfen wir.“ [631]

Gestützt auf die Lehren des Marxismus-Leninismus, die Erfahrungen der Bruderparteien, vor allem des XXIV. Parteitages der KPdSU, und die Erfahrungen des seit der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus zurückgelegten Weges, leitete der VIII. Parteitag der SED eine neue Etappe in der Entwicklung der DDR ein. Diese neue Etappe ist vor allem gekennzeichnet durch das weitere Wachstum der führenden Rôle der Arbeiterklasse, die stärkere Ausprägung des internationalistischen Charakters un-

serer sozialistischen Staatsmacht und die konsequente Anwendung der Grundsätze des sozialistischen Internationalismus auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. [632]

Mit den Beschlüssen des VIII. Parteitages der SED begann auch ein neuer Abschnitt in der Geschichte des VEB Mikromat Dresden. Die Arbeit zur Verwirklichung der Hauptaufgabe des VIII. Parteitages erhöht objektiv die Verantwortung des gesamten Betriebskollektivs und führt dazu, daß sich die Betriebsangehörigen zu sozialistischen Persönlichkeiten entwickeln. Unter Führung der Parteiorganisation der SED werden neue schöpferische Kräfte zum Nutzen der Gesellschaft und jedes einzelnen entstehen.

Die Geschichte des VEB Mikromat und die Entwicklung seiner Werktätigen nach der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus widerspiegelt einen Teil der sozialistischen Revolution in der Deutschen Demokratischen Republik. Die Werktätigen des Betriebes haben unter Führung ihrer Parteiorganisation der SED immer besser verstanden, die Macht auszuüben. Sie haben damit bewußt und aktiv ihre eigene

Geschichte gestaltet, die Geschichte der von Ausbeutung und Unterdrückung befreiten Arbeiterklasse.

Die Werkstätigen der DDR, die des VEB Mikromat eingeschlossen, haben seit 1945 bewiesen und beweisen es tagtäglich aufs neue: All ihr Fleiß, all ihre schöpferische Initiative, all ihr Wissen und Können gilt der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, der allseitigen Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Partei der Arbeiterklasse half ihnen, sich ihrer geschichtsgestaltenden Kraft bewußt zu werden und die Worte Lenins zu begreifen: „Die klassenbewußten Arbeiter blicken, während sie ihre Bewegung voranführen, ständig auf den von der Arbeiterbewegung zurückgelegten Weg und denken stets von neuem darüber nach, ob dieser Weg der richtige ist und ob man etwas besser machen kann.“ [633]

Übersicht über die zentralen Konferenzen im VEB Mikromat Dresden

1. ökonomische Konferenz	12. Dezember	1954
2. ökonomische Konferenz		1955
3. ökonomische Konferenz		1956
4. ökonomische Konferenz	Dezember	1957

5. ökonomische Konferenz	20. Juli	1959
1. wissenschaftlich-technische Konferenz	1. März	1961
1. Organisationskonferenz	23. November	1962
1. Neuererkonferenz	19. Juli	1963
1. Qualitätskonferenz	5. Dezember	1963
2. Neuererkonferenz	9. Juli	1964
6. ökonomische Konferenz	10. Dezember	1964
2. Qualitätskonferenz	3. Dezember	1965
1. Frauenkonferenz	13. Dezember	1965
1. Qualifizierungskonferenz	29. März	1967
1. Rationalisierungskonferenz	27. Juni	1967
1. Standardisierungskonferenz	8. Oktober	1968
1. Kulturkonferenz	27. Februar	1969
2. Kulturkonferenz	6. April	1971
3. Neuerer- und Rationalisatorenkonferenz	4. Oktober	1971
1. Betriebskonferenz	17. Februar	1972
3. Kulturkonferenz	24. April	1972
2. Betriebskonferenz	20. November	1972
3. Betriebskonferenz	26. Februar	1973
4. Betriebskonferenz	22. Oktober	1973

Anmerkungen

- [1] Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der kommunistischen Partei, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1969, S. 468
- [2] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, 1958, S. 11.
- [3] Vgl. ebenda.
- [4] H. W. Mengel, Strukturwandlungen und Konjunkturbewegung in der Werkzeugmaschinenindustrie, Dissertation, Technische Hochschule Berlin, 15. Dezember 1931, S. 12
- [5] Marianne Schmidt, Die Himmelsstürmer von Paris, in: Neues Deutschland vom 30. Januar 1971
- [6] Karl Marx, Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 19, Berlin 1969, S. 29
- [7] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1, Berlin 1966, S. 316.
- [8] Vgl. Hille-Werksmitteilungen, Werkszeitschrift der Betriebsgemeinschaft der Hille-Werke AG Dresden, Nr. 11, Dezember 1941, S. 3.
- [9] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1, a. a. O., S. 318.
- [10] Vgl. Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Teil I: Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis zur Gegenwart, Bd. 3, Berlin 1962, S. 253.
- [11] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1, a. a. O., S. 317.
- [12] Vgl. Vergleichende Übersichtstafeln über Kapital und Ertrag der Aktiengesellschaften des Bezirkes der Handelskammer Dresden in den Jahren von 1905 bis 1907, bearbeitet und herausgegeben von der Handelskammer Dresden, 1908, S. 6 ff.
- [13] Vgl. F. Wolters, Die wirtschaftliche Bedeutung der technischen Entwicklung der Werkzeugmaschinen und die deutsche Werkzeugmaschinenindustrie, Dissertation, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen, Philosophische Fakultät, 20. Januar 1914, S. 77.
- [14] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 15.
- [15] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1, a. a. O., S. 326.
- [16] Vgl. ebenda, S. 343.
- [17] Vgl. ebenda, S. 333 und 346.
- [18] Vgl. ebenda, S. 415 f.
- [19] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 15.
- [20] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, a. a. O., S. 20.
- [21] Vgl. ebenda, S. 15.
- [22] Vgl. ebenda, S. 20.
- [23] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 15.
- [24] Vgl. F. Wolters, Die wirtschaftliche Bedeutung der technischen Entwicklung . . . , a. a. O., S. 52 f.
- [25] Vgl. Hugo Fischer, Beitrag zur Geschichte des Jacobiwerkes zu Meißen, in: Hille-Werksmitteilungen, Nr. 8, April 1941, a. a. O., S. 3/4.
- [26] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 21.
- [27] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, a. a. O., S. 146.
- [28] Vgl. Feldpostbrief 1940, Betriebsarchiv des VEB Mikromat Dresden (im folgenden als BA bezeichnet), Betriebsgeschichte (im folgenden als BG bezeichnet) 1972.
- [29] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 15 und 33.
- [30] Vgl. F. Wolters, Die wirtschaftliche Bedeutung der technischen Entwicklung . . . , a. a. O., S. 111 ff.

- [31] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, a. a. O., S. 62.
- [32] Vgl. Sächsische Zeitung vom 14. September 1963, WIR, Nr. 42, S. 4.
- [33] Vgl. Rolf Otte, Beiträge zur Geschichte der Dresdner Arbeiterbewegung, 1958, Nr. 1, S. 18.
- [34] Vgl. ebenda, S. 17.
- [35] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 26.
- [36] Vgl. ebenda, S. 27/28.
- [37] Vgl. ebenda, S. 29 ff.
- [38] Vgl. Rolf Otte, Beiträge zur Geschichte . . . , a. a. O., S. 17 ff.
- [39] Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 29 ff.
- [40] Niederschrift einer Aussprache mit Genossen Gorogranz am 19. Juli 1972, BA, BG 1972
- [41] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 33.
- [42] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, a. a. O., S. 188.
- [43] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 33.
- [44] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, a. a. O., S. 184 f.
- [45] zitiert nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, a. a. O., S. 191
- [46] Vgl. ebenda, S. 227 f.
- [47] Vgl. ebenda, S. 246.
- [48] Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 34
- [49] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, a. a. O., S. 20.
- [50] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 33 f.
- [51] Vgl. H. Dörner, Die Herausbildung einer revolutionären Massenpartei in Ostsachsen, bei besonderer Berücksichtigung der Vereinigung des linken Flügels der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit der Kommunistischen Partei Deutschlands (1914–1920), Habilitation an der Karl-Marx-Universität Leipzig, 1968.
- [52] Vgl. H. Weineck/G. Sorge/H. Tegge, Die Novemberrevolution 1918 und die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands im Bezirk Ostsachsen, Dresden 1968.
- [53] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 37.
- [54] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, a. a. O., S. 215.
- [55] Vgl. ebenda, S. 287.
- [56] Druckschrift für Geschäftsfreunde, Hille-Werkzeugmaschinen, Verlag Wilhelm Limpert, Dresden 1938, S. 7
- [57] Dresdner Volkszeitung am 16. März 1920
- [58] Vgl. Zum 50. Jahrestag des Sieges der Arbeiterklasse über den Kapp-Putsch, Informationsdienst, Institut und Museum für Geschichte der Stadt Dresden, Sonderheft, 3. Jahrgang 1970.
- [59] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, a. a. O., S. 386.
- [60] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 67.
- [61] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, a. a. O., S. 386.
- [62] Zahlenangaben aus: Dresdner Volkszeitung, Jahrgang 1923
- [63] Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 41
- [64] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, a. a. O., S. 412.
- [65] Vgl. ebenda, Bd. 4, S. 59.
- [66] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 44.
- [67] Vgl. F. Wolters, Die wirtschaftliche Bedeutung der technischen Entwicklung . . . , a. a. O., S. 120 f.
- [68] Vgl. Niederschrift einer Aussprache mit Genossen R. Richter am 12. Juli 1972, BA, BG 1972.
- [69] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, a. a. O., S. 14.
- [70] Niederschrift einer Aussprache mit Genossen Gorogranz, a. a. O.
- [71] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 46.
- [72] Vgl. ebenda, S. 49.
- [73] Vgl. ebenda, S. 47.
- [74] Vgl. ebenda, S. 48.
- [75] Vgl. H. W. Mengel, Strukturwandlungen und Konjunkturbewegungen . . . , a. a. O., S. 19.
- [76] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, a. a. O., S. 157.
- [77] Vgl. H. Münch, Die Bedeutung der sowjetischen Aufträge an die sächsische Werkzeugmaschinenindustrie in der Zeit der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1932, Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1965, Teil IV, S. 55.
- [78] H. Münch, Arbeit und Brot durch sowjetische Produktionsaufträge (1929 bis 1932), Berlin 1967, S. 115
- [79] Vgl. H. Münch, Die Bedeutung der . . . , a. a. O., S. 59.
- [80] Vgl. H. Münch, Arbeit und Brot . . . , a. a. O., S. 129 ff.
- [81] W. I. Lenin, Über die Innen- und Außenpolitik der Republik, in: W. I. Lenin, Werke, Bd. 33, S. 138
- [82] Vgl. BA, Hille-Werke, 0/11.
- [83] Vgl. ebenda.
- [84] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 48.
- [85] Vgl. ebenda, S. 48 f., und Begründung eines Kapitalerhöhungsantrages vom 4. Dezember 1939 an das Reichswirtschaftsministerium und Preußische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, S. 3, BA, Hille-Werke, Kapitalerhöhung 1937–1940.
- [86] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, a. a. O., S. 244.
- [87] Vgl. Bericht zur geplanten Kapitalerhöhung vom 9. Januar 1937, BA, 0/13, Hille-Werke, Kapitalerhöhung 1937–1940.
- [88] Vgl. Geschäftsbericht der Elbe-Werke AG 1921, BA, Elbe-Werke.
- [89] Vgl. ebenda.
- [90] Vgl. Protokoll der Sitzung des Aufsichtsrates der Elbe-Werke AG vom 20. Februar 1922, BA, Elbe-Werke.
- [91] Vgl. Vertragsentwurf vom 17. März 1926 der Elbe-Werke AG, BA, Elbe-Werke.
- [92] Vgl. BA, 0/43, Gesellschaftsakten 1926–1932, Elbe-Werke.
- [93] Vgl. Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, Chronik, Teil II, Berlin 1966, S. 296.
- [94] Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 51
- [95] Vgl. H. Schwarzbach, Über den Kampf der KPD gegen die Gefahr des Faschismus und für die Verteidigung der Lebensrechte des deutschen Volkes in Ostsachsen in der Zeit von 1929 bis 1933, Dissertation, Humboldt-Universität Berlin, o. J., S. 236.
- [96] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, a. a. O., S. 335.
- [97] Vgl. ebenda, S. 335 f.
- [98] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 57 f.
- [99] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, a. a. O., S. 384.
- [100] Vgl. ebenda, Bd. 5, S. 32.
- [101] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 60 f.
- [102] Brief von Bergmann, Bonn, vom 7. Mai 1938, und Schreiben der Commerz- und Privatbank Dresden vom 18. Mai 1939, BA 0/13, Hille-Werke, Kapitalerhöhung 1937–1940.
- [103] zitiert nach: L. Wenzel, Die Entwicklung der Pitter-Werkzeugmaschinenfabrik AG Leipzig-Wahren als kriegswichtiges Konzern-Unternehmen im System der faschistischen Wirtschafts- und Betriebspolitik in den Jahren 1933 bis 1945, Dissertation, Philosophische Fakultät der Karl-Marx-Universität Leipzig, Dezember 1968, S. 238
- [104] Betriebsordnung der Hille-Werke AG, Dresden, 21. Dezember 1934, S. 2
- [105] ebenda
- [106] ebenda, S. 15
- [107] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, a. a. O., S. 74 f.
- [108] Vgl. L. Wenzel, Die Entwicklung der Pitter-Werkzeugmaschinenfabrik . . . , a. a. O., S. 193.
- [109] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, a. a. O., S. 77.
- [110] Vgl. F. Kappel, Die Exportbedeutung der Werkzeugmaschinen, in: Der Vierjahresplan, 3. Jahrgang, Folge 20, Oktober 1939, S. 1192
- [111] Schreiben an das Reichswirtschaftsministerium und Preußische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit vom 22. Januar 1937, S. 3 f., BA, Hille-Werke, Kapitalerhöhung 1937–1940
- [112] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 63.
- [113] Vgl. ebenda, S. 61.
- [114] Vgl. dazu auch F. Wolters, Die wirtschaftliche Bedeutung der technischen Entwicklung . . . , a. a. O., S. 81.
- [115] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 63.
- [116] Vgl. BA, 0/43, Gesellschaftsakten 1932–1937, Elbe-Werke.
- [117] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, a. a. O., S. 169 f.
- [118] Vgl. Imperialismus heute, Berlin 1965, S. 65 f
- [119] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 63.
- [120] Vgl. ebenda.
- [121] Vgl. Betriebsgemeinschaft H. Großmann, Schrift für die Belegschaft, 1940.
- [122] Vgl. ebenda.
- [123] ebenda
- [124] ebenda
- [125] K. Arnhold, Leistungssteigerung, in: Hille-Werksmitteilungen, a. a. O., Nr. 1, Juli 1938, S. 3
- [126] zitiert nach: Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 56
- [127] Vgl. L. Wenzel, Die Entwicklung der Pitter-Werkzeugmaschinenfabrik . . . , a. a. O., S. 191.
- [128] Gebauer, Berufserziehung in unserem Werk, in: Hille-Werksmitteilungen, a. a. O., Nr. 1, Oktober 1938, S. 6
- [129] Einweisung der neuen Lehrlinge, in: Hille-Werksmitteilungen, a. a. O., Nr. 4, 4. Juli 1939
- [130] Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 68
- [131] Hille-Werksmitteilungen, a. a. O., Nr. 5, November/Dezember 1943, S. 7

- [132] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 67.
- [133] Vgl. ebenda, S. 63.
- [134] Vgl. ebenda, S. 62.
- [135] Vgl. Druckschrift für . . . , a. a. O., S. 178 f.
- [136] Vgl. Bericht über die Auswärtsfabrikation vom 10. Juni 1940, BA 0/29, Hille-Werke, Verlagerung der Produktion.
- [137] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 71.
- [138] Vgl. Schreiben vom Oberkommando der Wehrmacht vom 8. Dezember 1939, Az. 86 e 20 W : Rü Amt Rü (Ve), Nr. 7683/39, BA 0/13, Hille-Werke, Kapitalerhöhung 1937-1940 und BG 1972.
- [139] Schreiben vom Bevollmächtigten für die Maschinenproduktion, Berlin W 35, vom 6. Dezember 1939, x 50 - x B/Rz 117 664, BA 013, Hille-Werke, Kapitalerhöhung 1937-1940 und BG 1972
- [140] Schreiben des Oberkommandos des Heeres, Chef der Seeausrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres, 43865/39 geh. Wa. J Rü 4 XI, Berlin W 35, vom 12. Dezember 1939, BA, BG 1972
- [141] Vgl. Schreiben der Wirtschaftsgruppe Maschinenbau, Berlin W 35, He./Ht. - 61059 - vom 3. Juli 1939, BA, BG 1972.
- [142] Vgl. Schreiben vom OKH vom 29. Dezember 1942, BA 0/35, Hille-Werke, Schriftwechsel mit OKH.
- [143] Vgl. Schreiben der Deutschen Industriebank vom 7. Juli 1941, Az 21 Bey/Fn/Hrt, BA, BG 1972.
- [144] Vgl. Schreiben des Kommandos des Rüstungsbereiches Dresden, Az 65 a 3610/1941 Ing., vom 4. Juni 1941, BA 0/35, Schriftwechsel mit OKH.
- [145] Schreiben an das Reichswirtschaftsministerium und Preußische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Berlin W 8, vom 4. Dezember 1939, S. 5, BA 0/13, Hille-Werke, Kapitalerhöhung
- [146] Vgl. Hille-Werksmitteilungen, Nr. 8/1941, a. a. O., S. 5.
- [147] Vgl. Schreiben der Firma Alfred Teves, Frankfurt a. M., Abt. B 5 228/K., vom 17. August 1939, BA 0/12, Hille-Werke, Meldungen über Eingang von Ausfuhrerlösen und Bescheinigungen 1939-1940.
- [148] Vgl. Auszug aus Einschreibebrief der Deutschen Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft, Berlin W 8, Jägerstr. 10/11, Treuhand-Abteilung Zeichen 12/Ha., vom 3. März 1942, Abschrift vom 13. März 1942, BH Herrn Haugg, B 5 Herrn Locke, BA, BG 1972.
- [149] Vgl. BA 0/43, Gesellschaftsakten 1926-1932, Elbe-Werke.
- [150] Vgl. Bericht der Treuhandvereinigung AG zum Jahresabschluß der Elbe-Werke AG 1942, S. 21 und 41, BA, Elbe-Werke, Geschäftsberichte.
- [151] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, a. a. O., S. 321.
- [152] Vgl. Hille-Werksmitteilungen, a. a. O., Nr. 13, September 1942, S. 11.
- [153] Vgl. BA 0/32, Einstellung Dr. Kirschbach, Hille-Werke.
- [154] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 69.
- [155] Vgl. ebenda, S. 70.
- [156] Vogel, Gesichtspunkte zur Aktion Leistungssteigerung vom 16. Februar 1942, S. 2, BA, BG 1972
- [157] Sonderaufgaben für den Betriebsleiter der Lehren-Bohrmaschinenfabrikation, Herrn Kunze, WL/94, vom 16. November 1943, BA, BG 1972.
- [158] Schreiben der Wirtschaftsgruppe Maschinenbau, a. a. O.
- [159] Vgl. Hille-Werksmitteilungen, a. a. O., Nr. 3, Oktober/Dezember 1944, S. 12.
- [160] Schreiben des Reichsministers für Bewaffnung und Munition, Der Wehrkreisbeauftragte IV, Dresden, Nr. W. 8730/41 Zi/Ba., vom 22. März 1941, BA, BG 1972.
- [161] Ch. Kall, Die Freizeit unserer berufstätigen Frauen, in: Hille-Werksmitteilungen, a. a. O., Nr. 2, Juni/September 1944, S. 5
- [162] Gebauer, Frauen im Betrieb, in: Hille-Werksmitteilungen, a. a. O., Nr. 3, Oktober/Dezember 1944, S. 10
- [163] ebenda
- [164] Vgl. Tarifordnung für die Eisen-, Metall- und elektrotechnische Industrie im Wirtschaftsgebiet Sachsen, Juni 1938, Die Deutsche Arbeitsfront, Gauverwaltung Sachsen / Fachabteilung „Eisen und Metall“, B. Lohnordnung, S. 36.
- [165] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 73.
- [166] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, a. a. O., S. 341.
- [167] Vgl. L. Wenzel, Die Entwicklung der Pittler-Werkzeugmaschinenfabrik . . . , a. a. O., S. 149.
- [168] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 73, und Schreiben an die Zentralstelle zur Nachforschung und Durchführung des Befehls Nr. 163 vom 20. Dezember 1945, BA, BG 1972.
- [169] Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg, 14. November 1945 - 1. Oktober 1946, veröffentlicht in Nürnberg, Deutschland, 1947, Bd. II, amtlicher Text in deutscher Sprache, S. 165
- [170] ebenda, Bd. III, S. 455
- [171] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 77.
- [172] Maschke, Der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte, in: Hille-Werksmitteilungen, a. a. O., Nr. 1, Januar/März 1943, S. 11
- [173] ebenda, S. 12
- [174] Gebauer, Der Einsatz der Ostarbeiter, in: Hille-Werksmitteilungen, a. a. O., Nr. 3, Juni/ Juli 1943, S. 12
- [175] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 74 f.
- [176] Brief des Genossen Gorogranz vom 22. November 1971, BA, BG 1972
- [177] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 75.
- [178] Vgl. Chronik des VEB Rafena-Werke Radeberg, 1957, S. 71.
- [179] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 77.
- [180] Vgl. ebenda, S. 87.
- [181] I. Krause, Die Schumann-Engert-Kresse-Gruppe, Berlin 1960, S. 148 f.
- [182] Vgl. Maschke, Der Einsatz . . . a. a. O.
- [183] Brief von Jakulina Maria Dmitriewna (Demenko) vom 12. September 1970, BA, BG 1972
- [184] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 63.
- [185] Vgl. BA 0/43, Gesellschaftsakten 1926-1932, Elbe-Werke.
- [186] Vgl. L. Wenzel, Die Entwicklung der Pittler-Werkzeugmaschinenfabrik . . . , a. a. O., S. 372.
- [187] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, a. a. O., S. 339.
- [188] Vgl. ebenda, S. 416.
- [189] Betriebsappell am 1. September 1943, in: Hille-Werksmitteilungen, a. a. O., Nr. 4, August/Oktober 1943, S. 3
- [190] Vgl. Schreiben an die Deutsche Arbeitsfront Gauverwaltung Sachsen, Amt für Gesundheit und Volksschutz vom 25. November 1943, BA, BG 1972.
- [191] Vgl. Schreiben vom 13. Dezember 1962 von G. Schellhorn an BPO, BA, BG 1972.
- [192] Haftbefehl vom 7. Mai 1934, Original im Besitz von Adi Schilling, Dresden, Fotokopie im BA, BG 1972
- [193] Vgl. Max Zimmering, Widerstandsgruppe „Vereinigte Kletter-Abteilung“ (VKA), Hrsg. VVN, 1948, S. 34.
- [194] Vgl. Kursbuch 80/20 der FDJ-Grundorganisation WEMA-Berggießhübel, BA, BG 1972.
- [195] Vgl. Albert Graf, Biographie von Alwin Höntzsch vom 28. Juli 1972 und Niederschrift einer Aussprache mit Genossen Graf am 28. Juli 1972, BA, BG 1972.
- [196] Vgl. Niederschrift einer Aussprache mit Max Kühnel am 12. Juli 1972, BA, BG 1972.
- [197] Vogel, Gesichtspunkte . . . , a. a. O., S. 5
- [198] ebenda
- [199] Vgl. Brief der Deutschen Arbeitsfront, Kreisverwaltung Dresden, Dr. A/Si, vom 7. Mai 1942, BA, BG 1972.
- [200] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 58 f.
- [201] Vgl. Schreiben des Kommandos des Rüstungsbereiches Dresden vom 4. Juni 1941, a. a. O.
- [202] Vogel, Gesichtspunkte . . . , a. a. O., S. 6
- [203] Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 81
- [204] Vgl. ebenda, S. 81 f.
- [205] ebenda, S. 79
- [206] Vgl. ebenda, S. 81.
- [207] ebenda
- [208] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, a. a. O., S. 436.
- [209] Vgl. ebenda, S. 437.
- [210] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 83.
- [211] ebenda, S. 84
- [212] Vgl. ebenda, S. 85.
- [213] Vgl. Schreiben vom 2. Januar 1944 und 24. November 1943, BA 0/29, Hille-Werke, Verlagerung der Produktion.
- [214] Vgl. Aufstellung (Inhalt), BA 09/29, Hille-Werke, Verlagerung der Produktion.
- [215] Vgl. Berthold, Nordsee-Heimarbeitsstube, in: Hille-Werksmitteilungen, Nr. 3, Oktober/Dezember 1944, a. a. O., S. 13.
- [216] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 84.
- [217] Schreiben der Commerzbank AG in Dresden 0/H. vom 27. April 1945, BA, BG 1972
- [218] Schreiben an die Commerzbank AG in Dresden vom 27. April 1945, BA, BG 1972
- [219] Vgl. Niederschrift einer Aussprache mit Genossen Gorogranz am 19. Juli 1972, BA, BG 1972.
- [220] Vgl. Hans Müller/Karl Reißig, Wirtschaftswunder DDR, Berlin 1968, S. 14 f.
- [221] Tägliche Rundschau, Frontzeitung für die deutsche Bevölkerung 1945, Nr. 7
- [222] Vgl. Hans Müller/Karl Reißig, Wirtschaftswunder DDR, a. a. O., S. 20.
- [223] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6, a. a. O., S. 25.
- [224] Vgl. ebenda, S. 23.

- [225] Vgl. BA, BG 1972, Schreiben an den Rat der Stadt Dresden vom 19. Januar 1946.
- [226] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6, a. a. O., S. 27.
- [227] BA, BG 1972, Niederschrift einer Aussprache mit Helmut Opitz vom 4. September 1972
- [228] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, a. a. O., S. 423 f.
- [229] Vgl. Hans Müller/Karl Reißig, Wirtschaftswunder DDR, a. a. O., S. 65.
- [230] Vgl. BA, BG 1972, Brief an die Sächsische Landesverwaltung vom 25. Juli 1945, S. 1.
- [231] Vgl. Hans Müller/Karl Reißig, Wirtschaftswunder DDR, a. a. O., S. 66.
- [232] BA, BG 1972, Brief der Industrie- und Handelskammer Dresden vom 10. Januar 1946
- [233] BA, BG 1972, Brief von der „Deutschen Zentralverwaltung der Industrie“ vom 23. November 1945
- [234] BA, BG 1972, Brief an die Landesverwaltung Sachsen vom 3. August 1945
- [235] ebenda vom 25. März 1946
- [236] Vgl. ebenda vom 26. März 1946.
- [237] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6, a. a. O., S. 74.
- [238] Vgl. BA, BG 1972, Schreiben an den Rat der Stadt Dresden vom 17. Januar 1946 und Brief an die Landesverwaltung Sachsen vom 1. Februar 1946.
- [239] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6, a. a. O., S. 40 f.
- [240] Vgl. Hans Müller/Karl Reißig, Wirtschaftswunder DDR, a. a. O., S. 43.
- [241] Vgl. BA, BG 1972, Schreiben von der Industrie- und Handelskammer Dresden vom 16. Februar 1946.
- [242] Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 97, und BA, BG 1972, Schreiben an Oberstleutnant Ginsburski, Stadtkommandantur, vom 23. September 1946
- [243] Vgl. BA, BG 1972, Bericht des Treuhänders vom 3. Mai 1948.
- [244] Vgl. BA, BG 1972, Brief an die Landesregierung Sachsen vom 12. Juli 1947.
- [245] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 99.
- [246] Vgl. BA, BG 1972, Bericht des Treuhänders vom 3. Mai 1948.
- [247] Vgl. BA, BG 1972, Brief an die Landesregierung Sachsen vom 12. Juli 1947.
- [248] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 100.
- [249] Vgl. BA, BG 1972, Brief an die Landesregierung Sachsen vom 12. Juli 1947.
- [250] BA, P 9/71, S. 3, bzw. Niederschrift einer Aussprache mit Alfred Pelzer
- [251] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6, a. a. O., S. 152 ff.
- [252] Vgl. ebenda, S. 163.
- [253] BA, BG 1972, Niederschrift einer Aussprache mit Helmut Opitz
- [254] ebenda
- [255] Vgl. Hans Müller/Karl Reißig, Wirtschaftswunder DDR, a. a. O., S. 62.
- [256] BA, BG 1972, Niederschrift einer Aussprache mit Ewald Lippert
- [257] Dokumente der SED, Bd. I, S. 217, 219, 225
- [258] BA, BG 1972, Niederschrift einer Aussprache mit Ewald Lippert
- [259] Vgl. Hans Müller/Karl Reißig, Wirtschaftswunder DDR, a. a. O., S. 102.
- [260] zitiert nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6, a. a. O., S. 455 f.
- [261] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 102.
- [262] Vgl. Hans Müller/Karl Reißig, Wirtschaftswunder DDR, a. a. O., S. 82.
- [263] BA, BG 1972, Niederschrift einer Aussprache mit Max Hammerschmidt
- [264] ebenda
- [265] ebenda
- [266] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 109.
- [267] BA, BG 1972, Niederschrift einer Aussprache mit Max Hammerschmidt
- [268] ebenda
- [269] Vgl. BA, 3273, Protokoll Werkleiter vom 15. November 1954.
- [270] Vgl. Hans Müller/Karl Reißig, Wirtschaftswunder DDR, a. a. O., S. 149
- [271] Zentrales Verordnungsblatt der DWK, 1949, Nr. 28, vom 21. April 1949
- [272] Vgl. BA, BG 1972, Mitteilung der VVB WMW, Abteilung Personal, vom 10. November 1949.
- [273] Vgl. BA, BG 1972, Schreiben an die VVB WMW vom 17. Dezember 1949 und 4. Januar 1950.
- [274] Vgl. BA, BG 1972, Geschäftsbericht 1949, Alemannia.
- [275] Dokumente der SED, Bd. II, S. 403
- [276] Vgl. BA, 3718, Plan 1951, Formblatt 00, VEB-Plan 1951.
- [277] Vgl. Hans Müller/Karl Reißig, Wirtschaftswunder DDR, a. a. O., S. 161.
- [278] Betriebs-Kollektiv-Vertrag (BKV) 1952 des VEB Feinstmaschinenbau Dresden, S. 3 f.
- [279] Vgl. Hans Müller/Karl Reißig, Wirtschaftswunder DDR, a. a. O., S. 179.
- [280] BA, BG 1972, Aktivistenplan des VEB Elbe-Werke, 1950
- [281] BA, BG 1972, Niederschrift einer Aussprache mit Max Hammerschmidt
- [282] Vgl. BA 3718, Formblatt 00, VEB-Plan 1951.
- [283] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 101.
- [284] Vgl. Hans Müller/Karl Reißig, Wirtschaftswunder DDR, a. a. O., S. 188.
- [285] Vgl. BKV 1954 des VEB Feinstmaschinenbau Dresden, S. 7.
- [286] Vgl. Hans Müller/Karl Reißig, Wirtschaftswunder DDR, a. a. O., S. 190.
- [287] Dokumente der SED, Bd. III, S. 516–518
- [288] Vgl. Hans Müller/Karl Reißig, Wirtschaftswunder DDR, a. a. O., S. 191.
- [289] Vgl. BA, Mappe Sanierungsvorschlag 1952, Sanierungsvorschlag vom 12. August 1952.
- [290] Vgl. ebenda.
- [291] BA, Mappe Sanierungsvorschlag 1952, Bericht über die Überprüfung des Betriebes Schleifmaschinenwerk vom 13. September 1952
- [292] Vgl. BA, Mappe Sanierungsvorschlag 1952, Mitteilung der VVB WMW vom 29. Juli 1952.
- [293] Vgl. BA, Mappe Sanierungsvorschlag 1952, Schreiben an die VVB WMW vom 4. August 1952.
- [294] Vgl. BKV 1952 des VEB Feinstmaschinenbau Dresden, S. 31 f.
- [295] Vgl. BA 3720, Plan 1952, VEB-Plan 1952.
- [296] Vgl. BKV 1952 des VEB Feinstmaschinenbau Dresden.
- [297] Vgl. Hans Müller/Karl Reißig, Wirtschaftswunder DDR, a. a. O., S. 197.
- [298] BA, BG 1972, Niederschrift einer Aussprache mit Fritz Heidrich
- [299] Protokoll der 2. Parteikonferenz der SED, S. 58
- [300] BA, BG 1972, Niederschrift einer Aussprache mit Fritz Heidrich
- [301] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 107.
- [302] Vgl. BA, Mappe Planausschußsitzung 1952–1953, Protokoll der Planausschußsitzung vom 4. November 1952.
- [303] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 117.
- [304] Vgl. ebenda, S. 119.
- [305] Vgl. BKV 1953 des VEB Feinstmaschinenbau Dresden.
- [306] Vgl. BA, Mappe Planausschußsitzung 1952–1953, Protokoll der Planausschußsitzung vom 12. Mai 1953.
- [307] Vgl. ebenda vom 18. August 1953.
- [308] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 7, a. a. O., S. 231 ff.
- [309] zitiert nach: Albert Kanig, Sächsische Zeitung vom 10. März 1967
- [310] Vgl. Hans Müller/Karl Reißig, Wirtschaftswunder DDR, a. a. O., S. 214.
- [311] Vgl. BA 3273, Protokoll der Werkleitersitzung vom 2. November 1953.
- [312] Vgl. ebenda vom 29. Dezember 1954.
- [313] Vgl. BA, 892, Kontrollbericht des VEB Feinstmaschinenbau Dresden zur Kontrollausschußsitzung vom 15. Mai 1956 über 1955.
- [314] Tribüne vom 1. Oktober 1953
- [315] BA, BG 1972, Niederschrift einer Aussprache mit Max Hammerschmidt
- [316] BKV 1954 des VEB Feinstmaschinenbau Dresden, S. 2
- [317] Vgl. BA, 3273, Protokoll der Planausschußsitzung vom 9. Oktober 1953.
- [318] Neues Deutschland vom 22. Oktober 1953
- [319] BKV 1954 des VEB Feinstmaschinenbau Dresden, S. 2
- [320] Vgl. BA, 3273, Protokoll der Werkleiterberatung vom 4. Januar 1954.
- [321] Vgl. BA, 3273, Protokoll der Planausschußsitzung vom 19. Januar 1954.
- [322] Vgl. BA, Mappe Planausschußsitzung, Protokoll der Planausschußsitzung vom 22. September 1953.
- [323] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 121.
- [324] Vgl. Chronik zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. III, Berlin 1966, S. 401.
- [325] Vgl. BA, 3273, Protokoll der Versammlung der Gewerkschaftsgruppe 2 vom 17. Dezember 1953.
- [326] Vgl. BA, 3272, BAB-Besprechung vom 24. November 1953.
- [327] Vgl. BKV 1954 des VEB Feinstmaschinenbau.
- [328] Vgl. BA, 3273, Protokoll der Werkleiterbesprechung vom 14. Dezember 1953.
- [329] Vgl. ebenda vom 15. März 1954.
- [330] Vgl. BA, 3273, Protokoll der Rentabilitätsbesprechung vom 16. Juli 1954.
- [331] Vgl. BA, 3273, Protokoll der Planausschußsitzung vom 16. März 1954.
- [332] Vgl. BA, 3273, Protokoll der Werkleiterbesprechung vom 5. April 1954.
- [333] Vgl. ebenda vom 21. Dezember 1953.
- [334] Vgl. ebenda vom 1. November 1954.
- [335] ebenda vom 29. November 1954
- [336] Vgl. ebenda vom 11. Oktober 1954.
- [337] Vgl. ebenda vom 6. Dezember 1954.
- [338] Vgl. ebenda vom 22. November 1954.
- [339] Vgl. ebenda vom 13. Dezember 1954.
- [340] ebenda vom 20. Dezember 1954
- [341] Vgl. ebenda vom 5. November 1954.

- [342] Vgl. BA, 892, Geschäftsbericht des VEB Feinstmaschinenbau Dresden zur Kontrollausschußsitzung am 15. Mai 1956 über 1955.
- [343] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 8, a. a. O., S. 19 ff., und Hans Müller / Karl Reißig, Wirtschaftswunder DDR, a. a. O., S. 236 ff.
- [344] BA, 892, Geschäftsbericht des VEB Feinstmaschinenbau Dresden, 1955
- [345] Vgl. ebenda.
- [346] BKV 1956 des VEB Feinstmaschinenbau Dresden, S. 3
- [347] Vgl. ebenda.
- [348] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 8, a. a. O., S. 11.
- [349] Vgl. Hans Müller/Karl Reißig, Wirtschaftswunder DDR, a. a. O., S. 248.
- [350] Vgl. BA, 892, Geschäftsbericht des VEB Feinstmaschinenbau Dresden, 1955, S. 7.
- [351] Vgl. BA, 3821, Formblatt 41.
- [352] Vgl. BA, 894, Geschäftsbericht des VEB Feinstmaschinenbau Dresden, 1956.
- [353] Dokumente der SED, Bd. VI, Berlin 1958, S. 192
- [354] Vgl. Hans Müller/Karl Reißig, Wirtschaftswunder DDR, a. a. O., S. 261.
- [355] Vgl. BA, 896, Geschäftsbericht des VEB Schleifmaschinenwerk.
- [356] BKV 1957 des VEB Feinstmaschinenbau Dresden, S. 7
- [357] Vgl. ebenda, S. 4.
- [358] Vgl. ebenda.
- [359] Vgl. BA, Mappe ökonomische Konferenz 1957 Schleifmaschinenwerk, Referat und Protokoll der ökonomischen Konferenz 1957.
- [360] Vgl. BA, 896, Geschäftsbericht des VEB Schleifmaschinenwerk Dresden, 1957.
- [361] BA, 897, Geschäftsbericht des VEB Feinstmaschinenbau Dresden, 1957
- [362] Vgl. ebenda.
- [363] Vgl. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, a. a. O., S. 104.
- [364] Vgl. ebenda.
- [365] Vgl. BA, 897, Geschäftsbericht des VEB Feinstmaschinenbau Dresden, 1957.
- [366] Vgl. BA, BG 1972, Beschluß BPL, BGL vom 15. Januar 1958.
- [367] Vgl. BA, 896, Geschäftsbericht des VEB Schleifmaschinenwerk Dresden, 1957.
- [368] Vgl. BA, Mappe Protokoll WL, Protokoll der Werkleiterbesprechung vom 6. Januar 1958.
- [369] Vgl. Gesetzblatt der DDR, Teil I/1958, Nr. 11, S. 118 f.
- [370] Vgl. BA, BG 1972, Schreiben an die VVB WMW vom 30. Juli 1958.
- [371] Vgl. BA, 897, Geschäftsbericht des VEB Feinstmaschinenbau Dresden, 1957, S. 2.
- [372] Vgl. BA, P 2/58, S. 1.
- [373] Vgl. BA, P 3/58, S. 2.
- [374] Vgl. BA, P 5/58, S. 1.
- [375] Vgl. BA, P 3/58, S. 1.
- [376] Vgl. BA, P 5/58, S. 2.
- [377] Vgl. BA, BPO, Wahl 1958.
- [378] Vgl. BA, P 3/58, S. 5.
- [379] Vgl. BA, P 5/58, S. 5.
- [380] Vgl. ebenda, S. 3.
- [381] Vgl. Hans Müller/Karl Reißig, Wirtschaftswunder DDR, a. a. O., S. 279 und 281.
- [382] Vgl. Rechenschaftsbericht an den V. Parteitag, Der Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender demokratischer Staat, Berlin 1958, S. 44.
- [383] ebenda, S. 51
- [384] Schlußwort auf dem V. Parteitag der SED, Berlin 1958, S. 190
- [385] Vgl. ebenda, S. 192.
- [386] Vgl. BA, P 2/59, S. 3.
- [387] Vgl. Dokumente der SED, Bd. VII., S. 653.
- [388] Sonderdruck der Betriebszeitung „Präzision“ der BPO VEB Mikromat Dresden, Juni 1959, S. 1
- [389] Vgl. BA, P 8/59, S. 3
- [390] Vgl. ebenda, S. 5.
- [391] Vgl. ebenda, S. 1.
- [392] Vgl. BA, P 10/59, S. 2.
- [393] BA, BG 1972, Protokoll und Entschliebung der ökonomischen Konferenz 1959
- [394] Vgl. BA, BPO 1960, Thesen zum Rechenschaftsbericht der Betriebsparteileitung, bzw. P 2/60, S. 3.
- [395] Vgl. BA, P 1/60 und P 2/60.
- [396] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 8, a. a. O., S. 172 f.
- [397] Vgl. BA, P 9/59, S. 2.
- [298] BA, P 7/59, S. 1
- [399] Vgl. BA, BG 1972, Abschrift der Anklageschrift.
- [400] BA, P 8/59, S. 2
- [401] Vgl. BA, P 9/59, S. 2.
- [402] Vgl. BA, P 12/59, S. 1.
- [403] BA, P 11/60, S. 1
- [404] BKV 1954 des VEB Feinstmaschinenbau Dresden, S. 34
- [405] Vgl. BA, P 16/60, S. 2.
- [406] Vgl. ebenda.
- [407] BA, P 22/65, S. 1
- [408] Vgl. BA, P 3/59, S. 1.
- [409] Vgl. BA, P 3/61, S. 1.
- [410] Vgl. BA, P 12/64, S. 5.
- [411] BA, P 2/60, S. 1
- [412] Vgl. BA, BPO 1960, Thesen zum Rechenschaftsbericht der Betriebsparteileitung, bzw. P 2/60, S. 3.
- [413] Vgl. ebenda.
- [414] Vgl. Hans Müller/Karl Reißig, Wirtschaftswunder DDR, a. a. O., S. 327.
- [415] Vgl. BA, P 11/60, S. 2.
- [416] Vgl. Hans Müller / Karl Reißig, Wirtschaftswunder DDR, a. a. O., S. 328.
- [417] BA, BG 1972, Maßnahmeplan zur Antwort auf den Brief der Bezirksleitung Dresden der SED vom 3. Februar 1961
- [418] Vgl. BA, BG 1972, Schreiben T an BPO vom 14. Oktober 1961.
- [419] Vgl. BA, BPO 1960, Rechenschaftsbericht der Betriebsparteileitung.
- [420] Vgl. BA, P 9/60, S. 1.
- [421] BA, P 12/60, S. 1
- [422] Vgl. BA, BG 1972, Mitteilung BFN vom 18. April 1972.
- [423] Vgl. BA, P 13/60, S. 1.
- [424] BA, P 7/60, S. 3
- [425] Vgl. ebenda, S. 4
- [426] BA, P 14/60, S. 1
- [427] Vgl. BA, P 13/60, S. 1.
- [428] BA, P 18/60, S. 1
- [429] Vgl. ebenda.
- [430] Vgl. BA, P 17/60, S. 3.
- [431] Vgl. BA, P 16/61, S. 2.
- [432] BA, P 22/60, S. 2
- [433] Dokumente der SED, Bd. VIII, S. 312
- [434] BA, P 23/60, S. 3
- [435] Vgl. BA, P 2/61, S. 3.
- [436] Vgl. BA, P 5/61, S. 2.
- [437] BA, P 1/61, S. 1
- [438] BA, P 2/61, S. 1
- [439] Vgl. ebenda, S. 2.
- [440] BA, BG 1972, Referat der wissenschaftlich-technischen Konferenz 1961
- [441] Vgl. ebenda.
- [442] BA, BG 1972, Protokoll der wissenschaftlich-technischen Konferenz 1961
- [443] Vgl. ebenda.
- [444] Vgl. Dokumente der SED, Bd. VIII, S. 432 bis 437.
- [445] ND (B) vom 30. Juli 1961
- [446] BA, P 9/59, S. 2
- [447] Vgl. BA, P 17/61, S. 2.
- [448] Vgl. BA, BG 1972, Mitteilung BFN vom 18. April 1972.
- [449] Industriekurier vom 2. September 1961
- [450] Vgl. Hans Müller / Karl Reißig, Wirtschaftswunder DDR, a. a. O., S. 345 f.
- [451] Vgl. ebenda, S. 347.
- [452] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 8, a. a. O., S. 292 f.
- [453] Vgl. BA, P 20/61, S. 1.
- [454] Vgl. BA, BG 1972, Schreiben T an BPO vom 15. Dezember 1961.
- [455] Vgl. BA, BG 1972, Schreiben T an Bezirksleitung der SED vom 4. November 1961.
- [456] Vgl. BA, P 2/62, S. 2.
- [457] Vgl. BA, P 3/62, S. 1.
- [458] Vgl. BA, P 11/62, S. 2.
- [459] Sächsische Zeitung vom 20. März 1962
- [460] Vgl. Sächsische Zeitung vom 22. Januar 1962.
- [461] Vgl. BA, BPO 1962, Entschliebung der Parteitaktivtagung vom März 1962.
- [462] Vgl. BA, BG 1972, Plan zur Steigerung der Arbeitsproduktivität durch das Produktionsaufgebot 1962.
- [463] Vgl. ebenda.
- [464] Vgl. BA, P 14/62, S. 1.
- [465] Vgl. BA, P 9/62, S. 2.
- [466] Vgl. BA, P 16/62, S. 3.
- [467] BA, P 15/62, S. 3
- [468] Vgl. Chronik zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. III, a. a. O., S. 813.
- [469] Vgl. BA, P 20/62, S. 1.
- [470] Vgl. BA, BG 1972, Programm zur Weiterführung des Wettbewerbes zu Ehren des VI. Parteitages der SED.
- [471] Vgl. BA, P 23/62, S. 3.
- [472] Programm der SED, Berlin 1963, S. 280
- [473] Vgl. BA, BPO 1963, Beschluß der Betriebsparteileitung vom März 1963 zur Weiterführung des Wettbewerbes 1963.
- [474] Vgl. Programm der SED, a. a. O., S. 324.
- [475] ebenda, S. 323
- [476] BA, P 19/65
- [477] Vgl. BA, P 19/63, S. 5.
- [478] Vgl. BA, BG 1972, Mitteilung BfN vom 18. April 1972.
- [479] Vgl. BA, P 16/63, S. 4.
- [480] Vgl. BA, BG 1972, Mitteilung BfN vom 18. April 1972.
- [481] Vgl. BA, P 1/64, S. 1.
- [482] Vgl. BA, P 3/64, S. 3.
- [483] Vgl. ebenda.
- [484] Vgl. BA, P 1/64, S. 2.
- [485] Vgl. ebenda, S. 3.
- [486] Vgl. Hans Müller / Karl Reißig, Wirtschaftswunder DDR, a. a. O., S. 385 f.
- [487] Vgl. ebenda, S. 414.
- [488] BA, P 11/62, S. 3
- [489] Vgl. BA, P 16/63, S. 6.
- [490] Vgl. BA, P 17/63, S. 5.
- [491] Vgl. ebenda.
- [492] Vgl. Sächsische Zeitung vom 30. November 1963.
- [493] Vgl. BA, P 20/63, P 21/63, P 23/63.

- [494] Dokumente der SED, Bd. X, S. 14
 [495] Vgl. BA, P 3/64, S. 3.
 [496] Vgl. BA, BPO 1964, Beschluß der Betriebsparteileitung „Zur Durchsetzung der ökonomischen Politik der SED im Betrieb“ vom 12. Februar 1964.
 [497] BA, P 25/64, S. 4
 [498] Vgl. BA, Mappe Wettbewerb 1964 u. P 9/64, S. 4/5.
 [499] BA, P 10/64, S. 1
 [500] Sächsische Zeitung vom 19. Juni 1964
 [501] ebenda
 [502] Vgl. BA, P 14/64, S. 4 und 5.
 [503] BA, BG 1972, Mitteilung BfN vom 18. April 1972
 [504] Vgl. BA, P 12/64, S. 5
 [505] BA, P 25/64, S. 2
 [506] Vgl. BA, P 23/64, S. 4.
 [507] Vgl. BA, P 24/64, S. 1.
 [508] Vgl. Betriebszeitung „Präzision“, a. a. O., vom 26. Mai 1964, S. 2/3.
 [509] Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 6, vom 25. Februar 1965, S. 86
 [510] Vgl. BA, BG 1972, Protokoll vom 7. April 1953.
 [511] BA, P 13/59, S. 3
 [512] Vgl. Festschrift „15 Jahre Betriebsberufsschule – VEB Mikromat“, Juni 1966, S. 11.
 [513] Vgl. Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 12, vom 14. Juni 1968, S. 261.
 [514] Vgl. Bildungsfonds – während des Ausbildungsprozesses im Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte materialisierte Bildungsaufwendungen, Lexikon der Wirtschaft, Band Arbeit, Berlin 1969, S. 184.
 [515] Vgl. BA, P 14/64, S. 4.
 [516] BA, P 18/65, S. 3
 [517] Vgl. BA, P 11/65, S. 4.
 [518] Vgl. BA, P 21/65, S. 3.
 [519] ebenda
 [520] Vgl. Dokumente der SED, Bd. X, S. 474.
 [521] Vgl. Hans Müller / Karl Reißig, Wirtschaftswunder DDR, a. a. O., S. 454.
 [522] Vgl. BA, P 24/65, S. 4.
 [523] Brigadetagebuch der Brigade „Juri Gagarin“, Vorrichtungsbau
 [524] Vgl. BA, P 2/66, S. 4 ff.
 [525] BA, P 3/66, S. 6
 [526] Vgl. BA, P 6/66, S. 2.
 [527] Vgl. Hans Müller / Karl Reißig, Wirtschaftswunder DDR, a. a. O., S. 458.
 [528] Vgl. ebenda, S. 418.
 [529] BA, P 1/66, S. 4
 [530] BA, BPO 1966, Grußadressen zum 20. Jahrestag der SED
 [531] Vgl. BA, P 22/66, S. 4.
 [532] Vgl. BA, P 8/66, S. 1.
 [533] BA, BG 1972, Mitteilung BfN vom 18. April 1972
 [534] BA, P 16/66, S. 4
 [535] BA, P 17/66, S. 5
 [536] BA, P 13/66, S. 1
 [537] ebenda
 [538] Vgl. BA, P 22/66, S. 4.
 [539] Vgl. BA, P 19/66, S. 5.
 [540] ND (B) vom 2. Dezember 1966
 [541] Betriebszeitung „Präzision“, a. a. O., 1. Februararausgabe 1967, S. 4
 [542] BA, BG 1972, Diskussionsbeitrag des Genossen Werner Manthey zur Stadtdelegiertenkonferenz vom 11. Februar 1967, und BA, P 4/67, S. 5
 [543] Betriebszeitung „Präzision“, a. a. O., 1. Aprilausgabe 1967
 [544] BA, BG 1972, Entschließung der Betriebsparteiorganisation des VEB Mikromat Dresden, S. 10
 [545] ebenda, S. 11
 [546] Vgl. ebenda, S. 12 und 14.
 [547] BA, P 9/67, S. 2
 [548] Vgl. ebenda, S. 3.
 [549] Vgl. BA, P 10/67, S. 4 f.
 [550] Vgl. BA, P 12/67, S. 3.
 [551] BA, P 15/67, S. 7
 [552] BA, P 22/67, S. 5
 [553] BA, P 16/67, S. 3
 [554] BA, P 18/67, S. 1
 [555] BA, P 21/67, S. 7
 [556] BA, P 3/67, S. 3
 [557] BA, BPO 1968, Referat der Parteitagsung vom 29. Januar 1968, und BA, P 3/68, S. 5
 [558] Vgl. BA, P 1/71, S. 3.
 [559] BA, P 4/68, S. 2
 [560] BA, P 13/68, S. 7
 [561] Vgl. BA, P 14/68, S. 1.
 [562] Vgl. BA, P 15/68, S. 2.
 [563] Vgl. BA, P 19/68, S. 1.
 [564] Vgl. BA, P 1/69, S. 4.
 [565] Erich Honecker, Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED, Berlin 1971, S. 55
 [566] Vgl. Internationale Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau 1969, Berlin 1970, S. 26.
 [567] BA, P 22/69, S. 1
 [568] BA, P 1/70, S. 1
 [569] Vgl. Junge Welt vom 7. Januar 1959.
 [570] Brigadetagebuch des sozialistischen Kollektivs „Juri Gagarin“
 [571] Vgl. BA, BPO 1960, Thesen zum Rechenschaftsbericht der Betriebsparteileitung der Grundorganisation der SED.

- [572] Vgl. BA, P 9/67, S. 6.
 [573] Vgl. BA, P 17/66, S. 3.
 [574] Vgl. BA, P 20/68, S. 7.
 [575] Vgl. Brief des sozialistischen Kollektivs „20. Jahrestag der Gründung der DDR“, in: Betriebszeitung „Präzision“, Nr. 8, 1968, S. 4.
 [576] Vgl. BA, P 12/64, S. 3.
 [577] Vgl. BA, P 22/64, S. 4.
 [578] Vgl. BA, P 12/68, S. 7.
 [579] BA, P 14/68, S. 4
 [580] Vgl. Sächsische Zeitung vom 11. Februar 1971.
 [581] Vgl. Dritte Verordnung über den Ehrentitel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ vom 13. September 1972, Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 54, S. 597.
 [582] Vgl. BA, BfN-Formblatt, S. 132.
 [583] Vgl. BA, BPO 1971, Diskussionsbeitrag zur Bezirksparteitagsung vom 25. Oktober 1971.
 [584] ebenda
 [585] Sächsische Zeitung vom 7. April 1972
 [586] Vgl. BA, P 23/72, S. 1.
 [587] BA, P 23/72, S. 4
 [588] BA, P 24/62, S. 1
 [589] BA, P 2/64, S. 4
 [590] Vgl. BA, P 6/64, S. 5.
 [591] Vgl. BA, P 24/65, S. 5.
 [592] BA, P 22/65, S. 3
 [593] Vgl. BA, P 5/65, S. 1.
 [594] Vgl. Werner Lamberz, Über die Aufgaben von Agitation und Propaganda bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages, Berlin 1972, S. 17.
 [595] BA, BG 1972
 [596] BA, P 4/68, S. 3
 [597] Vgl. BA, P 10/66, S. 3.
 [598] Vgl. BA, P 13/67, S. 2.
 [599] Brigadetagebuch des sozialistischen Kollektivs „Juri Gagarin“
 [600] BA, BG 1972, Rechenschaftsbericht der sozialistischen Brigade „August Bebel“ vom 10. September 1968
 [601] BA, P 20/71, S. 7
 [602] A. Kanig, Sächsische Zeitung vom 23. November 1971
 [603] Vgl. BA, BG 1972, Wettbewerbskonzeption des VEB Mikromat für 1972.
 [604] Vgl. Direktive des VIII. Parteitages der SED . . . , a. a. O., S. 49.
 [605] BA, P 11/72, S. 4
 [606] Sächsische Zeitung vom 29. April 1972
 [607] BA, BG 1972, Bericht des Koll. Karl-Georg Richter
 [608] Vgl. Verfassung der DDR, § 34.
 [609] Albert Norden, ND vom 24. Mai 1971, S. 3
 [610] Erich Honecker, Die Jugend der DDR und die Aufgaben unserer Zeit, Berlin 1972, S. 31
 [611] Vgl. ebenda, S. 8 f.
 [612] Vgl. BA, P 2/70, S. 4.
 [613] Vgl. BA, P 4/70, S. 1.
 [614] BA, P 11/64, S. 7
 [615] Vgl. BA, P 20/70, S. 4.
 [616] Vgl. BA, P 1/64, S. 5.
 [617] Vgl. BA, P 5/66, S. 6.
 [618] Vgl. W. I. Lenin, Auf welches Erbe verzichten wir?, in: W. I. Lenin, Werke, Bd. 2, Berlin 1970, S. 536.
 [619] Vgl. Thesen für den Rechenschaftsbericht der Betriebsparteileitung der GO der SED 1960, in: Betriebszeitung „Präzision“, a. a. O., Nr. 2/1960, S. 3.
 [620] BA, BG 1972, Konzeption zur Entwicklung des Produktionsaufgebotes im Betrieb 1961
 [621] BA, BPO Schriftverkehr ZK 1964, Brief des ZK der SED vom 10. Februar 1964, und BA, P 4/64, S. 1
 [622] BA, P 4/64
 [623] Vgl. BA, P 19/68, S. 3.
 [624] Vgl. Erich Honecker, Zu einigen Erfahrungen der Parteiarbeit nach dem VII. Parteitag der SED, in: Der Parteiarbeiter, Berlin, Oktober 1967, S. 26.
 [625] Vgl. BA, BPO, Vorlagen Parteileitung 1972, Vorlage für die Betriebsparteileitung über die „Schule der sozialistischen Arbeit“ der GO Mikromat vom 27. April 1972.
 [626] Vgl. Ein guter Rat an alle Werkleiter, hrsg. von der Bezirksleitung der SED Dresden, 1962.
 [627] Vgl. BA, P 12/62, S. 2.
 [628] Vgl. BA, P 14/65, S. 1.
 [629] Vgl. BA, BPO 1969, Protokoll der theoretischen Konferenz vom 22. September 1969.
 [630] BA, P 12/71, S. 1.
 [631] BA, BPO 1971, Protokoll der Gesamtmitgliederversammlung der GO der SED des VEB Mikromat vom 15. Juli 1971, und BA, P 13/71, S. 4
 [632] Vgl. Zum V. Historiker-Kongreß der DDR, Thesen zu den Referaten in den Arbeitskreisen, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Heft 10/1972.
 [633] W. I. Lenin, Werke, Bd. 20, Berlin 1965, S. 293

Inhalt

Vorwort	5	1933 bis 1945	
1869 bis 1900		Der Faschismus ergreift die Macht	41
Moritz Hille – Nutznießer der sich entwickelnden kapitalistischen Produktionsweise		In Vorbereitung auf einen neuen imperialistischen Krieg	43
Der Kampf der Arbeiter am Ende des 19. Jahrhunderts zur Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen	7	Der zweite Weltkrieg – das große Geschäft für die deutschen Monopole,	
		Not und Elend für die Arbeiter	49
		Der Kampf der Mitglieder der KPD und aller fortschrittlichen Arbeiter gegen Faschismus und Krieg	58
	9	Das Ende der faschistischen Barbarei	67
1900 bis 1932		1945 bis 1949	
Die Hille AG in der Zeit des Übergangs zum Imperialismus	12	Nach der Befreiung	70
Die Konzentration der Produktion und die Zentralisation des Kapitals und die Hille AG	13	Neubeginn	76
Die Lage der Arbeiterklasse um die Jahrhundertwende – ihr Kampf um soziale Verbesserungen und gegen den drohenden imperialistischen Krieg	15	Schaffung der Einheit der Arbeiterparteien	80
Der erste Weltkrieg und die Jahre danach	20	Der Volksentscheid in Sachsen	81
Die erste umfassende kapitalistische Rationalisierung in der Hille-Werke AG	28	Der II. Parteitag der SED	82
Die Hille-Werke AG am Ende der Periode der relativen Stabilisierung und die „Russenaufträge“	32	Der Zweijahrplan 1949 bis 1950	84
Der Kampf zur Verhinderung der faschistischen Gefahr	38	1949 bis 1955	
		Die Gründung der DDR	87
		Der III. Parteitag der SED	90
		Die Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung	92
		Der planmäßige Aufbau des Sozialismus in der DDR beginnt	95

Der IV. Parteitag der SED – 1954, das Jahr der großen Initiative	98	Zum VII. Parteitag der SED	148
		Zwischen dem VII. und VIII. Parteitag der SED	150
1956 bis 1961		Die Bewegung „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben“ – sichtbarer Ausdruck der politischen Reife der Arbeiterklasse	164
Der Beginn des zweiten Fünfjahrplanes (1956 bis 1960)	103	Die Neuererbewegung – Ausdruck der führenden Rolle der Arbeiterklasse	171
Der V. Parteitag der SED und die Gründung des VEB Mikromat Dresden	108	Qualitätsarbeit – Schlüssel zum Erfolg	175
10 Jahre DDR – Der Siebenjahrplan (1959 bis 1965)	113	Freund der Sowjetunion sein, heißt zu den Siegern der Geschichte gehören	180
In den Klauen der imperialistischen Klassenjustiz	116	Im Geiste des sozialistischen Patriotismus und des proletarischen Internationalismus	184
Die ständige Festigung des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und den werktätigen Bauern	119	Alle Kraft für die Stärkung der Verteidigungsbereitschaft	188
Die Entwicklung der Masseninitiative im neuen Betrieb	122		
		1971 bis 1973	
1961 bis 1971		Mit höchsten Erfolgen zum VIII. Parteitag der SED	190
Die Sicherung der Staatsgrenze und das Produktionsaufgebot – ein Schlag gegen die Imperialisten	129	Konsumgüterproduktion – ein Beitrag zur Erfüllung der Hauptaufgabe des VIII. Parteitages der SED	196
Der VI. Parteitag der SED	132	Alles für das Wohl der Menschen	199
Mit Premnitzer Elan zum 15. Jahrestag der DDR	136	An der Seite der Genossen	202
Die Verwirklichung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems	139	Unter Führung der Parteiorganisation der SED im VEB Mikromat wird die Hauptaufgabe des VIII. Parteitages der SED verwirklicht	206
Die Fräsmaschinenbauer aus Karl-Marx-Stadt fordern zum Wettbewerb zu Ehren des 20. Jahrestages der SED auf	144	Anmerkungen	217

Alle Rechte vorbehalten
1. Auflage · 1. bis 3.3. Tausend
Verlag Tribüne Berlin 1974
Lizenz 2 - 224/74
LSV 0285
Lektor: Ursula Krzyzanowski
Hersteller: Monika Jaedike
Illustrationen: Fotothek Dresden, Betriebsarchiv
des VEB Mikromat Dresden, Archiv der Redaktion
der Betriebszeitung
Printed in the German Democratic Republic
Satz und Druck: Tribüne Druckerei Leipzig
Buchbinderische Verarbeitung:
VEB Buchbinderei Leipzig
Redaktionsschluß: April 1973
Bestell-Nummer: 685 490 9
EVP: 35,-